C 21734 D



8. März: Frauen gegen Militarismus und Krieg S.24-28

# Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.197 16.3.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–

# Freiheit für alle, sonst gibt's Krawalle!




**Zehntausende haben am Wochenende mit ersten, zumeist noch spontanen oder kurzfristig angesetzten Demonstrationen auf die skandalöse Verhaftung von 141 Nürnberger Jugendlichen und den brutalen Polizeiterror gegen die breite Bewegung der Häuserkämpfer in Freiburg protestiert.**

**Dabei waren die Solidaritätsaktionen mit den Nürnbergern und Freiburgern in vielen Städten schweren Angriffen des Polizeiapparats ausgesetzt: In Hamburg und anderswo „begleiteten" tausende Bereitschaftspolizisten die Demonstrationszüge und schränkten allein dadurch schon das Demonstrationsrecht und die Möglichkeiten zur Agitation auf unerträgliche Weise ein. Darüberhinaus wurden zahlreiche Demonstranten krankenhausreif geschlagen und von scharfen aufgehetzten Polizeikötern gebissen.**

**Am letzten Wochenende hat die Staatsmacht in größter Einhelligkeit aller Bonner Parteien schon den Ansatz demokratischen Protests zu verhindern versucht. Erreicht hat sie damit nur, daß unsere Wut noch größer wurde, und das wird weitergehen!**

**Siehe unsere ausführlichen Berichte Seite 3 bis 7**

## »Modell Bayern«

# Der neue Faschismus stellt sich vor

Nürnberg: Das ist die Stadt der gigantischen Nazi-»Reichsparteitage« und der Rassen-Gesetze zur Diskriminierung (und späteren »Vernichtung«) der Juden. Nürnberg: Das ist die Stadt, wo der Neo-Nazi Hoffmann jahrelang ungehindert seine Terror-Banden drillen konnte. Nürnberg: Das ist nun auch die Stadt, wo F.J. Strauß mit der Massenverhaftung von 140 Menschen ein neues Kapitel beim Umgang mit den Gegnern der herrschenden Verhältnisse eröffnet hat.

140 Menschen wurden eingesperrt, weil sie an einer Demonstration teilgenommen haben sollen, in deren Verlauf ein halbes Dutzend Fensterscheiben zu Bruch gingen. »Schwerer Landfriedensbruch« lautet die Anklage. Falls das Beispiel Schule machen sollte — und gerade das wird von Strauß & Co. ja ausdrücklich gefordert — müßten hierzulande 200.000 Menschen oder mehr eingesperrt werden: Die über 100.000 Teilnehmer der verbotenen Brokdorf-Demonstration, die Zigtausend Teilnehmer von Demonstrationen in Freiburg, Westberlin, Hamburg, Bremen usw. Die bestehenden Gefängnisse könnten die Massen der Inhaftierten gar nicht fassen, falls nach bayerischem Muster »der Rechtsfrieden wiederhergestellt« werden würde. Es müßte dann wohl auf Fußball-Stadien zurückgegriffen werden.

Hätten F.J. Strauß und seine furchtbaren Juristen sich darauf beschränkt, ein paar zerbrochene Fensterscheiben in den Rang von »schwerem Landfriedensbruch« zu heben, so wäre das schon skandalös genug. In Nürnberg wurden aber darüber hinaus Menschen einfach deswegen inhaftiert, weil man sie in einem von der CSU seit langem diffamierten Jugendzentrum angetroffen hatte. Haarsträubende Haftbegründungen wurden konstruiert, Entlastungszeugen wurden abgewiesen, Verhaftete durften ihre Freunde und Verwandten nicht informieren, Eltern wurden nicht zu ihren Kindern gelassen.

Das in Nürnberg Geschehene darf nicht als überzogener Mißgriff einiger stockreaktionärer Juristen, als E i n z e l f a l l, als Ausdruck einer besonders dummen Politik der CSU mißverstanden werden. Gemeint ist das Vorgehen in Nürnberg als [illegible], wie man wirkungsvoll mit der neuen Jugendbewegung fertig zu werden hat. Kackfrech haben die Politiker der CDU/CSU das Nürnberger Vorgehen — einschließlich der offensichtlichsten Brüche geltenden Rechts — verteidigt. SPD-Politikern, die Kritik an diesem Vorgehen geübt hatten, wurde der Vorwurf gemacht, sie handelten »verantwortungslos«, würden die Gefahren »verharmlosen«, machten gar »mit Rechtsbrechern gemeinsame Sache«.

Was in Nürnberg geschehen ist, muß als Vorgriff auf die Methoden eines neuen Faschismus ernst genommen werden. Die Bereitschaft von Strauß & Co. zur Außerkraftsetzung der noch geltenden »rechtsstaatlichen« und demokratischen Elemente ist vorhanden. Daß diese Bereitschaft vorerst noch durch eine nicht total gleichgeschaltete Presse und durch eine legale demokratische Opposition behindert wird, ist überhaupt kein Grund zur Beruhigung. Eher im Gegenteil: Wenn t r o t z dieser Hemmnisse j e t z t s c h o n der Nürnberger Justiz-Skandal mit einer solchen selbstsicheren Frechheit durchgeführt und gerechtfertigt wird, kann man für die Zukunft nur das Schlimmste befürchten.

Was in Nürnberg geschehen ist, ist ein wirklich nur k l e i n e r Vorgeschmack auf die Sonthofener Drohung des F.J. Strauß, er wolle mit der Linken hierzulande so »aufräumen«, »daß von denen keiner mehr das Maul aufzumachen wagt«. Daß dabei massenhaft auch sogenannte »Unschuldige«, Menschen aus dem R a n d b e r e i c h der linken Szene, getroffen werden (wie in Nürnberg) ist beabsichtigter Teil des Planes: Die Einschüchterung soll breitenwirksam und massiv sein.

Weiter Seite 2

## "Laßt uns wild werden gegen Gewalt"

### Frauen-Friedensmarsch gegen Atom-Stützpunkt Ramstein

Ramstein in der Pfalz ist einer der größten Atom-Stützpunkte der USA und der NATO in Mitteleuropa. Ramstein wird darum in der nächsten Zeit ebenso zum Symbol unseres Protestes gegen Krieg und Atomstaat werden wie heute schon die Namen Wyhl, Brokdorf, Kalkar, Grohnde usw.

Ein guter Anfang dazu wurde am Internationalen Frauentag, dem 8. März, gemacht: Trotz Regen beteiligten sich ungefähr 3000 Frauen an einem Frauen an einem Frauensfriedensmarsch in unmittelbarer Nähe des Stützpunktes. Aufgerufen zu der Demonstration hatten u. a. das Frauenzentrum Speyer und Frauen aus dem BBU-Vorstand. In ihrem Aufruf hieß es: *„Im Falle eines Atomkrieges werden vom Flugplatz Ramstein aus mit einem Schlag 192 Atomsprengköpfe gestartet. Der Atomkrieg wird nicht in den USA oder in der UdSSR ausgetragen, sondern hier in Europa! Hier ist das atomare Schlachtfeld der Großmächte. Wir Frauen sprechen den Männern aller Blöcke das Recht ab, noch weiter in unserem Namen zu reden!"*



Als konkrete Forderungen wurden zu Beginn der Demonstration von einer Frau des Frauenzentrums Speyer vorgetragen:

- **Kündigung des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses" zur Stationierung von Mittelstreckenraketen u.a. in der BRD.**
- **Eine gesamteuropäische Abrüstungskonferenz zur Herstellung einer atomwaffenfreien und entmilitarisierten Zone in Europa.**
- **Austritt der BRD aus der NATO.**

## Nach Reise in die Türkei:

# SPD- und FDP-Abgeordnete verteidigen Militärputsch

**Nach einwöchigem Besuch der Türkei ist eine Delegation des Bundestages wieder in die BRD zurückgekehrt. Angehört haben ihr die beiden SPD-Mitglieder Peter Corterier (außenpolitischer Sprecher der SPD) und Karsten Voigt, das FDP-Mitglied Helga Schuchardt und die CDU-Mitglieder Alois Mertes (außenpolitischer Sprecher der CDU) und Ingeborg Hoffmann. Die Delegation und ihre einzelnen Mitglieder haben ihren Auftrag im Sinne der imperialistischen Kreise zur vollsten Zufriedenheit erfüllt. Auf der abschließenden Pressekonferenz sprachen sie sich für die Fortführung der Türkeihilfe aus, wandten sich gegen den Vorwurf, in der Türkei werde „systematisch gefoltert", und sie rechtfertigten den Putsch als notwendigen Schritt zur Beseitigung des „Terrorismus".**

Kein Thema war für die Delegationsteilnehmer die B e r e c h t i g u n g des Putsches. Dazu Helga Schuchardt in einem Gastkommentar in der „Hamburger Morgenpost" (10.3.81): Alle ihre Gesprächspartner hätten darauf hingewiesen, *„daß der Terrorismus vor dem 12. September 1980 in die Nähe des Bürgerkriegs geraten war, und weder die politischen Parteien, die Regierung oder das Parlament fähig waren, das Land aus diesen katastrophalen Bedingungen herauszuführen"* – und in einer solchen Situation gibt es nur noch den Putsch! In gleicher Art sekundierte ihr Karsten Voigt in einem Interview in der „taz" (11.3.): Auch seine Gesprächspartner hätten *„vor allen Dingen auf den Terrorismus als Problem der inneren Sicherheit hingewiesen"*. Und entschuldigend für die Junta fügt er noch hinzu, daß er sich frage, wenn es in der BRD *„ein paar Tausend Terrortote (gegeben) hätte, ob das unsere Demokratie überlebt hätte"*. Gut zu wissen, in welche Richtung die Gedanken eines solchen Sozialdemokraten gehen! Damit haben diese beiden „linken" Aushängeschilder der SPD und FDP vollständig die Argumentation der Junta übernommen. Dies fiel ihnen sicherlich umso leichter, als es genau die Argumentation ist, mit der auch hier in der BRD die Faschisierung von Staat und Gesellschaft durchgesetzt wird.

Voigt geht sogar noch einen Schritt weiter. Er warnt davor, allzusehr auf die Wiedereinführung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse zu dringen. Er zitiert hierfür seinen Parteikollegen Ecevit: *„Achtet vor allen Dingen nicht so sehr darauf, daß alsbald eiene Demokratie wieder eingeführt wird, denn dann gibt's plötzlich eine, die zwar formal ist, aber real keine ist"* („taz").

Und für Helga Schuchardt treten gegenwärtig alle Probleme hinter den Kampf gegen den „Terrorismus" zurück. Auf die Frage des „Hamburger Abendblattes" („HA", 10.3.), wie es um die wirtschaftliche Lage der Menschen stehe, antwortet sie: *„Es ist tatsächlich eine große Not. Doch es murrt kaum jemand, weil die Erinnerung an den Terrorismus noch so kurz zurückliegt, daß man dies alles als Erleichterung empfindet"*. Sie kann sich natürlich darauf verlassen, daß der Normalleser dieses Interviews hinter ihr steht. Sie kann sich leider auch darauf verlassen, daß die meisten Menschen gar nicht bemerken werden, daß so j e d e r Putsch, j e d e faschistische Diktatur gerechtfertigt wird. Selbst die babarischste Herrschaft der Menschengeschichte, der deutsche Faschismus, wurde ja damit gerechtfertigt, daß der „rote"

**Weiter auf der letzten Seite**

## DOKUMENTIERT

**„Polizei-Dienst-Vorschrift 100"**

**Strategische Überlegungen der Polizei zur Niederschlagung demokratischer Massenaktionen**

**siehe Seite 10 + 11**

# »Exklusivbericht« zum GAZ-Parteitag

**Damit man „offener' reden" könne (Gruhl), hatte der GAZ-Bundesvorstand zum Parteitag am 14.3. in Bonn weder die Presse, noch Vertreter der GRÜNEN eingeladen. Außer den 94 Delegierten und etwa 50 bis 60 weiteren GAZ-Mitgliedern waren nur einige ausgesuchte Gäste zugelassen worden, darunter Baldur Springmann. Aber wie das so geht, es sikkert dann doch etwas durch, und schon verrät ein leninistisches Kampfblatt (wie der AK) der Öffentlichkeit, was eigentlich geheimgehalten werden sollte ...**

## Von der „Ein–Punkt"– zur Ein–Mann–Partei

Die Erkenntnis von Olaf Dinne, daß Mehrheitsabstimmungen „der Fetisch aller Spinner" und bei der Durchsetzung der wahren ökologischen Politik nur hinderlich sind, hat sich auch in der GAZ durchgesetzt. Wer die GAZ mit Gruhl gleichsetzt, tut (fast) niemandem Unrecht. Das wurde schon bei Gruhls ausrichtender Begrüßungsrede deutlich. Allen noch irgendwie Zweifelnden wurde wortgewaltig die Unvereinbarkeit der Ziele der GAZ mit denen der GRÜNEN eingehämmert. Nicht ein einziger Delegierter hat es danach noch gewagt, für eine weitere Mitarbeit bei den GRÜNEN einzutreten. Bei den Vorstandswahlen wurde Gruhl mit nur einer Gegenstimme (73 Fürstimmen, 6 Enthaltungen) als 1.Vorsitzender bestätigt. Mit ähnlichen Mehrheiten und ohne Gegenkandidaten wurden auch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden gewählt (Frau Opitz aus Baden-Württemberg und Herr Guhde von der rechtslastigen „Deutschen Gesellschaft für Menschenrechte").

Einigen Unmut gab es allerdings darüber, daß Gruhl der einzige sein sollte, der an dem von ihm im Alleingang verfaßten Programm der Grünen Föderation noch Änderungen vornehmen durfte. Mit dem Hinweis auf das Schreckgespenst der paritätisch besetzten Programmkommission bei den GRÜNEN wurde diese Kritik schnell abgebügelt.

## Tumulte um die „Neutralisierung der BRD"

Der frühere stellvertretende GAZ-Vorsitzende, Professor Huster aus Münster, der auf dem Parteitag selbst nicht anwesend war, hatte einen Antrag zur „Bewahrung des Friedens" eingereicht, in dem die Neutralisierung der BRD und die vorbehaltlose Unterstützung des Krefelder Appells gefordert wurde. Gegen diesen Antrag polemisierte Gruhl schon in seiner Eröffnungsrede: der Krefelder Appell sei Propaganda für die Sowjetunion und die DDR; er lasse sich nicht zum nützlichen Idioten der DKP machen, und nach Afghanistan könne man auch nicht mehr die Neutralisierung der BRD fordern. In der Diskussion um den Huster–Antrag baute ein Herr Sperber die Gruhlsche Position noch aus: er sei für die „Neutralität Deutschlands", worunter er neben der DDR auch gleich noch die CSSR verstanden wissen wollte – die Mehrheit des Saals beklatschte das, während einige wenige Unterstützer des Huster–Antrags das Mikrofon umlagerten. Nach einer Pause, die zur Beruhigung der Gemüter eingelegt worden war, bot Gruhl einen „Kompromiß" an: entgegen der „Extremposition" des Herrn Huster gelte es, eine „mittlere Linie" zu vertreten; er sei bereit, in „sein" Programm einen Satz aufzunehmen, daß „an kalkulierte Abrüstungsvorleistungen gedacht" werden müsse (sinngemäß).

Aufgrund der Kontroverse um die Abrüstungsfrage stimmten immerhin 15 Delegierte gegen Gruhls Programm für die Grüne Föderation. 12 Gegenstimmen gab es gegen die „Verschmelzung" der GAZ mit den übrigen Trägerorganisationen der Grünen Föderation noch im Frühjahr 1981. Damit steht die Parteigründung unmittelbar bevor. Eine große Mehrheit der GAZ-Delegierten entschied sich dafür, daß diese Partei auf das Markenzeichen "grün" von sich aus verzichten solle – eine weitere klare Distanzierung von der Partei Die GRÜNEN, mit der man auf keinen Fall verwechselt werden will.

# 5 Gefangene immer noch in Todesgefahr

*„In einer spektakulären Pressekonferenz — einer der wenigen der letzten Zeit — gab die CNI am Mittwoch, 18.2., die Übergabe von fünf vermutlichen Militanten des MIR an den ersten Militärgerichtshof bekannt. Sie sind angeklagt wegen der Beteiligung an der Mehrheit der Attentate des vergangenen Jahres"*, so berichtete die chilenische Zeitung „Hoy" über die Verhaftung von fünf Chilenen und Chileninnen, gegen die Staatsanwalt und Innenministerium die Todesstrafe beantragt haben (vergl. AK 196).

Ein gemeinsamer Prozeß gegen die fünf Angeklagten läuft seit dem 24. Februar vor einem Militärgerichtshof. Zunächst sollten die fünf vom Kriegsgericht abgeurteilt werden, was bedeutet hätte, daß sie selber im Prozeß nicht gehört werden, keine Anwälte bekommen, keinerlei Berufungsmöglichkeiten haben und der ganze Prozeß samt Urteilsvollstreckung in Windeseile durchgezogen wird. Daß der Prozeß jetzt vor einem Militärgericht läuft, ist ein erster kleiner Erfolg der Solidarität, die international spontan eingesetzt hat. Dadurch sind zumindest ein Zeitaufschub und die Einschaltung von Anwälten möglich geworden.

Sowohl Militär- als auch Kriegsgerichte sind in der neuen Verfassung verankert und sind die zuständigen Gerichte für Gewaltdelikte und damit für praktisch alle politischen Gefangenen, die laut Verfassung alle als Terroristen und Gewalttäter eingestuft werden.

Die Anklage lautet auf „Mord" in acht Fällen an Mitgliedern des Heeres und der Polizei (darunter auch die spektakuläre Erschießung des Oberst Vergara Campos im Juni 80), Überfälle auf Banken und andere Anschläge, wie z.B. auf Hochspannungsleitungen. Die DINA-CNI vermutete auf der genannten Pressekonferenz, daß drei der Angeklagten in Kuba eine Guerilla-Ausbildung erhalten haben und illegal mit gefälschten Papieren nach Chile zurückgekehrt seien. Auf die Frage von Journalisten nach Andres Pascal Allende, dem Generalsekretär des MIR, gab die CNI nur eine kurze Antwort: *„Schwierig zu antworten, sehr schwierig"* („Hoy", 25.2. - 3.3.81).

Dringlichste Aufgabe ist zunächst, das Leben der fünf Gefangenen zu retten, d.h. die Todesurteile zu verhindern. Die Koordination der Chile-Solidarität in Europa (Coordinacion de la Solidaridad Europea con Chile) fordert darüber hinaus generell:
Abschaffung der Todesstrafe in Chile,
das Recht auf Widerstand,
das Recht, im Heimatland zu leben.

In verschiedenen europäischen Städten hat es spontane Solidaritätsaktionen gegeben. Hungerstreiks u.a. in Holland, Grenoble, Stockholm und auch in Bochum. Von überall wurden Telegramme und Unterschriftenlisten nach Chile geschickt, aus Kopenhagen sollen es 10.000 Briefe gewesen sein. Demonstrationen gab es in London, Rom, Brüssel, darüber hinaus Veranstaltungen und Kundgebungen gegen die Todesstrafe und die neue Verfassung (nach Radio Moskau, 10.3.81).

**Wer sich solidarisieren möchte, kann Unterschriften sammeln und Briefe oder Telegramme schicken an:
Primera Fiscalia Militar
Fiscal Luis Berger
Galvez 102
Santiago-Chile**

Textvorschlag:
*Exigimos abolicion de pena de muerte en Chile. Exigimos retirar peticion pena de muerte para los cinco detenidos:
Miriam de Lourdes Ortega Araya
Victor Ortega Araya
Carmen Gloria Escobar Gonzales
Carlos Arturo Garcia Herrera
Ismael Rodriguez Vergara.*
(Übersetzung: Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe in Chile. Wir fordern die Zurücknahme des Antrags auf Todesstrafe gegen die fünf Verhafteten...)

Nach letzten Meldungen soll eine sechste Person verhaftet und im gleichen Zusammenhang angeklagt worden sein, darüber ist noch nichts genaueres bekannt.

Hamburger Rechtsanwälte haben sich zur Verteidigung der Angeklagten angeboten.

Die 28 Personen, die anläßlich einer Demonstration zum Internationalen Frauentag verhaftet wurden (darunter fünf Deutsche, eine Holländerin , eine Norwegerin), befinden sich nach wie vor in Haft.

# 5.000 Pfund Haschisch – da lacht die Falange

In der Nacht zum Dienstag, Punkt 1.30 Uhr, stoppten Hamburger Zivilfahnder einen gemieteten Möbelwagen, weil er ihnen wegen Überladung aufgefallen war. Ein nachfolgender zweiter Kastenwagen wendete und fuhr davon. Bei der Überprüfung der Fahrer des ersten Wagens stellte sich heraus, daß diese keinen Schlüssel zum Laderaum dabei hatten und sich über das Transportgut in Widersprüche verwickelten. Die Zivilfahnder schalteten Kripo und die gemeinsame Fahndungsgruppe Rauschgift des Zolls und Rauschgiftdezernates ein. Beim Öffnen der Ladetüren entdeckte man 100 Plastiksäcke, die vom hinzugezogenen Sachverständigen, einem Cockerspaniel namens Pluto, mit Purzelbäumen als Haschisch identifiziert wurden. Insgesamt 2500,9 kg im Großhandelswert von 8 - 10 Millionen DM (Abnehmerpreis Inland) wurden sichergestellt, die größte bisher in der BRD beschlagnehmte Einzelmenge (nach dem Polizeibericht vom 11.3.).

Hamburgs RD-Chef Plewka hatte endlich wieder Grund zum Jubeln, nachdem in den vergangenen Wochen die Praxis der lokalen Untergrundfahndung arg unter Beschuß geraten war: *„Es ist uns gelungen – wenn auch mit Hilfe des Zufalls – einen vorbeugenden Erfolg im Kampf gegen das Rauschgift zu erringen. Jeder Bürger wird sich freuen über diesen Erfolg"* („Hamburger Abendblatt", 12.3.). Wir nicht, wir wundern uns:

– Wie kann ein Möbelwagen mit 2,5 to Haschisch wegen Überladung auffallen, wenn seine (nach Auskunft der Verleihfirma) zulässige Zuladung 2,3 to beträgt, und auch nach einer zusätzlichen Tonne eine Überladung von außen noch lange nicht zu erkennen ist?

– Der Wagen wurde ein paar hundert Meter außerhalb der Zollgrenzstelle-Veddel des Hamburger Freihafens angehalten. Nach Plewkas Meinung ist das Haschisch über den Hafen angeliefert worden – wie kam es dann in einem Mietwagen, der zu den grundsätzlich überprüften, Fahr-
es dann in einem Mietwagen, der zu den grundsätzlich überprüften Fahrzeugen gehört, durch die Zollkontrollen? Haben die Beamten vielleicht erst kassiert und dann gepfiffen oder war der Zugriff in Wirklichkeit eine Panne?

– Der Polizeibericht spricht ausdrücklich davon, daß „u. a. Grüner Türke" aufgefunden wurde (in der gesamten Tagespresse wurde daraus ausschließlich Grüner Türke). Der strahlende Beamte der Asservatenkammer des RD streckt den Fotografen aber Leinenbeutel mit einem typischen libanesischen Markenstempel entgegen, in die *„das in Platten gepreßte Haschisch eingenäht"* war („HA", 12.3., siehe Bild). Gegenüber dem „Hamburger Abendblatt" teilte die Anwaltskanzlei der beiden Verhafteten mit, ihre Mandanten hätten *„von einem libanesischen Auftraggeber jeweils 20.000 DM für den Transport"* bekommen.

Seit dem libanesischen Bürgerkrieg 75/76 stehen Hanf-Anbaugebiete und Verschiffungshäfen unter Kontrolle der christlichen Milizen. Von ihnen wurde in der Vergangenheit schon mehrmals berichtet, daß sie neben Heroin auch Haschisch als Ware im Kompensationsgeschäft für Waffen gegen die libanesische Linke und die Palästinenser vertreiben. Die Haschisch-Ernte des letzten Jahres war *„die beste und umfangreichste seit einem Jahrzehnt"* berichteten Beiruter Zeitungen im September 1980 („FAZ", 20.9.80).

Im internationalen Drogenhandel wird „cash down" bezahlt, der bargeldlose Zahlungsverkehr findet erst anschließend , beim „Waschen" des schwarzen Geldes, statt. Die Hamburger Aktion traf, wie bei allen anderen Zugriffen dieser Größenordnung, lediglich die Ware; Geld wurde nicht beschlagnahmt.

Ein Grund zur Freude? Nicht für die PLO im bevorstehenden neuen Bürgerkrieg gegen die Übermacht der israelischen Armee und der christlichen Streitkräfte, und auch nicht für all diejenigen, die wegen Haschischknappheit den billigen Heroinangeboten zum Opfer fallen. Und wer statt „Jägermeister" einen guten „Libanesen" bevorzugt, zahlt für ein Gramm bald so viel wie für eine Flasche der legalen Droge.

Drogenkommission

# »Modell Bayern«

**Fortsetzung von Seite 1**

Die SPD hat es angesichts der Nürnberger Methoden und der aggressiv staats-terroristischen Parolen der CDU/CSU relativ leicht, demokratische Opposition zu spielen. Sie will angeblich immer noch »den Dialog mit der kritischen Jugend suchen«. Unzufriedene, aber im Grunde staatstreue Jugendliche dürfe man doch nicht mit den bösen Kommunisten und Terroristen in einen Topf werfen. Sämtliche integrationistischen Lockparolen aus den Jahren der APO-Revolte werden wieder hervorgekramt und als neueste menschliche Einsichten der SPD-Politiker angeboten. Sogar Helmut Schmidt, der Kanzler des »Deutschen Herbstes«, des Atom-Programms und der »Nachrüstungsbeschlüsse«, beginnt plötzlich über »gegenseitige Toleranz« und das »Gespräch zwischen den Generationen« zu philosophieren – wie einst sein Vorgänger Willy Brandt.

Gar so groß wird aber am Ende der Unterschied zwischen den T a t e n der Regierungskoalition einerseits und der CDU/CSU andererseits wohl nicht sein. Beide gehen von derselben Voraussetzung aus, nämlich dem Schutz der Interessen des Finanzkapitals und der Bewahrung der herrschenden Verhältnisse. Der Spielraum der Regierungskoalition, um die Massenbewegungen durch kleinere Zugeständnisse zu täuschen und wieder zu »integrieren«, ist minimal. Bloßes Abwarten – wie in Westberlin – hat sich gleichfalls als nicht geeignet zur Verwirrung und Auflösung des Protestpotentials erwiesen. Hunderttausende, die sich ohne viel Gerede über Verbote und Gesetze der Herrschenden hinwegsetzen, sind ein harter Brocken. Das Argument der CDU/CSU, daß für die Herrschenden alles nur noch schlimmer wird, wenn der Staat Hausbesetzungen, verbotene Demonstrationen usw. duldet, gewinnt an Kraft, je länger der gegenwärtige Zustand andauert.

Sofern der Regierungskoalition nicht r a s c h eine sichtbare Schwächung der Massenbewegungen durch Täuschungsmanöver, kleine (scheinbare) Zugeständnisse u.ä. gelingt, ist damit zu rechnen, daß der Staat g e n e r e l l zum Polizei- und Justiz-Terror gegen die Hausbesetzungen, gegen die neue Jugend-Revolte, gegen die Anti-AKW-Bewegung, gegen die Friedensbewegung usw. greifen wird. Spätestens nach den Wahlen in Westberlin (Mai) dürfte dieser Punkt erreicht sein.

Daß die Neigung der Herrschenden zum Staats-Terror großen Stils zunimmt, hängt eng mit ihren sonstigen Plänen zusammen. Die Massenbewegungen richten sich gegen das »zentrale Nervensystem« des Staates: Gegen das Atom-Programm und gegen die Kriegsrüstung. Dies geschieht in einer internationalen Situation, wo der imperialistische Block unter Führung der USA zielstrebig und offen auf neokolonialistische Militärinterventionen in der »Dritten Welt« und einen Dritten Weltkrieg noch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zusteuert. Das Risiko, daß unser Land Schauplatz eines atomaren »Schlagabtausches« mit ungeheuerlichen Konsequenzen wird, ist riesengroß, fast schon unausweichlich. Je mehr sich die internationale Lage auf dieses Risiko hin zuspitzt, umso stärker und breiter wird in unserem Land der Protest dagegen werden, Schlachtopfer imperialistischen Irrsinns zu werden. Den Planern in Bonn ist das völlig klar. Sie wissen auch, daß ein Regime, das wie sie eine Politik am Rande des atomaren Infernos betreibt, sich eine Opposition im »eigenen« Land immer weniger leisten kann. Daraus ergibt sich die Härte der auf uns zukommenden Kämpfe. Es geht ums Überleben. Unseres o d e r das des imperialistischen Systems. Beides zusammen wird nicht gehen.

**IM JAHR DER SCHWEINE**

Dies ist das Jahr der Schweine,
und dieses Jahr wird lang.
Es zieht durch unsre Städte
dieser Schweinegestank.

Die, die uns jetzt verfolgen,
verstehen ihr Geschäft.
Weh dem, der jetzt noch sorglos
und ohne Waffe schläft.

Mancher wird uns verraten.
Sei wachsam, wo du bist.
Wir müssen überleben,
kämpfen mit aller List.

Flieh in die Katakomben,
eh du dich fangen läßt.
Am Bahndamm wird jetzt mancher
unter den Zug gehetzt.

Doch auch das Jahr der Schweine
wird einmal enden. Dann,
dann bricht der rote Morgen
der endgültigen Zeit an.

Und darum laßt uns feiern
auch vor der Feierzeit,
und sollten uns auch stärken
an unsrer Einigkeit.

F. J. Degenhardt

# Betrifft: Zürich

**Gerade habe ich einen Brief aus Zürich bekommen, aus dem ich auszugsweise zitieren möchte. Da gibt es nichts zu kommentieren. Denen wird einfach die Luft abgedreht ... Re.**

*Zürich, d. 7.3.*

*Lieber R.,*
*(...) Hier in Zürich verhärten sich die Fronten zusehends. Gestern war Karneval, während dem ein Modehaus in die Luft gesprengt und das Rathaus beschmiert wurde sowie hunderte von Scheiben barsten. Auf den 21. März (Frühlingsanfang) wird wieder eine Großdemo angesagt.*

*Der Stadtrat will nun plötzlich das AJZ (autonome Jugendzentrum) öffnen, doch nur mit einer verschissenen Trägerschaft, die wir nie akzeptieren werden. Zudem hat er bei der Legislative einen 1,8 Mio Fr.-Kredit beantragt. Bis das Referendum, das sicher ergriffen wird, vorbei ist, wird es Herbst. Dann stehen die Wahlen an: Zwei Kandidaten wollen Stadtpräsident werden. Einer wird das AJZ öffnen und sich profilieren: Politik auf dem Rücken der Bewegung. Nun gibt es sicher ein heißes 1981.*

*Ende März müssen viele Leute aus ihren Wohnungen raus: Sanierung. Schon jetzt werden Häuser besetzt, die jedoch sogleich mit harten Einsätzen geräumt werden (auch ohne Anklage des Hausbesitzers, obwohl kein Offizialdelikt!). Zudem schließen gleich drei Kneipen, wo wir uns jeweils trafen – wir sind auf die Straße verdammt.*

*Auch die 'Rote Fabrik' ist bald am Ende, denn jedes Konzert wird gestürmt, Fenster eingeschlagen. Viele Junge verstehen ihre Kraft nur noch in sogenannten 'Zerstörungen' einzusetzen. Hinzu kommt nach wie vor die schiziphrene Situation, daß Konzerte im Theatersaal (200 Leute fassend) durchgeführt werden können, weil die Stadt die Aktionhalle (1200 Leute fassend) nicht freigibt für Rockkonzerte. Jegliche andere Hallen sind für uns gesperrt. In Zürich gibt es bald nur noch nichts: das perfekte Vakuum! (...)*

*Tschüß ...*

**Impressum**
Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14täg. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

# Massenverhaftung
# Bayern praktiziert den Polizeistaat
## Justiz als Arm der Polizei

*„Der Eskalation des Straßenterrors gilt unsere besondere Wachsamkeit. Wir werden es auch künftig nicht zulassen, daß sich Rechtsbrecher einen rechtsfreien Raum erkämpfen. Auch darf die Polizei nicht zum Freiwild brutaler Chaoten und Krawallmacher werden. Eine Demonstration der Stärke soll den Krawallverursachern von vorneherein zeigen, was ihnen blüht.“* Mit dieser Erklärung leitete Bayerns Innenminister Tandler kürzlich einen neuen Kurs ein, der alles bisher dagewesene in den Schatten stellen sollte. Am Aschermittwoch ließ dann Strauß nochmal die Sau raus: *„Die Hausbesetzer sind heute der Kern neuer terroristischer Aktionen.“* Den „tobenden Chaoten“ erteilte er deshalb eine eindeutige Warnung: *„Aber die großen Lumpen muß man schwerer aufs Hirn hauen.“* Das war der Auftakt.

### Donnerstag, 5.3.
### Tandler schlägt zu

24 Stunden nach Strauß' Aschermittwochhetze beginnt die Polizei in Nürnberg, den neuen Kurs in die Praxis umzusetzen. Zum Anlaß wird eine spontane Demonstration genommen, die abends im Anschluß an eine Kraaker-Veranstaltung im KOMM (selbstverwaltetes Jugendzentrum) entsteht. Ca. 200 Jugendliche vertreiben zuerst eine Zivilstreife, die sich vor dem KOMM rumtreibt und ziehen dann eine halbe Stunde lang durch die Innenstadt. Schon bald wird der Zug von ca. 10 - 15 Streifenwagen eskortiert. Trotzdem gehen unterwegs ein paar Scheiben zu Bruch, so bei der Westdeutschen Kreditbank, der Commerzbank und beim Kaufhof. Die Polizei greift nicht ein, sie beoachtet nur — inzwischen bereitet sich die Führungsspitze im Polizeipräsidium auf den großen Schlag vor. Zwei Hundertschaften werden mobilisiert und in Bereitschaft gehalten, aus dem Nürnberger Umland zieht man sämtliche verfügbaren Streifenwagen zusammen. Die Demo löst sich bald auf, ein großer Teil der Demonstranten zieht ins KOMM zurück, andere gehen nach Hause oder in die Kneipe.

Um etwa 23 Uhr beginnt das Umstellen und hermetische Abriegeln des KOMM durch Bereitschaftspolizei
Um etwa 23 Uhr beginnt das Umstellen und hermetische Abriegeln des KOMM durch Bereitschaftspolizei
und Bullen vom Sondereinsatz-Kommando (SEK). Zu diesem Zeitpunkt befinden sich dort rund 180 Leute, viele (etwa 60) Jugendliche sitzen in der Teestube, spielen Schach oder trinken in der KOMM-Kneipe ihr Bier; sie haben bis zu diesem Zeitpunkt von der Demo noch gar nichts erfahren. Schnell spricht sich aber rum, daß keiner mehr das KOMM verlassen kann. Auch der Telefonkontakt ist unterbrochen.

Das Polizeimanöver spricht sich dennoch schnell in der Szene herum, bald findet sich ein Haufen von Leuten ein. Die Bullen erwägen kurzzeitig, diese „störende Menschenmenge abzuräumen“, entschließen sich dann aber, einfach bis in die frühen Morgenstunden zu warten. Um 3.30 ergeben sich die „KOMM-Insassen“ (O-Ton Polizei), alle werden durchsucht, festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Hätten die Jugendlichen das KOMM nicht „freiwillig“ verlassen, *„wären meine Beamten gewaltsam eingedrungen“*, so Polizeipräsident Helmut Kraus am nächsten Tag.

Daß es der Polizei erspart blieb, mit einer zwangsweisen Räumung des KOMM den größten jugendpolitischen Skandal Nürnbergs zu provozieren, ist das zweifelhafte Verdienst des SPD-Bundestagsabgeordneten Egon Lutz und einiger KOMM-Mitarbeiter. Noch vor Mitternacht bietet einer der Mitarbeiter der Polizei an, auf die Jugendlichen im KOMM einzuwirken, daß sie freiwillig das Gebäude verlassen. Kurze Zeit später tritt Egon Lutz auf den Plan, seine Tochter befindet sich auch unter den „KOMM-Insassen“. Die Polizei läßt ihn als einzigen durch die Absperrung, er schaltet sich sofort in die Verhandlungen ein: *„Zusammen mit dem Einsatzleiter der Polizei und den KOMM-Leuten ist es mir gelungen, die zum großen Teil jungen Menschen zur Aufgabe zu bewegen. Lediglich eine kleine Minderheit wollte sich nur gewaltsam aus dem Haus bringen lassen. Ich habe auch versprochen, mit zur Polizei zu kommen.“* (E. Lutz nach „Nürnberger Nachrichten“ (NN), 7.3.) Daß er und einige KOMM-Mitarbeiter mehr versprochen haben, nämlich daß alle nach Aufnahme der Personalien sofort wieder freigelassen werden, wird natürlich verschwiegen. Daß Egon Lutz seine eigenen Versprechen an diesem Abend nicht einmal einhalten kann, weil er noch in der gleichen Nacht selbst Opfer des rigiden Polizeieinsatzes wird, gibt seiner Verhandlungsstrategie eine ironische Komponente: Nachdem er im Polizeipräsidium erklärt hatte, er bleibe bis der letzte Jugendliche frei sei, warfen ihn die Bullen raus mit der Begründung, er sei wohl alkoholisiert und stehe den Ermittlungstätigkeiten im Wege.

Sofort im Anschluß an die Verhaftung beginnt die Polizei mit einer systematischen Durchsuchung und generalstabsmäßigen Erfassung des KOMM. Bis 6 Uhr morgens wird jedes Plakat und jede Parole fotografiert,
neralstabsmäßigen Erfassung des KOMM. Bis 6 Uhr morgens wird jedes Plakat und jede Parole fotografiert,
jedes Zimmer, alle Gruppenräume werden auf den Kopf gestellt und bis auf den letzten Winkel inspiziert. Das Material soll später Grundlage für einen frontalen Angriff auf das KOMM sein. Dieser Vorgang ist ein weiterer Beleleg dafür, daß die ganze Aktion von langer Hand vorbereitet war und Bestandteil eines Großangriffes der CSU nicht nur auf das bestehende Demonstrationsrecht, sondern auch auf die letzten Bastionen liberaler Jugendpolitik ist.

### Freitag, 6.3.
### Der Justizapparat setzt nach

Bis zum Freitag morgen, 5 Uhr, hat die Polizei 164 Personen verhaftet. Im Laufe des Tages werden etwa 20 Leute auf freien Fuß gesetzt, weil sie nachgewiesenermaßen Mitarbeiter des KOMM sind, die gar nicht auf der Demo gewesen sein können.

Den ganzen Vormittag rufen besorgte Eltern im Polizeipräsidium an und erkundigen sich nach ihren Kindern. Alle erhalten die gleiche Antwort: „Hier können wir nichts feststellen, alles geht drunter und drüber.“ Zynisch heißt es später von Seiten der Polizei, man habe „Mengenprobleme“ gehabt und deshalb den Eltern keine Auskünfte geben können. Die „Mengenprobleme“ führen auch dazu, daß die Inhaftierten zu zehnt in Einzelzellen sitzen müssen, teilweise bis zu zwölf Stunden lang. Denn der Staatsanwalt hat entschieden, daß alle dem Ermittlungsrichter vorgeführt werden müssen.

Damit beginnt ein Schauspiel, das selbst bürgerliche Juristen auf die Palme bringen wird. In Gruppen von fünf Leuten werden die Inhaftierten den drei Ermittlungsrichtern vorgeführt. Und obwohl das Gesetz für die Anordnung von U-Haft strenge Einzelfallprüfung vorschreibt, werden an diesem Tag Haftbefehle sozusagen vom Fließband erteilt. Rechtsanwalt Graf: „Die Haftbefehle kamen aus dem Kopierautomaten“. Pauschal werden alle des „schweren Landfriedensbruchs“ beschuldigt und wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe (sechs Monate bis zehn Jahre Gefängnis, keine Geldstrafe!) gehen die Richter von bestehender „Fluchtgefahr“ aus.

Zu den Vorgängen am Freitag berichteten später u.a. zwei Anwälte aus Nürnberg. RA Becker: *„Daß ein Haftbefehl über sämtliche Festgenomme-*
richteten später u.a. zwei Anwälte aus Nürnberg. RA Becker: „Daß ein Haftbefehl über sämtliche Festgenomme-
*nen verhängt worden ist, ist ein in der Bundesrepublik einmaliger Vorgang. In der Justiz kenne ich keinen vergleichbaren Fall. Wir sind der Meinung, daß hier die Haftbefehle unter Bruch des Rechts erlassen worden sind. Es handelt sich hier um rechtswidrige Vorgänge. Es sind zum großen Teil Minderjährige, Heranwachsende in den Gefängnissen, Kinder oder Heranwachsende, die einen festen Wohnsitz haben, die in einem Lehr- oder Arbeitsverhältnis stehen oder zur Schule gehen. Ein Vater hat mir berichtet von seinem Sohn, dessen Abiturarbeiten in der kommenden Woche anfangen. Es ist aberwitzig, hier von einer Fluchtgefahr zu sprechen.“*

Rechtsanwalt Graf: *„Wir haben versucht, mit den Mitarbeitern des KOMM als Entlastungszeugen zu den einzelnen Hafteröffnungsterminen zu kommen und zu sagen, hier waren etwa 60, 70 oder 80 Leute i m KOMM während der Demonstration, ihre Argumentationskette, daß sie sagen, dieser oder jener ist dringend der Tat verdächtig, muß falsch sein. Die Ermittlungsrichter haben im ersten Augenblick sehr gestutzt und haben erst einmal ihre Termine unterbrochen. Sie haben sich dann in einer Art Schnellkonferenz zusammengesetzt, sind aber weiter stutzig geblieben, bis die Staatsanwaltschaft dazu gekommen ist. Mein Eindruck war der, an diesem Abend hat die Staatsanwaltschaft das Sagen gehabt. Denn danach kam dann der Ermittlungsrichter Dorner auf uns zu und hatte die Frechheit, uns zu sagen: 'Uns interessieren Ihre Entlastungszeugen nicht, wir haben jetzt keine Lust, die zu hören.' Das ist der große Skandal, daß sich hier zum ersten Mal ganz massiv auch Richter zu solchen Verfahrensweisen hergegeben haben. Ein Richter ist ebenso wie ein Staatsanwalt dazu verpflichtet, entlastende Momente bei der Ermittlung zu berücksichtigen. Wenn diese entlastenden Momente sogar noch an ihn herangetragen werden, er mit der Nase darauf gestoßen wird und er dann sagt: 'Ich habe keine Lust dazu', dann ist das ein ganz erheblicher Skandal.“*

Der Platz reicht hier nicht aus, um über sämtliche skandalösen Vorgänge im Bullenhauptquartier an diesem Freitag zu berichten. Rechtsanwälten wurde angedroht, sie vor die Tür zu setzen, weil sie noch keine Vollmacht ihrer Mandanten besaßen, empörte und weinende Mütter wurden angeschnauzt, sie sollten gefälligst nach Hause gehen, sie hätten sowieso keinen Einfluß auf den Ablauf der Dinge. Den Verhafteten wird großenteils jeder Kontakt mit Anwälten und Eltern verweigert. Viele von ihnen sind im Alter von 15 bis 18 Jahren, sie sind meist zum ersten Mal mit einer solchen Situation konfrontiert. Was allein auf diesem Wege an Aussagen erpreßt und an Informationen „gewonnen“ wurde, läßt sich heute noch nicht ermessen.

Im Laufe des Freitags stellen die Richter bei 141 Inhaftierten „Verdunklungs-Fluchtgefahr“ fest. Die Untersuchungshäftlinge werden am Samstag auf Knäste in ganz Bayern verteilt, so nach Cronach, Crailsheim, Bayreuth, Straubing, Aichach, Regensburg, Weiden, München und Nürnberg. Zu diesem Zeitpunkt ist „draußen“, bei Bekannten und Eltern der Inhaftierten sowie in der Szene nichts Genaues über ihren Verbleib bekannt. Erst langsam sickert die Erkenntnis in unser Bewußtsein, daß die Verhafteten nicht — wie sonst — nach einigen Stunden wieder auftauchen werden, sondern mindestens Tage, vielleicht sogar Wochen hinter Gittern verschwinden. Der nächste Haftprüfungstermin soll der 20.3. sein, also in
vielleicht sogar Wochen hinter Gittern verschwinden. Der nächste Haftprüfungstermin soll der 20.3. sein, also in
zwei Wochen!

Währenddessen beginnt die CSU-Regierung in ersten Stellungnahmen, das Vorgehen von Polizei und Justiz offensiv, z.T. in direkt faschistischem Jargon zu verteidigen. So erklärt z.B. Franz Neubauer vom bayerischen Innenministerium zur Kritik der SPD am Polizeieinsatz: *„Es ist fünf vor zwölf. Wenn sich SPD und FDP schon gegen eine Gemeinsamkeit der Demokraten stellen, bleibt nur die Hoffnung auf die Gemeinsamkeit der Normalen“* („SZ“, 7.3.). CSU-Sprecher bestreiten, daß es sich um eine geplante Strafaktion gegen Hausbesetzer handele, die Ausdruck des neuen Kurses von Strauß und Tandler sei. Inzwischen wird aber bekannt, daß bereits zwölf Stunden v o r der Demonstration am Donnerstagabend im Nürnberger Untersuchungsgefängnis Zellen mit der Begründung geräumt worden sind, daß für den Abend etwa 30 Festgenommene aus der Hausbesetzerszene erwartet würden (nach „NN“, 12.3.).

### Samstag, 7.3.
### „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!“

Eine schon länger für diesen Samstag geplante Hausbesetzer-Demo wird zu einer ersten großen Manifestation gegen den staatlichen Terror, mit 2.000 Leuten für Nürnberg eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre. Diese Zahl ist auch deshalb bemerkenswert, weil alle noch unter dem Eindruck der Massenverhaftungen zur Demo gehen. Die Demonstranten rechnen mit Allem, keiner ist sich sicher, ob er die nächste Nacht zuhause verbringen wird.

Zum Auftakt skizzieren Rechtsanwälte nocheinmal kurz die aktuelle Lage. Sie können noch immer nicht sagen, wie hoch die Zahl der Verhafteten ist und wer alles dazu gehört. RA Graf: *„Was will Herr Kraus eigentlich hier, wenn er von Berliner Verhältnissen in Nürnberg spricht. Ich denke da an die Vorfälle bei der NPD-Kundgebung im letzten Jahr, bei der gewaltsamen Räumung des Hauses Veillodterstr. oder die Räumung Johannisstr. 70, für die es keine Rechtsgrundlage gab. Will Herr Kraus hier nicht den Bürgerkrieg, und probt er ihn nicht schon lange?“*

Die Demo führt zum Justizgebäude, dann zum Untersuchungsknast, anschließend zum Bullenpräsidium. Überall ertönt die Parole „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei“, besonders laut natürlich vor dem Knastgebäude. Die ganze Demo ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß es Strauß und Tandler nicht gelungen ist, die Lage in Nürnberg zu „befrieden“.

### Sonntag, 8.3.
### Eltern gehen auf die Barrikaden

Sonntag, 8.3.
Eltern gehen auf die Barrikaden

Immer noch sind nicht alle Namen der Verhafteten bekannt. Zusätzlich beginnt jetzt das Nachforschen nach den Aufenthaltsorten der Gefangenen, da sie über Nacht in die verschiedenen bayerischen Knäste verschubt worden waren. Das KOMM entwickelt sich zu einem Umschlagplatz für Informationen, Sachmeldungen und Anfragen. Es drängen sich Assoziationen an chilenische Verhältnisse auf, wo Menschen einfach verschwinden und nicht einmal die Angehörigen ihren Aufenthaltsort erfahren.

Am Nachmittag versammeln sich ca. 400 Eltern und Freunde der Inhaftierten im KOMM. *„Die Stimmung am Samstag nachmittag im Kommunikationszentrum ist geprägt von Empörung, Ratlosigkeit und Angst. Die Unsicherheit und Sorgen der letzten Tage und Nächte*

*Fortsetzung nächste Seite*



**Demonstration, 7.3.81; vor dem Bullenpräsidium**



*Hitlers Geist: „Warum macht ihr es euch denn so schwer?“*

**Diese Karikatur aus der „Abendzeitung“ überschreitet nach Meinung des bayerischen Justizministers Hillermeier „in skandalöser Weise die weit gezogenen Grenzen, die eine Kritik in Form einer Satire eingeräumt seien!“**


**Die ersten Entlassenen ...**

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

*haben vor allem in den Gesichtern der Mütter ihre Spuren hinterlassen. Zeitweise verwandelt sich die Elternversammlung in einen Suchdienst wie nach dem Kriege. Väter und Mütter treten nacheinander ans Mikrophon und geben die Besuchszeiten der einzelnen bayerischen Gefängnisse bekannt ...*" („NN", 9.3.).

Ein Gesetz, das vor Jahren in Zusammenhang mit Terroristen-Prozessen erlassen worden ist, wird nun für alle zu einem Problem: Ein Rechtsanwalt kann immer nur einen Mandanten in derselben Sache vertreten, d.h. 141 Rechtsanwälte müssen gefunden werden.

Viele Eltern sind bis zu diesem Zeitpunkt offiziell nicht von der Festnahme ihrer Kinder unterrichtet worden. Das Wort vom Polizeistaat macht die Runde. Rechtsanwälte berichten von ihren Erfahrungen mit den Ermittlungsrichtern und sprechen von einem Polizei- und Justizskandal. Von einigen besonders eklatanten Fällen wird berichtet: So ist z.B. unter den Festgenommenen die Mutter eines 10 Monate alten Kindes, nicht einmal für sie wurde der Haftbefehl aufgehoben, obwohl den Ermittlungsrichtern ihre Lage bekannt war. Einer anderen Verhafteten hatte die Polizei die Schlüssel abgenommen und anschließend ihre Wohnung durchsucht und versiegelt. Eine Vertreterin von amnesty international gibt bekannt, daß sie zwar nicht im eigenen Land tätig werden kann, daß sie aber ihrer Londoner Zentrale genau über die Vorgänge informieren will, damit die sich sofort für die Festgenommenen einsetzen können.

Die Eltern beschließen, sich alle am nächsten Tag morgens um 8 Uhr beim Ermittlungsrichter zu treffen, um dort gemeinsam die Besucherscheine zu beantragen.

**Montag, 9.3.**
**Die ersten Besuche im Knast: Psychoterror und Schikanen gegen die Inhaftierten**

Schon vor 8 Uhr beginnt der Ansturm der Eltern auf den Ermittlungsrichter. Nachdem die ersten Besucherscheine ausgestellt worden sind, kommt es bei Richter Dorner zu turbulenten Szenen, in denen Eltern ihre Wut und Empörung zum Ausdruck bringen. Dorner ist direkt verantwortlich für die Haftbefehle, und es gelingt ihm nicht, den Eltern weiszumachen, er habe nur nach dem Gesetz gehandelt und sei gezwungen gewesen , alle in U-Haft zu nehmen. Sein Zynismus macht die Anwesenden noch wütender. Als ihm in der Aufregung der Satz rausrutscht, die Eltern sollten nicht "wegen jedem Käse" bei ihm anrufen, treibt das die Empörung auf den Höhepunkt. Dorner verläßt vorläufig den Saal und läßt die aufgebrachten Angehö-
Dorner verläßt vorläufig den Saal und läßt die aufgebrachten Angehö-rigen allein.

Nachdem alle ihre Besucherscheine erhalten haben, werden Mitfahrgelegenheiten organisiert und andere Vorbereitungen für die Knastbesuche getroffen.

Die CSU setzt auch am Montag ihre propagandistische Offensive fort. Der Nürnberger CSU-MdL Günther Beckstein fordert z.B. von der Stadt, dafür zu sorgen, „*daß das kommunale Jugendzentrum nicht Kristallisationspunkt linker Krawallmacher ist.*" Andere CSU'ler erklären, daß die Schließung des KOMM schon immer von ihnen gefordert worden sei. Ansonsten weisen sie natürlich sämtliche Vorwürfe von Eltern und Rechtsanwälten zurück.

Aber auch die Protestwelle verbreitert sich im Laufe des Tages. So haben an der Gesamtschule Langwasser 70 Lehrer, der Schulleiter und seine beiden Stellvertreter, sowie die Klasse 10 Gb die Massenverhaftungen kritisiert. Anlaß: Anke, eine 15jährige Schülerin dieser Schule, war mit verhaftet worden und sitzt inzwischen in der berüchtigten Frauenhaftanstalt Aichach in Einzelhaft. Gerazu pervers mutet es an, daß der Zutritt in dieses Gefängnis für Mädchen unter 16 Jahren verboten ist!

Am Abend findet im KOMM wieder eine Versammlung statt, auf der über die Knastbesuche berichtet wird und weitere Aktivitäten diskutiert werden sollen. Viele sind erschüttert über das, was sie bei den Knastbesuchen erfahren mußten. Nicht wenige der Gefangenen haben sich während der ersten Tage, in denen sie vollkommen isoliert waren, mit Selbstmordgedanken getragen. Sie hatten das Gefühl, daß keiner sich um sie kümmert und hatten jede Hoffnung aufgegeben, mit Bekannten oder Verwandten in Kontakt zu kommen, besonders, nachdem sie bis zu 200 km von Nürnberg weg deportiert worden waren. Von Einzelnen wurde berichtet, daß sie zeitweise völlig ausgeflippt waren, eine Mutter erzählte, daß ihr Sohn sogar während ihres Besuches vollkommen apathisch wirkte und nur zur Wand gesehen hat. Nur ein Teil der Inhaftierten hatte in den letzten Tagen Kontakt untereinander, viele waren in Einzelhaft. Von einem 16-jährigen wurde berichtet, der zusammen mit normalen Häftlingen in derselben Zelle untergebracht war. Diese hatten ihm angedroht, ihn nachts in der Kloschüssel zu ersäufen. Er hat natürlich zwei Nächte kein Auge zugetan. Über unzählige Schikanen wurde berichtet, z.B. daß in manchen Knästen nicht einmal frische Wäsche für die Häftlinge angenommen wurde, obwohl Untersuchungsgefangene das Recht auf ihre eigene Kleidung haben.

Das ganze Ausmaß der Rechtsbrüche, Schikanen und Terrormaßnahmen dieser Tage kann man nur erahnen , es wird eine wichtige Aufgabe des Ermittlungsausschusses sein, das systematisch aufzuarbeiten.

Die Debatte um die weitere Solidaritäts- und Ermittlungsarbeit beginnt mit einem Eklat: Es wird berichtet, daß im KOMM neu angefertigte, mit Schreibmaschine getippte Listen der Inhaftierten existieren, bei denen einige Namen mit dem Zusatz "(RAF)" versehen sind. Zum Beweis wird eine dieser Listen vorgezeigt.
"(RAF)" versehen sind. Zum Beweis wird eine dieser Listen vorgezeigt.
Damit werde eine Entsolidarisierungswelle eingeleitet, die letztendlich nur darauf abzielt, nur mit den "anständigen" KOMM-Besuchern eine Solidarität herzustellen, wird kritisiert. Diese Veröffentlichung löst erhebliche Unruhe aus, und es werden eine Reihe weiterer Vorwürfe und Verdächtigungen gegenüber bestimmten Mitarbeitern des KOMM vorgebracht. Viele befürchten, daß diese Leute zu eng mit der SPD und städtischen Interessen verfilzt sind, als daß vom KOMM allein aus eine wirklich unabhängige Ermittlungsarbeit und eine Solidarität mit a l l e n Inhaftierten gewährleistet wäre. Deshalb wird von Frauen aus dem Frauenbuchladen der Vorschlag für einen unabhängigen Ermittlungsausschuß gemacht, der vorläufig allgemein akzeptiert wird. Allerdings zeichnet sich bereits hier in der Solidaritätsarbeit der Kern einer Auseinandersetzung ab, die zu einer schweren Belastung für ein gemeinsames Vorgehen aller Betroffenen sowie deren Angehörigen und Freunde werden kann. Gerade die SPD betont in ihren Stellungnahmen immer wieder, daß sie gegen die Verhaftung der "unschuldigen KOMM-Besucher" sei, was implizit nichts anderes bedeutet, als daß es unter den Inhaftierten "Schuldige" gibt, bei denen die ergriffenen Maßnahmen (z.B. Haftbefehle) durchaus gerechtfertigt sein könnten. Nichts anderes bedeuten auch Stellungnahmen, in denen die Polizei kritisiert wird, weil sie nicht schon früher eingegriffen habe, z.B. während der Demonstration. Eine solche Linie in der Solidaritätsarbeit läuft darauf hinaus, einige Wenige ans Messer zu liefern. Trotz des grossen Engagements, daß die Nürnberger SPD zur Zeit an den Tag legt, sollte man nicht vergessen, daß genau das ihr Konzept ist: eine differenziertere Trennung zwischen "Gewalttätern" einerseits und den "friedlichen", berechtigten Protesten der Jugend andererseits. Denn sie befürchtet bei einem "undifferenzierten" und "unverhältnismäßigen" Vorgehen, wie es die CSU praktiziert, das massenhafte Ansteigen einer irreparablen Staatsverdrossenheit. Daß die Sorge der SPD darum größer ist als um die verhafteten Jugendlichen, haben einige ihrer Vertreter am folgenden Dienstag deutlich unter Beweis gestellt.

**Dienstag, 10.3.**
**Beispiellose Protestwelle**

Für Dienstagnachmittag hat die SPD zu einer Protestkundgebung unter dem bestechenden Motto: "Für Reformen – gegen Gewalt! Für Demokratie – gegen Polizeistaat!" aufgerufen. Unter der Hand werden von verschiedenen linken Strömungen Vorbereitungen getroffen, um im Anschluß an die Kundgebung eine Demonstration zum Knast durchzuführen. Zum einen verspricht man sich von einer Demo eine größere Mobilisierung und Unterstützung für die Inhaftierten, zum anderen soll deutlich gemacht werden, daß die SPD die Proteste nicht für sich vereinnahmen und instrumentalisieren kann. Einige Schulen geben an diesem Tag früher frei, damit die Schüler Transparente für die Kundgebung anfertigen können. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, stellt die SPD eine ellenlange Redner-
gut unterrichteten Kreisen verlautet,
stellt die SPD eine ellenlange Rednerliste auf, an deren Ende der SPD-Stadtrat Schönlein noch einmal alles dafür tun soll, um die Kundgebungsteilnehmer zu einem "friedlichen Marsch nach Hause" zu bewegen.

Doch es kommt anders: Die 10.000 Teilnehmer übertreffen alle Erwartungen. Gleichzeitig wird bekannt, daß inzwischen 22 der Inhaftierten freigelassen worden sind. Es handelt sich dabei um die Minderjährigen und einen Türken. Auf der Kundgebung reden u.a. Bürgermeister Willy Prölß, Kulturreferent Helmut Glaser, Pfarrer Johannes Rießbeck, Horst Klaus von der IG Metall, Rechtsanwalt Uwe Schreiner sowie zwei Frauen, die für die betroffenen Jugendlichen sprechen. Keineswegs unwidersprochen bleiben Äußerungen einiger Redner, in denen Demonstranten wegen ihrer "Gewalttaten" angegriffen werden und allzu aufdringlich die Staatsloyalität beschworen wird. Allerdings hat die Distanzierung von Gewalt, die immer wieder völlig unnötigerweise thematisiert wird, eine breite Basis. Besonders starken Beifall gibt es bei der Forderung Glasers nach Rücktritt der Verantwortlichen im Nürnberger Polizeipräsidium und im Münchner Innenministerium. Auch die Forderung nach "Freilassung aller Inhaftierten" die im Redebeitrag der beiden Frauen noch einmal unmißverständlich und in Abgrenzung zu distanzierenden Stellungnahmen formuliert wird, erntet tosenden Beifall.

Nachdem die SPD wie geplant "ihre" Kundgebung zuende bringt, gelingt es, sofort die Spitze für eine Demo zu organisieren. Ehe sich die riesige Menschenmenge aufzulösen beginnt, marschiert der Zug los. Die meisten gehen mit, sodaß es an diesem Abend zu einer der größten Demonstrationen in der Geschichte Nürnbergs kommt. 8 000 bis 10 000 Menschen ziehen vor den Nürnberger Knast und fordern lautstark die Freilassung der Inhaftierten.

## Massenverhaftung in Nürnberg — schon lange vorher gründlich vorbereitet?

Seit den Ereignissen vom 6.3. munkelt man in Nürnberg, daß es sich bei der Massenverhaftung um eine zwischen Polizei und Justiz abgesprochene politische Demonstration der Stärke gehandelt hat.

Einige Einzelheiten sind inzwischen an die Öffentlichkeit gedrungen, die diese Vermutung bestätigen:

Nach Informationen von Egon Lutz (SPD-MdB) ist es „*in Gerichtskreisen hier ein offenes Geheimnis, daß genau vor einer Woche fünf ausgelesene Richter zu einer Sondergruppe zusammengestellt wurden, die am 'Tage X' bei einer Verhaftungsaktion gegen Demonstranten als Haftrichter zu fungieren haben*". Für ihn sei dabei ganz bewußt kein Jugendrichter als einer der fünf Haftrichter bestellt worden, „*denn bei der zu erwartenden Jugendstrafe hätte sich nie und nimmer Fluchtgefahr als Haftgrund für einen Jugendrichter begründen lassen*" (nach: „Augsburger Allgemeine", 11.3.). In diesem Zusammenhang interessant sind Informationen der „Abenzeitung" (14.3.). Unter der Überschrift „Wurden die Richter ausgesiebt?" wird berichtet, daß der fünfte Ermittlungsrichter nicht nach dem gesetzlich verbindlichen Dienstplan bestimmt wurde. Als 'Ersatzmann' wurde Richter Günter Meyerhöfer benannt, der bei Nürnberger Rechtsanwälten als strenger Richter gilt, und der seinem Ruf anscheinend auch alle Ehre machte: Er allein stellte 50 der 141 Haftbefehle aus!

Einer der übergangenen Richter erklärte, er sei den ganzen Freitag über erreichbar gewesen. Damit habe es keinen Grund gegeben, ihn bei der Einsetzung zu übergehen.

Richter Meyerhöfer dagegen wurde gegen 16 Uhr in seinem Büro erreicht; er erklärte seinen Einsatz als „Dringlichkeitssache vom Amtsgerichtspräsidenten". Eine der vielen schlicht illegalen Aktionen der Nürnberger Justiz: denn nach Art. 101 (GG) ist es ausgeschlossen, die zuständigen Richter erst nach einer Straftat zu benennen, um auszuschließen, daß der Richter passend zur Person des jeweils Beschuldigten ausgewählt wird.

Anscheinend 'gut vorbereitet' waren auch die Knäste in Nürnberg: Nach Informationen des Landtagsabgeordneten Langenberger waren vorsorglich 30 Zellen freigemacht worden!

Bemerkenswert ist schließlich noch, daß beim Polizeieinsatz wohl eine ganze Reihe „ortsunkunidger" Beamte eingesetzt war — ob sie wirklich innerhalb so kurzer Zeit von weit her mobilisiert werden konnten?



... wieder raus aus dem Knast

## Zum aktuellen juristischen Stand

Gegen 141 Personen wurden am Freitag, 6.3., Haftbefehle ausgesprochen. Davon waren 21 unter 18 Jahren und 54 im Alter von 18 - 21. Alle wurden des „schweren Landfriedensbruchs" verdächtigt, der entsprechende Paragraph 125a lautet:

„*In besonders schweren Fällen des Paragraphen 125 ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter*
1. *eine Schußwaffe bei sich führt,*
2. *eine andere Waffe bei sich führt, um diese bei der Tat zu verwenden,*
3. *durch eine Gewalttätigkeit einen anderen in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung bringt oder*
4. *plündert oder bedeutenden Schaden an fremden Sachen anrichtet.*"

Mit der Höhe der zu erwartenden Strafe wurde die „Fluchtgefahr" begründet: „*Der Beschuldigte hat eine Strafe zu erwarten, angesichts derer die vorhandenen Bindungen nicht ausreichen.*" Außerdem wurde bei allen „Verdunkelungsgefahr" diagnostiziert, „*da die Mittäter sich in Freiheit miteinander absprechen können*" (aus den Haftbefehlen).

Die ersten Freilassungen wurden 4 1/2 Tage nach der Verhaftung, am Dienstagmittag, angeordnet. Dabei wurden für die 21 Minderjährigen sowie für einen Türken die Haftbefehle aufgehoben.

Einen Tag später wurden weitere 23 U-Häftlinge freigelassen. KOMM-Mitarbeiter hatten sie auf vorgelegten Polizeifotos erkannt und unter Eid bezeugt, sie zur Zeit der Demonstration im KOMM gesehen zu haben.

Am Donnerstag ließ man weitere 15 Personen frei. Die Justizbehörde erklärte dazu, daß für sie die Haftgründe nicht mehr bestünden.

Am Freitag kamen wiederum zehn Leute frei. Es wird berichtet, daß immer wieder Verhöre vorgenommen worden sind, z.T. bis zu dreimal während der Nacht. Es wurde allen nahegelegt zuzugeben, daß sie auf der Demonstration gewesen waren; in diesem Fall sicherten die Beamten den Inhaftierten zu, sie freizulassen. Einige haben sich damit inzwischen ihre Freiheit erkaufen müssen, obwohl sie nicht an der Demonstration beteiligt gewesen waren.

Von anderen Fällen wurde berichtet, wonach es dem Staatsanwalt nicht ausgereicht habe, wenn nur die Beteiligung an der Demonstration zugegeben wurde. Er verlangte als Voraussetzung für die Freilassung, daß der Betreffende zugibt, daß er selbst Steine geworfen habe oder jemand anderes beschuldigt, das gemacht zu haben. Jedenfalls waren am Freitag, 13.3., noch 71 Leute in Haft.

## Wieder »Bremer Krawalle«?

Am 13.3. demonstrierten in Bremen rund 2.000 Menschen gegen den Weiterbau des AKW Brokdorf, gegen Stromsperrungen für „Strobos" und die Tariferhöhungen der Stadtwerke sowie gegen die Polizeistaatsmethoden gegen Hausbesetzer in Freiburg und Nürnberg. Die Demonstration und die Abschlußkundgebung verliefen bis auf einige Farbeier gegen das „ehrenwerte" Bürgerschaftsgebäude ruhig. Dies nahm die Polizei jedoch zum Vorwand für einen rücksichtslosen und massiven Tränengaseinsatz, mit dem innerhalb von Minuten der gesamte Marktplatz geräumt wurde.

Die versprengten Demonstrant/inn/en sammelten sich in verschiedenen Teilen der Innenstadt und zogen in kleineren Pulks erneut ins Zentrum, um möglichst viele Menschen mit ihren Protesten zu erreichen. Da die Polizei mit Oldenburger und Hannoveraner Bullizisten verstärkt worden war, gelang es nicht, sich nochmals zu einem großen Demozug zusammenzuschließen. Ständig neu wurden die Pulks von Bullentrupps angegriffen, Leute festgenommen oder verletzt. Demgegenüber verhielt sich der Schaden an eingeschlagenen Fensterscheiben bei Großkaufhäusern lächerlich gering.

Im Ostertorviertel gelang es ca. 400 Menschen, nochmal eine kurze und geschlossene Demonstration zu machen, die dann mit erheblicher Bullenbrutalität auseinandergeknüppelt wurde, wobei, ähnlich wie am 6. Mai, besonders hingefallene Demonstrant/inn/en bevorzugte Opfer für die sadistischen Ausfälle der Polizei wurden. Allerdings gelang es nicht, die Proteste an diesem Abend zu ersticken. Einige hundert Leute besetzten eine Kreuzung im Ostertor und als noch Musik aus einer anliegenden Wohnung erklang, hätte daraus ein nettes Straßenfest werden können, wären nicht die „Ordnungshüter" aus der Reihe getanzt: Bei einem Versuch, die Kreuzung freizumachen, wurde eine Tränengasgranate direkt i n die Wohung geschossen, undwurden Demonstrant/inn/en bis in ein anliegendes Kino verfolgt. Aus Seitenstraßen flogen immer wieder Steine und Flaschen auf die Polizeiwagen, was die Bullizeiführung veranlaßte, die zweite Räumung der Kreuzung sehr genau vorzubereiten: Das gesamte Viertel wurde weiträumig umstellt, wozu nach vorsichtigen Schätzungen 600 Bullizisten notwendig gewesen sind. Zwar konnte dann die Kreuzung kurzfristig geräumt werden (wir haben noch keine genaueren Informationen), aber nach Mitternacht waren wieder 100 Leute auf der Straße.

Entgegen allen Presseberichten kann insgesamt n i c h t von einem offensiven Vorgehen gegen die Polizei gesprochen werden. Randaliert haben in allererster Linie die „zugereisten" Polizeistörer. Rund 50 Festnahmen und ca. 10 Verletzte sprechen eine deutliche Sprache!

Am Samstagmorgen trafen sich mindestens 200 Leute in der Innenstadt und verteilten ein Informationsflugblatt über die Ereignisse des Vortages. Neben vielen Passanten schien auch die Polizei reges Interesse an unserer Aktion zu haben, denn nach kaum 15 Minuten tauchten an allen Ecken der Innenstadt Mannschaftwagen der Polizei auf. Als den Bullizisten klar geworden war, daß wir an diesem Vormittag nur das Flugblatt verteilen wollten, mischten sie sich zu zweit oder dritt provokativ unter die Menge. Wir führten trotzdem unsere Aktion ruhig zu Ende.

**KB/Gruppe Bremen**

# Freiburg: „Es herrscht Krieg in den Städten"

Über Freiburg liegt der Ausnahmezustand. Rund 3.000 Bullen haben die Stadt besetzt. In der Innenstadt steht an jeder zweiten Straßenecke ein Trupp behelmter Bullen, manchmal bloß zwei bis vier Mann, manchmal gleich eine halbe Hundertschaft. Immer wieder fahren Kolonnen von Polizeitransportern oder einzelne Streifenwagen durch die Straßen. Wer von außerhalb in die Stadt kommt und wie ein potentieller Demonstrant aussieht, wird herausgewunken und gefilzt. Demos werden von SEK-Bullen mit eineinhalb Meter langen Schlagstöcken auseinandergedroschen. Jeweils mehrere Hundertschaften riegeln Straßen ab, schlagen auf alles ein, was sich bewegt. Leute werden bis in die Kneipen hinein verfolgt. Ein ganzes Quartier wurde von über 500 Bullen umstellt und zum Sperrgebiet erklärt. („Im Grün" befindet sich ein Gutteil der linken Infrastruktur: Buchladen, Druckerei, der „Geier", verschiedenste Alternativbetriebe). Aus dem „Geier" wurden die Gäste einzeln von Kripo-Bullen herausgeführt, ihre Personalien aufgenommen, sie wurden fotografiert und einzelne von halb besoffenen Bullen geschlagen. Die Medienwerkstatt wurde von einem Bullentrupp überfallen, 39 Videobänder nahmen sie mit.

Ein völlig friedliches Straßenfest am Sonntagnachmittag wurde von drei Seiten eingekesselt. Greiftrupps gingen durch die Menge, suchten sich einzelne Leute aus und nahmen sie fest. Es genügt, einen Helm dabei zu haben, oder bei irgendwelchen Aktionen schon mal „aufgefallen" zu sein. Immer wieder Knüppeleinsätze. In Toreinfahrten liegen Leute mit Kopfverletzungen, blutüberströmt. Einem ist mit dem Knüppel mitten ins Auge geschlagen worden, Sanis oder Notarzt dürfen ihn nicht in die Klinik bringen; er ist festgenommen und wird ebenso wie zwanzig, dreißig andere aufs Revier verschleppt. Den ganzen Abend Personenkontrollen und Festnehmen in der Innenstadt.

„Unauffällige" Autos fahren langsam durch die Nebenstraßen, andere stehen in der Nähe des Buchladens, die Insassen lesen mit ungeahnter Ausdauer Zeitung. Allerlei seltsame Typen tauchen überall dort auf, wo was los ist. In Alternativprojekten

Typen tauchen überall dort auf, wo was los ist. In Alternativprojekten

und WGs häufen sich Telefonanrufe, bei denen sich am anderen Ende niemand meldet. Es herrscht eine Atmosphäre permanenter Bedrohung für jeden, der Widerstand leistet.

Dort wo sich Leute organisiert zu wehren versuchen, dafür zu sorgen versuchen, daß Demos trotz des Terrors möglich bleiben, wird besonders brutal zugeschlagen: Gezielt werden Leute mit Helmen abgegriffen und zusammengeschlagen, einem wird durch Stockhiebe der Helm gespalten, ein anderer so in den Rücken geschlagen, daß er mit einem Wirbelbruch und schweren inneren Verletzungen liegen bleibt. Sanis können nicht mehr gekennzeichnet auftreten, weil sie systematisch niedergeknüppelt oder festgenommen werden, während sie Verletzte versorgen.

Durch die blitzschnellen und über alle Maßen brutalen Schlägereinsätze des SEK (das von den Verantwortlichen gern als „schwäbische GSG 9" gehandelt wird) soll der Eindruck verbreitet werden, daß es aussichtslos ist, auf Demos organisiert und geschlossen aufzutreten, daß nur die panische Flucht bleibt. Deshalb wird diese Bande bei nahezu jedem Einsatz vorneweg geschickt. Das alles vor dem Hintergrund, daß es in Freiburg traditionell nur ein paar Dutzend Leute gibt, die mit Helm auf Demos gehen, von Ausrüstung zur aktiven Abwehr der Bullenüberfälle ganz zu schweigen.

Die blutige Bilanz von vier Tagen: Über 150 Verletzte, vor allem Gehirnerschütterungen, Platzwunden an Kopf und Händen und Augenverletzungen durch CN. Mindestens drei Schwerverletzte, die mit Hirnblutungen bzw. einem Wirbelbruch und inneren Verletzungen im Krankenhaus liegen.

Gleichzeitig wurde mit einer massenhaften Kriminalisierung des Widerstandes begonnen: Nach Angaben der Bullen wurden bis Dienstagabend 137 Leute festgenommen und ED-behandelt (nach unseren Schätzungen erheblich mehr). Gegen sämtliche 71 Leute, die bei der Räumung im Schwarzwaldhof festgenommen wurden, läuft ein Ermittlungsverfahren wegen schwerem Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Juristisch ist das ein völliges Unding, da den Betroffenen nichts weiter nachgewiesen werden kann, als daß sie sich mehrere Stunden nach dem „Scherbengericht" im Schwarzwaldhof aufgehalten haben, nicht aber, daß sie daran beteiligt waren. Viele wohnten gar nicht im Schwarzwaldhof und waren nur zu dem Fest gekommen, das für diesen Abend schon seit längerem angekündigt war. Bei den anderen Festgenommenen wurde ziemlich willkürlich wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand, Sachbeschädigung, Landfriedensbruch etc. Anzeige gestellt.

Drei Leute sitzen im Knast, ein weiterer wird mit Haftbefehl gesucht. Zweien von ihnen wird – neben anderem – die Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129) vorgeworfen, wie das Generalbundesanwalt Rebmann schon vor einiger Zeit für „Politrocker" gefordert hatte. Irgendwelche Beweise oder Indizien für diesen Vorwurf haben die Bullen nicht geliefert und können sie auch gar nicht liefern. Die beiden haben nichts anderes getan als alle anderen auch. Die völlig abstruse Konstruktion dieser Anklage läßt sich nur von daher erklären, daß hier das lange vorbereitete Exempel statuiert werden soll.

statuiert werden soll.

## Freiburg – Modell für die BRD?

Die Freiburger Polizeiaktion war propagandistisch und von der Einsatzplanung her schon lange vorbereitet (vgl. die nebenstehende Chronologie). Es geht hier darum, einen bundesweiten Testfall für die Zerschlagung einer Massenbewegung zu schaffen. Das wird von der baden-württembergischen Landesregierung auch gar nicht bestritten (vgl. Badische Zeitung, 11.3.81). *„Grundsätzlich erklärte Staatssekretär Ruder für die Landesregierung, daß die Erfahrungen, die man mit dem Freiburger Schwarzwaldhof gemacht habe, Auswirkungen auch auf andere Hausbesetzungen im Lande haben könne ... Ähnliches Vorgehen in anderen Fällen sei nicht ausgeschlossen"* (Stuttgarter Zeitung, 6.3.81).

Ministerpräsident Späth meinte, der *„Autoritätszerfall des bundesdeutschen Rechtsstaates"*, wie er in dem ‚flexiblen' Vorgehen der Polizei in Berlin oder Brokdorf zum Ausdruck komme, dürfe nicht länger hingenommen werden. *„Der Staat steht vor einer Bewährungsprobe. In einer schwieriger gewordenen Außenwelt (!) muß seine Handlungsfähigkeit wieder hergestellt werden, um eine komplizierte Zukunft realistisch angehen zu können"* (Schwarzwälder Bote, 7.3.81). Um die ‚Handlungsfähigkeit' des deutschen Imperialismus wiederherzustellen, soll die ‚Ruhe an der Heimatfront' durchgesetzt werden.

Den Modell-Charakter des Freiburger Vorgehens unterstreicht auch die Tatsache, daß es auf höchster Ebene politisch koordiniert wurde. An einer Konferenz am 5.3. in Stuttgart nahmen neben Innenstaatssekretär Ruder und dem baden-württembergischen Polizeichef Stümper die zuständigen Landesminister, Ministerpräsident Späth und Bundesinnenminister Baum teil, der eigens deshalb nach Stuttgart gekommen war (StZ, 6.3.81). Es ist also schlichter Unsinn, wenn von einer „harten Südschiene" (Bayern, BaWü) die Rede ist, die gegen einen „weichen Nordverbund" stehe. Mit dem Bullen- und Justiz-Terror in Freiburg und Nürnberg soll generell eine andere Gangart gegenüber Massenbewegungen in der ganzen BRD eingeschlagen werden. **Zentraler Inhalt des Freiburger Modells ist die ‚militärische Lösung', die Zerschlagung oder Kriminalisierung jedes organisierten oder militanten Widerstandes. Die Bemühungen um eine Spaltung und Integration eines Teils der Massenbewegung sind dem klar unter- und nachgeordnet. Eine weitere Radikalisierung und Verbreiterung der Bewegung wird dabei einkalkuliert; sie soll allein durch die Demonstration des staatlichen Terrors eingedämmt und demoralisiert werden. Ebenso bewußt wird versucht, einen Teil der Szene in den Untergrund zu drängen, indem legale Arbeitsmöglichkeiten zunehmend bedroht und abgeschnitten werden.**

**Demonstration am 10.3.81**

## No Pasaran! (Sie kommen nicht durch!)

Bisher ist es den Bullen nicht gelungen, mit offenem Straßenterror die Leute davon abzuhalten, ihren Protest zu zeigen. Fast jeden Tag nach der Räumung des Schwarzwaldhofs liefen in Freiburg Massendemonstrationen mit Teilnehmerzahlen zwischen 3.000 und 10.000 Menschen. Es ist nicht gelungen, die Bewegung auf eine dogmatische Gewaltfreiheit festzulegen (wenngleich derzeit das gigantische Bullenaufgebot militante Aktionen aus den Demos heraus aussichtslos erscheinen läßt). In Freiburg geht's – unter sehr viel schwereren Bedingungen – wieder ähnlich rund wie nach der Räumung des Dreisamecks im Juni letzten Jahres. Weder die Aufforderungen der Bullen, sich von den Auseinandersetzungen fernzuhalten, noch die Hetzkampagne des Monopolblatts „Badische Zeitung" (das zum Dreisameck noch relativ ausgewogen berichtet hatte), haben bisher eine massenhafte Solidarisierung aufhalten können.

Eher kläglich sieht es dagegen im liberalen und sozialdemokratischen Lager aus. Die Stellungnahmen beschränken sich meist auf Warnungen vor einer „wechselseitigen Eskalation der Gewalt" (SPD). Man sieht sich gern in der Rolle des Vermittlers zwischen unzufriedener Jugend und „Rechtsstaat". Klare Stellungnahmen gegen den Bullenterror sind selten.

Positiv anzumerken ist die Stellungnahme der Freiburger Jusos, die nach dem obligatorischen Aufruf zu „friedlichen" Aktionen immerhin feststellen: *„Eine Gesellschaft, die mutwillige Zerstörung von Wohnraum als Kavaliersdelikt hinnimmt und gleichzeitig Instandbesetzungen als Kapitalverbrechen mit massivem Polizeieinsatz beantwortet, hat die Häuserkampfbewegung, die sie verdient."* Die Erklärung der fälschlicherweise als links gehandelten Freiburger SPD ist dagegen ausschließlich auf Krisenmanagement bedacht und schließt insbesondere eine Rückgabe des Schwarzwaldhofs an die Besetzer ausdrücklich aus.

Was jetzt für die Freiburger Linke vor allem ansteht, ist eine breite Solidaritätsfront gegen den Bullenterror und die Massenkriminalisierungen aufzubauen.

Vorbild könnte die Erklärung gegen den Polizeiüberfall auf die Medienwerkstatt sein, die von einem breiten Kreis von Kulturschaffenden, Mediengruppen und Initiativen aller Art, bekannten Einzelpersonen und politischen Gruppen unterzeichnet wurde.

**Ein Genosse aus Freiburg**

# Schwarzwaldhof-Chronik

**13.6.80**
Nach der Räumung des Dreisamecks sind Zehntausend auf der Straße. Der Schwarzwaldhof wird besetzt, wird zum politischen und kulturellen Zentrum, in dem viele Veranstaltungen stattfinden, die sonst kaum möglich gewesen wären: zur Türkei, zu El Salvador, zu den Hungerstreiks der politischen Gefangenen in Irland und in der BRD.

**November 80**
Nach dem „Zug der Unzufriedenen" werden zwei Häuser des SWH von über 100 Kripo-Bullen durchsucht, die Bewohner wegen Hausfriedensbruch angezeigt. In der Presse stellt Polizeichef Maier die Behauptung auf, 20 - 30 SWH-Bewohner zählten zum „Sympathiekreis des Terrorismus". Auf einer Tagung des „Bundes deutscher Kriminalbeamten" wird gefordert, eine „Achse Schwarzwaldhof – Whyl" müsse unbedingt verhindert werden (Badische Zeitung, 26.11.80).




**Februar 81**
Landespolizeichef Stümper verbreitet die Behauptung, die RAF suche unter den Hausbesetzern eine neue Basis. Bei den Dreisameckdemonstrationen und der Besetzung des SWH seien „Leute aus dem terroristischen Umfeld" beteiligt gewesen. Die „reisenden Krawallmacher" seien überregional organisiert, eines ihrer Zentren sei Freiburg (BZ, 13.2.81).

**Dienstag, 3.3.81**
Das Haus Moltkestr. 34, das vom Besitzer systematisch verwüstet worden war, wird besetzt; mit der Instandsetzung wird begonnen.

**Mittwoch, 4.3.81 vormittags**
Das SEK (Sonder-Einsatz-Kommando), das angeblich direkt mit dem Hubschrauber von Brokdorf nach Freiburg gebracht wurde, und mehrere Hundertschaften Bereitschaftspolizei räumen die Moltkestraße. Das Haus wird endgültig zerstört und zugemauert.

Mittags die erste Demo von etwa 500 Leuten. Irgendjemand hat ein paar Kilo Kartoffeln mitgebracht, die den Bullen auf ihren Schildern serviert werden.

Ministerpräsident Späth erklärt, Hausbesetzungen würden nun nicht mehr länger hingenommen: *„Baden-Württemberg wird geräumt"* (Stuttgarter Nachrichten, 5.3.81).

**4.3.81, abends**
Im Schwarzwaldhof findet ein Großplenum statt, an dem über 400 empörte Menschen teilnehmen. Später kommt es zu einer spontanen Protestdemonstration in der Innenstadt, bei der die Scheiben vom Landgericht, von Banken, Versicherungen und Kaufhäusern zu Bruch gehen. Der Sachschaden wird später mit 300.000 DM beziffert. Die Bullen greifen nicht ein.



**Donnerstag, 5.3.81, morgens**
Noch in der Nacht werden Bulleneinheiten aus allen Teilen Baden-Württembergs zusammengezogen. Der SWH und dann das ganze Stadtviertel wird umstellt und abgeriegelt. Über die Telefonkette mobilisiert kommen mehrere hundert Leute an die Absperrungen.

Morgens um 10 Uhr beginnt die Räumung. Alle 71 Bewohner und zufällig anwesende Gäste werden einzeln abgeführt, ed-behandelt und auf die verschiedenen Knäste und Polizeireviere in der Umgebung verteilt.

*Fortsetzung nächste Seite*

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

Dasselbe geschieht den Mietern, die legal im SWH leben. Über 20 Leute werden an den Absperrungen festgenommen. Noch um 12 Uhr behauptet der Bullenpressesprecher, es gehe lediglich um eine Razzia wegen des Scherbengerichts.

Innenstaatssekretär Ruder wird von der Landesregierung nach Freiburg geschickt, um die „politische Verantwortung vor Ort" und die Leitung des Polizeieinsatzes zu übernehmen.

Die Ortspolizeibehörde erläßt eine Verfügung, wonach das Betreten des Schwarzwaldhofes wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" verboten ist.

**5.3.81, nachmittags**

Mehrere tausend Leute demonstrieren. Beim Polizeirevier Süd in der Goethestraße fahren Wasserwerfer in die bereits im Abzug befindliche Demo und spritzen die Leute naß. Durch einige eilends auf die Straße gewuchtete Autos werden sie vorläufig wieder gestoppt, die Demo kann sich wieder sammeln und zieht zum Bertholdsplatz. Nach einer Kundgebung löst sie sich auf. Dennoch rollen SEK-Bullen unter Knüppeleinsatz die halbe Kajo auf und nehmen drei Leute (mit Megas etc.) gezielt fest.

Abends formiert sich nach einer Versammlung im Uni-Innenhof ein Fackelzug, der von mehreren Hundertschaften Polizei begleitet wird, weitere Hundertschaften sind überall in der Stadt postiert.

**Freitag, 6.3.81**

Frühmorgens überfallen 25 Bullen die Medienwerkstatt. Sie zerschlagen die Scheibe der Haustüre, durchsuchen Wohnung und Laden, fotografieren Telefonlisten und das gesamte Inventar. Mehr als 30 Videobänder und Tonbandmaterial werden beschlagnahmt und die Arbeit der Medienwerkstatt so praktisch unmöglich gemacht. Offizielle Begründung der Aktion: Die Medienwerkstatt habe auf dem Großplenum im SWH gefilmt und das entsprechende Band (das allerdings schon längst aus technischen Gründen wieder gelöscht war) könne als Beweismaterial dienen.

war) könne als Beweismaterial dienen.

Nachmittags Groß-Demo mit 8 - 10.000 Teilnehmern zum Schwarzwaldhof. Als nach der offiziellen Auflösung der Demo die Teilnehmer geschlossen in die Innenstadt ziehen, kommt es immer wieder zu brutalen Knüppelorgien der Bullen und regelrechten Hetzjagden durch die Strassen. Die ersten Schwerverletzten, und wieder massig Festnahmen.

Am späten Abend riegeln mehr als 500 Bullen das „Grün" ab und erklären es zum Sperrgebiet. Das „Lager" wird umstellt, und es sieht eine Zeitlang nach Räumung aus. Razzia im „Geier".

Über Rundfunk wird ein Aufruf an die Bevölkerung verbreitet, nicht mehr in die Innenstadt zu gehen und sich von den Auseinandersetzungen fernzuhalten (Flugblätter mit ähnlicher Stoßrichtung wird die Polizei in den nächsten Tagen überall in der Stadt verteilen).

**Samstag, 7.3.81**

Vormittags demonstrieren einige tausend Leute zum Knast in der Hermann-Herder-Straße, wo Georg und Martin gefangen gehalten werden.

Am Spätnachmittag Großplenum im Uni-Innenhof, dort wird bekannt gegeben, daß das Haus ESG „besetzt" wurde und in Zukunft für alle Gruppen zur Verfügung steht. Stadträte der Grünen und Bunten protestieren gegen die faktische Entmündigung des Gemeinderats durch die Einsetzung Ruders als Staatskommissar. Bei der anschließenden Frauendemo, die schon länger geplant war, schließen sich wieder viele Leute an, es geht zuerst zur ESG und dann zurück in die Innenstadt. Die Bullen knüppeln an diesem Tag nicht, sondern schieben sich immer wieder zwischen die Reihen der Demonstranten, so daß die Demo in kleinen Gruppen in der Innenstadt ankommt. Dort ist alles voller Bullentrupps.

**8.3.81**

Nachmittags Straßenfest mit Musik- und Theatergruppen in der Innenstadt. Das ganze läuft völlig gewaltfrei ab, bis einige Hundertschaften Bullen losprügeln und anfangen Leute festzunehmen. Den ganzen Abend Personenkontrollen und Festnahmen in der Innenstadt.

Es werden Pläne bekannt, den Schwarzwaldhof und andere besetzte Häuser mit Schwefelwasserstoff (bereits in mittlerer Konzentration ein tödliches Atemgift!) zu verseuchen, um erneute Besetzungen unmöglich zu machen (Sonntag aktuell, 8.3.81).

**Montag, 9.3.81**
Ruhetag.

**Dienstag, 10.3.81**

Die zweite Großdemo mit 6 - 8.000 Teilnehmern. Auf einer Zwischenkundgebung lesen Schauspieler des Staatstheaters Texte von Brecht, Heine etc. Nachdem der Zug am Schwarzwaldhof vorbeigezogen und wieder in der Innenstadt ist, gab es eine Abschlußkundgebung mit einer Sendung von „Radio Grünes Fessenheim", welche in die ganze Region ausgestrahlt wird.

Die Bullen halten sich diesmal zur Abwechslung ganz versteckt, aber jeder weiß, daß sie da sind. Inzwischen wird bekannt, daß der Polizeieinsatz jeden Tag 75.000 DM kostet (ohne die normalen Polizeigehälter). Der

Landesvorsitzende der GdP, Sie-
die normalen Polizeigehälter). Der

Landesvorsitzende der GdP, Siemann, fordert ein noch brutaleres Vorgehen gegen Demonstranten und die Stationierung von BGS-Einheiten in Baden-Württemberg, um die Polizei zu entlasten (BZ, 10.3.81).

**Mittwoch, 11.3.81**

Der Schwarzwaldhof ist nach wie vor von mehreren Hundertschaften Bullen besetzt.

Die legalen Mieter im Schwarzwaldhof dürfen ihre Wohnungen nur noch mit Passierschein und nach entwürdigenden Kontrollen betreten. Gäste können sie praktisch keine mehr empfangen, denn diese müßten ja erst ebenfalls einen Passierschein beantragen und genehmigt bekommen. Zugleich werden den Mietern vom Liegenschaftsamt Ersatzwohnungen und Abfindungen „angeboten", um mit ihrem Auszug einen Teil der rechtlichen Voraussetzungen für den Abriß zu schaffen. Nach einem Bericht der „Stuttgarter Zeitung" vom selben Tag „*rechnet man innerhalb der Stadtverwaltung mit einem Abriß der Häuser in allernächster Zeit.*"



Schorsch immer noch im Knast




# 3.000 in der Polizeistadt Hamburg gegen Polizeistaat

Die Demonstration war mit einem massiven Aufgebot von fast 2000 Polizisten konfrontiert. Zum zweitenmal nach dem 6. Septmember 1980 (Protestdemonstration aus Anlaß des Todes von Olaf Ritzmann) wandte Hamburgs Polizei die Taktik der direkten Einkesselung der Demonstration durch mehrere Hundertschaften an, die im Gänsemarsch an den Seiten „eskortierte". Dabei kam es wiederholt zu Provokationen gegen Demonstranten und es wurde mehrfach versucht, den Demonstrationszug zu teilen.

Höhepunkt war das Vorgehen der Staatsmacht auf dem Platz der Abschlußkundgebung. Sämtliche Zufahrtsstraßen wurden abgesperrt, die Demonstranten wurden eingekesselt.



Nach Auflösung der Demonstration (als nur noch 500-1000 Menschen anwesend waren) veranstaltete die Polizei in diesem Kessel eine wüste Schlägerorgie, trieb Menschen in die Seitenstraßen, prügelte auf sie ein und verfolgte sie über mehrere hundert Meter. Etwas 20 Hundeführer ließen ihre Hunde auf die Demonstranten los und waren für schwere Verletzungen verantwortlich. Wird ansonsten für derartige Übergriffe Gewalt seitens der Demonstranten zur Rechtfertigung herangezogen, so gab es diesmal nicht den geringsten Anlaß, weder auf der Demonstration noch auf der Abschlußkundgebung, für dieses Vorgehen.

Über 50 Verletzte, davon sieben mit schweren Hundebissen, von denen drei am 14.3. noch im Krankenhaus lagen, waren das Ergebnis der Polizeibrutalitäten.

Insgesamt 18 Demonstranten wurden verhaftet, davon etwa die Hälfte vorbeugend vor Demo-Beginn weit vom Ort der Aktion entfernt.

### Pawelzyk – „bayerische Härte" in Hamburg

Der Verlauf des Polizeieinsatzes belegt, daß die Polizeieinsatzleitung es gezielt darauf abgesehen hatte, die Demonstration in ihrer Artikulation nach außen zu behindern, Sympathisanten der Proteste gegen die Wohnungsnot und den Polizeistaat vom Demonstrieren abzuhalten und die Demonstration am Ende vollständig zu zerschlagen. Innensenator Pawelzyk persönlich hat diesen Einsatz geleitet und extra deswegen eine Auslandsreise abgesagt. Pawelzyk, Bonner SPD-Import für 'innere Sicherheit' in Hamburg, wollte durch dieses – im Sinne der Polizeitaktik ‚erfolgreiche – Vorgehen gegen die Demonstration offenkundig den Beweis antreten, daß auch eine sozialdemokratisch geführte Regierung in der Lage ist, Proteste brutal zu unterdrücken, und zwar durch massiven Einsatz der bestehenden Mittel. „Bayerische Härte" in Hamburg bei gleichzeitiger Wahrung des Scheins der Rechtstaatlichkeit (im Unterschied zu CSU-Bayern), scheint das Rezept der Hamburger Sozialdemokratie zu sein. Denn: Die Demonstration war genehmigt; trotzdem hatte Pawelzyk über das „Hamburger Abendblatt" (13.3.) die „friedlichen" Demonstranten dazu aufgerufen, nicht mitzumachen. So war die Demo zwar nicht verboten, aber als ‚gefährlich" eingestuft, womit der Schein gewahrt war. Faktisch allerdings war durch diese neue Kategorisierung von Demonstrationen das Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt und polizeistaatliche Willkür gegen die Demonstranten vorbereitet.

Hamburgs Presse zog einhellig (inklusive der wieder zur Regierungspostille gewordenen „Morgenpost") mit und lobte am nächsten Tag das Vorgehen der Polizei, ohne daß es auch nur ein Wort der Kritik, geschweige denn des Protestes gab (im Unterschied noch zur Demonstration im September letzten Jahres).

### Wo waren die Gruppe Z und Anhang?

Zweieinhalb Tage waren für die Mobilisierung zu dieser Demonstration Zeit gewesen; drei Tage, um ein Bündnis zustandezubringen.

Zunächst hatte das übliche Spektrum zu dieser Demonstration aufgerufen: KB, autonome Gruppen, MRI und einige Bürgerinitiativen. Die Gruppe Z hielt sich peinlich zurück. Erst am Mittwochabend, um ein Uhr nachts, war zu erfahren, daß nach offenkundig stundenlanger Diskussion der Gremien der Gruppe Z, der Parlamentsfraktion der Bunten Liste und der Redaktion der „Bunten Zeitung" (ein Produkt der vorgenannten) diese sich dazu entschlossen hatten, den gemeinsamen Aufruf nicht zu unterstützen, sondern zur Demon-

ten, den gemeinsamen Aufruf nicht zu unterstützen, sondern zur Demon-

stration mit einem eigenen Aufruf zu mobilisieren. Dieser Aufruf, alleinunterzeichnet vom Bunten Teil der Z (diese selber stand nicht mit drunter), wurde das erste Mal auf der Demonstration gesehen. Er unterscheidet sich vom gemeinsamen Aufruf zur Demonstration dadurch, daß er vorrangig und ausführlich Daten zur Lage auf dem Wohnungsmarkt enthält und im zweiten Teil auf den eigentlichen Anlaß der Demonstration in Hamburg einging. Nichts gegen eine solche artige Aufklärungsarbeit, nur scheint hier das Thema doch etwas verfehlt zu sein. Die Z scheint sich zunehmend aufs Kommentieren zu verlegen, statt den Versuch zu machen, an politischen Aktionen und Bündnissen und ihrem Zustandekommen teilzunehmen. Offensichtlich wollte man sich bei der Z bei möglichen „Ausschreitungen" die Tür dafür offenhalten, den mittlerweile biederen Anstrich, den man sich gegeben hat, durch diese Distanz zur Aktion bewahren zu können.

Die Hamburger Grünen haben sich zu der Aktion überhaupt nicht verhalten. Anders dagegen die DKP und ihr Anhang. Versuchte sie anfänglich noch unter Einsatz ihrer Bündnispartner Jusos und DGB-Jugend an die Spitze der Aktion zu spurten, ließ sie sich, nachdem die Partner abgesprungen waren, auf Absprachen mit den Veranstaltern ein. MSB und SHB sowie die SDAJ mobilisierten, wenn auch spät, mit eigenen Flugblättern zu der Demonstration. Die Aktion wurde in Absprache mit dem DKP-Spektrum gemeinsam durchgeführt.



Unmittelbar vor dem Überfall auf die abziehenden Demonstranten: die Hundestaffel der Bereitschaftspolizei

# Solidaritätsaktionen

**Am Wochenende fanden bundesweit Demonstrationen, Kundgebungen und auch erneut Hausbesetzungen statt, zu denen Freiburger Häuserkämpfer unter dem Motto "Freitag der 13. – Beschäftigt die Polizei" aufgerufen hatten. Überall wurde die sofortige Freilassung aller gefangenen Hausbesetzer gefordert, sowie gegen das immer brutaler werdende Vorgehen von Justiz und Polizei protestiert, das sich auch an diesem Wochenende wieder in Form von Verhaftungen und Knüppeleien zeigte.**
**Nach unseren Informationen kam es zu folgenden Aktionen:**

**Westberlin.** An einer vom Besetzerrat, von Frauengruppen, Knastgruppen und Anti-AKW-Gruppen organisierten Demonstration am 14.3. beteiligten sich über 3 000 Menschen. Unterstützt wurde die Demo auch von der Alternativen Liste. Bei Übergriffen der über 1 000 eingesetzten Bullen wurde ein Demonstrant zunächst krankenhausreif geprügelt und anschließend mit einem Gefangenentransportwagen weggefahren. Neben der Solidarität mit den eingesperrten Hausbesetzern kam auch die Solidarität mit den Hungerstreikenden zum Ausdruck.
**Kiel.** Hier hatten der AStA (Jusos und Spontis), die Hausbesetzer und die MRI zur Demonstration aufgerufen. 500 Leute demonstrierten; mindestens ebensoviele Polizisten begleiteten den Zug und "schützten" vor allem den Knast, das Ziel der Demonstration.
**Göttingen.** 800 Leute folgten dem Aufruf des AStA zur Demonstration, die von allen linken Organisationen unterstützt wurde. Auf der Abschlußkundgebung, die vor dem Knast stattfand, wurde auch über den Hungerstreik informiert. In der Nacht zum Samstag gingen erneut etliche Fensterscheiben (vor allem von Banken) zu Bruch, wobei leider drei Leute festgenommen wurden.
**Hannover.** Mehrere hundert Menschen beteiligten sich an einer Kundgebung, zu der Autonome und SDAJ aufgerufen hatten. Parallel dazu besetzten ca. 100 Leute ein Haus in der Jacobistraße. Doch gegen Mitternacht riegelten einige Hunderschaften Bullen das Haus ab, stürmten es und nahmen 40 Besetzer fest. Von weiteren 30 wurden die Personalien kontrolliert, ein Besetzer wurde krankenhausreif geschlagen.

Nach Presseberichten kam es außerdem in **Aurich, Oldenburg** und **Kassel** zu Solidaritätskundgebungen mit den verhafteten Hausbesetzern.

Nach Presseberichten kam es außerdem in **Aurich, Oldenburg** und **Kassel** zu Solidaritätskundgebungen mit den verhafteten Hausbesetzern.

**Düsseldorf.** Nach einer spontanen Demo am 8.3. demonstrierten am 13.3. nochmals etwa 100 Leute.
**Münster.** Per Fahrrad demonstrierten ca. 50 Leute.
**Bielefeld.** Die 150 Demonstranten waren ständigen Bullenübergriffen ausgesetzt. Insgesamt wurden 26 Leute festgenommen.
**Köln.** Auch hier gab es zwei Demonstrationen. Bei der ersten am 8.3. gab es 21 Festnahmen. An der Demo am 12.3. beteiligten sich rund 150 Leute.

Mehr als 20 000 Menschen demonstrierten in **Freiburg** unter den Forderungen:
– Abzug der Landespolizeitruppen
– Aufhebung der Freiburger Polizeiverordnung vom 5.3.81 (die jederman das Betreten des Schwarzwaldhofes verbietet)
– Freigabe des Schwarzwaldhofes als Wohnraum und Kulturzentrum
– Sofortige Freilassung aller Verhafteten in Freiburg und Nürnberg
– Keine weiteren Verhaftungen, keine Strafverfolgung
– Annulierung sämtlicher Daten des Erkennungsdienstes.

Aufgerufen hatte ein äußerst breites Spektrum von Organisationen: Neben den SWH-Bewohnern selbst die gesamte Radikale Linke, die Alternativbetriebe, DKP, Judos, GEW-Studentengruppe und U-Asta, sämtliche Fachschaftsräte, Grüne und Bunte Liste, Badischer Mieterring u.a. Die Jusos waren kurzfristig wieder abgesprungen, da sie die Forderungen nach Straffreiheit und Wiederbesetzung nicht mehr mittragen wollten. Angemeldet wurde die Demo von zehn Stadträten und bekannten Persönlichkeiten.

Angesichts der politischen Breite mußten die Bullen ihr ursprüngliches Terrorkonzept aufgeben. Ebenso wie schon am Dienstag hielten sie ihre sichtbare Präsenz sehr zurück. Dennoch hatten sie ihre Kräfte nochmals deutlich verstärkt (offizielle Zahlen werden nicht angegeben, jedoch wird von insgesamt 6.000 Mann – ?, die setz. – gemunkelt). Im Schwarzwaldhof selber waren zwei Panzerspähwagen mit aufmontierten Räumgittern (Modell Amsterdam) aufgefahren.

In **Heidelberg** demonstrierten auf den Aufruf einer Gruppe von Hausbesetzern hin 500 Leute.

In **Mannheim** war schon am Donnerstag der Bär los. Vom Jugendzentrum aus und nach einer Veranstaltung mit den „Drei Tornados" zogen über 500 Leute durch die City. Ziel war die Besetzung eines Hauses im Viertel K1, wo jedoch schon massiv Bullen mit einer Reiter- und Hundestaffel aufgefahren waren. Deshalb gings wieder zu einem ebenfalls leerstehenden Haus in K3. Hier versuchten es die Demonstranten gleich zweimal, wobei insbesondere beim letzten Ansturm die Bullen massiv prügelten. Im Gegenzug flogen Flaschen, und nach Mitternacht wurden auch noch der Glaserinnung Aufträge im Umfang von ca. 20 000 Mark verschafft. Vier Leute wurden von den Bullen festgenommen.

Am Freitag abend kam es zu weiteren kleineren Demonstrationen, wobei die Polizei einem Genossen den Oberschenkel brach (!) und einen weiteren inhaftierte.

In **Karlsruhe** wurden über 1000 Demonstranten links und rechts von total ausgerüsteten Polizeikräften geradezu eingekesselt. Insgesamt waren lt. „Badische Neueste Nachrichten" 28 Bullenautos (meist Mannschaftswagen) im Einsatz. Ein 24 jähriger Straßburger wurde am Rande der Demo wegen „Verstoß gegen das Waffengesetz" verhaftet.

In **Tübingen** gingen knapp 1000 Menschen auf die Straße. Aufgerufen hatte die gesamte linke Szene und der SPD Bezirksvorstand. Im Provinzstädtchen **Ravensburg** versammelten sich beachtliche 250 - 300 Demonstranten. Ebensoviel waren es in **Konstanz**, wo eine anschließend begonnen Instandbesetzung leider angesichts eines massiven Polizeiaufgebotes wieder abgebrochen werden mußte. In **Villingen** wurde vorübergehend ein Haus in der Innenstadt besetzt.

**Augsburg:** In einem spontanen, nicht angemeldeten Demonstrationszug zogen am Freitag nachmittag 50 Menschen durch die Augsburger Innenstadt und forderten die Feilassung der in Nürnberg Verhafteten. Eine wilde Verfolgungsjagd durch die Fußgängerzone war der 'Höhepunkt' dieser Solidaritätsaktion: Die Demonstranten hatten gerade im Laufschritt den Rathausplatz erreicht,
Fußgängerzone war der 'Höhepunkt' dieser Solidaritätsaktion: Die Demonstranten hatten gerade im Laufschritt den Rathausplatz erreicht,
als es zu einem ersten Handgemenge kam: Die Polizisten wollten die Personalien eines der mutmaßlichen 'Anführer' der Gruppe feststellen. Trotz weiterer Zwischenspurts gelang es den Bullen schließlich, die Personalien von neun Demonstranten festzustellen; sie wurden festgenommen und zur Polizeidirektion gebracht.

**München** Über 2500 Menschen beteiligten sich am späten Donnerstagabend an einer Demonstration in München und forderten die sofortige Freilassung der Nürnberger, gleichzeitig auch den Rücktritt von Ministerpräsident Strauß und Innenminster Tandler. Nach Presseberichten soll es dann noch zu ‚Rangeleien' gekommen sein, als ein paar Eier und Knallkörper flogen. Von den Ordnungshütern verhindert wurde leider der Versuch, zum Münchner Rathaus zu gelangen. Wie inzwischen üblich, wurden von einer Reihe von Demonstranten die Personalien festgestellt.

**Würzburg:** Eine Demonstration von rund 1000 Leuten zog am Freitag zum Knast. Dort sprach auf einer Kundgebung u.a. jemand aus Nürnberg, der über die Vorfälle dort berichtete. Abends fand ein Solidaritätsfest statt, auf dem eine Geldsammlung für die Inhaftierten durchgeführt wurde.

**Bamberg:** Auch in Bamberg gab's eine Demo zum Knast, wie in Würzburg mit außergewöhnlich vielen Teilnehmern: rund 400 Leute beteiligten sich daran.

**Bayreuth:** Hier gibt es seit dem 11.3. eine ständige „Mahnwache" vor dem Polizeipräsidium mit Transparenten usw. Ebenfalls am 11.3. hat dort eine Kundgebung mit ca. 150 Leuten stattgefunden.

**Regensburg:** Hier gab es am Freitag Straßenaktionen, in denen auf die herrschende Wohnungsnot sowie auf die Lage der Inhaftierten aus Nürnberg hingewiesen wurde. Insgesamt waren etwa 300 Personen beteiligt. In einer Demo zum Knast wurde die Solidarität mit den Inhaftierten ausgedrückt.

# Westberlin: 114 Häuser besetzt — bei weiteren Besetzungen soll geräumt werden

Um das Haus Luckauerstraße 3, das seit langem besetzt gehalten wird, hat es vor allem im Februar einen publizistischen Wirbel gegeben, der offensichtlich zur Vorbereitung einer Räumung dienen sollte. Springers Frontzeitungen überschlugen sich förmlich in der Hetze gegen die *„Terroristen, Kriminellen, dem härtesten Kern der Besetzer"* in diesem Haus. Seit längerem besteht ein Durchsuchungsbefehl der Staatsanwaltschaft, die jetzt auch noch „prüft", ob nicht der § 129 („kriminelle Vereinigung") auf die Hausbesetzer anzuwenden ist. Bisher wurde es aber nicht für opportun gehalten, die Durchsuchung, die einer R ä u m u n g gleichkäme, auch zu vollziehen. Innensenator Dahrendorf und Bullizeipräsident Hübner nehmen nicht zu Unrecht an, *„daß Räumungen ein Signal zu einer neuen Solidarisierung in der Besetzerszene geben würden und daß die Folgen wochenlange Krawalle in unserer Stadt wären"* (Berliner Morgenpost, 27.2.81).

Die Durchsuchungsdrohungen wurden mittlerweile mit der Auswechselung der Mannschaft der Besetzer beantwortet. Es bleibt aber fraglich, ob nicht doch bald geräumt wird.

Am Beispiel Luckauerstraße hat sich gezeigt, daß der gegenüber der Wohnungsnot ach so verständnisvolle Senat auf Spaltung der Bewegung in „Nur-Hausbesetzer" und „Kriminelle/Terroristen" aus ist. (Immerhin noch ein kleiner Unterschied zu Strauß, für den pauschal alle Hausbesetzer „Terroristen" sind ...).

Diese Taktik des Senats zielt zunächst auf eine Schwächung der Bewegung ab. Das Ziel der Westberliner SPD/FDP-Koalition ist, das ‚Problem Hausbesetzungen' bis zu den Wahlen im Einzelfall so zu lösen, daß *„unterhalb der Schwelle großer Krawalle"* geblieben werden kann (lt. Dahrendorf in der Berliner Mopo, 27.2.). Von dieser durchtriebenen Politik werden sich auch noch Stimmen potentieller Wähler der „Alternativen Liste" erhofft. In dieses Konzept paßt es natürlich auch, daß einzelne Häuser mit „großzügigen Angeboten" geködert werden. Aber bisher haben sich alle Besetzergruppen geweigert zu verhandeln, mit der Begründung, daß über 250 (!) Verfahren im Zusammenhang mit Hausbesetzungen laufen.

Es ist zu befürchten, daß spätestens nach der Wahl im Mai das ‚große Aufr ä u m e n' gestartet wird. In diesem Sinne sehen wir die jetzt laufenden Einsätze und Übergriffe gegen Besetzer und Demonstranten als Vorbereitungsmaßnahmen mit Testcharakter an:

Einsätze und Übergriffe gegen Besetzer und Demonstranten als Vorbereitungsmaßnahmen mit Testcharakter an:

Als am 18. Februar das Haus Kottbusserstraße 8 in Kreuzberg besetzt werden sollte, marschierte reichlich Polizei auf. Diesmal waren es übrigens türkische Frauen und Kinder, die erstmalig (mit Unterstützung aus der Szene) ein Haus besetzten. Zwei Leute, gegen die später Haftbefehl ausgestellt wurde, wurden festgenommen. Die Besetzung konnte aber nicht verhindert werden.

Faktisch wird unter der Linie „Keine neuen Besetzungen" inzwischen auch gegen schon seit längerem besetzte Häuser vorgegangen. So geschehen in der Nach vom 25. auf den 26. Februar, als angeblich eine über Bullenfunk falsch übermittelte Hausnummer den Polizeiapparat in Bewegung setzte. Besetzer eines schon einige Zeit besetzten Hauses transportierten gerade einige Möbel in „ihr" Haus, als einige Streifenwagen-Bullen sie daran hindern wollten. Wegen der angeblich falsch übermittelten Hausnummer soll dann die Funkzentrale eine Neubesetzung registriert haben, woraufhin prompt 200 Bullen in Bewegung gesetzt wurden. Weil das in der Szene natürlich als Räumung verstanden werden mußte, haben gewöhnlich gut informierte Kreise über die Telefonkette 300 Leute mobilisiert, die sich mit den Sicherheitskräften ein beherztes Gefecht lieferten.



Im Ergebnis fand keine Räumung statt. 20 Polizisten wurden nach offiziellen Angaben ins Krankenhaus geschickt, und am nächsten Morgen freute sich die Glaserinnung über die zahlreichen Beiträge zur Arbeitsplatzsicherung in Schöneberg.

Knapp eine Woche nach dieser Provokation in Schöneberg wurden in Wedding zwei besetzte Häuser durchsucht. Am 3. März erschienen zwei Hundertschaften Bullen vor einem besetzten Haus, weil sie angeblich zwei mit Sprühdosen „bewaffnete Täter" festnehmen wollten, die angeblich einen BVG-Bus verziert haben sollen. Nachdem die Besetzer sich weigerten, den Bullen die Tür zu öffnen, wurde das Haus gestürmt. Ein Funkgerät und die Haushaltskasse ließen sie mitgehen. Die Personalien wurden aufgenommen und vor dem Haus wurde ein Mann von den aufgehetzten Bullen zusammengeschlagen. Der Übeltäter, der gesprüht haben soll, wurde von „Zivis" erst vor dem Haus zusammengeschlagen und dann verhaftet.

Mann von den aufgehetzten Bullen zusammengeschlagen. Der Übeltäter, der gesprüht haben soll, wurde von „Zivis" erst vor dem Haus zusammengeschlagen und dann verhaftet.

Am Vortag waren besetzte Wohnungen eines teilbesetzten Hauses in Wedding durchsucht worden. Diesmal unter dem Vorwand, einem ‚normalen' Mieter sei ein Tisch abhanden gekommen. Und dieser Tisch kann ja nur bei den Besetzern sein ... Natürlich wurde das „Beweisstück" bei der ganzen Aktion nicht gefunden.

Weiter wurde am 9.3. ein besetztes Haus in Spandau durchsucht. Anschließend ein besetztes Haus in Schmargendorf. Dieses Haus sollte ursprünglich am 10.3. abgerissen werden, weil der Hausbesitzer ein Haus mit Wohnungen für „Führungskräfte" bauen will. Und das, obwohl der Zustand des Hauses nur als optimal bezeichnet werden kann. Bäder, Teppichböden, Zentralheizung — alles vorhanden. Die „Alternative Liste" hatte deshalb beschlossen, zunächst ihre Bezirkstermine in diesem Haus stattfinden zu lassen.

Diese Beispiele zeigen, daß sich die Lage schon jetzt in der Vorwahlzeit in Westberlin zuspitzt. Da ändern auch die großen Worte aus dem Senat nichts. Eine „politische Lösung" ist nicht in Sicht.

Vielmehr stehen die Zeichen auf Sturm. Am 9.3. wurde ein Haus in Kreuzberg, das erst in der Nacht davor besetzt worden war, geräumt. Und wieder gab es Scherben in Kreuzberg. Nach offiziellen Angaben wurden bei der Aktion zwei Leute verhaftet. Zwar wurde das Haus am Nachmittag noch einmal besetzt, dann aber am nächsten Morgen wieder geräumt und gleich unbewohnbar gemacht.

Von Seiten des Senats wurde inzwischen (11.3.) verkündet, daß von jetzt an j e d e s neubesetzte Haus geräumt wird, wenn 1. Strafanzeige gestellt worden ist, 2. der Hausbesitzer anwesend ist und es sich 3. um ein abbruchreifes Haus handelt, das unmittelbar

wird, wenn 1. Strafanzeige gestellt worden ist, 2. der Hausbesitzer anwesend ist und es sich 3. um ein abbruchreifes Haus handelt, das unmittelbar

nach der Räumung dem Erdboden gleichgemacht wird. Als besonders schlimm gilt jetzt, wenn ein „abbruchreifes" Haus (Kennzeichen: meist erhaltenswerte Bausubstanz, aber nicht mehr so profitabel) instand-besetzt wird. Dann muß natürlich sofort geräumt werden, denn es wird ja gegen geltendes Recht verstoßen. Unklar ist zur Zeit noch, ob die SPD/FDP mit solchen Perversionen CDU-Wähler fangen oder aber politischen Harakiri begehen will ...

**KB/Gruppe Westberlin**

**Hausbesetzung**
Private Freimachung Ihres Grundbesitzes bei rechtswidriger Besetzung. Diskrete Kontaktaufnahme über CW 4852 Morgenpost, Berlin 11, Postfach 110 303

**Die Hyänen bieten sich an ...**

---

**Kitzingen:** Auch hier wurden Straßenaktionen in der Innenstadt durchgeführt, anschließend zogen rund 100 Leute vor die Polizeiwache. Das örtliche Jugendhaus wurde währenddessen von Zivilpolizei observiert.

**Aichach:** Aus Solidarität mit den in Aichach (bei Augsburg) inhaftierten Frauen waren aus Nürnberg und einigen anderen Orten etwa 100 Leute am Samstagmorgen dorthin gefahren. Sie veranstalteten ein „Scherbengericht" und zogen dann durch die Innenstadt vor das Frauengefängnis. Einige Jugendliche, die sich in Aichach für ein Jugendzentrum einsetzen, zogen bei der Demo mit.

**Nürnberg:** In Zusammenhang mit dem bundesweiten Aktionstag fand am Freitagabend eine Demo mit rund 1500 Leuten statt. Im Vorfeld hatten sozialdemokratische Gruppen und DKP versucht, eine weitere Demo als unsinnig darzustellen, weil „die SPD-Kundgebung der Höhepunkt" war und jetzt in erster Linie „das Gespräch mit dem Bürger" gesucht werden müsse. Sie stießen damit aber auf wenig Gegenliebe und beteiligten sich dann doch zumindest mit einzelnen Personen an dem Demozug. Wenn auch die Teilnehmerzahl hinter den letzten Aktionen zurückblieb, war doch deutlich zu spüren, daß der erste Schock nach den Massenverhaftungen ansatzweise überwunden war. Am Polizeipräsidium und vor dem Knast wurde ein „Scherbengericht" veranstaltet, bei dem einige hundert Flaschen zu Bruch gingen. Die Demo wurde durch Theateraktionen immer wieder unterbrochen, vor dem Knast trat dann sogar eine Musikgruppe auf, die auf einem gemieteten LKW spielte. Es wurde ein Riesenkrach veranstaltet und als besonderer Erfolg waren die deutlichen Zurufe aus dem Untersuchungsknast zu vernehmen. Ein weiteres Indiz dafür, daß die Stimmung wieder hochgeht, war die Besetung eines neuen Hauses in St. Johannis. Das Haus wurde während der Demo besetzt, anschließend zogen alle dorthin.

Weiterhin fanden Aktionen statt in: **Schweinfurt** mit 300, in **Wilhelmshaven** mit 250, in **Jever** mit 100 und in **Dortmund** mit 100 Teilnehmern.

Die **Aachener** Hausbesetzer hatten zu einer Demonstration aufgerufen, an der sich schätzungsweise 600 Menschen beteiligten – ein schöner Mobilisierungserfolg. Ein Spaltungsversuch von Jusos und Judos, die am Abmarschplatz dazu aufriefen, das Demonstrieren sein zu lassen und stattdessen ihre Diskussionsveranstaltung zu besuchen, scheiterte kläglich. Nur etwa 20 Leute wollten auf die Demo verzichten, der Rest zog wie geplant durch die Innenstadt zum Knast und wieder zurück, wobei eine Reihe von Häuserwänden mit aktuellen Parolen bemalt wurde.

## Brokdorf und die Gewaltfreiheit der Tübinger Grünen

In Tübingen riefen die Grünen, der Bund für Umweltschutz und die Fachschaftsräte-Vollversammlung (ASta-Ersatz) zur Demonstration in Brokdorf auf. In einer Vorbesprechung einigte man sich darauf, sich nicht auf „Provokationen" und Schlägereien einzulassen und so nahe wie möglich am Bauzaun zu demonstrieren. Für Hasenclever, den Tübinger Landtagsabgeordneten der Grünen, hatte man sich damit – laut Swp vom 28.2. – ausdrücklich auf „Gewaltfreiheit" geeinigt. *„Für die Grünen, so Hasenclever, bedeute ein solches Bekenntnis auch, gegebenenfalls Handgreiflichkeiten zu verhindern, zwischen Demonstranten und der Polizei zu vermitteln und ‚notfalls Polizisten aktiv zu schützen'".* Außerdem, so erfuhr man bei dieser Gelegenheit, wollen die Grünen bei einem Gottesdienst vom norddeutschen Pastorenbund teilnehmen. Und schließlich distanzierte sich Hasenclever scharf von *„chaotischen Gruppen und Punkern, die mit der Anti-Atomkraftbewegung nichts zu tun hätten"* (SWP, 28.2.).

Dazu veröffentlichten die Fachschaftsräte eine Stellungnahme, in der sie sich von derartigen Spaltungsversuchen distanzierten:

*„ ... Diese Positionen wurden mit uns nicht abgesprochen und wir hätten sie auch nie akzeptiert.*

*Zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit: Wer sich vor Brokdorf auf Gewaltlosigkeit beruft, übersieht, daß mit den Baugenehmigungen einerseits und der Stimmungsmache von Presse und Justiz andererseits „gewalttätige" Tatsachen geschaffen worden sind. Angesichts solcher Tatsachen sollten wir uns wohl besser über diese Gewalt unterhalten, nicht über ein abstraktes Gewaltlosigkeitsprinzip.*

*Wir wollten in Brokdorf*
- *gegen das AKW und den Atomstaat demonstrieren*
- *uns das Recht erhalten, zu demonstrieren, wann und wo wir es für richtig und für nötig halten*

*Was wir ganz sicher nicht wollten:*
- *Springer die Arbeit abnehmen, indem wir AKW-Gegner mit anderen Vorstellungen von Widerstand ausgrenzen und dadurch ihre Kriminalisierung erleichtern.*
- *BETEN ... ???"*



Die Polizei „diskutiert" die Gewaltfrage



Die Polizei „diskutiert" die Gewaltfrage

Von der grünen Basis war bis auf einen Leserbrief von H. Krell keine Distanzierung von derartigen Äußerungen ihrer Prominenz zu vernehmen.

Dafür äußerte sich Runhild Böhm, *„als eine, die bei der Brokdorf-Reise nicht dabei gewesen ist": „Man sollte endlich einmal deutlich machen, wohin ein (auch nur partielles) Zusammengehen mit den Fachschaftsräten führen muß: sie bekämpfen Leute, die bereit sind, im Falle der Gefahr den Kopf für sie hinzuhalten.*

*Sich wie Hasenclever an die Spitze eines potentiellen Himmelfahrtskommando zu setzen, unbewaffnet neben manch einem, der offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten hat, sich mit dem grünen Prinzip der Gewaltfreiheit anfreunden zu können, dazu gehört wahrhaftig Mut. An der Frage der Gewaltfreiheit werden sich die Geister scheiden, auch innerhalb der Grünen Partei."* (SWP, 7.3.)

Auch hierzu kam die eizige öffentliche Distanzierung von H. Krell: *„Was sollen also die andauernden Versuche, auch innerhalb der Grünen Partei zu spalten in ‚Gewaltfreie' und ‚Chaoten' ... Ich gehe davon aus, daß die überwiegende Mehrheit der grünen Basis keine Spaltung der Anti-AKW-Bewegung will, wie sie schon mal von rechten Sektierern im Gewande von GAZ in Hessen und GLU in Hamburg betrieben wurde".* Merkwürdig mutet es allerding an, wenn auch H. Krell meint: *Selbstverständlich würde ich auch einen wehrlosen Polizisten im Falle eines gewaltsamen Angriffs schützen".* Aber wie denn, lieber Herbert, doch nicht etwa mit Gewalt? Und womit denn lieber Herbert, hast du dich doch selbst für den Beschluß des Vorbereitungstreffens ausgesprochen, Schutzhelme auf jeden Fall daheim zu lassen? Angesichts solcher Überlegungen sollte man solche Beschlüsse wohl noch einmal überdenken ... ?

### Nationales Koordinationstreffen der Anti-Atom-BIs am 28./29. März in Bonn

Auf dem Nachbereitungstreffen zur Bremer Bundeskonferenz am 13.12.80 in Darmstadt waren sich alle Anwesenden darin einig, daß es sinnvoll und notwendig ist, auch auf nationaler Ebene einen ständigen Meinungsaustausch zu wichtigen Fragen der Bewegung zu gewährleisten. Deshalb soll versucht werden, in Zukunft eine Art Nationale Koordination aufzubauen, das heißt, in halbwegs regelmäßigen Abständen Treffen zu organisieren, an denen sich möglichst viele BIs aus möglichst vielen Regionen und von möglichst vielen Standorten beteiligen. Ein erstes Treffen wird also am 28./29.3. in Bonn stattfinden:

**Ort**

Das Treffen findet statt in der Evangelischen Studentengemeinde, Königstraße 88, Bonn-Poppelsdorf.

**Zeit**

Beginn ist am **Samstag, 28.3., 11.00 Uhr.** Sollten wir am Samstag nicht fertig werden, dann kann das Treffen am Sonntag, 29.3. fortgesetzt werden. Für Schlafplätze ist gesorgt.

**Kontakt**

Tagesordnungsvorschläge, Stellungnahmen, Anmeldungen, etc. bitte an folgende Adresse schicken:

Bürgeraktion Umweltschutz
Bonn (BUB)
c/o Ute Jensen
Adolfstraße 60
5300 Bonn 1
Tel.: 0228-63 52 74 oder
Tel.: 0228-33 42 44 (Sumse)

Und ... Meldet Euch bitte an, damit wir wissen, wie viele Schlafplätze benötigt werden!

### Brokdorf

## Hinterher sind wir immer schlauer

Ich stelle mir die Frage, wie weiter nach Brokdorf. Dabei fällt mir ein, daß einige Leute wie in Brokdorf bei der Startbahn West gut gebraucht werden könnten.

Was viele nicht erwartet hatten, ist eingetreten. Die Masse der Demonstranten ist, wenn auch sehr, sehr spät, am Bauplatz angekommen. Erwartet hatten vielemehr Terror, noch mehr Sperren und Schikanen. Es würde schon ein großer Sieg sein, die Demo breit zustande zu bringen.

Es war ein großer Sieg. Wir wissen einiges mehr.

Unterschätzt haben wir die Stärke der Bullen. Als Personen kennen sie Angst wie wir, mit viel weniger Solidarität untereinander (da hilft auf die Dauer „Oh du schöner Westerwald" auch nicht). 10.000 - 15.000 Bullen zusammenzukriegen, ranzukarren und einen Einsatzplan zu machen, ist bei mangelndem Enthusiasmus keine leichte, schon gar keine billige Sache.

Welche Auswirkungen hatte unsere eigene, relativ niedrige Erwartungshaltung, die sich z. T. auch darin ausdrückte, daß nur teilweise Schutz- und Abwehrkleidung getragen wurde? Die Inkonsequenz besteht darin, daß alle eine passive Militanz bewiesen, indem sie das Demoverbot ignorierten, aber nicht klar genug eine Situation voraussahen, daß wir Art und Bewegung der Aktion bestimmen könnten. Das nächste Mal wird der „psychische Absturz" am Bauplatz tiefer sein.

M. E. ist ein wesentliches Element unserer Stärke unser offen gezeigtes Widerstands- bzw. Militanzpotential. Hoffentlich setzt sich bald die Einsicht durch, daß eine bessere Koordination – unter phantasievoll und generalstabsmäßig geleiteter Demoleitung – von Aktionen, die den Gegner schwächen, der beste Schutz der Demo ist. Ein Angriff der Bullen hinter dem Zaun an 10 Stellen mit wechselnden Positionen, hätte zwar den Zaun nicht eingerissen, aber wir hätten eine wichtige neue Erfahrung unserer Stärke gemacht. (Eine Besetzung des Bauplatzes hätte nur Sinn, wenn die Bevölkerung die Besetzung stark mitträgt). Alle die, die ihre Schwierigkeiten mit gewaltsamen Aktionen haben, sollten starke Rückendeckung liefern. Es ist wirklich ein Gefühl der Stärke, wenn man/frau weiß, daß er/sie sich optimal gegen Kampfmittel der Bullen schützt. Wir sollten uns das Gefühl einer äußerlichen Neutralität nicht mehr leisten. Ich hielt die „Schlachterfahrungen" für keine Prahlerei.

Die Herrschenden werden den Bauplatz niemals freiwillig als Wiese zurückgeben. Die Stimmen, die von Rechtsbrechern – Demokratiebrechern – Systembrechern reden, mehren sich. Ich bin nicht traurig darüber. Von Mitte bis Liberal versucht man uns einzulullen, wie friedlich und vernünftig wir doch auch in der Masse sein können.

Die Frage des gezielten und organisierten Widerstandes ist deshalb so wichtig, weil nur über sie die ewig verdauenden standpunktlosen Bürgerlichen zu spalten sind, und weil nur so die Herrschenden zu materiellen Zugeständnissen bereit sein werden, denn Gewalt ist ihre Logik.

Daß wir AKWs nicht mit Spaziergängen bekämpfen können, ist wohl bald dem/der letzten klar. Wir sollten darauf gefaßt sein, daß die Herrschenden um ihres Profits willen auf uns mit scharfen Waffen schießen lassen. In der Türkei, in El Salvador gehört das zum Alltag.

Wir sollten unsere Kräfte weiter dazu nutzen, unsere Massenbasis zu erweitern. Welchen Aktionsraum würden wir uns schaffen, wenn zwei, drei Demos in der Größenordnung an einem Tag laufen. Mir wird ganz warm ums Herz bei dieser Perspektive.

Hier noch ein paar Anregungen, was das nächste Mal besser sein könnte:

1. besser organisierte Anreise – mich haben z. B. die Göttinger beeindruckt. Eine gemeinsame Anreise ist die beste Vorbereitung;
2. mehr Lieder und Musik – es macht keinen Spaß, so dösig vor sich hinzulaufen;
3. bessere Schutzkleidung, d. h. wasserfest und mindestens Helm mit Anti-Tränengas-Brille;
4. bessere zeitliche Planung – wir hätten alle etwas früher am Bauplatz sein müssen;
5. besser organisierte, d. h. entschlossenere Demoleitung, Entscheidungen müssen schneller getroffen werden;
6. besser organisierter Rückmarsch – der Rückmarsch verlangt von uns genau so viel Konzentration wie der Hinmarsch, keine Abstände zwischen Gruppen lassen, es ist ohnehin schöner, sich unterzuhaken.

**Ein Frankfurter Genosse der Komitees für Demokratie und Sozialismus**

## Diskussionsbeitrag zum Artikel

Diskussionsbeitrag zum Artikel

## »Atomkraft – Niemals«

Ich habe einige Widersprüche und Fragen zu eurem Artikel.

1. Zum Anliegen des Artikels. Ihr formuliert den Anspruch, *„die Frage, ob Atomenergie prinzipiell nutzbar ist (z. B. im Sozialismus)"* zu klären resp. zur Klärung beizutragen. Der Sinn dieses Vorhabens leuchtet mir nicht ein, da sich darüber tatsächlich nur spekulieren läßt. Gerade als Vertreter der materialistischen Dialektik sind wir nicht in der Lage, in der Frage der Atomenergie-Nutzung eine auf alle Zeiten gültige Aussage zu machen (mit „ewigen Wahrheiten" hatte gerade Engels wenig am Hut). Ich weiß aber auch nicht, wozu wir eine ewige gültige Antwort in dieser Frage brauchen sollten. Für den Kampf gegen die imperialistische und die „realsozialistische" Atomindustrie und -bewaffnung reicht es völlig aus, zu beweisen, daß mit der heutigen Technologie und unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen heute keinerlei gesellschaftlicher Fortschritt verbunden ist, es sich daher um reine Destruktivkräfte handelt. Wozu brauchen wir eine Spekulation über die Möglichkeit der Nutzung von Atomenergie in etlichen hundert Jahren? Die Frage können wir, denke ich, getrost kommenden Generationen überlassen.

Mir ist weiterhin unklar, was in diesem Zusammenhang die Banalität soll, *„der Mensch, als Teil der Natur, kann nicht gegen bestehende Naturgesetze verstoßen."* Natürlich nicht. Aber das ist doch nicht das Problem, denn die Bourgeoisie erzeugt nicht deshalb Destruktion, weil sie versuchen würde, die Naturgesetze zu durchbrechen, sondern weil die diese für sich und nach ihrer Logik versucht zu nutzen (deshalb betreibt sie ja Grundlagenforschung). Wir sollten nicht so tun, als wäre die Atom-Frage eine Sache der Vernunft (Einsicht in die Naturgesetze). Ein Naturgesetz ist keineswegs „für den Menschen" eine statische Schranke. Ein Gesetz ist ein Naturphänomen (zum Gesetz wird es ja erst durch die Erkenntnis!) nur so lange, wie die menschliche Gesellschaft nicht in der Lage ist, es durch die Einsicht in die Naturgesetze zu beherrschen.

Ich halte daher auch die Begründung der Forderung nach „Schließung aller Atomforschungsstätten" für falsch. Gegen die Forschung können wir uns nicht generell stellen und gegen die Institute nur insoweit sie entweder selbst Umweltschäden verursachen oder/und direkt mit der Konzeption von Atomanlagen oder -waffen beschäftigt sind.. Es ist überhaupt kein Argument, daß die Institute die Grundlage des „atomaren Wahnsinns" liefern würden. Erstens stimmt das nur bedingt, da es nicht die Wissenschaft, sondern ihre Anwendung ist, von der die Gefahr ausgeht; zweitens müßte man dann konsequenterweise die Einstellung aller Forschung fordern, die (und sei es nur möglicherweise) derartige Grundlagen liefert.

2. Zur Argumentation über Atomkraft hier und heute. Für die Nutzung der Atomenergie durch die Bourgeoisie entwickelt ihr zwei Argumente, von denen ihr eines selbst ad absurdum führt. Die erhoffte Autarkie in der Energieversorgung, schreibt ihr, sei eine Illusion und rentabel seien AKW's auf keinen Fall. Wie aber kann eine Illusion ein „noch stärkeres Argument" für die Imperialisten sein? Doch wohl nur dann, wenn man unterstellt, diese seien, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Lage, diese „Hoffnung" als Illusion zu erkennen.

So bleiben bei eurer Argumentation nur vom Staat vermittelte „politische Zielsetzungen" übrig, was ihr nur in der Frage der atomaren Bewaffnung ausführt. Aus dieser Argumentation entstehen doch eine Reihe von Fragen.

1. Wozu braucht die Bourgeoisie, wenn es nur um die A-Waffen geht, reihenweise Schrottreaktoren. Zumal wo ihr selbst schreibt, das Gefahrenpotential der Atomanlagen entspreche dem der Atomwaffen. Bedeutet das nicht ein militärisches Eigentor, wenn das ganze Land mit Reaktoren überzogen wird. die bei einfachem Bombardement sich in feindliche Atombomben verwandeln? Der Reaktoren-Bau hat für einen Teil der Bourgeoisie doch direkt wirtschaftliche Gründe. Andernfalls wäre es kaum erklärlich, warum AKW's in solchen Massen installiert werden.

2. Geht es bei der Atomindustrie nicht zuletzt um die imperialistische Expansion der BRD. Wichtiger als die „prinzipielle" Frage scheint mir die Frage zu sein, warum die BRD – im Gegensatz zur USA – Brasilien atomar bewaffnet. Dabei geht es m.E. nicht darum, Nicaragua etc. atomar zu bedrohen, sondern Brasilien im Hinterland der USA und in Konkurrenz zu ihnen als Brückenkopf aufzubauen, der ökonomisch und militärisch in die Abhängigkeit der BRD gebracht wird. Es geht also darum, mit Hilfe des Atomtechnologie-Exports das innerimperialistische Kräfteverhältnis zugunsten der BRD zu verschieben. Dabei schafft die BRD atomar bewaffnete Achsenmächte, in dem sie gezielt subimperialistische Zentren aufrüstet (Israel, Südafrika, Brasilien). Die atomare Aufrüstung dürfte weniger dem Kampf gegen Befreiungsbewegungen, als vielmehr der generellen Kriegsvorbereitung dienen.



„Erich, was machen wir nur, wenn so ein AKW mal kaputt geht?"
„Strahlen, Leonid, strahlen!"

Die Frage, ob nicht die zivile Nutzung der Atomenergie der Kriegsvorbereitung widerspricht bzw. ob zwischen der militärischen und der wirtschaftlichen Nutzung ein massiver Widerspruch besteht, sollte im AK mal diskutiert werden. Warum baut die BRD die WAA eigentlich direkt an der DDR-Grenze? Soll man das so verstehen, daß dieser Standort für Bombardierungen besonders ungeeignet ist?

**J., RGW-Kommission**


1. Ein Fotoreporter, der noch kurz vorher der Polizei seinen „Sonderpassierschein" gezeigt hat, wird von Bullen angegriffen.


2. Noch auf den am Boden liegenden schlagen die Bullen ein.


3. Die Bullen prügeln zu dritt. Erst als ein Kollege sich zwischen sie stellt, hören sie auf.


4. Dafür nimmt sich ein Bulle die Fototasche (links im Bild). „Straßenraub" oder die „Ermöglichung einer objektiven Presseberichterstattung"?

# Festgenommene als Freiwild

**„Am 28.2. wurden im Zusammenhang mit der Brokdorf-Demonstration 65 Menschen festegnommen. Drei bei der Abfahrt in Hamburg, einige bei der Räumung am Bauplatz, die Mehrzahl wieder bei Polizeiüberfällen auf abziehende Demonstranten. Dabei wurden die Festgenommenen z. T. schwer verletzt und mehrere auch nach ihrer Festnahme von der Polizei mißhandelt. Die Mehrzahl wurde auf den Bauplatz Brokdorf geschleppt, wo sie teilweise in ungeheizten Containern völlig durchnäßt stundenlang warten mußten, ohne Anwaltskontakt. Sie wurden trotz Widerspruch erkennungsdienstlich behandelt und auch noch in ihrer vollen Ausrüstung (Helm auf) von der Polizei fotografiert ..."**
**(Aus dem vorläufigen Ermittlungsbericht des Ermittlungsausschusses der BUU hamburg zum 28.2.).**

Das Ausmaß der Mißhandlungen bei und nach den Festnahmen wird in den Augenzeugen- bzw. Betroffenen-Berichten deutlich. Hier einige Auszüge:

*„Plötzlich ging alles ganz schnell. Ich wurde durch den Wasserstrahl, der offenbar gezielt war, dreimal zu Boden geschleudert und stürzte schließlich in den Graben neben der Straße. Irgendjemand fiel sehr hart auf mich; es war ein Polizist, der mich hochriß und in Richtung Bauplatz die Straße entlangzerrte.*
*A. wurde gleichzeitig mit mir verhaftet, da wir während des ganzen Geschehens bis zu dem Zeitpunkt, wo wir stürzten, immer zusammengeblieben waren. Auf der Straße kamen uns ein paar Polizeikolonnen entgegen. Teilweise bildeten sie ein Spalier, durch das man durchgehen mußte; mehrere Polizisten rempelten mich an und schlugen nach mir; einer traf mich mit seinem Schlagstock direkt auf die Kehle. Wie ich später erfuhr, wurden auch andere Verhaftete auf diese Weise geprügelt".*

***

*„Ich wurde von mehreren Polizisten aus dem Vorgarten gezogen und in den Graben geworfen. Man hat mich dann gewaltsam aus dem Graben gezogen, indem man mir den Helm vom Kopf riß, an den Haaren riß und mir Finger in die Augen drückte. Auf der Straße werde ich dann von mehreren Polizisten in der oben geschilderten Lage brutalst mit Gummiknüppeln und Tritten, u. a. ins Geschlechtsteil, zusammengeschlagen. Ich wurde dann gewaltsam aufgerichtet und teilweise unter meiner erzwungenen Mithilfe bis auf die Unterwäsche ausgezogen ... Der Polizist* (auf dem Bauplatz, Anm. d. Antifakomm.) *hob ein mehrpoliges Kabel von der Straße auf, von dem er behauptete, daß dieses meine Waffe gewesen wäre, was ich jedoch bestritt. Daraufhin wurde mir gedroht, daß man anhand von Fingerabdrükken sowieso feststellen könnte, ob dies meine Waffe gewesen wäre. Ich bemerkte, daß mehrere andere mit mir festgenommene Demonstranten dazu aufgefordert wurden, die sichergestellten ,Waffen' (Molotow-Coctails, Krähenfüße, Schlagstöcke, Helme usw.) anzufassen und zu den Autos zu transportieren. Wir weigerten uns aber, die Gegenstände anzufassen und nahmen nur die sichergestellten Helme von der Straße ... Dann wurde ich in einen Gefängniscontainer gebracht. In dem Container war weder Licht noch Heizung, und es waren ca. 6 bis 8 Menschen in dem Container. Man hatte uns noch keine trockene Kleidung gegeben und nach ca. dreieinhalb Stunden Aufenthalt in diesem Container bemerkte ich bei mir deutliche Anzeichen von Unterkühlung. Es gab keine Möglichkeit, dieses zu beanstanden, da sich niemand mehr um uns kümmerte".*

***

*„ ... verloren wir z.T. den Anschluß an den Demozug und wurden von der Polizei gegriffen und mehr oder minder zusammengeschlagen. Ich selbst erhielt eine Platzwunde am Hinterkopf (Schlagstock) und auf dem Weg zum Bauplatz von vorbeimarschierenden Bullen Stockschläge auf den Kopf, Rücken und in die Eier, sowie wüste Beschimpfungen (Sag ein Wort, und ich schlag dich tot, Satz eines 2-Sterne-Typs einer Hundertschaft aus Eutin, der schon am Mittwoch bei der Blockade-Räumung durch brutales Auftreten aufgefallen war) ... Ich selbst habe die Aussage verweigert. Der vernehmende Zivile war verbal sehr ruppig (,Wenn ich jetzt eine Zwille hätte, könntest Du was erleben' u.a.) ...".*

***

*„Ich war gerade dabei, mich wieder hoch zu rappeln, als ein Hubschrauber in einer ungefähren Höhe von zwei bis drei Metern über meinem Kopf stehenblieb. Also flog ich noch mal auf die Fresse, rappelte mich wieder hoch und setzte zum Sprung über den Graben an, was dummerweise inmitten vom Graben endete (der Luftwiderstand war zu doll). Fast gleichzeitig wurde ich von mehreren Bullen umringt, wovon einige mir freiwillig in den Graben folgten und anfingen, mit Knüppeln massiv auf mich einzuschlagen. Ich wurde von den Bullen angeschrien, daß ich aus dem Graben rauskommen sollte, was allerdings schlecht ging, da immer noch einige auf mich einschlugen. Wieviel Bullen es waren, kann ich nicht mehr genau sagen, so an die 3 bis 4, die auf mich einschlugen und mehrere, die dumm rumstanden und so Sprüche losließen wie: Dich altes Schwein hätte man gleich erschießen sollen!*

*... Na ja, der Arzt entschied wohl, daß ich nicht nach Itzehoe gebracht werden sollte, sondern nach Wilster (ich hab's nicht mehr genau mitgekriegt). Nachdem der Bullenarzt aus dem Krankenwagen gesprungen war, brachten sie noch einen verletzten Demonstranten ins Auto. Das war ein Typ aus B., den Namen habe ich leider vergessen, ich glaube D. hieß er mit Vornamen. Dem haben sie noch beim Verhör auf die Rübe geschlagen und auf Arme und Hände. Jedenfalls sah er ziemlich schlimm aus. Blutete aus mehreren Platzwunden am Kopf und im Gesicht und die Hände und Arme waren dick angeschwollen ...".*

Aus der Pressemappe des Ermittlungsausschusses

## Ermittlungsaufruf

Gegen die 65 Festgenommenen der Demonstration am 28.2. in Brokdorf bestehen schwere Vorwürfe der Polizei, u.a. „Landfriedensbruch" und „Schwere Körperverletzung".

Wir befürchten, daß die Festgenommenen in einer zu erwartenden Prozeßlawine stellvertretend für uns alle haftbar gemacht werden sollen.

Bis jetzt liegen uns leider noch kaum konkrete Augenzeugenberichte/Betroffenenberichte vor.

Wir möchten Euch deshalb dringend bitten: **Helft uns, die Ereignisse während der Brokdorf-Demonstration aufzuhellen mit Betroffenenberichten und Augenzeugenberichten über Polizeimaßnahmen und Festnahmen.**

**Was sollen Berichte von Euch enthalten?**
– sie sollten sehr konkret sein!
a) Namen und Adressen (auch von weiteren Zeugen)
b) Orts- und Zeitangaben zu den Vorgängen
c) Wer wurde festgenommen, Vorgang der Festnahme und – soweit möglich – Angaben über die Behandlung in der Haft sowie ihre Dauer
d) Wann wurde ansonsten – wem und in welcher Situation – Personalien von der Polizei abgenommen
e) sonstige Übergriffe der Polizei, auch von Zivilen.

Ganz wichtig!!! Stellt uns bitte Bildmaterial zur Verfügung mit Name und Adresse des Fotografen.

**Berichte an:**
**BUU (Ermittlungsausschuß)**
**2000 Hamburg 6**
**Bartelsstr. 26**
**Tel. Werktags 17 bis 19 Uhr: 432171**

**Spendet für Ermittlungs- und Prozeßkosten. Stichwort „Brokdorf 28.2.". Spendenkonto Ermittlungsausschuß Nr. 1118413**
**BLZ 200 300 0 Vereins- und Westbank**

# Plogoff: Das französische Brokdorf

So wie bei uns Brokdorf, so ist in Frankreich Plogoff ein Symbol für den Kampf gegen Atomenergie. Die Bevölkerung dieses Ortes und der umliegenden Gemeinden der Bretagne hatte sich im Februar letzten Jahres in beispielhafter Entschlossenheit gegen die Auslegung der Pläne für das Atomkraftwerk gewehrt. Als die Behörden die Pläne im Rathaus auslegen lassen wollten (in Frankreich eine Voraussetzung für die Baugenehmigung) schloß der Bürgermeister kurzerhand die Amtsstuben. Der Bullen-LKW, in dem die Pläne dann ausgelegt wurden, war daraufhin jeden Morgen und Abend mitsamt der umstehenden Bullen einem wahren Steinregen ausgesetzt. Über einen Monat lang wurde unter der Parole: „Steine gegen Gewehre" gekämpft.

Es hat in letzter Zeit erneut Aktionen der Bevölkerung gegen den in der zweiten Hälfte '81 zu erwartenden Baubeginn gegeben. Aber auch Provokationen der Betreiberseite sind zu verzeichnen.

Am 14. Januar kam es zu einer großen Demonstration im nahegelegenen Audierne. Leute aus allen Gegenden des Cap Sizum nahmen daran teil. Während der Demo wurde das Gebäude der EDF (zentrales französisches Elektrizitätsunternehmen) besetzt. Das dort gefundene Hochglanz-Verdummungsmaterial wurde öffentlichkeitswirksam am Pier verbrannt. Nach mehreren Stunden wurde kurz vor Mitternacht die symbolische Besetzung aufgehoben. Mitglieder des Plogoffer-Aktionskomittees erklärten jedoch, daß sie schon nächstesmal nicht mehr so friedlich vorbeischauen könnten, da die Geduld der Bevölkerung langsam am Ende sei.

Eine Aktion, die reichlich Diskussionen über die Urheber auslöste, geschah am 29. Januar. Morgens um viertel nach vier Uhr explodierte eine Bombe außerhalb der neuen Telefonzentrale, die als Geschenk im Gegenzug zum Bau des AKW's gesehen wird. Keine Organisation übernahm die Verantwortung für diese Aktion, jedoch waren die Buchstaben FLB an die Mauer gemalt worden, die Abkürzung für die Bretonische Befreiungsfront. Allgemein ist man sich unter den Atomkraftgegnern nicht sicher, ob diese Bombe wirklich von dieser recht einflußreichen Autonomistenorganisation kommt, einige vermuten dahinter eher eine Provokation der Betreiber, vor allem weil die Bombe fast keinen Schaden anrichtete.

Einen allgemeinen Aufschrei der Empörung löste allerdings der jüngst erfolgte Sinneswandel der KPF in der Bretagne aus. Nachdem die EDF erklärte, daß Douarnenez der Hafen für die Anlieferung der AKW-Teile würde, war der KPF-Bürgermeister Michel Mazeas auf einmal Feuer und Flamme für die Atomenergie. Die Bevölkerung der Region war durch diesen plötzlichen Sinneswandel der lokalen KPF sehr verärgert. Am Freitag, den 6. Februar, besuchten über 200 Bürger den lokalen Vertreter der KPF in Plogoff. Man verlangte Erklärungen. Nach recht heftiger Debatte wurden Haus und Auto in leicht demoliertem Zustand zurückbelassen. Eine tags darauf angereiste 40-köpfige KPF-Schutztruppe wurde kurzerhand im nun belagerten Haus gefangengehalten. Auf einer Demo dieser 40 KPF-'ler am Montag vor der Präfektur von Quimper wurden die gleichen Rufe nach Ruhe und Ordnung laut wie sie vorher der rechte Abgeordnete aus Douarnenez, Guy Guermeur, vorgetragen hatte. Die Leute in Plogoff bezichtigen die KPF des Verrats und der Kollaboration mit der Zentralregierung. Zu ähnlichen Aktionen der Bevölkerung kam es auch gegenüber einem rechtsradikalen Abgeordneten, Henri Cogan, der in einem Brief an alle Bezirksparlamentarier erklärte, Plogoff werde so oder so gebaut, es komme jetzt nur noch darauf an, möglichst viel Geld bei der ganzen Angelegenheit zu verdienen.

Die Anti-Atomkoordination der Bretagne erklärte, alle Aktionen seien gerechtfertigte Selbstverteidigungs-Aktionen der Bevölkerung. Für alle, die vorhaben, ihren Urlaub in der Bretagne zu verbringen, hier eine Kontaktadresse, wo man sich schon vorher näher informieren kann, z.B. Übernachtungsmöglichkeiten, Termine etc.

Jean Louis Cassel
Grande Rue Chere
29122 Pont Croix, France
Tel.: 0033-98-704773
(Nachwise-Communique 78/79, Mopo 24.2.81)



# Interne Einsatzgrundsätze der Polizei

**Aus gegebenem Anlaß dokumentieren wir im Folgenden Auszüge aus der sog. Polizeidienstvorschrift 100 (im Polizeifachjargon: ‚PDV 100'). Nach eigenem Bekunden dient die ‚PDV 100' den „Polizeistreitkräften" (G. Tandler) der BRD dazu, „unbeschadet der Polizeihoheit der Länder ein einheitliches Führungs- und Einsatzverhalten aller Sicherheitskräfte anzustreben."**

**Die ‚PDV 100' wurde im Zuge der Verabschiedung des „Programms für die Innere Sicherheit" (Teil II) 1974 von dem „Arbeitskreis II, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, der Arbeitsgemeinschaften der Innenministerien der Bundesländer (AKII)" erarbeitet und bereits 1975 in die Praxis von Bund und Ländern eingeführt – auch ohne daß durch die Verabschiedung des neuen „einheitlichen Polizeigesetzes" die rechtliche Legitimation dafür bereits geschaffen worden wäre. Die Verabschiedung des „einheitlichen Polizeigesetzes", sowie die Verabschiedung der sog. Razziengesetze bildete insofern nur noch die nachträgliche Legitimation ohnehin bereits üblicher und verordnungsmäßig festgelegter Polizeipraktiken.**

**Zur Vorlage der ersten Ausgabe der ‚PDV 100' kommentierten die Verfasser:** „Damit ist der erste Schritt im Sinne des Sicherheitsprogramms getan, die Dienstvorschriften für Führung, Einsatz, Ausbildung und technische Mittel anzugleichen und polizeigemäß auszugestalten. Die neue PDV 100 regelt erstmals einheitlich die Führungsgrundsätze und das Einsatzverfahren der Polizei des Bundes und der Länder. Gleichzeitig gewährleistet sie den einheitlichen Gebrauch polizeilicher und taktischer Grundbegriffe: ein für das reibungslose Zusammenwirken zwischen der Polizei des Bundes und der Länder unerläßliches Erfordernis. Schließlich ist die Vorschrift eine Grundlage, um die Führungskräfte in allen Verwendungsbereichen der Polizei für die in der PDV 100 beschriebenen Aufgaben einheitlich auszubilden."

**Seitdem bildet die ‚PDV 100' die praktische Grundlage polizeilichen Handelns. Für ganz Dumme, von denen es bei der Polizei nicht wenige geben soll, erläutern diverse Kommentare noch wieder bis ins Detail die Verordnung – bis hin zur Aufstellung von „Checklisten" für die jeweiligen denkbaren „polizeilichen Lagen". Einer der bekanntesten Kommentatoren dieser Art ist Hans-Joachim Juretzky, Leiter des Polizei-Einsatzes gegen das Anti-Atom-Dorf am Bohrloch 1004 (Sein Titel: „Grundlagen der Befehlstechnik").**

**‚Seit ihrer Einführung 1975 wird die ‚PDV 100' jedes Jahr aufgrund neuester Erfahrungen ‚en bloc' oder ‚en detail' ergänzt. Eine dieser Ergänzungen in der Ausgabe von 1979 ist das Kapitel „Schutz kerntechnischer Einrichtungen (Anlagen und nukleare Transporte)" im Zusammenhang der allgemeinen „Objektschutzaufgaben". Dies Kapitel wird von uns dokumentiert. Des weiteren halten wir das Kapitel „unfriedliche demonstrative Aktionen" für besonders aktuell; erstens weil es die praktischen Dimensionen gegenwärtiger Polizeieinsätze betrifft, zweitens weil es – in der unterkühlten Sprache beamteter Philister – die Mentalität allseitigen Polizeistaatsdenkens enthüllt.**

**Im übrigen empfehlen wir selbstverständlich, ganz im Sinne der Polizeistrategen, die gesamte ‚PDV 100' dem gründlichen Studium.**

**Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg**

# 2.5.4. Schutz kerntechnischer Einrichtungen (Anlagen und nukleare Transporte)

2.5.4.1. Kerntechnische Einrichtungen besitzen ein hohes Gefährdungspotential. Durch kriminelle Handlungen kann unmittelbar oder mittelbar radioaktives Material freigesetzt werden. Abgesehen vom Freisetzen oder Entwenden radioaktiven Materials können bereits Androhungen von Anschlägen oder Anschläge, die keine derartigen Auswirkungen haben, eine erhebliche Beunruhigung der Bevölkerung hervorrufen. Besondere Einsatzplanungen und Schutzmaßnahmen sind deshalb erforderlich.

2.5.4.2. Die polizeilichen Schutzmaßnahmen und die Sicherungsmaßnahmen der Verantwortlichen (Betreiber kerntechnischer Anlagen und Beförderer nuklearen Materials) sind so eng aufeinander abzustimmen und zu verzahnen, daß ein in sich geschlossenes Sicherungs- und Schutzsystem gewährleistet ist.

**Die präventive Grundsicherung durch den Verantwortlichen** verhindert bis zum Eingreifen der Polizei
- bei Anlagen ein Eindringen in den inneren Sicherungsbereich
- bei Transporten, daß Täter über das nukleare Transportgut verfügen können

Der **präventive Grundschutz durch die Polizei** beschränkt sich im wesentlichen auf allgemeine Überwachungsmaßnahmen außerhalb des Anlagengeländes. Zur Abwehr konkreter Gefahren hat die Polizei zu gewährleisten, daß sie in kürzester Zeit nach Alarmierung wirksam eingreifen kann. Sie trägt vom Zeitpunkt des Eingreifens an die Verantwortung für alle Maßnahmen der Störerabwehr.

2.5.4.3. Für den präventiven Grundschutz ist je nach Lage eine **Gefährdungsstufe** aus 2.5.2.3. festzulegen; **Schutzmaßnahmen aus 2.5.2.4.** sind wie folgt durchzuführen:
- Gefährdungsstufe 1
  Schutzmaßnahme 3
- Gefährdungsstufe 2
  Schutzmaßnahme 4
- Gefährdungsstufe 3
  Schutzmaßnahme 5

Im übrigen sind die Grundsätze aus 2.5.3. zu beachten.

2.5.4.4. Zur **Vorbereitung** eines Einsatzes ist ständige Kommunikation und persönlicher Kontakt zwischen Polizei und Verantwortlichen erforderlich. Gegebenenfalls kann eine Abstimmung in der „örtlichen Sicherungs- und Schutzkommission" zweckmäßig sein.

Die Anlage ist regelmäßig und aus konkretem Anlaß **gemeinsam zu begehen**. Spezialeinheiten und Führer anderer geschlossener Einheiten sind mit den Besonderheiten der Anlage vertraut zu machen. Es sind Übungen durchzuführen, an denen die Verantwortlichen zu beteiligen sind. Bei Planung und Durchführung von Vollübungen muß die Wirkung in der Öffentlichkeit berücksichtigt werden.

2.5.4.5. Für **Dienststärken** und **Einsatzbereitschaft** der örtlich zuständigen Polizeidienststelle gilt, daß spätestens 15 Minuten nach Alarmauslösung etwa 10 Beamte an der Anlage eingesetzt sein müssen.
Weitere Kräfte sind so schnell wie möglich nachzuführen.

2.5.4.6. Für jede Anlage ist eine **Einsatzakte** anzulegen, die Angaben enthält insbesondere über
- Art der Anlage
- Leitungspersonal und dessen Erreichbarkeit
- Stärke und Ausstattung des Objektsicherungsdienstes
- Kommunikation
- Alarmplan und Sicherungssystem für die Anlage
- Zahl und Zusammensetzung der Belegschaft
- Lage und Umgebung der Anlage, besonders gefährdete Bereiche, Zufahrtswege, Einlaßstellen (Grundrißskizzen, Lagepläne, Luftaufnahmen)
- Gefährdungszonen bei Reaktorunfällen unter Freisetzung von Radioaktivität (vorbereitete Auflege-Folien)

2.5.4.7. **Kalendermäßig sind insbesondere vorzubereiten**
- Alarmplan
- Führungsstab und Einrichtung einer Befehlsstelle
- Bereitstellung von Führungs- und Einsatzmitteln
- Objektschutzplan
- Absperrplan
- Verkehrslenkungsplan
- Heranführen von Verstärkungskräften (Fahrstrecken, Meldeorte, Lotseneinsatz usw.)
- Fernmeldeverbindungen
- Versorgungsmaßnahmen
- Einsatz von Strahlenspürtrupps zur Eigensicherung

Alarmierungs- und Anfahrtzeiten sind durch Übungen festzustellen und zu berücksichtigen.

2.5.4.8. Mit den Verantwortlichen sind **Kontrollanrufe** zu festgelegten Zeiten über die von ihnen vorzuhaltenden Fernmeldeverbindungen zu vereinbaren.
Es sind Draht- und überlagernde Sprechfunkverbindungen erforderlich.
Der allgemeine Notruf 110 ist nicht ausreichend.
Für den Fall eines Angriffs auf die Anlage ist ein **Stichwort** zu vereinbaren.

2.5.4.9. **Transporte von Kernbrennstoffen** und sonstigem radioaktiven Material sind durch die Polizei nur zu begleiten, wenn
- die zuständige Behörde dies dem Beförderer bei der Genehmigung vorschreibt
- Anhaltspunkte für eine konkrete Gefährdung des Transports vorliegen

2.5.4.10. Die Begleitung hat den Transport gegen Sabotage und andere kriminelle Einwirkungen zu schützen.
Daneben hat sie eventuell notwendig werdende Verkehrsmaßnahmen zu treffen.
Bei Gefahr der Freisetzung von Radioaktivität hat sie Maßnahmen nach 3.12. auszulösen.

2.5.4.11. Vom Beförderer sind genaue Angaben über die Gefährlichkeit des zu transportierenden Materials einzuholen. Die **begleitenden Beamten** sind **eingehend einzuweisen**.

2.5.4.12. Der vorgesehene **Transportweg ist einzuhalten**. Muß aus zwingenden Gründen davon abgewichen werden, sind sofort die jeweils zuständigen Polizeidienststellen zu unterrichten.
Werden **Halte** erforderlich, sind möglichst nur solche Plätze zu wählen, die ein sicheres Abstellen des Transports und ausreichende Schutzmaßnahmen ermöglichen.
Die polizeiliche Begleitung ist möglichst wenig zu wechseln. Bei einem Wechsel ist die ordnungsgemäße Übergabe des Transports an die für die weitere Begleitung vorgesehenen Kräfte rechtzeitig abzustimmen.

2.5.4.13. Neben der **Laufüberwachung** des Transports durch den Beförderer ist eine ständige Information der jeweils örtlich zuständigen Polizeidienststellen erforderlich. Die polizeiliche Begleitung hat mit ihnen Sprechfunkverbindung zu halten und sich an den Grenzen örtlicher Zuständigkeitsbereiche an- bzw. abzumelden sowie regelmäßig Standortmeldungen zu erstatten.
Transporte sind unter einem Kennwort durchzuführen.

2.5.4.14. Die Grundsätze der Absperrung, des Objektschutzes, des Raumschutzes, der Abwehr, der Räumung, des Angriffs und des Einsatzes bei größeren Schadensereignissen sind zu beachten und sinngemäß anzuwenden.

2.5.5. **Raumschutz**

2.5.5.1. Beim Raumschutz sind
- die Bevölkerung sowie lebenswichtige oder besonders gefährdete Objekte zu schützen
- Störer innerhalb eines festzulegenden Bereichs aufzuspüren und festzunehmen.

2.5.5.2. **Raumschutz ist erforderlich, wenn in einem größeren Gebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Häufung von demonstrativen Aktionen oder von Terror- und Sabotageanschlägen gefährdet ist.**
**Raumschutz kann erfordern**
- **Unterstützung durch geschlossene Einheiten**
- **Umgliederung der Kräfte**
- **Neueinteilung der Rangfolge von Aufgaben.**

2.5.5.3. Dem Einsatz im Raumschutz hat intensive **Aufklärung** vorauszugehen.

2.5.5.4. **Der Polizeiführer muß Erkenntnisse gewinnen über**
- **Störer**
- **örtliche Verhältnisse des Einsatzraums**
- **Streuung und Ballung der Bevölkerung, deren politische und soziale Schichtung sowie ihre Einstellung zur Lage und ihre Beeinflußbarkeit**
- **zu schützende Objekte (Objektschutzplan) einschließlich Regierungs- und Verwaltungszentren**
- **Stärken und Ausstattung anderer Schutzkräfte**
- **Fachdienste und deren Einsatzmöglichkeiten**
- **Publikationsorgane im Einsatzraum.**

2.5.5.5. Es ist zweckmäßig, die Einsatzkräfte bereits **entfaltet** in den Einsatzraum zu führen. Befehlsstellen sind nach Möglichkeit in Anlehnung an zu schützende Objekte einzurichten.

2.5.5.6. Der Einrichtung einer **Nachrichtensammel- und Informationsstelle** kommt besondere Bedeutung zu. Sie muß so besetzt und ausgestattet sein, daß sie die eingehenden Nachrichten und Informationen schnell aufnehmen, bewerten und weitergeben kann.

2.5.5.7. Neben den zur Aufklärung und zum Objektschutz eingesetzten Kräften sind **Streifen** oder besondere **Einsatzkommandos** zu bilden, denen Abschnitte zugewiesen werden, in denen sie taktische Bewegungsfreiheit haben; **ihr Einsatz kann sich oft über einen längeren Zeitraum erstrecken.**
**Sie haben insbesondere**
- den Einsatzraum zu überwachen, gegebenenfalls durch Beamte in bürgerlicher Kleidung
- Störer aufzuspüren und festzunehmen
- Bilden neuer Störergruppen zu unterbinden
- Bewegungen und Versorgung der Störer zu behindern und nach Möglichkeit zu verhindern.

Sie sind mit Fernmeldemitteln so auszustatten, daß zu ihnen jederzeit Verbindung besteht. Dabei sind die Informationswege sowie die Maßnahmen zum Schlüsseln, Tarnen und Verschleiern der Nachrichten häufig zu wechseln.
Insbesondere in Stadtgebieten können im voraus Räume, die erfahrungsgemäß Ziel demonstrativer Aktionen sind, planmäßig in feste Abschnitte gegliedert werden. Dadurch kann bei der Einweisung der Einsatzkräfte und bei der Aufklärung wichtige Zeit gewonnen werden.

2.5.5.8. Neben den zur Aufklärung, zum Aufspüren und zum Objektschutz eingesetzten Kräften sind starke **bewegliche Reserven** bereitzuhalten.
Es ist zweckmäßig, Örtlichkeiten, an denen Störer festgestellt sind, einschließend abzusperren, ehe weiter vorgegangen wird.

2.5.5.9. Bei **Dunkelheit** ist es zweckmäßig, in verstärktem Maß Verkehrsknoten, Objekte und Straßen zu überwachen. Kontrollstellen sind einzurichten.

2.5.5.10. **Hubschrauber** sind zur Aufklärung, Führung und zum Transport von Eingreifkräften einzusetzen.
Sie halten mit Streifen und Einsatzkommandos Verbindung und können sie in besonderen Fällen auch versorgen.

2.5.5.11. Durch Einschaltung der Publikationsorgane, Lautsprechereinsatz, Plakatanschläge und Flugblätter kann die **Bevölkerung zur Unterstützung der polizeilichen Maßnahmen aufgefordert** werden.



# 3.4. Unfriedliche demonstrative Aktionen

3.4.1. **Allgemeines**

3.4.1.1. Unfriedliche, gewaltverherrlichende oder die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährdende Aktionen stellen einen Mißbrauch der Demonstrationsfreiheit dar.

**Ziel** solcher Aktionen ist die Beeinträchtigung von Funktionsabläufen des öffentlichen Lebens im Rahmen einer bestimmten Konfliktstrategie.

3.4.1.2. **Arten** unfriedlicher Aktionen sind insbesondere
- Aufforderung zur Mißachtung oder Verletzung der Rechtsordnung
- Blockade
- Besetzung
- sonstige Störaktionen (Nr. 3.4.5.1.)

3.4.1.3. Aktionen im Rahmen einer Konfliktstrategie richten sich gegen Personen- und/oder Objektzielgruppen wie
- bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens
- Mitglieder von Verfassungsorganen
- Angehörige diplomatischer und konsularischer Vertretungen
- Angehörige sonstiger öffentlicher Organe der allgemeinen Verwaltung, Justiz, Polizei, Streitkräfte, Bahn, Post, Finanzen, Universitäten usw.
- Bedienstete von lebensnotwendigen Produktionsstätten und Dienstleistungsbetrieben
- Angehörige bestimmter Berufsgruppen, Vereine, Verbände, Gesellschaften, Religionsgemeinschaften, ausländischer Gruppen usw.

leistungsbetrieben
- Angehörige bestimmter Berufsgruppen, Vereine, Verbände, Gesellschaften, Religionsgemeinschaften, ausländischer Gruppen usw.
- Arbeits- und Wohnstätten von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens
- Einrichtungen der Verfassungsorgane
- diplomatische und konsularische Vertretungen, ausländische Kultureinrichtungen und Begegnungsstätten
- sonstige öffentliche Einrichtungen, wie Justiz-, Verwaltungs- und Polizeidienststellen, Vollzugsanstalten, Universitäten und Schulen
- Einrichtungen der Streitkräfte
- Einrichtungen und Transportmittel öffentlicher Verkehrsträger, wie Eisenbahnen, Straßenbahnen, Luftverkehrsanlagen und Hafenanlagen, Niederlassungen von Fluggesellschaften
- Einrichtungen lebensnotwendiger Produktionsstätten und öffentlicher Ver- und Entsorgungsbetriebe
- Einrichtungen öffentlicher und privater Kommunikationsorgane
- Banken, Versicherungen, Warenhäuser, Großbetriebe
- Einrichtungen bestimmter Berufsgruppen, Vereine, Verbände, Gesellschaften, Religionsgemeinschaften usw.
- Einzelobjekte, wie nicht genutzte Häuser, Geschäfte, Räume, Flächen
- Friedhöfe, Denkmäler

3.4.1.4. Unfriedliche demonstrative Aktionen sind insbesondere **gekennzeichnet durch**
- planlos wirkende Personen- und Objektauswahl
- häufige und schnelle Verlagerung von Brennpunkten
- rasch wechselnde Aktionsarten
- schnelles Umschlagen in Gewalttätigkeiten
- brutales und rücksichtsloses Vorgehen
- Täuschungs- und Ablenkungsaktionen

3.4.1.5. **Die an solchen Aktionen besonders aktiv beteiligten Störer sind meist bestrebt**
- unmittelbar nach einer Einzelaktion unterzutauchen
- sich von anderen Beteiligten oder Sympathisanten abschirmen zu lassen
- demonstrativ so aufzutreten, daß Unentschlossene und Zögernde zu weiteren Aktionen veranlaßt werden

In diesen Fällen ist die Zeitspanne für polizeiliches Reagieren meist gering.

3.4.1.6. Während die einzelne unfriedliche demonstrative Aktion nur Symbolcharakter hat, gehört es zur **Konfliktstrategie**, einen **Solidarisierungseffekt** zu erreichen.

Mit **Nachfolgeaktionen** muß gerechnet werden.

3.4.1.7. Der Erfolg polizeilicher Gegenmaßnahmen ist besonders abhängig vom rechtzeitigen Erkennen von Vorbereitungs-, Begleit-, Ablenkungs-, Ersatz- und Anschlußhandlungen. Enge Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden ist erforderlich. Aufklärung und Observation sind intensiv zu betreiben. Dabei sind insbesondere
- Flugblätter, Zeitungen und andere Druckerzeugnisse
- Funkgespräche
- Flüsterpropaganda
- Ketteninformationen in Wort und Schrift
- Parolen
- Panikgerüchte
- Verleumdungskampagnen
- anonyme Hinweise

auszuwerten.

3.4.1.8. Der Polizeiführer hat bei der **Beurteilung der Lage** besonders zu beachten, daß
- Störer und ihre Aktionen nicht unterschätzt werden dürfen
- mit gewalttätigem Widerstand und Angriffen zu rechnen ist
- erhebliche und langfristige Bindung von Polizeikräften eingeplant werden muß
- Maßnahmen des täglichen Dienstes notfalls zurückzustellen sind
- auf polizeiliche Maßnahmen von geringerer Bedeutung für den Gesamteinsatz gegebenenfalls verzichtet werden muß
- erforderlichenfalls Spezialkräfte herangezogen werden müssen

Besonders sorgfältig ist zu prüfen, ob das Auftreten starker Polizeikräfte zu einem schnellen Erreichen des polizeilichen Ziels führt oder ob dadurch ein die Lage verschärfender Solidarisierungseffekt bewirkt wird.

3.4.1.9. Einsatzkräften ist vor dem Einsatz das nötige Hintergrundwissen über tatsächliche **Motive** und Zielsetzungen der Störer zu vermitteln.

3.4.1.10. Bei unfriedlichen demonstrativen Aktionen sind auch die Grundsätze der Abwehr und des Angriffs zu beachten.

3.4.2. **Aufforderung zur Mißachtung oder Verletzung der Rechtsordnung**

3.4.2.1. Durch Aufforderung zur Mißachtung oder Verletzung der Rechtsordnung soll ein größerer Personenkreis zu Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zu Straftaten veranlaßt werden.

Insbesondere sollen solche Personen angesprochen werden, die bisher kein Interesse an gemeinsamen Aussagen oder Aktionen gezeigt haben.

3.4.2.2. Aufgefordert wird insbesondere durch
- Kundgebungen und Aufrufe
- Flugblätter
- Informationsstände
- Flächenbeschriftungen
- Plakataktionen
- demonstrative Einzelaktionen
- Provokation der Sicherungsorgane
- Parolen
- Konfusionsmeldungen und Gerüchte.

3.4.2.3. **Polizeiliches Ziel** ist es, die Aktionen zu unterbinden. Um sie unwirksam zu machen, kann es zum Beispiel zweckmäßig sein, daß die Bevölkerung durch die zuständigen Stellen oder die Polizei über die Rechtslage oder die wahre Situation informiert wird.

.2.4. Bei bereits laufenden Veranstaltungen, Versammlungen und Aufzügen, die dem Aktionskonzept entsprechend umfunktioniert werden sollen, können erforderlich werden
- Zivilaufklärung
- Zeigen starker Polizeikräfte
- Androhen von Zwangsmaßnahmen gegen die Aktionstäter
- Aufforderung an die Teilnehmer, sich nicht an Aktionen zu beteiligen
- Aufforderung an den Leiter, sich von den Störaktionen unmißverständlich zu distanzieren und einem Umfunktionieren entgegenzuwirken, gegebenenfalls die Veranstaltung zu unterbrechen
- Ablenkung der Teilnehmer z.B. durch Musik
- vorsorglicher Schutz gefährdeter Objekte.

3.4.3. **Blockaden**

3.4.3.1. Durch Blockade von Räumen, Gebäuden oder Geländeteilen sollen Personen daran gehindert werden, entsprechend ihrer freien Willensentscheidung berechtigt zu handeln.

3.4.3. Blockaden

3.4.3.1. Durch Blockade von Räumen, Gebäuden oder Geländeteilen sollen Personen daran gehindert werden, entsprechend ihrer freien Willensentscheidung berechtigt zu handeln.

3.4.3.2. Nach Feststellung einer Blockade hat die Polizei gegebenenfalls unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, um entweder die Blockade zu beseitigen oder ihre Wirkung aufzuheben.

Ist mit Gewalttätigkeiten zu rechnen, sind gefährdete Personen oder Objekte zu schützen.

Der Beweissicherung und Dokumentation kommt besondere Bedeutung zu.

3.4.3.3. **Zielobjekte** einer Blockade können über die in 3.4.1.3. hinaus genannten sein
- bestreikte Betriebe
- Versammlungslokale
- Marschwege von Aufzügen
- Verkehrsknoten
- Messestände
- Informationsstände.

3.4.3.4. **Vorbeugende Maßnahmen** zur Verhinderung von Blockaden sind insbesondere
- Zeigen starker Polizeikräfte
- Absperrung
- Schutz von Zielobjekten
- Aufforderung, sich nicht an der Blockade zu beteiligen
- Personen- und Fahrzeugkontrolle
- Durchsuchung von Personen und Sachen
- Sicherstellen von möglichen Tatwerkzeugen und Waffen
- Überwachen von Örtlichkeiten, an denen Material für Blockaden entnommen werden könnte
- Ingewahrsamnahme von Personen.

3.4.3.5. **Maßnahmen zur Beseitigung von Blockaden** oder zur Aufhebung ihrer **Wirkung sind unter anderem**
- Auflösung von Ansammlungen und Versammlungen
- Räumung von Verkehrsflächen und Objektzugängen
- Beseitigung von Barrikaden
- Verkehrsmaßnahmen.

3.4.3.6. Als besondere **zusätzliche Einsatzmittel** sind gegebenenfalls vorzusehen
- Hindernisräumgeräte und -fahrzeuge
- Trenn- und Brechwerkzeuge
- Seilwinden
- Tunnelwagen
- Rammgeräte
- Blendmittel.

3.4.3.7. Bei der **Beseitigung von Barrikaden** ist zu berücksichtigen, daß sich Personen im Bereich der Barrikaden aufhalten können.

3.4.3.8. Die zur Beseitigung von Blockademitteln eingesetzten **Spezialkräfte** sind besonders zu **sichern**.

3.4.4. **Besetzungen**

3.4.4.1. Durch Besetzungen werden **widerrechtlich** Grundstücke, Häuser oder **Gebäudeteile in Besitz genommen**.

3.4.4.2. Besetzungen können spontan oder nach längerer Vorbereitung durchgeführt werden und sind häufig **Anschlußhandlungen**.

3.4.4.3. Gegen Besetzungen, durch die die **öffentliche Sicherheit und Ordnung in nicht vertretbarer Weise beeinträchtigt** wird, sind Maßnahmen zu treffen, die mit zuständigen Stellen oder Berechtigten vorher abzusprechen sind; dabei sind die Rechtsverhältnisse festzustellen.

3.4.4.4. Besetzte Objekte sind zu observieren. In die **Observation** einzubeziehen sind auch Versammlungslokale und Unterkünfte von Sympathisanten.

3.4.4.5. **Art und Umfang der polizeilichen Maßnahmen** können abhängig sein von
- Motiven der Besetzer
- voraussichtlicher Dauer der Besetzung
- Art, Anzahl, Verhalten und Lebensgewohnheiten der Besetzer; anwesenden Kindern und hilfsbedürftigen Personen
- den sich im Objekt befugt aufhaltenden Personen
- vorliegenden Räumungstiteln
- Art, Lage und Zustand des Objekts einschließlich der Installation
- im Objekt vorhandenen Einrichtungsgegenständen, Barrikaden und anderen Hindernissen
- Beeinträchtigungen bzw. Verhalten der Anlieger
- Widerstandsabsichten und -vorbereitungen sowie Bewaffnung der Besetzer und anderer Störergruppen
- Fernmelde- und sonstige Verbindungen der Besetzer nach außen
- Mobilisierungsplänen, Koordinierungsstellen und Treffpunkten der Störer
- Werkzeug-, Material- und Waffenverstecken
- Gegenobservation und Abhören des Polizeifunks
- Fluchtvorbereitungen und Fluchtmöglichkeiten

3.4.4.6. Haben Aufklärung und Observation keine gegenteiligen Erkenntnisse erbracht, muß beim Räumen von besetzten Häusern oder Gebäudeteilen mit Barrikaden und anderen Hindernissen außerhalb und innerhalb des Gebäudes sowie mit organisiertem Widerstand gerechnet werden.

3.4.4.7. Um **Widerstand** der Besetzer und **Mobilisierung von Sympathisanten** auszuschließen, muß schlagartig und für die Besetzer überraschend eingedrungen werden. Es ist der Zeitpunkt zu wählen, in dem möglichst wenige Besetzer anwesend sind oder ihre Aufmerksamkeit am geringsten ist.

Wiederholte Scheinmaßnahmen der Polizei schwächen die Aufmerksamkeit der Besetzer. Zur Verschleierung der polizeilichen Absicht eignen sich Täuschungsmeldungen und Funkstille.

3.4.4.8. Je nach Lage sind **Einsatzkräfte** vorzusehen für
- Aufklärung, Observation
- Sicherung
- Hindernisbeseitigung
- Eindringen
- Räumung
- Freiheitsentziehung
- Durchsuchung
- Transport
- Absperrung
- Beweissicherung und Dokumentation
- Reserve
- Nachaufsicht.

3.4.4.9. Als besondere **zusätzliche Einsatzmittel** sind gegebenenfalls vorzusehen
- Tunnelwagen ...

3.4.4.9. Als besondere zusätzliche Einsatzmittel sind gegebenenfalls vorzusehen
- Tunnelwagen
- Blendmittel
- Abschleppfahrzeuge
- Trenn- und Brechwerkzeuge
- Seilwinden
- Räumgeräte
- Bindemittel für Chemikalien
- Leitern, hydraulische Arbeitskörbe
- Spannungsprüfgeräte
- Gasspürgeräte.

3.4.4.10. Die **Einsatzkräfte** sind unauffällig zu **versammeln**. Führungs- und Einsatzmittel sind so bereitzustellen, daß keine Rückschlüsse auf den Einsatz der Polizei gezogen werden können. Mit Gegenobservation – auch an Standorten auswärtiger Einsatzkräfte – muß gerechnet werden.

Erforderlichenfalls sind für die Anfahrt der Einsatzkräfte neutrale Kraftfahrzeuge zu verwenden.

Um zu verhindern, daß die Störer Informationen erhalten, kann es zweckmäßig sein, den eigentlichen **Anlaß gegenüber den eigenen Kräften und anderen am Einsatz beteiligten Stellen so lange wie nötig zu verschleiern.**

Während der Annäherung an den Einsatzort ist mit gezielten Behinderungen zu rechnen.

3.4.4.11. Zur selbständigen Durchführung eines Auftrags sind Kräfte grundsätzlich nicht unter Zugstärke einzusetzen; Spezialkräfte in geringerer Stärke sind entsprechend zu sichern.

Unkontrollierbare Einzelaktionen von Beamten sind zu verhindern.

Zur Vermeidung von Gefährdungen kann es notwendig werden, auf Tätigkeiten des täglichen Dienstes wie Verkehrsposten oder Ermittlungsdienst zeitweise zu verzichten oder diese Beamten besonders zu sichern.

Die **Eindringkommandos** sind mit schwer entflammbarer Kleidung auszustatten; Oberbekleidung möglichst aus Leder.

3.4.4.12. Mit folgenden **Aktionen zur Entlastung der Besetzer** ist während der Räumung unter anderem zu rechnen:
- Mobilisierung von Sympathisanten,
- Angriffe von Störergruppen gegen den Rücken der Einsatzkräfte,
- Verkehrsblockaden,
- Demonstrationen und Kettenbildungen vor den besetzten Objekten,
- Ansammlungen und Demonstrationen außerhalb der äußeren Absperrung,
- Besetzungen öffentlicher Gebäude und anderer Objekte,
- Störung der polizeilichen Fernmeldeverbindungen.

3.4.4.13. Zur **Verhinderung von Anschlußhandlungen** sind starke Kräfte bereitzuhalten, die vorbeugend zur Überwachung und zum Objektschutz eingesetzt werden können.

Bei starkem Zulauf kann eine zusätzliche weiter abgesetzte Absperrung notwendig werden.

3.4.4.14. **Während und unmittelbar nach der Räumung** ist es erforderlich, Häuser und Gebäudeteile zu durchsuchen und Maßnahmen zur Beweissicherung und Dokumentation zu treffen.

3.4.4.15. **Nach der Räumung** durchzuführende Transporte von persönlicher Habe und Einrichtungsgegenständen sowie Abbrucharbeiten sind erforderlichenfalls zu schützen. Es ist darauf hinzuwirken, daß genügend Transportraum zur Verfügung steht.

3.4.4.16. Finden **Anschlußhandlungen** in der Nähe der ehemals besetzten Objekte statt, kann es notwendig sein, diese Arbeiten vorübergehend einstellen zu lassen.

Während der Anschluß- und Folgehandlungen können Durchsuchungen von Versammlungslokalen und Unterkünften der Besetzer und ihrer Helfer erforderlich werden.

3.4.4.17. Auch nach Beendigung der Folgehandlungen sind starke Kräfte zur weiträumigen **Nachaufsicht** einzusetzen.

3.4.5. **Sonstige Störaktionen**

3.4.5.1. Durch sonstige Störaktionen sollen Funktionsabläufe des öffentlichen Lebens beeinträchtigt werden wie
- Blockierung der Verwaltung durch Briefe und Telefonanrufe
- Boykott in allen Erscheinungsformen
- Verhinderung bauvorbereitender Maßnahmen (Vermessung, Probebohrungen)
- sogenannte „gewaltfreie" Konfrontation mit Sicherheitskräften
- „Volksgedränge"

Zu Störaktionen können mißbraucht werden
- Straßentheater, politisches Happening
- Demonstrationsmärsche
- Kundgebungen, Aktionstage und Aktionswochen, Tribunale

3.4.5.2. Soweit möglich, ist der Polizeieinsatz in **Vorbesprechungen** mit den für die betroffenen Objekte Verantwortlichen rechtzeitig abzustimmen.

Die Zusammenarbeit mit dem betrieblichen Selbstschutz ist anzustreben. Bei Einsätzen aus diesem Anlaß können Kräfte langfristig gebunden werden.

# Wölfe im Schafspelz

## Staat und Medien

*„Wir haben alles in unserer Macht Stehende getan, um der Gewalt entgegenzuwirken. Unsere Polizisten haben sich besonnen und verantwortungsbewußt verhalten"* (Stoltenberg nach der letzten Brokdorf-Demo; „Welt", 1.3.81).

*„Wir bekräftigen, daß die FDP unverändert gegen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung eintritt"* (Klaus Brunnstein, Hamburger FDP-Vorsitzender; „Welt", 1.3.81).

*„Man verändert nichts durch Anwendung von Gewalt!"* (Hans-Ulrich Klose, Hamburgs SPD-Bürgermeister; „Welt", 21.2.81).

*„... Die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP haben sich geeinigt, am Dienstag im Kieler Landtag einen Allparteien-Aufruf gegen Gewalttätigkeit zu beschließen"* („Welt", 21.2.81).

**„Besonnenheit ist notwendig. Auf beiden Seiten. Denn nur gemeinsam kann es gelingen, jene zu isolieren, die Argumente durch Steinwürfe, legitimen Protest durch Straßenschlacht ersetzen wollen"** („Hamburger Morgenpost", SPD-nahe, 2.2.81).

* * *

**Den mit Abstand wichtigsten Part in der Großen Koalition der „Gewaltlosen" spielen Staat, etablierte Parteien, Presse und Rundfunk/Fernsehen. Das Ausmaß der ihnen zur Verfügung stehenden Propaganda- und Machtmittel übersteigt die Möglichkeiten aller anderen „Gewaltlosen" um ein Vielfaches.**

Etablierte Parteien und Medien verkünden pausenlos, daß Gewalt kein Mittel politischer Auseinandersetzungen sein dürfe. Wer Gewalt anwende, mache sich nicht bloß strafbar, sondern mache auch seine eigenen Ziele unglaubwürdig. Daraus ergibt sich ein denkbar einfaches Schema zur Unterscheidung zwischen guten Demonstranten, halbwegs erträglichen Demonstranten und terroristisch-kriminellen Gewalttätern:

a) Der gute Demonstrant hält sich an die Gesetze; verbotenen Demonstrationen bleibt er ebenso fern wie

stisch-kriminellen Gewalttätern:
a) Der gute Demonstrant hält sich an die Gesetze; verbotenen Demonstrationen bleibt er ebenso fern wie

solchen, bei denen mit Gewalttaten „gerechnet werden muß".

b) Der halbwegs erträgliche Demonstrant nimmt es zwar mit Gesetzen und Verboten manchmal nicht so genau; er verhält sich aber absolut „friedlich", was auch immer passieren mag.

c) Der terroristisch-kriminelle Gewalttäter ist auf nichts anderes als Putz und Randale aus.

**Nicht ganz zu Unrecht gehen die Herrschenden davon aus, daß sich in der unterschiedlichen Einstellung zur Gewalt auch eine unterschiedliche Einstellung zum Staat ausdrückt: Der Personenkreis der Gruppen a) und b) gilt als tendenziell in das herrschende System wieder integrierbar.** Wenn sich einerseits die „friedlichen" Teile des Protestpotentials und andererseits die Polizeikräfte vernünftig und besonnen zeigen, müßte es – laut herrschender Propaganda – möglich sein, die Probleme in ähnliche Spielregeln zu kanalisieren wie die zwischen Arbeit„gebern" und Arbeit„nehmern". Alle Konflikte sollen als innerhalb des herrschenden Systems lösbar erscheinen.

Besonders wichtig ist den Herrschenden die Spaltung des Protestpotentials. Bloße „Friedlichkeit" reicht den Herrschenden nicht aus. Sie wollen erreichen, daß die „Friedlichen" sich zumindest in Wort und Schrift scharf von den „Gewalttätigen" absetzen und zu deren „Isolierung" beitragen. Noch lieber ist es den Herrschenden, Teile der „Friedlichen" in freiwillige Hilfspolizisten zu verwandeln und sie für Handgreiflichkeiten gegen die „Gewalttätigen" zu gewinnen. Distanzierung von den „Gewalttätigen" soll der Preis sein, für den angeblich die Herrschenden zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit sein würden: *„...Stoltenberg unterstrich seine Bereitschaft zu Gesprächen mit demokratischen Gruppen unter den Kernkraftgegnern.* **Allerdings sei die Forderung nach einem ‚klaren Trennungsstrich' zwischen friedlichen und militanten Demonstranten ‚ein ganz entscheidender Punkt'"** („Hamb. Abendblatt", 2.3.81).

Erreicht werden soll, wie es im SPD- und Polizei-Jargon heißt, die *„Trennung der Spreu vom Weizen"* (Westberliner Modell). Dieses Modell erfordert, daß nicht allzu rasch, brutal und undifferenziert (Nürnberger Modell) gegen die „Gewalttätigen" vorgegangen wird. Das könnte nämlich zu ganz und gar unerwünschter „Solidarisierung" innerhalb des Protestpotentials führen. Wichtig ist darum aus polizeitaktischer und sozialdemokratischer Sicht, daß zunächst einmal die Widersprüche innerhalb des Protestpotentials angeheizt werden. **Die politisch-moralische Isolierung der „Gewalttätigen" ist Voraussetzung für nachfolgende gezielte Polizei-Maßnahmen gegen den verbleibenden „harten Kern".**

Im Interesse dieser Zielsetzunge geben die etablierten Medien den Repräsentanten der „Gewaltlosigkeit" die größtmögliche Publizität. Einzelne, für die reale Bewegung eher bedeutungslose Figuren – wie z.B. derzeit Herr Leinen vom BBU oder der Juso-Vorsitzende – werden von den Medien zu Sprechern der Bewegung hochstilisiert oder systematisch aufgebaut.

Gesetze und ein im letzten Jahrzehnt enorm verstärkter Polizeiapparat bilden die praktische Seite der Propagierung der „Gewaltlosigkeit". Eine Vielzahl von Gesetzen sichert das Gewalt-Monopol des Staates ab und erklärt jede Gewalt durch Teile des Volkes für strafbar. Die Polizei verkörpert die Bereitschaft des Staates, die dem Volk verordnete „Gewaltlosigkeit" mit gewalttätigem Zwang praktisch durchzusetzen. **Dieser Funktion entsprechend operiert die Polizei in Ausübung staatlicher Gewalt außerhalb des allgemeinen Rechts:** Polizisten dürfen „im Einsatz" Demonstranten Arme oder Beine brechen, ihnen den Schädel einschlagen, Hunde auf sie hetzen usw. In der gesamten Geschichte der BRD gibt es KEINEN FALL, wo ein Polizist wegen „im Einsatz" begangener Körperverletzungen bestraft wurde. Andererseits kennt die Geschichte der BRD keinen Fall, wo einem Bürger ein Notwehrrecht gegen Polizei-Gewalttätigkeit zugebilligt wurde. Wer einen Polizisten schlägt, muß sogar damit rechnen, nicht nur wegen Körperverletzung, sondern gleich wegen Mordversuch angeklagt und verurteilt zu werden.

**Daß die Herrschenden die „Gewaltlosigkeit" nicht etwa aus einer pazifistischen Grundeinstellung her-**

klagt und verurteilt zu werden.
Daß die Herrschenden die „Gewaltlosigkeit" nicht etwa aus einer

**pazifistischen Grundeinstellung heraus predigen, liegt auf der Hand. Daß sie die Gewalt angeblich so sehr verabscheuen, hindert sie nicht daran, uniformierte Schlägerbanden sogar auf völlig „friedliche" Demonstranten anzusetzen. Es hindert sie auch nicht daran, die BRD zu einer der größten Abschußrampen für atomare Massenmord-Waffen zu machen und mit nach der Neutronenbombe zu liebäugeln, deren schönster Vorzug bekanntlich darin besteht, NUR Menschen abzuschlachten, aber Gebäude usw. unversehrt zu lassen.**

## Kirche

**Die Kirche ist traditionell eine zentrale Propagandistin der „Gewaltlosigkeit" – sofern es sich um Gewalt gegen die Herrschenden handelt.** Vorbild dafür ist Martin Luther, der während der Bauernkriege (Anfang des 16. Jh.) seinen Abscheu vor den Gewalttaten der aufständischen Bauern mit herzhaften Aufforderungen an die Herrschenden verband, die Bauern abzustechen, zusammenzuhauen usw.

Anläßlich der Brokdorf-Demonstration vom 28.2.81 publizierte die Kirchenleitung der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche einen Aufruf, der durch sämtliche etablierte Medien unter die Leute gebracht wurde. In diesem Text heißt es: „Gewalttätigkeit ist durch nichts zu rechtfertigen!" Den „friedlichen" AKW-Gegnern wird zugerufen: „ ... *Trennen Sie sich entschieden von denen, die Gewalt planen und durchführen! ... Und überlegen Sie genau, ob Sie tatsächlich nach Brokdorf gehen müssen! Die Gefahr der Unterwanderung und Umfunktionierung ist zu groß! Keine Gewalt bei Demonstrationen!" „In unserer Gesellschaft"* sollten *„Konflikte und Meinungsstreit vernünftig und ohne Gefährdung von Leib und Leben ausgetragen werden können".*

Außerhalb dieses Aufrufs ließ die Kirchenleitung Nordelbien verlauten, angesichts *„chaotischer Entwicklungen"* der letzten Zeit müsse wieder an den Wert und Sinn staatlicher Ordnung erinnert werden. Es sei der *„legitime Auftrag staatlicher Organe, für Gerechtigkeit einzutreten und das Wohl aller Bürger zu schützen"* („Welt", 17.2.81). Ganz konkret ging es dabei um das „Eintreten" für den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf und um den „Schutz" der Geschäftsinteressen der Atomindustrie.

Auch der Kirche geht es nicht um prinzipiellen Pazifismus. Zitate lassen sich in der Bibel für alles Mögliche finden – zur Rechtfertigung revolutionärer Gewalt ebenso wie zur Absegnung staatlichen Terrors. Wenn die Kirche wirklich gegen Gewalt „an sich" wäre, müßte sie sich vor allem in einem pausenlosen Sturmlauf gegen die Bundeswehr und gegen die Stationierung atomarer Massenmord-Waffen in der BRD befinden. **Stattdessen liefert die Kirche wie eh und je den geistlichen Segen für kommende Kriege und ideologische Legitimationen zu deren Rechtfertigung aus theologischer Sicht.**

Das rein taktische Verhältnis der Kirchen zur politischen Gewalt dokumentiert sich mit schamloser Offenheit in einer Stellungnahme der katholischen ‚Deutschen Bischofskonferenz'. Einerseits wird dort aufgerufen, **„den Geist der Besonnenheit und Liebe gegen die Ausflucht in gefährliche Utopien und blinde Gewalttätigkeit"** zu setzen. Andererseits wird festgehalten, daß die Predigten der Bibel zur Gewaltlosigkeit sich nicht auf die Gewalt „unseres" Staates beziehen: *„Von einer absoluten Unvereinbarkeit zwischen Christsein und dem Dienst als Soldat kann nicht die Rede sein".* Der „christliche" Staat sei nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, sich militärisch zu *„verteidigen".* Dabei brauche der Staat die *„Unterstützung des Volkes"* und die „Bereitschaft des einzelnen zum Wehrdienst" (zitiert nach „Welt", 14.3.81). Steinwürfe gegen die Fenster einer Bank sind unchristlich. Millionenfacher atomarer Massenmord ist Gott wohlgefällig. Amen!

## Jusos/SPD-Linke

Die Jusos und andere Sozialdemokraten (z.B. in der BBU-Spitze) sind das wichtigste und wirkungsvollste Instrument der Herrschenden zur Spaltung und ‚Befriedung' des Protestpo-

ten (z.B. in der BBU-Spitze) sind das wichtigste und wirkungsvollste Instrument der Herrschenden zur Spaltung und ‚Befriedung' des Protestpo-

tentials. Symbolisch hierfür steht der Name Itzehoe, d.h. die Spaltung der Brokdorf-Demonstration am 19.2.77 durch Jusos, BBU (und DKP).

Zweck der SPD-Linken ist nicht nur die Spaltung zwischen „Friedlichen" und „Gewaltätigen" („Trennung von Spreu und Weizen"), sondern auch die Präsentation der SPD als „legitime Vertreterin" des Protestpotentials. Daß fast alles, wogegen sich heute Proteste richten, in hohem Maß von der SPD-Regierungspolitik mitzuverantworten ist, spielt dabei keine Rolle.

Daß sich Jusos und SPD-Linke unter allen Umständen schärfstens von Gewalt gegen den Staat distanzieren, während sie andererseits Polizeigewalt schon mal als „maßvoll und flexibel" würdigen, ist ohnehin klar. Das allein reicht aber zur Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben nicht aus: **Außer massiver Diffamierung der „Gewalttätigen" wird von ihnen auch direkter, unter Umständen auch handgreiflicher Einsatz gegen die „Gewalttätigen"** erwartet. Der ideologischen Vorbereitung solcher direkten Einsätze dient das von der DKP kopierte Schema, Gewalt diene nur dem Staat, werde deshalb von diesem provoziert, „also" seien die „Gewalttätigen" eigentlich Provokateure. Bis zum Ruf nach Maßnahmen gegen die „Provokateure" (einschließlich dem Ruf nach Polizeimaßnahmen!) ist dann erfahrungsgemäß nur noch ein winziger Schritt.

Beispielhaft für diese Methode ist die von Herrn Leinen (BBU-Vorstand) erstmals erfundene und dann von den Jusos übernommene Legenden-Bildung nach der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. dieses Jahres: *„Leinen warf der Polizei ... vor, daß sie zwar einen friedlichen Demonstrationszug ‚genauenstens gefilzt und überprüft' habe, einen ‚anderen Konvoi' jedoch ungeprüft habe durchfahren lassen. Erst dadurch hätten ‚Gegenstände herangeschafft werden' können, die ‚nachher auch zu Auseinandersetzungen dienten"* (zit nach „Hamb. Abendblatt", 3.3. 81). Indirekt enthält dieser Vorwurf Leinens schon die Aufforderung an die Polizei, künftig im „Vorfeld" generell noch stärker zu kontrollieren und sich dabei besonders die mutmaßlichen „Gewalttätigen" vorzunehmen.

Andere bauten Leinens Idee weiter aus. Roland Vogt von den Grünen warf – angeblich im Namen seiner Partei – der Polizei *„eine teuflische Einsatzstrategie"* vor: Sie habe nämlich *„eine erkennbar zur Gewalt entschlossene und ausgerüstete Kleingruppe zum Bauplatz durchgelassen".* Den „Gewalttätigen" warf Vogt vor, sie seien *„auf diese Strategie ... reingefallen und damit zum Erfüllungsgehilfen einer Rufmordkampagne geworden, die der gesamten Bürgerinitiativenbewegung schaden könne".* (Erklärung von Roland Vogt für die Presse). Wäre es nach Herrn Vogt gegangen, hätte offenbar die Polizei den Marsch der „erkennbar" (woran?!) „zur Gewalt Entschlossenen" zum Bauplatz verhindern müssen. Daß dies der Polizei gewaltlos (vielleicht blümchenschwenkend?!) möglich gewesen wäre, wird auch Herr Vogt nicht ernsthaft behaupten wollen. Die Gremien der Grünen Partei wären gut beraten, wenn sie klarstellen würden, daß Herr Vogt seine (Polizei-)Gewaltphantasien nicht in ihrem Namen formuliert hat.

Noch schärfer als Leinen und Vogt beschwerten sich die Jusos: *„Schwerbewaffnete Gewalttäter"* hätten *„mitsamt LKW's ungehindert vordringen können". „Die Polizei habe diese Trupps per Hubschrauber ‚sicher bis in die Nähe des Bauplatzes' geleitet". „Die Krawallerie-Darsteller mußten erst bis zur Bühne marschieren, damit dort dann die ‚Schlacht um Brokdorf' in Szene gesetzt und auf Film gebannt werden konnte"* (zit. nach „Welt", 7.3. und „UZ", 10.3.81).

Zugleich mit solchen Äußerungen nimmt die Neigung dieser Pseudo-„Gewaltlosen" zur Gewaltanwendung – gegen die „gewalttätigen" Teile der Bewegung – zu. Herr Leinen kündigte schon vor der Brokdorf-Demonstration vom 28.2. an, *„die große Zahl der friedlichen Demonstranten"* werde *„potentielle Gewalttäter in Schranken halten"* (zit. nach „Welt", 25.2.81). Herr Vogt sagte es noch deutlicher: *„Falls nötig, wird die überwiegende Mehrheit der gewaltlosen Demonstranten die anderen in Schach halten und entwaffnen"* (zit. nach „Bild", 24.2. 81). Daß beide damit den Mund al-

der gewaltlosen Demonstranten die anderen in Schach halten und entwaffnen" (zit. nach „Bild", 24.2. 81). Daß beide damit den Mund al-

lzu voll genommen hatten, ändert nichts an der dahinter stehenden Geisteshaltung und Gewaltbereitschaft. Daß sich „Gewalttätige" widerstandlos „in Schach halten und entwaffen" lassen würden, ist höchst unwahrscheinlich. Dies müßte vielmehr – im Namen der Gewaltlosigkeit – mit reichlich viel Gewaltanwendung erzwungen werden. Eine Massenschlägerei unter den Demonstranten wäre die Folge. Die Bereitschaft, das in Kauf zu nehmen, macht die bekundete Gewaltlosigkeit der Herren Vogt und Leinen absolut unglaubwürdig.

Und warum kommen sie nicht auf den doch viel näher liegenden Gedanken, erst einmal zur Entwaffnung der Polizei (durch die „gewaltlosen Demonstranten") aufzurufen? Ist es nicht eine Tatsache, daß von der Polizei viel mehr menschenverletzende Gewalt ausgeht als von den „gewalttätigen" Demonstranten? Wenn man Gewalttätigkeiten ernsthaft verhindern will, sollte man wirklich beim Widerstand gegen die Polizeigewalt beginnen. Das wird man freilich allein mit Blumen kaum schaffen. Am 28.2. sind bei Brokdorf zwei Polizisten durch „Gewaltlose" handgreiflich aus der Hand anderer Demonstranten befreit und in Sicherheit gebracht worden. Wer das im Namen des Respekts vor Leben und Gesundheit für richtig hält, muß sich aber auch fragen lassen, ob er ebenso dazu bereit wäre, Demonstranten aus der Hand der Polizei zu befreien. Dergleichen hat man seitens der „Friedlichen" bisher nicht vernommen. Es würde ja auch offensichtlich die gesamte Ideologie der Gewaltlosigkeit ad absurdum führen.

## DKP

**„Diejenigen, die bisher allein in der gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei das absolute Heil sahen, beginnen sich von den plündernden und randalierenden Schädlingen zu distanzieren, sie aus der Bewegung herauszudrängen"** (DKP-Tageszeitung „UZ", 13.2.81).

Zu den Kräften, die permanent bemüht sind, sämtliche Protestaktionen in „friedlichen" Formen zu halten, gehört mit besonderem Engagement auch die DKP. Gewalttätigkeiten, so behauptet die DKP jedesmal, *„dienen im Endeffekt nur den reaktionären Kräften in unserem Lande, die nach willkommenen Anlässen für den weiteren Abbau demokratischer Rechte suchen"* („UZ", 20.6.80). Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, daß gewalttätige Aktionsformen den Herrschenden nicht bloß nutzen, sondern direkt von ihnen durch Agenten und Provokateure in Szene gesetzt werden. Dieses Argumentations-Schema der DKP wurde inzwischen auch von den Jusos übernommen (z.B. nach der Demonstration gegen die Rekrutenvereidigung in Bremen 1980). So wird es möglich, alle politischen Gruppen, die sich nicht an die verordnete „Gewaltlosigkeit" halten, als Provokateure zu diffamieren.

Daß die DKP so nicht aus Pazifismus handelt, bedarf keiner großen Beweisführung, sondern ist allgemein bekannt. Keine andere linke Gruppe praktiziert so massiv wie die DKP Gewalt gegen andere Linke, beispielsweise gegen Flugblattverteiler oder Zeitungsverkäufer „konkurrierender" Gruppen am Rande von DKP-Veranstaltungen. Bekannt ist auch, daß die DKP gegen Gewalt überhaupt nichts einzuwenden hat, sondern sie sogar ausdrücklich begrüßt, wenn sie durch sowjetische Panzer und Soldaten ausgeübt wird.

Mit ihrer Diffamierung von „Provokateuren", „plündernden und randalierenden Schädlingen" usw. hat die DKP bisher Bündnis-Politik in Richtung Jusos, SPD-Linke und Gewerkschaften gemacht. Seit die DKP seit kurzem auch lockende Bündnis- und Rekrutierungsmöglichkeiten bei ‚Alternativen', Hausbesetzer-Szene usw. sieht, sind mitunter auch andere Töne zu hören: Teilweise verzichtet die DKP auf Abgrenzung von Gewalttätigkeiten oder haut sogar selbst einmal wortradikal „auf die Kacke". Exakt denselben Taktizismus hat die KPD/DKP vor 11 - 13 Jahren gegenüber der APO betrieben. Ein ernsthafter, dauerhafter Sinneswandel der „einzigen Partei der Arbeiterklasse" ist daraus nicht abzulesen.

## Einige Schlußfolgerungen

Einige Schlußfolgerungen

Staat, Parteien und Medien wollen in den allernächsten Monaten die 1980 begonnene Welle einer neuen Jugendrevolte zerschlagen. Da die Herrschenden nichts an Reformen und Zugeständnissen zur Abschwächung der Widersprüche anzubieten haben und da die Welle von Kämpfen auch nicht durch bloßes Abwarten zu Ende gehen wird, muß die beabsichtigte Zerschlagung der neuen Revolte ein hohes Maß an Polizei-Gewalt und juristischem Terror (Verhaftungen, drastische Urteile) beinhalten. Daß breite Solidarisierungen (wie nach den Nürnberger Massenverhaftungen) zumindest zeitweise durch die Staatsgewalt produziert werden, wird dabei als unvermeidliches Übel in Kauf genommen.

Ob den Herrschenden die Zerschlagung der Revolte in den nächsten Monaten gelingt, hängt in sehr hohem Maß, wahrscheinlich sogar entscheidend davon ab, ob die Spaltung der Bewegung in „Friedliche" und „Gewalttätige" gelingt. Ziel der Polizei-Taktik ist es, von Mal zu Mal einen immer kleiner werdenden „harten Kern" herauszufiltern, und auf der anderen Seite das Spektrum der sich noch Solidarisierenden immer schmaler werden zu lassen. Dabei kommen auf die pseudo-„gewaltlosen" Unterstützer des staatlichen Gewaltmonopols, vor allem die Jusos und die SPD-Linke, große Aufgaben zu. Die „Gewaltfrage" wird in den Diskussionen der Linken (im weitesten Sinne) in den nächsten Monaten eine zentrale Rolle spielen. Dabei wird es darauf ankommen, bei allen gebotenen bündnispolitischen Höflichkeiten und Rücksichtnahmen, die Motive zu hinterfragen und deutlich zu machen, aus denen sich ein erheblicher Teil der „Gewaltlosigkeits"propaganda speist. Soweit Befürworter der „Gewaltlosigkeit" nicht mit gleichem Engagement auch jede staatliche Gewaltanwendung bekämpfen oder soweit sie sogar Unterstützung für das staatliche Gewaltmonopol leisten, müssen sie als absolut unglaubwürdig gekennzeichnet werden. Wirkliche, überzeugte Befürworter des gewaltlosen Widerstands sollten sich von diesen fragwürdigen Bundesgenossen klar abgrenzen.

# Startbahn West: Die »Denkpause« ist vorbei

**Wie erwartet hat die hessische Landesregierung am 25.2. erneut ihre Entschlossenheit zum Bau der Startbahn 18 West auf dem Frankfurter Flughafen bekräftigt. In einer Regierungserklärung zur abschließenden Bewertung der Ergebnisse des Landtagshearings erklärte Ministerpräsident Börner: „Der Bau der Startbahn West ist unvermeidbar. Ich sage dies auch für die Bundesregierung und den Magistrat der Stadt Frankfurt". Schon vor Börners Stellungnahme hatten alle drei im Landtag vertretenen Fraktionen dasselbe erklärt. Interessanterweise sprach sich die SPD-Fraktion o h n e Gegenstimme und bei nur sechs Enthaltungen für die Flughafenerweiterung aus. Vor einem Vierteljahr hatten von 50 Abgeordneten der SPD ganze fünf gegen die Startbahn gestimmt. Das Hearing hat an den Mehrheitsverhältnissen demnach so gut wie nichts verändert. Es war ein alles in allem sehr schwach inszeniertes Spektakel, in dem die SPD dem Bürger vorspielen wollte, daß seine Proteste „ernstgenommen" werden, um zu dem Schluß zu kommen, daß aber doch „überzeugende Argumente" von den „Fachleuten" für die Startbahn vorgebracht worden seien. Doch ein Theaterstück, bei dem man, wenn der Vorhang aufgeht, bereits das Ende kennt und das auch sonst keinerlei Überraschungen bietet, bringt den Schauspielern wenig Beifall ein.**

**Nach der „Denkpause" der Politiker haben nun die betroffenen Menschen in der Umgebung des Flughafens am 22. März die Gelegenheit, ein viel originelleres Stück zu inszenieren: Eine Wählpause für SPD, FDP und CDU.**

Besonders peinlich ist es stets, wenn gerade diejenigen, die ihr „Ohr" so demonstrativ zum Wähler hin gekehrt hatten, dann die Hohlheit ihrer angeblich so nachdenklichen Köpfe offenbaren und der Landesregierung Beistand schwören. *„Die SPD Hessen-Süd, die Ministerpräsident Börner im vergangenen Herbst mit ihrem Parteitagsbeschluß gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens in Bedrängnis gebracht hat, gibt jetzt – zwei Wochen nach der Flughafen-Anhörung – ihren erbitterten* (ähem ... – Anm. AK) *Widerstand auf*" („Frankfurter Neue Presse", 17.2.). So einfach ist das. Wobei man sicher sein kann, daß die Herren Sozialdemokraten von Hessen-Süd bei der nächsten massenhaften Auseinandersetzung im Stadtwald geschwind wieder herbeilaufen werden, da man „die Jugendlichen nicht allein lassen" dürfe und natürlich auch, um dafür zu sorgen, daß alles hübsch „gewaltfrei" und zahnlos bleibt.

Um sich von der knallharten Börner/Karry-Linie ein bißchen abzusetzen, koppelte der Bezirksvorstand der SPD Hessen-Süd seine Zustimmung zum Startbahnbau mit der Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung und nach einer Stellungnahme von Bundesverkehrsminister Hauff. Diese kam auch prompt: Ein eindeutiges Ja zur Startbahn. Die Umweltverträglichkeitsprüfung, die auch vom DGB, der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung und den Naturschutzverbänden gefordert worden war, war in Börners Regierungserklärung nicht vorgesehen. Doch die südhessischen Sozialdemokraten fanden sich damit ab, verzichteten lieber gleich auf einen Protest und erst recht auf Konsequenzen. **Augenscheinlich ist der ökologische Flügel in der SPD doch sehr, sehr schwach.**

Mit einem dollen Ding wartete der SPD-Landrat des Kreises Groß-Gerau und Sprecher der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft, Willi Blodt, auf. Am Tag, als Börner seine Regierungserklärung abgab, erklärte er, *„daß die Ausbaugegner die Entscheidung der Landesregierug und der drei Landtagsfraktionen respektieren werden"* („FR", 26.2.). Seine Sorge gilt dem „Problem", daß ein Versuch zur Räumung des Hüttendorfes im gefährdeten Wald auf Widerstand stoßen könnte. *„Chaoten können wir nicht brauchen"*, erklärte Blodt, ganz im Sinne Börners, der seine Regierungserklärung mit den zynischen Worten schloß: *‚Die Betroffenen bitte ich, es sich ganauso schwer zu machen und beim friedlichen Protest ... zu bleiben. Mehr wollen wir nicht verlangen"*. Wäre es da nicht sinnvoll, einmal darüber nachzudenken, warum das hehre Prinzip der Gewaltlosigkeit, das von der Mehrheit der Startbahngegner immer noch als optimale und effektivste Kampfform vergöttert wird, dem Regierungschef gleichzeitig als beste Bedingung erscheint, den Startbahnbau endlich zu vollziehen? Irgendjemand muß da doch irren ...

### Bund für Umwelt und Naturschutz für Volksbegehren und Volksentscheid

Während linke Gruppen wie DKP und KBW sich der Forderung nach einem Umweltverträglichkeitsgutachten anschlossen, in der trügerischen Hoffnung, auf diesem Weg mit dem DGB Hessen ins Geschäft zu kommen und ihre eigene Hilflosigkeit mit allerlei Schnickschnacks zu übertünchen suchen (KBW: „wertvolle Zeit gewinnen"), haben die bisher relativ wenigen Befürworter der Einleitung eines Volksbegehrens einen wichtigen Verbündeten erhalten. Der Landesvorstand des Bund für Umwelt und Naturschutz Hessen hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt, und auch bei anderen Naturschutzverbänden nimmt die Zustimmung für diesen Gedanken zu. Bedenken gibt es verständlicherweise bei den sozialdemokratischen Startbahngegnern, die eine neue Zerreißprobe auf ihre Partei zukommen sehen. Aber auch bei antiparlamentarischen Linken überwiegt bisher Skepsis. Hier werde wieder ein „parlamentarischer Weg" eingeschlagen. Das Volksbegehren sei ein „Kräfteverschleiß", der zudem vom praktischen Widerstand (Hüttendorf) „ablenken" würde. Man hätte sich gewünscht, daß diese antiinstitutionelle Skepsis anläßlich der Landtagsanhörung, die ja wirklich ein rein parlamentarisches Theater ohne reale Einwirkungsmöglichkeiten war, stärker vorgebracht worden wäre. Im übrigen kann die Anwendung dieses Mittels nicht allgemein und jenseits der konkreten Bedingungen diskutiert werden. Tatsächlich könnte auf diese Weise das parlamentarische Hanswurst-Spiel in Wiesbaden durch ein Element direkter Demokratie gestoppt werden. Die Startbahngegner hätten eine Möglichkeit, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen und zu demonstrieren, daß sie sich nicht einschüchtern lassen und über eine breite Basis in der Bevölkerung verfügen. Richtig ist hingegen, daß ein ausschließliches Vertrauen auf dieses Mittel, ohne sich gleichzeitig auf einen entschiedenen Widerstand im Wald vorzubereiten, nicht ausreicht, um den Bau der Startbahn zu verhindern.

**KB/Gruppe Frankfurt**

### Also doch: FAG will neues Terminal

**Von Anfang an hatten die Startbahngegner darauf hingewiesen, daß die Flughafenerweiterung sich nicht auf den Bau einer zusätzlichen Startbahn beschränken würde, daß die „18 West" früher oder später auch als Landebahn genutzt werden solle, daß eine weitere, vierte Piste und ein weiteres Terminal geplant seien. All das hatte die Flughafen AG (FAG) stets als Verleumdung, Angstmache usw. bezeichnet. Doch kaum war das Hearing zu Ende und die Entscheidungen gefallen (wie die FAG in rührender Einfalt glaubt), ließen die Flughafenbetreiber andere Töne vernehmen. Der Frankfurter Flughafen soll *„bis 1995 möglicherweise ein neues Flughafen-Terminal im Ostteil des Flughafengeländes erhalten"* (FR 9.3.). Auch in dieser Hinsicht wurde also nach Kräften gelogen und betrogen.**

## »Zukunft den Kindern — Startbahn verhindern!« 1.000 Frauen demonstrieren gegen die Startbahn West

Weit über 1000 Frauen und viele, viele Kinder beteiligten sich aus Anlaß des internationalen Frauentags in Mörfelden-Walldorf an einer Demonstration gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Hinter dem großen Transparent „Zukunft den Kindern — Startbahn verhindern" wurden eine Vielzahl von weiteren Plakaten und Transparenten gegen die geplante Umweltzerstörung getragen. Der Lautsprecherwagen rief die „Frauen, Arbeiter, Freunde, Genossen und Kumpel" auf, an der Kundgebung teilzunehmen.

Frauen erklärten dann abschließend auf der Kundgebung: *„Wir lassen nicht zu, daß unsere Kinder dazu verdammt werden, in unserer Heimat, die wir von unseren Vorfahren übernommen haben, kaum noch atmen können. Wir Frauen ergreifen Partei. Das Recht ist auf unserer Seite. Auch wenn die Gerichte anders entschieden haben. Wir sind empört, wie die Sorge der arbeitenden Menschen um die Arbeitsplätze ausgenutzt werden, um Umweltverbrechen größten Ausmaßes zu rechtfertigen"*.

Nachdem eine Ärztin aus Mörfelden auf die gesundheitlichen Gefahren eines Baus der Startbahn eingegangen war, beendete die letzte Sprecherin, Wilma Treber, die Kundgebung. Sie erinnerte daran, daß Frauen bisher in diesem Kampf ganz vorne standen und den Widerstand vor Ort mitorganisierten: *„Noch ist unser Kampf nicht zu Ende. Wir haben unser Ziel, der Vernichtung unseres Lebensraumes ein Ende zu setzen, noch nicht erreicht."* Um der Kinder Willen dürfe aber nicht resigniert werden.

Zum Schluß sangen die Frauen und Kinder: „Sag mir, wo die Bäume sind, wo sind sie geblieben?" (alle Angaben nach „FR", 10.3.81).

**KB-Frankfurt**

# Großflughafen München II: Da kann man nur schwarz sehen...

Nach einigen Kapriolen um eine Äußerung des Bundesverkehrsministers Hauff, der geplante Großflughafen München II solle nur *„im wirklich erforderlichen und vertretbaren Umfang"* gebaut werden, geht in der bayrischen Metropole wieder alles seinen gewohnten Gang. Der Brief Hauff's an München's Oberbürgermeister Erich Kiesl vom 11.12.80 war Anlaß für einen Sturm der Entrüstung von seiten der Befürworter, während er andererseits bei Flughafengegnern Hoffnung geweckt hatte, das Mammutprojekt ließe sich doch noch verhindern.

### Bayern will keinen Flughafen-Torso

Verschiedene CSU-Politiker protestierten gegen die Stellungnahme Hauffs und äußerten die Vermutung, er wolle nur seinem Parteifreund Holger Börner in Hessen in der Auseinandersetzung um die Startbahn West den Rücken stärken, indem er die Bedeutung Frankfurts als einzig notwendigen Interkontinentalflughafen hervorkehre.

Doch Bayern will keinen „Flughafen-Torso". Das stellte der bayrische Finanzminister und Aufsichtsratvorsitzende der Flughafen München Gesellschaft, Max Streibl, klar. Und auch die Deutsche Lufthansa AG, die an der Planung bundesdeutscher Flughäfen maßgeblich beteiligt ist, läßt durch ihren Vorstandsvorsitzenden Culmann erklären: *„München II ist für die Lufthansa unverzichtbar."*

### Einsparungen am „schmückenden Beiwerk"

Das Mammut-Projekt im Erdinger Moos soll nach neuesten Schätzungen 3,2 Milliarden Mark verschlingen; das sind 30 % mehr, als ursprünglich veranschlagt. Angesichts dessen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn aus Bonn die Anfrage kommt, *„ob einzelne Bauabschnitte des Flughafenbaus zurückgestellt werden könnten"* („Münchner Merkur", 14.1.). Selbstverständlich hält das Bundesverkehrsministerium an der Planung des Großflughafens fest, der einmal doppelt so groß wie der Frankfurter werden soll. Doch sollen zunächst einmal 200 Millionen Mark gestrichen werden, indem einzelne Bauabschnitte, wie z. B. Zuwege zu den Frachtgebäuden, ein Teil der überdimensionalen Verwaltungs- und Abfertigungsgebäude und die kleinste der geplanten Starbahnen, die eh nur für Privatflugzeuge vorgesehen war, wegfallen. Außerdem wurde in letzter Zeit vermieden, das Monsterwort „Großflughafen München II" in der Öffentlichkeit zu benutzen. Es ist jetzt nur mehr von einem *„vollen und vernünftigen Ersatz für Riem"* die Rede („Welt", 27.12.). Damit soll den Flughafengegnern der Wind aus den Segeln genommen werden, die, bestärkt durch die Äußerungen Hauff's, u.a. auch damit argumentieren, daß die Planung als Ersatz für München-Riem um einige Nummern zu groß sei.

### Die Prozeß-Farce wird fortgeführt

Der Prozeß vor der 17. Kammer des Münchner Verwaltungsgerichts, das im Oktober vergangenen Jahres den sofortigen Baubeginn genehmigt hatte, geht unterdessen in die 3. Verhandlungsrunde. Derzeit wird geprüft, ob die Mitwirkung des bayrischen Wirtschaftsministers und FMG-Aufsichtsrats Jaumann an der Flughafenplanung ein Grund zur Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses sein kann. Außerdem wurde wieder mal über die zu erwartende Lärmbelästigung diskutiert, obwohl diese Frage erklärtermaßen keinerlei Konsequenzen für die derzeitigen Baumaßnahmen haben wird, egal was dabei rauskommt.

Die Absenkung des Grundwassers hat indessen im Erdinger Moos Hunderte von Fischen das Leben gekostet, die der FMG als Beweis für die Zerstörung der Natur von der Freisinger BI zugeschickt wurden.

### Protest wird ignoriert

Ende letzten Jahres hatten sich 70.000 Jugendliche der evangelischen Jugend in Bayern dem Protest gegen den Flughafen angeschlossen; auch auf der Landessynode der evangelischen Kirche sprach man sich gegen die Zerstörung der Umwelt durch den Großflughafen aus. Doch außer den oben erwähnten rein taktischen Wortspielereien und den vorläufigen Streichungen, die wohl eher ein Zugeständnis an die Finanzplaner als an die Flughafengegner bedeuten, konnte der breite Protest die Verantwortlichen bisher nicht sonderlich erschüttern.

Das ist Politik „made in Bavaria". Da kann man nur s c h w a r z sehen!



# Leserbrief

*Liebe Genossinnen und Genossen! (...) Leider ist Euch (...) im AK 195 eine Gemeinheit unterlaufen, die einem den AK-Verkauf schon verleiden könnte ... Im Artikel: „Atomkraft – niemals! Heute nicht und auch nicht im Sozialismus!" (Seite 11ff) steht (fettgedruckter Einleitungsabschnitt), daß Jens Scheer „Bewunderer" von Kernkraftwerken in der VR China sei.*

*Da Jens und ich befreundet sind, weiß ich aus seinem Munde, daß das Gegenteil der Fall ist. Jens ist prinzipiell gegen KKW's hier und anderswo, auch in der VR China, und er hat weder öffentlich noch privat je etwas anderes behauptet. Der „Teil der AKW-Nein-Kommission", der diesen Artikel verzapft hat, hätte ja wenigstens mal bei Jens anfragen können, bevor er ihn mit der D„K"P und ihrer sozialistischen Kernspaltung in einen Topf wirft. Daß Ihr Differenzen zu vielen Positionen, die Jens vertritt, habt, akzeptiere ich. Gerade im Bereich VR China stehe auch ich Euren Positionen näher, als denen, die heute noch von einigen Teilen der 99er vertreten werden, aber ich finde es gemein und hinterhältig einen AKW-Gegner wie Jens, an dessen Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit niemand zweifeln kann, der weiß, wieviel die Anti-AKW-Bewegung ihm verdankt, so zu verleumden, weil's vielleicht gerade ins politische Konzept paßt. (...)*

*Ein Freund aus Münster*

Antwort des „Teils" der Anti-AKW-Kommission:

Lieber Freund aus Münster,
wir hatten keineswegs im Sinn, Jens Scheer seine AKW-Gegnerschaft abzusprechen, auch er spricht sich prinzipiell gegen die Nutzung der Atomkraft heute und in absehbarer Zukunft unter welchem politischen und gesellschaftlichen System auch immer aus. Unsere Bemerkung im Vorspann (*„Da sowohl AKW's im 'realen Sozialismus' als auch in der VR China und in Ländern der dritten Welt ihre Bewunderer auch in den Reihen der Linken haben (DKP, Jens Scheer) ..."*) bezog sich in puncto Jens Scheer mehr auf seine Haltung zum Export von AKWs in Länder der dritten Welt (wie es weiter hinten im Artikel ausgeführt wird), die wir als im Gegensatz zu seinen sonstigen Aussagen zu AKWs stehend sehen. Seine prinzipielle Gegnerschaft zu AKWs müßte unseres Erachtens zu anderen Schlußfolgerungen in diesem Punkt führen. Das Wort „Bewunderer" mag vor diesem Hintergrund wohl noch als polemische Überspitzung durchgehen.

# Kommunalwahlen in Hessen grün? nein! – alternativ? ja!

**Am 22. März sind in Hessen Kommunalwahlen. Was den „Trend" angeht, sind sie entschieden, bevor die Bürger zur Urne gegangen sind. Vor vier Jahren mußte die „Filz"-SPD erdrutschartige Verluste hinnehmen, die CDU errang in vielen Gemeinden schlagartig die absolute Mehrheit – freilich nicht aufgrund eines immensen Stimmenzuwachses, sondern weil SPD-Wähler massenhaft zu Hause geblieben waren. Diesen Vorsprung wird die CDU kaum halten können; die SPD müßte eigentlich in der Lage sein, Boden wettzumachen, ohne allerdings ihre alte Vormachtposition wieder erringen zu können. An den politischen Verhältnissen ändert dies nichts. Die FDP nämlich wird der CDU dort zur erforderlichen Regierungsfähigkeit verhelfen, wo sie's allein nicht mehr bringt. Diesen Lauf der Dinge nachhaltig zu stören und durcheinander zu bringen, wäre eigentlich eine Chance grün-bunt-alternativer Wahllisten gewesen, deren Stärke ja gerade die kommunale Ebene ist. Es ist das traurige Verdienst der Partei Die Grünen, daß dies in wesentlichen Städten nicht möglich sein wird.**

In Frankfurt, Kassel, Marburg und anderswo schafften es Die Grünen, sich „endlich" von den Linken, der BI-, Frauen- und alternativen Szene abzukoppeln und von dem ganzen „basisdemokratischen Gehabe" wirklich unabhängig zu werden. Diese Entwicklung ist kein Zufall. Sie ist logische Konsequenz des tiefverwurzelten Kleinbürgerwunsches, mit dem „rechts-links-Schema" Schluß zu machen, die sog. „Wertkonservativen" mehr zu schätzen als die realen Probleme der Bevölkerung wie auch die stattfindenden Massenbewegungen und zu einer seriösen, bürgerlich anerkannten Institution zu werden.

Was die Auseinandersetzungen um grüne oder alternative Kandidaturen bereits zeigten, das hält der grüne Wahlkampf nun „konsequent" durch. In Brokdorf findet eine der größten, wenn nicht die größte Umweltschutz-Demonstration der BRD statt – wo sind die Grünen? Sie stellen eine der Presse bekannte Person (R. Vogt) „ab", wie man so schön sagt, die „Erklärungen" von sich gibt. Ansonsten Fehlanzeige. Wie überall in der BRD finden auch in Hessen Hausbesetzungen, Ausdruck der Jugendrevolte, statt. Die Grünen haben dazu – außer Programmstatements – nichts zu sagen, geschweige denn, daß man sie „vor Ort" einmal zu sehen bekommt. Die Reaktion schreit nach einer Einschränkung des Demonstrationsrechts, nach neuen Waffen für die Polizei, Schußwaffengebrauch und Verhaftungen. Die Grünen scheinen das noch gar nicht bemerkt zu haben. Im Demonstrationsschauplatz Frankfurt wird eine Demonstration nach der anderen verboten – seien es die Frauen am 8. März oder jetzt die Gegner der türkischen Militärjunta. Aktion der Grünen? Aber nicht doch! „Verschlafen" wäre ein falscher Begriff. Es interessiert sie nicht. Es sind nicht i h r e Probleme. Sie bemühen sich um „andere Wählerschichten".

Ein Hoimar v. Ditfurth referiert auf einer grünen Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt vor wohlanständigem Publikum über „Naturwissenschaft und Religion". Ein Rudolf Bahro predigt uns, daß nicht das Kapital, sondern „wir alle" Verantwortung für die Kriegsgefahr trügen. Und schon gar nicht kämen die Arbeiter als (relevante) Opposition in Betracht. So seltsam es ist: die Linke prügelt die SPD für ihre Feigheit, ihren Opportunismus und ihre Weigerung, etwas für die Unterdrückten und Diskriminierten zu tun. Daß die Grünen auch noch da sind und n i c h t s a n d e r e s tun, davon nimmt man nicht einmal Notiz.

Gesetzt den Fall, die Grünen stünden an der Schwelle zu 5 % (was mit Ausnahme von Marburg nicht der Fall ist): Wäre es dann nicht vernünftig, sie zu wählen, um die Mehrheitsbildungen in den Kommunalparlamenten zu erschweren und den Apparat „zum Tanzen zu bringen"? Ich glaube nicht, daß der beschauliche Foxtrott oder auch Wiener Walzer, den grüne Parlamentarier vom Schlage der BUS (Fraktion Basisdemokratischer Undogmatischer Sozialisten) oder Schlimmerer dort aufführen würden, den Linken und/oder der Basisbewegung irgendeinen Nutzen bringen würde. Noch weniger ist einzusehen, weshalb ein deutlich unter 5 % liegendes Ergebnis der Grünen von den Linken aufpoliert und mit stärkerem Gewicht versehen werden sollte. **Deshalb gibt es von keiner einzigen KB-Gruppe in Hessen eine Wahlempfehlung für eine Parteikandidatur der Grünen.**

**Unsere Hoffnungen liegen dagegen bei den basisdemokratischen Wahlbündnissen in Wiesbaden, Hanau, Bensheim, Kelsterbach u.a. Sie haben das Glück, daß der spalterische Arm der grünen Chefs nicht bis in ihre Orte hineinreicht bzw. daß die ansässigen Grünen im Gegensatz zur Linie ihres Landesverbands kooperationsbereit sind.**

Eine besondere Situation ergibt sich im Landkreis Groß-Gerau, d.h. in denjenigen Kommunen, die sich gegen den Bau der Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen wehren. Hier hat die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung etwas zaghaft dazu aufgerufen, für den Kreistag den etablierten Parteien SPD, FDP und CDU die Stimme zu verweigern.

Wir meinen, daß diese Aussage auf die einzelnen örtlichen Gemeindevertretungen ausgedehnt werden müßte.

Schließlich gibt es in Hessen personell sehr aufwendige DKP-Kandidaturen (insgesamt bewerben sich über 1000 DKPler um Mandate!) sowie in einer Reihe von Orten vom KBW initiierte „Demokratische Bündnisse", die freilich meistens kaum mehr umfassen als den KBW und seine Sympathisanten. Beide Gruppen haben im Großen und Ganzen (wenngleich aus anderen Ursachen) ebensowenig Anteil an den Basisbewegungen wie Die Grünen (s.o.). Eine Ausnahme bildet lediglich die DKP in Mörfelden-Walldorf (Kampf gegen die Startbahn West), wo sie allerdings mit ihrer (gelegentlich rabiaten) „Gewaltfreiheits"-Linie sich kaum von sozialdemokratischen Startbahngegnern unterscheidet. Beide Gruppen haben ihre Erwartungen, was das Abschneiden betrifft, bereits erheblich heruntergeschraubt, oder aber sie werden bitterlich enttäuscht sein. Eine andere Funktion als die Nutzung des Wahlkampfes für die Propagierung der eigenen Organisation haben diese Kandidaturen nicht.

**KB Gruppe Frankfurt**

# Alternative Listen und Wahlbündnisse

Angesichts der enttäuschenden grünen Alleinkandidaturen v. a. in Frankfurt, Marburg, Kassel, Offenbach, Neu-Isenburg, aber auch angesichts der nicht viel besseren Abgrenzungspolitik der Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) gegen BIs und Linke sollte nicht übersehen werden, daß es vielerorts in Hessen hoffnungsvolle Listen gibt, die von der Vitalität und Anziehungskraft des grün-bunt-alternativen Gedankens zeugen. Entstanden aus örtlichen Initiativgruppen und z. T. aus langjährigen Kämpfen gegen Umweltzerstörung, Schließung von Jugendzentren, Frauen-Unterdrückung, Bürokratie und Selbstherrlichkeit der etablierten Parteien haben sie z. T. gute Aussichten, in die Kommunalparlamente einzuziehen. In AK 194 stellten wir davon vor:

- die **„Wiesbadener Liste" (WiLi)**, ein Personenbündnis aus Grünen, GLHlern, SBlern und Initiativlern
- die **„Grüne Alternative Liste" (GAL) Hanau** (Grüne, GLHler, KBWler)
- die **GLH (Grüne Liste Hessen) Bensheim**
- die **„Andere Liste"** in **Rödermark** (Jugendzentrumsleute und Ex-SPDler)
- das **Friedberger „Bündnis für Demokratie und Umweltschutz"**
- die **„Grüne Bürgerliste für Umweltschutz und Demokratie"** in **Mörfelden-Walldorf** (ehemalige Mitglieder von SPD, FDP und CDU; Mitglieder der Grünen und der BI gegen die Flughafenerweiterung)
- die **„Wählerinitiative Kelsterbach" (WIK)** aus Umwelt-BIs, Frauengruppe und Gewerkschaftern.

Diesen Überblick wollen wir hier ergänzen. Neben der WiLi, der wir die Daumen drücken, konstituierte sich in Wiesbaden eine „Weiberliste" mit neun „Spitzenkandidatinnen". Sie will den Wahlkampf als Forum nutzen, *„um aufzuzeigen, wie die Interessen von Frauen in der Wiesbadener Kommunalpolitik systematisch übergangen und unterdrückt werden"*. Um mehr als Wahlkampf geht es allerdings auch nicht: „ ... *im Fall, daß wir nicht die absolute Mehrheit errringen, ... ziehen wir gar nicht erst in diesen Männerclub im Rathaus ein!*" Weshalb sich die Weiberliste (im Unterschied zu den Schwulen) nicht in die WiLi eingebracht hat, ist uns unbekannt und auch unverständlich. Um den Reigen voll zu machen, kandidiert auch noch der KBW unter dem Namen **„Demokratisches Aktionsbündnis"** – ein ganz und gar unsinniges Unternehmen, das die Widersprüchlichkeit der Kursänderung im KBW („Offenheit", „Bündnisbereitschaft") belegt.

In **Rüsselsheim** kandidiert zum zweiten Mal die **„Freie Wählergemeinschaft" (FWG)**, die bei den letzten Kommunalwahlen 5,6% der abgegebenen Stimmen erhielt und mittlerweile auf eine vierjährige Parlamentserfahrung zurückblickt. Im Unterschied zu den Konservativen oder offen reaktionären FWG-Gruppen andernorts (Marburg!) hat die FWG in Rüsselsheim gewissermaßen den bei der SPD nicht vorhandenen linken Flügel „ersetzt".

Sie wird von den Grünen in Rüsselsheim und im Kreis Groß-Gerau unterstützt – sie nehmen auch eine Reihe von Plätzen auf der Kandidatenliste ein.

Eine Reihe ausgetretener SPD-Mitglieder arbeiten in der FWG mit. So z. B. der Opel-Betriebsrat und Ex-Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Opelarbeiter, Adi Milden.

Die Chance, die bereits bestehende drei Mann Fraktion auszubauen, steht ziemlich gut. Die FWG hofft, bei dieser Wahl in eine Position des ‚Züngleins an der Waage' zu kommen – bisher regiert die SPD mit einer knappen absoluten Mehrheit.

Im **Kreis Bergstraße** kandidieren die Grünen mit einer Liste von 12 Leuten – darunter einige Mitglieder der GLH – zum Kreistag.

Zum Stadtparlament in **Bensheim** kandidiert die „Grüne Liste Hessen" (GLH) mit einer Liste von 19 Leuten. Die GLH arbeitet dort seit rund 2 1/2 Jahren.

Sie stützt sich im wesentlichen auf aktive Mitglieder aus der Anti-AKW-Bewegung, Bürger- und Basisinitiativen und auf Aktive aus dem Bereich der Demokratie-, Menschenrechts- und Gewerkschaftsbewegung.

Ihr Ziel ist eine grundlegende Änderung der Kommunalpolitik. So sollen die Ortsbeiräte gestärkt werden, Bürgerversammlungen eingeführt und eine direkte Beteiligung der Betroffenen an den politischen Entscheidungen erreicht werden; die außerparlamentarischen Initiativen sollen gestärkt werden.

So finden konkrete Anliegen der Bensheimer Basis- und Initiativenbewegung im Bereich Ökologie, Verkehr. Demokratie. Stadtzerstörung. **Kultur, Arbeitswelt, Frauen und Kinder Ausdruck im Wahlprogramm.**

Zum Parlament heißt es: „ ... *wir machen uns keine Illusionen über die Bedeutung von Parlamentswahlen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Eine wirkungsvolle Einbringung unserer Interessen und Ziele wird auf der parlamentarischen Ebene – wenn überhaupt – nur ansatzweise möglich sein. Nach unserem Politikverständnis wird auch weiterhin der Schwerpunkt unserer politischen Aktivitäten in dezentralen Basisaktivitäten und außerparlamentarischen Aktionen liegen ...*"

Unvereinbarkeitsbeschlüsse, („ ... ausgenommen Faschisten ...") lehnt die GLH ab. Voraussetzung für die Mitarbeit in der GLH ist der konsequente Einsatz für Demokratie und Umweltschutz.

In **Auerbach** – einem Ortsteil von Bensheim – kandidiert ebenfalls die GLH mit vier Leuten.

Zum Stadtparlament in Zwingenburg kandidiert die **„Gemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie" (GUD)** mit einer Liste von 9 Leuten. In der GUD arbeiten einige GLH-Mitglieder mit.

Am 8.1.81 hat sich in **Kelsterbach** die **„Wählerinitiative Kelsterbach" (WIK)** gegründet. Zum Rückgrat der WIK gehört eine 73/74 aufgelöste Juso-Gruppe, ein sich alternativ verstehender Freizeitsportklub mit etwa 300 Mitgliedern, die Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke und Umweltzerstörung (BKU), eine Frauengruppe, eine Wohngemeinschaft und Leute aus der örtlichen Jugendbewegung.

Die Frauen stellen 6 der zehn Listenplätze. Angeführt wird die Liste von einer Frau – der 54jährigen Vorsitzenden der Bürgerinitiative in Kelsterbach, Henni Zöller. Programmpunkte sind die Verhinderung der Startbahn West, Forderungen im Öko-Bereich, Basisdemokratie und Bürgerbeteiligung. Die WIK ist außerdem mit geplanten Großprojekten der etablierten Parteien konfrontiert.

Die WIK ist zuversichtlich, Leute ins Parlament zu bringen.

In **Bruchköbel** und **Wächtersbach** kandidieren Grüne Wählerinitiativen. In **Michelstadt** und **Hofheim** treten Wahlbündnisse zur Kommunalwahl an.

# Kommunalwahlen Niedersachsen: Einige Fortschritte in Göttingen

Bereits am 27.1. hatte auf einer Veranstaltung zu den Kommunalwahlen die überwiegende Mehrheit der ca. 200 Anwesenden ihren Wunsch nach einem gleichberechtigten Wahlbündnis aller Göttinger Oppositionellen zum Ausdruck gebracht (s. AK 194).

Am 7.3. trafen sich daraufhin gut 100 Mitglieder verschiedenster Initiativen und Organisationen, um in diversen Arbeitsgruppen (u.a. Frauen, Verkehr, Frieden, Ökologie/Energie, Ausländer etc.) Erfahrungen und erste Vorstellungen hinsichtlich kommunalpolitischer Arbeit und eventuellem Programm auszutauschen. Die auf dem abschließenden Plenum vorgestellten Ergebnisse glichen so einer Bestandsaufnahme der bestehenden kommunalpolitischen Probleme, ohne daß es bereits zu Festlegungen gekommen ist.

Die Buli-Initiative betonte auf der Plenumsdiskussion einmal mehr ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Bildung eines Wahlbündnisses und legte eine Entschließung vor, in der es u.a. heißt: „*Wir schlagen allen Interessierten vor, über die Gründungserklärung einer zu bildenden Wahlliste, deren Namen und Struktur zu diskutieren und zu beschließen... Eine endgültige Entscheidung über eine Kandidatur, über das Programm der Liste wird auf einem späteren Kongreß zu treffen sein.*"

Erfreulicher- und z.T. auch überraschenderweise wurde die Entschließung einstimmig mit nur 5 Enthaltungen vom Plenum angenommen.

Eine Entscheidung der „Grünen" mit einem eindeutigen Bekenntnis zum Bündnis steht jedoch immer noch aus. Sie wird in den nächsten zwei Wochen getroffen werden. Allerdings haben auch die anwesenden Mitglieder der „Grünen", darunter auch die des rechten Flügels, in ihrer großen Mehrheit der Resolution zugestimmt. Ob es sich dabei um Einsicht oder um Taktik handelt, wird sich spätestens auf der nächsten „Grünen"-MV erweisen, wo die Bündnisfrage zur Entscheidung ansteht.

**KB/Gruppe Göttingen**



## Eklat bei den Grünen

Zu einem Eklat kam es auf der Jahreshauptversammlung der Grünen am 13.3. („Schwarzer Freitag").

Drei von vier Vorstandsmitgliedern verließen mit wenigen Getreuen die Versammlung, als sie in einer Abstimmung über die Tagesordnung unterlagen. Der Anlaß war geringfügig: Die Mehrheit hatte sich dafür ausgesprochen, über die Kommunalwahlen v o r dem Rechenschaftsbericht und der Wahl des Vorstands zu diskutieren und (eventuell) zu beschließen. Hintergrund für diesen Eklat sind natürlich Differenzen über das Vorgehen bei den Kommunalwahlen. Nach dem Auszug (Notbremse) war an eine sachliche Diskussion entlang der beschlossenen Tagesordnung nicht mehr zu denken. Ob diese Vorstandsmitglieder, die immer wieder eine Öffnung der Grünen nach links blockiert haben, bewußt oder eher intuitiv ausgezogen sind, sei dahingestellt. Die eingetretene Tollhausatmosphäre, ein Klima von Gereiztheit, persönlichen Anfeindungen bis hin zum Psychoterror dient natürlich ihren Zielen. (Pikanterweise hat ein Teil der Ausgezogenen am 7.3. für die Entschließung einer gemeinsamen Kandidatur mit Bunten u.a. gestimmt, eine Diskussion darüber jetzt aber unmöglich gemacht.) Diesen Manövern auch nur im geringsten nachzugeben, war völlig fehl am Platz. Aber einem Großteil der Grünen fehlt der elementarste Selbstbehauptungswille. Ein Antrag, das undemokratische Verhalten dieser Vorstandsmitglieder zu mißbilligen, fand mit 13:13 Stimmen keine Mehrheit (auch die Zler waren anfangs dagegen, schwenkten dann aber um). „Um des lieben Friedens Willen" sind etliche Grüne bereit, sich weiterhin derartigen Erpressungsmanövern auszusetzen.

Daß die Grünen dabei völlig auf den Hund kommen (können), wird nicht gesehen. Ob die Grünen am nächsten Freitag zu einem Beschluß über ihre Beteiligung an einer Bündnisliste zu den Kommunalwahlen kommen werden, scheint fraglich. Deren für Ende April vorgesehene Gründung sollte sich von dem inszenierten Hick-Hack bei den Grünen nicht beeinflussen lassen. Falls die Grünen bis dahin keinen positiven Beschluß fassen, werden speziell auch die linken Grünen Farbe bekennen müssen, ob sie gefaßte Beschlüsse auch in die Praxis umsetzen oder sich letztlich Erpressungen beugen wollen.

WESTBERLIN:

# Programm-Marathon der Alternativen Liste

Vom 4. bis 8. März führte die Westberliner Alternative Liste (AL) insgesamt fünf Mitgliedervollversammlungen (MV's) hintereinander durch, um über ein neues Programm, eine Wahlplattform und eine Präambel zu beschließen. Außerdem kam es auf einer MV zu einer Diskussion über eine Parlamentsarbeit der AL im Abgeordnetenhaus sowie zu Voten über die Kandidat/inn/en fürs Abgeordnetenhaus, die in den Bezirken endgültig gewählt werden müssen.

Dieser Programm-Marathon hat die AL-Mitglieder/innen zweifelllos überfordert. Vorausgegangen waren intensive Programmdiskussionen in den verschiedenen Bereichsgruppen der AL, die ihre Programmentwürfe zum Teil sehr umfangreich abfaßten, so daß den AL-Mitgliedern zwei Tage vor den MV's ein Buch von knapp 100 Seiten vorlag, über die sie zu entscheiden hatten. Dieser Ablauf ist problematisch, da sich zwar die jeweiligen Spezis in den Bereichsgruppen der AL fit machten, aber für die grosse Masse der AL-Mitglieder diese Fülle kaum in vollem Umfang bewältigt werden konnte. Die Basisdemokratie litt sehr darunter, daß die AL unter dem Zwang stand, unter ungeheurem Zeitdruck angesichts des bevorstehenden Wahltermins (10.5.) ein Programm zu verabschieden. Hinzu kam, daß während der MV's täglich ganze Stapel neuer Progammvorschläge und Änderungsanträge eintrudelten, die selbst den hartgesottensten AL'lern einen vollständigen Überblick erschwerten.

Unterm Strich verabschiedete die AL auf den ersten drei MV's die beiden umstrittensten Programmteile zur „Berlin-Politik" und Friedenspolitik sowie Aussagen zu Frauen. Auf der vierten MV, die von 16 Uhr bis 1 Uhr nachts dauerte, wurden Fragen der Parlamentsarbeit diskutiert und die jeweiligen Spitzenkandidat/inn/en in den 12 Bezirken zur Wahl in den Bezirken empfohlen. Auf der letzten MV, an der wegen starker Konditionsschwächen nur noch runde 100 AL'ler teilnahmen, wurde nur kurz über strittige Programmteile diskutiert und diese zur Überarbeitung an die Bereiche zurückverwiesen. Präambel und Wahlplattform sollen neu verfaßt bzw. erst noch geschrieben und zusammen mit dem Wahlprogramm auf einer sechsten MV am 19.3. endgültig verabschiedet werden.

### Das Berlin-Programm der AL: Blockfreiheit und ‚nationale Frage'

### Das Berlin-Programm der AL: Blockfreiheit und ‚nationale Frage'

Die erste Kontroverse gab es um die Programmentwürfe zur ‚Berlin-Frage'. Der MV lagen zunächst zwei alternative Programmentwürfe vor. Der eine beschränkte sich auf wenige Veränderungen des alten, 1979 verabschiedeten Programms; ein anderer ging weit darüberhinaus. Kräfte aus der aufgelösten „KPD", WUP-Mitglied Walter Grunwald sowie die beiden Herausgeber des Buches ‚Die Linke und die nationale Frage', Peter Brandt und Herbert Ammon, bildeten eine Strömung, für die die leidige Berlin-Frage letztenendes nur über europäische Blockfreiheit und „deutsche Wiedervereinigung" möglich erscheint. Der vor allem von Walter Grunwald stark geprägte Programmentwurf ging u.a. davon aus, daß die U r s a c h e der *„Spannung, des Mißtrauens"* im Kern in der *„deutschen Spaltung"* liege. *„Solange die Trennungslinie zwischen Ost und West durch Deutschland verläuft"*, sei *„ unsere Zukunft von einer immerwährenden Angst bestimmt, Kriegsschauplatz zu werden"* (1). Durch *„deutsche Paktfreiheit als Vorgabe für Frieden in Europa"*, als *„Voraussetzung für Frieden in Europa"* sieht der Programmentwurf einen Ausweg aus diesem Dilemma. Wenn es dann gar heißt, daß *„Paktfreiheit ... die Möglichkeit der Besinnung auf Gemeinsamkeiten in Geschichte und Gegenwart"* (1) bedeutet, so steckt darin schon der Kern der Kontroverse: die „Lebensfähigkeit" Westberlins soll durch die „Wiedervereinigung" gesichert werden. Manche Mitglieder der aufgelösten „KPD" gingen hier nicht ganz konform: Sie sind zwar letztendlich auch für die „Einheit Deutschlands", sehen eine Lösung jedoch nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Entwicklung, wenn Ost- und Westeuropa eine neue, paktunabhängige Friedensordnung errichtet haben. Hinweise auf bedenkliche Nähe dieser Thesen zur herrschenden Argumentation wurden abgewehrt.

Wenn es im alten Programmentwurf explizit hieß, daß BRD und DDR *„... souveräne, völkerrechtlich anerkannte Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung"* (2) seien, so wird damit nicht nur eine Kritik an den Herrschenden in der BRD und ihren Gebietsansprüchen gegenüber der DDR vermieden, sondern darüberhinaus auch die politischen U r s a c h e n von Spannungen in Europa übertüncht. Wenn als ‚Ursache' der Spannungen die deutsche Spaltung angegeben wird, so ist das schlichtweg f a l s c h. Die deutsche Spaltung ist höchstens A u s d r u c k der Blockkonfrontation in Europa, deren Verursacher der deutsche Faschismus und danach vor allem die USA waren. Wenn im ursprünglichen Programmentwurf von der *„Besinnung auf Gemeinsamkeiten in Geschichte und Gegenwart"* in Bezug auf die ‚deutsche Paktfreiheit' die Rede ist (1), so ist dies eine recht frivole Argumentation. Welche f o r t s c h r i t t l i c h e n Gemeinsamkeiten gibt es eigentlich historisch seit 1871? Bismarck, Kaiser Wilhelm, Erster Weltkrieg, deutscher Faschismus, Zweiter Weltkrieg... ?...

Und welche ‚Gemeinsamkeiten' gibt es heute zwischen einem wieder hochgerüsteten und aggressiven BRD-Imperialismus und einer ‚realsozialistischen ' DDR?... Aber diese Fakten müssen zugunsten der „deutschen Wiedervereinigung" verschwinden, um „die ‚nationale Frage' offenhalten" zu können.

Kern des Streits ist nach wie vor, daß die Befürworter bei ihrer „Lösung der deutschen Frage" die ‚nationale Frage' v o r die Lösung der s o z i a l e n Frage stellen und damit – ob sie wollen oder nicht – *„zu einer nationalistischen Politik kommen, die sich verdeckt oder offen auf die Spielarten der herrschenden Politik einläßt"*. So jedenfalls lautet die Kritik in einem Papier unter dem Titel „Nationale Wiedervereinigung als alternative Friedenspolitik?" (3), das von KB, „Z", von Mitgliedern der „Sozialistischen Initiative" (SI), Dirk Schneider und anderen Einzelpersonen als Entgegnung zum Programmentwurf verfaßt wurde.

### Das verabschiedete Berlin-Programm

Kurz vor der MV wurde ein dritter Programmvorschlag in die Diskussion gebracht und diente als Leitantrag. Am ersten Abend der MV wurden die politischen Differenzen und deren T r a g w e i t e um die o.a. Fragen für die Masse der anwesenden AL-Mitglieder kaum transparent; erst am zweiten Abend entzündete sich die Kontroverse um die ‚nationale Frage', die Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR ebenso wie andere einseitige Vorleistungen, für die die AL eintreten sollte, um die Spannungen und die Blockkonfrontation abzubauen.

Heraus kam ein Kompromiß: Gefordert wird nun die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und *„daß die Bundesrepublik alle Reste des Alleinvertretungsanspruchs aufgibt und die staatliche Souveränität ohne wenn und aber respektiert"* (4). Ebenso kam ein Änderungsantrag durch, der herausstellte, in Westberlin mit „einseitigen Vorleistungen" zu beginnen.

Konkret wurde weiter gefordert, [illegible] die Alliierten ihre Streitkräfte reduzieren bis zum Abzug aller ausländischen Truppen aus beiden deutschen Staaten, wobei die vier Alliierten die *„territoriale Unversehrtheit Berlins"* garantieren sollen. Militärparaden sollen in „beiden Teilen" Berlins unterbleiben.

Ein zweiter großer Forderungskatalog geht an die Adresse der DDR. Darin wird – kaum ‚alternativ', sondern eher der SPD-Entspannungspolitik entsprechend – u.a. für „ungehinderten Gedankenaustausch", die Unterstützung der „demokratischen und sozialistischen Opposition" in der DDR, Austausch von Informationen und Publikationen, freien Reiseverkehr und die Rücknahme der Erhöhung des Zwangsumtausches eingetreten. Ein Westberlin-Teil ist noch nicht verabschiedet worden, da er in einigen Punkten noch umstritten ist. Dort wird u.a. gefordert, das Volksbegehren und den Volksentscheid, den die bürgerlichen Parteien 1974 abschafften, wiedereinzuführen; die Bürger sollen stärker an Entscheidungsprozessen beteiligt werden und die Bezirke größere Entscheidungsbefugnisse bekommen. Die Wahlen zu den Bezirksparlamenten sollen zudem nicht mehr mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus zusammenfallen, um „mehr Bürgernähe", dezentrale Strukturen usw. zu stärken. Außerdem wird das kommunale Wahlrecht für ausländische Mitbürger gefordert. Die „Lösung der Berlin-Frage" wird langfristig darin gesehen, *„Ideen für eine gesamteuropäische Friedenspolitik zu entwickeln, die aus der Blockkonfrontation hinausführt"*. Dann heißt es in einer Kompromißformel weiter: *„In diesem Zusammenhang kann durch die Lösung der deutschen Frage und der europäischen Blockkonfrontation Berlin eine Zukunftsperspektive gewinnen"*. Es folgt eine Kritik an den bürgerlichen Parteien, die die *„Ursachen des Konflikts in Europa nicht beseitigen"*, sondern sich der *„neuen Politik der Reagan-Administration"* anpassen. Vom *„Aufbruch des ‚Wandelns durch Annäherung' ist nur das ‚Gleichgewicht des Schreckens' geblieben..."*

In dem Text heißt es aber auch: *„Wir behaupten nicht, daß wir ein Patentrezept zur schnellen und eindeutigen Lösung der europäischen und deutschen Probleme haben. Innerhalb der AL gibt es auch zu diesen Fragen unterschiedliche Ansätze"*. Wird also zunächst ausgesagt, daß es kein „Patentrezept" gibt, so folgt wenige Zeilen später ein deftiger Satz im ‚Leitantrag', der pikanterweise von einem Mitglied der SI formuliert wurde: *„In letzter Konsequenz läßt sich die unnatürliche Situation Westberlins nur über die Einheit der beiden deutschen Staaten beseitigen. Dieses Ziel wollen wir nicht aus den Augen verlieren."* (5) Dieser Satz könnte gut und gerne im Programm jeder bürgerlichen Partei stehen. Nach heftigen Kontroversen um diesen Passus wurde er durch eine „entschärfte" Formulierung ersetzt. Es heißt nun im verabschiedeten Programm: *„Um die unnatürliche geographisch-politische Situation Westberlins zu überwinden, müssen wir in letzter Konsequenz die Frage der deutschen Einheit aufwerfen und zu ihrer Lösung beitragen"*. Welche *„staatlichen und institutionellen Formen diese Einheit annehmen könnte, ist für uns offen"*. Eine „deutsche Einheit" müsse auf *„historisch gewachsener, menschlicher, kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Ebene"* beruhen (6). Abgeändert wurden so skurrile Formulierungen wie die der „deutschen Teilstaaten" (7). Stattdessen ist jetzt korrekterweise von beiden deutschen Staaten die Rede.

Die Kompromißfindung erwies sich als sehr schwierig, weil die zahlreichen Teufelchen im Detail für viele anwesende AL-Mitglieder kaum zu durchschauen waren, und unter enormen Zeitdruck eine ausführlichere Debatte kaum möglich war. Zudem wäre es falsch, die Auseinandersetzungen um die ‚nationale Frage' nur auf den Konflikt mit den Ex-„KPD"-Mitgliedern in der AL beschränken zu wollen. Hier stand sich vielmehr eine Strömung – in sich wieder widersprüchlich – zwischen Walter Grunwald, eher linken Sozialdemokraten, wie Peter Brandt, und Ex-„KPD"-Kräften auf der einen Seite und KB, SI, „Z" sowie verschiedene Einzelpersonen andererseits gegenüber.

Peter Brandt, und Ex-„KPD"-Kräften auf der einen Seite und KB, SI, „Z" sowie verschiedene Einzelpersonen andererseits gegenüber.

Diese für viele rein ‚theoretisch' erscheinende Debatte ist deshalb mit so viel Vehemenz geführt worden, weil die Aussagen im Berlin-Teil des AL-Programms praktisch-politische Konsequenzen in sich bergen. Man stelle sich z.B. eine Sitzung des Westberliner Abgeordnetenhauses vor, wo ein AL-Parlamentarier unter Beifall der CDU erklärt, daß das Ziel der deutschen Einheit nicht aus den Augen verloren werden darf! ...

Der erfolgte Kompromiß bewegt sich eher auf der Linie ‚für jeden etwas'. Er grenzt zwar keine Strömung aus, enthält aber so viele Widersprüchlichkeiten, daß der Berlin-Teil des Programms bis auf wenige Ausnahmen kaum für politische Handlungsfähigkeit tauglich ist. ‚Hängengeblieben' ist vor allem das langfristige Ziel der Blockfreiheit, das die AL anstrebt.

Insgesamt hinterläßt der gesamte Berlin-Teil den Eindruck, daß ein Schwergewicht auf Konzepte gelegt wurde, auf Zukunftskonstruktionen, über die Marx einmal in einem Brief an Ruge sagte: *„Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden..."* (MEW Bd. 1, S. 344). Dies gilt gerade auch für eine radikaldemokratische Liste wie die AL.

### Das Friedensprogramm der AL: Stück für Stück kommt man sich näher...

Anderthalb MV's nahmen die Diskussionen um den Friedensteil des AL-Programms in Anspruch. Wie zu erwarten, prallten die gegensätzlichen Positionen zwischen den Kräften um die Ex-„KPD" einerseits und KB, „Z", SoSt und SI andererseits hart aufeinander.

In letzter Minute kam gegenüber dem Leitantrag, den Unorganisierte,

*Fortsetzung nächste Seite*

**Die Grünen**

## Aufruf

### Zur Mitarbeit – Mitdiskussion – Wahl der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Berlin durch Freunde, Sympathisanten und Mitglieder der Grünen

Wir begrüßen die Kandidatur der Alternativen Liste für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen bei den Neuwahlen in Berlin am 10. Mai 1981.

Die AL hat schon vor der Bundespartei „DIE GRÜNEN" in Berlin als ökologische und demokratische Kraft gewirkt. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die GRÜNEN in Berlin die gewachsenen politischen Strukturen unterstützen und die von der AL angebotene offene Diskussion mit allen politischen Kräften, die für Umweltschutz und Demokratie eintreten, mittragen werden. Die GRÜNEN werden sich darum bemühen, daß das Wahlprogramm ebenso wie die Kandidatur von Menschen aus Bürger- und Basisinitiativen die politische Arbeit der GRÜNEN widerspiegelt.

Wir begreifen die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz als Schwesterorganisation unserer grünen Partei in Berlin. Uns ist es wichtig, daß in Berlin eine geschlossene politische Kraft den außerparlamentarischen Bewegungen in den Parlamenten Gehör verschafft. Im Kampf gegen das überflüssige Kraftwerk Reuter-West, gegen Wohnraumvernichtung und gegen Autobahnbau erfahren die Betroffenen ihre Kraft und Fähigkeit zur Veränderung der verkrusteten Strukturen in Berlin.

Wir müssen uns angesichts der Aufrüstungspolitik in West und Ost gemeinsam wehren, auf daß wir nicht untergehen durch eine sogenannte Friedenspolitik des „Gleichgewichts des Schreckens" der etablierten Parteien. Die Berliner Wahlen werden die Aussichten von alternativen/grünen Wahlkandidaten überall vergrößern.

Wir begrüßen die großzügige finanzielle Unterstützung des AL-Wahlkampfs durch den Landesverband Niedersachsen der GRÜNEN. Laßt uns alle die Alternative Liste unterstützen und wählen!

Wir distanzieren uns von dem Versuch einer sog. „Grünen Liste", durch ihre Kandidatur die grün/alternative Bewegung zu schwächen.

**Diesen Aufruf haben folgende Mitglieder der GRÜNEN unterzeichnet**

Wir distanzieren uns von dem Versuch einer sog. „Grünen Liste", durch ihre Kandidatur die grün/alternative Bewegung zu schwächen.

**Diesen Aufruf haben folgende Mitglieder der GRÜNEN unterzeichnet**

Petra Kelly, Bundesvorstand; Dieter Burgmann, Bundesvorstand; Norbert Mann, Bundesvorstand; Helmut Lippelt, Bundesvorstand; Bettina Hoeltje, Bundesvorstand; Erich Knapp, Bundesvorstand; Lukas Beckmann, Bundesgeschäftsführer; Luk List, Bundeshauptausschuß, Landesverband Niedersachsen; Ursula Schaar, Bundeshauptausschuß, Landesverband Berlin; Klaus Timpe, Bundeshauptausschuß, Landesverband NRW; Dorothea Calabrese, Bundeshauptausschuß, Landesverband NRW; Uli Borchers, Bundeshauptausschuß, Landesverband NRW; Albrecht Schmeißner, Bundeshauptausschuß, LV Ba-Wü; Dirk Hohfeld, Bundeshauptausschuß, LV Ba-Wü; Hans Crecelius, Bundeshauptausschuß, LV Hessen; Manfred Zieran, Bundeshauptausschuß, LV Hessen; Elke Meinardus, Bundeshauptausschuß, LV Ba-Bü; Jan Bartkowiak, Bundeshauptausschuß, LV Schlesw.-Holst.; Barbara Lütke-Cosmann, Bundeshauptausschuß, LV Rheinl.-Pf.; Roland Vogt, Bundeshauptausschuß, LV Rheinl.-Pf.; Adrienne Goehler, Bundeshauptausschuß, LV Hamburg; Günther Hopfenmüller, Bundeshauptausschuß, LV Hamburg; Bernd Vetter, Bundeshauptausschuß, LV Hamburg; Christiane Zieger, Bundeshauptausschuß, LV Berlin; Peter Sellin, Geschäftsführendes Gremium Berlin; Thyra Quensel, Geschäftsführendes Gremium Berlin; Helmut Horst, Geschäftsführendes Gremium Berlin; Klaus Wiehfeld, Kreisverband Münster; Ulrich Tot, Kreisverband Karlsruhe; Hartmut Regenstein, Kreisverband Dortmund; August Haußleiter, Kreisverband München; Milan Horacek, Kreisverband Frankfurt; Martin Schata, Kreisverband Düsseldorf; Gertrud Schilling, Kreisverband Vogelsberg; Eberhard Bueb, Landesverband Bayern; Hermann Schütz, Landesverband NRW; Joseph Beuys, Kreisverband Düsseldorf; Grete Thomas, Kreisverband Buxtehude; Uwe Josuttis, Kreisverband Kassel; Thomas Langer, Kreisverband HH-Eimsbüttel; Dieter Plagemann, Kreisverband Quickborn; Anke Burmeister, Kreisverband Quickborn; Wilfried Janson, Kreisverband Bad Oldesloe; Ursula Schwarzenberger, Kreisverband Göttingen (Bundeshauptauss.); Barbara Zoch, Landesverband Niedersachsen; Henry Selzer, Landesverband Saarland; Winfried Kretschmann, Mitglied des Landtags Ba-Wü; Martin Jänicke, Landesverband Berlin; Günter Axt, Landesverband Berlin; Otto Schily, Landesverband Berlin; Ossip K. Flechtheim, Landesverband Berlin. **Ferner:** Elmar Altvater, Berlin; Urs Jaeggi, Berlin.

**Verantwortlich:** Helmut Horst, Berlin 15, Duisburger Straße 17, Telefon 8 81 78 51.

# WAHLBEWEGUNG



*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

KB, ,,Z", SI u.a. gemeinsam formuliert und auch mit allen anderen Beteiligten abgesprochen hatten, ein alternativer Vorschlag seitens der ex-,,KPD"ler kurz vor der MV auf den Tisch. Dieses Vorgehen trug mit zur politischen Verwirrung bei, da der nachgelieferte Programmteil sehr viele Passagen aus dem ursprünglichen Leitantrag enthielt und viele — entscheidende — Formulierungen dazwischengeschmuggelt wurden.

Die Kontroversen entbrannten an vier zentralen Punkten: dem Nato-,,Nachrüstungs"beschluß, einer Formulierung über die Schuld am Wettrüsten (aus dem Aufruf der Russell-Peace-Foundation), einem Konzept der ‚alternativen Verteidigung' und einem ebenfalls später eingebrachten Antrag von W. Kaiser (Ex-,,KPD"), der die Bahro-Thesen zur Friedenspolitik (vergl. AK 196, S. 45) teilweise ins AL-Programm übernehmen wollte.

Auf der zweiten MV kam es zu einer Diskussion über die Nato-,,Nachrüstung". Die Ex-,,KPD" hatte bereits zugestanden, daß die Bundesregierung sowie die US-Regierung aufgefordert wird, *,,den ‚Nachrüstungsbeschluß' ohne Vorbedingungen und einseitig rückgängig zu machen"* (8).

Nicht einig war man sich, ob die ,,Nachrüstung" der Nato eine neue Qualität der atomaren Hochrüstung darstellt oder ob sich die Nato-Beschlüsse im ,,üblichen" Rahmen des ‚Gleichgewichts des Schreckens' bewegen, also auf gleiche Ebene mit der Stationierung der sowjetischen SS-20 zu stellen sind. Die Kontroverse lief in den üblichen ‚Feindbildern' ab; wenn vornehmlich ex-,,KPD"ler alle in die Ecke der SEW stellten, die sich nicht auch gegen die SS-20 richten — so war dies Demagogie. Denn schon im Programmentwurf, an dem u.a. ,,Z", SI und KB mitgewirkt hatten, wurde klar gegen die SS-20 Stellung genommen. Den Ex-,,KPD"-Kräften ging es aber darum, die SS-20 stärker ins Programm aufzunehmen und damit objektiv zur Entwaffnung des Kampfs gegen die ,,Nachrüstung" im eigenen Land beitragen. Zwei Formulierungen sollten diesen Zweck erfüllen.

Einmal heißt es — inmitten einer recht guten und ausführlichen Kritik des ,,Nachrüstungsbeschlusses", dem Entlarven der Lügen der etablierten Parteien usw.: *,,Eine vergleichbare Entwicklung ... sehen wir in der Stationierung der SS-20 Raketen, die auch einen Atomkrieg führbarer machen sollen"* (9).

Nun hat wohl niemand in der AL etwas dagegen, den Abbau der SS-20 zu fordern. Aber in dieser Art und Weise ‚entkräftet' es die Argumentation gegen die Nato-,,Nachrüstung". Zum anderen wird der Sowjetunion unbewiesenermaßen eine Strategie unterstellt, sie wolle den Atomkrieg in Europa auch ‚führbarer' machen.

Zweitens folgen — ebenfalls inmitten des ,,Nachrüstungs"teils des AL-Programmentwurfs — Ausführungen prinzipieller Art, daß die bisherigen Zweitens folgen — ebenfalls inmitten des ,,Nachrüstungs"teils des AL-Programmentwurfs — Ausführungen prinzipieller Art, daß die bisherigen Abrüstungsverhandlungen nichts gebracht haben, und es heißt dann, entsprechend dem Aufruf der Russell-Peace-Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Europa: *,,Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Westens und Ostens. Schuld trifft beide Kontrahenten"* (10).

Als diese Passage — wohlgemerkt: inmitten der Kritik am ,,Nachrüstungsbeschluß" der Nato — an dieser Stelle als verfehlt kritisiert wurde, bekam man den Vorwurf zu hören, man würde die Russell-Peace-Foundation nicht ernsthaft unterstützen.

Das war auch wieder so ein Trick, denn im Aufruf der Russell-Peace-Foundation heißt es an anderer Stelle unmißverständlich:

**,,Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa...hinzuarbeiten und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein: wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß".**

Was heißt das anderes für die westdeutsche und Westberliner Friedensbewegung, als aus ureigenstem Interesse in diesem Land gegen die hier stationierten Nato-Mittelstreckenraketen mobil zu machen?...

Wo vom Kampf gegen die atomare Nato-,,Nachrüstung" die Rede ist, der immer mehr im Zentrum der Aktivitäten der Friedensbewegung in der BRD und Westberlin steht und wohl noch zu heftigen Auseinandersetzungen in den kommenden Jahren führen wird — ausgerechnet an diesem Punkt, an dem die Nato-Kriegstreiberei, die Verschärfung der Spannungen im Programmteil aufgezeigt werden: dort wird faktisch eine Aussage der Gleichsetzung betrieben und die Aussage der Russell-Peace-Foundation mißbraucht.

Dennoch: in einer insgesamt verworrenen Situation und mit geschicktem Taktieren gelang es den Kräften um die ex-,,KPD", diese Programmpassage mit Mehrheit auf der MV zu verabschieden.

Auf der 3. MV schließlich lief eine reine Abstimmungsmaschinerie ab. Der gesamte Friedensteil der AL wurde mit Mehrheit durchgezogen, ohne daß es zu einer ausführlichen Diskussion über die noch kontroversen Punkte kommen konnte. Ausgenutzt wurde außerdem die Situation, daß die Frauen der AL ihr Programm diskutieren und verabschieden wollten. Hinzu kamen Ermüdungserscheinungen und Frust, nachdem auf drei MV's erst zwei der rund 20 Programmteile verabschiedet waren.

So wurde ohne große Diskussion das klassische Konzept der Vaterlandsverteidigung verabschiedet, das — um diese olle Kamelle schmackhaft zu machen — mit einer ,,alternativen Verteidigungspolitik" gekoppelt war. In den umstrittenen Passagen hieß es: *,,Unter den bestehenden Verhältnissen geht es für uns jetzt darum, die Möglichkeit einer eigenständigen Entwicklung dieses Landes und Europas zu sichern"* (11).

*,,Auch unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen müssen wir für eine alternative Verteidigungspolitik kämpfen, die keinerlei Aggressionspolitik ermöglicht. Alternative Verteidigungspolitik bedeutet, eine Verteidigungsbereitschaft gegen jegliche äußere Einmischung zu entwikkeln. In diesem Sinn müssen wir das Sicherheitsinteresse der Bevölkerung ernst nehmen"* (11).

Die Forderung nach einer ,,alternativen Verteidigungspolitik" unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen ist ein ziemlicher Blödsinn.

Genauso könnte die AL auch für eine ‚alternative Polizei' eintreten unter den herrschenden Verhältnissen. Das ändert auch nichts, wenn Verteidigungskonzepte aus den ‚Vorbildern' Jugoslawien, Schweiz, der französischen Resistance usw. herangezogen werden. Allein der Bezug auf Jugoslawien — ein blockfreies Land mit Partisanentradition — zur hochgerüsteten BRD mit Wehrmachtstradition ist schon als makaber zu bezeichnen.

Auch die in diesem Zusammenhang auftauchende Forderung nach ,,Umrüstung der Bundeswehr" auf Defensivwaffen ist wenig brauchbar: wer entscheidet unter den gegebenen Verhältnissen, was ‚offensiv' und was ‚defensiv' ist? Und wieviel Sinn gibt diese Unterscheidung überhaupt?

Die zweite katastrophale Entscheidung betraf einen Antrag von W. Kaiser (12), der zwar schriftlich vorlag, aber ebenso wenig diskutiert werden konnte. Nicht eine einzige Kontra-Rede wurde zugelassen. In diesem Antrag sollten Bahros Thesen im AL-Programm verankert werden. So heißt es dort: *,,Wenn die Friedensbewegung mehr will, als nur die Kräfte, die zum* sollten Bahros Thesen im AL-Programm verankert werden. So heißt es dort: *,,Wenn die Friedensbewegung mehr will, als nur die Kräfte, die zum* *Krieg hintreiben, bremsen, ... dann muß es auf beiden Seiten der Blockgrenze assoziierten Volkswiderstand gegen das Wettrüsten, gegen Rüstungsexporte, gegen aggressive Akte und Aggressionsandrohungen geben".* Es wird ein *,,neuer Internationalismus"* gefordert, der sich *,,einhellig gegen die ideologischen Gebote der beiden Blöcke richtet"*.

Und am Ende heißt es gar: **‚Die zunehmende Bewegung in Westeuropa gegen die ‚Nach'rüstung der Nato muß den offiziellen Mächten des Ostblocks offen einen realen Preis abverlangen: die Öffnung Osteuropas für echten Gedankenaustausch über die Blockgrenzen hinweg..."** (12).

Im ersten Teil der Aussage ist Bahros These voll übernommen, daß die Friedensbewegung in gleicher Weise beiden Machtblöcken entgegentreten müsse. Die Ausgrenzung der DKP und SEW aus der Friedensbewegung ist das Ziel. Das wird auch daraus ersichtlich, daß J. Mayr (ex-,,KPD") in einem Diskussionspapier (verteilt auf der Sitzung der Friedens-AG der AL vom 9.3.) einen *,,klaren Trennungsstrich"* zu denjenigen forderte, die u.a. den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan als friedenspolitische Maßnahme erklären. Sie versteigt sich sogar zu der These: *,,Jegliche Erklärung, unter die sich die SEW setzen kann, ist für mich nicht tragbar und wäre eine einkalkulierte Niederlage für die Friedensbewegung hier"*.

Wie mag sich J. Mayr bloß das Rätsel erklären, daß z.B. die ,,Grünen" im letzten Jahr in vielen Orten und zu verschiedensten Friedenspolitischen Anlässen Bündnisse mit eben dieser DKP schloß? Soll die AL als Teil der bunt/alternativen/grünen Wahlbewegung die berühmte Ausnahme von der Regel machen?

Die zweite entscheidende Aussage des Kaiser-Antrags stellt das AL-Friedensprogramm auf den Kopf: Wer einen Preis vom Osten fordert, um gegen die Nato-,,Nachrüstung" zu kämpfen, der stellt ähnlich erpresserische Vorbedingungen wie die Regierung Schmidt.

Vielen AL'lern und anderen Kräften, die die AL unterstützen, gingen diese Anträge entschieden zu weit. Es war klar, daß diese beiden durchgepeitschten Anträge von vielen nicht mehr mitgetragen werden konnten und das Konsens-Prinzip der AL überstrapazierten. Ein Bündnis aus Mitgliedern der SI, Vertretern von ‚Gewerkschafter gegen Rechts', KB, Jusos, den SoSt, der ,,Z", der Uni-Gruppe ,,Sozialistische Linke" sowie verschiedene andere AL-Mitglieder/innen verfaßten eine Erklärung mit dem Titel ,,Der Feind steht im eigenen Land". Sie erklärten darin, daß sie die zitierten abgestimmten Teile des AL-Friedensprogramms *,,nicht mittragen"* könnten; sie akzeptierten zwar die *,,Mehrheitsentscheidungen der AL"*, was jedoch nicht heißt, daß *,,wir unsere Auffassungen aufgeben"*. In der Erklärung heißt es weiter, daß die AL trotzdem die *,,einzig wählbare Alternative bei den kommenden Wahlen"* bleibe und die genannten Unterzeichner auch weiterhin in der AL mitarbeiten werden (13).

In der Erklärung wird sich entschieden gegen jegliche Art der Vaterlandsverteidigung ausgesprochen; das *,,herrschende Sicherheitsinteresse muß klar als Sicherheitsinteresse der Herrschenden gekennzeichnet werden. Wir können uns nicht auf ein allgemein formuliertes Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnis beziehen, sondern nur auf die Bedürfnisse derer, die bisher den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse und für deren Überwindung geführt haben"* (13).

Zum Kaiser-Antrag heißt es, man halte ihn für eine *,,vollständige Desorientierung und für absolut nicht konsensfähig innerhalb der AL"* (13).

Diese Erklärung, die auf der dritten MV verteilt wurde, führte zu einem Rückzieher der Kräfte um die ex-,,KPD". Die Verhandlungsleitung erklärte von sich aus, daß eine ‚Abstimmungsmaschinerie' gelaufen sei und keinesfalls die Ausgrenzung von Kräften wie SI, ,,Z", KB oder SoSt beabsichtigt sei.

Zwei Tage nach dieser MV kam es im Rahmen der Friedens-AG zu einer erneuten Diskussion über den gesamten, bereits verabschiedeten Friedensteil des AL-Programm. Dabei wurde das Abstimmungsergebnis der MV praktisch zurückgenommen und ein neuer, nun für alle Beteiligten erträglicher Kompromiß erzielt:

— Die Aussage der Russel-Peace-Foundation verschwand an der Stelle, wo die Nato-,,Nachrüstung" kritisiert wird, und wird an geeigneter Stelle des Programms placiert.

— Die SS-20-Passage wird ans Ende des Programms gestellt, nachdem ausführlich die ,,Nachrüstung" der Nato kritisiert und die einseitige Rücknahme des Nato-Beschlusses gefordert wird.

— Die gesamten umstrittenen Passaführlich die ,,Nachrüstung" der Nato kritisiert und die einseitige Rücknahme des Nato-Beschlusses gefordert wird.

— Die gesamten umstrittenen Passagen zur Vaterlandsverteidigung wurden gestrichen.

— Der aus den ,,Thesen" Bahros übernommene Antrag von W. Kaiser wird umformuliert.

Diese Einigung in der Friedens-AG muß selbstverständlich auf einer weiteren MV erneut verabschiedet werden, da ein AL-Bereich nicht so ohne weiteres einfach beschlossene Programme verändern kann.

## Das AL-Friedensprogramm: eine brauchbare Handlungsgrundlage

Das nun vorliegende AL-Programm — unter Berücksichtigung der Veränderungen, die nachträglich vorgenommen wurden — bietet eine insgesamt brauchbare Handlungsmöglichkeit für die AL, nun endlich auch friedenspolitisch aktiv zu werden.

Einleitend wird auf die aktuelle Kriegsgefahr hingewiesen und vor allem die Politik der USA scharf kritisiert. Es wird die Gefahr aufgezeigt, daß Europa in ein atomares Schlachtfeld verwandelt zu werden droht — besonders angesichts der Tatsache, daß die BRD die größte Atomwaffen-Dichte der Welt aufweist.

Es folgt eine recht ausführliche und gute Kritik am Nato-,,Nachrüstungs"-beschluß und die Forderung nach deren einseitiger Rücknahme ohne Vorbedingungen.

Darüber hinaus fordert die AL ein blockfreies Europa und einen wirklichen Abbau der Rüstungspotentiale. Die bisherige ,,Entspannung" habe genau das Gegenteil von Abrüstung gebracht. Die AL *,,tritt dafür ein, mit der Abrüstung im eigenen Land zu beginnen, so wie es die Aufgabe aller Friedenskräfte in der Welt ist, in ihren Ländern für Abrüstungsmaßnahmen zu kämpfen"* (14). Die AL setzt sich für einseitige Abrüstungsmaßnahmen der BRD ein, wie die Kürzung der Rüstungsausgaben, den Stopp der Produktion des ,,Tornado" und den Verzicht auf die 50-Milliarden-DM-Runderneuerung der Bundeswehr; damit soll zugleich die weltweite Abrüstung gefördert werden. Die AL fordert die Lösung aus der Blockkonfrontation, den Austritt der BRD aus der Nato, die Loslösung von der Vorherrschaft der USA. Die AL wendet sich gegen eine ,,Krisenlösung" durch verstärkte Rüstung und Rüstungsexporte der BRD und spricht sich gegen die weltweite Ausdehnung der Nato aus.

Neben Forderungen nach einseitiger Abrüstung hat die ,,soziale Verteidigung" — Lieblingskonzept bei den ,,Grünen" — nun auch Eingang ins AL-Programm gefunden, zusammen mit der Forderung nach ,,Umrüstung der Bundeswehr auf Defensivwaffen" (14). Als Kompromiß kam heraus, daß Konzepte einer ,,alternativen Verteidigung" auch unter herrschenden Verhältnissen in der AL diskutiert werden sollen.

Am Schluß des Programms werden konkrete Forderungen und Schritte in bezug auf die Westberliner Situation gestellt.

## Die Diskussionen über die Parlamentsarbeit der AL

Vor dem Hintergrund, daß sich die AL gute Chancen für den Einzug ins Abgeordnetenhaus ausrechnen kann, gab es heftige Diskussionen über die Frage, wie die AL-Parlamentarier/innen zu kontrollieren seien. In den vier Bezirken stellte sich das Problem nicht so scharf dar, weil die Bezirksparlamente politisch nicht so relevant sind und zudem die Bezirksparlamentarier in die Bezirksgruppen der AL ,,eingebettet" sind.

Die Diskussionen um die Parlamentarier fürs Abgeordnetenhaus (AHS) waren im Vorfeld überwiegend von starkem Mißtrauen geprägt. Dieses Mißtrauen wird vornehmlich von einer breiten, spontaneistischen Strömung in der AL getragen, die das sehr tief sitzende und berechtigte politische Mißtrauen in den bürgerlichen Parlamentarismus auch gegen die AL-Parlamentarier wenden. Neue Nahrung bekam dieses Mißtrauen durch die ,,Professionalisierungs"-Parolen der ,,Z"-Gruppe und die Einstellung eines ,,Sekretärs" in der Bezirksgruppe Kreuzberg.

So grenzte sich die AL auf ihrer MV am 8.3. vom ,,Berufspolitikertum" ab und beschloß recht einmütig ein Rotationsprinzip. Es besagt, daß alle AL-Parlamentarier nicht länger als zusammen 4 Jahre ‚amtieren' dürfen. Es be- und beschloß recht einmütig ein Rotationsprinzip. Es besagt, daß alle AL-Parlamentarier nicht länger als zusammen 4 Jahre ‚amtieren' dürfen. Es be- sagt ferner, daß die *,,Fraktion der AL im Abgeordnetenhaus ... innerhalb einer Legislaturperiode [normale Dauer] nach einem Rotationsprinzip gänzlich ausgetauscht"* (15) werden soll. Außerdem dürfen Abgeordnete der AL keine anderen politischen Funktionen in der AL innehaben. Die Bezüge der AL-Parlamentarier sollen nicht höher als ein durchschnittlicher Facharbeiterlohn (1.800 DM) liegen, der Rest wird an die AL abgeführt.

Die AL wird sich für eine Kürzung der Abgeordneten-Diäten einsetzen. Weiterhin wurde beschlossen, daß (im Gegensatz zur Praxis der ,,Z"-Gruppe in Hamburg) überschüssige Gelder aus der Parlamentsarbeit auch Bürger- und Basisinitiativen zugute kommen sollen.

Die AL-Parlamentarier sind politisch an das AL-Programm gebunden, ebenso an das imperative Mandat. Die Abgeordneten sind obendrein an alle Beschlüsse gebunden, die von den Entscheidungsgremien der AL gefällt werden. Die *,,Kontrolle der inhaltlichen Arbeit ... erfolgt über die Bereiche [in bestimmten Fällen Bezirke] der AL"* (15). Die Parlamentsfraktion ist jährlich vor der MV rechenschaftspflichtig. Dies scheint in der Tat die sinnvollste Lösung zu sein. Die Bindung der AL-Abgeordneten an die entsprechenden Fachbereiche erfordert keine großen bürokratischen Strukturen und ist sehr basisnah. Die Fraktionssitzungen der AL sind zudem öffentlich, eine regelmäßige weitere Kontrolle erfolgt über den Delegiertenrat der AL.

## Die Kandidat/inn/en

Ein langwieriges Unterfangen war die Wahl der AHS-Kandidat/innen auf der MV. Es kam gerade noch zur Wahl aller Erstplazierten auf den 12 Bezirkslisten. Es sind dies lediglich ‚Weisungen' oder Empfehlungen an die Bezirksgruppen der AL, denn das Westberliner Wahlverfahren sieht keine Landes-, sondern nur Bezirkslisten vor. Es wurde insgesamt ein recht buntes und breites politisches Spektrum auf den ersten Plätzen gewählt. Die Hälfte der 12 Erstplazierten wird von alten AL-Mitgliedern gestellt, darunter Michael Wendt, K.J. Schmidt, Peter Sellin, Dagmar Artelt und zwei BVV-Abgeordnete aus den Bezirken Tiergarten und Wilmersdorf. Eine ältere Kandidatin ist aktiv in der GEW, eine weitere Mitglied einer Bürgerinitiative und Instandbesetzerin. In Kreuzberg kandidiert ein Sozialarbeiter, in Steglitz wurde Prof. Martin Jänicke von der MV nominiert; er stieg aus der SPD nach dem Nachrüstungsparteitag aus und ist aktives Mitglied im Westberliner Landesverband der Grünen. Im Bezirk Zehlendorf kandidiert viel Prominenz: RA Otto Schily auf Platz 1, Prof. Flechtheim auf Platz 4.

Die AL löste einen weiteren Beschluß des Delegiertenrates ein: fünf inhaftierte Instandbesetzer kandidieren auf (nicht-aussichtsreichen) Plätzen fürs Abgeordnetenhaus.

In Kreuzberg wurde eine 40-jährige Türkin aufgestellt, und auch Peter Paul Zahl kandidiert (auf einem nicht aussichtsreichen hinteren Platz). Im Bezirk Tiergarten gibt es ein Novum auf der Bezirksliste: vier Frauen kandidieren auf den ersten Plätzen; auf einem hinteren Listenplatz ist Gerald Klöpper (,,2. Juni"-Prozeß) plaziert.

Mit Fug und Recht kann von einer sehr bunten, alternativen Mischung gesprochen werden — wenn auch die MV einen negativen Beigeschmack hinterließ: zwei Kreuzberger Kandidaten, die sich unter 4 AL-Mitgliedern für Platz 1 ‚bewarben', wurden einem peinlichen politischen Verhör unterzogen. Es handelte sich dabei um Dirk Schneider und eine Genossin der ,,Z"-Gruppe. Sie fielen auf der MV bei einer ,,Befragung" durch, die an psychologische Kriegsführung erinnerte. Bestimmte Kräfte hatten offensichtlich ein Interesse daran, politisch unliebsame Kandidat/inn/en nach hinten abzudrängen. Wen wundert's, daß diese ,,Befragungen" vornehmlich von Mitgliedern der aufgelösten ,,KPD" vorgenommen wurden...

Inzwischen hat Dirk Schneider sein Abgeordneten-Mandat für den Bezirk Kreuzberg niedergelegt, nachdem er von Ex-,,KPD"-Leuten als ,,etablierter Politiker" u.ä. angemacht worden war.

## Gruhls ,,Grüne" melden Spalter-Kandidatur an

## Gruhls ,,Grüne" melden Spalter-Kandidatur an

Laut ,,Tagesspiegel" und ,,Spandauer Volksblatt" vom 26.2.81 wird sich die rechtslastige ,,Grüne Liste Berlin" an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligen. Sie hat nichts zu tun mit dem Westberliner Landesverband der ,,Grünen", die im Gegenteil diese Spalterkandidatur verurteilt hat und die AL unterstützen wird.

Unterstützung erhalten die reaktionären ,,Grünen" — in ihrem kleinen Klub von rund 50 Mitgliedern fühlten sich auch die rechtsradikalen ,,Solidaristen" zu Hause — massiv von Gruhls ,,Grüner Föderation", der sich offensichtlich doch noch nach Absprache mit CDU-Fraktion und Kanzleramt für die Kandidatur eines rechten Ablegers entschied, um vor allem Stimmen aus dem eher mittelständischen Lager, die AL wählen könnten, abzuziehen.

**D., Westberlin**

### Anmerkungen:

(1) Alter Programmentwurf ‚Berlinpolitik', S. B3
(2) ebenda, S. B2
(3) Dieses Papier wurde nach der ersten MV verfaßt und trug dem mißlichen Umstand Rechnung, daß die zum Teil scharfen Widersprüche zu einem konsensfähigen Papier zusammengeschrieben wurden. So blieben die Kontroversen teilweise für viele AL'ler undruchsichtig. Aufgrund des Zeitdrucks verblieb wenig Zeit für eine ausführlichere und breitere Debatte.
(4) ‚Leitantrag' zur ‚Berlinpolitik', S. B14
(5) ebenda, S. B10
(6) Ergänzungsantrag W. Kaiser
(7) siehe Anm. (4), S. B8
(8) ‚Leitantrag' zur Friedenspolitik, S. C10
(9) ebenda
(10) ebenda, S. C9
(11) ebenda, S. C13/14
(12) Antrag zu C12 von W. Kaiser
(13) Das Kritikpapier wurde auf der 3. MV der AL am 8.3. verteilt. Ansonsten gilt Anm. (3).
(14) ‚Leitantrag' zur Friedenspolitik, S. C8-C17
(15) Anträge P1-P10 sowie P20-25

# BuLi Bielefeld: Stärkerer Gegenwind? Große Sparkoalition beim Haushalt '81

**Nachdem es der Bunten Liste Bielefeld in der Vergangenheit teilweise gelungen war, parlamentarische Erfolge durch Kompromisse mit der SPD zu erreichen, scheint diese Möglichkeit in Zukunft – zumindest auf absehbare Zeit verbaut. Die in vielen Fragen schon vorher existierende Große Koalition hat sich mit dem Haushalt für 1981 anscheinend durchgesetzt.**

Bei der Verabschiedung des 80er Haushalts konnte die BuLi der SPD die Zustimmung zu einigen bunten Forderungen abringen, da CDU und FDP wegen der Gewerbesteuererhöhung den Haushalt grundsätzlich ablehnten (vergl. AK 174 und 190). Damit stand die SPD im vergangenen Jahr vor der Alternative, den Haushalt mit der Bunten Liste zu verabschieden und dieser einige Zugeständnisse zu machen, oder aber auf die beabsichtigte Gewerbesteuererhöhung zu verzichten und schon 1980 massive Kürzungen vor allem im Sozialbereich vorzunehmen. Dies wäre ein zu offensichtlicher Wahlbetrug gewesen; hatte die SPD doch vor allem im Bereich der Jugendpolitik große Versprechen gemacht. 1981 mochte die SPD sich nun nicht mehr auf die Buli stützen. Sie befürchtete wohl, daß eine erneute Verabschiedung des Haushalts mit der Buli eine Vorentscheidung für die nächsten Jahre gewesen wäre.

Bei einem neuerlichen SPD-Bunte Liste-Bündnis auch in anderen Fragen auf eine „rosa-bunte Ratskoalition" angewiesen zu sein, war der Mehrheit der SPD-Ratsfraktion offensichtlich nicht geheuer.

Ob es sich um *„überwiegend i r r a t i o n a l e Beweggründe"* gehandelt hat, die die SPD *„ohne Rücksicht auf politische Zielsetzungen in die Arme von CDU und FDP"* getrieben haben, wie Buli-Fraktionsgeschäftsführer M. Winter in einem Interview mit dem „Stadtblatt" (1/81) vermutet, erscheint zweifelhaft. Signalisiert die große Sparkoalition doch in erster Linie eine stärkere Übereinstimmung von SPD- und CDU/FDP-Politik als zwischen sozialdemokratischen und bunten Positionen.

## Große Koalition: Verschlechterung des politischen Klimas?

An die Adresse der SPD gerichtet heißt es bereits im Neujahrsaufruf der Buli vom Dezember 80: *„Welchen Weg die SPD zukünftig gehen wird, ist eine offene Frage. Vielleicht gibt die Verabschiedung des Haushalts im Januar erste Anhaltspunkte dafür"* („NW", 31.12.80).

M. Winter beklagte die „Kurzsichtigkeit" der SPD und fragte, wie die SPD *„vor dem Hintergrund immer größerer Wohnungsnot und sich verschärfender Arbeitslosigkeit – mit der frischen Erinnerung an die Geschehnisse in Zürich und Westberlin – diese neuen großen Herausforderungen zusammen mit Parteien bewältigen will, denen seit Jahrzehnten nichts Neues eingefallen ist, ja, deren Rezepte sogar in traditionellem Widerspruch zu sozialdemokratischer Politik stehen."* („Stadt-Blatt", 1/81).

Und er vermutet weiter, daß ein Schwenk der SPD nach rechts – also Große Koalition statt SPD/Buli Bündnis zu einer *„erheblichen Verschlechterung des politischen Klimas in Bielefeld"* führen kann.

Eine solche Entwicklung sei seiner Meinung nach auf die *„Denkfaulheit"* (Stadtblatt 1/81) der SPD zurückzuführen.

Auf die SPD blieben diese noch vor der entscheidenden Haushaltsdebatte im Rat abgegebenen Erklärungen und Ermahnungen ohne Wirkung. Die Bunte Liste sieht sich nun in der Situation, als einzige oppositionelle Partei im Bielefelder Rat aktiv zu werden. Für die BuLi Bielefeld bedeutet das eine wesentliche Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen, der sie in Zukunft Rechnung tragen muß. Es sei denn, die SPD läßt sich auch zukünftig auf den einen oder anderen Handel ein.

Auch wenn SPD-Fraktionschef Bender vor der Haushaltsdebatte noch signalisiert hatte, über die Forderungen der BuLi könne geredet werden, sind letztlich alle Buli-Anträge mit den Stimmen der SPD abgelehnt worden und z.T. schon bei der Beratung in den Ausschüssen auf der Strecke geblieben. Von SPD und Bunter Liste im Personalausschuß bewilligte Mehrstellen im Sozialbereich sind sogar im selben Ausschuß bei der Schlußabstimmung von SPD/CDU/FDP wieder gekippt worden.

Gespart worden ist beim Haushaltsansatz 81 vor allem im Sozialbereich – und hier besonders im Jugendetat, der im vorangegangenem Jahr durch einen Handel zwischen Buli und SPD noch weitgehend verschont werden konnte. Jetzt müssen neun statt acht Jugendzentren mit insgesamt 10% weniger Geld auskommen, sodaß sich – die Preissteigerungen berücksichtigt – Kürzungen bis zu 20 % ergeben können. Gleichzeitig stehen den Kürzungen massive Gebührenerhöhungen für Freibäder, Volkshochschule, Theater, Müllabfuhr und Entwässerung usw. von ca. 20 bis über 50 % gegenüber. An den größenwahnsinnigen Prestigeobjekten wie Stadt-Autobahn mit zum Teil verheerenden Folgen für die Bevölkerung wird nach dem Willen der SPD/CDU/FDP-Fraktion nicht gerüttelt.

So war schon vor der eigentlich entscheidenden Ratsitzung klar: außer dem klaren Nein der Buli-Fraktion gab es im Bielefelder Stadtrat nur Zustimmung zum 'Skandal-Haushalt' (Buli-Mitgliederrundbrief 81).

entscheidenden Ratsitzung klar: außer dem klaren Nein der Buli-Fraktion gab es im Bielefelder Stadtrat nur Zustimmung zum 'Skandal-Haushalt' (Buli-Mitgliederrundbrief 81).

Die Buli-Fraktion verzichtete darauf, ihre Vorstellungen *„...noch einmal in Form von Anträgen auf den Tisch zu legen.*

*...Sicherlich, es hätte uns einiges Vergnügen bereitet, den einen oder anderen aus der SPD-Fraktion, der sich in der Vergangenheit vielleicht für eine etwas andere Politik stark gemacht hat, in Schwierigkeiten zu bringen. Aber dieses Vergnügen ist ja auch nur von kurzer Dauer. Und ausserdem ist Kollege Rixe ja schon dadurch genug gestraft, daß er auch nach diesem Haushalt weiterhin als Feigenblatt herhalten muß."* (Haushaltsrede von Reinhard K., Fraktionsvorsitzender der Buli, zitiert nach Mitgliederrundbrief 1/81). Der erwähnte ‚Kollege Rixe' ist Vorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschusses, Mitglied der SPD-Ratsfratkon, und soll wegen der Kürzungen im Jugendbereich mit der Verweigerung seiner Stimme zum Haushalt und Rücktritt als JWA-Vorsitzender gedroht haben, worauf ihm SPD-Fraktionskollegen mit Hinweis auf die Stimmen der CDU und FDP bedeutet haben sollen, daß seine Stimme nicht erforderlich sei.

## Auch die Presse ist weniger "Buli-freundlich."

Aus der recht umfangreichen Haushaltsrede R.K.'s, deren wirtschaftstheoretischer Teil übrigens jedem Wirtschaftswissenschaftler zur Ehre gereicht hätte, zitiert die Bielefelder Tagespresse nur kleine Passagen und unterschlug die Buli-Position fast völlig. So war von einer *„bunten Mischung von Fakten und Polemiken, belegbaren Beispielen und provozierenden Unterstellungen"* die Rede („NW" v. 30.1.81).

Zitiert, wenn auch nicht vollständig, wurde lediglich die Passage, in der der „Beitrag" der Stadt Bielefeld zum 'Jahr der Behinderten' herausgestellt wurde. Die bereits beschlossenen 90.000 DM für eine Rampe und

dig, wurde lediglich die Passage, in der der „Beitrag" der Stadt Bielefeld zum 'Jahr der Behinderten' herausgestellt wurde. Die bereits beschlossenen 90.000 DM für eine Rampe und

für behindertengerechte Toiletten in der Bezirksverwaltungsstelle Jöllenbeck wurden ebenso von der „großen Streichkoalition" (Haushaltsrede) gestrichen, wie der Antrag der Bunten Liste auf 360.000 DM für Taxi-Gutscheine für Behinderte. Demgegenüber sind aber *„20.000 DM für städtische Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des 'Jahr's der Behinderten'... ungeschoren erhalten geblieben."* (NW, 30.1.81).

Der relativ schlechten bzw. unzureichenden Berichterstattung der bürgerlichen Presse wurde durch eine 40.000er Hauswurfsendung der Buli begegnet, mit der sie ihre Positionen in der Haushaltsdebatte einem großen Teil der Bielefelder Bevölkerung zugänglich machte. Bisher hatte sich die Buli mehr auf die Berichterstattung der Presse verlassen, und eine eigenständige Berichterstattung vernachlässigt.

## Stellt sich die Buli auf die veränderten Bedingungen ein?

Abzuwarten bleibt, ob sich durch die veränderten Rahmenbedingungen auch entsprechende Änderungen in der Buli-Parlamentspolitik ergeben. Bislang waren ja Erfolge der Parlamentsarbeit über punktionelle Bündnisse mit der regierenden SPD möglich gewesen, was zumindest vorerst ausgeschlossen zu sein scheint.

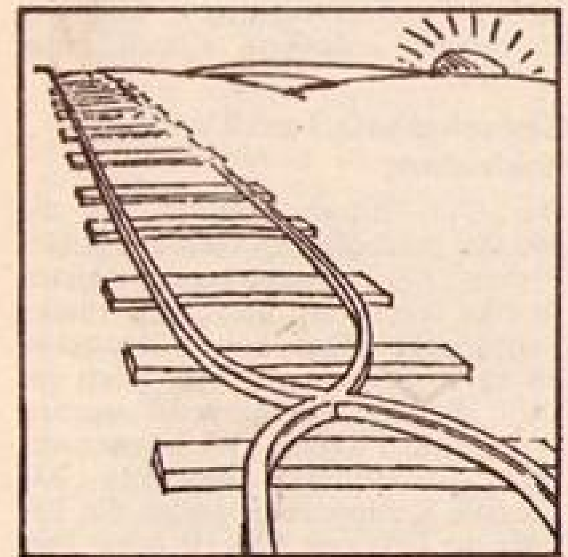
Unter diesem Gesichtspunkt ist eventuell auch die Debatte um 'alternative Machart oder konkrete Ergebnisse', wie sie von Michael Winter entfacht worden war (Vergl. AK 190), neu zu führen. Ebenfalls neu zu diskutieren ist möglicherweise auch die Gegenüberstellung der Politik der Bunten Liste Bielefeld mit der Politik anderer Listen, wie etwa mit der GAL Münster. Dies wäre zugleich eine Auseinandersetzung mit der von der „Gruppe Z" propagierten Form alternativer Kommunalpolitik, die die bisherige parlamentarische Praxis der Buli Bielefeld stark beeinflußt hat.

der „Gruppe Z" propagierten Form alternativer Kommunalpolitik, die die bisherige parlamentarische Praxis der Buli Bielefeld stark beeinflußt hat.

Neues von den

# Neues von den bayerischen Grünen

Vor einigen Wochen hatte der bayrische Landesvorstand der Grünen in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung den Bundesvorstand der Partei aufgefordert, *„die nötigen Maßnahmen einzuleiten, (um) die 'Z-Fraktion' so schnell wie möglich aus der Partei 'Die Grünen' auszuschließen"*. Auf der Bundeshauptausschußsitzung am 21./22.2. in Kassel (vgl. AK 196, S. 9) war dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit (31:6) abgelehnt worden; die Mehrheit der BHA-Vertreter hatte sich für eine Vertagung des Problems 'Z' ausgesprochen und einen Schlichtungsausschuß eingesetzt, der vor allem prüfen soll, ob die 'Gruppe Z' den vom BHA beschlossenen Auflagen (Öffnung aller Organisationstermine für Mitglieder der Grünen) nachkommt.



Mit einem neuen Antrag an den Bundesvorstand hat sich nun der bayrische Landesvorstand auf die veränderte Lage eingestellt. Zwar seien die Bayern *„nach wie vor der Ansicht, daß wir mit unserem Antrag zur Lösung der Z-Problematik einen konstruktiven, fundierten und stichhaltigen Beitrag geleistet haben"*; mit dem neuen Antrag hofft man aber das alte Ziel – den kollektiven Ausschluß der 'Gruppe Z' – genauso erreichen zu können: die in Kassel eingesetzte Schlichtungskommission soll ultimativ aufgefordert werden, *„innerhalb von vier Wochen, spätestens jedoch bis zum 26.3.81 dem Bundesvorstand einen Bericht vorzulegen. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, danach unverzüglich die nötigen Schritte zu einer Lösung der 'Z'-Problematik einzuleiten"*.

## Unruhe in einigen bayrischen Kreisverbänden

Der harte Kurs des Landesvorstands ist in einigen bayrischen Kreisverbänden mittlerweile auf Kritik gestoßen. Die Grünen aus Würzburg, Ebersberg und München-Mitte haben, zum Teil einstimmig, Protestresolutionen verabschiedet, in denen dem Landesvorstand das Recht abgesprochen wird, eigenmächtig im Namen des Landesverbandes Ausschlußanträge zu stellen. Die Würzburger schreiben z.B. dazu: *„Der KV Würzburg der Grünen ist der Meinung, daß ein Parteiausschluß grundsätzlich die letzte Möglichkeit sein soll. Um über die Ausschlußforderung des bayrischen Landesvorstandes gegen die Zentrumsfraktion entscheiden zu können, fehlt uns zumindest hier in Würzburg jegliche Informationsgrundlage."* An den Landesausschuß hat der Würzburger Kreisverband außerdem den Antrag gestellt, das Vorgehen des Landesvorstandes zu mißbilligen und festzustellen, *„daß die o.g. Resolution (gemeint ist der Ausschlußantrag) nicht satzungsgemäß zu Stande gekommen"* sei und deshalb außer Kraft gesetzt werden müsse.

# Rücktritt aus dem Bundesvorstand der Grünen

Ursula Alverdes hat ihren Rücktritt aus dem Bundesvorstand der Grünen erklärt. Der vom Bundeshauptausschuß zu 'Z'-Frage gefaßte Beschluß ist für sie ein *„fauler Kompromiß, der die Einheit der Partei gefährdet. Ich halte ihn für sinnlos, weil ich nach langem Lernprozeß zu dem bitteren Ergebnis gekommen bin, daß wir die Z-Leute nicht integrieren können, weil sie nicht integriert werden wollen... . Unser Stil sollte alternativ sein. Ich habe aber zu viel Intoleranz, Aggressivität und Fanatismus erlebt und keine Hoffnung mehr, daß sich das noch ändert..."*

Die [illegible]orter eines schnellen Ausschlusses der 'Gruppe Z' haben damit für die nächsten Wochen einen neuen Knüller: wieder ist eine prominente Grüne „in die Resignation getrieben" worden...

# Dinné wollte schon 1975 eine Bürgerwehr zur Entlastung der Polizei

Manche meinen, Olaf Dinne (Chef der Bremer Grünen Liste und Bürgerschaftsabgeordneter) habe sich erst langsam von einem Linken zu einem engagierten Vertreter reaktionärer Politik entwickelt. Auch wir glaubten, daß speziell die Gründung der bürgerwehrartigen „Schutzgemeinschaft Ostertor/Remberti" mit Dinnes offener Unterstützung (siehe div. AK-Artikel) das allmähliche Produkt kleinbürgerlicher Ängste gewesen sei, die „Problemgruppen" Ausländer, Studenten und Punks könnten eines Tages auch im eigenen Vorgärtchen die Blumen zertrampeln. Weit gefehlt: Dieser Tage veröffentlichte der SPD-Ortsverein Altstadt, dem Dinne bis zu seinem Austritt angehört hatte, ein Dokument, aus dem hervorgeht, daß Dinne schon 1975 versucht hat, eine „Bürgerwehr im Ostertor" aufzubauen.

Hier wird der Versuch unternommen, mit angeblich linker Argumentation eine Organisation zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im reaktionären Sinne aufzubauen: Gegen wen anderes als gegen eben die *„Randgruppen, die dann das Sicherheitsrisiko darstellen"*, sollte sich wohl auch diese Bürgerwehr richten? Welchen anderen Zweck als der Staatsmacht Arbeit abzunehmen und zur paramilitärischen Selbsthilfe aufzuhetzen sollte wohl der *„Telefonkontakt ... zu Verstärkungen und zur Polizei"* haben?

Im Begleitschreiben des SPD-Ortsvereins zur Veröffentlichung des Planes wird behauptet, Dinne habe seinerzeit bei der mündlichen Begründung der Vorlage davon gesprochen, *„über die Bürgerwehr unauffällig an Waffen ... zu gelangen"*. Dies und die Behauptung der SPD, Dinne habe damals alleine auf weiter Flur gestanden, bestreitet Dinne als „Geschichtsfälschung".

Wie dem auch sei. Unbestritten ist der Plan der Bürgerwehr als langjähriger Traum Olaf Dinnes. Grund genug für uns, noch einmal eindringlich vor den politischen Vorstellungen dieses Herrn und seiner Gruppierung zu warnen. Das, was er als „Alternative Politik" bezeichnet, ist nicht nur etwas entfernt von Demokratie, sondern ihr geradezu entgegengesetzt.

KB/Gruppe Bremen

**Vorlage zum Gedanken einer „Bürgerwehr"**

*Eine Bürgerwehr im Ostertor, deren Organisationsstrukturen im Nachfolgenden skizziert werden, hätte folgende Nach- und Vorteile:*
*a) NACHTEILE*
*1. Der Bürgerwehr eilt ein faschistischer Ruf voraus aufgrund der Vergangenheit und der gegenwärtigen Beispiele in anderen Städten (z.B. Chicago).*
*2. Die immer noch unverstandene OVA-Politik wird dadurch für Leute außerhalb unseres Bereiches noch unklarer – insbesondere wird dies zu weiteren absichtlichen Mißverständnissen bei Übelwollenden führen;*
*3. die damit insgesamt verbundene Arbeitsmehrbelastung ist für uns erheblich, zumal wir genügend dringende Aufgaben anderweitig zu lösen haben.*
*b) VORTEILE*
*Das wachsende Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung (wenn die These stimmt, daß zunehmende Kapitalverwertung auch zunehmend Betroffene erzeugt, so schafft sie eben auch zunehmend Randgruppen, die dann das Sicherheitsrisiko darstellen!) wird*
*1. von der CDU zu einem massiven Druck zur Budget-Erhöhung führen (was das bedeutet ist klar!) ohne ein unmittelbares Mehr an Sicherheit für die Bevölkerung zu bringen, stattdessen aber zu spürbaren Steuererhöhungen.*
*2. über kurz oder lang sowieso zu faschistischen Bürgerwehren führen, auf die wir dann keinen Einfluß mehr haben werden, während wir jetzt noch die Chance zu einer linken Organisation dem Inhalt und der Form nach haben.*
*3. Für uns stellt das den Zugang und die Kommunikation (Kommunikation nicht im Sinne von Schimpfen auf Langhaarige bei Organisationsbesprechungen, sondern zum Beispiel! bei der Frage, wie eine Frau sich bei einem Vergewaltigungsversuch verhalten sollte. Bei dem Diskutieren der Ursache solcher Versuche kann auch die Ursache von Verhaltensstörungen ganz allgemein besprochen werden: Kommunikationsmangel. Vielleicht gelingt damit ein Durchbrechen des Teufelskreises. Wie er schon im OVA-Sani-Konzept dargestellt wurde.) zu noch breiteren und uns traditionell kaum zugänglichen Schichten dar.*
*4. Eine Unterstützung und Ausrüstung durch staatliche Institutionen ist zu erwarten.*

*Die Organiationsstruktur und der Aufbau*
*a) ORGANISATION*
*1. Spazierstreifen im Zivil zu zweit je nach Kapazität mit Sprechfunkkontakt zu*
*2. einer improvisierten Zentrale, die Telefonkontakt hat zu -Verstärkungen und zur -Polizei.*
*3. Einmal wöchentlich Diskussion aller Teilnehmer.*
*b) AUFBAU*
*1. Richtungsbeschluß im OVA demnächst.*
*2. Fragen aller Segmentäre an die Kontaktpersonen über – den Gedanken der Bürgerwehr und – ev. Mitwirkung.*
*3. Grundsatzbeschluß im OVA hiernach mit Aufbaukommission.*

# Tarifrunde 1981: „Neue Beweglichkeit", Warnstreiks und was dann?

Ein kostümierter Demonstrationszug war in das Verhandlungszimmer eingedrungen und hatte in einer Leichenrede das Begräbnis von Demokratie, Rechtsstaat und Tarifpartnerschaft verkündet. Daraufhin verließ die Kapitalistendelegation den Verhandlungsraum und forderte vom Bezirksleiter der IG Metall, Steinkühler, sich von diesen Äußerungen zu distanzieren. Nachdem er dies abgelehnt hatte, erklärten die Kapitalisten die Verhandlungen an diesem Tag für beendet, da sie sich beleidigt fühlten.

Nicht nur hier, am 11.3. in Stuttgart, sondern auch in allen anderen Tarifbezirken sind die Tarifverhandlungen für die 4,5 Mio Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie festgefahren. Die Angebote von Gesamtmetall bewegen sich zwischen 3 % (Nordverbund, Westberlin, Nordwürttemberg-Nordbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern, Südbaden, Nordrheinwestfalen, VW-Werke) und 3,5 % (Hessen). Verschiendentlich wurden Verhanlungstermine von den IGM-Vertretern frühzeitig verlassen oder gar nicht erst aufgesucht, da zum wiederholten Male kein neues Angebot von den Metallindustriellen vorgelegt wurde. Die Verhandlungen wurden begleitet von Wellen von Warnstreiks und Demonstrationen, an denen sich in den letzten Tagen mehr als 500.000 Metaller/innen beteiligten (bei einer IGM-Angabe der Streikbeteiligung von 80 %).

Trotz dieser eindeutigen, massenhaften Streikbereitschaft auf der einen, und des provokatorischen Beharrens der Kapitalisten, signalisierte die Verhandlungsführung der IGM in schon peinlicher Weise ihre Bereitschaft, den Konflikt am Verhandlungstisch beizulegen. Welchen „Kompromiß" sie dabei im Auge hat, zeigt sich an der Stellungnahme der IGM zu einem Abschluß im bayerischen Schlosserhandwerk von 5,5 %, der von ihr als „*gelungener Ausgleich für die zu erwartende Preissteigerungsrate*" gewertet wird (die zu diesem Zeitpunt — Ende Februar — mit 6 % angegeben wurde).

### „Balkanisierung des Arbeitskampfwesens"

Die Kapitalisten haben sich auf Konfrontation eingerichtet. In der Tarifrunde '81 wollen sie eine „tarifpolitische Wende" mit Gültigkeit für die 80er Jahre erzwingen. Die Unternehmerverbände haben ihre „Kriegskasse" für die kommenden Tarifauseinandersetzungen auf ca. 600 Mio DM aufgestockt. Mit dieser Summe wird zugleich das eigene Lager einer eisernen Disziplin unterworfen. Die Mitgliedsfirmen sollen bei Arbeitskämpfen nur dann aus diesem Kampffonds unterstützt werden, wenn sie nicht aus der Verbandsdisziplin ausscheren.

Konkrete Aktionen gegen die laufenden Warnstreiks sind einem Rundschreiben der Metallverbände zu entnehmen. Hier heißt es u.a.: „*Die betrieblichen Führungskräfte sind anzuweisen, die Dauer der Aktionen und die Teilnehmer daran namentlich festzuhalten.*" In einem Mustertext für unternehmerische Drohflugblätter heißt es dazu: „*Wer sich beteiligt, handelt gegen Recht und Gesetz, hat keinen Lohnanspruch, kann fristlos entlassen werden, kann wegen des dem Unternehmen entstehenden Schadens haftbar gemacht werden*" (zitiert nach „Roter Morgen", 27.2.).

### Rechtsstreit um Warnstreiks

Gesamtmetall plant zudem offensichtlich einen Vorstoß zur Illegalisierung von Warnstreiks. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Kirchner, sieht in den Warnstreiks „*englische Verhältnisse*" oder gar eine „*Balkanisierung des Arbeitskampfwesens*" heraufziehen; er bezeichnet diese als „*rechtswidrige Aktionen*". Die Argumentation von Gesamtmetall: Wenn Warnstreiks überall in der BRD im „*rollierenden System*" eingesetzt werden, komme das im Ergebnis einem „*Erzwingungsstreik*" gleich. Solche Warnsteiks seien also illegal, weil der Erzwingungsstreik erst „letztes *Mittel*" sein darf. Das Bundesarbeitsgericht hatte 1976 Warnstreiks als Mittel der Einflußnahme noch während laufender Verhandlungen für Rechtens erklärt, dabei aber die Formulierung „kurz und zeitlich begrenzt" offengelassen.

**Gesamtmetall strebt offensichtlich an, gerichtlich Warnstreiks verbieten zu lassen, die länger als eine halbe Stunde dauern, auch soll ein Betrieb nicht mehrfach bestreikt werden. Für diese Fälle werden schon jetzt „spontane Abwehraussperrungen" in die Diskussion gebracht.**

### „Neue Beweglichkeit" kontra Vollstreik als wirkungsvolles Kampfmittel ?

Die IGM-Führung wehrt sich dagegen, von den Kapitalisten vor die „*Alternative Kapitulation oder großer Kampf*" gestellt zu werden. Sie sieht in der Rechtsauslegung von Gesamtmetall ein

*Fortsetzung auf Seite 20*



Leichenrede der Metaller für das „Begräbnis von Demokratie, Rechtsstaat und Tarifpartnerschaft"

**AUFFORDERUNG**

an alle Mitglieder der Industriegewerkschaft METALL in den Betrieben der Metallindustrie in Dortmund, Lünen und Castrop-Rauxel

**die Arbeit niederzulegen**

**HEUTE**

Protestdemonstration um 12.00 Uhr im Betrieb in Form einer befristeten Arbeitsniederlegung gegen das beabsichtigte Lohndiktat der Arbeitgeberverbände.

Löhne und Gehälter sind nicht nur Kosten, Löhne und Gehälter sind auch Kaufkraft!

**Darum:**

Kein Abbau der Realeinkommen der Arbeitnehmer
Schluß mit dem Verhandlungszirkus
Ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch

Die Geduld ist zu Ende! Der soziale Friede ist bedroht!

Industriegewerkschaft METALL
f. d. Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Dortmund

Dortmund, den 5. März 1981

1. Bevollmächtiger

IGM-Aufruf zum Warnstreik

## Warnstreiks und Demonstrationen im Überblick

26.2.: 17.000 Metaller/innen streikten in 20 Hessischen Betrieben bis zu einer Stunde. In Kassel gab es Warnstreiks bei Daimler-Benz (4.000) und AEG (2.500). In Rüsselsheim bei Opel waren es 1.000. Zweitausend beteiligten sich an einer Demonstration in Wiesbaden (aus Darmstadt, Marburg, Gießen und Offenbach). Rund 4 - 5.000 Beschäftigte traten in Wetzlar, Kassel, Herborn und Darmstadt für kurze Zeit in den Ausstand.

Diese Aktionen fielen noch in ei-

marsch zu einer gewerkschaftlichen Kundgebung vor das Sindelfinger Gewerkschaftshaus gezogen.

In drei kleineren Betrieben Hamburgs und Schleswig-Holsteins fanden weitere Warnstreiks statt (Zahlen sind uns nicht bekannt), ebenso über 2.000 der Werft Weser AG in Bremen. Damit sind am Freitag Vormittag allein in den beiden großen Automobilkonzernen mehr Arbeiter und Angestellte in kurzfristigen Proteststreiks getreten als am Donnerstag

Beteiligten wird von der IGM an diesem Tag auf 66.000 beziffert. Der Schwerpunkt lag in Baden-Württemberg. Im Nordverbund streikten ca. 12.000, davon 7.000 in Hamburg (2.500 bei MBB) und Bremen. In Braunschweig waren es 4.000 bei Siemens.

Offensichtlich setzt Gesamtmetall auf Zeitgewinn bei Verhandlungen, in der Hoffnung, daß sich die „neue Beweglichkeit" abnützt und auf die Dauer demoralisierend wird. Über die

Die Geduld ist zu Ende! Der soziale Friede ist bedroht!

Industriegewerkschaft METALL
f. d. Bundesrepublik Deutschland
Verwaltungsstelle Dortmund

Dortmund, den 5. März 1981

1. Bevollmächtiger

IGM-Aufruf zum Warnstreik

## Warnstreiks und Demonstrationen im Überblick

26.2.: 17.000 Metaller/innen streikten in 20 Hessischen Betrieben bis zu einer Stunde. In Kassel gab es Warnstreiks bei Daimler-Benz (4.000) und AEG (2.500). In Rüsselsheim bei Opel waren es 1.000. Zweitausend beteiligten sich an einer Demonstration in Wiesbaden (aus Darmstadt, Marburg, Gießen und Offenbach). Rund 4 - 5.000 Beschäftigte traten in Wetzlar, Kassel, Herborn und Darmstadt für kurze Zeit in den Ausstand.

Diese Aktionen fielen noch in ei-nen Zeitraum vor dem Ende der „Friedenspflicht" (28.2..) Für die darauffolgende Woche sollte es dann bundesweit in breiterem Rahmen weitergehen.

An den „tollen Tagen" spielte sich kaum etwas ab:

**Montag („Rosenmontag"), 2.3.:**
Im SEL-Werk bei Stuttgart (Eßlingen) kamen 300 Metaller/innen zwei Stunden später zur Frühschicht.

**Dienstag („Fastnacht"), 3.3.:**
Bei Bosch (Werk in Rommelsbach und Reutlingen) waren 500 im Warnstreik.

**Mittwoch („Aschermittwoch"), 4.3.:**
In den baden-württembergischen Städten Ludwigsburg, Bietigheim und Weingarten beteiligten sich 1.250 Metaller/innen aus drei Betrieben an Warnstreiks (Demonstration in Bietigheim).

**Donnerstag, 5.3.:**
Warnstreiks zwischen 30 bis 60 Minuten (insgesamt 110.000).
Hamburg: 1.000 bei Still-Fahrzeugwerke
Eckernförde: 450 bei Sauer und Sohn
Bremen: 3 - 3.500 bei Daimler-Benz mit Demonstration vors Rathaus des Stadtteils Hemelingen
Westberlin: 1.800 bei Borsig und der KWU (Siemens), Demo in Tegel;
Bielefeld: 10.000 in 35 Betrieben;
Wuppertal: 8.500 in 17 Betrieben;
Gummersbach: 8.000 in 28 Betrieben;
Saarlouis (Ford): 4.000;
Bietigheim: 1.000;
Mühlheim (KWU): 4.000;
Gelvesberg: 4.000;
Hagen: 4.000;
Dortmund: „Holstein & Kappert" 1.500.

**Freitag, 6.3.:**
**Allein in den sechs großen VW-Werken beteiligten sich 120.000 Metaller/innen.** Bei Daimler-Benz und IBM (beide Sindelfingen) waren es 12.000. Bei Daimler wurde in der Frühschicht die Produktion gestoppt und in einem geschlossenen Demonstrations-marsch zu einer gewerkschaftlichen Kundgebung vor das Sindelfinger Gewerkschaftshaus gezogen.

In drei kleineren Betrieben Hamburgs und Schleswig-Holsteins fanden weitere Warnstreiks statt (Zahlen sind uns nicht bekannt), ebenso über 2.000 der Werft Weser AG in Bremen. Damit sind am Freitag Vormittag allein in den beiden großen Automobilkonzernen mehr Arbeiter und Angestellte in kurzfristigen Proteststreiks getreten als am Donnerstag bei allen Aktionen zusammen.

**Montag, 9.3.:**
Die Zahl für diesen Tag an Streiks Beteiligten wird auf 130.000 beziffert.
Nordverbund; Insgesamt 25.000, davon 6.000 der Hamburger Werft Blohm & Voss und von der Bremer Vulkan Werft 3.500. In Rendsburg und Lübeck legten 9.000 kurzfristig die Arbeit nieder, in Firmen in Papenburg (Niedersachsen) waren es 2.300.
Nordrhein-Westphalen: Ford Köln 10.000;
Klöckner-Humbold-Deutz: 7.000;
Duisburg: 6.000 mit anschließender Großkundgebung;
Oberhausen: 5.000;
Hessen: Insgesamt 27.000, davon allein 10.000 bei Opel in Rüsselsheim.
Rheinland-Pfalz: Daimler-Benz (LKW–Werk in Wörth): 4.000; Trier, Wiesbaden, Frankenthal: 6.000
Westberlin: 1.000 beteiligten sich an einer Demonstration in Berlin/Tempelhof.
Baden-Württemberg: Warnstreiks von 4.000.

**Dienstag, 10.3.:**
5.000 folgten einer Kundgebung in Essen; 42.000 waren in Hessen an Warnstreiks beteiligt. (Zahlen unvollständig).

**Mittwoch, 11.3.:**
Hamburg: 6.500: außerdem stand Daimler-Benz zwei Stunden lang still.
Kiel: 4.000 steikten bei HDW und Siemens;
Bremen: Auf der Lürssen-Werft und in der Luft- und Raumfahrtindustrie beteiligten sich 2.000 an einem einstündigen Warnstreik;
Wilhelmshaven: 800 marschierten zum Arbeitgeberverband;
Bremerhaven: mehrere Arbeitsniederlegungen;
Baden-Württemberg: 35.000 befanden sich in Warnstreiks (Zahlen unvollständig).

**Donnerstag, 12.3.:**
Die Gesamtzahl der an Warnstreiks Beteiligten wird von der IGM an diesem Tag auf 66.000 beziffert. Der Schwerpunkt lag in Baden-Württemberg. Im Nordverbund streikten ca. 12.000, davon 7.000 in Hamburg (2.500 bei MBB) und Bremen. In Braunschweig waren es 4.000 bei Siemens.

Offensichtlich setzt Gesamtmetall auf Zeitgewinn bei Verhandlungen, in der Hoffnung, daß sich die „neue Beweglichkeit" abnützt und auf die Dauer demoralisierend wird. Über die Streikbeteiligung der letzten Tage ist uns nichts bekannt. Bleibt zu hoffen, daß die zurückgehenden Mobilisierungszahlen nicht bereits Ergebnis dieser Zermürbungstaktik sind.

**Kommission Betrieb und Gewerkschaft**

### Warnstreik auf Seebeck-Werft

**Bremerhaven.** Rund 3000 Metaller traten am 9.3. in einen 2-stündigen Warnstreik und veranstalteten eine Protestkundgebung, um der IGM-Forderung von 7,7% Nachdruck zu verleihen. Aber auch die in solchen Situationen üblichen markigen Worte der IGM-Hauptamtlichen konnten nicht überdecken, daß die Begeisterung für die von der IGM eingeschlagene Art der Kampfführung nicht gerade groß zu nennen ist. Für viele Kollegen und Vertrauensleute versteckt sich hinter dem aktuellen Schlagwort von der „neuen Beweglichkeit" nichts anderes als die alte, wohlbekannte Nadelstichtaktik, mit der schon so oft Niederlagen in Tarifkämpfen organisiert worden sind. Denn mit derartigen Einzelaktionen wird nicht Kampfkraft organisiert, sondern nur vorgetäuscht; die Wut der Kollegen über provokatorische 3%-Angebote der Unternehmer verpufft so weitgehend wirkungslos. Witzigerweise wird diese „neue" alte Taktik von den Offiziellen damit gerechtfertigt, daß ein richtiger Streik die Kassen so weit leeren würde, daß „1984 dann nicht mehr der Kampf um die 35-Std.-Woche" durchgehalten werden könne – und das wollten die Unternehmer gerade. Was zählen da schon die Sorgen der Kollegen, die einen Lohnklau verhindern wollen, angesichts derart weitsichtiger taktischer Raffinesse.

**KB Gr. Bremerhaven**

## Tarifnachrichten ...

### Handel, Banken und Versicherungen

Für die am 26.3. beginnenden Tarifverhandlungen für die 200.000 Angestellten privater Versicherungsunternehmen sind von der Gewerkschaftsführung HBV „Forderungsempfehlungen" von ca. 9 Prozent genannt worden. Diese sollen sich aufteilen in:

— eine pauschale Gehaltserhöhung von 7,5 Prozent;
— Korrekturen im Tarifgruppensystem (u.a. Wegfall der untersten Gehaltsstufe);
— Zuschläge wie Anhebung eines tariflich gesicherten Weihnachts- und Urlaubsgeldes, bei gleichzeitiger Aufstockung von bereits darüberliegenden Vergütungen;
— Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 80 Mark linear;
— eine pauschale Sechs-Wochen-Urlaubsregelung, Arbeitszeitverkürzungen, Freischichtverbesserungen sowie eine tariflich gesicherte vorzeitige Pensionierungsmöglichkeit.

Das Schlichtungsverfahren mit Friedenspflicht war von der HBV gekündigt worden und gilt somit zum ersten Mal in diesem Jahr nicht mehr. Damit sei der „Weg frei für spontane Aktionen" meint Lorenz Schwegler, Sprecher der Tarifkommission der HBV. In diesem Bereich gab es eine lange Zeit des „sozialen Friedens": 25 Jahre ohne Streik.

### Öffentlicher Dienst

Am 2.3. gaben die Einzelgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ihre Forderungen für die 2,6 Mio Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes bekannt. Nichts Neues — sie übernahmen Klunckers Empfehlung. Wie die Vorsitzenden der Gewerkschaften ÖTV, der DPG (Deutsche Postgewerkschaft), der GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands), der GEW, der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und der Gewerkschaft der Polizei ihre Aussage, keine „Sonderopfer" bringen zu wollen, mit ihrer 7-Prozentforderung in Einklang zu bringen gedenken, scheint indes rätselhaft.

### Gewerkschaft Textil und Bekleidung

Die GTB-Führung fordert für die 540.000 Beschäftigten ebenfalls sieben Prozent. Die Tarifverträge der meisten Bezirke laufen am 30.3. aus. Einige Tarifbezirke haben höhere Zuwächse bis zu 10 Prozent zur Diskussion gestellt, die jedoch abgebürstet wurden (Vorsitzender Keller: „Wir können uns keine Sondertouren leisten"!). Als „soziale Komponente" sollen die Beträge der Gruppen I bis III linear (berechnet auf Grundlage von Gruppe IV) angehoben werden. So blutet diese Branche langsam aus — nicht einmal Widerstand in der Lohnpolitik ist angesagt. Mann/frau sollte mal die Forderung vor dem Hintergrund der Netto-Durchschnittlöhne sehen, wie sie jetzt gezahlt werden: 1.200 netto in der Bekleidungsbranche und 1.400 Mark im Textilbereich!

### Beamte, Beamtinnen

Der DGB-Beamtenausschuß, der ca. 350.000 Beamte/innen vertritt, fordert auch in diesem Bereich 7 Prozent. Der Demagogie vom „satten Beamten, der endlich „Opfer" erbringen soll", ist entgegenzuhalten, daß von den 1,7 Mio Beamt/inn/en bei Bund, Ländern und Gemeinden 70 Prozent, bei der Bahn und der Post 90 Prozent zu den unteren Einkommensgruppen gehören.

**Kommission Betrieb u. Gewerkschaft**

# Neue Tricks zur Beschönigung der Arbeitslosenzahl

Anhaltend 1,3 Millionen Arbeitslose in der Bundesrepublik, bzw. eine Arbeitslosenquote von 5,6 % signalisieren eine alarmierende Entwicklung. Nach einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind für die Mitte der 80er Jahre sogar 3 Millionen Arbeitslose zu erwarten.

Für die verantwortlichen Politiker ist dies nur Anlaß, Überlegungen anzustellen, wie weitere soziale Verschlechterungen bei den Arbeitslosen und Beschönigungen der Arbeitslosenstatistik vorgenommen werden können. Verbunden wird dies mit einer Pressekampagne gegen „unechte Arbeitslose", „Drückeberger" etc., die die Arbeitslosenkassen und die Statistik belasten würden.

In Wirklichkeit verhält es sich genau umgekehrt. Die amtlichen Statistiken erfassen einen großen Teil der Arbeitslosen nicht: Verheiratete Frauen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, aber eine Arbeit suchen, Berufsanfänger und Schulabgänger gehören dazu. Die Bundesanstalt für Arbeit hat geschätzt, daß dieser Personenkreis 1979 bereits 529.000 Personen umfaßte. Ebenfalls nicht von der Statistik erfaßt werden Personen, die zur Überbrückung ihrer Arbeitslosigkeit Berufsvorbereitungsmaßnahmen, Sprachkurse oder andere Lehrgänge besuchen. Auch die Ausländer, die aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit die Bundesrepublik wieder verlassen müssen, tauchen in den Statistiken nicht auf.

### Manipulation an der Arbeitslosenzahl...

Im Dezember vergangenen Jahres wurde in Bonn eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge gegen den „Mißbrauch" in der Arbeitslosenversicherung erarbeiten soll. Dieser Kommission gehören auch Gewerkschaftsvertreter an („FAZ", 16.1.81). Die Kommission soll Gesetzesänderungen vorbereiten, nach denen die Zahl der Arbeitslosen statistisch um 150.000 bis 200.000 gesenkt werden könnte. Folgende Vorschläge sind in der Diskussion:

- Die Möglichkeit für ältere Arbeiter und Angestellte, die mit 59 Jahren arbeitslos werden und mindestens ein Jahr arbeitslos sind, vorzeitig in Rente zu gehen, soll wieder abgeschafft werden. Angeblich sei diese Regelung mißbräuchlich genutzt worden.
- Schulabgänger, die sich arbeitslos melden, damit ihren Eltern weiter Kindergeld gezahlt wird, sollen nicht länger als arbeitslos gelten. Dabei ist unbestritten, daß zumindest ein großer Teil dieser Jugendlichen zur Überbrükkung durchaus an Arbeit interessiert ist.
- Vorgegangen werden soll auch gegen Personen, die sich arbeitslos melden, obwohl sie keinen Anspruch auf Leistungen haben, um zumindest die Zeit der Arbeitslosigkeit für die Rentenversicherung angerechnet zu bekommen, und gegen Personen, die Sozialhilfe beziehen, und sich deshalb als arbeitslos registrieren lassen müssen. Es ist unglaublich, daß diesen Personengruppen pauschal unterstellt wird, sie wollten gar nicht arbeiten und nur (übrigens ihnen gesetzlich zustehende) Ansprüche geltend machen.

**Sorgenkurve auf dem Arbeitsmarkt**
Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland
(Jahresdurchschnitte)

1869 000 – 1491 000 – 1074 000 – 764 000 – 271 000 – 186 000 – 459 000 – 149 000 – 273 000 – 582 000 – 1074 000 – 889 000 – 1200 000 (Schätzung)

1950 53 55 58 60 63 67 70 73 74 75 80 1981

### ... und an der Arbeitslosenquote

Die Bundesanstalt für Arbeit hat sich inzwischen einen Trick ausgedacht, wie sich zusätzlich noch die Arbeitslosenquote verringern läßt. Setzt man die Zahl der insgesamt in der BRD Beschäftigten erheblich höher an, so würde sich der Prozentsatz der Arbeitslosen verringern, ohne daß es auch nur einen einzigen Arbeitslosen weniger gäbe. Bereits ab Sommer will die Bundesanstalt bei ihren monatlichen Statistiken Selbständige (Freiberufler) und mithelfende Familienangehörige mit zu den Beschäftigten zählen. Bis jetzt sind bei der Zahl der Beschäftigten nur Arbeiter, Angestellte und Beamte berücksichtigt.

### Können Behinderte arbeitslos sein?

Mit knapp 80.000 registrierten arbeitslosen Schwerbehinderten war die Zahl der arbeitslosen Behinderten noch nie so hoch, wie im ersten Monat des „Jahr des Behinderten". Aber auch hier ist schon — statistische — Abhilfe in Sicht: *„Die Arbeitgeber streiten gegen die gesetzlichen Auflagen bei der Beschäftigung der Schwerbehinderten. Ihre Behauptung lautet: Die im Januar registrierten knapp 80.000 arbeitslosen Schwerbehinderten verschwänden aus der Statistik, wenn die Bundesregierung nur die gesetzlichen Auflagen bei der Beschäftigung von Behinderten (Beschäftigungsquote oder Geldabgabe) abschaffe"* („FR", 5.2.81).

Sind dies noch Wunschträume der Kapitalisten, so ist doch auch jetzt schon eine behindertenfeindliche Praxis bei den Arbeitsämtern festzustellen. So wurde uns ein Fall aus Düsseldorf bekannt, wo einem hörgeschädigten und beinleidenden Arbeitslosen die Arbeitslosenhilfe gestrichen wurde. Lapidare Begründung: *„Nach dem arbeitsamtsärztlichen Gutachten können Sie wegen Ihrer geminderten Leistungsfähigkeit nur noch einer kurzzeitigen (wöchentliche Arbeitszeit weniger als 20 Stunden) Beschäftigung nachgehen. Hinzu kommt, daß der Rentenversicherungsträger in Ihrem Falle Berufsunfähigkeit festgestellt hat. Bei dem Zusammentreffen dieser Umstände stehen Sie der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung und haben keinen Anspruch auf Leistungen"*.

In seinem Widerspruch gab der Kollege dem Arbeitsamt die passende Antwort: *„Es drängt sich bei meiner Person leider erneut der subjektive Eindruck auf, daß durch Ihre Versuche, mich in Rente schicken zu wollen, ein Arbeitsloser aus Ihren amtlichen Statistiken gestrichen werden soll. Ich bin leider gezwungen, Ihnen sagen zu müssen, daß ich zwar in Ihren Statistiken erfaßt ..., aber kein Statist dieses Zeitgeschehens bin."*

Kommission Betrieb u. Gewerkschaft



Auf dem Arbeitsamt in Dortmund: „Drückeberger", die die Statistik „belasten"?

## Deutsche Jugendpresse: Informationsdienst „Jugend ohne Arbeit" erschienen

Mit den Jugendpressematerialien zum Thema „Jugend ohne Arbeit" hat eine Gruppe von Jugendzeitungsredakteuren vor kurzem eine 80 Seiten starke Broschüre herausgegeben. Die Broschüre enthält zahlreiche Artikel über fast alle Probleme, mit denen arbeitslose Jugendliche oder Jugendliche mit Lehrstelle zu tun haben. Das fängt an bei einer leicht verständlichen Analyse der gefälschten Lehrstellenstatistik der Bundesregierung. Weiterhin werden „Sondermaßnahmen" des Arbeitsamtes, „Probebeschäftigung", BGJ und BVJ, die Stufenausbildung und die Lage der ausländischen Jugendlichen kritisch beleuchtet.

Ausführlich wird sich auch mit der Politik der SPD und der Gewerkschaftsführung auseinandergesetzt. Anhand einzelner Beispiele (Tarifverträge für „berufsunreife Jugendliche", „Eckdaten" zur Neuordnung der Ausbildungsgänge im Metallbereich) wird nachgewiesen, wie die Berufsausbildung mit Unterstützung der Sozialdemokraten Stück für Stück den Profitinteressen der Kapitalisten angepaßt wird. Weiterhin wird die Perspektivlosigkeit gewerkschaftlicher Jugendpolitik analysiert. Etwas kurz kommen die Berichte über praktische Erfahrungen und Aktionen.

Diese Broschüre soll Redaktionen von Jugendzeitungen und der sonstigen Alternativpresse *„konkret verwertbare Artikel anbieten."* Im vierteljährlichen Abstand sollen weitere brisante Themen wie Rechtsextremismus, Bildungspolitik, Sexualität, Frieden usw. behandelt werden. *„Zu diesen Themen haben sich bereits kleine Redaktionsgruppen gebildet und mit der Aufarbeitung der jeweiligen Problematik begonnen."* Die Herausgeber schreiben, daß sie sich *„über jede/n weitere/n Mitarbeiter/in freuen ..."* und versuchen wollen *„bei der Themenwahl eingehende Vorschläge und Wünsche weitestgehend zu berücksichtigen."* Wer also Interesse hat, schreibt an den Klaus Farin & Hans Jürgen Zwingmann Verlag, Postfach 185, 4660 Gelsenkirchen-Buer. Herausgeber des Info-Dienstes ist der Bundesvorstand der Deutschen Jugendpresse. Bestellungen des Info-Dienstes über Prolit-Buchvertrieb, Postfach 66, 6304 Lollar (4 DM pro Ex.).

Kommission Betrieb u. Gewerkschaft






## Repressionen gegen Ausbildungspersonalrat

Bremen. Am 10.2.81 erhielt ein Auszubildender an der Kinderkrankenpflegeschule am Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße in Bremen den Bescheid, daß er nicht zum Examen, das ca. eine Woche später begann, zugelassen worden sei. Begründet wurde diese Maßnahme mit zu vielen versäumten Ausbildungsstunden, die sich, neben einigen Krankheitstagen, aus 168 fehlenden Stunden aufgrund von Dienstbefreiung (Bildungsurlaub) und 91,5 Stunden durch die Tätigkeit des Betroffenen als Ausbildungspersonalrat und stellvertretender Jugendvertreter im Personalrat zusammensetzen. Der Prüfungsvorsitzende berief sich hierbei, auf Betreiben der Schulleitung, auf einen Passus im Krankenpflegegesetz, nach dem eine bestimmte Anzahl von Fehlstunden nicht überschritten werden dürfe. Der betroffene Kollege konnte zwar mit Hilfe einer Anordnung des Verwaltungsgerichts am Examen teilnehmen, doch war für ihn die psychische Belastung ungleich höher.

Der eigendliche Zweck, diesen aktiven Kollegen vom Examen auszuschließen, lag wohl weniger in der Hoffnung, daß das tatsächlich gelingen würde, als vielmehr in der Absicht einer Einschüchterung der gesamten Schülerschaft. Wer traut sich denn schon noch, Bildungsurlaub zu nehmen oder sich gar in den Ausbildungspersonalrat (APR) wählen zu lassen, wenn sie/er neben den üblichen Repressionen wie z.B. schlechte Zensuren auch noch damit rechnen kann, daß sie/er sich die Teilnahme am Examen vor Gericht erstreiten muß.

Getreu dem Motto „Irgendwas wird schon hängenbleiben" hat hier die Schulleitung einen Frontalangriff auf die sowieso schon recht eingeschränkten Mitbestimmungsrechte der Auszubildenden gemacht.

Von der Logik der Schulleitung her besteht hierfür auch durchaus die Notwendigkeit, denn es findet nicht nur eine konsequente APR-Tätigkeit unter weitestgehender Ausnutzung des Personalvertretungsgesetzes statt, sondern es ist gelungen, breite Kreise der Auszubildenden für den Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation zu gewinnen. Unter anderem gibt es wieder eine starke ÖTV-Jugendgruppe, finden ausgezeichnet besuchte Teilpersonalversammlungen der Azubis statt, haben Schülerinnen und Schüler in Radio Bremen eine Sendung über ihre Ausbildung gemacht und sich in einer Aktion in der Innenstadt für die Erhaltung ihres Wohnheims eingesetzt.

Der eigentliche Grund für die Einschüchterungs- und Repressionsmaßnahme liegt, wie aus dem Beschriebenen wohl auch klar wird, nicht in der scheinheiligen Sorge der Schulleitung um den Ausbildungsstand des Kollegen, sondern in den gesteigerten Aktivitäten der Schülerschaft, an denen der betroffene Ausbildungspersonalrat seinen Anteil hatte.

Gesundheitsarbeiter/in, KB Gruppe Bremen

# Betriebsrätewahlen 1981

## HDW Hamburg: Zwei oppositionelle Listen

Die Spaltung der IGM-Liste bei HDW ist endgültig (siehe AK 195 und 196). Nachdem die undemokratische Kandidatenaufstellung im Vertrauenskörper der IGM zum Rücktritt von 3 der 7 VK-Leitungsmitglieder geführt hat, hat die Opposition in der IGM eine eigene Liste „Aktive Metaller" aufgestellt, auf der 43 Vertrauensleute der IG Metall kandidieren. Die IGM-Ortsverwaltung hat zusammen mit dem VK-Leiter ein Flugblatt im Betrieb verteilen lassen, das eindeutig Stellung für die rechte Betriebsratsclique nimmt und nur eine „Liste der IG Metall" anerkannt (siehe Faksimile). Den „Aktiven Metallern" ist eine Anerkennung als gewerkschaftliche Liste versagt worden. Diese Parteinahme für die Rechten wird auch noch als „gewerkschaftlicher Grundsatz" der IGM ausgegeben. Gespannt darf man sein, ob die IGM zu Ausschlußmaßnahmen greift. Entgegen unserer Ankündigung im letzten AK hat ein bekanntes Vorstandsmitglied der DKP auf der Liste der „Aktiven" seine Kandidatur trotzdem nicht zurückgezogen.

Neben dieser oppositionellen Liste wird die „RGO" mit fünf Kandidaten erneut antreten.

Die Unterschriftensammlung für die Anerkennung der Listen verspricht einige Spannung für die Wahl:
- Die „Liste der IG Metall" sammelte 1000 Unterschriften,
- die aktiven Metaller über 1000
- die „RGO" über 150
- der CMV über 100.

Der rechte CMV zog seine Kandidatur zurück (vermutlich wegen zu wenig Unterzeichnern durch Doppelunterschriften) und erklärte dieses Zurückziehen als „taktische Maßnahme", wobei die Sympathie des CMV für die rechten Betriebsratsführer der offiziellen IGM-Liste ein offenes Geheimnis ist.

Auch bei den Angestellten hofft die IGM ihre Position durch Stimmen von rechts halten zu können. Sie kandidiert gemeinsam mit der DAG, was in der Vergangenheit in der IGM als „gewerkschaftsfeindlich" galt. Diese gemeinsame Liste sammelte 380 Unterschriften. Die „Aktiven Metaller" 204.

B81 — Betriebsratswahl

**Die IG Metall nimmt Stellung**

Vertrauenskörper beschloß die IG-Metall-Kandidatenliste zur BR-Wahl '81

*Am 25.2.1981 hat der IG-Metall-Vertrauenskörper in einer geheimen Abstimmung die Kandidatenliste der IG-Metall zur bevorstehenden Betriebsratswahl aufgestellt.*

*Bedauerlicherweise haben einige Vertrauensleute ihre Kandidatur zurückgezogen, weil sie mit dem Aufstellungsverfahren nicht einverstanden waren, das mit großer Mehrheit beschlossen worden ist.*

*Wir bitten unbedingt auf folgendes zu achten:*

- *Es gibt nur e i n e Liste der IG-Metall, und zwar die vom Vertrauenskörper am 25.2.1981 beschlossene. Sie trägt die Bezeichnung*

" Liste der IG - Metall "

- *Wenn andere Vorschlagslisten durch ihre Bezeichnung oder bestimmte Kandidaten den Eindruck erwecken, es handele sich um eine "weitere" IG-Metall-Liste, ist dieser Eindruck falsch.*

*Die Ortsverwaltung der Hamburger IG-Metall wird nur e i n e IG-Metall-Vorschlagsliste zulassen. Das ist gewerkschaftlicher Grundsatz, der nicht umgangen werden kann.*

- *Wir erwarten von allen Metallern bei den HDW:*

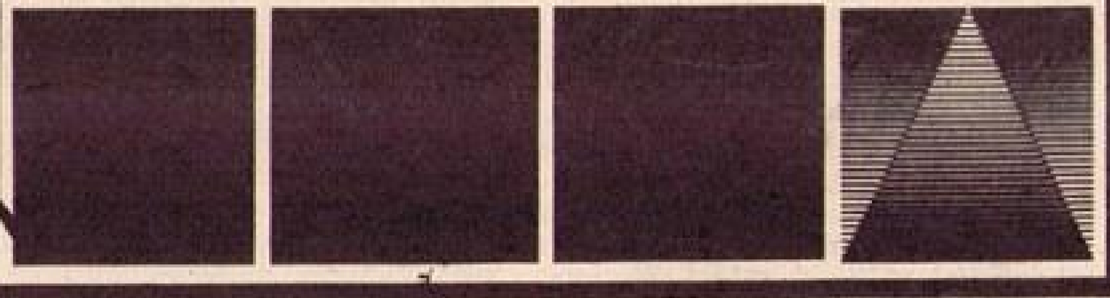
*Unterschreibt nur die*

" Liste der IG - Metall "

IG-Metall - Ortsverwaltung Hamburg — IG-Metall Vertrauenskörperleitung HDW Hamburg

*J. Müllner* — *P. Melzer* — *O. Kock*

*Hamburg, den 2.3.1981*



## Opel Rüsselsheim: IGM-Führung läßt Vorwahlen zu

Daß die IGM-Führung aus Angst vor dem Entstehen oppositioneller Listen in dieser Betriebsratswahl wesentlich flexibler vorgeht, hatten wir im letzten AK genauer ausgeführt. Ein neues Beispiel für diese flexible Taktik sind die Vorwahlen bei Opel Rüsselsheim, über die die Zeitung „metall" am 25.2. berichtet hat. Im Januar wurde von einer Vertrauensleutevollversammlung eine neues Verfahren beschlossen. Dieses Verfahren sieht vor, daß die Vertrauensleute in ihren Betriebsbereichen in der Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen geeignete Bewerber herausfinden sollen. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 50 Mitgliedern der IG Metall unterschrieben sein. Bis zum 13.2. sind auf diese Weise 112 Kandidaten, davon 28 Ausländer, vorgeschlagen worden. Zum weiteren Verfahren heißt es dann in der „metall": *„Die Vertrauensleute in den Bereichen wählen dann die Reihenfolge ihrer IGM-Kandidaten für die Gesamtvorschlagsliste zur BR-Wahl."* Gerhard Wink, VK-Vorsitzender bei Opel, führt weiter aus: *„Aus den eingegangenen Kandidatenvorschlägen stellt die VKL bis zum 27.2. einen Nominierungsvorschlag zusammen. Der wird dann wieder in die Betriebsbereiche zur Diskussion gegeben. Die Bereichsversammlungen der Vertrauensleute können danach ihren Blockvertrauensleuten einen Auftrag für deren Versammlung am 19.3. mitgeben."* Die „metall" schreibt weiter: *„Die Blockvertrauensleute beraten dann diesen Vorschlag und legen der Vertrauensleutevollversammlung am 2. April eine Kandidatenliste vor. Diese Versammlung entscheidet dann endgültig, wer Kandidat der IGM zur BR-Wahl ist und — falls Persönlichkeitswahl nicht zustande kommt — in dieser Reihenfolge auf der IGM-Liste steht."*

Bei HDW Hamburg, wo aktive Vertrauensleute und Betriebsräte im Prinzip das gleiche Verfahren vorschlugen wie bei Opel, wurden die Kollegen von ihrer Ortsverwaltung total abgebügelt. Jetzt droht ihnen sogar Ausschluß oder Funktionsverbot, weil sie notgedrungen eine zweite Liste eingereicht haben, die von der IGM-Ortsverwaltung nicht als IGM-Liste anerkannt worden ist.



Metaller bei Opel nehmen an mehreren „Vorwahlen" teil

**Basisnahe Auswahl**

**Die „Opeler" in Rüsselsheim ählen zur Betriebsratswahl eich mehrfach. Jedenfalls soeit sie Metaller sind. Denn die ndidaten der IG Metall werden ch „Vorwahlen" demokrah aufgestellt. Bis zum 13. Fer 1981 sind 112 Kandidaten eschlagen worden, davon usländer.**

„Die IG Metall gibt uns hier die Möglichkeit, nicht nur bei der Wahl die Stimme abzugeben, sondern schon bei der Kandidatenauswahl", sagt Gerhard Wink, Vorsitzender der Vertrauensleute bei Opel in Rüsselsheim. Das Verfahren, das die Vertrauensleutevollversammlung am 10. Januar 1981 beschlossen hat, geht so:

Die Vertrauensleute diskutieren in ihren Betriebsbereichen mit den Kolleginnen und Kollegen, um die geeigneten Bewerber herauszufinden. Sie schlagen dann die Kandidaten vor. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 50 Mitgliedern der IG Metall unterschrieben sein. Damit wird in der rund 36 000köpfigen Belegschaft eine Zersplitterung verhindert.

**Zur Diskussion**

Die 112 auf diese Weise eingegangenen Vorschläge werden nun den Vertrauensleuten in den Betriebsbereichen zur Diskussion bekanntgegeben. In alphabetischer Reihenfolge. Die Vertrauensleute in den Bereichen wählen dann die Reihenfolge ihrer IG-Metall-Kandidaten für die Gesamtvorschlagsliste zur Betriebsratswahl. Ausgezählt wird erst, wenn die Vertrauensleute aller Schichten ihre Stimmen abgegeben haben.

Gerhard Wink: „Aus

usländer vorgeschlagen

## Hamburger Aluminium Werk: Endgültig Persönlichkeitswahl

Dieses Mal wird beim Hamburger Aluminium-Werk (HAW) der Betriebsrat in Persönlichkeitswahl gewählt.

Zur Erinnerung: Das Unternehmen wechselte 1975 den Unternehmerverband und ging von Gesamtmetall in den Chemie-Verband über. Damit wurde automatisch auch die IG Chemie anstelle der IG Metall für den Betrieb zuständig. Es gelang der IG Chemie zunächst nur schwer, sich im Betrieb zu verankern. So mußte sie bisher immer auf Listenwahl setzen, um überhaupt jemanden in den BR zu bekommen. Tatkräftig unterstützt wurde sie dabei von einer linkssektiererischen Organisation, früher Erzfeind mit der IG Chemie, seit einiger Zeit auf Anbiederungskurs. Mit deren Hilfe gelang es der IG Chemie auch, sich einigermaßen im Betrieb zu verankern.

Offenbar glaubt sie nun, keine Listenwahl mehr nötig zu haben und gab freie Bahn für die Persönlichkeitswahl, indem sie ihre Liste öffnete. Trotzdem sollte auf einer offenen VK-Sitzung eine Notfalliste erstellt werden. Von einigen Kollegen wurde vorgeschlagen, stattdessen die Zeit sinnvoll zu nutzen und zu diskutieren, wie man die Persönlichkeitswahl absichern kann. Dieser Vorschlag fand keine Beachtung, also mußte unbedingt eine Liste aufgestellt werden. Nach einigem Hickhack stand dann auch die Liste. Und da ging alles drunter und drüber, so daß sich einige dann doch zu sehr auf den Schlips getreten fühlten.

Der bisher führende Angestelltenvertreter der IG Chemie landete auf Platz 5 der Angestelltenliste. Ein aussichtsloser Platz, weil nur zwei Angestellte gewählt werden. Ein türkischer Kollege, der seine Freistellung als BR bisher nutzte, um seine Geschäfte abzuwickeln, rutschte auf Platz 4 bei den Arbeitern ab. Ein sicherer Platz, aber arbeiten müßte er wieder, wenn sich der neue BR nach der VK-Empfehlung orientiert; und die besagt, daß die beiden Ersten auf der Chemie-Liste auch die beiden Freigestellten sein sollten. So wurde für einige die ganze Listenerstellung zum Eigentor, und damit für die Kollegen zunächst eine kleine Absicherung für die Persönlichkeitswahl, denn nun konnten sich die Herrschaften nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sondern mußten selbst aktiv werden, um die Persönlichkeitswahl abzusichern. Es war ihnen plötzlich nicht mehr egal, auf welche Art und Weise gewählt wird.

Es gab dann noch ein Gespräch auf „höchster Ebene" im Gewerkschaftshaus, wo beraten wurde, wie man aus dieser Misere herauskommt, falls doch noch durch eine Liste die Persönlichkeitswahl verhindert würde. Da wurde beschlossen, daß der VK-Beschluß, dann die Notfall-Liste einzureichen, über Bord gekippt wird. Es würde dann zunächst nur die Spalterliste geben, und der Wahlvorstand sollte gleichzeitig die Einreichungsfrist verlängern, um es noch mehr Kandidaten möglich zu machen zu kandidieren. Der eigentliche Sinn dieses Plans: mit einem neuen Anlauf hätten einige Herren versuchen können, bei der Listenplatz-Vergabe besser abzuschneiden. Drei Kollegen kündigten auch schon an, im Fall Listenwahl von der IG Chemie-Notfall-Liste zurückzutreten. Die IG Chemie-Liste würde zerfallen, und man müßte was Neues ausmauscheln.

Was kann man dazu noch sagen ... Verarschung, aber das ist bei HAW ja nichts neues. Diesen Eiertanz machte ein Kollege nicht mit und trat sofort von der Notfall-Liste zurück.

Seit Freitag, den 6.3. steht dann endlich fest: Persönlichkeitswahl bei HAW. Für elf Betriebsrats-Sitze gibt es 49 Kandidaten ...

Betriebszelle HAW

*Fortsetzung von Seite 18*

*„großes machtpolitisches Manöver"*, die IGM *„in Zeiten wie jetzt in einen großen Arbeitskampf um wenige Lohnprozente zu treiben, bei dem sie ausbluten könnte"* (zitiert nach „Frankfurter Rundschau", 28.2.).

Damit hat die IGM-Führung eigentlich schon klar zu verstehen gegeben, daß sie in dieser Tarifrunde einen Streik vermeiden will. Ihre Taktik der „neuen Beweglichkeit" ist nicht zu verstehen als eine Mobilisierungsvorstufe zu einem großen, durchsetzungsfähigen Dauerstreik, sondern als A l t e r n a t i v e zu diesem. IGM-Vorstandsmitglied Janßen erklärt die neue Beweglichkeit als „Zeichen der Bereitschaft, einen regelrechten großen Streik mit vorausgehender Urabstimmung zu vermeiden" (zitiert nach „Welt", 11.3.).

Wie man so das Lohndiktat von Gesamtmetall „brechen" will, wie es überall marktschreierisch verkündet wird, sollte die IGM-Führung mal ihren Mitgliedern erklären. Anpassung an, statt Kampf gegen die Aussperrungspraxis, Manövrierung der Massen, statt eigenständige Mobilisierung der „Basis" — das ist die „neue Beweglichkeit" als Beitrag der staatstragenden IGM zur Aufrechterhaltung des von den Kapitalisten längst einseitig aufgekündigten „sozialen Friedens".

Zwar versucht die IGM-Führung mit ihrer Taktik der „neuen Beweglichkeit" die Unzufriedenheit an der „Basis" aufzufangen, in der Hoffnung, bald einen einigermaßen verkaufbaren „Kompromiß" vorlegen zu können. Doch durch die hartnäckige Haltung von Gesamtmetall besteht nun die Möglichkeit, daß die IGM-Führung die „Geister", die sie heraufbeschwor, nicht mehr besänftigen kann. Zumal Teile der neuen Taktik, wie die verstärkt angewandten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und große Demonstrationen vor Betrieben und in den Städten zusätzlich mobilisierend wirken. Es mehren sich die Stimmen, die Urabstimmung über Vollstreik fordern.

**Kommission Betrieb u. Gewerkschaft**

## Beiersdorf Hamburg

Insgesamt kandidieren bei Beiersdorf jetzt vier Listen, die offizielle IG Chemie-Liste, die Liste „Alternative Gewerkschafter" (bisher mit drei Sitzen im Betriebsrat vertreten), die Liste „Gewerbliche Arbeitnehmer Chemie" bzw. „Angestellte Chemie" und die DAG, die jedoch nur bei den Angestellten kandidiert.

Die Liste „Gewerbliche Arbeitnehmer Chemie" bzw. „Angestellte Chemie" ist eine Mischung aus rechten IG Chemielern um denen ehemaligen BR-Vorsitzenden Max Ganschow, die von der offiziellen Liste zurückgetreten sind, sowie „Unabhängige" und Leuten, die dem VAA (Verband Akademischer Angestellter) zumindest nahestehen. Die Zahl der Vorgesetzten/Abteilungsleiter ist recht groß auf dieser Liste.

Von der offiziellen IG Chemie-Liste sind insgesamt fünf Kandidaten zurückgetreten, um auf dieser rechten Liste zu kandidieren, allen voran Max Ganschow. Sie waren bei der Kandidatenaufstellung im Vertrauensleutekörper allesamt auf nicht aussichtsreiche Plätze gekommen.

Diese Leute haben jetzt ein erstes Flugblatt herausgebracht, worin sie begründen, warum sie nicht auf der offiziellen IG Chemie-Liste kandidieren. Natürlich, wie sollte es anders sein, weil diese Liste von Kommunisten unterwandert ist. Sie bejammern, daß *„sehr weit links stehende Gruppierungen im Vertrauensleutekörper"* verhindert haben, daß sie auf aussichtsreiche Plätze gekommen sind. Und da sie dieses Treiben stoppen wollen, müssen sie auf einer eigenen Liste kandidieren. Im weiteren zitieren wir aus dem Flugblatt selber, weil man so einen antikommunistischen Dreck schon im Originalton hören muß: *„Wir fühlen uns verpflichtet, die Belegschaft wachzurütteln! Auch bei Beiersdorf ist es diesbezüglich bereits '5 Minuten vor 12'. Stellen Sie sich bei den Wahlen für den Vertrauensleutekörper Ihrer Gewerkschaft zur Verfügung, um den Einfluß jener politischen Kräfte zurückzudrängen, die bei regulären Wahlen keine Chance haben, aber innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation wie K r e b s g e s c h w ü r e wuchern können, weil 'die schlafende Mehrheit' sie nicht daran hindert. Geben Sie aus diesem Grunde uns Ihre Stimme bei der anstehenden Betriebsratswahl. Verhindern Sie so das weitere Vordringen der DKP/Sävke, Christens und Co. wie auch der Liste 'Alternative Gewerkschafter'."*

Die beiden genannten DKPler sind jetzt im Betriebsrat vertreten und kandidieren auf der offiziellen IG Chemie-Liste auf sicheren Plätzen.

Bereits 1975 hatten die „Unabhängigen" (überwiegend IG Chemie-Mitglieder) ihre Kandidatur auf einer eigenen Liste damit begründet, daß es ihnen nicht zuzumuten sei, mit DKPlern auf einer Liste zu kandidieren. Sie wurden nach der Wahl, genauso wie die „Alternative"-Betriebsräte, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Bei dem Prozeß, den die „Unabhängigen" gegen ihren Ausschluß führten, war dieses Argument u.a. ein Grund dafür, daß sie wieder aufgenommen werden mußten.

Die offizielle IG Chemie-Liste will offensichtlich zu dem Flugblatt der Rechten nichts machen. So wird es wahrscheinlich der „Alternative" überlassen bleiben, diesen antikommunistischen Hetzern entsprechend zu kontern.

# Betriebsrätewahlen 1981

## Telefunken Westberlin: »RGO«-Liste »Lichtblick«

Nach hartem Kampf gibt es bei Telefunken (Schwedenstraße) wieder die oppositionelle Liste ,,Lichtblick'', die bei der Wahl 1978 auf Anhieb 15 % der Stimmen erhielt, womit beide Kandidatinnen gewählt waren.

Ende Januar machte die ,,RGO''-Betriebsgruppe der IG Metall den Vorschlag, auf einer offenen Liste Persönlichkeitswahl durchzuführen. Die Antwort sah so aus, daß unmittelbar danach der Wahlvorstand bestellt wurde, wenige Tage später das Wahlausschreiben erschien und sofort damit begonnen wurde, für eine IG Metall-Liste im Betrieb Unterschriften zu sammeln. Zeitgleich verkündete die Werksleitung am Schwarzen Brett, daß das Sammeln und Geben von Unterschriften nur in den Pausen erlaubt sei.

Ganz eindeutig sollten in einer konzertierten Aktion Fakten geschaffen werden, um die Kandidatur einer oppositionellen Liste zu verunmöglichen.

Anfang Februar gelang es der Liste ,,Lichtblick'', eine einstweilige Verfügung gegen die unzulässige Beschränkung des Unterschriftensammeln zu erwirken. Am Abgabetag konnte die Liste immerhin 130 Unterschriften abliefern, davon allerdings 41 Doppelunterschriften. Doch die Hoffnung der IG Metall, die Liste noch ausschalten zu können, war nur kurz. Ausreichend viele Kollegen blieben standhaft, wodurch die nötigen Unterschriften für die Liste ,,Lichtblick'', auf der drei Kolleginnen der ,,RGO''-Betriebsgruppe kandidieren, zusammenkamen.

## Bremer Vulkan: Persönlichkeitswahl steht jetzt fest

Seit dem 20.2., Stichtag der Listenabgabe, ist die Persönlichkeitswahl sichergestellt, da keine weitere Liste eingereicht wurde.

Die ,,Echolot''-Gruppe ist der Meinung, daß ihre Absicherungsliste wesentlich dazu beigetragen hat, die Tradition der Persönlichkeitswahl zu erhalten.

Die ,,Echolot''-Kollegen hatten die Sicherheitsliste vorbereitet, weil sie Listenwahl befürchteten. Tatsächlich war bis zuletzt im Gespräch, daß noch weitere Listen existierten.

## Siemens Witten:

Siemens Witten:

## »Belegschaftsliste« aufgestellt

Die ,,Belegschaftsliste'' hat sich zum Ziel gesetzt, die Vorherrschaft des alteingesessenen Betriebsratsvorsitzenden Rein zu brechen. Dieser ist durch seine offenkundige Handlangerpolitik auch in der IG Metall umstritten. Vor drei Jahren kam Rein erst über den Umweg einer eigenen Liste wieder in den Betriebsrat, nachdem er auf der IGM-Liste keine Berücksichtigung fand. Allerdings wurde er dann mit Hilfe einiger IGM-Betriebsräte erneut zum Vorsitzenden gewählt. Rein hat jetzt sogar wieder Platz 1 der IGM-Liste erhalten, was einen Vertrauensmann veranlaßte, auf die ,,Belegschaftsliste'' zu wechseln.

Bereits im Dezember letzten Jahres hatten etwa 400 Beschäftigte sich per Unterschrift für Persönlichkeitswahl ausgesprochen. Und die ,,RGO''-Betriebsrätin Annette Schnoor hatte in einem Offenen Brief an den IGM-Vertrauenskörper ihre Bereitschaft zur Persönlichkeitswahl erklärt.

Doch ohne die Entscheidung der Vertrauensleute abzuwarten, hatten bereits Listenführer eigenmächtig damit begonnen, Unterschriften für ihre Liste zu sammeln. So gibt es jetzt bei den Arbeitern insgesamt fünf Listen.

Auf alle Fälle stehen die Chancen gut, daß die ,,Belegschaftsliste'' die meisten Stimmen erhält und damit sogar die IG-Metall-Liste übertrumpft. Bei der letzten Wahl hatte eine ,,RGO''-Liste kandidiert und 30,9 % der Stimmen erhalten. Bereits einen Tag nach Aufstellung hatten die Kolleginnen 176 Unterschriften gesammelt. Die ,,Belegschaftsliste'' ist zudem die einzige Liste, auf der mit sechs Akkordarbeiterinnen — darunter eine türkische Kollegin — die Frauen angemessen vertreten sind. Bei Siemens in Witten sind hauptsächlich Frauen beschäftigt.

## Contrans Hamburg: Drei Frauen, einsame Spitze

Contrans in Hamburg — mit der Vermietung und Reparatur von Containern beschäftigt — haben nach einer durch das Ausscheiden einiger Kollegen aus der Betriebsratsarbeit bedingten Flaute Frauen das Heft in die Hand genommen. In vorgezogener Neuwahl wurden drei Kolleginnen mit überwältigender Mehrheit an die Spitze des Betriebsrats gewählt. Mit jeweils mehr als 80 von 110 abgegebenen Stimmen zogen die drei Frauen in den Betriebsrat ein.

## Daimler Benz Bremen:

Die oppositionelle Gruppe „IGM-Kollegen von Daimler informieren" hat es geschafft: es wird eine Persönlichkeitswahl geben, die erstmals das bisherige Ausmauschelverfahren im IGM-Vertrauenskörper durchbricht (siehe auch AK 195 und 196).

Die Kollegengruppe tritt mit 7 Kandidaten auf der Liste der IGM an und wird noch vor der Wahl ihr Arbeitsprogramm entsprechend ihrer Vorstellung von Betriebsratsarbeit veröffentlichen.



Kandidieren als Block auf der IGM Liste: Sieben Kolleg/inn/en der Zeitung „IGM Kollegen von Daimler informieren"

Kandidieren als Block auf der IGM Liste: Sieben Kolleg/inn/en der Zeitung „IGM Kollegen von Daimler informieren"

## Stahlwerk Peine: Keine gemeinsame Liste

Aufgrund einer knappen Abstimmungsniederlage im Vertrauensleutekörper scheiterte die Kandidatur des Betriebsschlossers und ,,Volksfront''-Mitglieds Jürgen Eggers und der IG Metall-Liste.

Der erste Bevollmächtigte der IG Metall in Peine hatte dieses Ergebnis entscheidend beeinflußt, indem er die ,,Volksfront'' als ,,gewerkschaftsfeindlich'' bezeichnete und eine gemeinsame Kandidatur damit ausschloß.

Innerhalb von nur dreieinhalb Tagen sammelte Jürgen Eggers danach 107 Unterschriften für eine oppositionelle Liste. Trotz einiger ungültiger Unterschriften mußte seine Liste anerkannt werden.

## Hartmann & Braun Praunheim: Persönlichkeitswahl verhindert

Bei H & B Werksbereich Praunheim gibt es voraussichtlich drei Listen. In dem Werk gibt es seit Jahren eine Opposition gegen eine Betriebsratsmehrheit, die sich ausschließlich als Anhängsel der Werksleitung hervortut. Mit eindeutiger Mehrheit beschlossen die Vertrauensleute, auf der Grundlage einer auch für Unorganisierte offenen IGM-Vorschlagsliste, Persönlichkeitswahl zu ermöglichen.

Über 150 Kandidaten wurden vorgeschlagen, wovon dann 40 ihre Bereitschaft erklärten. Aus diesen Vorschlägen erstellte die Vertrauenskörperleitung eine Liste, die auf einer Mitgliederversammlung bei nur zwei Enthaltungen gebilligt wurde.

Lediglich die jetzige Betriebsratsmehrheit konnte sich mit dem Verfahren nicht anfreunden. Die CDA-Gruppe und eine rechte SPD-Gruppe lehnten die gemeinsame Kandidatur ab und bereiteten eigene Listen vor.

Ausgesprochen schwer tat sich auch die Ortsverwaltung der IG Metall, die Vertrauensleute-Liste als die offizielle IG Metall-Liste anzuerkennen.

Trotzdem: Nach diesem Vorstoß zur Betriebsratswahl dürften sich die Chancen für einen Kurswechsel erheblich verbessert haben.

## VDO Frankfurt

Für die BR-Wahl '81 haben die Vertrauensleute Persönlichkeitswahl mit einer Liste in alphabetischer Reihenfolge beschlossen. Diese Entscheidung ist ein Erfolg der oppositionellen Liste, die erstmals 1978 antrat und sofort 40 % der Sitze erhielt. Bis dahin herrschte eine rechte IGM-Clique. Ausschlaggebender Punkt für eine alternative Liste bei der letzten Wahl war die offene Diskriminierung der ausländischen Kolleginnen und Kollegen, die etwa 60 % der Belegschaft stellen, aber keinen einzigen Betriebsrat hatten. Auf der ,,Internationalen Liste'' kandidierten deshalb erstmals mehrheitlich Ausländer. Dieser Wahlerfolg und die Arbeit der gewählten Kollegen hat nun bewirkt, daß die IGM-Ortsverwaltung Persönlichkeitswahl hinnimmt, um nicht noch mehr Ansehen zu verlieren.

## Klöckner Hütte Bremen: Persönlichkeitswahl durchgesetzt

Erstmals wird es im Stahlwerk mit über 6000 Beschäftigten wieder Persönlichkeitswahl geben. Zwar waren mehrere Listen vorbereitet, doch setzte sich auch die Betriebsratsmehrheit und der IGM-Vertrauenskörper für eine solche Wahl ein. Beim Listenabgabeschluß spielte sich folgendes ab: *„Zwar standen am Montag, 9.2.81, selbsternannte Listenführer vor dem Wahlbüro mit der Liste in der Hand, aber die im Betrieb herrschende Stimmung für Persönlichkeitswahl und die Anwesenheit von über 100 Kollegen, die hätten bezeugen können, wer die Listenwahl provoziert hätte, haben verhindert, daß eine Liste geworfen wurde"* (aus: „Der Betriebsrat informiert", 16.2.81). So stehen auf der Liste alphabetisch geordnet die Kandidaten ohne Rücksicht auf ihre Gewerkschaftszugehörigkeit.

Bei Klöckner in Bremen kandidieren „RGO"ler auf der Persönlichkeitswahlliste. Neben eigenen Listen bei HDW Hamburg, Telefunken Westberlin und Stahlwerke Peine (siehe Extra-Berichte) kandidiert die „RGO" beim Hafenbetrieb HHLA in Hamburg und mit den beiden Hoesch-Betriebsräten Bömer und Siemon im Dortmunder Werk Union. Weitere Informationen zur „RGO" liegen uns derzeit nicht vor.

## Triumph-Adler Frankfurt: Ausschlußanträge gestellt

Bei Adler arbeiten ca. 3.100 Kolleginnen und Kollegen. Mehr als 50 %

Bei Adler arbeiten ca. 3.100 Kolleginnen und Kollegen. Mehr als 50 % von sind Ausländer, davon viele Frauen.

Seit Januar klagt eine Gruppe von Frauen vor dem Arbeitsgericht wegen Ungleichbehandlung bei der Bezahlung. Die Betriebsratsmehrheit mit dem Vorsitzenden Stein (Mitglied der Frankfurter IG Metall-Ortsverwaltung) steht in diesem Verfahren auf der Seite der Geschäftsleitung.

Bereits 1978 trat hiergegen eine ,,Internationale Liste'' an, mit dem Ziel, eine bessere Vertretung der ausländischen Arbeiter zu erwirken. Durch Intervention des IGM-Vorstandes wurde dem Listenführer der ,,Internationalen Liste'' diesmal ein aussichtsreicher Platz auf der IGM-Liste angeboten. Doch insbesondere die geschilderte jüngsten Ereignisse veranlaßten die Kollegen, erneut eine eigene Liste aufzustellen. Der Vorsitzende Stein reagierte hierauf mit Ausschlußanträgen gegen die Kandidatinnen und Kandidaten der oppositionellen Liste.



# Sozialausschüsse und CGB laufen beim DGB offene Türen ein

Wie wir schon berichteten, hat der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, vor den BR-Wahlen mit eigenen CDU-Listen gedroht, falls ,,christlich-soziale DGB-Mitglieder'' nicht ausreichend berücksichtigt würden. Auch der Bundesvorsitzende des KAB (Katholischer Arbeitnehmer-Bund), Alfons Müller, der mit Blüm zusammen in der CDU-Bundestagsfraktion sitzt, hat es eine ,,Skandal'' genannt, daß bei den Wahlvorbereitungen ,,*Kommunisten gegenüber christlich-sozial eingestellten Kandidaten der Vorzug gegeben wird*'' (,,FAZ'' 27.2.81). Diese Drohungen, die in die gleiche Richtung zielen wie die Äußerungen von CSU-Stoiber, nämlich die rechten Kräfte in den Betrieben und im DGB zu stärken und notfalls die Gewerkschaften zu spalten zeigten offensichtlich Erfolg. So berichtete die ,,FAZ'' vom 3. März '81, daß der ,,Appell'' der Sozialausschüsse gefruchtet habe. Vor drei Jahren hätten die Sozialausschüsse hier und da noch eigene Liste aufstellen müssen. Bei den jetzt laufenden Wahlen scheint dies aufgrund des Großmuts der SPD-Kollegen bisher nicht notwendig gewesen zu sein. ,,*Bisher liegen der CDA-Zentrale jedenfalls keine Meldungen über eigene Sozialausschußlisten vor*'' (ebenda). Während die Taktik der Sozialausschüsse bisher mehr so angelegt war, in den DGB-Gewerkschaften Positionen zu erringen, verfolgt der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) die Taktik, offensiv gegen den DGB aufzutreten. Dabei versucht er, sich rückschrittliche Potentiale in den Belegschaften sowie Proteststimmen zu Nutze zu machen. Über einige praktische Erfahrungen berichtet ,,Klenkes'' (3/81), eine Aachener Stadtzeitung:

*,,Am Beispiel Valvo sieht das so aus: Bei Valvo läuft Kurzarbeit, und dem Betriebsrat ist eine Verweigerung von Überstunden gerichtlich bestätigt worden. Aber es gibt natürlich immer Kollegen, die an Überstunden interessiert sind. Da kommt dann ein CDAler, Meister bei Valvo, greift sich genau diesen Bereich raus und stellt sich mit Forderung nach Überstunden zur BR-Wahl auf ...*

*Im Glühlampenwerk Philips konnten sich zwei CDAler auf der Gewerkschaftsliste relativ gute Plätze ergattern, obwohl klar war, daß sie an Vertrauensleutesitzungen und Gewerkschaftsschulungen kaum teilgenommen haben ... Die beiden CDAler arbeiten in einer Philips Betriebsgruppe mit ... dem CMV (Christlicher Metallarbeiterverband) zusammen.''*

Zum Programm des CMV schreibt ,,Klenkes'': ,,*Der CMV stellt sich die Frage, ob Lohnerhöhungen wirklich glücklich machen und fordert Investlohn: Ein Teil der Lohnforderung müsse direkt an den Unternehmer gehen, damit er investieren kann. Der CMV ist gegen Streik — außer in Polen —, für Aussperrung, dafür, daß die Frau wieder an den Kochtopf geht und vom Arbeitsmarkt verschwindet.*

**In Dortmund hat der CMV die ‚Grauen Wölfe' aufgenommen und dafür sein Statut geändert: Der christliche Glaube eines Mitglieds ist nicht mehr Bedingung.''**

# Gesundheitstag 1981 in Hamburg

Nun ist es amtlich: Der Gesundheitstag 1981 wird vom 30.9. bis 4.10.81 in Hamburg stattfinden., vorbereitet von Leuten aus dem Gesundheitsladen Westberlin und dem Gesundheitsladen Hamburg. Der offizielle Aufruf knüpft an die großartigen Erfahrungen des Gesundheitstages 1980 in Westberlin an: Die Breite der dort erschienenen Bewegung (10.000 Leute, vom oppositionellen Gewerkschaftler über den alternativen Ernährungsfreak bis zur Frauengesundheitsberaterin), die ungeheure Vielfalt der angebotenen Veranstaltungen, das Gefühl der Stärke und der wachsenden Unzufriedenheit unter den fortschrittlichen/alternativen Gesundheitsarbeitern mit der herrschenden Medizin. Dies alles hat dazu beigetragen, vom Gesundheitstag als d e m Treffpunkt der fortschrittlichen Gesundheitsarbeiter, als dem Symbol zunehmend sich organisierenden und artikulierenden W i d e r s t a n d s gegen die praktizierte Gesundheitsversorgung zu sprechen. Hoffnungsvoll blickt die Linke auf die entstandene 'Gesundheitstagbewegung', um so endlich ein Gegengewicht gegen die unser Gesundheitswesen bestimmenden Kräfte aufbauen zu können: gegen die reaktionäre Ärzteschaft, die Pharma- und Geräteindustrie, die Krankenkassen, die Gesundheitspolitik der bürgerlichen Parteien. Im Gefolge des Gesundheitstags 1980, der vom **Gesundheitsladen Westberlin** mit ausgerichtet wurde, entstanden in 30 Städten der BRD Initiativen zur Gründung von Gesundheitsläden!

### Gesundheitsarbeiter und Patienten: Gemeinsam sind wir stärker!

Der Aufruf zum Gesundheitstag 1981 zeigt auf, *„wie sehr gegenseitige Unsicherheit, Mißtrauen und Sprachlosigkeit das Verhältnis zwischen Patienten und professionellen Helfern belastet"*. Das Gespräch zwischen Patienten und Gesundheitsarbeitern auch außerhalb des Gesundheitsalltags in Gang zu setzen mit dem Ziel, die 'gestörte Beziehung' zu verändern bzw. zu überwinden, um so zu gemeinsamen Handeln zu kommen, das ist eines der Ziele, die sich der Gesundheitstag gesetzt gesetzt hat. Dabei werden gemeinsame Interessen z.B. gegenüber *„einer verantwortungslosen Pharma-Industrie, gegenüber gesundheitsgefährdenden Umweltverhältnissen, gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen im Krankenhaus"* u.a. gesehen, von denen beide, Patienten und Gesundheitsarbeiter, gleichermaßen betroffen und bedroht sind.

Deshalb werden nicht nur Organisationen/Interessengruppen/Initiativen von Gesundheitsarbeitern eingeladen (Gewerkschaften, Gruppen gegen Bettenstreichungen/Personalabbau in Krankenhäusern, alternative Projekte der Gesundheitsversorgung wie Gemeinschaftspraxen, Gesundheitsläden usw.), sondern auch diejenigen der **Patienten** selbst (Selbsthilfegruppen, Frauengesundheitszentren, Patientenschutz/-interessenverbände, BIs gegen Umweltverschmutzung u.a.).

### Forum der Diskussion

Es ist beabsichtigt, neben einem Erfahrungsaustausch der erscheinenden und sich z.T. darstellenden Gruppen/Einzelpersonen eine Reihe von Fragen schwerpunktmäßig zu diskutieren, so u.a.:

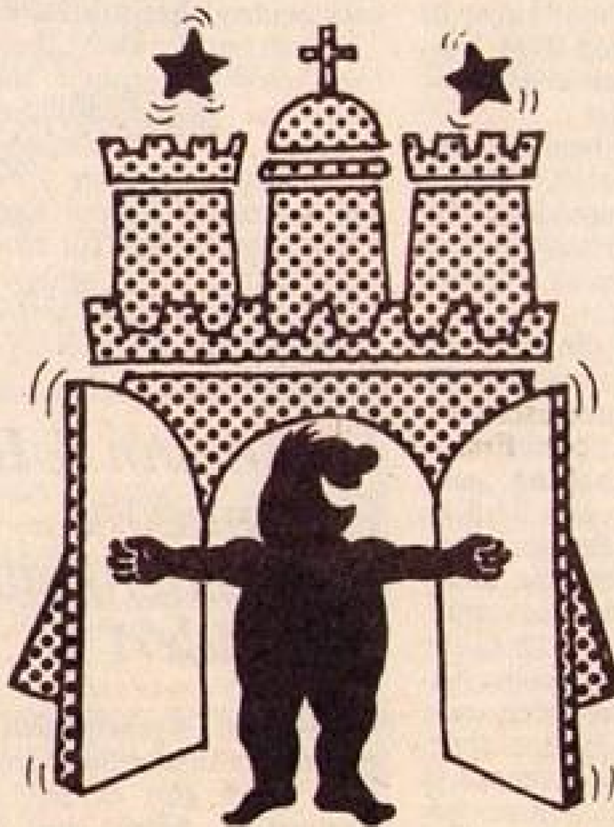
- **Wie politisch ist das Persönliche?**
- **Gewerkschaften und Selbsthilfegruppen – wo sind Gegensätze, wo gegenseitige Ergänzung?**
- **Wie können Patienten und Gesundheitsarbeiter ihre Interessen besser vertreten? Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Netzwerke ... welche Möglichkeiten?**
- **Welche konkreten Schritte und welche politischen Ziele stellen sich der Gesundheitstagbewegung?**
- **Standortbestimmung, Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfegruppen im bestehenden Gesundheitssystem.**

### Kommt massenhaft und gestaltet mit!

Der Gesundheitstag ist kein Kongreß im herkömmlichen Sinne, er ist vielmehr angewiesen auf die aktive Mitgestaltung der Besucher (vgl. unten).

Wir werden in einer der nächsten AK-Ausgaben ausführlicher Stellung zum Aufruf zum Gesundheitstag beziehen.

**Gesundheitszelle KB Hamburg**



**HEREIN ZUM GESUNDHEITSTAG 1981**

**Den Aufruf zum GESUNDHEITSTAG 1981 unterstützen:**

**GESUNDHEITSLÄDEN und INITIATIVEN aus Aachen, Bielefeld, Bonn, Berlin, Braunschweig, Bremen, Duisburg, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Hannover, Heidelberg, Homburg, Karlsruhe, Kiel, Köln, Lübeck, Mainz, Mannheim, Marburg, München, Münster, Nürnberg, Osnabrück, Saarbrücken, Stuttgart, Tübingen, Ulm, Verden, Würzburg.**

**DEUTSCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTHILFEGRUPPEN und Mitglieder der regionalen Arbeitsgemeinschaften aus Bielefeld, Berlin, Bochum, Düsseldorf, Gießen, Hamburg, Heidelberg, Frankfurt, Fulda, Mannheim, München, Wuppertal.**

**OASE - Bochum**
**(Zentrum für Selbsthilfegruppen und Krisenhilfe)**
**GESUNDHEITSZENTRUM Frankfurt Boetgerstr. e.V.**
**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIALE PSYCHIATRIE (DGSP)**
**Hamburger Gesellschaft für soziale Psychiatrie (HGSP)**
**Berliner Gesellschaft für soziale Psychiatrie (BGSP)**
**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR VERHALTENSTHERAPIE (DGVT)**
**BUND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLER (BDWi)**
**BUNDESVERBAND BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ (BBU)**
**ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALPOLITISCHER ARBEITSKREISE (AG-SPAK)**
**Argument, Demokratisches Gesundheitswesen, Dr. med. Mabuse, Eingriffe, Forum für Medizin und Gesundheitspolitik und viele andere ...**

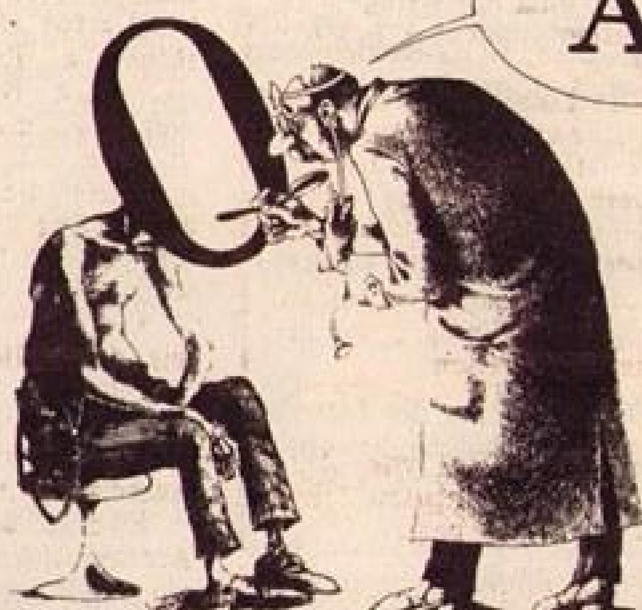
### KONTAKT UND ANMELDUNG

Der Gesundheitsladen Hamburg bittet alle **aktiven Teilnehmer(innen)** um möglichst **frühzeitige Angebote** für einzelne Veranstaltungen, Referate und Diskussionsgruppen. Der späteste Termin für die Aufnahme ins Veranstaltungsprogramm ist der 1. Juli 1981. Benötigt wird dazu eine kurze inhaltliche Beschreibung der Einzel- oder Gruppenveranstaltung. Angaben zur zeitlichen Planung, zur Teilnehmerzahl und zur Person der Referent(in)en oder Arbeitsgruppenmoderator(in)en sind zusätzlich wichtig. Das Büro des Gesundheitstages 1981 schickt Interessenten auf Wunsch ein Anmeldeformular zu.

Die **sofortige Anmeldung** zur Teilnahme am Gesundheitstag 1981 (Postkarte) erleichtert die Organisation wesentlich. Der Gesundheitsladen Hamburg versucht Wohn- und Schlafmöglichkeiten für alle zu vermitteln, die selbst nichts finden können.

Schreibt, ruft an, wenn Ihr weitere Informationen baucht oder wenn ihr den Vertrieb von Flugblättern, Programmbüchern, Plakaten und Teilnehmerbuttons zum GESUNDHEITSTAG 1981 übernehmen könnt.

**KOORDINATION und KONTAKTADRESSE**
**Büro GESUNDHEITSTAG 1981**
**Neubertstr. 24**
**2000 Hamburg 76**
☎ Mo. bis Fr. 10.00 — 14.00 Uhr
040 / 250 07 95






## Leserbrief zum Gesundheitstag

### Für eine bundesweite Zusammenarbeit

Eine 'Gesundheitsbewegung' gibt es eigentlich schon lange, mit wechselnden Höhen und Tiefen: ob nun in Form von aktiver Gewerkschafts- bzw. Kollegengruppenarbeit an Krankenhäusern, in Form linker bzw. demokratischer Ärztegruppen (AUÄ, Alternativlisten zu Ärztekammerwahlen, BGÄs in der ÖTV u.a.), oder Initiativen zu stadtteilbezogener Gesundheitsarbeit, fortschrittliche Gesundheitszeitungen, fortschrittliche Gesundheitskongresse/Treffen, Alternativprojekte der Gesundheitsversorgung usw. – um nur mal einige aus der Vergangenheit zu nennen. Ansätze zu einer überregionalen Koordinierung und Zusammenarbeit hat es kaum gegeben; hier liegt eine entscheidende Schwäche der Gesundheitsbewegung im Vergleich z.B. zur Anti-AKW-Bewegung. Über die Gründe dafür nachzudenken, ist sicherlich lohnenswert, würde aber den Rahmen dieses Artikels überspannen.

Festzustellen ist aber wohl, daß die Gewerkschaften durch ihre innerorganisatorische Repression und ihre bedingungslose Unterstützung für die immer mehr gegen die Bevölkerung gerichtete Gesundheitspolitik im Vergleich zu noch vor einigen Jahren an Attraktivität als vereinendes Instrument einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik entscheidend eingebüßt haben. Daß vielmehr seit dem letzten Gesundheitstag ein Trend hin zu Gesundheitsläden regional als organisatorischer und inhaltlich/agitatorischer Rahmen fortschrittlicher Gesundheitsaktivitäten besteht, der sich auch überregional zu strukturieren beginnt.

Der Gesundheitstag 1981 sieht eine *„kontroverse Diskussion um eine gesundheitspolitsche Neuorientierung"* vor und will auch konkrete, praktische Ergebnisse erreichen. Durch die angestrebte Konfrontation von Patienten und Gesundheitsarbeitern wird er zur Verbreiterung der Gesundheitsbewegung beitragen. Ich würde mir wünschen, daß bei der Vorbereitung darauf geachtet wird, daß die Veranstaltungen möglichst auch auf die **Erarbeitung und Vereinheitlichung gemeinsamer Standpunkte/Zielsetzungen** ausgerichtet sein sollten, aus denen dann später – auch bundesweite – A k t i o n e n folgen können.

Auf einer der letzten Veranstaltungen des Gesundheitstags 1980 zu „Perspektiven des Gesundheitstags" (Wie soll's weitergehen ...) wurde mehrfach der Wunsch nach einer **Koordinierung der Gesundheitsbewegung** laut (etwa in Form eines 'Koordinationsbüros Gesundheitstag', einer Dachorganisation, regelmäßig stattfindender überregionaler Treffen oder auch in Form einer Gesundheitszeitung).

Um diese Idee mit Leben zu füllen, solltem.E. eine Arbeitsgruppe/Veranstaltung mit entsprechen ausgearbeiteten Vorschlägen/Papieren schon zu d i e s e m Gesundheitstag vorbereitet und organisiert werden.

Ich meine, daß die Zeit dafür reif ist, ein Gegengewicht zur herrschenden Medizin auch praktisch zu schaffen.

**Ein Genosse der Gesundheitszelle KB Hamburg**

# Krüppel-Tribunal in Vorbereitung

Am 28.2. und 1.3.81 fand in Frankfurt das erste Vorbereitungstreffen für das geplante Krüppel-Tribunal statt, das Ende des Jahres stattfinden soll. Gekommen waren ca. 60 behinderte und nichtbehinderte Mitglieder von Behindertengruppen in ca. 20 Städten der BRD, um erste Grundsätze für Vorbereitung und Durchführung des Tribunals zu besprechen.

Zu Beginn der Versammlung in der Katholischen Studentengemeinde (KSG) schlugen einige Frankfurter die Behandlung folgender Themen vor:

1. Zielsetzung des Tribunals
2. Frage einer Jury und gegebenenfalls ihrer Besetzung
3. Festlegung der auf dem Tribunal zu behandelnden inhaltlichen Schwerpunkte
4. Form der Arbeitsweise bei Vorbereitung und Durchführung des Tribunals
5. die Stellung der Nichtbehinderten beim Tribunal

Auf Antrag einiger Bremer Krüppel wurde der letzte Punkt – die Beteiligung von Nichtbehinderten an Vorbereitung und Durchführung des Tribunals – als erster behandelt und blieb dann eigentlich auch bis zum Schluß der einzige Tagesordnungspunkt.

### Nichtbehinderte beim Tribunal

Die Rolle der Nichtbehinderten ist in der Behindertenbewegung seit langem eine heftig umstrittene Frage und hatte bereits bei der Vorbereitung der Bühnenbesetzung zur Dortmunder Eröffnungsveranstaltung des „Internationalen Jahres der Behinderten" im Januar zu sehr kontroversen Diskussionen geführt.

So kamen auch jetzt in Frankfurt wieder die drei „Grundpositionen" in dieser Frage zum Ausdruck. Am geschlossensten ist dabei die „reine-Krüppel-Linie", die repräsentiert wird von der Bremer Krüppel-Gruppe und Anhänger in Hamburg, Westberlin und anderen Städten hat. „Organ" dieses Teils der Behindertenbewegung ist die in unregelmäßigen Abständen erscheinende „Krüppelzeitung". Nach Ansicht dieser Strömung haben Nichtbehinderte in der Behindertenbewegung prinzipiell nichts zu suchen und auch das Krüppeltribunal sollte ausschließlich von Krüppeln vorbereitet und getragen werden.

Die weitaus meisten der ca. 150 Behinderten-Selbsthilfegruppen in der BRD haben Behinderte und Nichtbehinderte in ihren Reihen. So war es klar, daß auch nach Frankfurt eine ganze Reihe Nichtbehinderter gekommen waren, die am Tribunal mitarbeiten wollten und dies auch von sehr vielen Behinderten gefordert wurde. Dabei gab es im Wesentlichen zwei Positionen: die eine forderte die g l e i c h b e r e c h t i g t e Beteiligung von Nichtbehinderten. Teils wurde dies mit der – angeblich– gemeinsam erfahrbaren Unterdrückung von Behinderten und Nichtbehinderten begründet (vor allem von Seiten der Nichtbehinderten) teils mit den bisher gemachten Erfahrungen der Zusammenarbeit in Krüppelgruppen (vor allem von Behinderten vertreten). Die zweite Position hielt eine Beteiligung von Nichtbehinderten für möglich, unter Beachtung des Anspruchs der Behinderten, ihren Kampf gegen die Krüppelunterdrükkung möglichst weitgehend in die eigene Hand zu nehmen. So sollte z. B. in den Vorbereitungsgruppen darauf geachtet werden, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder Behinderte sind.

### Weitere Differenzen

Im Laufe der Diskussion, an der sich bis auf wenige Ausnahmen fast ausschließlich die Behinderten beteiligten, wurde deutlich, daß die Frage der Beteiligung von Nichtbehinderten Anknüpfungspunkt weitergehender Differenzen war. Die „reine-Krüppel-Linie" geht davon aus, daß der Widerspruch zwischen Behinderten und Nichtbehinderten im Vordergrund steht. Die Nichtbehinderten seien von der Krüppelunterdrückung nicht betroffen und es sei ein Unding, wenn Nichtbetroffene sich anmaßten, für die Betroffenen zu reden. Als Ziel des Tribunals wurde v. a. eine Stärkung der Krüppelbewegung gesehen, eine Motivierung für andere Krüppel, sich gegen ihre täglich erfahrene Unterdrückung aufzulehnen.

Demgegenüber wurde von anderen als Zweck des Tribunals auch eine starke Öffentlichkeitsarbeit als Mittel des Kampfes gegen das System der Behinderer genannt. Der „reinen-Krüppel-Linie" wurde vorgeworfen, mit ihrem Ansetzen an der persönlichen Betroffenheit als Grundlage der Gegenwehr ein unpolitisch-individualistisches Konzept zu verfolgen. So steckte beispielsweise hinter den Menschenrechtsverletzungen in Heimen etc. nicht (nur) ein besonderer Sadismus der dort beschäftigten Nichtbehinderten, sondern ein politisches Konzept, gegen das zu kämpfen durchaus auch Nichtbehinderten möglich sei. Wenn z. B. durch die Arbeit der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) die psychiatrische Anstalt Brauweiler geschlossen werden mußte, dann sei dies nicht etwa abzulehnen, nur weil daran viele Nichtbehinderte beteiligt waren.

Außerdem bedeute das konsequente Zuende-Denken des Ansatzes der „reinen-Krüppel-Linie", daß Behinderte, die nicht in Heimen leben,

*Fortsetzung nächste Seite*

für Heiminsassen nicht reden und also auch nicht z. B. als Ankläger in diesem Punkt vor dem Tribunal auftreten könnten. Damit müßten gerade die der massivsten Unterdrückung ausgesetzen Behinderten – v. a. auch geistig und psychisch Behinderte oder in Heimen gefangen gehaltene – auf dem Tribunal am wenigsten vertreten sein.

### Die Sache mit der Abstimmung

Im Laufe der Diskussion kam dann irgendwann der Vorschlag auf, mit einer Abstimmung diese Frage zu entscheiden. Obwohl allen klar sein mußte, daß sich auf unterschiedlichen Erfahrungen basierende Überzeugungen nicht durch Mehrheitsentscheidungen „vereinheitlichen" lassen, und somit die Spaltung drohte, wurde sowohl von der „reinen-Krüppel-Linie" als auch von der „Gleichberechtigungs-Linie" eine „klare Entscheidung" verlangt. Der Vorschlag, die gegenseitigen Vorstellungen zu akzeptieren, jeweils bei konkreten Fragen über die Beteiligung von Nichtbehinderten zu entscheiden und bei den Vorbereitungsarbeiten zu gewährleisten, daß jeder möglichst entsprechend seinen Vorstellungen die Arbeit gestalten kann, fand (zu diesem Zeitpunkt) wenig Beachtung.

Bei der Abstimmung über die oben dargelegten drei „Grundpositionen" setzte sich die „reine-Krüppel-Linie" mit großer Mehrheit durch: Vorbereitung und Durchführung des Tribunals sollte nur von Krüppeln getragen werden. Was zu befürchten war, trat ein: nicht nur die Nichtbehinderten, die damit qua Beschluß ausgeschlossen waren, sondern auch sehr viele Behinderte sahen sich nicht mehr in der Lage, das Tribunal mitzutragen – sei es aus prinzipiellen Widersprüchen, sei es, weil sie auf dieser Grundlage in den jeweiligen Orten keine Unterstützung würden finden können. Etwa ein Drittel der Anwesenden reiste noch am gleichen Abend ab. Damit ging der erste Tag zu Ende.

**Bisher hat sich in der Diskussion um das Tribunal etwa folgendes als vorläufiges Ergebnis herauskristallisiert:**

**a.) Ziele des Tribunals sind**

1. **Mißstände aufzudecken**
2. **In der Öffentlichkeit das Bewußtsein Behinderten gegenüber zu verändern**
3. **Behinderte zu motivieren, ihre Unterdrückung offen zu legen und sich in Gruppen zusammenzuschließen**
4. **Druck auf Instanzen auszuüben**
5. **Behindertenprofis, wie Ärzten und Therapeuten eine Alternative aufzuzeigen**

**b.) vorläufige Anklagepunkte des Tribunals:**

1. **Mißstände in der Frühförderung**
2. **Mißhandlungen in Heimen**
3. **Behördenwillkür (Bürokratie, Rechtssituation, Prozesse)**
4. **Berufssituation (Arbeitslosigkeit, Rehazentren, Sonderschulen, Werkstätten für Behinderte)**
5. **Darstellung Behinderter in Medien**
6. **Bauliche/technische Barrieren**
7. **Situation behinderter Frauen**
8. **Geistigbehinderte**
9. **Psychiatrie**

### Die weitere Entwicklung

Am Morgen des 1.3. sollte das Vorbereitungstreffen weitergehen. Parallel zum Treffen in der KSG trafen sich in den Räumen des Frankfurter CeBeeF etwa 20 bis 30 Leute, die den Beschluß vom Vortag nicht mitgetragen hatten. Es war klar, daß auf dieser Grundlage die personelle Unterstützung und auch die inhaltliche Gestaltung des Tribunals auf schwachen Beinen stehen würde. Ebenso war klar, daß der Mehrheitsbeschluß nur dadurch zustande kommen konnte, daß fast alle der „reinen-Krüppel-Linie" anhängenden Behinderten anwesend waren (aus Bremen allein 15 Leute), während die „Minderheit" vom Vortag aber die übergroße Mehrheit der Behindertenbewegung repräsentierte.

So kam die Idee auf, zur Bildung von örtlichen oder regionalen Unterstützerkreisen aufzurufen, die jeweils autonom über die Beteiligung von Nichtbehinderten entscheiden sollten. Zur Vermeidung zufälliger Mehrheitsentscheidungen sollten bundesweite Treffen gegebenenfalls nach dem Delegiertenprinzip durchgeführt werden.

Dann kam aus der KSG die Nachricht, daß die Vertreter der „reinen-Krüppel-Linie" selbst realistisch genug waren, ein Tribunal auf dieser Grundlage für undurchführbar zu halten. Jetzt lag die Initiative wieder bei den übrigen Leuten. Schnell wurde die für den gleichen Tag angesetzte Pressekonferenz vorbereitet, auf der dann ein erstes grobes Konzept für das Tribunal vorgestellt werden konnte (siehe Kasten). Die „reine-Krüppel-Linie" gab hingegen ihren Ausstieg aus der Tribunal-Vorbereitung bekannt.

### Ergebnis dieses Treffens

So wichtig es war, die unterschiedlichen Standpunkte bei der Frage der Mitarbeit von Nichtbehinderten deutlich zu machen, so dogmatisch und sektiererisch war nach unserer Auffassung das Vorgehen vor allem der Bremer Krüppel. Es war von vornherein klar, daß ein Durchdrücken der „reinen-Krüppel-Linie' als Grundlage des Tribunals die Mehrheit der potentiellen Unterstützer von einer Beteiligung ausschließen würde. Ebenso war klar, daß die Bremer und ihre Anhänger in anderen Städten das Tribunal nicht allein durchführen konnten, so daß ihre Vorgehensweise das ganze Projekt aufs höchste gefährden mußte. Auch halten wir es für unsinnig, Nichtbehinderte *z u m g e g e n w ä r t i g e n Z e i t p u n k t p r i n z i p i e l l* aus der Behindertenbewegung auszuschließen.

Natürlich gibt es Situationen , in denen nur Behinderte zu entscheiden haben, wie z. B. bei der Abstimmung am Samstag. Ebenso ist es nicht zu verkennen, daß die Arbeit der Behindertenbewegung gegenwärtig ohne Nichtbehinderte nicht leist-

nicht zu verkennen, daß die Arbeit der Behindertenbewegung gegenwärtig ohne Nichtbehinderte nicht leist-

bar wäre und daß es einem realen Bedürfnis vieler Insassen von Behindertenghettos entspricht, daß sie wenigstens in ihrer Behindertengruppe auch mit Nichtbehinderten zusammen kommen können, was ihnen im Heim oft genug verwehrt wird.

Ohne die notwendige Auseinandersetzung zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zu vergessen, würden wir wichtige Aspekte unseres Kampfes „freiwillig" aufgeben, wenn wir die Solidarität zwischen Behinderten und Nichtbehinderten nicht als *e i n e* wichtige Grundlage eben dieses Kampfes gegen das System der Aussonderung mit einbeziehen.

Ebenso unsinnig ist nach unserer Auffassung aber auch die Theorie von einer gemeinsamen Betroffenheit von Behinderten und Nichtbehinderten. Der speziellen Krüppelunterdrückung sind nur wir Behinderten ausgesetzt und so ist es auch völlig klar, daß wir über die Gestaltung unserer Lebenssituation selbst bestimmen wollen und keiner den Kampf für unser Recht auf ein menschenwürdiges Leben für uns führen kann – auch nicht noch so fortschrittliche Nichtbehinderte.

Bemerkenswert ist aber, daß bei allen, zum Teil hart geführten Auseinandersetzungen – die auch nicht frei waren von persönlichen Anmachen – die Diskussion insgesamt doch sehr solidarisch geführt wurde und die Sache selbst eigentlich bei allen immer im Vordergrund stand. In dieser Beziehung könnte sich die gesamte Linke in der BRD eine dicke Scheibe von der Behindertenbewegung abschneiden.

Nach der Abstimmungsniederlage am Samstag hielten es alle „Aussteiger" für notwendig, daß das Tribunal auf alle Fälle stattfindet und daß sie die Vorbereitungsgruppe zumindest mit ihnen zur Verfügung stehenden Informationen unterstützen würden. Zu keiner Zeit wurde ein Boykott oder gar eine Sabotage des Tribunals erwogen.

Als dann später der Ausstieg der „reinen-Krüppel-Linie" vollzogen war, beteuerten auch diese, daß sie das Tribunal weiterhin für notwendig hielten. Zu jeder Zeit wurde die Notwendigkeit weiterer Diskussionen und gemeinsamer Aktivitäten betont. Die Bremer und die anderen wurden auch nach ihrem Ausstieg des öfteren aufgefordert, sich doch am Tribunal zu beteiligen, weil dies ohne ihre Mitarbeit zweifellos verlieren würde.

In der abschließenden Pressekonferenz wurde noch einmal deutlich, daß sowohl in der Einschätzung der gegenwärtigen Situation als auch in der Zielvorstellung weitgehende Übereinstimmung besteht. Es bleibt zu hoffen, daß sich die „reine-Krüppel-Linie" in Überwindung ihres Sektierertums doch noch zu einer Mitarbeit am Tribunal entschließen kann, zumal das Konzept der regionalen Unterstützerkreise eine reale Möglichkeit hierfür bieten sollte.

Behinderten-Kommission

## Antwort zur Stellungnahme:

# Sollen Behinderte und Nichtbehinderte zusammenarbeiten?

Ich will hiermit zu den Überlegungen Stellung nehmen, die Gerlef im AK 196 zur Behinderten-Arbeit geäußert hat. Er versucht dabei zu untermauern, warum die Zusammenarbeit von Behinderten und Nichtbehinderten nicht nur wünschenswert, sondern zwingend notwendig und für den gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft unbedingt erforderlich sei. Im Kampf gegen dies, auch uns unterdrückende System, sind wir uns einig, doch über das „Wie", speziell für Krüppel, bin ich grundsätzlich anderer Meinung. Eine ehrliche Emanzipation der Krüppel kann nur von diesen selbst ausgehen. Ich will das an den einzelnen Punkten meiner Kritik an G.'s Stellungnahme weiter erläutern. Er geht *„davon aus, daß diese kapitalistische Gesellschaft a l l e behindert"*. Das ist mir zu einfach und zu verwischend. Denn auch wenn jeder den Leistungsdruck und den Konkurrenzkampf verspürt, die ihn an seiner menschlichen Entfaltung hindern, darf und kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß Menschen mit körperlichen/geistigen Abweichungen einfach existieren. Und diese Leute stecken in einer ihnen eigenen Situation, sie machen ganz bestimmte Erfahrungen und werden mit Erlebnissen konfrontiert, die sich wesentlich von denen des Schichtarbeiters oder arbeitslosen Jugendlichen unterscheiden. Welchem Schichtarbeiter wird liebevoll-abwertend übers Haar

scheiden. Welchem Schichtarbeiter wird liebevoll-abwertend übers Haar

gestreichelt? Welcher Jugendliche muß Erschrecken oder Abscheu bei seinem Erscheinen seitens Nichtbehinderter erfahren? Wer wird denn von vornherein in die dunkle Ecke gestellt? Doch nur der Krüppel.

Die These ‚Jeder ist behindert' gerät weiterhin arg ins Schwanken, wenn das allgemein gebräuchliche, nichtssagende ‚behindert' durch das Wort Krüppel ersetzt wird. Behindert wird auch der Fußballer beim Torschuß, der Verkehr vom Nebel usw. .. Verkrüppelt drückt dagegen nur eines aus: der Körper weicht in irgendeiner Form vom ‚Normalen' ab. Die Bezeichnung Krüppel steckt die Grenzen zwischen Nichtbehinderten und ‚Behinderten' auch klarer ab. Denn als behindert kann sich doch jeder bezeichnen; wer sich allerdings zum ‚häßlichen' Krüppel bekennt, muß schon Schädigungen mit den unausbleiblichen, schwerwiegenden Erfahrungen besitzen. Ich denke, Krüppel-Sein heißt, ständig und überall durch die Reaktionen der Umwelt auf das eigene ‚Manko' hingewiesen zu werden. Das unterscheidet den Spastiker, Krückenläufer, Blinden von denen, die sich ständig einbilden, ihre abstehenden Ohren würden jedem ins Auge fallen. Wer also andauernd auf sein Anderssein gestoßen wird, muß sich, um vor sich selbst ehrlich zu sein, zum Krüppel bekennen. Damit ist für mich auch umrissen, welcher Personenkreis das Anliegen der ‚Behinderten' vortragen muß:die Krüppel, die sich als solche akzeptieren. Die Nichtbehinderten können dabei allenfalls eine unterstützende Rolle spielen. Wie dies aussehen könnte, dazu äußere ich mich später.

Eine effektive Zusammenarbeit unter Krüppeln hält G. für zweifelhaft, da ‚Behinderte' unterschiedliche Erfahrungen machen, z. B. der Heimkrüppel oder der zu Hause bei seinen Eltern Lebende. Das ist zwar richtig, doch beginnt genau hier eine der wichtigen Aufgaben von Krüppel-Gruppen: nämlich die Gemeinsamkeiten untereinander erkennen und sich mit den Erfahrungen der Krüppel aus einer anderen Lebenssituation auseinanderzusetzen.Dies ist u. a. deshalb notwendig, um die bestehende Hierarchie unter Krüppeln abzubauen, um einer von außen nach Maßstäben der Leistung aufgesetzten Trennung in zu integrierende (d. h. anpaßbare und/oder verwertbare) sowie auszusondernde (d. h. ungefügige und/oder unverwertbare) Krüppel zu begegnen.

So benutzen viele Krüppel Wörter wie ‚idiotisch' oder auch ‚blind', um etwas als absurd zu kennzeichnen. Dies zeigt bereits, in wieweit Krüppel Wertungen und Normen aus der Nichtbehinderten-Welt übernommen haben. Gerade Krüppel aber müssen das Normalitätsdenken soweit wie möglich abschalten, um sich selbst hinzunehmen als ‚unnormal'.

Gleichwohl wird jeder Krüppel, ob im Elternhaus oder im Heim, vom Drang beherrscht, sich der vorgegebenen Normalität möglichst anpassen zu wollen. Und diese Normalität wird, gewollt oder ungewollt, vom Nichtbehinderten repräsentiert. Es läßt sich leicht ausrechnen, was geschieht, wenn Nichtbehinderte in Krüppelgruppen oder Behinderteninitiativen auftauchen: Sie übernehmen größtenteils die Regie, der Krüppel hat wieder nur Augen und Ohren für die Nichtbehinderten, er stellt sich zurück und seine Bedürfnisse schlummern weiter im Verborgenen. Dies ist nicht nur Anmache des Nichtbehinderten, aber er muß Krüppeln Zeit und Gelegenheit geben, aus der anerzogenen passiven in die aktive Rolle zu treten. Dieser Lernprozeß kann nur in kleinen Schritten geschehen, die von Nichtbehinderten oft als zu gering abgewertet werden. Abschließend sei nochmals gefragt, was ein Nichtbehinderter will, wenn Krüppel ihre Erfahrungen austauschen, ihre Schlüsse und Konsequenzen diskutieren. Er muß sich wie ein überflüssiger Voyeur vorkommen, da er nicht mitreden kann.

Kurz zur Rolle der Nichtbehinderten. Sie können durchaus unterstützen. Zu beachten ist, daß Krüppeln keine Initiative aus der Hand genommen wird. Ein Mann, der seine Frau unterstützt in ihrem Emanzipationsbestreben, rennt nicht zur Frauendemo, sondern erledigt den Haushalt, damit die Frau ihre Stärke

tionsbestreben, rennt nicht zur Frauendemo, sondern erledigt den Haushalt, damit die Frau ihre Stärke

demonstrieren kann. Genauso kann es ein Nichtbehinderter dem Krüppel ermöglichen, seine Stärke kennenzulernen, indem er ihm die nötigen Hilfestellungen leistet. Gerade Krüppel kämpfen dann mit dem schlechten Gewissen, dem netten Helfer nichts zurückgeben zu können. ihn stattdessen gar auszuschließen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß das Pochen auf die Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten mit der wachsenden Abhängigkeit des Krüppels von fremder Hilfe ständig zunimmt. Hier sollten sich auch die Helfer fragen, inwieweit sie dieses Rollenverhalten mitspielen. Ich verlange von meinem Helfer, daß er mir Freiräume läßt, in denen er nicht dabei ist, was ja nicht mit dem Abbruch der Freundschaft gleichzusetzen ist. Ich weiß von mir aus, welche Probleme ich mit nichtbehinderten Freund/inn/en hatte, ihnen gegenüber ihren Ausschluß zu vertreten. Dahinter steckt(e) die Angst, von den Nichtbehinderten verlassen zu werden, plötzlich wieder allein zu sein, in die mühsam überwundene Isolation zurückzufallen. Es trotzdem gewagt zu haben und zu bemerken, nicht überall auf Nichtbehinderte angewiesen zu sein, gab ein Gefühl der eigenen Stärke. Wer den Anspruch hat, Krüppel beim eigenen Selbstbewußtsein-Entwickeln unterstützen zu wollen, wird den Ausschluß akzeptieren. Nichtbehinderte können uns weiter unterstützen, wenn sie aus ihrer Sicht berichten, was sie denken oder empfinden, wenn sie mit Krüppeln täglich arbeiten oder mit uns sonst zusammentreffen. Sie können aber nicht für Krüppel sprechen. Das heißt beispielsweise: Soll das Verhältnis Krüppel – Nichtbehinderte dargestellt werden, müssen beide Seiten daran mitarbeiten; soll aufgezeigt werden, wie Krüppel ihr Sein erleben, können das nur Betroffene selbst tun.

G. lehnt eine autonome Krüppelbewegung mit folgender Argumentation ab: *„Die Frauen erleiden ... eine zweite, besondere Unterdrückung als Geschlecht, die viel älter ist als die kapitalistische Unterdrückung. Daher besteht die Notwendigkeit einer zeitweiligen autonomen Organisierung der Frauen ... Wir Behinderte erleben ... auch keine spezifische Unterdrückung durch den Kapitalismus"*.

Dazu folgendes:

1. Ich empfinde es auch als eine besondere Unterdrückung, als geschlechtslos eingestuft zu werden.
2. Die Krüppelfeindlichkeit besteht ebenso seit Jahrtausenden, unabhängig vom heutigen Profitdenken: die alten Griechen stürzten Krüppel vom Felsen, Römer mordeten sie, Luther empfahl, mißgestaltete Kinder im Teich zu ertränken, von den Ausrottungs-Aktionen der Nazi-Zeit bis zu den Anstalten um uns herum, in denen Krüppel langsam dahinsichen. Wenn Frauen sich gegen ihre jahrtausendealte Unterdrückung organisieren, ist es für Krüppel erst recht notwendig. Denn sie werden nicht nur abqualifiziert, sondern zudem noch ausgesondert und vernichtet.
3. Andererseits hat gerade das kapitalistische Profitdenken den Umgang mit Krüppeln auf die Spitze getrieben. Sie werden als zusätzlicher Kostenfaktor gehandelt: entweder, um den sozialen Staat herauszukehren, oder im Extremfall mit Kosten-Nutzen-Rechnungen, die Abschiebung der Krüppel als günstig für die Allgemeinheit eiskalt zu belegen. Es sei zu bedenken,: *„welches ungeheure Kapital in Form von Nahrungsmitteln, Kleidung und Heizung dem Nationalvermögen für einen unproduktiven Zweck entzogen wird"* und in einer wirtschaftlichen Notsituation ist *„kein Platz für halbe, Viertels- und Achtelskräfte"*. Diese Gedanken sind zwar 1920 aufgeschrieben (Binding/Hoche, S. 54 f.), doch auch noch heute in mehr oder weniger abgewandelter Form vorhanden.

Das zeigt wiederum sehr drastisch, was uns von den Arbeitern und Angestellten, von Frauen oder Ausländern trennt: der Staat braucht sie, braucht ihre Arbeitskraft zur weiteren eigenen Existenz – Krüppel dagegen werden nicht benötigt, da ihre Arbeitskraft als nicht gewinnträchtig erscheint. Gerade das verbindet mich mit dem Krüppelkind des Unternehmers und unterscheidet mich vom Arbeiter. Welcher Krüppel dagegen in der BRD besser zurechtkommt, der mit ‚betuchten' Eltern oder der aus armen Verhältnissen stammende, liegt auf der Hand und läßt sich an den Statistiken über die Herkunft von Heiminsassen leicht belegen. Das

armen Verhältnissen stammende, liegt auf der Hand und läßt sich an den Statistiken über die Herkunft von Heiminsassen leicht belegen. Das

ist aber nicht die Frage. Wichtig finde ich es, mit aktiven Krüppeln zu arbeiten, die sich gegen ihre Bevormundungen und Diskriminierungen zur Wehr setzen. Daß diese aus der ‚linken' Ecke kommen, liegt in der Natur der Sache und ist praktisch ein Selbstgänger. Deshalb muß ich mich nicht vom Krüppelkind des Unternehmers abgrenzen, deshalb brauche ich nicht zwangsweise die gemeinsamen Interessen mit Arbeitern und Angestellten konstruieren, wie G. es tut. Die menschenfeindliche Gesellschaft lehnen wir gemeinsam ab, die Betroffenheit ist eine andere.

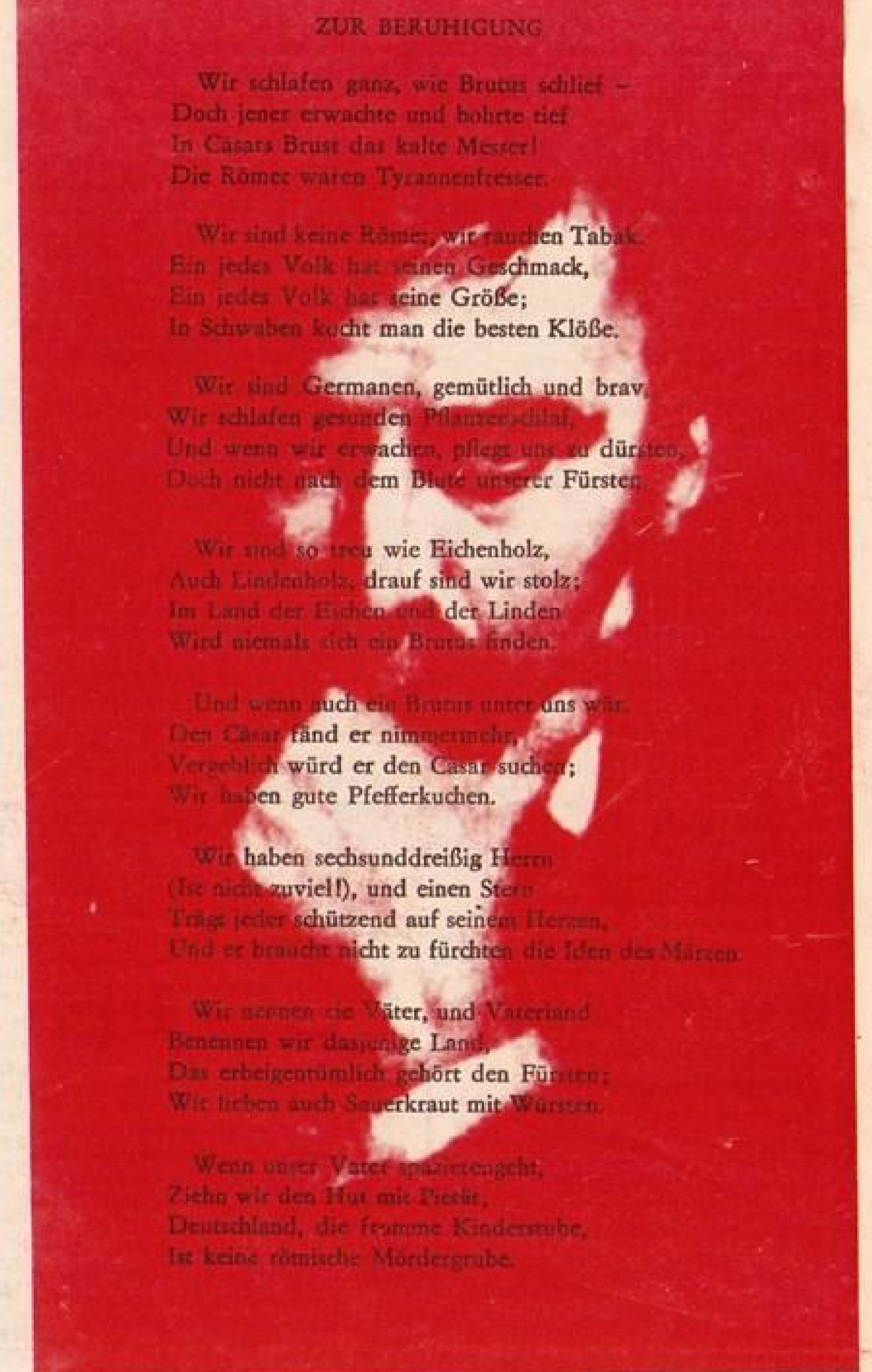
Der erste Schritt zur eigenen Emanzipation ist für G. *„diese Bewußtseinsveränderung bei immer mehr Menschen ... Dabei freue ich mich über jeden ‚Nichtbehinderten', der sich über meine Probleme informiert"*. D. h. für mich, den zweiten Schritt vor dem ersten tun. Denn wie will ich über meine Probleme informieren (?), wenn ich selbst noch im Unklaren darüber bin, wo meine Schwierigkeiten liegen. Ich meine damit jetzt nicht Fragen wie ‚Wie kippe ich einen Rollstuhl?' oder ‚Wie helfe ich beim Anziehen?'. Das weiß jede(r) am besten selbst. Für mich geht es um das Verhältnis Nichtbehinderte – Krüppel. Hier laufen die Anpassungsmechanismen so unterschwellig, daß sie erst nach intensiver Beobachtung und Erfahrungsaustausch unter Krüppeln entdeckt werden. Für mich verbirgt sich bereits hinter der Behauptung, *„daß viele Rollstuhlfahrer weniger behindert sind als ein durch die Arbeit kaputtgemachter Schichtarbeiter, der ... vorm Fernseher rumhängt"*, die Gefahr, das eigene Krüppel-Sein zu relativieren und herunterzuspielen. Doch zu behaupten: ‚Eigentlich bin ich ja gar nicht behindert', wäre eine Lüge, um sich auf diese Weise dem Nichtbehinderten zu nähern. Um zu verhindern, ständig dem Ziel der nie zu erreichenden Normalität nachzulaufen, muß ein Weg gefunden werden, der ständig neu kritisch geprüft werden muß (ziehe ich beispielsweise die Anerkennung der Nichtbehinderten bereits aus meiner Rolle als aktiver Krüppel, der den Mut hat, sie anzumachen?). Bevor derartiges nicht geklärt ist, bevor ich nicht weiß, wie der einzuschlagende Weg für mich auszusehen hat, kann ich keine Aufklärungskampagne in Sachen Krüppel-Schwierigkeiten starten.

Schließlich zum Vorwurf, wir würden mit Krüppelgruppen die *„Aufspaltung der Unterdrückten durch unsere politische Praxis noch vertiefen"*: Es gibt in der Gesellschaft spezielle Bereiche, in denen Krüppel unterdrückt werden. Hier müssen wir für uns reden. Daneben gibt es aber Gebiete, von denen Schwule, Zigeuner, Ausländer genauso betroffen sind. Wenn ein AKW hochgeht, müssen alle dran glauben. Deshalb gibt es keine ‚Krüppelgruppe gegen AKWs', hier kämpfen wir gemeinsam und zusammen.

U., Hamburg

## Ein Sympathisant aus dem 19. Jahrhundert läßt grüßen!

# Zum 125. Todestag Heinrich Heines




**Hätte er sich doch nur an das Vorrecht des Dichters gehalten, stellvertretend für andere eine höhere Wirklichkeit in schönen Versen zu erschauen – man könnte sorglos seine Geburts- und Todestage feiern, Schulen und Universitäten nach ihm benennen und Denkmale für ihn errichten – so mag wohl schon mancher Senator und Ratsherr gedacht haben. Da der jüdisch-deutsche Dichter Heinrich Heine sich nun aber mit seiner Kunst in das Handgemenge der Politik begeben hat, taugt er nicht zum Objekt offizieller Kulturpflege. Andererseits kann man Heinrich Heine auch nicht ignorieren, gilt er doch z.B. in Frankreich als größter deutscher Dichter. Heine hat eine Todsünde begangen, die kein deutscher Dichter begehen darf: er hat mit den Kommunisten sympathisiert.**




„Entwurf für ein Heine-Denkmal" von Martin Opitz

### Schon zu Lebzeiten ein „Fall"

*„Vorzüglich! Vorzüglich!' soll Fürst Metternich ausgerufen haben, als man ihm aus Heines Gedichten vortrug: ‚Vorzüglich! – Muß sofort verboten werden!"* (Heinrich Heine, Ein Land im Winter, Berlin 1978, S. 7).

Land im Winter, Berlin 1978, S. 7).

Metternich, der Chef der österreichischen Reaktion erkannte *„hinter dem Wohllaut der Verse deren politische Gefährlichkeit"* (a.a.O, S. 7) und bedrängte die preußische Regierung ständig, den Namen Heine auf die Verbotsliste der Zensur zu setzen. 1841 wurden dann Heines Schriften in Preußen verboten. Diese Maßnahme radikalisierte jedoch Heines Haltung. In den folgenden Jahren war er neben Marx, Ruge und Heß Mitarbeiter der „Deutsch-Französischen Jahrbücher" und des „Vorwärts".

In den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern" und im „Vorwärts" erschienen neben den Analysen von Marx, Ruge, Hess und Bernays Heines Spottgedichte auf die preußische und bayerische Reaktion, das Gedicht „Die armen Weber" und „Deutschland, ein Wintermärchen". Die preußische Reaktion machte Jagd auf Heines Webergedicht, das an Häuserwänden angeschlagen, in Schenken verlesen wurde und als Flugblatt kursierte. *„Wer es verteilte oder es in Besitz hatte, war des Aufruhrs überführt. In einem Bericht an den König stellte der preußische Innenminister Arnim fest, das Gedicht sei ‚eine im aufrührerischen Ton gehaltene und mit verbrecherischen Äußerungen angefüllte Ansprache an die Armen im Volk"* (a.a.O., S. 158).

Im Februar 1844 fordert der preußische Gesandte in Paris die Ausweisung der Redakteure des „Vorwärts". Durch die Solidarität der gesamten oppositionellen Presse in Frankreich wird dies verhindert – lediglich Bernays wird zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Im April 1844 gab die preußische Regierung die Anweisung, Marx, Heine und Ruge an der Grenze zu verhaften. Heines Steckbrief lag an allen Grenzstationen, und in den „Acta des Polizei Präsidii zu Berlin betreffend Heinrich Börnstein, Karl Marx, Heinrich Heine, Charles Louis Bernays" heißt es über Heine: *„Schriftsteller, 50 Jahre alt. Mittelmäßige Größe. Spitze Nase und spitzes Kinn. Ausgesprochen jüdischer Typ. Es ist ein Wüstling, dessen verfallender Körper die Ermattung verrät"* (A. Cornu, Karl Marx und Friedrich Engels, Leben und Werk, 2, Berlin 1961, S.357).

Auf weiteres Drängen der preußischen Reaktion *„ordnet der französische Innenminister dann im Januar 1845 die Ausweisung von Heine, Börnstein, Marx, Bakunin, Bürgers und Ruge als Redakteure und Mitarbeiter der Zeitung an. Sie wurden aufgefordert, Frankreich sofort zu verlassen. Dies gab Anlaß zu einem Sturm von Protesten seitens der oppositionellen Presse; die Regierung schäme sich nicht, sich zum Werkzeug der preußischen Regierung herabwürdigen zu lassen und Männer auszuweisen, deren einziges Verbrechen sei, Frankreich geliebt und verteidigt zu haben. Der Protest hatte wenigstens einen Teilerfolg, denn der Ausweisungsbefehl wurde nur gegen einen Teil der Redakteure und Mitarbeiter des „Vorwärts" vollstreckt.*

*arbeiter des „Vorwärts" vollstreckt.*

*Heine blieb dank seines Weltrufs unbehelligt"* (a.a.O., S. 355). Ausgewiesen wurden schließlich „nur" Marx, Bakunin, Bürgers und der frühere Chefredakteur des „Vorwärts", Bornstedt. *„Von allem, was ich hier an Menschen zurücklasse"*, schrieb Marx kurz vor seiner Abreise aus Paris an Heine, *„ist mir die Heinesche Hinterlassenschaft am unangenehmsten. Ich möchte Sie gern mit einpacken"*.

### „Nicht tragbar"

Auch nach 1945 bleibt Heine in der BRD ein Ärgernis, das immer wieder aufbricht. Ob es um Heine-Denkmäler geht oder die Benennung von Studentenheimen, Schulen oder der Düsseldorfer Universität nach seinem Namen. Seit 1965 gibt es zum Beispiel in Düsseldorf, der Geburtsstadt Heines, *„einen beständigen Kampf um die Benennung der Universität nach Heine. Damit diese Forderung wach bleibt und Unterstützung findet, gründete der ehemalige Theaterintendant Otto Schönfeldt im Dezember 1968 die ‚Bürgerinitiative Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf'. Zusammen mit dem AStA der Universität veranstaltet die Bürgerinitiative 1972 ein Heine-Hearing, bei dem der damalige PEN-Präsident Hermann Kesten eine flammende Rede zum Thema ‚Heine lebt' hält. In den vergangenen Jahren unternahm die Bürgerinitiative immer wieder neue Vorstöße, um die Universität nach Heinrich Heine zu benennen. Die letzte Aktion fand am 22. Januar statt. Von Künstlern der Düsseldorfer Wandmalergruppe wurde im Rahmen einer Heine-Fete nachts ein etwa fünf Meter hohes Bild Heines mit der Unterschrift ‚Heinrich-Heine-Universität lebt' auf die Fassade des großen Hörsaals gemalt. Doch das Kunstwerk blieb nur wenige Stunden, die Universitätsverwaltung ließ es schnell wieder überpinseln. Diese Ehrung war nicht erwünscht"* („Die Neue", 17.2.81).

Hinter dem offiziellen Widerstand gegen die Benennung der Universität nach Heine steckt die Angst, der Name Heinrich Heine könnte als *„Programm speziell für den universitären Sektor verstanden werden, wo es eine emanzipatorische Lehre und Forschung zu erreichen"* gelte („FR", 10.1.73). So äußerten sich die Studenten des Kölner Studentenheims Hans-Sachs-Straße, die ihr Haus in „Studentenheim Heinrich Heine" umbenennen wollten. Zudem wollten sie hierdurch auch die Auseinandersetzung mit Leben und Werk des Dichters unter den Studenten der Kölner Universität fördern.

Auch der CDU-Gemeinderat von Ostfildern bei Stuttgart fürchtet wohl, daß die Auseinandersetzung mit Heinrich Heine negative Auswirkungen auf die Schüler und Schülerinnen der Stadt haben könnte. Den Wunsch der Gesamtlehrer- und Schulkonferenz eines Gymnasiums, ihre Schule nach Heinrich Heine zu benennen, wurde vom Gemeinderat abgelehnt. **Die Begründung: Heine sei als „Vorbild für unsere Jugend nicht geeignet".** Im Rundschreiben des Gemeinderats heißt es: *„Heinrich Heine hat als Dichter Rang und Namen, doch zeigt auch die neueste Heine-Forschung erhebliche Schwächen und Mängel in seinem Persönlichkeitsbild auf. Der als Anlage beigefügte Artikel ... nennt Heines ‚böse Freude am Boxen ohne Handschuhe, am Zuschlagen unterhalb der Gürtellinie, am Hochnehmen argloser Widersacher ...' In seinen Briefen und Schriftstücken machte Heine verletzende Äußerungen über religiöse Grundwerte in Judentum und Christentum. Er proklamiert einen ‚sinnenfreudigen Hellenismus' im Gegensatz zum ‚Nazarenertum'. (...) Nach unserer Meinung ist ein Mann mit dieser zynisch-sarkastischen Grundhaltung zu Lebens- und Glaubensfragen und mit so erheblichen Charaktermängeln als Vorbild für unsere Jugend nicht geeignet"*.

Wie hellsichtig vom Gemeinderat Ostfildern, sich diesen Sympathisanten aus dem 19. Jahrhundert vom Hals zu halten. Denn „staatserhaltend" sind Heines Gedichte und Schriften wahrlich nicht! Schließlich könnten die Schülerinnen und Schüler ja auch Geschmack an der Art finden, wie Heine „religiöse Grundwerte" unterwandert und mit Autoritäten umspringt, beispielsweise in den ‚Lobgesängen auf König Ludwig", den „angestammelten König der Bayern" und den Spottversen

der Bayern" und den Spottversen

auf den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Die Beschäftigung mit „Deutschland, ein Wintermärchen" provoziert geradezu die Auseinandersetzung mit den heutigen Verhältnissen in der BRD. Und schließlich könnten die Schülerinnen und Schüler fragen, warum ein Dichter wie Heine diese Verse im Exil schreiben mußte.

Aber auch Heine wußte schon zu Lebzeiten, warum er so gehaßt wurde, und er wußte auch um sein „Amt": *„Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen, das große Völkerbündnis,*

*verhetzen, das große Völkerbündnis,*

*die Heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen aus wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere von vielen hunderttausend Mördern mehr zu füttern, wir benutzen zum Pflug ihre Schwerter und Rosse, und wir erlangen Friede und Wohlstand und Freiheit. Dieser Wirksamkeit bleibt mein Leben gewidmet; es ist mein Amt. Der Haß meiner Feinde darf als Bürgschaft gelten, daß ich dieses Amt bisher recht treu und ehrlich verwaltet. Ich werde mich jenes Hasses immer würdig zeigen. Meine Feinde werden mich nie verkennen ..."* (Vorrede zu „Französische Zustände", 1832).

Ein Genosse der Kulturkommission

Ein Genosse der Kulturkommission

Buchbesprechung

# »Nicht den Hunger verlieren«

**Marianne Herzog, Nicht den Hunger verlieren. Rotbuch-Verlag Westberlin 1980, 12 Mark**

*„Du willst nicht wissen, wie es im Gefängnis ist ... Ich will es dir aber erzählen ... Solange du im Gefängnis bist, kann dir alles, aber auch alles wieder abgenommen werden ... deine Bücher, dein Radio, deine Filzschreiber, deine Aufzeichnungen. Deine Bilder können von der Wand gerissen, dein Einkauf gesperrt, die Zeitung verboten, Besuche abgelehnt werden ... Es gibt kein einziges Recht für den Häftling, das nicht mit der Einschränkung der 'Sicherheit und Ordnung der Anstalt' wieder aufgehoben werden kann"* (S. 108 f).

Dieses ist mein zweiter Versuch einer Besprechung des Buches „Nicht den Hunger verlieren" von Marianne Herzog.

Marianne Herzog war zwei Jahre im Gefängnis, davon 14 Monate isoliert. Sie beschreibt diese Zeit rückblickend und streut dabei Tagebuch-Aufzeichnungen aus ihrer Haft ein. Diese zeitlichen Sprünge, die Tagebuch-Bruchstücke und Gedankenfetzen zeigen ihre Zerrissenheit noch in diesem Verarbeitungsprozeß 6 Jahre nach der Entlassung. Was bedeuten Worte wie: **Rechtlosigkeit der Gefangenen, menschenunwürdige Haftbedingungen, Persönlichkeitszerstörung, Isolation?** Was bedeutet der Kampf gegen diese Dinge für den Menschen, der ihn kämpft? – Kann man diese Fragen überhaupt so beantworten, daß es jemand versteht, der selber diese Knasterfahrung nicht gemacht hat?

Obwohl mich dieses Buch eine Antwort auf diese Fragen ahnen läßt, fehlen mir die Worte dafür, diese Antwort zu formulieren. Deshalb ist mein erster Versuch im Papierkorb gelandet. Daß ich einen zweiten Versuch überhaupt mache, liegt daran, daß dieses Buch mich nicht losgelassen hat. Man kann es nicht lesen und zur Seite legen.

Marianne Herzog schreibt mit politischer Schärfe, ohne ihre eigene Person, ihre eigenen Gefühle dabei auszuklammern. Diese Einheit in der Beschreibung von persönlicher Subjektivität und objektiven Haftbedingungen macht ihr Buch zu einem besonderen Knastbuch. Für mich war es die erste Literatur zu diesem Thema, die mich als Leser nicht mit dem Gefühl bloßer Ohnmacht zurückgelassen hat.

Sie beschreibt nicht nur, was das „Leben" im Frauenknast für sie als politische Gefangene bedeutet hat, sondern fügt ausführliche Lebensläufe ihrer Mitgefangenen hinzu; beschreibt, aufgrund welcher „Taten" sie ins Gefängnis kamen. Da ist zum Beispiel Gertrud Breitenbach, die in ihrem Lebenslauf erst die Geburten ihrer 6 Kinder in 6 aufeinanderfolgenden Jahren aufzählt und dann mit dem Satz endet: „Während meiner Ehe bin ich keiner Arbeit nachgegangen." – Von der Geburt des dritten Kindes an bekommt sie alle Kinder zuhause, in ihrer Zwei-Zimmer-Wohnung, weil sie niemanden hat, der während eines Krankenhausaufenthaltes ihre anderen Kinder versorgen könnte. Von morgens um 5.00 bis Mitternacht ist sie für ihre sechs Kinder und ihren Mann auf den Beinen. Um das Kleinste kümmert sie sich immer weniger. Eines Morgens ist das Baby tot. Gertrud Breitenbach kommt ins Gefängnis, ihre fünf Kinder ins Heim. Da sind sie nun seit sechs Jahren.

Marianne Herzog liest während ihrer Haft vor allem Bücher, die in Gefangenschaft, in Gefängnissen oder in Lagern geschrieben wurden; sie braucht diese Identifikationsliteratur, „lebt" während des Lesens in diesen Büchern. Aber selbst die Beschaffung von Literatur bedeutet Kampf für sie.

*„Eine Schließerin reißt mir die Büchertüte weg, sie packen mich zu zweit, schieben mich in die Zelle, schließen zu ... Ich rufe laut und verlange mein Buch. Sie kümmern sich nicht darum"* (S.87).

Und überhaupt scheint man in Frauenknästen Lesen noch überflüssiger zu finden als im Männerknast.

*„Die Bibliotheken der Männergefängnisse sind besser. Wenn die alltägliche Diskriminierung doch einmal durch eine Überraschung unterbrochen würde"* (S. 72).

Sie beantragt, Analphabetinnen unter ihren Mitgefangenen Lesen und Schreiben beibringen zu dürfen. Ihr Antrag wird abgelehnt mit der Begründung, es gebe keine Analphabeten unter den Häftlingen ... – obwohl sie weiß, daß das nicht stimmt.

*„Resozialisierung ist, was die Anstalt darunter versteht, und die Anstalt versteht darunter immer noch – und besonders in Frauengefängnissen – Imi und Ata"* (S. 109).

**Svende Merian**

# 8. MÄRZ INTERNATIONALER FRAUENTAG






## DEMOS

**Kiel** 7.3.: Trotz strömenden Regens kamen 350 Frauen und einige wenige Männer. Lieder und Parolen gegen Krieg, § 218 und Leichtlohngruppen standen im Vordergrund. Nach der Abschlußkundgebung wurden per Luftballon Botschaften an Frauen verschickt.

**Tübingen** 6.3.: 200 Demonstrantinnen zogen im Gleichschritt mit Trommelschlägen durch die Innenstadt. „Wenn NOT am Mann ist, greift mann zur frau!" Ziel der Aktion war das Amt für Zivilschutz, wo 110 Anträge auf Zivildienstverweigerung für Frauen abgegeben wurden.

**Nürnberg** 6.3.: Auftakt zur 8. März-Frauenaktionswoche war eine Demonstration von 200 Frauen und einigen Männern.

**Hannover** 7.3.: Unter dem Motto „Wir lassen uns nicht einplanen" demonstrierten ca. 500 Frauen, die sich u.a. als Ärzte, Päpste und Atombomben verkleidet hatten. Vor dem Amerikahaus wurde den USA der 1. Preis im Wettrüsten verliehen.

**Bremen** 7.3.: 65 Frauen beteiligten sich an einem Umzug in der Bremer Innenstadt.

## BÜNDNISSE

Der 8. März stand dieses Jahr in vielen Städten im Zeichen großer und sehr breiter Bündnisse. In Hannover beteiligten sich zum Beispiel neben vielen Gruppen aus der autonomen Frauenbewegung und dem KB, die ASF-Bezirk Hannover, ÖTV-Frauen, Grüne Frauen, die DFI und spanische Frauen. Dieses Bündnis blieb auch bis zum Schluß bestehen, obwohl die DFI es wohl nurmehr mit mit ihrem Namen unterstützte, nachdem sie sich auf der DGB-Veranstaltung (natürlich im Alleingang durchgezogen) als „Gewerkschafterin" unter das Volk mischte. Im Großen und Ganzen ist zu sagen, daß es dem DGB dieses Jahr noch mehrheitlich gelungen ist, seine Abgrenzungspolitik durchzusetzen (siehe dazu Artikel in diesem AK über Hamburg). Die DFI war häufig bemüht, den Anteil der Männer am 8. März heraufzusetzen. Insgesamt war aber schon ein stärkeres Bemühen festzustellen, die Gemeinsamkeiten zu betonen. So hat die DFI in Braunschweig nur am Nachmittag des Aktionstages am 7.3. teilgenommen und am Abend ein eigenes Fest durchgezogen, weil ein Fest mit Männern eben mehr ihrer Tradition zum 8.3. entspräche. Gleichzeitig haben sie aber angeboten, daß sie trotz aller Differenzen die Zusammenarbeit mit allen Frauengruppen fortsetzen möchten, zum Beispiel in Form eines Frauenfestivals (nur für Frauen!).

## MÄNNER ÄRGER

Beim Frauenfest in Kiel kam das sogenannte Dicke Ende nach, in Form des Pächters des Legiensaals (immerhin eine Gastwirtschaft, die zum Gebäudekomplex der Gewerkschaft zählt, auch wenn der Pächter selbst von der Brauerei eingesetzt ist), der um Mitternacht auf den Plan trat und erklärte, für ihn sei nun Feierabend. Da nichts dergleichen vereinbart war, sondern im Gegenteil das Fest öffentlich bis zum Morgengrauen angekündigt war, feierten die Frauen weiter. Nachdem er verschiedene Tricks versucht hatte, z.B. die Getränkekisten abzutransportieren (damit wäre für die Frauen die Abrechnung nicht mehr zu kontrollieren gewesen), machten sich einige Frauen daran, die Getränke zu zählen und abzurechnen. Trotzdem rief der Pächter die Bullen, die die Frauen dann ihrerseits aufforderten, sofort den Saal zu räumen, ansonsten würden sie Verstärkung anfordern und räumen lassen. Auf Anweisung des Pächters versuchten sie, von einer Frau die Personalien zu erhalten, die lediglich „verbrochen" hatte zu sagen: „Jetzt muß ich aber auch mal was dazu sagen." Nach verschiedenen Querelen bei der Abrechnung – „zufällig" vergaß er z.B., die noch vollen Kisten und Flaschen von der zu zahlenden Summe abzuziehen – verlangte er auf einmal noch andere, nicht vereinbarte Zahlungen wie Saalmiete, Reinigungsgebühr etc., die natürlich nicht bezahlt wurden. Zum Abschluß und zur allgemeinen Belustigung (selbst der Bullen) kippte der reichlich angesäuselte Wirt dann noch von der Fensterbank.



* * *

Auch bei der Demo in Hannover gab es zwei Zwischenfälle: Ein Typ griff zwei Frauen an, als Farbbeutel gegen Peep-Shows flogen; er wurde aber von den Frauen erfolgreich abgewehrt. Eine andere Frau wurde von einem Fotografen beim Parolensprühen geknipst, worauf die Frauen die Herausgabe des Films forderten. Er weigerte sich und drohte damit, er würde gleich brutal. Daraufhin hat er von 30 Frauen Prügel bezogen und der Film kam ihm auch abhanden. Ein schöner Erfolg!



# Trotz Verbot: 1.000 Frauen demonstrierten in Frankfurt

In Frankfurt hatte sich einiges getan unter den Frauen, was einen kämpferischen 8. März versprach. Im Dezember hatte sich — ausgehend vom letzten „Frankfurter Frauentag", den das Evangelische Pfarramt für Frauenarbeit seit einigen Jahren einmal jährlich unter Einbeziehung aller möglichen Frauengruppen und -initiativen veranstaltet — das „Frankfurter Frauenforum" gegründet, mit dem Ziel, „... *uns — das waren die verschiedensten Frauengruppen, die Frauenarbeit oder Arbeit mit Frauen machen oder sonst politisch engagiert sind, uns näher kennenzulernen, um herauszufinden, was wir gemeinsam haben und wo wir unsere politische Arbeit mit gegenseitiger Solidarität jeweils unterstützen können*" (aus der Einladung zum ersten Treffen).

Das erste Treffen war gleich ein voller Erfolg: ca. 25 Gruppen aus den unterschiedlichsten Bereichen waren erschienen. Obwohl viele wußten, daß es eine ganze Reihe von Fraueninitiativen in Frankfurt gibt, überraschte die große Anzahl und das breite Spektrum.

Die erste gemeinsame Erfahrung mit der praktischen Zusammenarbeit machten wir mit der Vorbereitung des diesjährigen 8. März. Das Thema „Frauen gegen Krieg" führte schon bei den Vorbereitungsterminen zu interessanten Auseinandersetzungen, wozu die Vielfalt der Arbeitsbereiche und der Umstand, daß in den letzten Monaten in vielen Frauengruppen über die Kriegsgefahr diskutiert wurde, beitrug.

Die erste Diskussion um die Gestaltung des 8. März fand auf Initiative der ASF statt. Fortgesetzt wurde sie dann wöchentlich im Rahmen des Frauenforums; 60 weitere, bis dahin noch nicht am Frankfurter Frauenforum beteiligte Gruppen wie z.B. die Pro Familia, die „Frauen für den Frieden" und die ASF, schlossen sich Pro Familia, die „Frauen für den Frieden" und die ASF, schlossen sich an. Auf dem ersten Treffen stellte eine Vertreterin des DGB die geplanten Aktivitäten des DGB-Hessen vor: Eine Veranstaltung am Sonntag, den 8.3. im DGB-Haus, mit einer Politrevue unter dem Motto „Und keiner schiebt uns ab" — wie bundesweit natürlich auch hier unter explizitem Ausschluß von Frauengruppen aus der Frauenbewegung und aus der Linken.

Dieses Vorgehen des DGB wurde von uns eindeutig verurteilt. Wir wollten aber keine „Konkurrenzveranstaltung" am selben Tag, deshalb war von vornherein klar, daß „unser" internationaler Frauentag am Samstag, den 7.3. stattfindet.

Die Begründung der Gewerkschaftsvertreterin für die Nichtbeteiligung des DGB an unseren Aktivitäten war etwas peinlich: Da der 7.3. ein verkaufsoffener Samstag sei, seien von den Veranstaltungen von vornherein die im Einzelhandel beschäftigten Frauen ausgeschlossen. Vom diesjährigen DGB-Beschluß zum 8. März keine Rede...

Während der nächsten Wochen wurde in einem immer größer werdenden Kreis, der jetzt über 40 Frauengruppen umfaßte, das Programm für den 7.3. erarbeitet:

Begonnen werden sollte der Tag mit einer Demonstration und Aktionen auf der Straße unter dem Motto: „Frauen gegen Gewalt und Krieg". Nachmittags und abends sollten Frauen zu verschiedenen Diskussionen, Theaterstükken, ausländischer Folklore und Kennenlernen der Frauengruppen eingeladen werden.

Auf dem Flugblatt, mit dem vor und während der Demo mobilisiert wurde, sind nach langer Diskussion aller beteiligten Frauengruppen namentlich aufgeführt, um diesen ersten größeren Ansatz von gemeinsamen Aktivitäten aller Frankfurter Frauengruppen auch in der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Darunter sind das Neu-Isenburger und die beiden Frankfurter Frauenzentren, das „Frankfurter Frauenblatt", der Verein „Frauen helfen Frauen", Lesbengruppen, Behinderte Frauen, einige Frauengruppen der evangelischen Kirche, Schülerinnen-Gruppen, Gruppen ausländischer Frauen aus Eritrea, Chile, Argentinien, Griechenland, Portugal, Spanien, Korea und der Türkei, die Uni-Frauengruppe, KB-Frauengruppe, Pro Familia, DFI, Frauen-zum-Bund-Nein-Danke-Gruppe und viele andere.

Die ASF, die sich an der Vorbereitung des Frauentages mit — rückblickend gesehen — mehr als dubiosen Motiven beteiligt hatte, „verzichtete" auf ihre namentliche Erwähnung auf Flugblatt und Plakat: mit „K-Gruppen" können sie sich nicht zusammen in der Öffentlichkeit zeigen! Sie hatte allerdings schon eine Woche vorher ohne Absprache mit uns eigene Plakate drucken lassen, die mit „ASF und Frankfurter Frauenforum" unterzeichnet waren.

Insgesamt versprach der diesjährige Internationale Frauentag in Frankfurt sehr kämpferisch, phantasievoll und vielseitig zu werden. Abgesehen von verschiedentlichen Mißstimmigkeiten mit der ASF und daraus folgend einem wachsenden Mißtrauen ihr gegenüber war schon die Vorbereitung der Aktivitäten ein Erfolg für sich: frau hatte viele neue Frauen und viele neue Arbeitsgebiete kennengelernt; Unklarheiten und Differenzen wurden so lange diskutiert, bis ein für alle einigermaßen zufriedenstellender Kompromiß gefunden war. Das kostete uns zwar viel Zeit, worunter auch die rein organisatorische Vorbereitung etwas gelitten hat, bedeutet aber eine gute Grundlage für die weitere Arbeit des Frauenforums.



So weit, so gut. Doch dann überstürzten sich die Ereignisse:

### Demonstrationsverbot zum Internationalen Frauentag!

15 Stunden vor Beginn wurde unsere Frauen-Demonstration verboten.

Einen Tag vorher war schon eine andere Demo, die am selben Tag stattfinden sollte, verboten worden: Das „Komitee für bessere Haftbedingungen" hatte für Samstagnachmittag um 14 Uhr eine Demo angemeldet zur Unterstützung der Hungerstreiks von politischen und sozialen Gefangenen.

Angeblich lagen der Polizei nun Erkenntnisse vor, daß das „Komitee für bessere Haftbedingungen" nun unsere Demo für „eigene Ziele, u.a. auch Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ..." mißbrauchen würde. Diese „Erkenntnisse" dienten CDU-Oberbürgermeister Wallmann dazu, für den Samstag ein generelles Demonstrationsverbot auszusprechen!

### ASF und Polizei — gemeinsam gegen das Demonstrationsrecht

Noch bevor das Verbot unserer Demonstration ausgesprochen wurde, hatte die Vorsitzende der ASF, Antje Arold, die für das Frauenforum die Demo angemeldet hatte, die Anmeldung und ihre Beteiligung an der Demo öffentlich zurückgezogen. Auch sie war der Meinung, daß „*Anarchogruppen aus dem ganzen Bundesgebiet und ‚Verwandte und Freunde der politischen Gefangenen' ... den friedlichen Zug zum internationalen Frauentag ... ‚mit Gewalt begleiten werden'* " („FAZ", 7.3.).

Eine kurzfristige Ersatz-Anmeldung durch andere Frauen des Frauenforums wies das Ordnungsamt willkürlich ab. Abends wurde dann ständig durchs Radio gegeben, daß die Frauendemonstration verboten sei.

### Belagerungszustand in Frankfurt

Am nächsten Morgen und den ganzen Tag über glich Frankfurts Innenstadt einem Polizei-Heerlager: Wasserwerfer in der ganzen Stadt, Hubschrauber, Hundertschaften in Kampfanzügen mit Schlagstöcken an jeder größeren Straßenecke, Straßensperren, an denen Autos willkürlich rausgewunken, die Insassen abgetastet, die Autos durchsucht wurden, Ausweiskontrollen auf der Straße und Durchwühlen von Einkaufstaschen von Passanten.

**Trotz dieser Bedrohung und den massiven Einschüchterungsversuchen, trotz den von der Polizei angekündigten „Auffahren von Truppen" und „Einsatz von Wasserwerfern gegen Kinder", falls sich an das Demonstrationsverbot nicht gehalten würde, demonstrierten über 1000 deutsche und ausländische Frauen und Kinder unter dem Motto „Frauen gegen Gewalt und Krieg" zum Römer, wo die Ab-** **ter dem Motto „Frauen gegen Gewalt und Krieg" zum Römer, wo die Ab-** **schlußkundgebung stattfand.**

„*Das Bild war gespenstisch: portugiesische Kinder trugen auf dem Rükken Transparente mit der Aufschrift ‚Frieden statt Krieg' — über ihren Köpfen kreisten Polizeihubschrauber, vor ihnen standen dichte Polizeiketten, hinter ihnen Wasserwerfer*", beschreibt die „Frankfurter Rundschau" die Demonstration („FR", 9.3.).

Den ganzen Tag über hielt dieser Belagerungszustand an. Überall in der Stadt wurden kleine und kleinste Personengruppen willkürlich auseinandergejagt und über 70 Menschen festgenommen!

Diese Gewaltdemonstration von Seiten der Polizei und der eigenmächtige Rückzieher der ASF waren dann auch Gegenstand scharfer Kritik, als sich am Nachmittag viele Frauen im Bürgerhaus Westend trafen, um dort mit Diskussionen über die Frauenfriedensbewegung, über die Situation von Frauen im Betrieb und über die besondere Diskriminierung ausländischer Frauen in Frankfurt, mit Theaterstücken, Musik und Essen den internationalen Frauentag zu begehen.

### ‚Wir brauchen weder den Schutz der Polizei noch den der SPD!"

Das mußte sich Antje Arold sagen lassen, als sie über den Polizeilautsprecher zu Anfang der Demonstration ihren Rückzieher zu erklären versuchte.

In einer Presseerklärung, die noch am Samstag vom Frankfurter Frauenforum herausgegeben wurde, wird der ASF vorgeworfen, mit ihrem Schritt „*für diesen Tag das Demonstrationsrecht preisgegeben*" zu haben. „*Dies sehen wir vor dem Hintergrund des Kommunalwahlkampfes, in dem die Parteiinteressen der SPD wichtiger*

*Fortsetzung nächste Seite*



# FESTE

**Hamburg-Bergedorf** 3.3.: Gut 70 Frauen machten sich bei gutem Essen und schöner Musik einen vergnügten Abend. Ausrichterinnen waren die Frauen des Kneipenkollektivs und die Frauen von der Stammtischgruppe.

**Lüneburg** 7.3.: 300 Frauen beteiligten sich an dem Fest. Besonders Conny mit ihren selbstgemachten Liedern (u.a. zu Jiang Quing) soll ein absoluter Hochgenuß gewesen sein. Im Gegensatz zu den letzten Jahren gab es dieses Jahr zum 8. März eine Zusammenarbeit verschiedener Frauengruppen (DFI, Friedensanstifterinnen, autonome Frauengruppen, Selbstuntersuchungsgruppe, „Frauen helfen Frauen“ und „Hexenhaus“.

**Braunschweig** 7.3.: Am Nachmittag wurden Infotische und Gesprächskreise angeboten (Frauen gegen Militarismus, Frauen in die Bundeswehr? – Nein Danke!, Recht auf Arbeit – auch für Frauen und zum § 218). Am Nachmittag beteiligte sich auch noch die DFI. Abends kamen dann 200 - 250 Frauen auf das Fest. Es wurde Geld für „Waffen für El Salvador“ gesammelt, über den Braunschweiger Prostaglandin-Prozeß berichtet und vieles mehr.
Die DFI machte am Abend ein eigenes Fest mit Männern.

Geld für „Waffen für El Salvador“ gesammelt, über den Braunschweiger Prostaglandin-Prozeß berichtet und vieles mehr.
Die DFI machte am Abend ein eigenes Fest mit Männern.

**Hannover** 8.3.: Das Fest war von der Frauen-Aktionseinheit. 800 bis 1.000 Frauen hörten sich Beiträge von chilenischen und türkischen Frauen an, klönten im Frauencafe, sahen sich eine Bauchtanzvorführung an und das Theaterstück der „Militärfrauen“. Und es wurde natürlich nach Kräften geschwoft.

**Göttingen** 7.3.: „Das war erst der Anfang. Wir müssen noch viel lauter werden!“ Diese Stimmung herrschte bei den 200 Frauen, die ein Fest zum Abschluß der Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus – Frauen gegen Atomkraft und Umweltzerstörung!“ besuchten.

**Hamburg** 7.3.: Tausend Frauen amüsierten sich auf der Festveranstaltung des Aktionsbündnisses.

**Münster**: 400 Frauen besuchten ein Fest mit viel Tanz und heißer Musik am 7.3.

**Oberhausen** 8.3.: Gemeinsame Kulturveranstaltung vom Kulturreferat der Stadt und Frauengruppen. Anwesend waren zwischen 400 und 600 Menschen. Das äußere Bild wurde sehr stark von der DFI geprägt. Viele Frauen haben das Fest frustriert verlassen, u.a. auch weil viele Typen versuchten, zudringlich zu werden.

**Aachen** 7.3.: An einem Fest der DKP (Schwerpunkt „Frauen zum Bund – Nein Danke“) beteiligten sich 150 Frauen und Männer. Außerhalb des traditionellen DKP-Spektrums ist an Mobilisierung so gut wie nichts gelaufen.

**Köln** 8.3.: Gemischte Frauenveranstaltung von einer türkischen Frauengruppe im Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum. Es kamen 150 Menschen, überwiegend Frauen, hörten Reden und sangen gemeinsam internationalistische Lieder.

**Tübingen** 8.3.: 150 - 200 Frauen informierten sich über „Gewalt gegen Frauen“ mit Filmen, Theater usw.

**Nürnberg** 6.3.: Wie alljährlich führte der DGB sein Aktionsfest zum Internationalen Frauentag durch. Das Motto war: „Frieden und Arbeit für alle.“ Sehr gut angekommen ist die Frauengruppe der IGM-Nürnberg mit einem eigenen Theaterstück. 500 - 600 Kollegen und Kolleginnen nebst ihren Kindern besuchten das Fest. Wie immer gab es keine Zusammenarbeit mit den autonomen Frauengruppen.

**Moabit (Westberlin)**: Stadtteilfrauenfest zur Unterstützung der Frauencafe-Gruppe. Die Gruppe hat ein Haus mitbesetzt, um endlich Räume zu bekommen. Ca. 150 Frauen waren da. Und weil es so ein kleines Fest war, auch nicht nur Frauen aus „der Szene“.

**Bremerhaven**: Auf Drängen der DFI **fand ein Fest mit Männern statt, das von 500 Menschen besucht wurde. Leider waren die Männer wieder mal in der Überzahl.**

**Bremen**: Fest mit 400 Frauen. Eingeladen hatte das Bündnis der Aktionswoche gegen „Krieg und Militarismus“.

**Kiel** 7.3.: 300 Frauen sahen Theater, beteiligten sich an einem Quiz (EWG = Emmanzen Werden Gewinnen), hörten Lieder und tanzten.

Kiel 7.3.: 300 Frauen sahen Theater, beteiligten sich an einem Quiz (EWG = Emmanzen Werden Gewinnen), hörten Lieder und tanzten.



# 8. März in Hamburg – eine Bilanz

Ca. 2.000 Menschen nahmen an der vom DGB veranstalteten Demonstration teil, zu der auch die ASF, DFI und DKP aufgerufen hatten, außerdem das Aktionsbündnis „Frauen gegen Krieg und Militarismus“ (das vom 1. – 8. März in Hamburg eine Aktionswoche durchgeführt hatte) und eine Aktionseinheit von ca. 20 autonomen Frauengruppen und Organisationen wie dem KB, Bunte, Grüne u.a., die zusammen ein Frauenfest in der Hochschule für bildende Künste veranstaltet haben.

Gleich beim Abmarsch auf dem Legienplatz wurde per Lautsprecherdurchsage von einer DGB-Funktionärin signalisiert, daß der DGB-Block an der Spitze gehen würde und die Autonomen sich mit einem gewissen A b s t a n d anschließen dürften. Mit dem Abstand klappte das nicht so ganz. Dennoch war es unübersehbar, wo der Block des DGB, in den sich auch DKP und andere gewerkschaftlich orientierte Kräfte eingereiht hatten, aufhörte. Hier nämlich begann an beiden Seiten des Zuges eine Bullenkette, darunter eine Hundestaffel, die Köter ohne Maulkorb, die Bullen in voller Montur.

Obwohl mehrfach vom Lautsprecherwagen der Aktionseinheit-Frauen und den Demonstrant/inn/en selbst zum Verschwinden aufgefordert, „begleiteten“ die Bullen den Zug penetrant bis zur Abschlußkundgebung. Vom Lautsprecherwagen des DGB kam keinerlei Protest.

Trotz dieser Begleitumstände und des schlechten Wetters war der Block der Aktionseinheit-Frauen wesentlich lebendiger und kämpferischer als der des DGB. Am Dammtor gab es noch einen Zwischenfall. Zivilbullen versuchten, einen Demonstranten aus dem Zug heraus zu verhaften. Schnell herbeieilenden Mitdemonstranten gelang es, ihn zu befreien.

des DGB. Am Dammtor gab es noch einen Zwischenfall. Zivilbullen versuchten, einen Demonstranten aus dem Zug heraus zu verhaften. Schnell herbeieilenden Mitdemonstranten gelang es, ihn zu befreien.

Auf der Moorweide sollte eine Abschlußkundgebung der DGB-Frauen stattfinden, die aber nicht nur buchstäblich ins Wasser fiel, weil es pausenlos regnete, sondern zusätzlich aufgrund der mangelnden Qualität der Lautsprecheranlage nur von wenigen Frauen gehört wurde.

Ins Curiohaus waren im Anschluß an die Demonstration noch etwa 150 Männer und Frauen gekommen. Mit Wandzeitungen und Infoständen stellten sich hier einzelne Frauenarbeitskreise und -ausschüsse des DGB vor. Die Dinoba-Kolleginnen aus Bargteheide zeigten einen Film und berichteten über ihren Kampf „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, eine Frau aus El Salvador und eine Türkin berichteten und beantworteten Fragen, türkische Frauen tanzten.

Die IG Metall-Frauen haben parallel dazu und auch am Vorabend eigene Veranstaltungen gemacht.





Hamburg

## Zur Vorbereitung der Veranstaltung

Die Initiative für Veranstaltungen zum diesjährigen 8. März auch im DGB kam von einem Aktivistinnenkreis aus verschiedenen Einzelgewerkschaften, der sich bereits Ende Oktober mit dieser Frage befaßt hatte und sehr intensiv an der Verwirklichung dieses Vorhabens gearbeitet hat. Waren anfangs Bestrebungen da, mit den autonomen Frauen gemeinsam an die Planung heranzugehen, wurden diese nach dem Brief des DGB-Bundesvorstands von Anfang Dezember, der jegliche Zusammenarbeit mit nicht-gewerkschaftlichen Gruppen verbietet, auf eine inoffizielle Ebene verlagert und dadurch bedeutungslos (siehe auch AK 193, S. 27).

Eine Auseinandersetzung darum wurde nicht im Kreisfrauenausschuß, dem offiziellen Gremium, geführt. Für die Funktionärinnen war das sowieso kein Problem und der überwiegende Teil der Vorbereitungsgruppe starrte zu sehr auf die Möglichkeit, überhaupt DGB-Veranstaltungen ma-

dem offiziellen Gremium, geführt. Für die Funktionärinnen war das sowieso kein Problem und der überwiegende Teil der Vorbereitungsgruppe starrte zu sehr auf die Möglichkeit, überhaupt DGB-Veranstaltungen ma-

chen zu können, nach dem Verbot im letzten Jahr und der Ignoranz in den Jahren davor. Im Vergleich dazu wurde für die meisten Frauen das Verbot der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zweitrangig. Sie wollten keinen Clinch darum eingehen, aus Angst, die gesamte Vorbereitung könnte dann daran scheitern.

Konkret lief folgendes ab: Der Aktivistinnenkreis stellte frühzeitig den Antrag auf Durchführung einer Demo und einer Veranstaltung. Zuerst befaßte sich der Kreisvorstand des DGB-Nordmark überhaupt nicht damit, angeblich wegen eines zu hohen Kostenvoranschlags. Als schließlich von den Frauen die Kosten bis auf ein Minimum zusammengestrichen waren, wurde der Antrag genehmigt, ebenso das Aufrufflugblatt. Positiv war dabei insbesondere, daß die Frauen die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 und die Parole „Frauen zum Bund – Wir sagen nein!“ aufgenommen hatten und damit bewußt einen Konflikt riskierten. Da der Kreisvorstand die Vorlage jedoch ohne (?) Diskussion verabschiedete, konnte es so veröffentlicht werden.

In Kenntnis der langsamen Mühlen des Apparates lag die Druckvorlage für das Flugblatt bereits Anfang Februar vor. Der Druck „verzögerte“ sich dann aber „bedauerlicherweise“ solange, bis es zu spät war, die Flugblätter über den DGB zu verschicken. So wurden die Flugblätter ausschließlich durch die Initiative der an der Vorbereitung interessierten Frauen unter die Leute gebracht.

Allein schon vor diesem Hintergrund ist es einfach grotesk, daß der DGB einen Alleinvertretungsanspruch für die Demo erhoben hat und glaubte, es nicht nötig zu haben, sich mit anderen Kräften abzusprechen und auch die Abschlußkundgebung allein bestritten hat.

## Wie halten wir's mit den Autonomen?

Die Gestaltung der Abschlußkundgebung führte zu den schärfsten Aus-

Wie halten wir's mit den Autonomen?

Die Gestaltung der Abschlußkundgebung führte zu den schärfsten Aus-

einandersetzungen. Hier gab es auch bei den linken Kräften innerhalb der Vorbereitungsgruppe unterschiedliche Standpunkte. So standen sich drei verschiedene Auffassungen gegenüber:

1) Auf jeden Fall müßten bei der Abschlußkundgebung autonome Frauen zu Wort kommen (konkreter Vorschlag: eine Vertreterin der „Frauen gegen Krieg und Militarismus“). Dieser Vorschlag wurde auch vom GEW-Frauenausschuß unterstützt.
2) Es sei nicht sinnvoll, um einen Beitrag autonomer Frauen auf der Abschlußkundgebung in den Clinch zu gehen. An dieser Auseinandersetzung könnte sonst womöglich das ganze Vorhaben platzen. Die Inhalte aus der autonomen Frauenarbeit müßten natürlich bei der Kundgebung vertreten sein. Sie sollten selbstverständlich Teil eines Beitrags werden, den die Vorbereitungsgruppe zur Geschichte und zum heutigen Stand der Frauenkämpfe erarbeiten würde.
3) Dieser Standpunkt kam von den eingefleischten DGB-Funktionärinnen einschließlich DKP-orientier-

*Fortsetzung nächste Seite*

## ♀-Demo zum Lübecker Knast

Zum internationalen Frauentag hatten verschiedene anti-imperialistische Frauengruppen zu einer Demonstration für die politischen gefangenen Frauen im Lübecker Knast aufgerufen. Über 100 Frauen sind gekommen. Sie demonstrierten ohne „besondere Vorkommnisse“ durch die Innenstadt zum Knast unter Transparenten wie: „Frauenpower gegen die Betonsackbauer“, „Freiheit für die politischen Gefangenen“ und sämtlichen Forderungen der Hungerstreikenden.

Mitten auf einer Kreuzung machten sie spontan eine Kundgebung, vor dem Knast riefen sie die Namen der gefangenen Frauen und führten eine weitere Kundgebung durch.

**Eine Genossin der AG Frauen/Bremen**

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

*waren als die gemeinsame Demonstration aller Frankfurter Frauengruppen gegen Gewalt und Krieg.“* (Zur Auseinandersetzung mit der ASF siehe nebenstehenden Artikel)

## Jetzt erst recht: Frauen gegen Gewalt und Krieg!

Das Demonstrationsverbot und der Polizeiterror, der dieses Verbot durchsetzen sollte, erinnerte viele Frauen an Brokdorf. Diese Entwicklung der schrittweisen Einschränkung des Demonstrationsrechts und der immer massiver und bedrohlicher werdenden Staatsgewalt bestätigten in erschreckender Weise die Notwendigkeit unserer Demonstration: *„Angesichts dieser Androhung von Gewalt gegen Frauen und Kinder erscheint uns eine Demonstration von Frauen gegen Gewalt und Krieg notwendiger denn je!“*

**KB-Frauengruppe Frankfurt**



**Hamburg: Bullen mit Hunden „begleiten“ den Frauenblock.**
**Dazu das „Hamburger Abendblatt“ vom 9.3.: „Empört zeigte sich eine junge Mutter, als plötzlich ein Polizeihund ‚ihren Lütten‘ in der Sportkarre beschnüffelte und der Hund sich von dem Kind auch noch dankbar streicheln ließ – wahrlich eine friedliche Demonstration ...“**

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

ten Kräften: Im Mittelpunkt jeglicher Frauenarbeit stünde sowieso der gewerkschaftliche Ansatz. Nur in der Gewerkschaft sei fortschrittliche Frauenpolitik machbar. Die autonome Frauenbewegung sei kleinbürgerlich ... bla, bla.

Dem Kräfteverhältnis entsprechend war so der Vorschlag auf Beteiligung der autonomen Frauen an der Kundgebung sofort vom Tisch. Was blieb, war die Illusion der linken Frauen, trotzdem durch die I n h a l t e der Abschlußkundgebung ihre Verbundenheit mit der Frauenbewegung außerhalb der Gewerkschaften zum Ausdruck bringen zu können.

Entsprechend war ein Redebeitrag vorbereitet worden, in dem u.a. Kritik daran geübt wurde, daß Gewerkschafterinnen eine Zusammenarbeit mit der autonomen Frauenbewegung verboten wird. Dieser Vorschlag führte natürlich zu einem Mordsgezeter. Der Clinch war da. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung darüber zog die Vorsitzende des Kreisfrauenausschusses einen alternativen Beitrag aus der Tasche. Dieses Vorgehen führte allerdings bei vielen Frauen zu Empörung, so daß sie sich gezwungen sah, Zugeständnisse zu machen und einen erheblichen Teil der umstrittenen Inhalte in ihren Beitrag aufzunehmen. Sie schaffte es mit diesem Vorgehen aber, ihren



Hamburg

Hamburg

Vorschlag zur Grundlage zu machen, und sie setzte ebenfalls durch, daß s i e die Rede halten würde.

Das Ergebnis war denn auch ein – im wesentlichen – Jubelbeitrag auf den freuenfreundlichen DGB, dem allerdings (s.o.) kaum noch Frauen zuhörten.

Auf der Demo selbst bemächtigte sich schließlich eine andere Funktionärin des Lautsprecherwagens, in dem eine Frau aus dem Vorbereitungskreis saß, um auch hier zu verhindern, daß womöglich eine nicht abgesprochene Parole vom Gewerkschaftswagen an die Öffentlichkeit dringen könnte. Durch ihr unverschämtes und dreistes Auftreten gelang es ihr auch, die Frau zu vertreiben.

### Was bleibt unterm Strich?

Gelungen ist es in diesem Jahr erstmalig, eine stärkere Zusammenarbeit der einzelnen Frauenarbeitskreise und -ausschüsse zur Vorbereitung des 8. März zu erreichen. Das ist ein gute Voraussetzung für weitere gemeinsame Frauenaktivitäten.

Dennoch muß für Hamburg vermerkt werden, daß sich der Abgrenzungsbeschluß des DGB auf der ganzen Linie durchgesetzt hat. Im letzten Jahr kam es noch zu zahlreichen Protesten gegen das Verbot und in der Folge davon zu einer Zusammenarbeit von Gewerkschafterinnen und autonomen Frauen. Insbesondere bei der Demo im letzten Jahr wurden gewerkschaftliche Frauenforderungen in trauter Eintracht mit anderen getragen. In diesem Jahr setzte sich eine absolute Trennung durch.

Auch gab es meines Wissens kaum Proteste von Seiten der Einzelgewerkschaften. Der GEW-Frauenausschuß hatte einen Antrag an die Delegiertenversammlung gestellt, in dem er gegen den Bundesvorstandsbeschluß protestiert und fordert, *„daß gerade am 8. März die Frauen im DGB nach inhaltichen Gesichtspunkten entscheiden können, mit welchen Frauen sie am Internationalen Frauentag zusammenarbeiten wollen und nicht nach organisatorischen."* Aus zeitlichen Gründen wurde der Antrag nicht behandelt. Einen ähnlichen Antrag lehnte die HBV-Delegiertenversammlung ab. Auch in den Gewerkschaftszeitungen gab es keine kritischen Artikel dazu.

Jetzt stellt sich die Frage für diejenigen Frauen, die z.T. aus taktischen Gründen vermeiden wollten, eine Auseinandersetzung um den Abgrenzungsbeschluß zu führen, wie sie in Zukunft an diese Frage herangehen wollen. Hat sich doch gezeigt, daß innerhalb der führenden Funktionärinnen, die sich in diesem Jahr durchsetzen konnten, keinerlei Ansatz für ein Bemühen da ist, mit nichtgewerkschaftlichen Gruppen zusammenzuarbeiten, im Gegenteil. Jetzt müßte auch diskutiert werden, welchen Stellenwert sie der Zusammenarbeit mit anderen Frauen(gruppen) beimessen.

War es auch für gewerkschaftliche Verhältnisse schon ganz erfreulich, daß 150 Personen am Fest der Gewerkschaftsrauen teilnahmen, so muß frau sich doch trotzdem fragen, warum 1.000 Frauen zum Fest der Aktionseinheit gehen, und ob es nicht anzustreben ist, ein gemeinsames Fest mit vielleicht 2.000 Frauen auf die Beine zu stellen.

Auch waren es in diesem Jahr weniger Demonstrant/inn/en als im letzten, trotz 20.000 DGB-Flugblättern. Auch das gibt zu denken.

Eine Hamburger Genossin

# Aus dem harten Leben einer S-Frau

Zum diesjährigen Internationalen Frauentag lud in Frankfurt als erste die ASF (SPD-Frauen) ein. hatte sie schon im letzten Jahr das DGB-Verbot zum 8. März kritisiert und zusammen mit anderen Frauengruppen eine Veranstaltung organisiert, so wollten sie auch dieses Jahr *„ungeachtet irgendwelcher DGB-Verbote oder Einschränkungen"* den 8.März gemeinsam mit anderen Frauengruppen feiern.

Im Einladungsschreiben und auf dem ersten Vorbereitungstreffen betonte ASF-Vorsitzende Antje Arold, wir alle, gemeinsam versteht sich, sollten die inhaltliche Gestaltung und die Organisation der 8.3.-Veranstaltungen tragen.

Gedacht hatte sie an eine „kleine" (?) Demo, und damit nichts schief geht, bot sie sich auch gleich an, die Demo anzumelden und („kleine") Veranstaltungsräume zu besorgen.

Um die finanzielle Seite bräuchte sich Frau keine Sorgen zu machen – dies würde großzügigerweise die SPD übernehmen...

Plakate? Auch dies wäre kein Problem – hinterm 8.3.steht die Partei wie eine Frau.

Zu schade, daß nach solch erfolgversprechenden Anfängen doch Einiges schief ging:

Die nächste Vorbereitungsdiskussion fand im Rahmen des Frankfurter Frauenforums statt – eine Koordination von inzwischen 40 Frauengruppen (übrigens: welche Gruppen haben überhaupt eine Einladung der ASF zum ersten Treffen bekommen?). ASF-Vorsitzende A.A. brachte dort schon (der feministische Eifer...) einen Entwurf für das Mobilisierungsplakat mit.

Hauptmotiv: Frauenzeichen mit Nelke, das Frauenzeichen der SPD... Das fanden alle nicht so gut. Einige Tage später teilte A.A. mit, die SPD würde kein Plakat mit dem Frauenfaust-Zeichen finanzieren.

Erstens würde das Zeichen dem Motto unserer geplanten Demo „Frauen gegen Krieg und Gewalt" widersprechen; zweitens sei das Frauenfaustzeichen, wie jede weiß, „ebenfalls" ein „Parteizeichen", allerdings nur von ein, zwei Frauengruppen (während hinter der Nelke bekanntlich Millionen stehen).

Beschlossen worden war auch ein Flugblatt, das von allen mitarbeitenden Frauengruppen unterzeichnet werden sollte. Da meldete A.A. Bedenken an: wenn alle Frauengruppen darunter stünden, würde das ja „so viel Platz" wegnehmen. Wieso denn so kompliziert, wenn's doch ganz einfach ginge.

Wir könnten das Flugblatt auch so unterschreiben:„ASF und Frauenforum".

Wo die SPD doch eh alles bezahlen würde...

Auch diese Idee von A.A. stieß

Wo die SPD doch eh alles bezahlen würde...

Auch diese Idee von A.A. stieß auf wenig Enthusiasmus.

Wieder einige Tage später: das Flugblatt stand, alle befanden es so, wie es war, für gut – da gab's schon wieder ein Problem: Die ASF hätte zwar keine Bedenken, Forderungen zu unterschreiben wie Zurücknahme des SPD-„Nachrüstungs"-beschlusses bzw. ersatzlose Streichung des § 218 – dies aber könnte sie nicht mit „x-beliebigen" Frauengruppen z u s a m m e n tun.

Frau ahnt es schon: die berühmtberüchtigte K-Gruppen-Frage war mal wieder auf dem Tapet.

A.A. wies uns in die Statuten ihrer Partei ein: es gebe nun mal einen Unvereinbarkeitsbeschluß (keine Zusammenarbeit mit Kommunisten). Das Frauenforum möge halt entscheiden, wer ihm lieber sei: die ASF oder die KB-Frauengruppe (1). Als „Entscheidungshilfe" bot A.A. an: die ASF sei „schließlich nicht irgendeine Frauengruppe" (wieder in dem Sinne „hinter mir stehen Millionen"), die SPD habe schon 800 DM vorgestreckt (allerdings für ein Plakat, das bedauerlicherweise gegen die Absprachen mit „ASF und Frauenforum" unterzeichnet war...) – und im übrigen, wenn wir uns noch lange anstellen würden, würde A.A. die-allein-in-Frankfurt-3000-in-der-ASF-organisierten-Frauen mal „mitbringen". Die könnten uns dann bequem „niederschreien".

Da hatte A.A. mal wieder voll daneben gegriffen: Denn so viel Verständnis die anwesenden Frauen auch für die schwierige Situation von Frauen innerhalb der SPD hatten, soviel ihnen allen (d.h. auch uns) an der Mitarbeit der ASF lag, so wenig waren sie alle bereit, sich eine Unvereinbarkeitspraxis von der SPD diktieren zu lassen (2).

Damit aber nicht genug: Noch dachten wir alle, Probleme hin, Probleme her, daß wir uns zumindest in der Frage des Kampfes gegen Krieg und Gewalt einig wären.

Die letzten Tage vor der Demo und die Demo selber waren allerdings eher geeignet, uns vom Gegenteil zu überzeugen. Für den gleichen Tag wie unsere Frauendemonstration (7.3.) hatte das „Komitee für bessere Haftbedingungen" eine nationale Demonstration in Frankfurt geplant.

Am 5. März wurde diese verboten. Am gleichen Tag zog A.A. eigenmächtig die Anmeldung für die Frauendemo zurück.

Im tete-a-tete war sie nämlich vom Frankfurter Ordnungsamt bzw. Polizeipräsidium davon überzeugt worden, unsere Frauendemo liefe Gefahr, von den Teilnehmern der anderen (verbotenen) Demo mißbraucht zu werden.

Wohl ermutigt durch soviel Verständnis für ihre Sorgen, verbot die Polizei einige Stunden nach der Abmeldung seitens A.A. gleich unsere Frauendemo mit. Empört gingen einige Frauen aus dem Frauenforum zur zufällig am gleichen Abend stattfindenden Jahreshauptversammlung der ASF. Sie forderten dort eine Diskussion über das nun langsam unglaublich undemokratische Verhalten ihrer Vorsitzenden.

A.A. erklärte, sie habe weder persönlich noch im Namen der ASF die Verantwortung für diese Demo weiter tragen können, zumal ihr von den Kollegen des Öffentlichen Dienstes „Erkenntnisse" nahegelegt worden

ter tragen können, zumal ihr von den Kollegen des Öffentlichen Dienstes „Erkenntnisse" nahegelegt worden

seien, wonach es zu „Ausschreitungen" kommen würde... (3).

Es hieß, das „Komitee" rufe zu unserer Demo auf (und dann bräche das Chaos in Frankfurt aus?!). Was so nicht stimmt: das „Komitee" hatte in einem Flugblatt die Teilnehmerinnen der 8. März-Veranstaltungen zur Unterstützung ihrer Demo aufgerufen, deren Verbotsverfügung in zweiter Instanz mit dem 129a „begründet" wurde („Unterstützung einer kriminellen Vereinigung").

A.A. erklärte diese Sachlage am Morgen des 7. Märzes am vorgesehenen Abmarschplatz der Demo – geschmackvollerweise aus dem Polizeilautsprecherwagen – den in der Eile der Ereignisse noch nicht informierten Frauen. Fürsorgevoll (wir sollten ja nicht „mißbraucht" werden) riet sie auch dazu, gar nicht erst loszumarschieren. Unterstützung fand sie, seitens der DFI (DKP-nah), die gleich eine entsprechende Erklärung parat hatte (4). Später aber, als klar war, daß wir trotzdem demonstrieren würden, variierte A.A. den Ton: Wäre sie bloß nicht in der SPD, dann hätte sie natürlich die Demo nicht abgemeldet. Und überhaupt – „diese Zerrissenheit", „einerseits Frau, andererseits Parteimitglied", das sei ja manchmal kaum auszuhalten, psychisch gesehen. Tja, wir organisierten Frauen... (5).

Diese faszinierende innere Widersprüchlichkeit setzte A.A. den ganzen Tag über fort: die Hungerstreikdemonstranten, die aufgrund einer totalen Verfolgungsjagd durch die Polizei (die „FR" schrieb von einem „für Frankfurt ungewöhnlichen Polizeiaufgebot", das will schon was heißen!) am Frauen-Veranstaltungsort Zuflucht suchten, wurden von A. A. persönlich aus dem Haus rausgeschmissen. Das hinderte A.A. einige Stunden später nicht daran, zu erzählen, auch sie sei „gegen Isolationshaft" und überhaupt...

Bislang ist uns allerdings keine Stellungnahme, weder von der Mutterpartei noch von der ASF, bekannt, die, wie nachdrücklich auch immer, gegen das Verbot der Frauendemo, gegen das total verrückte Polizeiaufgebot vom 7.3. oder gegen die Kriminalisierung von Menschen, die sich für bessere Haftbedingungen einsetzen, protestiert hätte. Aber wen wundert es?

(Uns liegen „ Erkenntnisse" vor, die SPD liefe Gefahr, sich von der CDU „mißbrauchen" zu lassen, whow!).

Am ersten Nachbereitungstermin des Frauenforums konnte leider keine einzige der 3000 ASF-Frauen teilnehmen – Helmut Schmidt trat an dem Abend für den OB-Kandidaten Martin Berg in Frankfurt auf. Eins lernt A.A. hoffentlich aus diesem ganzen Schlamassel: Gelder und Programme reichen nicht aus, um liebgewonnen zu werden. Die ASF hat nämlich für die Kommunalwahlen am 22.3. ein Programm veröffentlicht, das durchaus ansprechend ist: darin wird die Unterstützung weiterer Frauenhäuser, eine Abtreibungsklinik, der Ausbau und die Fortführung der Modelle „Mädchen in Männerberufen", die Einrichtung von Frauenkneipen (dürfen dann auch K-Frauen dort verkehren?) u.v.a.m. gefordert.

Frauengruppe/KB Frankfurt

Frauengruppe/KB Frankfurt

### Anmerkungen

1 Schon im letzten Jahr hatte A.A. die Frauengruppen vor diese „Alternative" gestellt, damals allerdings mit Erfolg.

2 Bei Rock gegen Rechts '79 wollten die Jusos witzigerweise, daß der KB aus der Unterzeichnerliste rausfliegt – das scheiterte allerdings.

3 Wieso kann denn A.A. nicht kapieren, daß unsere Demonstrationen um so friedlicher sind, je weniger Grün auf den Straßen zu sehen ist?

4 Aus der DFI-Stellungnahme vom 7.3.81: „Gestern abend ist unsere Demonstration verboten worden. Dies hängt mit einer anderen Demonstration anarchistischer Gruppen gegen Folter und Isolationshaft zusammen ... Aufgrund dieses Verbots sind Spekulationen entstanden, mit dem Ergebnis, daß unsere Demonstration jetzt auch verboten wurde. Begründet wird dies im Kern damit, daß die o.g. Gruppen jetzt unsere Demonstration zu Gewalttätigkeiten umfunktionieren könnten. ... Wir sind der Meinung, daß eine Durchführung der Demonstration trotz Verbotes unsinnig ist ... Unserer gemeinsamen Sache, gegen Gewalt und Krieg zu demonstrieren, tun wir außerdem keinen Dienst, wenn wir bei der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration Gewalttätigkeiten mit anderen Gruppen oder auch Konfrontationen mit der Polizei in Kauf nehmen".

5 Kommentar in der „Frankfurter Rundschau" vom 9.3.81: „SPD-Politiker haben befürchtet, daß eventuelle Gewalttätigkeiten sofort der SPD in die Schuhe geschoben werden. Der ASF-Vorstand hatte ähnliche Ängste ... Fragt sich nur, warum Antje Arold vor den Frauen nicht von der Angst, sondern von der Anweisung erzählte. Es macht sich das ungute Gefühl breit, hier sollte den Männern allein der Schwarze Peter zugeschoben werden. Der lag aber woanders ... Wahltaktik ist jedoch eine Sache. Glaubwürdigkeit eine andere. (Zum einen) hätte es einer Partei, die vor gut einem Jahr die Nachrüstungsbeschlüsse der Nato abgesegnet hat, nicht schlecht gestanden, ihre weiblichen Mitglieder in ihren Friedensbemühungen nicht zu gängeln."

## 8. März in Europa

**Berichte von Aktivitäten zum internationalen Frauentag in anderen europäischen Ländern werden wir im nächsten AK veröffentlichen.**

**AK-Frauenredaktion**

INTERNATIONALER FRAUENTAG 8. MÄRZ 1981

FRAUEN ♀ FRIEDEN

♀ FEMMES PAIX

KADINLAR BARIŞ ♀

ΓΥΝΑΙΚΕΣ ΕΙΡΗΝΗ

ЖЕНЩИНЫ МИР

صلح زنان ♀

♀ NAISET RAUHA

♀ WOMEN PEACE




Tübingen

# Bundesweite Aktionswoche »Frauen gegen Krieg und Militarismus«

Schon in der Woche vor dem 8. März fanden an vielen Orten Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen einer Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus" statt. Da allzu detaillierte Aufzählungen erfahrungsgemäß bei den Leser(inne)n nicht gerade die Spannung fördern, haben wir versucht, die eingegangenen Berichte auf das Nötigste zu beschränken.

### Bremen

An der Vorbereitung beteiligten sich 16 Frauengruppen, neben Gruppen aus der autonomen FB u.a. auch die DFI, VVN-Frauen und die „Frauen für den Frieden" in der Ev. Zionsgemeinde. Die ASF beteiligte sich dagegen nicht. Veranstaltungen wurden durchgeführt zu den Themen:

- Nicaragua und El Salvador;
- Diskussion über Frauenalltag im Krieg und die Geschichte der Frauenbewegung, an der auch ältere Frauen teilnahmen;
- heimliche Militarisierung, d.h. die Einplanung der Frauen für den nächsten Krieg durch Notstandsgesetze u.ä. und über die Verweigerungsaktion;
- Diskussion über Carmen Castillos Buch „Santiago de Chile – ein Tag im Oktober".

Zur Demonstration am 7.3. hatten die Frauen sich als Schwesternhelferinnen, Rüstungsarbeiterinnen und Soldatinnen verkleidet und mit Transparenten wie „Wir lassen uns nicht einplanen" ausgerüstet; so erregten sie in der Innenstadt Aufsehen und Aufmerksamkeit.

### Bremerhaven

Die „Offene Frauengruppe Bremerhaven" hatte drei kleinere Veranstaltungen vorbereitet:

- „Bremerhavenerinnen erzählen vom Krieg";
- Aufführung des Films „War Game";
- Diskussion von Lehrerinnen und Erzieherinnen über „Erziehung zum Frieden" und die heute übliche militaristische Einwirkung auf Kinder und Jugendliche.

### Kiel

Neben Veranstaltungen der Notrufgruppe und über Verhütung (für Schülerinnen) gab es auch solche mit antimilitaristischer Thematik: Am Dienstag veranstaltete die „Frauengruppe ohne Namen" eine Diskussion für Schülerinnen (und Schüler) zur Kriegsgefahr und Militarisierung von Frauen. Am Mittwoch kamen 60 Frauen zum Diavortrag „Faschismus kommt nicht über Nacht" mit anschließender Diskussion, der von der Frauengruppe „Frauen und Faschismus", der DFI und DFG/VK angeboten wurde. Am Freitag gab es Straßentheater in der Einkaufsstraße; die „Frauengruppe ohne Namen" führte ein Stück gegen „Frauen zum Bund" auf.

### Westberlin

In Westberlin fand täglich eine Veranstaltung der Initiative „Frauen für Frieden" statt, teils zum Komplex Mittelstreckenraketen –Atomkraft– Zivilverteidigung, aber auch zu spezielleren Themen wie Stadtzerstörung, zur Pazifistin Bertha von Suttner, zu Frauen in der Dritten Welt.

### Göttingen

Viele einzelne Frauen und 12 Frauengruppen beteiligten sich an den Aktionen. Eingeleitet wurde die Woche mit dem Film „Paul Jacobs und die Atombande" über die Atomwaffenversuche in den USA. Eine Ärztin informierte über die Gesundheitsgefährdung durch Atomenergie und den Zusammenhang von AKWs und Atomwaffen.

Im Mittelpunkt der Woche stand eine Diskussionsveranstaltung zu den Nachrüstungsbeschlüssen der NATO, die mit einer (gespielten) Podiumsdiskussion begann.

Am Aktionstag am Samstag wurde das Innenstadtpublikum von einem gespielten Atomüberfall auf die Stadt überrascht.

### Heidelberg

Frauen aus verschiedenen Frauengruppen und Initiativen und einzelne Frauen führten eine Diskussionsveranstaltung und eine Ausstellung durch, die allerdings aufgrund der unzureichenden Mobilisierung nur relativ mäßig besucht wurden. Viel Erfolg hatte eine Aktion in der Stadt zu „Erziehung zum Militarismus" und „Ziviler Verteidigung", mit Stellwänden und Verkleidung (Schwesterntracht, Bundeswehrhelme). Ein Brief an Apel mit der Verweigerung der Dienstverpflichtung wurde von über 100 Frauen unterschrieben. Die an der Aktion beteiligten Frauen wollen als feste Gruppe weiterarbeiten.

### Tübingen

Die Aktionswoche wurde in Tübingen vom „Frauenforum" (Zusammenschluß von 12 Frauengruppen) getragen. Neben Info-Ständen und nachmittäglichen „Frauenfriedenscafes" gab es eine Veranstaltung der Gruppe „Frauen zum Militär". Eine Dia-Serie informierte über die umfassende Einbeziehung von Frauen zu Kriegsdiensten (Beispiel: Auf einem Bild zwei neckisch lächelnde Dirndl-Mädel, darunter: „Sie sorgen für gute Laune, und gute Laune hilft siegen"); ein Sketch zeigte, wie auch heute für den weiblichen Einsatz im „Verteidigungsfall" gesorgt ist.

Eine Genossin der AG Frauen Hamburg, nach Berichten von Genossinnen



# »Apel du Tornado-Schwein, mach doch deinen Krieg allein!«

Vom 1. bis 8. März fand in Hamburg wie auch in anderen Städten der BRD und im Ausland eine Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus" statt. Zu den Veranstaltungen kamen jeweils 90 bis 130 Frauen, zu der Demonstration gegen den Besuch von Apel im Amerikahaus bei „Hamburger Frauenverbänden" ca. 200. Viele Frauen trugen sich in Listen ein, weil sie Interesse haben, sich weiter gemeinsam mit anderen Frauen gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu wehren.

Getragen wurde die Woche von autonomen Frauen, Frauen aus der War Resisters International, der Graswurzelrevolution, dem KB, den Bungen, den Grünen, der Volksfront, den Frauen gegen Imperialismus und Krieg und Frauen, die im Frauenausschuß der GEW mitarbeiten. Die Woche begann am Sonntag mit einer Veranstaltung, in der Frauen über die psychologische Kriegsvorbereitung, z.B. mit entsprechenden Hetzfotos über den „roten Iwan" in den USA, berichteten, über die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Krieges in Europa informierten, und mit entsprechenden Gesetzestexten die Betroffenheit der Frauen bzw. ihre Einplanung im zivilen Bereich aufzeigten. Am Montag war Protest angesagt. Kriegsminister Apel sprach auf Einladung des „Hamburger Frauenverbandes", in dem 58 bürgerliche Frauenverbände zusammengeschlossen sind, im Amerikahaus. Die Frauen der Aktionswoche sahen dies als Provokation an. Ihr Wunsch ging von Verhinderung der Veranstaltung bis dahin, Frauen, die zur Veranstaltung gingen, davon zu überzeugen, wegzubleiben. In einem kämpferischen Zug zogen die Frauen vors Amerikahaus. Dort empfing sie ein Aufgebot Zug zogen die Frauen vors Amerikahaus. Dort empfing sie ein Aufgebot von Polizei: Kaum erreichten die Frauen mit dem Transparent „Frauen gegen Kriegsminister Apel" den Platz vor dem Amerikahaus, da knüppelten die Bullen schon los. Eine Frau, die das Transparent hielt, bekam einen so harten Schlag auf den Kopf, daß sie sofort zum Arzt mußte. Mit unglaublicher Aggressivität gingen die Bullen auf die Frauen los, trieben sie mit Knüppeln und Hieben auf die andere Straßenseite — über die Fahrbahn, die noch von Autos befahren war. Eine Frau fiel hin und konnte sich nur mit Mühe vor den Bullen retten. Gleichzeitig standen etwa 20 Frauen von der Initiative „Frauen zur Bundeswehr — wir sagen nein" und Frauen mit Transparenten der SDAJ auf einer Seite des Amerikahauses, verteilten Flugblätter und sangen Lieder. Die Frauen von der Aktionswoche hielten sich noch kurz vor dem Amerikahaus auf, das von Polizei umstellt blieb, und beschlossen, in einer spontanen Demonstration zur Poststraße in der Innenstadt zu ziehen, wo am Vormittag Frauen und Kinder des „Modellversuchs" „Frauen in Männerberufen" die „Leitstelle zur Gleichstellung der Frau" besetzt hatten, um ihren Forderungen nach angemessener Unterstützung Nachdruck zu verleihen.

In die Poststraße sollten die Frauen jedoch nicht kommen: Bullenautos mit Blaulicht riegelten die Straße ab. Die Frauen wollten auf einem Umweg die Poststraße erreichen. Aber auch da war alles dicht. Das Angebot der Demonstrantinnen, die Demo aufzulösen und als Passantinnen zur Leitstelle zu gehen, um dort den Frauen Solidarität zu bekunden, nahmen die Bullen nicht an. Sie wollten lediglich ein, zwei Frauen durchlassen. Das wollten die Frauen aber nicht. Sie kehrten um, immer von Bullen rechts und links des Zuges begleitet. Mit Parolen wie „Apel, du Tornado-Schwein, mach doch Deinen Krieg allein", „Jagt dem Apel, diesem Geier, die Tornados in die Eier", „El Salvador, Iran, Türkei, bei jeder Schweinerei ist die SPD dabei" zogen die Frauen zurück zu ihrem Tagungsraum.

Das Amerikahaus ließen sie rechts liegen, sehr zum Erstaunen der Bullen, die mit ihren Blaulichtautos schon wieder bereit waren, um es zu „schützen". Der geglückten Demo folgte eine Auseinandersetzung mit den Frauen, die Kritik an dem Verhalten einiger Frauen vor dem Amerikahaus hatten. Diese Frauen hatten Farbeier geworfen, ohne daß sie dies in der vorhergehenden Diskussion angedeutet hatten. Die Frauen von der „Gewaltfreien Aktion" fühlten sich durch dies Vorgehen unter Druck gesetzt. Die anderen Frauen wiesen diese an sich berechtigte Forderung mit dem Hinweis auf Konspiration zurück. Zu recht wehrten sich die Frauen gegen den Vorwurf der Gewaltfreien, daß „Gewalt Gegengewalt erzeugt", als ob die Frauen für die Brutalität der Bullen verantwortlich wären. Eine Frau wies darauf hin, daß eine Aktion der Gewaltfreien in Brokdorf ganz brutal von den Bullen zusammengeschlagen worden war.

Am Dienstag informierten Frauen in vier Referaten über die Entstehung der Nato, das „Märchen von der Überlegenheit des Warschauer Pakts", die „Nachrüstungsbeschlüsse" und die wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem Bestehen des Nato-Bündnisses. Nach einer kurzen Information über das Bestehen von verschiedenen Frauenbewegungen in der Geschichte einer proletarischen und einer bürgerlichen und deren unterschiedlichen Verhalten gegenüber dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, entwickelte sich am Mittwoch eine Diskussion über die Berechtigung einer Frauenbewegung gegen Krieg und Militarismus überhaupt. Einige Frauen waren der Ansicht, es wäre nötig, sofort mit den Männern gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu kämpfen; andere sahen die gegen die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu kämpfen; andere sahen die besondere Betroffenheit der Frau, die eben z.B. durch ihre Einplanung im Zivilschutz — aber nicht nur da — anders vom Krieg betroffen ist als die Männer.




Diese Frage wie auch unterschiedliche Meinungen zum Widerstand gegen die Nato wurden nur andiskutiert und machen die weitere Auseinandersetzung der Frauen zu diesen Themen notwendig und möglich. Auf der Abschlußveranstaltung am Freitag diskutierten die Frauen an konkreten Widerstandsformen, die sie zunächst entwickeln wollen. Geplant sind eine Dokumentation der Aktionswoche, regelmäßige Büchertische in der Stadt, Weiterbestehen der Arbeitsgruppen zu der Aktionswoche bzw. Bildung von neuen, die Einberufung eines Frauenkongresses zu diesem Thema im Herbst, Möglichkeiten für einen BRD-weiten „Friedenszug", eine bundesweite Verweigerungsaktion des Artikels 12a Abs. 4 Grundgesetz, das Sammeln von Unterschriften unter den „Krefelder Appell". Letztere Aktivität war umstritten, da einige Frauen meinten, die Unterschrift unter solch einen Appell würde nur Illusionen in die Regierung und ins Parlament wecken. Es wurde zu der Demonstration am 7. März und zur Solidaritätsdemonstration mit den hungerstreikenden Frauen in Lübeck am 8. März aufgerufen sowie zu den geplanten Demos in Ramstein. Auf dem Frauenfest am 7. März in der HfbK stellten die Frauen ihre Aktionswoche vor. Einige Frauen aus dem Vorbereitungskreis werden auch Veranstaltungen auf der Hamburger Frauenwoche „Frauen lernen gemeinsam" durchführen. U.a. soll die Diskussion über die verschiedenen Widerstandsmöglichkeiten in einer Veranstaltung am Freitag, dem 27. März, von 15 bis 18 Uhr stattfinden, als „Streitgespräch" unter dem Titel: „Frauen gegen den Krieg — aber wie?"

Eine Hamburger Genossin

# § 218 – Fünf Jahre nach der »Reform«

**Frankfurt:**

Unter diesem Motto stand die Veranstaltung der 218- und Beratungsgruppen aus Darmstadt, Frankfurt und Neu-Isenburg am 25.2. anläßlich des 5. Jahrestages des Bundesverfassungsgerichtsurteils gegen die Fristenregelung.

Auf dieser Veranstaltung, die mit ca. 60 Frauen und einigen Männern recht gut besucht war, wurde anhand eines Videofilmes über das Tribunal gegen den § 218, das im letzten Jahr in Frankfurt stattfand, anhand von Berichten aus der Beratungsarbeit der Frauenzentren, der Pro Familia und des Frauengesundheitszentrums und mit Erfahrungsberichten von Frauen, die in Frankfurt und Umgebung abgetrieben haben, die Situation für Frauen, die hier eine Abtreibung vornehmen lassen müssen, dargestellt.

Der vom letzten nationalen Treffen der 218- und Beratungsgruppen beschlossene Aktionstag am 21.2. ist von Frauengruppen mit Ständen in der Stadt, Flugblättern und Presseerklärung begangen worden.



Tübingen

**Nürnberg:**

Der 25. Februar war für uns Frauen aus der „§ 218-Initiative Nürnberg" Anlaß, eine Bilanz über die 5 Jahre Reform des § 218 zu machen. Mit 120 Besucher/inn/en war die Podiumsdiskussion, die wir dazu veranstalteten, ein schöner Erfolg.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildeten die verschärften Angriffe gegen die Notlagen-Indikation aus den Reihen der CDU/CSU, der katholischen Kirche und der Ärzteschaft sowie die Entwicklung der Familienpolitik der etablierten Parteien hin zur repressiven Bevölkerungspolitik im letzten Jahr. Zu diesem Bereich hatten wir eine SPD-Landtagsabgeordnete und eine Frau aus dem bayrischen Mütterdienst der ev. Kirche eingeladen. Die SPD-Vertreterin stellte die Arbeit der ASF, den ständigen Clinch mit den Parteimännern und die Unmöglichkeit, gegen den Widerstand der CSU Verbesserungen durchzusetzen, dar. Interessant war der Beitrag der Kirchenvertreterin über den totgeschwiegenen Widerstand der Frauen innerhalb der Kirche und die Versuche der Kirchenleitung, auch frauenbewegte Frauen in ihre Organisationen zu integrieren, um den Einfluß auf die Frauen nicht zu verlieren.

Über die konkrete Praxis des § 218 in Bayern, dem zweiten Schwerpunkt der Veranstaltung, berichteten Uta König („Stern"-Redakteurin), eine Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt und eine Schwangerschaftsberaterin aus Fürth. Hier wurde noch einmal ganz deutlich, daß die Reform keine ist, solange ihre Umsetzung in die Praxis von den Abtreibungsgegnern weitgehend boykottiert werden kann. Dadurch, daß in Bayern z.B. keine ambulanten Abbrüche durchgeführt werden dürfen, sind hier die Frauen auf Krankenhäuser und Privatkliniken angewiesen, die in den wenigsten Fällen Betten für Abbrüche zur Verfügung stellen. Ein besonderes Beispiel ist die SPD-Stadt Nürnberg, die die größte Frauenklinik in der BRD besitzt. Hier wurden im letzten Jahr weniger als 100 Abbrüche vorgenommen. Selbst im erzkatholischen und CSU-regierten München waren es weit über tausend!

Als Beispiel für eine ‚ehrlichere' Reform wurde Italien angeführt: Dort ist *„jedes öffentliche Krankenhaus, das über eine geburtshilfliche-gynäkologische Abteilung verfügt, von Gesetzes wegen verpflichtet, den Abtreibungsdienst zu gewährleisten, selbst wenn das gesamte ärztliche Personal die Erklärung der Verweigerung aus Gewissensgründen abgegeben hat. Der Präsident der Krankenhausverwaltung kann wegen ‚Unterlassung einer Amtshandlung' angezeigt werden (Haftstrafe bis zu einem Jahr), sollte er nicht in jedem Falle für die Aufrechterhaltung des Abtreibungsdienstes gesorgt haben, nötigenfalls unter Heranziehung anstaltsfremder Gynäkologen, die keine Erklärung zur Verweigerung aus Gewissensgründen abgegeben haben."* (aus „Deutsches Ärzteblatt", Febr. 81).

getrieben haben, die Situation für Frauen, die hier eine Abtreibung vornehmen lassen müssen, dargestellt.

Der vom letzten nationalen Treffen der 218- und Beratungsgruppen beschlossene Aktionstag am 21.2. ist von Frauengruppen mit Ständen in der Stadt, Flugblättern und Presseerklärung begangen worden.

**Nürnberg:**

Der 25. Februar war für uns Frauen aus der „§ 218-Initiative Nürnberg" Anlaß, eine Bilanz über die 5 Jahre Reform des § 218 zu machen. Mit 120 Besucher/inn/en war die Podiumsdiskussion, die wir dazu veranstalteten, ein schöner Erfolg.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildeten die verschärften Angriffe gegen die Notlagen-Indikation aus den Reihen der CDU/CSU, der katholischen Kirche und der Ärzte-

zu verlieren.

Über die konkrete Praxis des § 218 in Bayern, dem zweiten Schwerpunkt der Veranstaltung, berichteten Uta König („Stern"-Redakteurin), eine Vertreterin der Arbeiterwohlfahrt und eine Schwangerschaftsberaterin aus Fürth. Hier wurde noch einmal ganz deutlich, daß die Reform keine ist, solange ihre Umsetzung in die Praxis von den Abtreibungsgegnern weitgehend boykottiert werden kann. Dadurch, daß in Bayern z.B. keine ambulanten Abbrüche durchgeführt werden dürfen, sind hier die Frauen auf Krankenhäuser und Privatkliniken angewiesen, die in den wenigsten Fällen Betten für Abbrüche zur Verfügung stellen. Ein besonderes Beispiel ist die SPD-Stadt Nürnberg, die die größte Frauenklinik in der BRD besitzt. Hier wurden

**Tübingen:**

Am 25.2. hat die § 218-Gruppe Tübingen einen Infostand in der Stadt gemacht, mit Flugblättern zum Thema „Chemische Gewalt gegen Frauen" (Duogynon, Prostaglandine), auf denen außerdem noch einmal auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil eingegangen wurde. Die Situation von Pro Familia, ein Plädoyer für ambulante Abbrüche, die in Baden-Württemberg trotz starkem Bedarf nicht erlaubt sind und die Kinderfeindlichkeit in Tübingen (siehe Kasten) waren Inhalt der Stellwände.

Am Nachmittag fand sich eine Gruppe von ca. 20 Frauen zusammen, die einen geplant spontanen Zug durch die Stadt machten, Parolen riefen und mit Trommeln und Rätschen auf sich aufmerksam machten.

Die § 218-Gruppe führte unterwegs zwei Sketche auf und sang 218-Lieder.

## Kinderfeindlichkeit in Tübingen

Am 28.1.81 hält Prof. Waller in Tübingen eine Vorlesung an der medizinischen Fakultät. Unter den Teilnehmern befindet sich eine Studentin mit ihrem Kind. Der Herr Professor und die Mehrheit der angehenden Mediziner sind der Meinung, sie sei hier Fehl am Platz und es sei nicht ihr (der Mediziner) Problem, wo sie ihr Kind in der Zeit der Vorlesung unterbringen könne ...

Das sagen die gleichen Mediziner, die Frauen im Rahmen des § 218 eben diese Entscheidung absprechen, die gleichen Mediziner, die sich mehrheitlich mit Händen und Füßen gegen die Abschaffung des § 218 sträuben! Was ist das für eine Moral, die sich für das ungeborene Leben stark macht, sich aber um das geborene Leben einen Dreck kümmert?!

Im Juli 81 läuft die Finanzierung einer Kindertagesstätte in Tübingen für Kinder unter 3 Jahren ab. Die Bemühungen der Eltern, andere Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, sind bislang erfolglos geblieben, da öffentliche Förderungen erst ab 3 Jahre aufwärts zugestanden werden. Die Eltern sind dann wieder allein auf sich gestellt, mit „ihrem" Problem.

Wo sind hier aber die Verfechter des Abtreibungsverbots, die, ach, so kinderfreundlichen Beschützer des „werdenden" Lebens?!

# Regionales § 218-Treffen in Stuttgart und Demo in Karlsruhe

Am 1.2. fand ein regionales § 218-Treffen in Stuttgart statt, zu dem Frauen aus Freiburg, Mühlacker, Ludwigsburg, Stuttgart und Tübingen gekommen waren, um über das weitere Vorgehen im Kampf gegen den § 218 in Baden-Württemberg zu beraten.

Erstmals war auch eine Frau von der Zeitung „Frauen auf die Barrikaden" gekommen, um uns mitzuteilen, daß sie in Karlsruhe eine Demo für den 25.2. geplant hätten, deren zentrale Forderungen der Erhalt von Pro Familia und die ersatzlose Streichung des § 218 seien. Die Demonstration war bereits von dem Aktionsbündnis als regionale Aktion gedacht. Nachdem die anwesenden Frauen erst mal – trotz Bedenken – zugesagt hatten, diese Demo zu unterstützen, war spätestens nach Rücksprache in den jeweiligen Gruppen klar, daß auf diesen kurzen Zeitraum zum einen eine Mobilisierung der in Frage kommenden Bündnispartnern (Pro Familia, HU, DGB..), zum anderen eine Beteiligung größerer Teile der Frauenbewegung, die bereits voll in der Vorbereitung von 8. März-Aktionen steckte, nicht mehr möglich war und von daher eine r e g i o n a l e Demo von ihnen abgelehnt wurde. Die Bedenken der „Basis" (Freiburg, Tübingen, Stuttgart) wurden von den Organisatorinnen der Karlsruher Demo nicht sehr ernst genommen: die „Barrikaden"-Frau, die unsere Kontaktfrau war, berief sich lediglich darauf, daß alles bereits beschlossene Sache sei und wir im übrigen zu pessimistisch wären. Wie es schließlich dazu kam, daß auf den Plakaten dann doch nichts mehr von regionaler Demonstration zu lesen war, ist von uns nicht ganz nachvollziehbar...

**Die Demo**

Das Aktionsbündnis, das zur Demo in Karlsruhe aufrief, bestand schließlich aus KBW, Kommunistische Liga und GIM (beides Trotzkisten), „Frauen auf die Barrikaden" und Frauen aus der Massage-Gruppe. Zur Demo kamen ca. 200 Menschen, von denen sich etliche KBW-Männer besonders hervortaten. Einer von ihnen gab uns Frauen Anweisungen über Megaphon, wie wir uns aufzustellen hätten und welches Transparent von wem wo getragen werden sollte. Die erste Reihe bildeten dann auch 5 Männer, und das Megaphon blieb fest in Männerhand. Als mehrere Frauen IHN aufforderten, das Megaphon abzugeben, da auch viele Frauen die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht der Frau vermißten, mußte Frau sich auch noch arrogant anmachen lassen: Er täte nur, was vom Aktionsbündnis beschlossen worden sei, und wir sollten doch froh sein, daß sooo viele Männer sich am Kampf gegen den § 218 beteiligen würden. Tja, wenn uns die Herrn schon so toll unterstützen, dann wollen sie doch wenigstens bestimmen, wo's lang geht. KBW, oje oje!

Als wir nach der Demo unsere Kritik anbringen wollten, beschwichtigten die „Barrikaden"-Frauen auch noch: Man müsse ja Kompromisse eingehen, wo es ja zur Zeit keine § 218-Bewegung gebe. Und das auf dem Hintergrund, daß sie voll an den bestehenden § 218-Gruppen vorbeimobilisiert hatten! Aus der zentralen Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für die Frau wurde so aus Rücksicht auf die KBW-Papis „Ob Kinder oder keine, bestimmen wir alleine", was ja noch nicht mal so peinlich gewesen wäre, wenn wenigstens eine Frau am Megaphon gewesen wäre.

Wir Frauen aus Tübingen fühlten uns ziemlich instrumentalisiert. Wir waren stinkesauer!!

Eine Tübinger Genossin

# Frauen als Versuchstiere Zwangssterilisations-Experimente!

Mitte 1979 wurde gegen den Chefarzt der geburtshilflichen-gynäkologischen Abteilung des Hamburger Elisabeth-Krankenhauses, Dr. H.J. Lindemann, Strafanzeige erstattet. Lindemann hat an ca. 900 Frauen operationslose Sterilisationsversuche ausgeführt, wenigstens in 140 Fällen ohne Wissen der betroffenen Frauen. Eingebettet sind

Die Zahl der von Lindemann mit tatkräftiger Unterstützung von Elektro- und Pharmakonzernen durchgeführten Zwangssterilisationsexperimente ist lang und in deren Auswirkung auf die Betroffenen erniedrigend und häufig schmerzhaft.

• Bei 304 Patientinnen verkochte er

Die Sterilisationsexperimente waren von Anfang an in die Alltagsroutine der von ihm geleiteten Abteilung integriert. Frauen, die sich sterilisieren lassen wollten, wurde die operationslose Sterilisation empfohlen, nichtwissend wurden die Frauen zum lebenden Versuchsobjekt.

Von Lindemann veröffentlichte Fo-

# Frauen als Versuchstiere Zwangssterilisations-Experimente!

Mitte 1979 wurde gegen den Chefarzt der geburtshilflichen-gynäkologischen Abteilung des Hamburger Elisabeth-Krankenhauses, Dr. H.J. Lindemann, Strafanzeige erstattet. Lindemann hat an ca. 900 Frauen operationslose Sterilisationsversuche ausgeführt, wenigstens in 140 Fällen ohne Wissen der betroffenen Frauen. Eingebettet sind die Versuche in das Bestreben, schnelle, konfliktlose und die Arbeitsfähigkeit nicht beeinträchtigende Massensterilisationsverfahren, vor allem für die „Dritte Welt", zu entwickeln. Von einflußreichen Politikern und wissenschaftlichen Honoratioren gedeckt, hat die Staatsanwaltschaft Hamburg es bislang nicht für nötig befunden, Anklage gegen Lindemann zu erheben. Der folgende Artikel, der sich auf einen ausführlichen Beitrag Karl-Heinz Roths in der neuen Nummer der Zeitschrift „Autonomie" stützt, soll helfen, Licht in die dunklen Machenschaften zu bringen, die eine erschreckende Parallele in den Zwangssterilisations-Experimenten des KZ-Arztes Clauberg in Auschwitz haben.

**Der Tod ist einkalkuliert**

Stellvertretend sei hier der Leidensweg einer der Betroffenen, Frau Y., 33 Jahre alt, Kassiererin, dargestellt.

Am 21. März 1979 wird sie wegen eines gutartigen Gebärmuttergeschwulstes ins Elisabeth-Krankenhaus eingeliefert. Lakonisch wird ihr bedeutet, man müsse vor dieser Operation ihre Gebärmutter „ausschaben, um sicher zu sein, daß darin kein Krebs steckt". Eine medizinisch unsinnige Begründung, die in verlogener Manier den Eingriff zur Zwangssterilisation rechtfertigen soll. Dieser ist bei Frau Y. besonders gefährlich. Mehrmals operiert, war es bei ihr einmal zu einem schweren Narkose-Zwischenfall gekommen. Mit der zum Experiment nötigen Vollnarkose riskierten Lindemann und sein Oberarzt Galinat wissentlich den möglichen Tod von Frau Y. Obwohl beide von einer Schwester darauf angesprochen wurden — „Sie haben schon genug herumsterilisiert, können sie nicht wenigstens diese Frau in Ruhe lassen" — wurde sie am 23.3. in Vollnarkose sterilisiert. Vier Tage später wurden ihr die Gebärmutter und die verblockten Eileiter entfernt — wieder in Vollnarkose. Die mit Ethiblock verblockten Eileiterabschnitte wurden dann, wie alle, von Prof. Stegner, Leiter der histopathologischen Abteilung der Hamburger Universitäts-Frauenklinik untersucht.

Die Zahl der von Lindemann mit tatkräftiger Unterstützung von Elektro- und Pharmakonzernen durchgeführten Zwangssterilisationsexperimente ist lang und in deren Auswirkung auf die Betroffenen erniedrigend und häufig schmerzhaft.

• Bei 304 Patientinnen verkochte er die Eileiterendungen mit einem Siemens-Radiotom, 216 Patientinnen sterilisierte er mit einem Mikrokoagulator einer anderen Firma der Medizinbranche. Beides brachte nicht die gewünschten Ergebnisse, es kam zu unerwünschten Schwangerschaften.

Die Sterilisationsexperimente waren von Anfang an in die Alltagsroutine der von ihm geleiteten Abteilung integriert. Frauen, die sich sterilisieren lassen wollten, wurde die operationslose Sterilisation empfohlen, nichtwissend wurden die Frauen zum lebenden Versuchsobjekt.

Von Lindemann veröffentlichte Fo-tos (2) lassen Karl-Heinz Roth vermuten, *„daß Frauen, die zur Schwangerschaftsunterbrechung eingewiesen wurden, ... möglicherweise sogar mit Ethiblock zwangssterilisiert* (wurden) *bevor er* (Lindemann, Anm. Verf.) *den Keim mit der Saugkürette absaugte."*



• Unerschüttert ob dieser Mißerfolge versuchte er es mit einer von der Firma Wiest feilgebotenen Schwachstrommethode. Aber auch hierbei bleib die Absicht, die Eileiter dauerhaft zu verschweißen, ohne Erfolg.

• Unbeirrt wandte er sich dann 1975 einem chemischen Verfahren des Eileiterverschlusses zu: Mittels der erweiterten Hysterioskopie (Gebärmutterspiegelung) wird an die Eileiterenden eine Mischung aus Ethiblock und dem stark ätzenden Silbernitrat verbracht, beides keine für die Frauenheilkunde zugelassenen chemischen Substanzen. Großzügig wurde dies Experiment von der Firma Ethicon aus Schweden unterstützt (1).

Lindemann experimentierte außerdem in brutaler Manier mit Prostaglandin, um die Lokalbetäubung oder aufwendige Vollnarkose, die zur Erweiterung des Gebärmutterhalskanales Vorbedingung ist, zu ersparen. Die durch Prostaglandin hervorgerufenen starken Schmerzen sind seit deren Verwendung bei Schwangerschaftsabbrüchen hinreichend bekannt.

Die ohne Einwilligung an Frauen durchgeführten Sterilisationsexperimente betrafen Frauen, die zum Zwekke der Gebärmutterentfernung in seine Abteilung eingewiesen wurden. Der Vorteil für ihn bestand damit darin, daß er die Zwangssterilisation wenige

Fortsetzung nächste Seite

Tage vor der eigentlichen Operation unter Vorspiegelung falscher Tatsachen durchführen und dann mit Entfernen der verblockten Eileiterabschnitte seine Experimente auf den Erfolg hin überprüfen konnte.

**Die Parallele: Nazi-Arzt Clauberg**

Die von Lindemann praktizierten Methoden besitzen überraschende Ähnlichkeit mit den 1940 bis 1944 von den Faschisten an KZ-Frauen durchgeführten Experimenten. Diese Experimente sind unter direkter Protektion Himmlers und aufwendiger technischer und finanzieller Hilfe des Schering-Konzerns von Dr. Clauberg im KZ Auschwitz veranstaltet worden. In einem extra für ihn eingerichteten Häftlingsblock entwickelte er nach längerer Vorbereitungszeit ein Verfahren, mit dem er hoffte, arbeitstäglich 1.000 „minderwertige", aber noch arbeitsfähige Frauen zu sterilisieren. Den direkt von der Rampe ausselektierten Frauen, „kräftig" und im gebärfähigen Alter, wurden die unterschiedlichsten, z.T. von Schering extra entwickelten Substanzen gespritzt — weigerten sie sich, drohte ihnen die Gaskammer, der sie auch bei willigem Mitmachen oft zum Opfer fielen. Interessant ist, daß Clauberg ebenso wie Lindemann *„höchstwahrscheinlich Silbernitrat mit einer kontrastierenden Flüssigkeit"* (3) bei seinen schmerzhaften Experimenten verwandte.

Die von Lindemann „entwickelte" Methode ist also keineswegs neu; daß er sich nicht auf die Veröffentlichungen Claubergs von 1933 bis 45 stützt, beweist nicht, daß Lindemann sich dieser Parallelen nicht bewußt wäre oder sich nicht damalige Erkenntnisse zunutze macht.

Neben der methodischen Übereinstimmung weist aber auch der politische Hintergrund Parallelen auf. Die von Clauberg durchgeführten Experimente fanden mit dem Ziel statt, von den dem Massenmord entkommenen Juden *„mindestens 2 bis 3 Millionen sehr gut arbeitsfähiger Männer und Frauen zu sterilisieren"* (4). Ebenso sollte mit den „arbeitsfähigen" Bevölkerungsteilen der besetzten Ostgebiete verfahren werden (4).

Schriftlich ließ Himmler Clauberg ausdrücklich mitteilen, daß sein Interesse an diesen Experimenten ausschließlich auf Massenanwendung gerichtet war: *„Bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, würde der Reichsführer SS noch Wert darauf legen, von Ihnen zu erfahren, welche Zeit etwa für die Sterilisierung von 1.000 Jüdinnen in Frage käme"* (5).

Die heutigen Experimente sollen nicht mehr an Juden oder der Bevölkerung der „besetzten Ostgebiete" praktiziert werden, sondern richten sich ge-

gen die Frauen in der sog. „Dritten
rung der „besetzten Ostgebiete" prak-
tiziert werden, sondern richten sich ge-

gen die Frauen in der sog. „Dritten Welt". Die dort schon heute massenhaft ausgeführten Zwangssterilisationen sollen noch schneller, noch ökonomischer ausgeführt werden (6). Und dieser Zusammenhang ist auch Lindemann nicht entgangen. Er registriert *„ein zunehmendes Interesse für die Geburtenregelung"* (wie mann diese Sauereien in der Fachsprache beschönigend nennt) in den *„Industriestaaten, die ihre Bevölkerungszahl konsolidiert* (*haben*) *und in den Entwicklungsländern mit großem Bevölkerungszuwachs"* (7). Seine Methode hat denn für ihn auch viele Vorteile: Per Hysteroskop — Sterilisation wird *„die Patientin ... nicht arbeitsunfähig* (*die Frau bleibt als Arbeitskraft für Beruf und Familie und insbesondere für ihre Aufgabe als Mutter erhalten*)" (ebd.).

Lindemann ist kein kleines Licht, das seine Experimente der Zwangssterilisation isoliert durchführt. 1975 wurde er zum Privatdozenten ernannt, die von ihm geleitete Abteilung wurde in den Forschungs- und Ausbildungsbetrieb des Uni-Krankenhauses Hamburg-Eppendorf integriert. Seine Forschungen brachten ihm 1980 den Professorentitel ein — wohlgemerkt, n a c h der Anzeige gegen ihn!

**bs/KB-Nürnberg**

**Anmerkungen**

1. H.-J. Lindemann u.a.: „Atlas der Hysteroskopie", Stuttgart-New York 1980, S. 37
2. ebd., S. 45 - 81
3. Zeugenaussage einer Häftlingsärztin, nach Mitscherlich/Mielke, „Medizin ohne Menschlichkeit", 1979, S. 247 f.
4. Schreiben des SS-Oberführers Viktor Brack an den Reichsführer SS vom 23.6.42, nach „Hefte von Auschwitz", 1959, H2, S. 69f.
5. R. Brandt, Schreiben vom 10.7.42 an Clauberg, zit. nach: „SS im Einsatz" Berlin 1958, S. 361
6. 1965 waren in Puerto Rico, dem ersten Experimentierfeld der Geburtenkontrolle, fast 35 % der Frauen im gebärfähigen Alter sterilisiert; 2/3 waren noch keine 30 Jahre alt. nach: „Mabuse", 1/81, S. 45.
7. H.-J. Lindemann, „Die Sterilisationsversuche bei der Frau", in: „Münchner Medizinische Wochenschrift", 118, S. 906.
8. Manuskript des „Autonomie"-Artikels: „Als ob nichts geschehen wäre", von K.H. Roth, S. 32

# Einige Gedanken zur Sozialistischen Konferenz

Die Arbeitsgruppe Frauen war (soweit ich das weiß) mit 400 bis 500 Frauen die größte Arbeitsgruppe auf der Sozialistischen Konferenz vom 13. - 15.2 in Marburg. Das sind überraschend viele gewesen. Über das provokatorische Gezeter der MG's (Marxistischen Gruppen), die verdammt viel mit der Abkürzung ihres Namens gemeinsam haben, indem sie über strickende Frauen herfielen („das ist bürgerlich, du gehst doch voll der Heim- und Herdideologie auf den Leim...") und schon bei dem Wörtchen „Frau" hysterische Anfälle bekamen, will ich mich hier nicht weiter auslassen.

Das Thema der Frauen auf dem Plenum und in den Arbeitsgruppen war ausschließlich „Frauenbewegung — linke Bewegung/linke Männer — linke Frauen", einige Frauen aus der Vorbereitungsgruppe hatten hierzu ein Thesenpapier verlesen, aus dem ich kurz das Wesentliche zitieren möchte. Angefangen bei dem berühmt-berüchtigten Zitat von Clara Zetkins „Erinnerungen an Lenin" und dem Streitpunkt um die „sexuelle Frage", und einen kleinen Sprung zu den Erfahrungen des Weiberrats im SDS werden die Parallelen zur heutigen Zeit wie folgt dargestellt: *„Nach unserer Auffassung ist es immer noch so, daß die o.g. Kritik für die Linke immer noch zutrifft, daß die Politik, die die Linke macht, h a u p t s ä c h l i c h dadurch geprägt ist, daß mann sich Gedanken über die Krise, die drohende Kriegsgefahr, die Strategien der Linken, Gesellschaftsanalysen usw. macht."* Die Verfasserinnen bestreiten nicht, daß diese Fragen wichtig sind; sie werfen in diesem Zusammenhang die Frage auf, *„welche Bedeutung mann ihr auch beimißt im Unterschied zu 'Frauenfrage'"*. Es folgt eine Kritik an der SK, den patriarchalischen Strukturen, der Einordnung der Frauenfrage in „soziale Bewegungen", der akademischen Sprache und der Abgehobenheit vom „Alltagsbewußtsein". Diese Feststellungen sind richtig. Doch was sind die Schlußfolgerungen daraus? Die Verfasserinnen des Thesenpapiers schreiben: *„Wir erwarten, daß sich die männliche Linke ebenfalls Gedanken darüber macht, welche Strukturen und Umgangsformen notwendig sind, um demokratisch miteinander umzugehen und möglichst vielen Menschen eine Teilnahme an der politischen Diskussion und Aktion zu ermöglichen."* Konkreter heißt es an einer anderen Stelle: *„Für uns ist jetzt die Frage, welche Bedeutung die Männer ihrer eigenen Emanzipation beimessen, wann sie anfangen, eigene Verhaltensweisen, Denkmuster zu reflektieren und zu verändern — und dies ohne den ständigen Druck der eigenen Freundin."*

Daß diese hier kurz zusammengefaßten Thesen sehr verbreitet sind, bestätigten die Diskussionen in den Arbeitsgruppen und später auf einem weiteren Plenum der Frauen. Da haben wir nun wieder einmal zusammengesessen, um stundenlang den Sprachstil der Typen zu diskutieren und bejammert, daß die Frauen sich nicht einbringen können; anstatt die Gelegenheit zu nutzen, über das zu reden, was wir politisch wollen, stand im Mittelpunkt das sogenannte „Politikverständnis der Männer" — und das alles unter dem Stichwort „Sozialismus". Damit will ich nicht sagen, daß das Thema Frauen und Linke nicht diskutierbar ist oder gar unpolitisch, nur haben die konkreten Erfahrungen, die linke Frauen in Organisationen gemacht haben, auf dieser SK gar keine Rolle gespielt. Stattdessen hat frau versucht, einen „Schuldigen" für die eigene Unzulänglichkeit — heute eine Frauenpolitik zu entwickeln — gesucht und gefunden. Insofern habe ich die Diskussion auch als unpolitisch und wenig vorantreibend empfunden.

Am deutlichsten zeigte sich dies auf dem Abschlußplenum der Frauen, wo krampfhaft versucht wurde, „Forderungen an die Männer" zu sammeln, und einige Frauen doch tatsächlich die Autonomie der Frauen für die SK mit den Männern diskutieren wollten. Es ist nach meinem Verständnis nicht nur peinlich, sondern auch politisch wenig selbstbewußt, diese Frage mit den Männern zu diskutieren oder gar zu fordern: Auf solchen Konferenzen s i n d wir autonom! Den Auftritt einiger Frauen auf dem Gesamtplenum mit den Männern sehe ich nicht anders, wenngleich die vorhandene Frauenfeindlichkeit unter den mehr als 2.000 Linken im Raum den Auftritt schon wieder sympathisch machte.

Insgesamt glaube ich, daß wir besser vorangekommen wären, wenn wir Frauenarbeitsgruppen zu den Themen der SK gebildet hätten, denn die drohende Kriegsgefahr oder die Situation der Frauen in Betrieb und Gewerkschaft geht ja gerade uns als Sozialistinnen an. Die geplante Sozialistische Frauenkonferenz im Herbst dieses Jahres könnte ein Auftakt dazu sein.

**Ul., Hamburg**



# Instand – besetzung, weiblich

**Mit einer Kraak-Aktion eroberten sich Amsterdamer Frauen schon vor Jahren ihr Zentrum, das „vrouwenhuis", und wenig später ein Haus für mißhandelte Frauen. – Diese Tradition haben die Aktivistinnen nicht vergessen...**

In Amsterdam gibt es seit etwa einem Jahr eine Frauen-Kraakgruppe, die nur mit und für Frauen Häuser besetzt. Die Frauen in der Frauen-Kraakgruppe sind zum überwiegenden Teil schon seit Jahren in der Kraak-Bewegung aktiv und haben an vielen ihrer Aktionen teilgenommen. Auf den zentralen Versammlungen, die von den Kraaker-Zentren der Stadt organisiert werden, haben sie oft erfahren müssen, daß die Männer,

Stadt organisiert werden, haben sie
oft erfahren müssen, daß die Männer,

die meist in der Überzahl sind, den Diskussionsstil bestimmen und ihre „Mit"kämpferinnen unter den Tisch reden.

Auch bei Besetzungen und Barrikadenbau haben die Frauen schlechte Erfahrungen gemacht: die Männer „übernehmen" die schweren Arbeiten, die Frauen dürfen durch Kaffeekochen für Gemütlichkeit sorgen. Auch waren die Männer oft nicht dazu bereit, ihr technisches Wissen an Frauen weiterzuvermitteln, die sich dafür interessierten.

Nach dem Erfolg der Kraak-Bewegung bei der Vondelstraat, wo es zu harten Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Kraaker/innen kam (s. AK 173), setzten sich einige Frauen zusammen. Sie wollten sich nicht mehr das Maß ihrer Militanz von den Männern vorschreiben lassen, sondern selbst entscheiden, wann und in welcher Form sie an den Aktionen der Kraak-Bewegung teilnehmen. Da sie aber gefährliche Situationen nicht ausschließen konnten, überlegten sie, wie sie sich besser schützen und ihre Angst überwinden könnten.

Die Gruppe der Frauen wuchs schnell auf 100 Aktivistinnen an, woran sich ablesen läßt, wie wichtig diese Initiative für die kraakenden Frauen war. Sie haben einen eigenen Alarm-Rundruf eingerichtet, den sie in Gang setzen, wenn sie gemeinsam zu Demonstrationen gehen wollen, aber auch, wenn sie als Frauen autonom von der allgemeinen Mobilisierung der Kraaker Aktionen (z.B. gegen Porno-Läden) durchführen wollen.

Nach einem halben Jahr begann die Frauen-Kraakgruppe, selbst Häuser zu besetzen. Die Erlebnisse in einem neu besetzten Haus veranlaßten die Frauen dazu: im letzten Herbst wurde ein großes Haus mit Luxusappartements besetzt. Wie alle zentralen Kraaker-Aktionen wurde die Besetzung von allen Kraak-Zentren der Stadt gemeinsam organisiert. Unter den angesprochenen Gruppen, die in das Haus einziehen sollten, befand sich auch eine Gruppe von Frauen aus dem „Blijf van m'n lijf"-Haus, einem Haus für mißhandelte Frauen, die ihre Zimmer dort für andere Frauen freimachen wollten. Sie forderten im neu besetzten Haus eine Etage für sich – Zutritt für Männer verboten. Die anderen Hausbewohner – Punks, eine Gruppe militanter Kraaker – begriffen die Forderung der „Blijf van m'n lijf"-Frauen nicht und hielten sich nicht daran. Es kam zum Krach – ein Teil der „Blijf van m'n lijf"-Frauen zog aus.

Ein neues Haus zu besetzen, war für die Frauen, die ihre Kinder bei sich hatten, viel zu gefährlich. Und mit den männlichen Kraakern wollten sie auch nichts mehr zu tun haben – nach dem, was ihnen auf ihrer Etage an Unverständnis begegnet war.

In dieser Situation half die Frauen-Kraakgruppe: sie bereiteten die Besetzung vor, führten sie aus und halfen den Frauen bei den Renovierungsarbeiten. Jetzt hat die Frauen-Kraakgruppe eine regelmäßige Kraak-Sprechstunde für die Frauen eingerichtet, die nicht mit Männern zusammenwohnen wollen. Zur Besetzung eines neuen Hauses wird dann der Alarmrundruf in Gang gesetzt, um die Frauen zusammenzutrommeln. Auch Listen werden angelegt, auf die sich Frauen eintragen können, die mit Frauen zusammenwohnen wollen. Ist die Liste voll, wird ein neues Haus ausgeguckt...

Die Frauen-Kraakgruppe hat bisher drei Häuser und mehrere Etagen besetzt. Den aktivsten Teil dieser Gruppe machen Lesben aus. Gegen erheblichen Widerstand haben sie in verschiedenen Kraak-Cafes durch-

erheblichen Widerstand haben sie
in verschiedenen Kraak-Cafes durch-

gesetzt, daß einmal in der Woche ein Frauenabend stattfindet, wo sich die Frauen über Besetzungen und Aktionen verständigen.

Die Frauen wollen jedoch keine eigene Kraak-Bewegung aufmachen. Als Kraakerinnen wollen sie gemeinsam mit kraakenden Männern gegen Wohnungsnot und Spekulanten kämpfen. Dieser gemeinsame Kampf verändert aber noch nicht die Situation, in der sie als Frauen in der Gesellschaft leben. So führen sie einen doppelten Kampf: einerseits gegen die Wohnungsnot, andererseits gegen die Frauenunterdrückung, der sie tagtäglich – auch innerhalb der Kraak-Bewegung und dort besonders als Sexismus – begegnen. So ist die Frauen-Kraakgruppe ein Bindeglied zwischen Kraak-Bewegung und Geschlechterkampf, das den Frauen ermöglicht, beide Kämpfe nebeneinander und auch „gleichzeitig" zu führen.

**Niederlande-Kommission**

# Was ich als Mann am 8. März erlebte

Mit dieser Schilderung möchte ich die linke Öffentlichkeit und insbesondere die Frauen auf ein widerliches Erlebnis am internationalen Tag der Frau aufmerksam machen. Es geht hierbei um eine massive Verletzung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen. Darüberhinaus ist noch, selbst nach bürgerlichem Recht, der Tatbestand der Körperverletzung, Nötigung und Verletzung der Intimsphäre gegeben.

Worum geht's konkret? Ich bin ein ehemaliger KB-Genosse, seit ca. einem Jahr mit A. befreundet. A. ist außerdem seit 3 Jahren mit M.B. (früher BDJ und KB) befreundet, von dem sie sich seit geraumer Zeit zu lösen versucht. Nun sieht M.B. mich als Hauptübel seiner Schwierigkeiten mit A. Er akzeptiert es nicht, daß es A.'s eigene Entwicklung ist, die zu den unterschiedlichen Auffassungen geführt hat. Schon vor einiger Zeit versuchte M.B. mich unter Gewaltandrohung aus der Wohnung der Eltern von A. herauszuschmeißen und einzuschüchtern.

Seit kurzem wohnt A. mit einer Freundin zusammen. Am 8. März besuchte ich A. in ihrer Wohnung. Wir klönten, tranken Tee, schmusten und warteten auf ihre Freundin und deren Freund, mit denen wir essen gehen wollten. Um 23.30 Uhr waren wir wieder in A.'s Wohnung. A. zuckt plötzlich zusammen, die Tür ging unten im Haus. A. geht aus dem Zimmer, aufgeregt. Es ist M.B., er kommt um diese Zeit unangemeldet und selbstverständlich. M.B. begrüßt mich per Handschlag, spricht kurz mit A. und geht wieder, sichtlich erregt. Um 24.00 Uhr kommt er ein zweites Mal, bringt Wäsche und andere Gegenstände von A., die noch in seiner Wohnung lagen. Lautstark verlangt er von A. die Schlüssel zu seiner Wohnung. Ich versuche, mit ihm zu reden, weil ich sehe, daß er sehr aufgeregt ist. Er lehnt aggressiv ab. Wieder geht er, A. schließt die Tür ab. Wir liegen gerade im Bett, A. muß früh zur Arbeit – wieder Geräusche an der Tür. A. schreckt wieder zusammen und springt aus dem Bett, ruft ängstlich zu mir: „Es ist wieder M.B., zieh dir deine Sachen an." Es klingelt, A. und ihre Freundin kommen zur Auffassung, eher die Tür zu öffnen, als daß er sie eintritt. M.B. stürzt in A.'s Zimmer, schreit laut herum: „Was macht ein nackter Mann in deinem Bett?!" Und zu mir: „Dir werde ich es zeigen, mit m e i n e r Frau zu bumsen!!" In dem Moment schmeißt M.B. mich auf's Bett, hebt einen massiven Lehnstuhl und schlägt ihn auf mich herunter. Durch diesen Schlag hätte ich eine schwere Kopfverletzung davontragen oder sogar tot sein können.

A. mischt sich ein, M.B. schmeißt sie auf's Bett. M.B. brüllt mir zu, ich solle sofort die Wohnung verlassen. Die Freundin von A. fordert M.B. unmißverständlich mehrmals auf, die Wohnung zu verlassen. M.B. ist das egal. In der Küche greift M.B. mich nochmals an, er ist völlig ausgeklinkt. Nur durch die Hilfe von A.'s Freunden gelingt es mir, kaum bekleidet, ins Treppenhaus zu kommen. Der Freund von A.'s Freundin fährt mich in eine andere Wohnung.

Als wir weg sind, versucht M.B., mit indirekter Erpressung A. einzuschüchtern: „Du weißt doch, was passiert, wenn du mich reizt!" – Das Beschämende ist letztendlich noch, daß dieser Typ sich in der linken Öffentlichkeit als wissender, integrer Genosse, überzeugter Kommunist und Verfechter der Frauenemanzipation aufspielt.

**G., ehemals KB Hamburg**

# Frauenkalender gefährdet Knastordnung

Sieglinde Hoffmann, die sich in Untersuchungshaft in Stammheim befindet, wurde die Aushändigung des Frauenkalenders „Tag für Tag" verweigert, da die *„Weiterleitung an die Beschuldigte"* angeblich geeignet wäre, *„die Ordnung in der Anstalt zu gefährden"*. Begründung: Der Kalender enthalte *„zahlreiche Berichte und Bemerkungen, die eine Herabwürdigung und Beleidigung staatlicher Organe, insbesondere auch von Vollzugsbeamten"*, darstellten. Deshalb sei seine Weitergabe geeignet, *„sich negativ auf die Beziehungen zwischen Häftlingen, Anstaltsleitung und Vollzugsbeamten auszuwirken"*. — Ob sich die Zurückhaltung des Kalenders nun besonders positiv auf diese Beziehung auswirkt? Einem Kalenderbeitrag wird z.B. vorgeworfen, *„die Ziele und Praxis des Strafvollzugs in unsachlicher Form"* herabzuwürdigen. Einiges über diese Ziele und Praxis wird in der Begründung deutlich, weshalb man die Möglichkeit, *„den Kalender auseinanderzuschneiden, damit einige nicht zu beanstandene Teile der Empfängerin ausgehändigt werden können"*, wegen der *„Vielzahl der Beanstandungen"* als *„unzumutbar"* (für die auschneidenden Vollzugsbeamten?) verworfen habe: dadurch würde die Einheit des Kalendes zerstört und er darüber hinaus unbrauchbar gemacht: der Kalender wäre daher (wie fürsorglich!) im ganzen anzuhalten. Knast-Logik! (Zitate aus dem „Beschluß" vom 30.1.81 von Kuhn, Richter am Bundesgerichtshof)

# Zweckbündnis mit den Feministinnen lösen?

### Antwort auf a.'s und Ul.'s Artikel „Für die Entwicklung einer 'Linie' in der KB-Frauenpolitik" (AK 194)

Im AK 193 kritisieren zwei Genossinnen in ihrem Artikel „Aus alten Fehlern lernen" anhand von vier Punkten (A. Schwarzer, V. Stefan, Kräuter-Hexen, Walpurgisnacht) ML'ige Fehltritte in der KB-Frauenpolitik von ca. 1975-78. Ihr Artikel wird durch einen Blümchenkasten verziert, wobei es verfehlt wäre, von den Blümchen auf den Inhalt zu schließen.

### Kasten her – Kiste zu

Da werden die Genossinnen formal schon zwangsweise zur Fraktion erklärt, was eine Nummer später platt zurückgenommen wird; frau hätte statt Fraktion lieber „Strömung" oder „Linie" sagen sollen (was stimmt). Außerdem sei eine Fraktion doch gar nicht so schlecht – stimmt generell natürlich auch, nur wird das der Sache nicht gerecht: Wenn ich vier Kritiken habe, und dadurch zur Fraktion erklärt werden soll, wirft das allerdings ein trauriges Licht auf 'ne Organisation und kann nur als massiver Einschüchterungsversuch gewertet werden (abgesehen davon ist das 'ne äußerst inflationäre Umgehensweise mit Fraktionierungen).

Außerdem wird Stimmung gemacht mit „ ... *große Teile der Frauenarbeit*" würden „*von Grund auf revidiert*", was schlichtweg zusammengesponnen ist: Weder sind diese vier Punkte große Teile, noch beziehen sie sich auf Sachen, wo es Frauen a r b e i t gegeben hat, sondern stattdessen nur besserwissende ML-Artikel. An der konkreten Frauenarbeit, die gelaufen ist, wurde außer zur Walpurgisnacht – und das noch mit 'ner Selbstkritik verknüpft – nichts kritisiert.

Außerdem betonen die Schreiberinnen extra noch, daß sie in vielen Punkten mit der Kritik übereinstimmen; sie kritisieren jedoch, der „Ansatzpunkt" sei in Vergessenheit geraten und „nebenbei" sei viel Ungereimtes abgefallen.

Butterweich und relativiert ist das! Aber offensichtlich haben die zwei ins Wespennest gestochen.

Aber offensichtlich haben die zwei ins Wespennest gestochen.

Als nächstes heißt es in dem unheilschwangeren Kasten, die wesentlichen Aussagen des Artikels seien nicht nachvollziehbar, da Fakten und Zitate fehlten. Das ist Unsinn. Alles ist mit Zitaten belegt und kann außerdem in der lila Broschüre nachgelesen werden. Für mich ist das 'ne glatte Einschüchterung für Leute, die damals nicht dabei waren und sich jetzt eventuell nicht mehr trauen, ihre Meinung dazu zu sagen.

An diesen Artikel werden Maßstäbe angelegt, die bisher unüblich waren.

Das Bedauern, mit dem offensichtlich dieser schreckliche Artikel abgedruckt wird (gezwungenermaßen durch die NRW-Frauen) hat die gleiche Wirkung:

**Der Artikel wird zum heißen Eisen erklärt,.**

scheint schädlich zu sein, na, unwissenschaftlich eh, also Leute, nehmt ihn bloß nicht zu ernst ...

Das ist für mich glatte Stimmungsmache, diese Reaktion kann kein Mensch verstehen.

### Immer schön am Thema vorbei

Aufschluß, was denn nun an dem Artikel so schlimm ist, bekommen wir auch nicht aus a.'s und Ul.'s Antwort, da sie sich krampfhaft bemühen, nicht auf den Artikel einzugehen (bis auf eine peinliche Ausnahme zu A. Schwarzer).

Am Anfang steht das „Glaubensbekenntnis" p r o Auseinandersetzung, wobei natürlich der Vergleich zur Z nicht fehlen darf, damit jede/r gleich weiß, woran sie/er ist (wird seine Wirkung sicher nicht verfehlen) ... . Dann wird den beiden Schreiberinnen aus AK 193 schnell noch unterstellt, daß sie, die nun endlich mit 'ner Auseinandersetzung begonnen haben, diese gar nicht wollen: „ ... *die Koexistenz kontroverser Auffassungen an sich ... (wird) in Frage gestellt*" (a. und Ul. in AK 194). Eine Begründung für diese Schlußfolgerung haben a. und Ul. natürlich nicht nötig.

Dann wird lässig im Rundumschlag erzählt, was frau damals alles so machte, was zwar nichts mit dem AK-Artikel zu tun hat, aber sich immer ganz gut macht ...

Als nächstes wird kurz und peinlich auf A. Schwarzer eingegangen (nicht aber auf die Kritik der beiden Genossinnen), wobei a. und ul. auf einer Spalte gleich den ganzen Kritikblock vorgeben abzuhandeln. Es folgt 'ne langatmig/langweilige Zahlenaufstellung (!!!) über sone und solche AK-Artikel, als wohl „wissenschaftlichen" Beweis für die damalige und heutige Linie ... was hat die Leserin wohl davon, wenn sie nun weiß, 1975 59 Artikel dazu, 1979 20 Artikel hierzu. Die Zahlen sagen nun wirklich nichts über Inhalte aus, ist euch das neu? Das ist 'ne glatte Verarschung, letztendlich macht ihr euch ja nur selber damit unglaubwürdig, bzw. eure Schnacks, es ginge euch nun wirklich und überhaupt um 'ne Auseinandersetzung. Wenn die so aussehen soll, peinlich ...

Dann nehmt Ihr noch zu drei Zitaten Stellung, indem Ihr wieder zu dem peinlichen Mittel greift und AK-Artikel-Überschriften zitiert. Erlaubt mir eine kleine Retourkutsche. Es wird äußerst mühsam für die Leserinnen, diese rund 500 Auflistungen von Euch zu ü b e r p r ü f e n, meint Ihr nicht??

### Schluß mit der schädlichen Ausrichtung

Und nun kommt's ganz Dicke: Auf gut EINER SPALTE (!!!) wird die Frauenpolitik von 79/80 kritisiert, mit den Folgerungen: „*Wir dagegen sind dafür, an der Arbeit, wie sie 75 bis 79 begonnen worden war, anzuknüpfen und sie weiter zu entwikkeln,*" und „*wir glauben, daß ... die insgesamt betont positive Einschätzung der letzten anderthalb Jahre unserer Frauenarbeit, wie sie im Artikel der Genossinnen zum Ausdruck kommt, eine s c h ä d l i c h e* (Hervorh. ich) *Ausrichtung unserer Arbeit darstellt.*" Wer kann mir das erklären? Die einen mühen sich, auf anderthalb AK-Seiten an primär vier popeligen Punkten ab, um sie zu kritisieren und kriegen fürchterlich eins auf's Dach; die anderen können es sich erlauben, auf e i n e r S p a l t e anderthalb Jahre (!!) Frauenpolitik zu kritisieren und 'nen Kurswechsel zu propagieren!

zu kritisieren und 'nen Kurswechsel zu propagieren!

Ich schätze unsere Frauenarbeit

Ich schätze unsere Frauenarbeit

der letzten 1,5 Jahre ganz anders ein als a. und Ul.:

**In dieser Zeit haben wir verstärkt den Kampf nach innen geführt, Kampf gegen Chauvinismus in den eigenen Reihen (und anderswo).** Punktuell und exemplarisch wurde dieser Kampf auch früher im KB geführt, aber nun bekam das Ganze (endlich) mehr Breitenwirkung im KB, und das machte sich auch im AK bemerkbar. Die Versäumnisse, die auch der KB (wie andere ML-Organisationen) an diesem Punkt jahrelang mit sich schleppte (d.h. „Privates" zu privatisieren statt zu politisieren), machte sich durch 'ne zeitweilige Schwerpunktverschiebung z.B. zum Punkt „Gewalt gegen Frauen" hin bemerkbar. Auch die Umsetzung(sversuche) der Parole „Macht das Private öffentlich" hatte zeitweilig ähnliche Folgen. Der Kampf gegen Chauvinismus kann natürlich langfristig nicht der Schwerpunkt der KB-Frauenarbeit sein, aber die zeitweilige Verschiebung dahin muß als Resultat früherer Fehler analysiert werden, als mangelnde Fähigkeit, mit dieser Keimform umzugehen. Solche Gehversuche im Nachhinein als „schädlich" zu bezeichnen, lassen mich ein taktisches Verhältnis zu Keimformen vermuten! Die ausführliche Diskussion um den „Schrei aus der Stille" war m.M.n. nicht schädlich, sondern notwendig, auch wenn wir auf dem Niveau der Frauenbewegung stehen geblieben sind. Und dieses Niveau, diese Sichtweise mußten wir erstmal erreichen, das bringen die MEW-Bände nicht mit sich ... Wir könnten (können) zwar Themen wie Leichtlohngruppen, ökonomische Abhängigkeiten etc. ML-ig analysieren, aber nur nach vorgegebenen marxistischen Schemata. Die nötige Ergänzung oder Kritik der Klassiker/innen (wie im Frauenstatut angekündigt) sind wir bis heute nicht in der Lage zu leisten, d.h. für mich, die Verbindung zwischen Feminismus und Marxismus herzustellen. Das zu verwirklichen kann nur mit 'nem anständigen, fundierten Wissen über die Theorie und Praxis der Frauenbewegung, des Feminismus, verbunden mit 'ner Auswahl und Verdichtung dessen, dem Versuch, Verknüpfungen zum Marxismus herzustellen, geschehen. Sich Einschätzungen zur Frauenbewegung aus dem Ärmel zu schütteln, ohne in ihr gearbeitet zu haben, kann ich nur als Relikte der alten ML-Besserwisserei interpretieren, nicht jedoch als eine ernsthafte Auseinandersetzung speziell mit den Genossinnen, die sich die Hacken in der FB abrennen.

Auch das „Private" zu politisieren hat die FB uns vorgemacht: viele Genossinnen haben ihre ersten Gehversuche darin in der FB versucht, als das im KB noch gar nicht möglich war (ich auch). Erst als es schon in der FB alltägliches Brot war, wurde es auch im KB versucht, massenhaft zu praktizieren. Wir müssen mal zugeben können, daß die FB da weiter war als wir ... Um von der FB zu lernen, war es notwendig, deren Standpunkte im AK zur Diskussion zu stellen (z.B. die Sommeruni-Berichterstattung). Daß wir den Standpunkten nichts entgegengesetzt haben, liegt daran, daß wir das – schlicht und ergreifend – nicht können! Aber es ist dann natürlich unsinnig zu sagen, die Berichterstattung war falsch ...

Daß wir weniger Konfrontationskurz zur FB gefahren haben, liegt natürlich auch daran, daß wir weniger Differenzen zu ihr haben als 75. (Beruht auf Gegenseitigkeit: auf der Lesbentribunalvorbereitung in Hannover z.B. diskutierten zu einem extra angesetzten Termin über die Hälfte aller Anwesenden solidarisch mit uns über unsere KB-Zugehörigkeit; oder in der 8. März-Frauenwoche in Münster arbeiten ausnahmslos alle FG's mit uns zusammen!). Und wir: heute teilen wir doch z.B. fast alle Parolen zur Walpurbisnacht, über die wir in der lila Broschüre noch hergezogen sind (Seite 31), bzw. auch KB-Frauen würden solche Transparente tragen.

Und daß wir mehr Auseinandersetzung mit Revis und Sozis wollen, wird schon lange und mit schöner Regelmäßigkeit von den KB-Frauen konstatiert, und ist nun wirklich keine Neuentdeckung von a. und Ul.

### Das Dilemma in der KB-Frauenpolitik: Theorie, Praxis, Rödel ?

Kommentatorentum? Es wundert mich, daß dieses alte AK-Problem nun gerade am Frauenpunkt wieder hoch kommt. Frau schaue sich nur mal die AKW- und Wohnungskampf-

nun gerade am Frauenpunkt wieder hoch kommt. Frau schaue sich nur mal die AKW- und Wohnungskampf-

seiten an, da läuft das wirklich in Reinform. Lediglich bei den Antifas und der Chinaberichterstattung habe ich kontinuierliche Änderungen bemerkt. Am Frauenpunkt ist es relativ leicht, unsere Schwierigkeiten aufzuzeigen, nicht nur, weil die letzte Bestandsaufnahme noch ganz frisch ist, sondern auch weil wir als Frauen, die Probleme am eigenen Leib spüren, ein Dilemma ist die hoffnungslose Überfrachtung derselben durch: Diskussion der einzelnen Arbeitsbereiche, des Chauvitums der Genossen, von AK-Artikeln, (Frauen)Vorbereitung auf Ortstermine, Frauenschulungen, AK-Arbeit – die Frauen besonders schwer fällt – und nicht zuletzt Diskussion unserer Probleme, die wir oft genug in frauenspezifischer Art – durch Rückzug – lösen wollen ... Eine Lösung kann ich mir nicht aus dem Ärmel schütteln; in Münster hatten wir 'ne Zeit deshalb 2 Termine der KB-FG pro Woche, was jedoch nicht durchzuhalten war, und das ewige Hinterherrennen hinter unsere Zielsetzung/Ansprüche ließ uns schließlich in 'nen Frustschlummer fallen ... Ein Zweites kommt hinzu: In der Krisendebatte haben wir einmütig festgestellt, daß wir nicht mehr so rödeln wollen wie früher, d.h. auf Kosten der inhaltlichen Qualifikation. Na, geschafft? Ich nicht, wenn jmd. von euch, sagt mir bitte, wie ihr das gemacht habt! Bei mir führten quantitative Abstriche (z. B. statt 5 Arbeitsgebiete 3) automatisch zu quantitativ und qualitativ mehr Arbeit an den übrig gebliebenen Punkten ... Wie schön wäre es, wenn wir uns schwerpunktmäßig der Aufgabe widmen könnten, kommunistische Standpunkte (sofern wir sie haben ...) in die BI zu tragen; aber oft sieht es doch so aus, daß gerade wir noch der Motor einer Gruppe sind und übriggebliebene Aufgaben übernehmen (zumindest in meiner Umgebung ist das so), d.h. eine Arbeit leisten, die uns oft von der so nötigen Qualifikation abhält. Ich kenne auch genügend Genoss/inn/en, die aus Zeitnot in Nachtschichten AK-Artikel schreiben. Das ist natürlich alles ein besonders frauenfreundlicher Arbeitsstil, den frau sich nur reinziehen kann, wenn sie sich alle männlichen „Qualitäten" zugelegt hat, was natürlich auf Kosten anderer Entwicklungen geht (ich laß das jetzt absichtlich hier so unvollständig stehen, weil das 'nen extra Artikel wert ist ...)

Eine Entfrachtung der lokalen Arbeit wurde /wird durch die Spezialistinnentreffs versucht (§ 218, Mütter, Lesben, Studentinnen, Gewalt), wobei ich mich jetzt nur auf die letzten beiden beziehe: Diese Treffen schlafen m.M.n. deshalb, weil wir dort dasselbe machten wie vor Ort (s.o.), wir diskutierten die Arbeitsprobleme der einzelnen durch (also auf dem Stand der FB), kamen vielleicht noch dazu, langfristige Ziele zu formulieren, aber schon für weitere Überlegungen fehlte uns dann die Zeit, letzteres zu realisieren, schon die Vorstellung. Ja, es wäre toll, zu versuchen, vom kommunistischen Standpunkt aus der Thema „Gewalt gegen Frauen" aufzuarbeiten (z.B. auf den Gewaltspezialistinnentreffs), eine Perspektive für die nächsten Jahre; die bisherige Nicht-Realisierung ist jedoch kein Grund, unsere letzte Frauenpolitik zu Grabe zu tragen, wie a. und Ul. das vorschlagen.

Um folgendes zu schaffen: aktiv in der Frauenbewegung (oder sonstwo), sich die entsprechende Literatur reinzuziehen, zusätzlich die Ortsgruppe und noch den kommunistischen Frauenstandpunkt zu entwickeln; ja, da müssen wir an der Wurzel der KB-Krankheit nagen, unsere KB-Mentalität/Arbeitsweise hinterfragen: viele sind so zugepackt, daß sie nicht mal aktuelle Artikel schreiben können ... immer noch kriegt frau/mann am meisten Bestätigung durch Rödel, allerdings rödeln wir heute nur noch in 1 - 2 Arbeitsbereichen... Die Ziele der tollen (ernsthaft!) Krisendebatte sind kaum erreicht, kriegen das jetzt die Frauen als erste ab?

Ich finde es total verrückt, aufgrund einer Kinderkrankheit die Arbeit der letzten 1,5 Jahre als schädlich zu bezeichnen und auf den Weg zurück zu orientieren (zurück zu den 75ern). Was wir durch die FB gelernt haben, können wir nicht wieder über Bord werfen, und das müßten wir, wenn wir zur Arbeitsweise von 75/78 zurückkehren würden. Ich wehre mich auch entschiedenst gegen die Mentalität, die mir bei a. und Ul. durchscheint, die Arbeit der letzten

wehre mich auch entschiedenst gegen die Mentalität, die mir bei a. und Ul. durchscheint, die Arbeit der letzten

1,5 Jahre als Übergangsphase oder Durchlauferhitzer anzusehen.

Ein bißchen erinnert mich diese Haltung an das, was im Sackgassenartikel als Fehler aufgezeigt wurde: einen bestimmten Teil der Frauenarbeit zurückschrauben ... nur diesmal nicht, weil wir es nicht mehr „nötig" haben, sondern jetzt, weil wir unsere Ziele noch nicht erreicht haben – also aus Resignation.

Auch vermisse ich im ganzen Artikel von a. und Ul. schmerzlich ein inhaltlich fundiertes selbstkritisches Verhältnis zur geleisteten Arbeit ...

– Das Anliegen des Artikels im AK 193 zu untersuchen, welche Fehler w i r gemacht haben, wird schlichtweg ignoriert, bei der Erzählung von a. und Ul. über die Krise in der Frauenbewegung und im KB, wo wieder (richtig) alle möglichen äußeren Umstände aufgezählt werden, nur vor der eigenen Tür wird nicht gefegt ... (das peinliche Zahlenspielchen darf wieder mal nicht fehlen).

### Bitte, laßt das männliche Sexmonopol in Ruhe

Ich würde gerne wissen, wie der Gesamt-KB zu den folgenden Thesen von Alice Schwarzer, die a. und Ul. falsch finden, steht:

– „*Die Beziehung zwischen Mann und Frau sind heute so eindeutig Machtbeziehungen ..., daß auch die weibliche Sexualität nur wieder Ausdruck weiblicher Ohnmacht sein kann*".

– „*Nur eine zum Dogma erhobene Heterosexualität kann das männliche Sexualmonopol sichern ...*"

– „*Liebe ist eben nur unter Gleichen möglich und nicht unter Ungleichen*". (Näheres zu Alice Schwarzer folgt.) Die obigen Zitate hielt ich bisher naiverweise (?) für Allgemeingut auch im KB, sollte es tatsächlich im Kapitalismus möglich sein, die Geschlechterrollen aufzuheben? Oder, tue ich a. und Ul. Unrecht, was finden sie an diesen Thesen falsch?

Ungeheuerlich arrogant werden die beiden Genossinnen, wenn sie spekulieren (und mal wieder 'ne halbherzige Selbstkritik anbringen), daß sie dem Anliegen von Genossinnen nicht gerecht wurden, „*die im wesentlichen die Erfahrungsberichte ... gelesen hatten, ... und die für sie subjektiv wichtiger waren als die (ideologische) Auseinandersetzung.*" Also, die Blöden auf dem Selbsterfahrungstrip, sind nicht berücksichtigt worden. Frech und borniert!

Äußerst albern finde ich Sprüche wie: „*natürlich haben wir Fehler gemacht*", mit der Begründung, wer sich in Gefahr begibt, kann auch was erleben. Na, platter geht's wirklich nicht. Wenn ihr Fehler gemacht habt, dann benennt die doch mal, vorher glaub ich nix.

### Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück

Echt sauer werde ich, wenn ich lesen muß: „*Im Gegensatz zu den Autorinnen und Unterstützerinnen* (that's me) *des Artikels ‚Aus alten Fehlern lernen' jedoch k r i t i s i e r e n wir gerade diese fehlende Auseinandersetzung und schätzen diesen Zustand als negativ und unsere Arbeit als zurückzerrend ein*". Das schlägt dem Faß den Boden aus! Jetzt muß ich doch mal aus dem Nähkästlein plaudern (das ja eh für die Schärfe der Diskussion verantwortlich ist). Ich habe zum Beispiel auf einem Termin zum (mittlerweile gescheiterten) AK-Frauenkollektiv 'ne lange Rede gehalten, warum mir die AK-Frauenseiten so nicht mehr gefallen: Zuviel Kleinberichte, die es so nicht bringen, zu wenig Grundsatzartikel, wobei ich natürlich speziell mit der Kontroverse Marxismus-Feminismus liebäugelte (immerhin haben das a. und Ul. jetzt auch „entdeckt" – wie schön ...). Damals erntete ich nur Protest (speziell von a. und Göttingen). Es gab sogar noch zwei Papiere aus Hamburg und Göttingen, wo ich aufgefordert wurde, doch nicht so hohe Ansprüche zu haben, und außerdem seien die Frauenseiten gut so (Hamburg). Na, und jetzt servieren a. und Ul. uns die „große Neuigkeit", daß mehr grundsätzliche Auseinandersetzungen in den AK sollen, wie find ich denn das???

### Karten auf den Tisch!

Karten auf den Tisch!

Und ich sage Euch: jetzt will ich endlich mal (ebenfalls nach etlichen Nervereien an diesem Punkt) s c h r i f t l i c h u n d i n h a l t l i c h, von Euch beiden wissen, w a s (!!!) die positive Überschätzung des Frauenstatuts genau ist, was meint Ihr genau damit? Da kommt Ihr nicht mehr mit 'nem Halbsatz von weg!

Ich sag Euch auch gleich, was für mich der „qualitative Fortschritt" ist: 1. Die Autonomie der KB-Frauen und 2. „*dazu* (zur eigenständigen kommunistischen Frauenpolitik) *gehört eine umfassende Aufarbeitung (ggfls. Kritik) der Geschichte und der Theorie der Frauenbewegung und der theoretischen Grundlagen der marxistisch-leninistischen Klassikerinnen und Klassiker*".

### Keimform ade?

– Die Frage drängt sich auf: wenn Ihr die Ausrichtung der letzten anderthalb Jahre auf den AK-Frauenseiten s c h ä d l i c h findet, wieso habt Ihr das mitgemacht?? Wieso kommt das erst jetzt (kurz und platt) auf den Tisch???

Da möchte ich Euch jetzt ehrlich fragen und eine Antwort (!!!) darauf kriegen, was Ihr gemeint habt, als Ihr auf dem Hamburger Buchtermin am 23.1.81 (fürs neue KB-Frauenbuch) ernsthaft als Buchdiskussionspunkt die Frage vorgeschlagen habt: „Warum sind wir nach der Z-Abspaltung ein Zweckbündnis mit den Feministinnen eingegangen", da Ihr nun 'ne neue Linie diskutieren wollt. Seid so gut und erklärt mir den Satz, denn das gehört wohl dazu. (Unüberlegt war es von Euch nicht, denn Ihr sagtet am Anfang des Termins, daß Ihr beide Euch Gedanken gemacht und einige Punkte als Buchdiskussion überlegt habt, u.a. den oben angeführten Satz.)

– Es ist glatter Unsinn, zu behaupten, es hätte 'ne „ausschließliche Feminisierung" verbunden mit Sprachlosigkeit der FB gegenüber gegeben. Aber Ihr könntet das ja mal spaßeshalber nachweisen (bitte ohne Zahlenspielchen), das Ganze dann

*Fortsetzung nächste Seite*

# Wir sind keine Feministinnen, na und!

Mit dem Artikel "Aus alten Fehlern lernen" (AK 193) ist der Streit um die Entwicklung der KB-Frauenpolitik im AK öffentlich geworden. Umstritten sind zum einen verschiedene Artikel aus unserer lila Frauen-Schulungsbroschüre (vor allem einige Artikel der Jahre 1975 bis 1977 zur Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und dem Feminismus), zum andern gleichzeitig der Grundcharakter unserer Frauenpolitik (vgl. AK 193 und 194). Diese Artikel und die damit verbundene Politik wurden im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" als *"ML-Patzer"* und *"ML-Hysterie"* gekennzeichnet. Ebenso bezeichnet Bx. sie in ihrem Artikel (in diesem AK) als *"MLige Fehltritte"* unserer Frauenpolitik. Demgegenüber werden die letzten 1 1/2 Jahre von den Verfasserinnen als "Feminisierung" der KB-Frauenpolitik gefeiert, was auch in der Statutbroschüre "Hurra wir sind autonom..." zum Ausdruck kommt. Im Zusammenhang dieser beiden Broschüren wurde im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" ausdrücklich von *"fundamentalen Widersprüchen"* und *"zwei Linien"* gesprochen und die Forderung erhoben, die lila Schulungsbroschüre entweder in den "Giftschrank" zu verbannen (als *"antifeministische Kinderkrankheit"*), oder aber nur dann diese Broschüre weiterzuvertreiben, wenn der Artikel "Aus alten Fehlern lernen" als Beilage mitvertrieben wird. In unserem Erwiderungsartikel "Für die Entwicklung einer 'Linie' in der KB-Frauenpolitik" (AK 194) verteidigten wir die grundsätzlichen Aussagen und Auseinandersetzungsartikel mit dem Feminismus und kennzeichneten diese Zeit als die ersten "Gehversuche" einer eigenständigen KB-Frauenpolitik, an die heute wieder angeknüpft werden müsse. Wir kritisierten die letzten 1 1/2 Jahre ("Feminisierung"), in denen es im AK kaum noch kritische Auseinandersetzungen mit der Frauenbewegung und dem Feminismus gab. Dies kritisieren wir als nahezu totale "Anpassung" und "Sprachlosigkeit" gegenüber der Frauenbewegung. In der Stellungnahme der Genossin Bx. geht es nun plötzlich darum, die begonnene Auseinandersetzung um die KB-Frauenpolitik auf **"primär vier popelige Punkte"** herunterzuspielen, nämlich die Artikel zu A. Schwarzer, V. Stefan, Kräuter Hexen und Walpurgisnacht. Überhaupt kann Bx. gar nicht verstehen, warum es um die ganz "popelige" (nebensächliche?) und harmlose kleine Kritik im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" sooo viel Aufregung gibt. Dabei ging es doch "nur" darum, daß in besagtem harmlosen Artikelchen die Existenz von "zwei Linien" in der Entwicklung der KB-Frauenpolitik behauptet wurde. Die eine *"Linie"* soll laut dem Artikel so etwa von 1975 bis 1977 geHERRscht haben und uns bis ins "ML-Abseits"(so stand es tatsächlich in dem Artikel!) geführt haben. Die andere *"Linie"* soll seit etwa 1977 gegen zumindest anfänglichen starken Widerstand der damaligen AG Frauen und deren antifeministisch-*"MLige" "Ausrichtungskampagnen"* schließlich durchgesetzt worden sein. In dem Artikel "Aus alten Fehlern lernen" hieß es dazu unter der Zwischenüberschrift "Die Feminisierung setzt sich durch": *"Die neue (feministische!) Linie konnte erst im Laufe des Jahres* (gemeint ist 1980, Anmerk. d. Verf.) *verankert werden..."*(Hervorhebung im Orginal!). Für die Jahre davor hingegen wurde in dem Artikel behauptet: *"weil wir selbst keine wirkliche Vorstellung von Frauenpolitik hatten..."*, mußten wir uns *"die wichtigsten Impulse für unsere (über reine Agitation hinausgehende) Politik"* aus der autonomen Frauenbewegung holen. Der Artikel "Aus alten Fehlern lernen" endete mit der Forderung "Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien!"(in der KB-Frauenpolitik). Es ging also tatsächlich nicht um ein paar *"popelige"* Nebenpunkte, sondern um die Verdammung der gesamten "Linie" der KB-Frauenpolitik in den Jahren 1975 bis mindestens 1977. Was veranlaßt Bx. – selbst eine der rührigsten Wortführerinnen der *"feministischen Linie"* im KB – zu dem wenig geistreichen Versuch, diesen Konflikt plötzlich herunterspielen zu wollen?

## Statt "Zahlenspielerei" markige Worte

Die Genossin Bx. meint anscheinend, die Auseinandersetzung vorwiegend mit Wortgefechten statt mit Inhalten und Fakten führen zu können. Eine kleine Kostprobe können wir uns nicht verkneifen: Da wird unsere Selbstkritik wegen der fehlenden Auseinandersetzung in den letzten 1 1/2 Jahren einmal *"vermißt"*, dann aber wieder als *"platt"* und *"halbherzig"* abgetan. Ein Schwall von Worten stürzt auf unseren Artikel ein: *"platt"*, *"borniert"*, *"formal"*, *"inhaltsleere Zumutung"*, *"glatter Unsinn"* *"zusammengesponnen"*, *"alberne Sprüche"* und *"frech"*, (Eier sind nicht immer besser als Argumente, die Säzzerin). Natürlich darf auch der Vorwurf von *"massiver Einschüchterung"* und *"Stimmungsmache"* nicht fehlen. Allein die Auflistung, sorry, die *"Zahlenspielerei"*, der Artikel für die verschiedenen Jahre der KB-Frauenpolitik in unserem Artikel werden mit Eigenschaftsworten belegt wie: *"langatmig"*, *"langweilig"*, *"eine Verarschung"*, *"unglaubwürdig"*. *"peinlich"*, *"Schnacks"* und *"Zahlenspielerei"* die eh keine Genossin nachprüfen könne. Warum eigentlich nicht? Die AK's liegen doch noch alle vor?!... Außerdem drängt sich uns die Frage auf, wie Bx. eigentlich heute die Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion im Herbst 1979 sieht, deren Behauptung, wir würden uns nicht mehr mit der Frauenbewegung und dem Feminismus auseinandersetzen, wir ebenfalls mit dieser "Zahlenspielerei" begegneten. Sollte dies auch "inhaltsleer" und "peinlich" gewesen sein? Außerdem kritisiert Bx., daß wir keine "Belege" für unsere These (Feststellung!!) gebracht hätten, daß es in den vergangenen 1 1/2 Jahren im AK keine kritische Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung bzw. Teilen von ihr gegeben habe. Bx. fordert "Beweise" für diese Feststellung. Was stellt sie sich darunter vor? Frau kann doch nicht beweisen, daß etwas NICHT stattgefunden hat?! Hier wäre doch Bx. gefordert, ihrerseits deutlich zu machen, wann und wo im AK in dieser Zeit doch noch Auseinandersetzungen zu finden waren. Komischerweise scheint Bx. an anderer Stelle ihres Artikels das Nicht-Stattfinden von Auseinandersetzung plötzlich gar nicht mehr bestreiten zu wollen, sondern versucht es zu rechtfertigen: **"Daß wir den Standpunkten (der Frauenbewegung -Anm. d. Verf.) nichts entgegengesetzt haben, liegt daran, daß wir das schlicht und ergreifend nicht konnten!"**. Und: *"...daß wir weniger Konfrontationskurs zur Frauenbewegung gefahren haben, liegt natürlich daran, daß wir weniger Differenzen zu ihr haben als '75"*. Und daß wir uns in letzter Zeit fast überhaupt nicht mehr in kritische Auseinandersetzungen mit der Frauenbewegung und Feminismus begeben haben, muß wohl daran liegen, daß wir inzwischen überhaupt keine Differenzen mehr haben?! Wie das möglich sein soll – bei den Differenzen, die es sogar innerhalb der Frauenbewegung und zwischen den Strömungen des Feminismus gibt – ist uns ein Rätsel.

Überdies scheint die Genossin Bx. das "Lernen von der Frauenbewegung" im Widerspruch zur Auseinandersetzung mit ihr zu sehen. Diese Auffassung teilen wir nicht. Daß wir aus den verschiedensten Bewegungen (Anti-AKW, Antifaschismus u.a.) auch lernen, ist richtig. (Nur die ZL-Fraktion wollte das damals bestreiten). Daß wir aber propagieren sollen, keine politischen Auseinandersetzungen mehr zu führen, wäre gleichbedeutend mit der Auflösung des KB. Selbst wenn wir in verschiedenen Phasen mit spontanen Bewegungen gemeinsame Aktionen machen, heißt das noch lange nicht, daß keine Differenzen existieren. Dies gilt beispielsweise für die Anti-AKW-Bewegung genauso wie für die Frauenbewegung. In der Frauenbewegung gibt es heute wie 1975 die unterschiedlichsten Strömungen von links bis reaktionär. Wir halten es auch für etwas kurzsichtig, von "der" Frauenbewegung "insgesamt" immer als fortschrittlicher Bewegung zu sprechen. In diesem Zusammenhang wollen wir Bx. Behauptung dementieren, daß das AK-Frauen-Redaktionskollektiv "gescheitert" sei. Im Gegenteil können wir Positives berichten. Eine personelle Ausweitung der Endredaktion hat stattgefunden und die Einarbeitung ist angelaufen. Gescheitert scheint uns vielmehr der überzogene Anspruch einiger Genossinnen, daß heute eine AK-Frauen-Redaktion die gesamte Koordinierung der Unterschungsarbeit übernehmen solle sowie eine Anleitung der Genossinnen, die Artikel schreiben wollen, u.a. mehr zu gewährleisten habe. Umstritten waren in erster Linie die überzogenen Ansprüche an das zu schaffende Redaktionskollektiv, die in krassem Gegensatz zu den heute real hierfür "verfügbaren" und bereiten Kräften stehen. Dieser Streit wurde auch auf einem Hamburger Frauentreffen diskutiert und eine Genossin wurde beauftragt, in einem Papier die zu hohen Ansprüche zu kritisieren. Darin ist tatsächlich eine "peinliche" und unkritische Äußerung zu den AK-Frauenseiten gemacht worden, die dummerweise von keiner anderen Hamburger Genossin richtiggestellt wurde, obwohl sie der Diskussion nicht entsprach. Die Genossin Bx. bemächtigt sich jetzt dieser Formulierung, um sich selbst als Kritikerin der AK-Frauenseiten darzustellen, die ja immer die Auseinandersetzung gefordert (allerdings nicht geführt) habe. Fakt ist, und das müßte Bx. eigentlich wissen, daß keine einzige Frauenleitungsgenossin auf die eine oder andere Weise ein unkritisches Verhältnis zum Stand der AK-Frauenseiten hat und hatte.

## Die Politik mit der "Betroffenheit"

In dem Artikel "Aus alten Fehlern lernen" wurde insbesondere den Genossinnen der AG Frauen Hamburg, die 1975 zu einer Frauenpolitik des KB den Anfang machten, unterstellt: *"Nicht Betroffenheit vom §218 oder anderen Erscheinungen dieser (u.a.) patriarchalischen Gesellschaft, keine Konflikte mit unseren 'kommunistischen Eminenzen' waren entscheidend; der Tenor jener Gründungserklärung der AGF liegt eindeutig auf dem gemeinsamen Klassenkampf"*. Die Schlußfolgerungen der Verfasserin sind denkbar einfach, *"... wir hatten wirklich ein taktisches Verhältnis zur Frauenbewegung"*. Im Rundumschlag maßen sich einige Genossinnen für andere KB-Frauen an, ihnen ihre damalige "Betroffenheit" in der Frauenfrage in Abrede zu stellen und konstruieren gleichzeitig einen Widerspruch zwischen "Betroffenheit" und dem Bekenntnis zum "gemeinsamen Klassenkampf". Bei diesen Behauptungen fehlt eigentlich nur noch der 'kleine Mann im Ohr' bei den KB-Frauen, um die schon früher gegen organisierte Frauen vorgebrachten antikommunistischen Vorurteile aus der feministischen Frauenbewegung zu vervollständigen.

Hinzu kommt, daß manche wohl der Meinung sind, über weit zurückliegende Vorgänge (wie etwa die Gründung der AG Frauen) könne man jeden beliebigen Quark erzählen, weil es sowieso niemand mehr genau weiß oder nachprüfen wird: Was in dem Artikel "Aus alten Fehlern lernen" über die Gründungserklärung der AG Frauen behauptet wird, ist einfach unwahr. U.a. wurde in der Erklärung (abgedruckt im AK 57, März 1975) stark der Aspekt der *"konkreten Hilfeleistungen für Frauen und Genossinnen"*, besonders in der Auseinandersetzung mit Genossen und anderen Männern betont. (Zum Vergleich drucken wir den Text nebenstehend ab). Richtig ist, daß in der Erklärung auf den gemeinsamen Klassenkampf besonders hingewiesen wurde. Bloß fragt sich, was daran eigentlich falsch sein soll? **Zumal ja daran zu erinnern ist, daß wir uns andererseits gerade in dieser Zeit äußerst scharf von platten Verballhornungen des gemeinsamen Kampfes mit den Männern (durch den KBW) abgegrenzt haben. (Obwohl dies ein zentraler Teil unserer eigenen politischen "Identitätsfindung" war, wurde es im Artikel "Aus alten Fehlern lernen" einfach vergessen!).**

Die Genossinnen behaupten, das Stichwort "Betroffenheit" sei erst im Zusammenhang mit der sogenannten "Feminisierungslinie" aufgetaucht: *"Anhand des Films "Schrei aus der Stille" setzen wir uns sehr ausführlich mit unserer Betroffenheit durch Vergewaltigung auseinander; dabei wurden auch die schlimmsten 'radikalfeministischen' Parolen wie "Jeder Mann ist ein potentieller Vergewaltiger" diskussionswürdig – im AK!"*

Was mit der „Betroffenheit" genauer gemeint ist, hat Bx. uns auf dem von ihr erwähnten Termin zum Buchprojekt erläutert: **„Ich glaube, daß Artikel über persönliche Betroffenheit, z.B. Vergewaltigungen, zehnmal mehr bringen als ein theoretischer Artikel... Wir dürfen nicht nur per Politbewußtsein Frauenpolitik machen, weil sich die Bedürfnisse geändert haben ... Diese neue Qualität in unserer Frauenpolitik (Betroffenheit) muß unbedingt erhalten bleiben und hat uns auch 100mal mehr gegeben als die reinen kommunistischen Erkenntnisse...".** Darüber hinaus hat die Genossin Bx. die These aufgestellt, daß frau *„mit ner persönlichen Betroffenheit besser Politik machen kann als per aufgesetzten Anspruch"*.

Auch wenn Bx. in diesem Gespräch nicht bestritten hat, daß Betroffenheit an sich noch kein politisches Bewußtsein schafft, halten wir diese „feministischen" (?) Thesen für falsch. In der Konsequenz heißt dies nichts anderes, als daß die „betroffenen" Frauen die beste Politik machen. So gesehen, müßten die Kolleginnen im Betrieb, die ja am meisten ausgebeutet werden und die größte Doppelbelastung durch Haushalt, Kinder und Ehemann haben, heute durchweg die sensibelsten und politisch bewußtesten Frauen sein.

Im Gegensatz zu Bx. (aber dafür in Anlehnung an – pardon – Lenin) meinen wir, daß *„Betroffenheit"* allein, ohne *„kommunistische Erkenntnisse"*, ohne Bewußtsein für die Gesamtheit der gesellschaftlichen Zusammenhänge, „nur" zum Widerstand gegen Einzelerscheinungen des imperialistischen Systems führen kann (z.B. zum Engagement in einem Frauenhaus oder in einer Notrufgruppe), aber nicht zum allseitigen politischen Kampf, der zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse nun einmal auch nötig ist.

## Vom Gegensatz zwischen Marxismus und Feminismus

Die Genossin Bx. will den Marxismus und den Feminismus miteinander „verknüpfen" und „verbinden": *„Wir könnten (können) zwar Themen wie Leichtlohngruppen, ökonomische Abhängigkeit etc. MLig analysieren, aber nur nach vorgegebenen marxistischen Schemata. Die nötigen Er-*

Fortsetzung nächste Seite

(aus AK 57, März 1975)

## „Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!" Zu den Aufgaben der ‚Arbeitsgruppe Frauen'

Seit langem wissen wir, daß die Arbeiterklasse ihre Befreiung nur erlangen kann, wenn sie zusammen kämpft, ohne Unterschiede der Rassen, der Nationalität, über alle Grenzen hinweg, ohne Unterschiede der Berufe, aber auch ohne Unterschied des Geschlechts.

*„Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Aufbau der Sozialistischen Gesellschaft"*, sagte Clara Zetkin 1896.

Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen den § 218 (aber keineswegs auf diese beschränkt) hat der KB in Hamburg eine ‚Arbeitsgruppe Frauen' gebildet. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Agitations- und Propagandaarbeit, d.h. unsere Pressearbeit.

Wir meinen, daß die publizistische Arbeit über die Lage der Frauen – in der BRD sowie international – ein wesentlicher Hebel ist, um das Rückgrat der Frauen zu stärken und um ihre tagtägliche Unterdrückung in eine organisierte politische Kraft zu verwandeln.

Ein weiterer Bereich unserer Arbeit wird sein, konkrete Hilfeleistungen für Frauen und Genossinnen zu organisieren.

Wir meinen nicht, daß sich diese Hilfeleistungen nur auf die Vermittlung von Abtreibungsadressen beschränken soll, sondern wir halten es auch für notwendig, die Frauen auf ihrem Weg der Gleichberechtigung zu unterstützen.

Wir wollen mit Genossinnen und fortschrittlichen Frauen sprechen über eventuelle Schwierigkeiten in der politischen Arbeit mit Männern oder Frauen. und in ihrem Kampf um ihren Verhältnis zu anderen Menschen, im besonderen zu ihren Männern.

Ein wichtiger Bereich unserer politischen Arbeit wird in der Gewinnung und Organisierung fortschrittlicher Frauen bestehen.

Sind es heute doch noch wesentlich die kleinbürgerlichen Frauen, die dazu gekommen sind, sich heute in Frauengruppen zu organisieren, so werden wir sicher weiterhin versuchen, mit dem Teil der Frauengruppen zusammenzuarbeiten, die nicht nur verbal, sondern auch in ihren Taten sich nach der eigenen Parole: „Frauen nur gemeinsam sind stark" richten.

**Hier wird es wesentlich darauf ankommen, auch diesen Frauen zu vermitteln, daß ihre „Frauenprobleme" gesellschaftliche Probleme sind, und also nur durch die Beteiligung am Klassenkampf zu lösen sind.**

Den ideologischen Kampf, auch in diesen Gruppen immer wieder die Interessen der proletarischen Frauen an erste Stelle zu setzen, haben wir bereits aufgenommen.

Um das proletarische Element auch in diesem gesellschaftlichen Bereich und in der heute noch vorwiegend kleinbürgerlichen Frauenbewegung zu stärken, müssen wir von einem Hamburger Betrieb lernen (vorwiegend sind dort Frauen beschäftigt), wo fortschrittliche Kolleginnen den Kampf um die Betriebsrätewahlen unter dem besonderen Aspekt der „Frauenarbeit" angetreten sind.

„Laß hundert Blumen blühen" heißt für uns, daß wir in unserer politischen Arbeit, im Bezirk und Betrieb, an der Schule und Universität, überall dort wo Frauen heute leben, arbeiten und ‚ihren Mann stehen', der besonderen Unterdrückung der Frauen in dieser Gesellschaft den Kampf ansagen.

„Gewinnt die Frauen!" (Clara Zetkin, 1893, „Zeichen der Morgendämmerung")

**Arbeitsgruppe Frauen**
**KB/Gruppe Hamburg**

---

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

noch als bedauerlichen Zustand zu bezeichnen, ist 'ne Frechheit den Genossinnen gegenüber, die verstärkt im letzten Jahr Artikel geschrieben haben, wozu ich auch gehöre. Tatsächlich ist es so, daß ich vor der Z-Debatte fast nichts in den AK bekam, danach so gut wie alles. Zweckbündnis?

Ich finde, der Artikel von a. und Ul. ist 'ne inhaltsleere Zumutung in bezug auf den Artikel „Aus alten Fehlern lernen" und ebenfalls 'ne Zumutung als Anfang für die Entwicklung einer neuen Linie!

Wie schrieben a. und Ul. zum Schluß: *„Der Fehler der Genossinnen liegt vor allen Dingen auch darin, daß sie nicht ausreichend zwischen Positivem und Negativem in unserer alten Politik trennen, daß sie nicht konkret ihre Alternativen entgegensetzen, sie entwickeln auch nicht das positive an der bisherigen Arbeit weiter."* Wie wär's, wenn Ihr Euch den Schuh selber anzieht? (Wobei Ihr's noch geschafft habt, anderthalb Jahre Frauenpolitik auf einer Spalte abzuhandeln und die Umkehr von dieser Politik zu fordern.)

Mein Verständnis von Kritik ist immer noch, daß 'ne Kritik auch wertvoll ist, wenn nicht gleich die tolle Alternative auf den Tisch gelegt werden kann.

**Der Artikel ist keine Antwort auf „Aus alten Fehlern lernen", sondern die Aufforderung zur „Abrechnung" mit der „Feminisierung" im AK!**

Bx, KB Münster, ehemals Frauenleitung

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

*gänzungen oder Kritik der Klassiker/innen (wie im Frauenstatut angekündigt) sind wir bis heute nicht in der Lage zu leisten, d.h. für mich, die Verbindung zwischen Feminismus und Marxismus herzustellen".* Kann es denn überhaupt eine „Verbindung" oder „Verschmelzung" von zwei derartig unterschiedlichen Weltanschauungen geben, eine Synthese von Marxismus und Feminismus? Ist doch die Ideologie des Feminismus eher systemimmanent, zumindest als kleinbürgerliche Ideologie, die den Hauptwiderspruch im Patriarchat und nicht im Kapitalismus sieht. Wie z.B. soll die folgende Position der Feministin A. Schwarzer sich mit dem Marxismus „verbinden": „Die bestehende Klassendefinition trifft auf Frauen nicht zu"... „Nichts, weder Rasse noch Klasse bestimmt so sehr ein Menschenleben wie das Geschlecht" (zitiert nach dem lila Schulungsheft, S. 41). Wir sind gespannt, wie Bx. solche Auffassungen (die doch wohl bei v i e l e n Feministinnen zu finden sind), mit dem Marxismus „verdichten" oder „verbinden" will....

Wünschenswert wäre auch, daß Bx. einmal darlegt, was s i e eigentlich unter „Feminismus" versteht, d.h. auf welche der feministischen Strömungen und konkurrierenden Theorien sie sich eigentlich so positiv bezieht?

Zum Beispiel fordern nicht alle Feministinnen den Ausschluß oder die Abgrenzung zu den organisierten Frauen. In diesem Jahr allerdings droht die West-Berliner Sommeruni zu scheitern, weil einige Feministinnen nicht wollen, das Frauen aus dem Sozialistischen Frauenbund Westberlin oder der Alternativen Liste die Frauenwoche mit vorbereiten. Sollen wir da immer noch *„aufhören, uns in die Pose der diskriminierten K-Gruppe zu begeben"?*

### Zum „Zweckbündnis" mit dem Feminismus

Die Auseinandersetzungen um die Inhalte der lila Frauen-Schulungsbroschüre sind nicht neu. Schon seit 1976 der AK-Artikel zum „kleinen Unterschied" erschienen war, gab es diese Kontroverse und haben wir Frauen innerhalb des KB bis heute keinen „vereinheitlichten Standpunkt" hierzu. Z.B. die drei von Bx. unter der Zwischenüberschrift *„Laßt das männliche Sexmonopol in Ruhe"* zitierten Thesen von A. Schwarzer, die sie *„naiverweise für Allgemeingut im KB"* hielt, benennen unserer Meinung nach nur sehr unzureichend und in ihrer Absolutheit falsch, den Widerspruch zwischen Mann und Frau. Das Machtverhältnis zwischen den beiden Geschlechtern wird doch nicht allein durch die Sexualität bestimmt, sondern vor allem durch die ökonomische Abhängigkeit und das nicht anerkannte Selbstbestimmungs-
ökonomische Abhängigkeit und das nicht anerkannte Selbstbestimmungs-
recht der Frau. Die beiden letzteren Thesen (*„Nur eine zum Dogma erhobene Heterosexualität..."* und *„Liebe ist nur unter Gleichen möglich..."*) können wir nicht aus eigener „Betroffenheit" heraus beantworten, denn wir gehören (noch?) zu den Heteras. Daß Liebe tatsächlich aber nur unter „Gleichen" möglich sein soll, können wir nicht glauben. Wir haben jedenfalls inzwischen unsere Typen völlig unterm Pantoffel und lieben sie trotzdem schrecklich (und sie uns auch!)...

Auseinandersetzungen um diese Frage oder auch um Selbsthilfe, Bündnispolitik, interne Frauenstrukturen u.ä. waren innerhalb des KB immer Schwankungen unterworfen. Als es mit unserer Frauenpolitik z.B. 1977/78 insgesamt nicht so gut bestellt war, haben auch hierzu wenig Auseinandersetzungen stattgefunden. Dafür traten diese Diskussionen dann mit den Frauen-VVs 1978/79 wieder mehr in den Vordergrund. In dieser Situation begannen im Sommer 1979 die Auseinandersetzungen mit der damaligen ZL-Fraktion, die unsere Frauenpolitik zum Sündenbock für die Krise im KB machen wollte. In dieser Situation waren wir gezwungen, die Debatten unter uns erstmal zu vertagen und gemeinsam - auch mit den feministischen Strömungen im KB – für den Erhalt unserer Frauenarbeit uns gegenüber der ZL zur Wehr zu setzen. Dieses „ Z w e c k b ü n d n i s " war dann mit der Spaltung Ende 1979 praktisch aufgehoben – war doch sein eigentlicher Anlaß nicht mehr im KB.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß nach der Spaltung die alten Differenzen unter uns wieder auflebten.

Sicherlich ist es insofern ein Versäumnis von uns, die inhaltlichen Kontroversen unter uns Frauen nach der Spaltung, als wir wieder „unter uns" waren, nicht offensiv genug diskutiert zu haben. Allerdings scheint Bx. mit dem Begriff „Zweckbünddnis" so ihre Schwierigkeiten zu haben, wenn sie ihn fast ausschließlich negativ interpretiert. Im AK stand damals anläßlich der Auseinandersetzung mit der ZL-Fraktion: *„Zweckbündnisse im allgemeinen Verständnis dieses Wortes sind beispielsweise die alternativen Wahllisten oder noch weitergehender, Zusammenschlüsse zwischen alternativen und 'grünen' Wahl-Initiativen. Es handelt sich, wie das Wort ausdrückt, also um Bündnisse zwischen Menschen mit unterschiedlichen Interessen, durch die ein bestimmter Zweck (in dem gemeinsame Interessen vorliegen) erreicht werden soll. Das Wort Bündnis drückt den zeitlich und inhaltlich begrenzten Charakter solcher Zusammenschlüsse aus. Abgesehen vom Bündniszweck selbst behalten die Beteiligten ihre unterschiedlichen Auffassungen" (...). „Wir haben im AK 162 vorgeschlagen, den Begriff des 'Zweckbündnisses' durch den der 'Kampfgemeinschaft' zu ergänzen. Und zwar nicht im Sinne unterschiedlicher, gar widersprüchlicher Seiten der kommunistischen Organisation, sondern als Einheit. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht nur zu begrenzten Zwecken vorübergehend zusammengeschlossen haben, sondern daß uns gemeinsame Überzeugungen in den grundsätzlichen Fragen und ein kollektiver Kampf einen"* (AK 164, „Zweckbündnis" und/oder „Keimform").

Auf den derzeitigen Konflikt um die KB-Politik bezogen, bedeutet das in unserem Verständnis: Es hat bei der Abwehr des damaligen ZL-Amoklaufes ein „Zweckbündnis" gegeben zwischen den Feministinnen einerseits und andererseits d e n Frauen, die unsere „Jugendsünden" von 1975 usw. (Auseinandersetzung mit dem Feminismus)
sünden" von 1975 usw. (Auseinandersetzung mit dem Feminismus)
für gar nicht soooo sündhaft halten. Dieses „Zweckbündnis" ist tatsächlich inzwischen gegenstandslos geworden. Nicht gegenstandslos geworden ist aber unserer Auffassung nach die „Kampfgemeinschaft" zwischen uns in derselben Organisation – was konkret heißt, daß wir uns eine (allerdings streitbare) „Koexistenz" zwischen verschiedenen Vorstellungen zur KB-Frauenpolitik auch künftig sehr gut vorstellen können. Es geht nicht um das „Hinausdrängen" der einen oder der anderen Strömungen aus dem KB. Im Artikel „Aus alten Fehlern lernen" sehen wir gerade den gefährlichen Versuch, e i n e Linie („die f e m i n i s t i s c h e Linie") für alleinseligmachend und ausschließlich gültig zu erklären.

**a. und Ul., Hamburg**

♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀♀

### Meldungen

„Wenn Sie mal schaun wollen!" – unter diesem Motto führen die Schwestern der AHO - Aktionsgruppe Homosexualität Osnabrück vom 3. bis 5.4. ein schwules Wochenende durch. Am Freitag ist z.B. das „Trio Infernal" auf der Bühne, am Sonntag gibt es einen Film. Nähere Anfragen ebenso wie Anmeldungen an **AHO, Postfach 11 41 4500 Osnabrück**

**Dänemark** – Mit Wirkung vom 4.1.81 hat das dänische Gesundheitsministerium sämtliche Einrichtungen des Landes unterrichtet, „daß es keine Diagnostizierung von Homosexualität gibt". Der leitende Beamte, Soeren Soerensen, bezeichnete die Einordnung der Homosexualität als Krankheit als absurd.

**Norwegen** – Am 16.1.81 legte die regierende Arbeiterpartei dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor, der künftig die Diskriminierung aus Gründen der Rasse, Religion, sexuellen Orientierung oder Lebensweise verbieten soll. Es wird erwartet, daß das Gesetz unter den Sozialisten und den Liberalen sowie einzelnen Konservativen und Agrariern eine Mehrheit finden wird.

**Argentinien** – Die Polizei in Argentinien führt ständig Razzien gegen Schwule durch. Die aufgegriffenen Leute werden in der Regel bis zu 60 Tagen im Villa Devoto Gefängnis in Buenos Aires festgehalten, ohne jeglichen rechtlichen Schutz.

**aus IGA Memorandum Jan./81**

## *Schwule*

# Heiße Nächte in Toronto

## Sauna-Razzia: 306 Opfer




Daß es in der Sauna gewöhnlich heiß zugeht, ist nichts Neues – doch daß man im Heißluftraum uniformierte Bullen trifft, kommt zum Glück selten vor. Diese irdische Begegnung neuer Art konnten die schwulen Besucher von vier Saunen in Toronto am Abend des 5.2. erleben. 100 Polizisten mit Brecheisen und Vorschlaghämmern sorgten für die erste heiße Nacht, indem sie die Saunen in Trümmerfelder verwandelten und 306 Männer mitnahmen: Kunden ebenso wie Personal.

Während der Aktion kam es zu laufenden Beschimpfungen und gar Handgreiflichkeiten gegen die Kunden. Eine ähnliche Aktion vor zwei Jahren war noch von der Sittenpolizei ausgeführt worden, diesmal war gleich die Kriminalpolizei angerückt. Diese hatte die Saunen bereits sechs Monate lang insgeheim beobachtet („Gay News", 19.2.81).

Sofort wurde zu einer Protestkundgebung für den folgenden Abend aufgerufen. 1.500 kamen. Im Laufe der Versammlung wuchs die Wut und es wurde ein Besuch der zuständigen Revierwache beschlossen. Immer mehr Menschen schlossen sich dem Zug an, so daß schließlich mehr als 3.000 vor der 52. Division standen. Als sie abzogen, hatten auch sie für ein Schlachtfeld gesorgt: zwei Streifenwagen, ein Zivilfahrzeug sowie einige Teile des Reviergebäudes waren leicht entstellt und Rauchfahnen stiegen zum Winterhimmel auf. Das nächste Ziel war der Justizpalast der Provinz Ontario. Um Haaresbreite blieben bei diesem Marsch die Schwulen hinter den Bullen zurück, so daß sie das schöne Gebäude nur aus respektvoller Entfernung anrufen konnten. Die ganze Aktion war von kräftigen Sprechchören begleitet wie „Stop the cops" und „Fuck you – fifty-two!". Beim Abzug kam es allerdings noch zu Übergriffen der Bullen, die etwa ein Dutzend Demonstranten vorübergehend festnahmen.

Wenige Tage später folgte eine weitere heiße Nacht. Auf einem Planungstreffen sollten Maßnahmen zur Verteidigung und Unterstützung der Verhafteten beraten werden. George Hislop, der bei den vergangenen Kommunalwahlen als offen schwuler Kandidat auftrat, berichtete als Betroffener von seinen Erlebnissen in der Sauna; er sprach von „Polizeistaatsmethoden" und „Gestapomentalität". Die rund 2.000 Besucher der Veranstaltung forderten den Rücktritt von Polizeichef Jack Akroid, der die Razzia angesetzt hatte.

Wut kam auch gegen die „Toronto Sun" auf, die erst kürzlich gegen die Saunen gehetzt hatte und jetzt damit drohte, die Namen sämtlicher Angeklagter zu veröffentlichen.

Aufgrund des massiven öffentlichen Protestes kam am 13.2. der parlamentarische Polizeiausschuß zusammen, um über eine Untersuchung möglicher Mißbräuche zu entscheiden. Doch nach drei Stunden heftiger Vorwürfe von Vertretern der Kirchen, Parteien und Bürgerrechtsorganisationen beschloß der Ausschuß, daß es nichts zu untersuchen gebe („Workers World", 20.2.81).

Die vorgebrachten Proteste gegen die Polizeieinsätze richteten sich jedoch rundweg nur gegen das Ausmaß der Gewalt gegen Menschen und Sachen, die die Polizei angewendet hatte – bis hin zu dem Argument, die vorangegangene sechsmonatige Observierung der Kripo hätte unverantwortlich hohe Kosten verursacht. Die eigentliche „Rechtsgrundlage" der Einsätze, nämlich der Verdacht auf „unzüchtige Handlungen", wurde jedoch überhaupt nicht öffentlich diskutiert oder angezweifelt. Auch die bürgerliche Presse, allen voran „Globe and Mail", scheute davor zurück.

Dabei spielt die puritanische Moral in Kanada eine offensichtliche, reaktionäre Rolle. So gibt es den juristischen Vorwurf eines „bawdy house", eines „unzüchtigen Hauses". Darunter kann grundsätzlich alles vom privaten Schlafzimmer bis hin zur Eckkneipe verstanden werden, wenn die Polizei dort nur etwas Anrüchiges vermutet.

Es kann bis zu zwei Jahren dauern, bis die Gerichtsprozesse gegen die 306 Männer anlaufen. Ein Verteidigungskomitee, das vor zwei Jahren wegen eines ähnlichen Falles gegründet worden war, hat sich inzwischen der Sache angenommen. Ein Benefiz-Konzert zur Deckung der anstehenden Gerichts- und Anwaltskosten wird geplant. Auch die Bürgerrechtsorganisation „Canadian Civil Liberties Association" hat sich eingeschaltet.

Dennis Findley von der größten kanadischen Schwulenzeitung „The Body Politic" betonte in einem Gespräch mit Olaf Stüben, daß die Angeklagten dringend auf eine internationale Öffentlichkeit angewiesen sind, um die Justiz unter Druck zu setzen. Protestschreiben sollten gehen an:

**The Chief of Police**
**Jack Ackroid**
**Metropolitan Toronto Police**
**590 Jarvis Street**
**Toronto, Ontario**
**Canada M4Y 2J5**
und an die Staatsanwaltschaft
**Roy McMurtry**
**Ontario Attorney General**
**Queen's Park**
**Toronto, Ontario**
**Canada**

**Olaf Stüben, Westberlin**
**und**
**Hei., Hamburg – Schwulengruppe des KB**

# Pädo-Prozeß wird zum Bumerang

Der Prozeß gegen die restlichen drei Vorstandsmitglieder der englischen Pädophilen-Organisation PIE wurde am vergangenen Donnerstag mit einer ausgewechselten Geschworenenmannschaft nochmals neu eröffnet. Die Staatsanwaltschaft hatte dadurch Gelegenheit, neues belastendes Material in die Verhandlung einzuführen, das jedoch nach Meinung von Prozeßbeobachtern als nicht sehr bedeutsam eingeschätzt wird. Ein großer Teil der Belastungszeugen besteht aus ehemaligen PIE-Mitgliedern, denen unverbindlich nach üblicher Polizeimanier Straffreiheit in Aussicht gestellt wurde, wenn sie gegen die Angeklagten aussagen würden.

Das überraschende Fallenlassen mehrerer Anklagepunkte in der Verhandlung mit der alten Geschworenenriege hatte nach Mitteilung gewöhnlich gut unterrichteter Kreise einen pikanten Grund: es hatte sich erst im Laufe des Prozesses herausgestellt, daß der Hauptbelastungszeuge für diesen Teil der Anklage ein Adliger ist, der früher zur britischen Vertretung in Berlin gehörte und inzwischen zu einer hohen NATO-Charge aufgestiegen ist, so daß die Gefahr eines Riesenskandals für das Establishment durch diesen „pädophilen Nestbeschmutzer" bestand.

Vor einer Woche wurden zwei Prozeßbeteiligte wiederum festgenommen, nachdem sie auf offener Straße mit einem ca. 14jährigen Jungen im Beisein der Eltern ein paar Worte wechselten. Dieses für England ungewöhnliche Verhalten veranlaßte die Eltern, die Polizei zu rufen, die zur Festnahme der beiden PIE-Mitglieder unter dem Verdacht der „Verschwörung zur Unzucht" (Conspiracy to commit Gross Indecency) schritten. Nach bisher unbestätigten Meldungen wurden sie inzwischen gegen eine hohe Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Neben weiteren Protesten aus der BRD, u.a. vom Verein für sex. Gleichberechtigung e.V. (VSG) München, Rosa Funke und IHS Stuttgart, hat sich auch in Großbritannien etwas Positives getan: die Gay Activists' Allicance (GAA) stellte sich auf ihrer Jahrestagung hinter PIE, außerdem große Teile der Frauenbewegung durch aktives Eintreten der Lesben. Die Unterstützung wird auf jeden Fall nach der noch in diesem Monat erwarteten Urteilsverkündung wichtig werden. So zweischneidig die Entdeckung des „schwarzen Schafes" aus dem Establishment und die Konsequenzen des Gerichtes daraus auch sind, zumindest wird der Schauprozeß jetzt eher auf Sparflamme gehalten.

**Olaf Stüben**

## AUFRUF
### zur Abschaffung des §175

Recht auf sich selbst! Aktionskomitee zur Streichung des § 175.
Jülicher Straße 22, 5000 Köln 1.

Auf der Basis des damaligen Wissenstandes über Sexualität hatte sich der Rechtsausschuß des Weimarer Reichstages 1929 mehrheitlich entschlossen, den § 175 zu streichen.

Die Nationalsozialisten dagegen verschärften nach ihrer Machtergreifung den § 175 und benutzten ihn als Instrument der Menschenvernichtung.

Die Bundesrepublik Deutschland hat den Gehalt des Paragraphen bis 1969 unverändert und danach nur teilweise liberalisiert beibehalten. Sie hat damit die bessere Weimarer Tradition nicht fortgesetzt.

Wir protestieren dagegen, daß unsere Lebensformen immer noch zur Verfügungsmasse von Koalitionsverhandlungen gemacht werden und stellen dagegen sowohl unsere Verfassung, besonders die Artikel 2 und 3, wie auch den Auftrag an die nationalen Parlamente, durch Rechtsangleichung in Europa einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der Menschenrechte und zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu tun.

Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 175

— weil der unterstellten Schädlichkeit alle wissenschaftlichen Erkenntnisse widersprechen;
— weil das Recht jedes Menschen auf Entfaltung seiner Sexualität und frei Wahl seines Sexualpartners strafrechtlich nicht eingeschränkt werden darf;
— weil es keine diskriminierenden Sondergesetze geben darf, die zum Zweck der Menschenvernichtung verschärft werden können.

Als homosexuelle Männer haben wir begriffen, daß das Recht auf den eigenen Körper, das wir fordern, für andere Unterdrückte heißen kann, über die eigene Fruchtbarkeit selbst zu bestimmen oder genug Brot und Arbeit zu haben.

Ihr Eintreten für unsere Forderung stärkt auch Ihre Rechte. Man muß nicht schwarz sein, um für die Rechte der Farbigen einzutreten. Man muß nicht Jude sein, um den Antisemitismus zu bekämpfen.

Ich fordere die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, den § 175 umgehend ersatzlos zu streichen.

Name: ..............................
Anschrift: ..............................

O ich bin einverstanden, daß meine Unterschrift veröffentlicht wird
O ich bin n i c h t einverstanden, daß meine Unterschrift veröffentlicht wird.

V.i.S.d.P.: Helmut Kentler, Hannover.

## Rassismus-Renaissance (Teil III):

# Anthropologe Eibl-Eibesfeld verteidigt »unsere eigene Eigenart«


DIE ZEIT
Nr. 13 — 21. März 1980

DOSSIER
Seite 41

Seit Rousseau leiden wir an unserer Ungleichheit. Da die Natur bei der Verteilung ihrer Gaben nicht unfair gewesen sein kann, muß die Gesellschaft an allem Unglück schuld sein. Der moderne Behaviorismus fügte das Dogma hinzu, daß alles Verhalten erlernt ist. Angeborenes durfte es nicht geben.

Langsam erwachen wir aus dem schönen Traum. Im ersten Teil dieses Dossiers wurde gezeigt, daß Intelligenzunterschiede zwischen den einzelnen weitgehend erbbedingt sind.

Auch der „kleine Unterschied" zwischen den Geschlechtern wurde beleuchtet: Frauen sind sprachlich begabter, Männer besser in der Raumorientierung.

Der zweite Teil analysiert ein brisantes Politikum: Gibt es angeborene Unterschiede zwischen Geschlechtern und, noch viel heikler, zwischen „Rassen"? Schwarze schneiden bei Intelligenztests schlechter ab als Weiße. Warum? Ist die Gesellschaft schuld – oder die Natur? Die Antwort der Forschung ist noch zweideutig

*Intelligenz: Natur oder Kultur?*

**Wir, die Ungleichen**

Dieter E. Zimmer analysiert die neueste Forschung zu einem Jahrhundertstreit (II)

Nicht nur im Bereich unserer Sinneswahrnehmungen und unseres Denkens sind Geschlechterunterschiede festgestellt worden, sondern auch im Bereich unseres Fühlens, in der Region unserer tiefsten Wünsche und Bedürfnisse. Hier hat man sich die Unterschiede im wesentlichen als hormongesteuert zu denken, und das erschwert die Beweisbarkeit. Es gibt zahllose Hormonexperimente an Tieren. Besonders die Auswirkungen der männlichen Geschlechtshormone, der Androgene, auf den Tierfetus wurden erforscht. Aber die Ergebnisse von Tierversuchen sind nicht ohne weiteres auf den Menschen zu übertragen, und Hormonversuche an Menschen ... Zwar ...

die Männer im räumlich-mechanischen Bereich, die Frauen beim Hören und Sprechen. Dazu paßt, was Sandra Witelson behauptet: daß sich bei Frauen die (rechts vermittelten) Gefühlsprozesse stärker als bei Männern mit den (links ansässigen) rationalen Vorgängen vermischen — mit einem Vorteil: einer stärkeren Integration von Denken und Fühlen, und einem Nachteil: einer stärkeren Anfälligkeit für Depressionen.
Die Soziobiologen, die die evolutionäre Entstehung tierischen Verhaltens im Lichte genetischer Auslesevorteile untersuchen, gehen weiter. Manche Soziobiologen meinen nämlich, daß sich beim Menschen, in Form von Verhaltensdispositionen, mehr Instinkte be...

**Einer der verschlungenen Pfade gegenwärtiger Rassismus-Renaissance führt, wie in AK 196 dargestellt („Von der NS-Rassenkunde zur modernen Anthropologie" — siehe auch AK 182: „'Ein Damm gegen die Ausländerflut' "), auch durch die hehren Gefilde seriöser Wissenschaft. Freilich legt sich die offizielle Universitäts-Anthropologie, Humanetologie etc. strenge Enthaltsamkeit auf, was allzu leicht erkennbare Sympathien in Richtung nazistische Vergangenheit oder neonazistische Aktualität angehen.**
**Als jüngstes Beispiel solcher erneuten Unschulds-Bekundungen ist etwa die offizielle Distanzierung der Wissenschaftler-Vereinigung „Gesellschaft für Anthropologie und Humangenetik" zu nennen. Sie weist emsig verbreitete Aufrufe des Rassisten-Zirkels „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" (Jürgen Rieger und Co.) zurück — als pseudowissenschaftlich („Pressemitteilung", zit. nach „Lutherische Monatshefte" 10/80). Mit offenem Rassismus, sprich Rechtsradikalismus/Faschismus, will man nichts zu tun haben; dies, sozusagen, ist der Markstein, an dem sich die Wege trennen.**
**Im Gegensatz zu der im allgemeinen an den Tag gelegten Wortkargheit, wenn die historischen und politischen Aspekte des Erb- und Rassen-Forschens zumal in Deutschland/Westdeutschland zur Sprache kommen, hat sich nun auch eine Fach-Größe in ganz aktuell-politischem Zusammenhang geäußert. Diese seltene Gelegenheit ist es schon wert, genau betrachtet zu werden.**
**Es handelt sich um Professor Dr. Irenäus Eibl-Eibesfeldt, der die Forschungsstelle für Humanethologie am Max-Planck-Institut für Verhaltensforschung (Seewiesen) leitet. Eibl-Eibesfeldt gehört, nicht allein im deutschsprachigen Raum, zu den Top-Verhaltensforschern; seine Bücher gehören zur Standard-Lektüre des Faches; Eibl-Eibesfeldt dürfte wohl zu Recht als „Kronprinz" der Verhaltensforschung gelten, die von Konrad Lorenz maßgeblich auf- und ausgebaut wurde. Dessen Weichenstellung im Bereich der Verhaltensforschung ist ein Kapitel für sich. An dieser Stelle muß genügen, die umfassende Beliebtheit der Lorenz-Theorien (über den Zusammenhang zwischen tierischem und menschlichem Verhalten; die Schlüsse, die daraus über die Aggressivität des Menschen und die Bedrohtheit der heutigen —westlichen, bürgerlichen — Kultur gezogen werden sollen) bei Konservativen und Rechten aller Schattierungen zu nennen. Lorenz selbst übrigens gehört zum „wissenschaftlichen Beirat" der „Nouvelle Ecole", also des französischen Kopf-Blatts der dortigen „Neuen Rechten".**

Eibl-Eibesfeldt steht nicht an, auch persönlich klipp und klar festzustellen, daß er *„sich deutlich von rassistischen Anschauungen"* distanziert und daß er *„mit der pseudowissenschaftlichen, ‚Gesellschaft für biologische Anthropologie und Verhaltensforschung' nichts zu tun hat"*(Alle Zitate aus: „Lutherische Monatshefte" 10/80 und 1/81). Überhaupt, sagt er, geht es ihm darum, *„jener extremen Rechten..., die schon einmal Unheil über Europa brachte"*, keine ‚Munition zu liefern'.

D a ß Eibl-Eibesfeldt sich zu solch — für Anthropologen-Verhältnisse ungewohnt — eindeutigen Worten genötigt sah, hat folgende Vorgeschichte.

### Ein Brief mit Folgen

Erster Akt: Im März 1980 begann der „Zeit"-Journalist D.E. Zimmer mit einer Serie von Artikeln unter dem Motto „Wir, die Ungleichen". Gemeint war: Da gibt's Intelligenzunterschiede (Schwarze haben einen niedrigeren Intelligenz-Quotienten als Weiße); Geschlechtsunterschiede (Jungen malen lieber Autos, Mädchen lieber Blumen); da gibt's Rassenunterschiede (was vor allem wieder auf die Intelligenz-Frage hinausläuft) — und alles, alles als wissenschaftlich belegte, gänzlich oder zumindest wesentlich biologisch-genetisch bedingte „Ungleichheiten". Die *„biologischen Wissenschaften"* hätten so *„erhebliche Einsichten"* erbracht, daß keiner mehr dran vorbeikomme.

Zweiter Akt: Zimmer flattert ein Brief ins Haus: „Lieber Herr Zimmer, vielen Dank für die beiden ‚Zeitartikel'. Es ist gut, daß darüber auch geschrieben wurde. Man neigt ja dazu, gewisse Wahrheiten zu verdrängen, und es handelt sich nicht um einen Punkt von geringer bevölkerungspolitischer Bedeutung. Bei uns wird ja viel die Frage diskutiert, ob wir unser Land zum Einwanderungsland machen wollen und Flüchtlinge aus aller Welt (Afrika eingeschlossen) aufnehmen sollen.

Denkt man an die Belastung künftiger Generationen, dann muß man wohl auch mit die Begabung der neu aufgenommenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, sonst handelt man unseren Enkeln gegenüber unverantwortlich".

Dieser Brief erschien als Leserbrief am 18.4.80 in der „Zeit".

Dritter Akt: Am 9. Mai sah sich die „Zeit" veranlaßt, eine briefliche Reaktion einiger Mitarbeiter des Professors am Max-Planck-Institut abzudrucken, in der sie — vorsichtig im Konjunktiv, als wenn's möglicherweise nur ein Alptraum sei — andeuteten, Eibl-Eibesfeldts Äußerungen liefen auf eine *„arrogante Ansicht hinaus"* mit dem Kern, *„die eigene, bestehende Begabungsstruktur (sei) optimal"* — alle anderen damit automatisch also mangelhaft.

Im Oktober 1980 griffen die „Lutherischen Monatshefte" in einem Artikel von Dr. U. Kattmann den rassistischen Leserbrief auf, verglichen ihn mit ganz ähnlichen Verlautbarungen der Riegerschen Rassisten-„Gesellschaft für biologische Anthropologie" und kamen zu dem Schluß: „dieselben Argumentationszusammenhänge und moralischen Appelle (...), deren sich auch die nationalsozialistischen Rassisten bedient haben".

Im vierten Akt reagierte Eibl-Eibesfeldt mit einem Artikel „Gefahren der Masseneinwanderung", in dem sich seine bereits zitierten Anti-Rassismus-Beteuerungen finden. Er erklärt dort zunächst, der „Zeit"-Brief sei halt gar nicht zur Veröffentlichung gedacht gewesen und ein wenig „knapp gehalten", so daß es zu bösen „Interpretationen" kommen könne. Aber: *„Grundsätzlich stehe ich zu dem, was ich knapp formuliert schrieb (...)"*.

### Taktik

Da nun, trotz allem, bis auf hartgesottenste Nazis niemand sich so recht als Rassist bezeichnen lassen mag, gibt es für die denen der Rasse-Gedanke dennoch am Herzen liegt, gewisse Schwierigkeiten. Keine Nazi-Sprache, am besten ein fortschrittlich-menschenfreundliches Flair — so lauten konsequenterweise die taktischen Maximen. Zwei der grundlegenden Maximen aus diesem Reservoir führt Eibl-Eibesfeldt vor.

*„Ich spreche"*, so Eibl-Eibesfeldt, statt von *„überlegenen und unterlegenen Menschen"* nur von *„unterschiedlichen Begabungen"*; nicht also von Herrenrasse und Untermenschen, sondern von *„anders begabten Völkern"* ist die Rede, auf die herabzusehen, oder die *„zu dominieren"* niemand das Recht hat. *„Ich bin (...) überzeugter Pluralist"*.

Dies soll heißen, es gibt zwar Unterschiede; dem Prinzip nach sind aber alle, wenn auch unterschiedlich, so doch gleichwertig. Bei der für dieses Thema besonders heiß umstrittenen Frage nach der unterschiedlichen Intelligenz — gemessen im sogenannten Intelligenz-Quotienten (IQ) — liest sich das so: Die IQ-Tests *„messen Leistungen, die wir gerade in unserer Kultur besonders hoch einschätzen (...). Es würde sicher die Diskussion entschärfen, wenn wir uns von der ethnozentrischen Hochwertung der IQ-Leistung lösen könnten. Es gibt schließlich noch andere Begabungen, etwa im Künstlerischen oder emotionalen Bereich"*. Man/frau beachte den Unterschied: Da wird auf „anders begabte Völker" nicht mehr heruntergeschaut — da wird einfach f e s t g e s t e l l t , d a ß „unsere Kultur" mehr Leistung bringt; das genügt ja auch völlig. Das Vertauschen von „höher-/minderwertig" mit „andersartig" ändert nichts an der Überzeugung eines Eibl-Eibesfeldt, daß die Weißen/die Europäer intelligenter/leistungsfähiger sind — und daß dies eine unumstößliche, nämlich biologisch-genetische, Tatsache ist.

Zweitens ist eine besondere Argumentationskette zu beobachten. Lautet das Nazi-Credo, daß ungleiche Menschen(gruppen) („Herrenrasse/Untermenschen") ganz klar auch unterschiedlich behandelt werden müssen (bis hin zum „lebensunwerten Leben"), so gehört die Gleichbehandlung aller Menschen zu jeder Art von Anti-Rassismus. Um einerseits nicht als Nazis/Rassisten dazustehen, andrerseits ihren Rassismus aber zu retten, kehren Leute wie Eibl-Eibesfeldt den Spieß um: Gerade die, die die Gleichheit verfechten, werden als die wahren Feinde der Rassen und Völker entlarvt. Sie nämlich, die *„Amalgamisten"*, wollen — so Eibl-Eibesfeldt - eine Verschmelzung, einen Einheitsbrei, unterdrücken somit die Eigenständigkeit einzelner Rassen und Kulturen, wollen eine *„Weltkultur"* und zerstören die einzelnen *„Identitäten": Besonders die Naturvölker haben unter dem Dominanzanspruch der Amalgamisten entsetzlich gelitten"*.

Was kann man/frau also anderes sein als „Ethnopluralist" wie Eibl-Eibesfeldt? (An dieser Stelle wird auffallen, daß Eibl-Eibesfeldt in seiner Ablehnung einer „Weltkultur" nicht vor der Nähe alt- und neonazistischer Tiraden gegen eine angebliche „One-World"-Verschwörung zurückschreckt. Bekanntlich hält sich in der braunen Szene unausrottbar die Verschwörungstheorie, wonach Judentum, Katholizismus, Freimaurerei, Kommunismus und „Wallstreet" in gemeinsamen Bunde nach der einheitlichen Weltherrschaft streben, dabei die einzelnen Völker — voran das deutsche! — auslöschen und sich dabei solch vielseitiger Instrumente wie die UNO, Coca Cola, die Ideen der Französischen Revolution, das Recht andersfarbige Partner zu heiraten etc.pp. bedienen...)

Jedenfalls manövriert sich der Ethnopluralismus in eine höchst menschenfreundlich, ja fortschrittlich scheinende Position (die, etwa in Gestalt der Theorien des „nationalrevolutionären" Vordenkers Henning Eichberg, geradezu links aufgeputzt werden können — läßt sich doch mit einigem Geschick von imperialistischer Gleichmacherei und kolonialistischer Völkerunterdrückung reden, ohne das rassistische Grundkonzept aufzugeben).

### Ausländer als Umweltverschmutzer

Nur allzubald kommt Ethnopluralist Eibl-Eibesfeldt auf sein eigentliches Herzensanliegen zu sprechen, auf die *„Problematik"*, an der er schwer trägt: **„Als Pluralist allerdings sehe ich auch in der eigenen Kultur ein zu pflegendes Erbe (...). Diese Erhaltung der eigenen Eigenart kann durch Masseneinwanderung inFrage gestellt werden".** (Nein, nicht von „deutschem Wesen" und „deutscher Art" ist die Rede, sondern von der „eigenen Eigenart"...).
„eigenen Eigenart"...).

Wieso Eibl-Eibesfeldt, sobald „seine Kultur" mit irgendeiner „andersartigen" konfrontiert wird, sofort auf den Gedanken verfällt, von „Erbe", „Pflege" und „Bewahren" zu sprechen, ist keineswegs logisch zu erklären — es sei denn, alles „Eigene" — was ja, bei Eibl-Eibesfeldt, im Kern immer bedeutet: das biologisch-genetische Erbgut — sei eben doch besser, beschützenswerter als „Anderes", nämlich Fremdes.

Aber Eibl-Eibesfeldt selbst ist ja gar nicht so; mit der Zeit spricht er auch Klartext. Ausländer sind für ihn ein P r o b l e m , eine B e l a s t u n g , eine G e f a h r . Argument eins: *„Die Bundesrepublik gehört zu den dichtbevölkerten Ländern. Jeder klagt darüber, daß die Städte überquellen, Wohnraum Mangelware ist, die Landschaft mit Straßen zubetoniert wird, und wir nicht mehr wissen, wohin mit Müll und den Abwässern. Die Lärmbelastung in den Ballungsgebieten ist unerträglich, Luft und Wasser sind in bedrohlicher Weise verschmutzt. Die Eingemeindung von Hunderttausenden, meist im besten reproduktiven Alter, stellt uns somit vor Probleme, die sich aus der Übervölkerung ergeben"*.

Ist er nicht süß, der Professor? Da bricht alle Welt in Tränen aus, daß die Deutschen aussterben — soll heißen: Die Bevölkerungszahlen rückläufig sind — er aber fühlt sich beengt. Und dann die Lärmbelästigung — man/frau denke: Eine Million Italiener auf dem Seewiesener Hauptbahnhof tauschen neueste Nachrichten aus! — und die schlechte Luft und das Wasser: Zwei Millionen Türken atmen uns die Luft schmutzig, pinkeln unser Wasser dreckig. Und die Afrikaner erst!

Die gebündelte Dummheit dieser „Argumentation" bricht vor allem an 2 Stellen in sich zusammen: Erstens, wenn es sich schon um biologische Sachverhalte handeln würde, so gälten sie e b e n s o für Deutsche; zweitens aber demonstriert Eibl-Eibesfeldt, geradezu plastisch die bodenlose Blindheit seines Faches für s o z i a l e und p o l i t i s c h e Ursachen und Wirkungen. Was zum Teufel, hat Wohnraumknappheit mit Genetik zu tun? Was die Zubetonierung der Landschaft mit Rasse? Eibl-Eibesfeldt aber führt solche „Probleme" gerade an, um seine r a s s i s t i s c h e These zu belegen, daß die *„Erhaltung der eigenen Eigenart (...) durch Masseneinwanderung in Frage gestellt werden (kann)"* (Nebenbei: Eine schöne „Kultur" ist das, die der Professor da

*Fortsetzung nächste Seite*

# RGR-Prozesse: NPD will juristische Revanche

**Nach den totalen Debakeln der neonazistischen NPD bei ihren 'Deutschlandtreffen' 1979 in Frankfurt und 1980 in Philippsthal durch 'Rock gegen Rechts' (RGR) unternimmt die NPD erhebliche Anstrengungen, um einen juristischen und damit politischen Präzedenzfall zu schaffen, der die Möglichkeiten zukünftiger Niederlagen einschränken soll. Da die Nazis, trotz der massiven Unterstützung von 2000 Bullen, auch am 17. Juni 1980 nicht in der Lage waren, ihre Kundgebung gegen den Widerstand der Antifaschist(inn)en praktisch durchzusetzen, orientieren sie nun verstärkt darauf, die Polizei, den Staatsanwalt und die Gerichte zu bemühen, um so von vornherein den antifaschistischen Protest zu kriminalisieren.**

Welche Bedeutung die NPD diesen gerichtlichen Auseinandersetzungen beimißt, erkennt man an der Tatsache, daß sie ihr juristisches Vorgehen unter die Obhut ihrer Parteispitze stellt. 'Amt 1 - Zentralabteilung - Herr Höschen' in Bochum ist damit betraut die einzelnen Informationen zu sammeln und die juristischen Schritte zu koordinieren.

Bereits am 31.7.80 stellte die NPD Anzeige gegen 'Unbekannt'. Diese Anzeige wurde durch ein 14 Seiten langes Schreiben, datiert vom 26.8. erweitert und präzisiert. Die Bandbreite der Anzeige geht von 'Eingriff in den Straßenverkehr', 'Körperverletzung', ‚schwerer Landfriedensbruch' bis hin zu ‚Bildung einer kriminellen Vereinigung'.

In 29 Einzelfällen, belegt durch die Aussagen teilweise 'prominenter' Nazi-Aktivisten, versucht die NPD das Bild der kriminellen Gewalttäter, die mit Knüppeln und Äxten bewaffnet waren, zu zeichnen. Zielstrebig versucht die NPD so zu beweisen, daß RGR und seine Unterstützergruppen planmäßig und organisiert ‚kriminelle Handlungen' begangen haben, um so den Vorwurf der ‚kriminellen Vereinigung' zu erhärten. Fehlen darf dann auch nicht der offene Appell der NPD an die Ermittlungsorgane, dem antifaschistischen Widerstand gegen die Nazi-Partei mit der nötigen Härte zu begegnen.

Durch diese zentrale NPD-Anzeige sind 22 Antifaschist(inn)en betroffen, ferner als Organisationen der 'Arbeitskreis Antifaschismus' Göttingen, die 'Bunte Liste Initiative' Göttingen, der KB und RGR.

## Die ersten Prozesse beginnen

Ende März/Anfang April werden voraussichtlich die ersten beiden Prozesse gegen Antifaschisten in Bad Hersfeld beginnen. Ihnen kommt gerade auch deswegen eine große Bedeutung zu, weil sich hieran auch entscheiden wird, wie groß die Erfolgsaussichten sind, wenn die NPD zum 'großen Schlag' gegen RGR ausholen wird. Von der Beweislage her sieht es zumindest relativ schlecht für die Nazis aus, aber bei ihrem 'juristischen Amoklauf' scheint sie die Hoffnung zu beflügeln, daß es auf jeden Fall leichter im Gerichtssaal als auf der Straße möglich ist, gegen RGR zu gewinnen.

## Nazis zerren jüdischen Antifaschisten vor den Kadi

Am 31. März soll nun der Prozeß gegen einen israelischen Staatsbürger aus Bamberg eröffnet werden. Die Nazis haben ihn angezeigt wegen 'Körperverletzung' und 'gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr'. Er soll angeblich Gegendemonstranten zu Gewalttätigkeiten gegen die Nazis aufgefordert haben und sich dann an der beginnenden Schlägerei selbst beteiligt haben, so daß die Nazis sich genötigt sahen, sich gewaltsam 'zur Wehr' zu setzen. So die kurz zusammengefaßte Version der Nazis.

Skandalös wird nun der Fall dadurch, daß die ermittelnden Behörden die Aussagen der Nazis anscheinend als glaubhaft annehmen und mit der gewohnten verwaltungstechnischen Perfektion ihren Justizapparat in Bewegung setzen und sich offensichtlich der Peinlichkeit ihres Tuns nicht mehr im Klaren sind: Auftragsgemäß wird die juristische Verfolgung eines jüdischen Bürgers durchgeführt.

Der Fall hat aber noch eine Vorgeschichte: Die Nazis stammen nämlich auch aus Bamberg und der betroffene Antifaschist war für sie von daher kein Unbekannter. Er war schon vor dem 17. Juni '80 ständig von Nazis bedroht worden und daran hat sich nach der Niederlage der Nazis in Philippsthal nur insoweit etwas geändert, daß die Bedrohungen zunahmen.

Für die Richter und den Staatsanwalt dürfte dieser Fall eine höchst heikle Angelegenheit werden, wenn sie wieder 'im Namen des Volkes' und vor dem wachsamen Auge der Öffentlichkeit 'Recht sprechen' müssen. Der Antifaschist hat ausgesagt, daß er lediglich fotographische Aufnahmen gemacht hat, und er bestreitet jegliche Beteiligung an Gewalttätigkeiten.

## Vor Gericht, weil er von einem Nazi schwer verletzt wurde

Auch der zweite Prozeß, der vermutlich am 7.4. beginnt, entbehrt nicht der nötigen politischen Brisanz, zeigt er doch auf, was heute in unserem Lande möglich ist. Angeklagt ist Dettmar, ein Antifaschist aus Göttingen, weil er von einem Nazi-Autofahrer, ein gewisser Herbert Werner aus 8752 Mainaschaff, auf der Autobahn angefahren wurde und dabei schwere Verletzungen davontrug.



**Nazis am 17. Juni 1980 an der Polizeisperre in Malkomes**

Der Vorfall ereignete sich am 17. Juni um 9.00 Uhr an der Autobahn Bad Hersfeld Richtung DDR-Grenze an der Ausfahrt Friedewald. An der Ausfahrt bildete sich ein Stau, der bis auf die Autobahn reichte. RGR-Leute standen auf der Autobahn. In diesem Moment kam auch das Nazi-Auto. Der Nazi hielt an, sah, daß er so ohne weiteres auch nicht durchkommen würde. Daraufhin ließ er seine Mitfahrer aussteigen und meinte offenbar, daß er sich so durchmogeln könnte. Mit zunehmender Geschwindigkeit fuhr er auf die RGR-Leute zu, die die Situation nicht so schnell erfaßt hatten und erst im letzten Augenblick zur Seite springen konnten. Nur Dettmar hat das Auto nicht kommen sehen. Er wurde von dem Wagen erfaßt, fünf bis zehn Meter hoch durch die Luft geschleudert. Dettmar blieb schwer verletzt liegen. Er hat einen komplizierten Oberschenkelbruch und kann heute immer noch nicht wieder richtig laufen.

Bezeichnend was nun passierte: Dettmar, der gegen den Nazi-Fahrer Anzeige wegen versuchten Totschlages gestellt hat, bekommt noch im Krankenhaus Besuch von der Autobahnpolizei, die vor seinen Augen seine Anzeige zerreißen und ihm mitteilen, daß nun gegen ihn ermittelt wird.

Bei einem Hamburger Antifaschisten, der auch Anzeige gegen den Nazi erstattet hat, überprüfen die Bullen die Möglichkeit eines Ermittlungsverfahren.

Dann wird offiziell am 17.12.80 von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß das Verfahren gegen den Nazi eingestellt wird. Hiergegen läuft zur Zeit der Widerspruch.

Am 30.9.80 erstattete dann der Nazi seinerseits Anzeige gegen Dettmar, wegen 'Landfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung, Körperverletzung u.a.'. Der Nazi gibt an, daß er langsam auf die Menge zugefahren sei, gestoppt hätte und als er von den Antifaschisten bedroht wurde und Angst um sein Leben gehabt hätte, sei er panikartig losgefahren und in dem Moment sei ihm Dettmar, mit einem Stein in der Hand vor das Auto ge-

Stein in der Hand vor das Auto ge-

sprungen.

Diese Aussage wird annähernd bestätigt durch die Aussagen zweier Zivilbullen, die sich mit ihrem Auto in ca. 200 Meter Entfernung zum Ort des Geschehens aufgehalten haben. Nur daß sie behaupten, daß Dettmar auf die Kühlerhaube gesprungen sei und dann beim Anfahren und kurzen Abbremsen des Wagens heruntergestürzt sei. Allerdings muß man bedenken, daß die Bullen aus der Entfernung relativ wenig sehen konnten, zumal die Demonstranten ihren Blickwinkel ziemlich eingeent bzw. fast verdeckt haben. So können die Bullen eigentlich gar nicht beurteilen, mit welcher Geschwindigkeit der Nazi auf die Demonstranten zugefahren ist.

Das können die anderen Nazi-Zeugen schon besser bezeugen, die Mitfahrer, die Nazi Werner vorher hat aussteigen lassen. Und die machen nun für Werner ziemlich peinliche und belastende Aussagen. So sagt der eine Nazi, daß Werner mit ca. 25 - 30 km/h auf die Demonstranten zufuhr und als dann die ersten Steine auf das Auto zugeflogen seien, so ca. 5 m bevor er die Gruppe erreicht hatte, gab er Gas.

Ein anderer Nazi-Zeuge spricht sogar davon, daß der Fahrer sich hinter das Lenkrad gebückt hat, um sich vor den Steinen zu schützen und so eigentlich gar nichts sehen konnte.

Wie die Nazis nun diese Widersprüche im Prozeß auf die Reihe kriegen wollen, ist rätselhaft. Weniger rätselhaft, dafür aber umso bedenklicher die Haltung eines Staatsanwalts, der in Anbetracht dieser Widersprüche entschieden hat, das Ermittlungsverfahren gegen den Nazi einzustellen.

Man darf gespannt sein, wie die Richter sich verhalten werden.

KB/Göttingen

**Prozeßtermin: 31.3. Bad Hersfeld, Amtsgericht, 9.00 Uhr**
**Spendenkonto: Konto-Nr. 57265, Rock gegen Rechts ESW, Klaus-J. Höhle, Städtische Sparkasse Göttingen**
**Gesucht werden noch dringend Fotos, die in Philippsthal und Umgebung gemacht worden sind.**

bung gemacht worden sind.

---

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

„bewahren" will: Beton, Müll, Lärm, Schmutz ...).

## Rassereinheit, wie gehabt?!

Sodann greift Eibl-Eibesfeldt noch etwas tiefer ins Schatzkästchen seiner Wissenschaft. Es kann, wenn schon Einwanderung unvermeidlich ist, alles klargehen, solange es sich um den richtigen, nämlich möglichst engen „*Verwandschaftsgrad der Beteiligten*" handelt. „*Einwanderer aus dem europäischen Raum*" gehen also noch an. Bei anderen, zum Beispiel der „*türkischen Bevölkerungsgruppe*" oder den „*Flüchtlingen aus aller Welt (Afrika eingeschlossen)*" steht Schlimmstes zu befürchten. Die nämlich, so Eibl-Eibesfeldt, werden sich nicht „*reibungslos (!) in die Gemeinschaft einfügen*". (Ehemals hieß das: „Volksgemeinschaft"). Letztlich konzentriert sich die ganze Beweisführung Eibl-Eibesfeldts auf diesen biologistisch-rassistischen Punkt:

konzentriert sich die ganze Beweisführung Eibl-Eibesfeldts auf diesen biologistisch-rassistischen Punkt:

**„Menschen anderer Rassen" schaffen Probleme, bestimmte „Verwandschaftsgrade" sind unerwünscht, der „Wettkampf der Wiegen" droht, die „biologische Unterwanderung" steht ins Haus.** Das alt-rassistische Konzept vom K a m p f verschiedener Rassen gegeneinander durchbricht jede vorsichtige Fassade. Wie lange dauert es noch, bis – ausgehend von der Vorstellung einer „biologischen Unterwanderung" und eines „Wettstreits der Wiegen" – wieder, wie einst im „Stürmer" der Nazis, der heimtückische Fremdling in dunkler Gasse lauert, um das blond-nordische Mädel blutzuschänden? Denn natürlich ist die erwünschte „Verwandschaft" genau das, was früher „weiß" und „arisch", noch besser „germanisch" und „nordisch", am allerbesten aber „deutsch" hieß.

Der wissenschaftlich unsinnige und ideologisch-politisch verbrecherische Mythos von der „Reinheit der Rasse" feiert skrupellose Urständ. Der Rede vom Blut folgt die vom Boden, wie selbstverständlich: Einwanderung bedeutet für Eibl-Eibesfeldt „*stille Landnahme*", weil man „*mit jeder Einwanderung, die man gestattet, Land abtritt*". Wovon, um Gottes Willen, r e d e t der Mann eigentlich – von den vielen Villengrundstücken der Türken, den Golfplätzen der Griechen, den Landgütern und Bauerngehöften der eriträischen Flüchtlinge?

## Apartheid als Modell

Der Eibl-Eibesfeldtsche Rassismu läuft auf ein Programm der 'getrennten Entwicklung' hinaus, sprich: Apartheid, der Homelands, der Reservate, Ghettos etc. „*Jeder Ethnie* (= Volksgruppe) *ihr eigenes Land*", wie er es fordert, heißt nämlich Trennung, Absperrung um jeden Preis. Die Schweiz, sagt Eibl-Eibesfeldt, funktioniert nur – obwohl da doch n a h e verwandte Gruppen leben – weil jede Gruppe ihr eigenes „*Siedlungsgebiet*" hat; die USA dagegen funktioniert nicht – weil, darf ergänzt werden, dort eben leider keine Rassentrennung herrscht. Südafrika dürfte damit Eibl-Eibesfeldts Modellstaat sein.



Abb. 76 (a-f). Waika-Mann, mich begrüßend: Bei der ersten Umarmung drückte er sein Gesicht an meine Wange, betätschelte er meine Brust (b). Er bekam einen Plastiksack mit einigen Kleinigkeiten und betätschelte daraufhin mein Gesicht (d), umhalste mich (e) und drückte einen Kuß auf meine Wange (f) (Jasubueteri). (Foto: K. F. FUHRMEISTER.)

Für Ausländer in der BRD heißt das, daß sie am besten in abgetrennten Ghettos zu leben hätten, bis sie endlich („*langfristig*") wieder ganz verschwunden sind. Und all das, bittschön, zur Melodie: „*Achtung vor Mitmenschen anderer Rasse und Kultur*"

Eibl-Eibesfeldt hält derlei lediglich für „a n g e b l i c h e n" Rassismus"; Einwände wie die der „Lutherischen Monatshefte" nennt er „Polemik". **Mit anderen Worten, hier ist nicht nur teilweise eine sozusagen fachbedingte Dümmlichkeit und Uneinsichtigkeit im Spiel. Nein, Eibl-Eibesfeldt besteht durchaus auf seinen Thesen, gerade auch dann, wenn er den Rassismus-Vorwurf scheinbar entkräften will. In d i e s e m Licht liest sich Eibl-Eibesfeldts Grundsatz-Bekenntnis als düstere Prohpezeiung: „Bislang habe ich allerdings in meinen Arbeiten immer die Universalität, das verbindende gemeinsame Erbe im menschlichen Verhalten betont (...)". B i s l a n g ..., aber es geht zweifellos auch anders. Wie lange sich Eibl-Eibesfeldt und seinesgleichen wohl noch solche Selbstbeschränkung auferlegen?**

**Antifa-Kommission**
**KB/Gruppe Hamburg**

---

## Pressemitteilung Ermittlungsverfahren gegen

# Motzer



Die Kripo in Friedrichshafen hat gegen uns, den MOTZER, Leserzeitung für Oberschwaben wegen des „Verdachts der Verunglimpfung des Staates und des Vergehens gegen das Landespressegesetz" und auf Anzeige von Bürgermeister Gröschl, Kressbronn wegen angeblicher Beleidigung seiner Person sowie seiner Frau im MOTZER Nr. 90 vom 4.2.81 (S. 34f.) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Festgemacht wird das 1. Ermittlungsverfahren, die angebliche Verunglimpfung des Staates, an einem „Rundbrief an alle Nachrichtengeschädigten Sympathisanten im Berliner Häuserkampf", in dem von der „Ermordung Georgs durch die Bullen" gesprochen wird (S. 36f.). Im 2. Fall der angeblichen Beleidigung von Bürgermeister Gröschl handelt es sich um eine Satire, die wir anläßlich einer Dokumentation über die Schließung des Kressbronner Jugendhauses aus der Lindauer Stadtzeitung ‚Collage' abdruckten, zusammen mit einem Artikel aus dem Lokalteil für Kressbronn der ‚Schwäbischen Zeitung' (S. 34f.).

Wir sehen in diesen Ermittlungsverfahren und den drohenden gerichtlichen Maßnahmen einen weiteren Angriff auf die Existenz und Unabhängigkeit unserer unzensierten Zeitschrift. Für den einzelnen Mitarbeier und jew. Presserechtlich Verantwortlichen bedeutet dies eine massive Einschüchterung und den Versuch der Kriminalisierung. Wie frei die Presse in diesem Land sein kann, soll ein weiteres Mal vom Staatsanwalt bestimmt werden.

Der Zeitpunkt dieser Ermittlungsverfahren ist nicht zufällig, finden doch augenblicklich verstärkt Auseinandersetzungen z.B. um Wohnraum auch hier in Ravensburg/Württemberg statt. Immer größere Teile der Jugenlichen beginnen zu revoltieren, sich für ihre berechtigten Interessen einzusetzen. Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, daß der Staat nicht die Linderung der Sorgen und Nöte großer Teile der Bevölkerung anstrebt, sondern mit polizeistaatlichen Mitteln versucht diese zu unterdrücken. Noch bevor sich die Interessen von benachteiligten Gruppen in schärferen Auseinandersetzungen äussern, sollen wir präventiv stellvertretend kriminalisiert werden.

**Leut vom MOTZER**

# »Streikt!!! Streikt!!! Streikt!!!«

## Zum 40. Jahrestag des Februarstreiks in Amsterdam

**Kränze, Blumen, Transparente: „Buchenwald" – „Auschwitz" – „Bergen-Belsen" ... Tausende sind unterwegs an diesem 25. Februar zum Dokwerker, dem Mahnmal an den Februarstreik 1941, Tausende gedenken des Aufstandes der Amsterdamer Bevölkerung gegen die deutsche Besetzung und die Verschleppung der Juden. Um fünf Uhr begann der große Zug, im Dunkel und vier Stunden später erst ist der letzte Kranz niedergelegt, steht der Dokwerker in einem See von Blumen.**

Am 10. Mai 1941 überfiel die Hitler-Wehrmacht die Niederlande. Beabsichtigt war von den Besatzern gegenüber den Niederländern, handelte es sich bei ihnen doch um ein „arisches" und somit quasi Brudervolk, eine „weiche Linie". Den weitaus meisten Niederländern jedoch mißfielen derlei behauptete Familienbande erheblich. Zum offenen Aufstand, zum ersten Massenaufstand in einem von den Faschisten besetzten Gebiet überhaupt, kam es, als der Terror gegen die Amsterdamer Juden zunahm und 420 „Volljuden" als „Vergeltungsmaßnahme" für „eine neuerliche jüdische Frechheit" in die Vernichtungslager deportiert wurden. (Eine Gesamtdarstellung des Februarstreiks ist im AK 102, 4.4.77, nachzulesen).

Massive Übergriffe gegen die Amsterdamer Juden — zumeist der „Wehrabteilung" (WA) der niederländischen Faschisten (NSB) — begannen im Januar 1941. Die WA-Schläger versuchten an Hotels und Gaststätten Schilder anzubringen mit der Aufschrift „Jüdische Gäste nicht erwünscht" und „jüdisch aussehende" Menschen aus der Straßenbahn zu werfen. Wohnungen von Juden wurden überfallen und verwüstet. Die Amsterdamer Polizei wurde von der (deutschen) „Grünen Polizei" am Eingreifen gehindert. Häufiger aber schon bekamen die WAler eine heftige Abreibung und mußten das Feld räumen. Ihre Überfälle nahmen jedoch weiter zu, das Pogrom hatte begonnen.

Abel J. Herzberg berichtet in seiner „Kroniek der Jodenvervolging 1940 - 1945" (Amsterdam, 1951): „Man kann das alles wiederfinden in jeder Geschichte über ein Pogrom. Fast buchstäblich. Nur die Stadt und die Straßen heißen anders. Amsterdam hatte das noch niemals erlebt. Amsterdam erzitterte. Es hatte in einer windstillen Ecke Europas gelegen, aber jetzt stob die Weltgeschichte über seine Dächer. Die Weltgeschichte wirft immer jüdische Scheiben ein. Amsterdam hörte das Klirren und kam nachsehen. Und sagte: Das gefällt uns nicht. Denn die Juden mochten sein, was sie wollten, sie waren Amsterdam. Und die grauen Uniformen und die schönen Stiefel waren Berlin und Hamburg, sie waren fremd. Als das Eigene in Gefahr geriet, wußte man, was das bedeutete: für manche die Reaktion, für andere die Tyrannei, für alle den Feind. Aus diesen Tagen datiert der Spruch, den ein Straßenjunge mit Kreide auf eine Mauer geschrieben hatte: 'Bleibt mit euren Moffenpfoten von unseren Dreckjuden weg' (Moffen = Deutsche, Anm. AK).

Sie würden da nicht wegbleiben, das wußte man. Jan und Kees aus dem Eiland-Viertel und Dirk aus dem Jordaan steckten deshalb ein hübsches Stück Gasrohr in die Tasche und sagten zum Judenviertel: 'Moses, komm mit, wir gehen kämpfen.' Das fiel nicht vom Himmel. Sie hatten es satt. Und wir haben gesehen warum. Aal van Wittenburg sagte zu Sara vom Meyerplein: 'Gib mir die Kinder mal mit.' Und sie bekam sie. Darauf haben Moses und Jan, Samuel und Kees wirklich gemeinsam gekämpft, und nicht zu wenig. Am Montag, 10. Februar, am Zwanenburgwal und anderswo, wo sich die NSB zeigte. Ein WA-Mann wurde ins Wasser geschmissen zwischen die Eisschollen und von seinen Kumpanen gerettet. In der Korte und der Lange Houtstraat wurden die noch heilen Scheiben (von NSBern) eingeworfen und es kam zu heftigen Schlägereien. Dasselbe am Waterlooplein, in Kattenburg, Oostenburg und den Joden Houttuinen. Vater Dirk und Vater Elias, Piet und Zoogie griffen sich eine Latte, einen Knüppel oder ein Stuhlbein und schlugen drauflos. Am späten Abend griff die Polizei an und es kehrte vorläufig Ruhe ein. Da sagten die Leute aus dem Eilands-Viertel zum Judenviertel: 'Den Moffen können wir noch mehr erzählen, wir bleiben hier.' Und das Judenviertel sagte: 'Ist noch Kaffee da und Kuchen?' Es war der letzte.

Jan hat gekämpft und Moses hat gekämpft in demselben Krieg gegen denselben Feind. Aber Jan hat den Krieg gewonnen und Moses hat den Krieg verloren. Das kommt davon, wenn du ein Jude bist. Jan kann ein Hammer sein oder ein Amboß, Moses sitzt dazwischen."

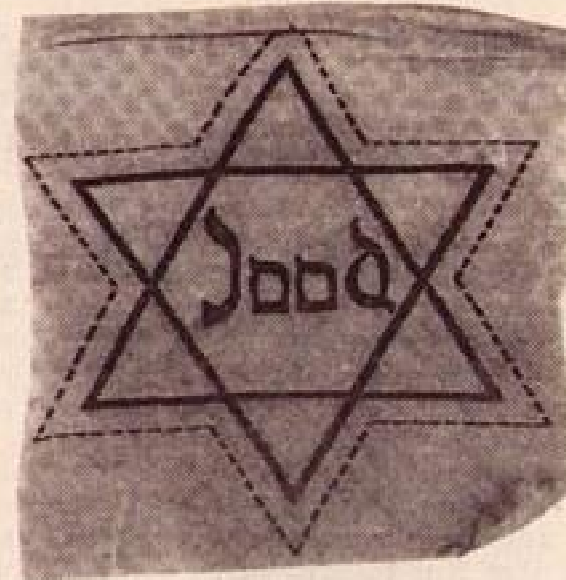
Am 11. Februar wollten niederländische Faschisten wieder ins Judenviertel eindringen: Das Gerücht ging um, daß sie die Synagoge anstecken wollten.

Herzberg: „Die jüdische Bevölkerung machte sich auf, die Synagoge zu verteidigen, nicht, weil sie so fromm war, sondern weil sie begriff, daß ein Angriff auf die Synagoge einen Angriff auf ihr Leben bedeutete. Dasselbe Gefühl beseelte ihre Gäste. Auf dem Waterlooplein kam es zu einer wahren Feldschlacht, wobei die WA vertrieben wurde, erneut kämpfen und schließlich das Feld vollends räumen mußte. Bei diesen Kämpfen wurde ein WA-Mann, Koot, tödlich verletzt. Und dann war es aus. Die Deutschen lachten, denn sie hatten, was sie brauchten."

Als „Vergeltungsmaßnahme" für

Als „Vergeltungsmaßnahme" für den Tod des niederländischen Faschisten Koot nahmen die faschistischen Besatzer am 22. Februar 1941 425 jüdische Männer als „Geiseln" und deportierten sie in die Vernichtungslager — zwei von ihnen überlebten ...

Die Verschleppung der Juden war der letzte Anstoß für den Massenaufstand. „Protestiert gegen die abscheulichen Judenverfolgungen!" rief die (illegale) Kommunistische Partei auf: „Streikt!!! Streikt!!! Streikt!!!" — Straßenbahnen und Busse wurden stillgelegt, die Werftarbeiter kamen in die Stadt, Geschäfte und Büros schlossen. Völlig überrascht sah sich die deutsche Besatzungsmacht am 24. Februar 300.000 Aufständischen gegenüber.




Die faschistische Bestie schäumte Rache, der Erfolg des zweitägigen Massenstreiks aber war nicht mehr auszulöschen:

- Im ganzen Land begann der eigentliche Widerstand, hatte doch der Streik gezeigt, daß auch unter einer Besatzungsmacht Widerstand möglich ist;
- die deutschen Besatzer mußten ihre Versuche aufgeben, eine niederländische (faschistische) Scheinregierung zu bilden, wie es in anderen besetzten Ländern gelungen war;
- die niederländische Bevölkerung einschließlich großer Teile der Polizei und Behörden war für die Besatzer zum erheblichen Unsicherheitsfaktor geworden;
- die Ablehnung auch der „eigenen" Faschisten war überdeutlich geworden;
- für viele jüdische Niederländer war der Februarstreik das Signal, sich aktiv zu widersetzen bzw. unterzutauchen. Jüdische Kinder wurden von niederländischen Pflegeeltern aufgenommen.




Abel J. Herzberg beschließt seinen Be-

Abel J. Herzberg beschließt seinen Bericht zum Februarstreik mit den Worten: „In der Geschichte des jüdischen Volkes, einer Geschichte voller Verfolgungen, ist (der Februarstreik) ein Unikum. Der ewige Sündenbock, an dem alle Jahrhunderte ihre Unzufriedenheit ausgelassen haben, rührte zum Mitleid. Sein Leben und seine Sicherheit waren plötzlich der Prüfstein geworden für menschliche Freiheit und Würde. Was auch sonst über den Antisemitismus in den Niederlanden gesagt werden kann, dies unter deutscher Besetzung begriffen und verarbeitet zu haben, gereicht dem niederländischen Volk zu unsterblicher Ehre."

Niederlande-Kommission

Clara de Jong

(Grafik von Clara de Jong aus „Herdenk de Februari-Staking 1941 - 1981", hersg. v. Februari Herdenkings Comite, Amsterdam)




**Frankfurt. – Die Bürgerinitiative gegen den Naziladen ruft für den 21.3. (Vortag der Kommunalwahlen) dazu auf, gemeinsam „nachzusehen", ob das VSBD-Zentrum bis dahin geschlossen worden ist. Nachdem der Hausbesitzer der Hartmann-Ibach-Str. 55 schon vor einiger Zeit erklärt hatte, daß er den Nazis bis Ende Juni gekündigt habe, gibt es neuere Informationen, wonach inzwischen eine fristlose Kündigung ausgesprochen worden sein soll. Wie dem auch sei – von Interesse ist nur, daß die braune Saat schnellstens dort verschwindet und sich nirgendwo anders wieder ansiedeln kann. In Frankfurt, wo Oberbürgermeister Wallmann jede demokratische Demonstration zu verbieten versucht, ohne auch nur den Anschein von „Rechtstaatlichkeit" zu wahren, gilt es als sicherer Tip, daß er auch diese Aktion untersagen wird. Doch auch in diesem Fall wird er nicht verhindern können, daß die Antifaschisten auf die Straße gehen.**

# »Judenwitze« beim Karneval

Wie schon in den Vorjahren sorgten Düsseldorfs organisierte Karnevalisten für einen Skandal.

Für den Karneval 78/79 hatten sie den Rechtsanwalt Jörg Weck, Verteidiger im Majdanek-Prozeß, zum Karnevalsprinzen gewählt. Aufgrund massiver Proteste, auch aus dem Ausland, mußte Weck zurücktreten. Karneval 79/80 sollte eine Japanerin Karnevalsprinzessin werden. Der Präsident einer Karnevalsgesellschaft nannte dies eine „Beleidigung der deutschen Frau". Da neben Protesten auch sehr viel Beifall und Unterstützung für diesen Rassisten geäußert wurde, zog die Japanerin es vor, die rassistischen Karnevalisten alleine feiern zu lassen. Und dieses Jahr „schmückte" Klaus Schulze, Karnevalsprinz des Vorjahres und Präsident der Prinzengarde, eine Büttenrede am 1.3. mit einigen zutiefst schweinischen „Judenwitzen". Laut Presse soll die Mehrheit des Publikums mit betroffenem Schweigen reagiert haben. Und das will wahrlich was heißen, was jede/r, der/die schon mal organisierten „Frohsinn" im Karneval miterlebt hat, bestätigen kann. Bis zur Unerträglichkeit werden in den Büttenreden alle möglichen Vorurteile und reaktionärer Schrott vorgetragen. Besonders schlimm geht es auf den „Herren"sitzungen zu, die zu wahren Orgien von männlichem Chauvinismus und Frauenverachtung werden. Und betroffenes Schweigen auf einer „Herren"sitzung sagt sehr viel über die außergewöhnliche Unmenschlichkeit dieser „Witze" aus.

Klaus Schulze entschuldigte sich zwar in der Presse und telefonisch auch bei dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Heinrich Scheinmann. Eine telefonische Entschuldigung reichte H. Scheinmann jedoch nicht aus: „*Es wäre ja schlimm, wenn sich die Angelegenheit aus der Welt schaffen ließe. Irgendetwas wird auf jeden Fall geschehen.*" Am 6.3. gab der Vorstand der Jüdischen Gemeinde eine Stellungnahme ab, in der er seine „Empörung und Erschütterung" mitteilt, und daß er abwartet, „*welche Konsequenzen die zuständigen Stellen ziehen, und wird es hiervon abhängig machen, ob er ein strafrechtliches Einschreiten beantragen wird*". Von Mitgliedern der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, in etlichen Leserbriefen und von den Fraktionsvorsitzenden der Ratsparteien wurde Schulze zum Rücktritt von seinen karnevalistischen Ämtern aufgefordert. Am 6.3. trat Schulze zurück. Die Karnevals-Bosse hoffen, daß sich nun „die Wogen etwas glätten lassen". Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre kann man/frau nur hoffen, daß es nicht gelingt. [WZ, 4.3., RP, 5.3., 6.3., 7.3.81].

Detlef/Düsseldorf

# Nürnberg: Wann wird Lehrer Witzsch gefeuert?

In Nürnberg unterrichtet an der Wirtschaftsschule in der Nunnenbeckstraße der 41-jährige Hans Jürgen Witzsch die Fächer Sozialkunde, Deutsch und Geschichte. Doch anders als seine Kollegin Brita Wand, die – 10 Jahre jünger als Witzsch und eher links engagiert – wegen ihres Eintretens gegen Strauß (vermittels einer Plakette: „Stoppt Strauß") vom Schuldienst suspendiert wurde, lehrt Hans Jürgen Witzsch immer noch.

Nicht nur das: Lehrer Witzsch verbreitet – belegbar – seit über zwei Jahren in seinem Unterricht Thesen, die zwar in einem Nazi-Regime das Herz jedes Kulturministers hätten höher schlagen lassen, in einem „demokratischen" Staat jedoch nicht geduldet werden dürfen:

- Den Krieg hätten die Polen angefangen;
- Der „Mythos" vom millionenfachen Mord an jüdischen Menschen sei eine reine Propagandalüge;
- Gaskammern hat es nie gegeben.

Doch – CSU-staatliche Zustände machens möglich – protestierende Schüler erhalten keine Antwort von der Schulleitung. Eine Antwort erhalten sie allerdings vom Lehrer Witzsch: Ein plötzlicher Zensurenabfall bei den Schülern, die sich gewehrt haben; auch bei denen, die Menschenrechtsverletzungen nicht nur in kommunistischen „Unrechtsstaaten", sondern im faschistischen Chile feststellen.

Jahrelang konnte Witzsch so das, was er und seine ihm wohlgesonnenen Kollegen für Demokratie halten, unterrichten. Sogar der Nürnberger Kultur- und Schulreferent Glaser, der Witzsch wenigstens die Fachaufsicht über das Fach Geschichte entzog, handelte sich dafür ein Dienstaufsichtsverfahren ein.

Jetzt allerdings scheint eine Suspendierung möglich: Aufgrund eines Gutachtens des Münchner Instituts für Zeitgeschichte entschied ein Gericht, Witzsch verbreite „neonazistisches Gift". Doch vor den Erfolg der Nürnberger „Stadtväter", die nun die Suspendierung Witzschs betreiben, haben die Götter noch den Schweiß und die CSU gesetzt: Lehrer Witzsch ist CSU-Stadtrat in Fürth, und die CSU hat in Bayern ja bekanntlich viel zu sagen ...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Doch – CSU-staatliche Zustände machens möglich – protestierende Schüler erhalten keine Antwort von der Schulleitung. Eine Antwort erhalten sie allerdings vom Lehrer Witzsch: Ein plötzlicher Zensurenabfall bei

Witzsch ist CSU-Stadtrat in Fürth, und die CSU hat in Bayern ja bekanntlich viel zu sagen ...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

# Bespitzelung? Bei uns doch nicht!

Aachen, was ist das schon für eine Stadt? Ein verträumtes Provinznest am Rande der BRD? Wenn in Berlin

Antwort: Wir kennen die Gegend um unser Haus herum ganz gut. An zwei Tagen hintereinander fielen uns

Diese Beispiele sind nur die Spitze(!) des Eisbergs

# Bespitzelung? Bei uns doch nicht!

**Aachen, was ist das schon für eine Stadt? Ein verträumtes Provinznest am Rande der BRD? Wenn in Berlin Steine fliegen, was läuft dann in Aachen? Hier hat die Polizei einfach so die besetzten Häuser räumen können. Tja, hier ist es still, verdammt still. Die Ruhe täuscht. Die politische Polizei ist unterwegs.**

## Selbst wenn wir nichts tun, die Bullen haben uns doch auf dem Kieker

Die „Ausbauplanung Innere Sicherheit 1978-81" beinhaltet z.B. den ‚*weiteren Ausbau des Informationsverbundes der personenbezogenen und länderbezogenen Informationssammlungen*" und ‚*ein ständig aktualisiertes Berichtswesen*".

Zu deutsch: Die Bullizei will auch all die Leute, die vielleicht einmal Widerstand gegen diesen Staat unterstützen oder leisten könnten, überwachen. Da sollen alle möglichen Einzelheiten über solche Leute zusammengetragen werden, um damit dann z.B. die Fahndungscomputer zu füttern.

Auch in Aachen sind die unterwegs, die Herren des Morgengrauens. Da stehen oder gehen sie in der Stadt 'rum grau und unauffällig oder sportlich-unauffällig und gucken. Nichts soll ihnen entgehen. Nicht die Ladendiebe, nicht die Plakatkleber – ihr könnt es beliebig fortsetzen.

## Eine Wohngemeinschaft wird bespitzelt

Ich erfuhr es eher zufällig. Sicherlich gucken Polizei und Staatsschutz auch anderen Leuten noch auf die Finger. Hier ein Interview mit einem der Bespitzelten.

Frage: Wann und wodurch ist Euch aufgefallen, daß ihr beobachtet werdet?

Antwort: Wir kennen die Gegend um unser Haus herum ganz gut. An zwei Tagen hintereinander fielen uns zwei Leute – Typen – auf. Sie standen immer an derselben Stelle und schauten sich die Gegend an und was da so passiert. Am dritten Tag stand wieder einer von denen vor unserem Haus 'rum. Ich ging 'raus und auf ihn zu. Er drehte sich um und machte sich aus dem Staub. Nachmittags standen dann zwei Zivilwagen der Polizei in unserer Straße (zu erkennen an der extra Funkantenne usw.). Am vierten Tag schien es vorbei zu sein. Abends wurde dann jemand aus unserer WG mit Blitzlicht fotografiert. Als wir daraufhin auf die Straße rannten, waren die Schweine schon verschwunden. Danach haben wir nichts mehr bemerkt.

Frage: Wurdet ihr auch sonst noch bespitzelt?

Antwort: Ja. Unsere Briefe werden hin und wieder geöffnet. Manchmal gibts 1-2 Wochen keine Briefe, obwohl wir z. T. wissen, daß sie abgeschickt wurden. Dann gibts auf einmal einen ganzen Stoß. Es ist zu erkennen, daß sie geöffnet wurden, aber so offensichtlich, damit wir merken, daß uns jemand kontrolliert.

Frage: Ist die o.e. Bespitzelung auf konkrete Aktionen oder Vorhaben von Euch zurückzuführen oder gibt es noch andere Zusammenhänge?

Antwort: Es ist schon möglich, daß wir mal aufgefallen sind oder daß die Bullen etwas von uns mitbekommen haben und wir von daher für eine Überwachung 'reif' waren. Für diese Bespitzelung gibt es m.E. jedoch noch einen anderen Grund; zur gleichen Zeit wurde in der Nähe eine andere Aachener Wohngemeinschaft von den Bullen überfallen. Mit gezogener Pistole wurden die Bewohner(innen) aus dem Bett geholt und die Wohnung durchsucht.

## Diese Beispiele sind nur die Spitze(!) des Eisbergs

Beide Fälle sind aus dem Jahre 1981. Sie stehen nicht allein da, auch wenn einige Leute glauben, Aachen sei ein sicheres Pflaster für sie.

- Letztes Jahr erschoß die Polizei einen Mann, der einen Juwelier überfallen wollte. Die Beamten lauerten ihm auf.
- Als ein linker Türke umgebracht wurde, hatte die Polizei nichts eiligeres zu tun, als in dessen Freundeskreis herumzuschnüffeln.
- Die Leute, die ein dreiviertel Jahr lang zwei Häuser besetzt hielten, berichten davon, bespitzelt worden zu sein.
- Vier Leute, die die Polizei dabei schnappte, wie sie Plakate für die Hausbesetzung klebten, wurden zur erkennungsdienstlichen Behandlung vorgeladen. Ihre Daten sollten in einen Polizeicomputer eingegeben werden. Die Polizei drohte, sie mit Gewalt zu holen, wenn sie nicht freiwillig kämen.

Die Polizei will auch in Aachen die linke Szene unter Kontrolle bekommen. Sie wollen wissen, wer was macht, wer wen kennt usw. Und sie wollen uns Angst machen. Sie wollen, daß wir uns immer wieder fragen, was sie über uns schon alles wissen. Sie tun so, als entginge ihnen nichts, als könnten wir nichts machen.

Wenn wir unsere Erfahrungen mit den Bullen für uns behalten, wenn wir uns einfach nicht darum kümmern, daß die mittlerweile Braunen Linke auch in Aachen überfallen, machen wir es ihne zu leicht.

Machen wir bekannt, daß und wie die Polizei in Aachen wie auch anderswo ihr Unwesen treibt. Das wäre der erste Schritt, den Schweinen ihr Handwerk zu legen.

P.S.: Wer mehr darüber wissen will, wie Polizei und Staatsschutz arbeiten, der soll sich irgendwie die Hamburger Broschüre über sie Praktiken der Verfassungsschutzes besorgen. Lohnt sich.

RH und SU aus Aachen

# Zechkumpane und Gesetzesbrecher
## Bullenschikane gegen Kneipe

Daß die Darmstädter Kneipe „Ofenrohr" ein beliebter Treffpunkt für Linke ist, konnte der Polizei auf Dauer natürlich nicht entgehen. Kurz nach der Polizeistunde erschienen oft bis zu acht Bullen, teils in Zivil, um Kontrollen durchzuführen. Es hagelte Bußgeldbescheide wegen Ruhestörung. Zivilbullen versuchten nach der Polizeistunde noch Bier zu bekommen; erst als dies abgelehnt wurde, legten sie ihre Hundemarke auf den Tisch: „*Wir haben dich nur testen wollen*". Der vorläufige Höhepunkt dieser Schikanen lief wie folgt ab:

„*Nach Darstellung (eines) Gastes hatte sich in der Nacht zum 17. Februar vor dem 'Ofenrohr' folgendes abgespielt: Um 1.10 Uhr sei vor dem Lokal in der Pallaswiesenstraße, nachdem alle Gäste das 'Ofenrohr' verlassen hätten, ein riesiges Polizeiaufgebot aufgetaucht. Etwa 20 Mann mit zehn Fahrzeugen und Hunden. Als einer der Gäste sich die Kennzeichen der Polizeiautos notieren wollte, habe einer der im Wagen sitzenden Polizisten den Motor aufheulen lassen, als ob er auf den jungen Mann losfahren wolle.*" (DT, 26.2.81).

In einer Reflexbewegung schlug ein anderer mit der flachen Hand auf das Dach des Bullenwagens. Der Mann wurde festgenommen und zur Aufnahme der Personalien ins Polizeirevier gebracht. Die noch anwesenden 10 - 12 Männer und Frauen waren nicht faul und zogen hin zum Bullenrevier und verlangten die Freilassung des Festgenommenen. Einer wollte eine Anzeige wegen Sachbeschädigung aufgeben. Ein Bulle hatte ihm genüßlich seine Brille zertreten, nachdem sie ihm vom Gesicht geschlagen worden war.

Dazu kam es jedoch nicht. Die Revierbullen warfen ihn die Treppe runter, eine größere Verletzung konnte dadurch vermieden werden, daß er von den anderen Wartenden aufgefangen wurde.

Um sich dieser lästigen „Zechkumpane" (DT, 18.2.81) zu entledigen, hetzte die Polizei ihre Hunde mit langer Leine auf die Wartenden, sodaß einer mit Bißwunden am Ober- und Unterarm sowie an der Hüfte behandelt werden muß. Eine Serie von Strafanzeigen wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung gegen die Bullen ist die Folge. Bei dem Tempo, welches die Staatsanwaltschaft in solchen Fällen an den Tag zu legen pflegt, ist Geduld wohl angebracht.

Der Vorsitzende der Polizei-Gewerkschaft Darmstadt wußte es auch sehr genau: „*Die GdP hat keine Zweifel daran, daß sich die Vorfälle so abgespielt haben, wie von den eingesetzten Beamten geschildert wurde*" (DT, 27.2.81). Der Vorwurf, die Polizei wolle aus politischen Gründen die Gäste und den Wirt des „Ofenrohrs" kriminalisieren, könne nicht zutreffen. Aber um ganz sicher zu gehen, fügte er hinzu: „*Ein Teil der Gäste des 'Ofenrohrs' will durch Angriffe gegen die Polizei den Staat und diese Ordnung treffen und diskreditieren*" [*DT, 27.2.81*].

So ein braver Gewerkschafter, der sich voll und ganz für die Interessen seiner Kollegen einsetzt und so ganz nebenbei noch ein „Terroristennest" aushebt!...Da bleibt den Bullen auch nichts anderes übrig als mit Schlägen, Schikanen und Hundebissen dazwischen zu gehen. Dieser Vorfall wirft ein bezeichnendes Licht auf die Praktiken des Staatsschutzes, denn die „Erkenntnisse" der Polizei„gewerkschaft" dürften kaum nur auf Beobachtungen der Revierbullen beruhen.

Bullen raus aus unseren Kneipen!

KB-Gruppe Darmstadt

## Protest niederländischer Ärzte gegen Zwangsernährung

Mehr als 120 Gefangene in der BRD und Westberlin traten im Februar gegen die ständig verschärften Haftbedingungen in den Hungerstreik (s. AK 195 u. 196).

In einem „Offenen Brief an die Gefängnisärzte in der Bundesrepublik" haben 85 niederländische Ärzte die Medizinmänner in den BRD-Knästen dringend aufgefordert, *„die Durchführung von Zwangsernährung an Gefangenen zu verweigern"*, da diese *„nicht als eine medizinische Handlung an(zu)sehen (sei), sondern nur als ein Mittel, um den Widerstand von Personen zu brechen"*.

I n t e r n a t i o n a l e   K o m m i s s i o n
z u m   S c h u t z   d e r   G e f a n g e n e n
u n d   g e g e n   I s o l a t i o n s h a f t

p.a.: Krammerstraat 32', 1078KJ Amsterdam, Holland

Open brief aan de gevangenisartsen in de Bondsrepubliek — betr.: Dwangvoeding

Amsterdam, 18 februari 1981

Op verzoek van de Internationale Kommissie wenden wij, onderstaande artsen, ons tot u in verband met het volgende. Sedert 2 februari jl. zijn een groot aantal

Die niederländischen Ärzte verweisen zu Beginn ihres Briefes auf die von Amnesty International wiederholt ausgesprochene Verurteilung der Haftsituation und auf die bei der Jahrestagung der World Medical Association 1975 in Tokio verabschiedete Verhaltensregel für Ärzte, die mit einem Hungerstreik konfrontiert sind: Wenn ein Gefangener sich gezielt für einen Hungerstreik entschieden hat und ihm die Konsequenzen seines Handelns bewußt sind, darf keine künstliche Ernährung angewendet werden.

Sodann heißt es in dem Protestbrief: *„Wir sind der Meinung, daß Zwangsernährung bei Gefangenen unerlaubt ist und können dies nicht als eine medizinische Handlung ansehen, sondern nur als ein Mittel, um den Widerstand von Personen zu brechen. In diesem Zusammenhang muß Zwangsernährung dann auch eher als Folter angesehen werden denn als medizinisches Eingreifen, das auf die Interessen des Gefangenen gerichtet ist.*

*Wir rufen Sie auf, das Recht jedes Menschen, medizinische oder paramedizinische Behandlungen zu verweigern, zu respektieren.*

*Wir fordern Sie auch dringend auf, wenn Sie aufgefordert werden, Zwangsernährung anzuwenden, dies zu verweigern. Sie können sich dabei auf den Offenen Brief berufen, den die British Medical Association 1974 an den damaligen britischen Innenminister Roy Jenkins mit der Frage richtete, ob Ärzte gezwungen werden können, Zwangsernährung bei Gefangenen anzuwenden. Roy Jenkins hat anläßlich dieses Briefes eine offizielle Erklärung herausgegeben, in der er feststellte, daß Ärzte zur Anwendung künstlicher Ernährung nicht verpflichtet werden können (Brit. Med. Journal, 1974, 2.513).*

*Überflüssigerweise vielleicht verweisen wir noch darauf, daß es den Gefangenen nicht darum geht, durch die Nahrungsverweigerung Selbstmord zu begehen. Im Gegenteil. Die politischen Gefangenen wollen überleben. Gerade darum kämpfen sie für eine Verbesserung der Haftsituation und* *zu begehen. Im Gegenteil. Die politischen Gefangenen wollen überleben. Gerade darum kämpfen sie für eine Verbesserung der Haftsituation und* *die Aufhebung der systematischen Isolation, der sie von Anfang an unterworfen sind ...*

*Aufgrund der oben dargelegten Überlegungen fordern wir, die Ärzte, die diesen Brief unterschrieben haben, Sie noch einmal ganz dringend dazu auf, die Durchführung von Zwangsernährung an Gefangenen zu verweigern."*

(Eigene Übersetzung, da die deutschsprachige Fassung „auf die Schnelle" in Amsterdam nicht mehr greifbar war.)

prof.dr. H. van Aalderen, Amsterdam; H.O. Sigling, Amstelveen; A. Arbouw, Amstelveen; J. Koop, Amstelveen; J. Romeyn, Amsterdam; J. Sacksioni, Amsterdam; Dr. F. Weisz, Amsterdam; F. Evenhuis, Amsterdam; L. de Jong, Amsterdam; H. Levi, Amsterdam; H. Schachtschabel, Amsterdam; A. Bos, Amsterdam; Y. Dolstra, Amsterdam; R. Doorenbos, Amsterdam: C.J. Wouters, Amsterdam; P.E.M. Hupkens, Amsterdam; N. van Rijn, Beverwijk; P.E. Servatius, Amsterdam; Prof. dr. J.H. de Haas, 's Gravenhage; H.K. Kief, Amsterdam; P. van Bentum, Doniawerstal; Mevr.M. Sloet, Amsterdam; Sj. Tromp, Maarssenbroek; Mevr. M. Clerkx, Amsterdam; P.C. v.d. Burg-Beijk, Zwolle; Mevr. J. Dijkstra, Amsterdam; H. Boon, Laren; J. Havenaar, Amsterdam; E. Zandee, Middelburg; F. Balk, Amsterdam; Dr. F. van Ree, Bennebroek; H. Mul, Amsterdam; H. Hollenbeek Brouwer, Heerhugowaard; G. Simons, Heerlen; V. Dubois, Hoensbroek; Dr. W.P. v.d. Hout, Oirsbeek, Prof. dr. M.A.J. Romme, Bemelen; A. Godkewitsch, Heerlen; K.J.H. Garé, Sittard; W. Frankenberg, Assen; P.J. v.d. Maas, Amsterdam; M. Vos, Hoensbroek; W.H. de Bruyn, Amsterdam; E.H. Ebbens, Hoensbroek; Mevr. M. Mager, Amsterdam; G.J. van Schendel, Hoensbroek, W. Iemhoff, Amsterdam; B. Iemhoff, Amsterdam; M.J.F. Dirven, Hoensbroek; P.M. Voorhoeve, Hoensbroek; V.B. Felperlaan, Hoensbroek; F. Polak, Amsterdam; A. de Bruine, Cadier en Keer; G.J. Schiethart, Amsterdam; F.R. Pruymboom, Rotterdam; J. Sommers, Amsterdam; J. Moll, Rotterdam; P.D.A. Treffers, Amsterdam; Mevr. S.A. Hanedoes, Rotterdam; J. Stam, Amsterdam; J.H. Mulder, Rotterdam; J.A. Knottnerus, Amsterdam; R. Kisoensingh, Amstelveen; P.G.M. Knook, Amsterdam; M.R. Woerdeman, Amstelveen; P.L. M. Lichtveld, Amsterdam; Dr. J.G. Streefkerk, Amstelveen; R. Smeenk, Amsterdam; H.W.G. Stöfsel, Bennebroek; Dr. E.C. M.J. Wolters, Amsterdam; I.M.K. Prins, Badhoevedorp; H. Wemekamp, Amsterdam; G. Salemink, Amsterdam; H.A.P.L. Gomen, Drachten; G. v.d. Wal, Amsterdam; P.L. v.d.Plas, Hillegom; H.V. Warnaar, Amsterdam; J.A. Huizinga, Zaandam, Mevr. A.E. J.G. Wiersma, Amsterdam; O.M. Srivastava, Bennebroek; J. v. Zaane, Amsterdam; Mevr. G. van Zanten, Kerkrade; J.H. Bakker, Haps (N.Br.), Prof. Dr. J.H.M. van Tongeren, Nijmegen; Prof.Dr. J.P. Kuiper, Vleuten.

Unter den 85 Unterzeichnern befinden sich auch die Vertrauensärzte der Genossen Folkerts, Schneider und Wackernagel, aus der Zeit, als diese in niederländischer Haft waren.

In der niederländischen (bürgerlichen!) Presse fand der Brief der Ärzte erhebliche Beachtung. Die sozialdemokratisch orientierte Tageszeitung „de Volkskrant" etwa schlagzeilte auf der Titelseite der Ausgabe vom 3.3. *„Protest niederländischer Ärzte – Hungerstreik der RAF gegen Absonderung"* und gab große Teile des Ärzte-Briefes wieder.

Niederlande-Kommission

# Hungerstreik: Die Lage spitzt sich zu

**Anfang Februar traten zahlreiche Gefangene in der Bundesrepublik und Westberlin in den Hungerstreik für bessere Haftbedingungen (s. AK 195, 196). Die Gefangenen aus der RAF und dem 2. Juni sowie die Westberliner Amerika-Haus-Besetzer/innen haben auch nach über fünf Wochen den Hungerstreik nicht abgebrochen. Während ihr Gesundheitszustand zumindest teilweise lebensbedrohend geworden ist, geht die Kriminalisierung jeder Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit zum Hungerstreik weiter.**

Die neun Amerika-Haus-Besetzerinnen wurden inzwischen aus dem Frauenknast Lehrter Straße in das Gefängniskrankenhaus Moabit verlegt. *„Nach Angaben eines anwesenden Arztes aus dem Klinikum Steglitz, der sich auf den zuständigen Anstaltsarzt in Moabit beruft, sei der schlechte Gesundheitszustand der Gefangenen nicht allein auf den Hungerstreik zurückzuführen, vielmehr seien die Haftbedingungen zusätzlich dafür verantwortlich"* („Volksblatt Berlin", 11.3.81).

Westberlins Justizsenator Meyer erklärte am 10.3. im SFB, er habe beim Kammergericht die Aufhebung des Berührungsverbotes bei Besuchen und die Durchführung von Gefangenenbesuchen ohne Trennscheibe beantragt; zu entscheiden habe jedoch der Haftrichter. Damit glaubt der Justizsenator, seine Schuldigkeit getan zu haben — das „Thema" Hochsicherheitstrakt scheint für ihn ein für allemal erledigt zu sein.

Sämtliche Anträge, auch nur das Berührungsverbot aufzuheben und monatlich einen zusätzlichen Besuch zu genehmigen, wurden von den betreffenden Haftrichtern bisher abgelehnt, da *„dies eine Vergünstigung und ungerechtfertigte Privilegierung der Gefangenen im Hochsicherheitstrakt bedeuten würde"* („Tagesspiegel", 11.3.81).

Die für Notfälle vorgesehenen Ärzte von acht Intensivstationen Westberliner Krankenhäuser haben in einem Brief an die Justizverwaltung erklärt, daß sie nicht bereit sind, Gefangene gegen ihren Willen zwangszuernähren („Volksblatt", 11.3.81).

Wie im letzten AK berichtet, ist Generalbundesanwalt Rebmann seit Beginn des Hungerstreiks dazu übergegangen, fast jede Unterstützung von draußen wegen „Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zu verfolgen. Hier weitere Beispiele:

- Weil sie die Hungerstreikerklärung der RAF (s. AK 195) verteilt haben soll, wurde Sabine Schmitz bei einer „Verkehrskontrolle" in Heidelberg

*Fortsetzung nächste Seite*




# Protestaktion gegen Nachrichtensperre beim »Spiegel«

**„Wir Mütter und Angehörige der Gefangenen aus dem antiimperialistischen Kampf, sind hier, um auf die immer bedrohlichere Situation in den Gefängnissen der BRD, Österreichs und der Schweiz aufmerksam zu machen und die Presse an ihre Pflicht zur Information zu erinnern. Seit dem 2. Februar 1981 haben unsere Angehörigen und mit ihnen viele andere Gefangene den kollektiven Hungerstreik gegen die Isolationshaft und die Zerstörung ihrer Gesundheit und Identität wieder aufgenommen. Sie werden solange hungern, bis ihre Forderungen nach einer Zusammenlegung erfüllt sind."**

So lautet der Anfang einer Erklärung der Angehörigen, die am 5.3. vormittags die „Spiegel"-Kantine besetzten, weil sie so die totale Nachrichtensperre der bürgerlichen Presse zum Hungerstreik durchbrechen wollten.

Mittags wurde eine Pressekonferenz einberufen, zu der auch Christian Geissler, Bewährungshelfer von Werner Hoppe ‚kam. Er berichtete über seine Erfahrungen von Besuchen bei totalisolierten Gefangenen und richtete einen eindringlichen Apell an die anwesenden Pressevertreter, das Schweigen über die Isolationsfolter zu durchbrechen und sich in ihren Bereichen durchzusetzen.

Die Angehörigen, besonders die Mütter der Gefangenen berichteten über ihre Erlebnissse bei den Besuchen ihrer Kinder. Frau Stürmer: *„Dann hatte meine Tochter nach einer halben Stunde mal gesagt, daß die jetzt mit dem Hofgang etwas ändern wollen. Daraufhin sagte diese Beamtin: Frau Stürmer, das ist nicht wahr, das ist erst beantragt. Da habe ich gesagt: wenn das beantragt ist, dann läuft es durch. In dem Moment hat dann eine der Beamtinnen auf einen Knopf gedrückt und fünf Bullen von der Anstalt kamen rein, einer mit aufgekrempelten Ärmeln, meine Tochter wich zurück zur Wand und schrie nur: Nicht anfassen ! Nicht anfassen ! Dann haben diese fünf Bullen meine Tochter gezerrt, die Arme verdreht, verrenkt, an Armen und Beinen geschnappt und rausgetragen und das vor den Augen der Eltern. Was müssen die erst machen, wenn die Eltern nicht dabei sind?"* (Taz, 6.3.81)

Die Angehörigen erklärten der Presse, daß sie solange dort in der „Spiegel"-Kantine bleiben würden, bis in der Presse über den Hungerstreik und die Forderungen der Gefangenen berichtet werde.

Am Nachmittag nach der Pressekonferenz kam es vor dem Gebäude zum ersten Zwischenfall. Ein angeblicher ‚Spiegel'mitarbeiter versuchte eines von den außen aufgehängten Transparenten abzureißen. Als Leute, die aus Solidarität mit den Angehörigen vor dem Gebäude standen, ihn daran hinderten, griff die bereitstehende Polizei ein und nahm 8 Leute fest, die auf die Bullenwache und danach zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeihochhaus geschleppt wurden.

Gegen Abend gab es noch ein Gespräch mit dem Verlagsleiter, bei dem die Angehörigen erklärten, daß sie bis zum Morgen bleiben werden und dann anhand des Pressespiegels entscheiden, was sie weiter machen. Bei diesem Gespräch war seitens der Verlagsleitung von Räumung nicht die Rede. Trotzdem erschienen wenig später die Bullen und räumten die Kantine. Insbesondere Christa Eckes, die gerade nach siebenjähriger Haft entlassen worden war und die jüngeren Angehörigen wurden mit brutaler Gewalt in die Bullenautos geschleppt. Selbst vor den Müttern der Gefangenen machten die Bullen nicht halt und verschleppten alle auf die Wache. Nach Feststellung der Personalien wurden alle wieder freigelassen.

Die Presse berichtete anschließend zwar breit über den Vorfall – jedoch nur unter dem Tenor :Krawall im „Spiegel". Die Lage und die Forderungen der Gefangenen, das Empörende des Polizeieinsatzes in den Räumen des „Spiegels" war selbstverständlich nicht Gegenstand der Berichterstattung.

Die „Spiegel"-Verlagsleitung selbst entblödete sich nicht, nachdem sie die polizeiliche Räumung der Angehörigen veranlaßt hatte, in ihrer folgenden Hausmitteilung ihr Verständnis für die Belange der Besetzer auszudrücken, ohne deren Forderungen und die der Gefangenen zu verbreiten, versteht sich. Was soll man/frau auch noch anderes erwarten als eine Unterstützung des BKA.

IKAH

### Amerikahaus-Besetzer und 2. Juni-Gefangene brechen Hungerstreik ab

Am 13. und 14. März haben Gefangene aus der Bewegung 2. Juni und die gefangenen Amerikahausbesetzer den Anfang Februar begonnenen Hungerstreik gegen die bestehenden Haftbedingungen aufgegeben. In Westberlin sind derzeit noch sechs Gefangene aus der RAF im Hungerstreik (von den Hungerstreikenden aus den BRD-Knästen ist uns bis Redaktionsschluß nicht bekannt, ob sie ebenfalls abbrechen wollen).

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

festgenommen. Wegen dieser Erklärung war bereits Johannes Thimme eingeknastet worden. Sabine Schmitz wird nicht nur Unterstützung der RAF, sondern gleich Mitgliedschaft vorgeworfen, da sie ,,*als Kurier im Organisationsgefüge der terroristischen RAF eingebunden gewesen*" sei; ,,*aufgrund des bei ihr sichergestellten Schriftmaterials besteht der dringende Tatverdacht, daß sie bei der Koordination und technischen Abwicklung sowie bei der RAF-Propaganda im Zusammenhang mit dem sogenannten (?!) 'Hungerstreik' eine führende Rolle spielt*" (,,Tagesspiegel", 24.2.81).

• Weil Sabine Schmitz bei der ,,Verkehrskontrolle" im Auto von Dr. Adzersen saß, wurde auch gegen diesen ein Ermittlungsverfahren wegen RAF-Unterstützung eingeleitet. Außerdem wurde seine Wohnung am nächsten Morgen durchsucht (,,taz", 25.2.81).

• Am 25. Februar wurde das Büro und die Privatwohnung des Frankfurter Rechtsanwalts Koch durchsucht: ,,*Wie die Bundesanwaltschaft dazu mitteilt, besteht der Verdacht, daß der Anwalt an der Organisation eines Informationssystems beteiligt ist, durch das der gegenwärtige Hungerstreik von Häftlingen der RAF in mehreren Vollzugsanstalten koordiniert werden solle; damit habe er sich der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung schuldig gemacht*" (,,FR", 26.2.81).

• Am gleichen Tag wurde auch die Praxis und die Privatwohnung des Westberliner Rechtsanwalts Fromman mit gleicher ,,Begründung" durchsucht.

• Haftbefehle wegen ,,Werbung für eine terroristische Vereinigung" wurde auch gegen drei der im Nürnberger Jugendzentrum KOMM Festgenommenen erlassen (,,Tsp.", 10.3.81). Sie sollen dort ebenfalls Hungerstreik-

menen erlassen (,,Tsp.", 10.3.81). Sie

sollen dort ebenfalls Hungerstreik-Flugblätter verteilt haben. Das veranlaßte F.J. Strauß dazu, gleich alle bei der Nürnberger Massenverhaftung festgenommenen Jugendliche als ,,*Kern einer neuen terroristischen Bewegung*" (,,Bild am Sonntag", 8.3.81) zu bezeichnen.

• Ebenfalls wegen ,,Werbung für eine terroristische Vereinigung" mit Hungerstreik-Flugblättern wurde Haftbefehl gegen drei Teilnehmer einer Demo zum Hungerstreik in Frankfurt (am 7.3.) erlassen. Sie sitzen jetzt in Stuttgart-Stammheim. Bei dieser verbotenen Demonstration waren ursprünglich 70 Leute festgenommen worden.

### Demonstrationsrecht a la BRD

Erschreckend ist auch die Verbotsverfügung für die Demonstration: Die zahlreichen Aufrufe zu dieser Demo zeigten ,,*eindeutig*", daß weit mehr als die angemeldeten 500 Teilnehmer zu erwarten seien; erfahrungsgemäß seien die Teilnehmer solcher Demos ,,*überwiegend rekrutiert aus dem RAF-Unterstützungsbereich*". ,,*Der Umfang der im Zusammenhang mit den Aufrufen verbundenen Straftaten und der Inhalt der bislang bekanntgewordenen Flugschriften [größtenteils ohne Impressum — Verdacht eines Vergehens nach § 129a StGB) sowie der aufgrund des Themas zu erwartende Personenkreis lassen auch für die von Ihnen angemeldete Demonstration Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen erwarten.*" Außerdem sei es bei den Hausbesetzer-Demos in Westberlin, bei der El-Salvador-Demo in Frankfurt und bei den Brokdorf-Demos in Hamburg und Brokdorf ,,*trotz verschiedener Thematik zu gewalttätigen Ausschreitungen mit Verletzten und teilweise Sachschaden in Millionenhöhe*" gekommen; ,,*diese Tatsache zeigt, daß zur Zeit unter vielen Gruppen von radikalen Demonstrationsteilnehmern das Gewaltpotential und die Bereitschaft, den Rechtsstaat und seine Ordnung mit Gewalt zu bekämpfen, in erhöhtem Maße vorhanden ist. Hierbei handelt es sich offensichtlich um zumindest teilweise organisierte Extremistengruppen, die jede sich bietende Gelegenheit, egal an welchem Ort, für ihren 'Kampf' gegen die rechtsstaatliche Ordnung auszunutzen.*

*Aus allen genannten Gründen ergibt sich eindeutig, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nur durch ein Verbot Ihrer Demonstration einschließlich aller eventualer Ersatzveranstaltungen gewährleistet werden kann.*"

Mit dieser ,,Begründung" kann letztlich jede Demonstration verboten werden.

Trotz der Kriminalisierungskampagne in den letzten Wochen fand am 14.3. in Westberlin eine Demonstration zum Hungerstreik statt.

**Antirepressions-Kommission des KB-Westberlin**

## Anti-Strauß-Plakette:

# Darmstädter Staatsanwaltschaft legt einen Zahn zu

**Im Prozeß gegen Ulrich P. wegen der beschlagnahmten Plakette ,,Antifaschistische Aktion – Stoppt Strau.." (mit SS-Runen-ähnlichen Zeichen am Namensende) verneinte das Darmstädter Landgericht in 2. Instanz schlichtweg den Tatbestand wegen § 86 a (Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) und erteilte damit der Staatsanwaltschaft eine schwere Schlappe (vergl. AK 192). Wie schon bei der mündlichen Urteilsverkündung angedeutet, legte die Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil Revision ein und ließ dabei erkennen, worum es ihr im Grunde geht: ,,*Würde ein derartiges Verhalten nicht vom Tatbestand des § 86a StGB erfaßt, so hätte dies zur Folge, daß zwar Vertreter rechtsstaatswidriger Bestrebungen Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen nicht verwenden dürfen, daß andererseits aber jedermann* im Deckmantel des 'Antifaschismus' die Verwendung derselben Kennzeichen erlaubt wäre." (Hervorhebungen von uns). Sollte sich diese Auffassung vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt durchsetzen, so wären die Folgen für demokratische und antifaschistische Künstler verheerend. Die Aussagekraft von politischen Plakaten und Karrikaturen würde einschneidend zensiert werden.**

**Um ihr rabiates Vorgehen noch zu unterstreichen, hat die Darmstädter Staatsanwaltschaft jetzt vier Strafbefehle ausstellen lassen:**

**– Günter K. DM 450, § 86a und Straußbeleidigung,**
**– Ulrich A. DM 600, § 86a und Straußbeleidigung,**
**– Dieter E. DM 450, § 86a und Straußbeleidigung,**
**– Jürgen P. DM 750, § 86a und Straußbeleidigung.**

**Diese vier wurden im ersten Prozeß gegen Ulrich P. nach der Urteilsverkündung im Auftrag von Staatsanwalt Baß von Bullen brutal über den Gerichtsflur zur Aufnahme der Personalien geschleift, weil sie die gleichen Plaketten trugen. Ungeachtet der laufenden Dienstaufsichtsbeschwerde gegen diese Vorfälle und des Urteils vom Landgericht setzt die Staatsanwaltschaft ihre harte Linie fort. Ferner wurde gegen Wolfgang C. ein Verfahren eingeleitet, ebenfalls § 86 a, Straußbeleidigung und Bullenbeleidigung.**

**Im Verfahren gegen Wolfgang C. ist anzumerken, daß die Bullen ihre Aussagen so zu Protokoll gegeben haben, daß außer ihnen und W. keiner anwesend war. Ferner wurde in diesem Fall klar, daß die Staatsanwaltschaft von sich aus dem Ex-Kanzlerkandidaten nahegelegt hat, Strafantrag zu stellen. Sollte hier Wolfgang C. wegen § 86 a und Straußbeleidigung freigesprochen werden, so bleibt immer noch die Aussage der Bullen. Ein schönes Instrument für unsere Staatsschützer, jedem, und sei er auch noch so unschuldig, eins draufzugeben.**

**Im Verfahren gegen Ulrich P. hat die Staatsanwaltschaft nun eine kräftige Unterstützung von Strauß bekommen. Der bayerische Häuptling hat am Oberlandesgericht in Frankfurt beantragt, als Nebenkläger zugelassen zu werden. Es ist damit zu rechnen, das dem entsprochen wird. Nachdem die ganze Zeit Ulrich P. von seiten seiner Firma unbehelligt blieb, wurde ihm jetzt gekündigt. Offizielle Begründung: Rationalisierungsmaßnahme. Wer's glaubt, wird seelig.**

**Spenden für die Prozesse werden benötigt:**
**Kennwort: Beschlagnahmte Plakette**
**Sparkasse Darmstadt**
**Konto-Nummer 118 088 006**
**BLZ 508 501 50**

**KB / Gruppe Darmstadt**




München:

München:

# Schweizer Journalist inhaftiert

Bei der Rückkehr von einer Kurzreise durch die BRD wurde der 35jährige Schweizer Journalist Giorgio Bellini am 16. Februar von deutschen Grenzbeamten aus dem Zug geholt und festgenommen. Gegen ihn läge ein Haftbefehl aus Rom vom 4.10.80 wegen ,,Bildung und Organisation einer subversiven Vereinigung" vor. Mit Beschluß vom 2. März wurde vom Oberlandesgericht in München ein ,,vorläufiger Auslieferungshaftbefehl" erlassen, gestützt auf die Beschuldigungen der römischen Staatsanwaltschaft. Danach soll Giorgio seit 1971 bis heute ,,*eine politisch-militärische Vereinigung aufgebaut, organisiert und sich als Mitglied an ihr beteiligt haben.* (...) *Die von dem Verfolgten gegründete und betriebene Organisation soll mit den sogenannten 'Roten Brigaden' und anderen bewaffneten terroristischen Gruppen zusammenarbeiten und bei ihrem Kampf gegen die Staatsordnung insbesondere auf zweierlei Weise vorgehen: Zum einen im Wege von Ausschreitungshandlungen der Massen wie Besetzung von Häusern und Industrieanlagen, Sabotagehandlungen gegen Fabriken, Errichtung von Straßensperren, Verfolgung von Personen und sogenannte 'proletarische Enteignungen', und zum anderen durch bewaffnete terroristische Aktionen wie Mordanschläge, Anrichten von Blutbädern, Verwüstung von Gebäuden, Läden und sonstigen privaten und öffentlichen Einrichtungen.*"

Wir wollen dem Verfasser dieser Anklageschrift, die hier nur in einem kleinen Auszug zitiert ist, blühende Phantasie bescheinigen und würden ihm eine glänzende Karriere beim Film, Abteilung: Italo-Thriller voraussagen, nur: Konkrete Schuldvorwürfe finden sich nirgends.

Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt oben zitiertes bayerisches Oberlandesgericht, das von den italienischen Behörden eine Ergänzung und Vervollständigung der Vorwürfe fordert, weil das bisher Mitgeteilte ,,*derart allgemein und abstrakt gehalten sei,* (...) *daß eine Beurteilung noch nicht ohne weiteres durchführbar erscheint.*" Wahr gesprochen! Nur hindert dies die gleichen Richter nicht daran, für Giorgio Bellini erst einmal folgende Haftbedingungen zu verfügen: Einzelhaft, Einzelhofgang, Einzelvorführung, Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen und Umschluß, Kontrolle der Postsendungen zwischen Verteidiger und Mandanten durch den Ermittlungsrichter beim Amtsgericht, Trennscheiben usw. auch bei Verteidigerbesuchen.

Giorgio Bellini also ein langgesuchter, im Untergrund kämpfender, schwerbewaffneter Terrorist? Er lebt und arbeitet seit vielen Jahren mit festem Wohnsitz in Zürich. Er ist verantwortlicher Redakteur des ,,Eisbrecher", einer wichtigen, auflagenhohen Zeitung der Zürcher Jugendbewegung. Bis 1978 war er lange Jahre Buchhändler in der linken Zürcher Buchhandlung ,,ecco libro", hat dort ein italienisches Sortiment aufgebaut, hat geholfen, diesen Laden zu einem politischen Treffpunkt vor allem für ausländische Arbeiter in der Schweiz zu machen. Er ist bekannt als Übersetzer engagierter Linker, arbeitete mit Jugendlichen und machte Stadtteilarbeit. Zweimal war Bellini bereits verdächtigt worden, mit ,,subversiven Gruppen" zu tun gehabt zu haben; beide Male wurden die Anschuldigungen fallengelassen. Seine Schweizer Anwältin, Barbara Hug, erfuhr am 23. Februar telefonisch, daß in der Schweiz gegen Bellini nichts vorläge. So spitzt sich die Sache also zu als eine Angelegenheit zwischen italienischen und deutschen Behörden, wobei offensichtlich die Auslandsreise Bellinis in die BRD genutzt wurde. Die Schweizer Behörden hätten ihn nämlich gar nicht ausliefern können, da dort die Zugehörigkeit zu einer ,,subversiven" oder zu einer ,,kriminellen Vereinigung" (noch) kein strafrechtlicher Tatbestand ist.

In der Schweiz liegt nichts vor, italienische Anschuldigungen sind in ihrer Abstraktheit mehr als dürftig — da nehmen westdeutsche Terroristenjäger, die sich ohnehin für die Sahne auf dem trockenen Napfkuchen internationaler Fahndung halten, die Sache gleich selbst in die Hand: Inzwischen hat nun die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe selbst Ermittlungen wegen Verdachts auf Verstoß nach § 129a (,,kriminelle Vereinigung") eingeleitet, wie anläßlich einer Razzia in Giorgio Bellinis Zelle in München-Stadelheim bekannt wurde. Da soll wieder mal (man kennt es schon) ,,Carlos" eine Rolle gespielt zu haben, da soll es Ermittlungen und Erkenntnisse aus den Jahren 1975 und 1977 geben ... (,,taz", 10.3.). In Zürich und Bremen haben sich Komitees für die Freilassung von Giorgio Bellini gebildet, deren Forderungen in dem Satz zusammengefaßt werden können: Schluß mit diesem absurden Theater!

**Italien-Kommission**

WIR LASSEN UNS UNSER RECHT AUF PROTEST GEGEN FASCHISTEN NICHT NEHMEN!



Dokumentation der Vorfälle bei der NPD-Kundgebung am 20.9.80 in Nürnberg und ihre Folgen

5.–

**Zu beziehen über: L. Dicke, Postfach 910 473, 8500 Nürnberg 91**

**Herausgeber: Betroffene Antifaschisten aus Nürnberg**

**Unterstützt wird die Herausgabe vom: Arbeitskreis im Kulturladen Nord**

# Jugendmagazin »Forum« beschlagnahmt

## Gegen 7 Redakteure laufen Ermittlungsverfahren!

**Westerwaldkreis: Gegen die 4. Ausgabe des Westerwälder Jugendmagazins ,,Forum", herausgegeben vom Aktionskreis Jugendzentrum Wirges (AKJ), ermittelt seit Anfang Januar die Koblenzer Staatsanwaltschaft. Gründe dafür sind ein Artikel über den Papst-Besuch in Deutschland sowie ein Nachdruck aus der Broschüre ,,Lieber krank feiern als gesund schuften".**

**Schon nach dem ersten Erscheinen des Jugendmagazins gab es eine Welle der ,,Empörung": CDU und SPD distanzierten sich schleunigst von der Zeitschrift. Grund dafür waren Artikel, die die Legalisierung von Canabis forderten sowie die Abschaffung der Türkenklassen in Westerwälder Berufsschulen.**

**Zum ersten Mal war es einer Jugendzeitung im Westerwald gelungen, in hoher Auflage – damals 1.400 Exemplare – zu erscheinen und so ein Gegengewicht zur reaktionären ,,Rheinzeitung" zu schaffen und Sprachrohr der Jugend zu sein.**

**Am 10. Januar schlug die Staatsanwaltschaft zu: Fast die gesamte Auflage von 3.000 Exemplaren wurden bei mehreren Hausdurchsuchungen beschlagnahmt, gegen das 7köpfige Redaktionskollektiv laufen Ermittlungsverfahren wegen**

**– ,,Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes"**
**– ,,Einschränkung der Freiheit von Religionsgemeinschaften"**
**– ,,Verbreitung jugendgefährdender Schriften" und**
**– ,,Aufforderung zum Betrug".**

**,,Forum" ist seit seinem ersten Erscheinen den CDU- und SPD-Politikern ein Dorn im Auge, besonders die Seite ,,Forum nennt Namen" auf der sich einige dieser Herren wiederfanden.**

**Mit der Beschlagnahme sowie den Strafanzeigen soll dem Herausgeber und dem Redaktionskollektiv der finanzielle Boden entzogen werden. z. Zt. überprüft das Finanzamt die Gemeinnützigkeit des AKJ. Alle Kreis- und Stadtzuschüsse für 1981 wurden inzwischen gestrichen. Die Politiker des westerwaldkreises wollen ein unbequemes Organ der Jugendlichen beseitigen und der Papstartikel ist dafür ein gefundenes Fressen. Ähnlich wie bei der Anzeige gegen den Oldenburger AStA soll über ,,Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes" ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet werden, die Redaktion kriminalisiert bzw. eingeschüchtert oder sogar zum Aufgeben gezwungen werden.**

**Die Redaktion will trotzdem und gerade jetzt weitermachen, belastet aber durch finanzielle Sorgen.**

**Die nächste Ausgabe erscheint am 20. Februar!**

**Kontaktadresse: Redaktion Forum**
**c/o AKJ Wirges, Jugendtreff**
**5432 Wirges**

**Spendenkonto: ,,Prozeßkosten"**
**Aktionskreis Jugendzentrum Wirges e. V., Jugendtreff**
**5432 Wirges**
**Kto.-Nr. 124 385 - 672**
**PschA Ludwigshafen**
**Das Redaktionskollektiv**

## Kriegs- und Krisenvorbereitungen des Imperialismus

# Energie - und Rohstoffbevorratung in der BRD und den USA

Nach dem sogenannten Ölschock von 1973 als die OPEC erste Versuche machte, die Profite der Ölkonzerne anzutasten, schlossen sich 20 Staaten zu einer Art Gegenkartell in Form der Internationalen Energieagentur (IEA) zusammen. *„Fortan sollten Erpressungsversuche aus dem Nahen Osten vermindert, wenn nicht gar verhindert werden“* („DM, extra“, Sept. 79).

Dieser Agentur gehören Australien, Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Türkei und die USA an, welche sich unter anderem folgendes zur Aufgabe gesetzt hat: *„Ein System solidarischer Zusammenarbeit zur Überwindung von Versorgungskrisen, das insbesondere Verpflichtungen zum Aufbau von Mindestvorräten und zur Einführung von Mindestnachfragebeschränkungen im Krisenfall umfaßt und eine gleichmäßige Aufteilung der noch verfügbaren Ölmengen auf alle beteiligten Länder vorsieht“* (1. Fortschreibung d. Energieprogramms, S. 21).

Die Bundesregierung hatte schon knapp einen Monat nach dem ‚Ölschock‘ ein entsprechendes Ermächtigungsgesetz verabschiedet. *„Mit dem innerhalb von nur zwei Tagen verabschiedeten Energiesicherungsgesetz stellte das Parlament am 9. November 1973 die gesetzliche Grundlage für die notwendigen Regierungsmaßnahmen zur Verfügung“* (ebd. S. 8).

Das Gesetz ermächtigt die Bundesregierung, *„durch Rechtsverordnungen Vorschriften für die Produktion, den Transport, die Lagerung und die Verteilung von Energiearten zu erlassen, deren Lieferung gefährdet oder gestört ist“* („DM extra“, 9.79).

Bis nach der Bundestagswahl wurde darauf verzichtet, konkrete Verordnungen zu erlassen, *„um in der Bevölkerung keine Angstgefühle zu schüren“* (ebd.), aber im Rahmen der allgemeinen Verschärfung des Regierungskursus wird hieran nun fleißig gearbeitet. Als erster meldete sich der Deutsche Industrie- und Handelstag mit einem vertraulichen Papier bei der Bundesregierung: *„Bei einer akuten Ölverknappung muß die auf das Öl angewiesene deutsche Verkehrswirtschaft vorrangig bedient werden. Der Bevölkerung müßten unter Umständen erhebliche Einschränkungen zugemutet werden, etwa beim Verbrauch von leichtem Heizöl... Je knapper das Ölangebot wäre, desto wichtiger würde es, dafür zu sorgen, daß es möglichst produktiv statt konsumtiv genutzt wird. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit ist diese Notwendigkeit bis jetzt kaum verankert“* („FAZ“, 12.11.80).

Kurz darauf fand im Wirtschaftsministerium eine Besprechung mit Energieexperten und Industrieverbänden statt. Hierzu hatte das Ministerium schon Entwürfe „Über Lieferbeschränkungen für Kraftstoff in einer Versorgungskrise“ mit einer Verwaltungsvorschrift übersandt, in der Vorschläge zur Benzinrationierung konkretisiert werden. Zur Festsetzung der Kontingente ermittelt der Wirtschaftsminister *„die Gesamtmenge an Benzin und Dieselkraftstoff, die den Ländern für eine Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden kann“* („Welt“, 20.11.80).

Das Wirtschaftsministerium teilt auch den Bundesländern ihre Kontingente mit, die diese ihrerseits auf die Stadt- und Landkreise aufteilen. *„Wichtig für eine möglichst reibungslose Abwicklung der Gutscheinverteilung ist die Auswahl der Ausgabestellen, etwa über die Bundespost. Die entsprechenden Vorbereitungen sollen soweit vorangetrieben werden, daß nach Inkrafttreten der Verordnung kurzfristig und rechtzeitig vor Beginn der ersten Versorgungsperiode mit der Ausgabe von Bezugsscheinen begonnen werden kann“* (ebd.).

### Die Errichtung strategischer Öl- und Gaslager

In der Auswertung der „Ölkrise“ schrieb die Bundesregierung: *„Die vergangenen Monate haben die große Bedeutung einer optimalen Krisenvorsorge in Form von Energiebevorratung, Austauschbarkeit zwischen den Energieträgern und eines schlagkräftigen Krisenmanagements gezeigt. Eine solche Vorsorge ist für die entscheidende Anfangsphase kritischer Entwicklungen wichtig... Da das größte Risiko auf absehbare Zeit bei Mineralöl besteht, ist für die Bundesregierung in diesem Bereich wichtig: Beschleunigte Verabschiedung der dem Parlament vorgelegten Novelle des Mineralölbevorratungsgesetzes“.* (1. Fortschreibg. d. Energieprog. S.22)

Dieses sah umfangreiche Bevorratungsmaßnahmen des Staates wie der Wirtschaft, Aufbau einer Bundesrohölreserve und eine Pflichtbevorratung der Kraftwerke vor.

Inzwischen sind die durch das Ölbevorratungsgesetz geforderten Pflichtvorräte in vollem Umfang beschafft worden. Diese Reserve reicht gegenwärtig für 120 Tage (bei vollständigen Ausfall der Ölbelieferung von außen).

Wie im Rahmen der IEA vereinbart, sind aber von dieser Reserve 80 Tage strategische Reserven, die in einem Krisenfall, wie etwa dem Ausfall der Lieferungen aus dem Iran und dem Irak, nicht angetastet werden dürfen. Diese Reserven sind dem Kriegsfall vorbehalten. Um die strategischen Reserven festzulegen, wurde 1978 der „Erdölbevorratungsverband“ gegründet, der sowohl in oberirdischen wie in unterirdischen Tanklagern seine Vorräte hortet. Oberirdisch wird in den Seehäfen und den dort befindlichen Raffinerien gelagert, neben großen Tanklagern im süddeutschen Raum. Doch zunehmend wird der unterirdischen Lagerung Vorrang eingeräumt, weil die militärisch sicherer ist.

Im norddeutschen Raum geschieht dies vor allem in ausgespülten Salzstöcken, von denen aber nur wenige bekannt sind. In Etzel bei Wilhelmshaven lagern allein 13 Millionen Kubikmeter. Bei Ahaus wurde die Existenz eines solchen Gaslagers erst durch das versehentliche Anbohren im Zusammenhang mit dem dort geplanten Zwischenlager bekannt. Desweiteren sind nur noch Pläne zur Ausspülung eines Salzstockes bei Krempe an der Unterelbe bekannt.

Mit Pipelines verbundene Untertagesspeicher befinden sich vor allem in Niedersachsen, auch hier wieder in der Nähe der Seehäfen. Im Hamburger Bereich sind solche Lager in Harburg bekannt, wobei auch noch daran erinnert sei, daß im Faschismus riesige unterirdische Tanklager im Hamburger Hafen angelegt worden sind.

In Rheinland-Pfalz wurde erst im Zusammenhang mit dem spektakulären Gasausbruch an einem Bohrloch in Frankenthal etwas von einem Erdgasspeicher bekannt. Detailliertere Angaben sind über Bayern bekannt, das auf diesem Gebiet eine führende Position übernommen hat. Hier wimmelt es nur von derartigen Speichern: Pliening bei Ebersberg (75 Mill. Kubikmeter); und Wolfersberg bei Ebersberg (330 Mill. Kubikmeter); Eschenfelden bei Amberg-Sulzbach (130 Mill. Kubikmeter), wo es 1970 zu einem Gasausbruch kam, der das Bohrloch tagelang in ein Flammenmeer verwandelte. In Bierwang in der Nähe des Chiemsees besteht der größte unterirdische Gasspeicher Europas mit einem Volumen von 1 Milliarde Kubikmeter. Die Kapazität soll dort noch um das Doppelte erweitert werden. Geplant sind zwei weitere Speicher bei Inzenham und Eichstätt. Somit besitzt Bayern bei insgesamt 15 Erdgasspeichern in der BRD den Löwenanteil. Wohl aus diesem Grunde soll auch die Erdgaspipeline aus der Sowjetunion hier münden. Im Schwarzwald wird zur Zeit an drei Standorten die Einlagerung von Öl in Felskavernen untersucht, um hier 1 Mill. Kubikmeter einzulagern (alle Informationen: Haushaltsber. d. Erdölbevorratungsverbandes 79/80; „FR“, 2.7.80; „SZ“, 24.10.80).

Wie die aufgelisteten Beispiele zeigen, ist unser Wissen über diese Kriegsvorbereitungen noch äußerst unvollständig. Doch wird aus den genannten Fällen schon der Umfang dieser Maßnahmen deutlich. Häufig wird von staatlicher Seite oder von den beteiligten Energiekonzernen argumentiert, daß dies notwendige Vorratshaltungen im Sinne der Verbraucher seien. Doch zeigen das Energiesicherungsgesetz und die Menge der Vorräte, daß es keineswegs um Vorräte für den „Verbraucher“ geht, sondern Maßnahmen, die auch der BRD ermöglichen sollen, in einem Krieg mitzumischen, ohne sofort aus Energiemangel aufgeben zu müssen.

Zudem betreibt die BRD solch eine Politik bekanntlich nicht im Alleingang, sondern zusammen mit den EG-Staaten aufgrund von Vereinbarungen der IEA, die diese Bevorratungspolitik für alle imperialistischen Staaten empfohlen hat.

In den USA verabschiedete der Kongreß schon 1975 ein Gesetz zur Aufstockung der amerikanischen Ölreserven. In den Salzdomen von Louisiana und Texas sollen 1 Milliarde Fässer Rohöl eingelagert werden („Le Monde“, 12.2.81). Schon als hiervon erst 115 Millionen Faß eingelagert worden waren, beschloß die Regierung Carter, 1,1 Milliarden Dollar für weitere Einkäufe bereitzustellen, da das Verteidigungsministerium *„für die langfristige Sicherheit der Ölversorgung für militärische Zwecke fürchtet“* („FAZ“, 3.3.80).

Ursprünglich sollten 1 Million Faß pro Tag eingekauft werden. Doch nachdem dies durch die Ölkonzerne zu weiteren Preissteigerungen genutzt wurde und die OPEC protestierte, wurde die Menge auf 20 000 Faß pro Tag gesenkt. Zudem soll das kalifornische und Alaska-Öl, für das sowieso Exportverbot besteht, mit zum Aufbau der strategischen Reserve eingesetzt werden (ebd.).

### Die Rohstoffbevorratung

Obwohl es auf dem Rohstoffsektor keine mit der IEA vergleichbare Organisation gibt, ist die Situation durchaus vergleichbar. Alle imperialistischen Staaten versuchen Rohstofflager aufzubauen. Insbesondere gibt es eine Koordination auf diesem Gebiet zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und der BRD („International Harold Tribune“, „IHT“, 17. 10.80).

Nachdem aufgrund einer Studie des Wirtschaftsministeriums Chrom, Mangan, Kobalt, Vanadium und bestimmte Asbestsorten als Rohstoffe mit hoher Abhängigkeit von den Lieferländern eingestuft worden waren, begannen Verhandlungen für einen Rohstoffond. Das Bundeskabinett beschloß Mitte 79, daß diese Stoffe *„auf eine Reichdauer von einem Jahr in möglichst weitgehender Eigenverantwortung der Unternehmen ohne Marktstörungen“* aufgestockt werden sollen („Wirtschaftswoche“, 37/79). Derzeit wird von der Industrie eine Reserve von 4 Monaten gehalten, um außergewöhnliche Preissprünge abzufangen. Die zusätzliche Reserve von 8 Monaten ist *„als eiserner Bestand für Krisenzeiten gedacht“* („Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer“ Köln, 19/80).

Nach Vorstellungen der Bundesregierung sollte eine „Rohstoffbevorratungs-GmbH“ gegründet werden, deren Einkäufe im wesentlichen über die Bundesbank finanziert werden sollten. Weshalb es bis heute noch keine Gründung gegeben hat, liegt daran, daß die Industrie mit darüber entscheiden will, wann der Notstand ausgerufen wird und dementsprechend die gehorteten Rohstoffe freigegeben werden.

Wesentlich weiter sind in dieser Frage schon die USA, die schon seit Jahren strategische Vorräte angelegt haben, die Mitte 1980 sogar noch erheblich aufgestockt wurden.

Die Sollbestände von Titan und Wolfram, zwei militärisch wichtigen Metallen, und die Bestände an Naturkautschuk wurden drastisch angehoben. *„Die höheren Mindestreserven sind nach Angaben des Bundesamtes für Notfallmanagement darauf ausgerichtet, die USA einen dreijährigen konventionellen Krieg größeren Ausmaßes überstehen zu lassen“* („SZ“, 6.5.80).

Dafür sollen Rohstoffe im Wert von 18,7 Milliarden Dollar angeschafft werden, zusätzlich zu einer bestehenden Reserve im Wert von 13,5 Milliarden. Nach den neuen Bestimmungen sollen die USA künftig mindestens 195 000 Tonnen Titan und 850 000 Tonnen Naturkautschuk auf Lager haben. Ebenfalls angehoben werden die Sollbestände von Wismut, Jod und Opium. *„Unsere Opium-Anforderungen beruhen auf Schätzungen über die nach einem Nuklearangriff notwendigen Schmerzmittel“*, verkündete ein Sprecher dieses Bundesamtes. So sollen allein an Opium 60 000 kg eingelagert werden (ebd.).

### Der Imperialismus bereitet sich auf militärische Abenteuer vor

Im Gegensatz zu den ganz offenen Begründungen in den USA, wird in der BRD mehr auf verschleiernde Versionen gesetzt. Angefangen von angeblichen aktuellen Verknappungen bis hin zur drohenden „Strangulierung der Industrienationen“ reicht das Repertoire. Doch bekanntlich haben weder die OPEC noch die Rohstoff erzeugenden Staaten der Dritten Welt eigene Tankerflotten oder Armeen, mit denen sie dies auch nur im geringsten wahrmachen könnten. Diese Bevorratungsmaßnahmen zielen zusammen mit einer Vielzahl anderer militärischer Schritte darauf ab, die weitere ungehinderte Ausplünderung der Dritten Welt notfalls mit militärischer Gewalt sicherzustellen. In einem solchen Fall brauchen die Imperialisten natürlich ein gewisses Reservoir, mit dem eine Ausfallzeit überbrückt werden kann. Wenn der neue amerikanische Außenminister Haig fordert, *„auf die militärische Verteidigung des Zugangs zu Öl und anderen wichtigen Rohstoffen vorbereitet zu sein — wenn möglich gemeinsam mit den Verbündeten“* („SZ“, 14.1.81), heißt dies ja nichts anderes, als sich mit Gewalt das zu holen, was mit den „friedlichen“ Mitteln des Imperialismus nicht mehr möglich ist. Die Bevorratungsmaßnahmen in den imperialistischen Zentren dienen zu nichts anderem, als solche Kriege von der Versorgungslage her möglich zu machen.

**AKW-Nein-Kommission**

# Ein Flottenbesuch besonderer Art



500 Antimilitaristen demonstrieren in Bremerhaven

Bremerhaven. **Es sollte ein Flottenbesuch werden wie die „Seestadt Bremerhaven" schon viele erlebt hat. 14 Einheiten des „Ständigen Nato-Geschwaders Atlantik" waren angekündigt, das übliche Brimborium schon vorbereitet: Besichtigung der Schiffe durch die Bevölkerung, Empfänge, Sportwettkämpfe und dergleichen sollten Marine und Volk einander näher bringen. Doch es kam anders: Nicht Schiffe und Waffensysteme waren an diesem Wochenende die beherrschenden Themen, sondern die Aktionen der Bremerhavener Antimilitaristen.**

Schon das Einlaufen der Kriegsflotte gestaltete sich abwechslungsreicher als üblich: Die Schleuse war nämlich von 30 Kriegsgegnern besetzt, die der massenhaft vertretenen Polizei ein Schnippchen geschlagen hatten und den Zerstörern ein paar passende Parolen entgegenhielten. Nachdem die Schleuse trotz der drauf sitzenden Leute geöffnet worden war und die Polizei eine drohende Haltung einnahm, brach man/frau die Besetzung ab.

Am folgenden Sonnabend demonstrierten dann über 500 Menschen, ein für hiesige Verhältnisse be achtliches Mobilisierungsergebnis. Sie hatten sich ihr Demonstrationsrecht nicht streitig machen lassen; weder die massive Hetze in der Presse (Stichworte waren Brokdorf, der 6. Mai und die zahlreich erwarteten Bremer „Gewaltgruppen") noch die Drohungen der Polizei konnten die meisten von ihnen davon abbringen, ihren Protest gegen die Propagandaschau der Militärs auch dort anzubringen, wo sich der Adressat befand. Schon die Ankündigung der Demonstration hatte übrigens erreicht, daß die Besucherlaubnis für die Schiffe widerrufen worden war.

Ein riesiges Polizeiaufgebot – das größte in der Bremerhavener Nachkriegsgeschichte – war aufgeboten worden, um die befürchteten „Übergriffe" auf die Flotte zu verhindern. Mindestens drei voll ausgerüstete Hundertschaften samt Wasserwerfern und Wasserkanonen, Hundestaffeln, Räum- und Sanitätsfahrzeugen ließ der Senat aus Bremen anrollen; dazu kamen die Einsatzzüge der Bremerhavener Polizei, die deutsche und ausländische Militärpolizei, sowie eine ganze Heerschar von Spitzeln, Film- und Fototrupps, zivilen Greifern Die Innenstadt war zusätzlich mit starken Kräften „gesichert", die Krankanhäuser hatten Auftrag, erhöhte Aufnahmekapazitäten bereitzuhalten. *„Wenn's an's Eingemachte geht, hört die Toleranz auf"*, erkannte ein Lokalredakteur richtig den Zweck dieser Übung: zu verdeutlichen, daß die „Verteidigungsfähigkeit" auch bei der SPD den allerhöchsten Stellenwert besitzt. In einer am Morgen der Demonstration veröffentlichten Erklärung des Unterbezirksvorstands, die zu diesem Zeitpunkt auch von den Jusos mitgetragen wurde, die bis dahin die Demonstration mit vorbereitet hatten, hieß es, aus dem „klaren Bekenntnis zur Bundeswehr und zur NATO" müsse auch die „Gelegenheit zur Darstellung" folgen.

Der Anstoß zur Demonstration war von der „Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung" ausgegangen. Dies ist eine Gruppe, die aus der „Friedenswoche" im vergangenen Herbst entstanden ist. In ihr arbeiten mittlerweile Leute aus den verschiedensten Richtungen, von Kirchenkreisen über Jusos und DKP bis zur revolutionären Linken. Nach langen Diskussionen war hier Einigkeit über den Aufruf und die Gestaltung der Demonstration erzielt worden: Ziel der Demo sollte der Liegeplatz der Schiffe sein. Doch es kam wie es kommen mußte: Zwei Tage vor der Demonstration verlegten Jusos und DKP im Handstreich den Ort der Abschlußkundgebung 500 m von den Liegeplätzen weg und betonten gegenüber der Presse die strikte „Friedlichkeit" der Demo. Aber selbst das reichte den Jusos noch nicht. Sie distanzierten sich am Morgen der Demo zusammen mit dem SPD-Unterbezirksvorsitzenden insgesamt und vollständig und hießen *„die Schiffe und ihre Besatzungen herzlich willkommen"!* Einige Jusos beteiligten sich trotzdem. Die Erklärung wurde am Montag widerrufen, nachdem klar war, welch peinliche Blamage sie sich eingehandelt hatten.

Bleibt noch hinzuzufügen, daß die DKP'ler tatsächlich versuchten, die Demo vorzeitig zu beenden. Ihre „Abschlußkundgebung" wurde allerdings von den allermeisten nur als kleiner Zwischenhalt interpretiert, was einige DKP-Größen zum üblichen Gegeifer gegen „Provokateure und Krawallbrüder" veranlaßte. Insgesamt also reichlich Zündstoff für die kommende Diskussion in der Initiative.

**KB/Gruppe Bremerhaven**

## Frankreich:
# Die Linke und die Präsidentschaftswahlen

Drei Mitglieder linker Organisationen sowie vier Vertreter der Ökologiebewegung kandidieren bei den Präsidentschaftswahlen Ende April.

Darunter sind zwei trotzkistische Kandidaten: **Alain Krivine**, sogenannter Kandidat der „Arbeitereinheit", Mitglied der LCR (französische Sektion der IV. Internationale) sowie **Arlette Laguiller**, Mitglied der Gruppe „Lutte ouvriere" (LO). Ferner kandidiert für die PSU **Huguette Bouchardeau**.

Als Ökologen nehmen am ersten Wahlgang teil: **Brice Lalonde**, der im Unterschied zu Jean-Claude Delarue, Roger Garaudy und Maurice Chorifer von der Ökologiebewegung nominiert wurde.

Die Zersplitterung ist also groß, Bemühungen zu einer einheitlichen Kandidatur, ob für die Linken oder für die Ökologen, sind gescheitert und ohnehin nie mit großem Nachdruck betrieben worden. Die zwei trotzkistischen Kandidaten führen eine Kampagne durch, die sich quasi ausschließlich auf die Verteidigung ökonomischer Rechte beschränkt. Aus der Kampagne der LCR sind zum Beispiel bewußt solche Themen wie Kriegsgefahr, Aufrüstungspolitik des französischen Imperialismus, Atomenergie oder Frauenfrage ausgeklammert worden. Zentrale Forderung, bzw. zentraler Inhalt der LCR-Propaganda ist die Einheit von KPF und PS, die nach den Wünschen der LCR eine gemeinsame „Arbeiterregierung" bilden sollen.

Die Notwendigkeit, am ersten Wahlgang teilzunehmen, begründet Krivine wie folgt: „... *Das Ziel ist es, Bestandteil, gar Motor zu sein eines Kampfes im Land zur Niederlage der Rechten... Beim ersten Wahlgang geht es darum, eine alternative Kraft zu PS und KPF zu präsentieren, die sich auf den Ekel Hunderttausender von Menschen stützt, den Ekel im Zusammenhang mit dem Fiasko der Linksunion und des gemeinsamen Regierungsprogramms ...*" („Etincelle" Nr. 113). Darüber hinaus ist die LCR guter Hoffnung, daß sie im Rahmen ihrer Wahlkampagne 1.000 neue Mitglieder gewinnt.

Der Hauptunterschied zur Kandidatin der „Lutte Ouvrière" besteht in der Einschätzung der „Linksunion". LO macht keinen Hehl aus ihrer Meinung, daß — ob Giscard, ob Mitterrand — alles beim Alten bleiben würde, also „Jacke wie Hose" sei. A. Laguiller drückt es klar aus: „*Heute für die Linksunion zu kämpfen, bedeutet nichts anderes, als für die PS zu arbeiten und gegen die KPF. Meiner Meinung nach gibt es keine Gemeinsamkeiten zwischen den Interessen der Werktätigen und denjenigen der Führer der PS. ... Wir sind nicht der Meinung, daß die Aufgabe von Revolutionären darin besteht, die Versöhnung für ein Regierungsabkommen auf Kosten der Arbeiterklasse zu predigen...*" („Lutte Ouvrière", Nov. 80). Die LCR kritisiert diese Position als „ultralinks". Umgekehrt wirft LO der LCR vor, eine „Retrokampagne" zu betreiben, d.h. nostalgisch der Linksunion nachzutrauern.

Huguette Bouchardeau geht noch als einzige Kandidatin über die Frage der Arbeitslosigkeit, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche hinaus. Sie nimmt Stellung zu Fragen wie Atomenergie (wo sie Volksumfragen und sofortigen Stopp jedes weiteren AKWs vorschlägt), zur „Dritten Welt" bzw. zum französischen Imperialismus (Beendigung des Wettrüstens, atomwaffenfreie Zone), oder auch zu Frauenforderungen ebenso wie zur Frage der demokratischen Rechte und Freiheiten. Außerdem propagierte sie eine der PSU teure Idee, die der Selbstverwaltung, womit sich ein PSU-Kongreß noch in diesem Monat ausschließlich beschäftigen wird.

Insgesamt scheint allerdings die Wahlkampagne, ob von der LCR, von LO oder von der PSU, ohne großen Elan und Enthusiasmus geführt zu werden, so daß sich tatsächlich leider nicht viel mehr dazu sagen läßt als in diesen paar Zeilen.

Bevor kurz die Ökologen vorgestellt werden, einige frühere Ergebnisse ökologischer Kandidaturen bei französischen Wahlen:

1974 bekam René Dumont 337.800 Stimmen (1,32 %); bei den Gemeindewahlen 1977 erhielten die Ökologen zwischen 400.000 und 500.000 Stimmen in Städten mit über 30.000 Einwohnern. 1978 bei den Parlamentswahlen erhielten sie 621.100 Stimmen, d.h. 2,14 %. Schließlich bekamen sie bei den Europaparlaments-Wahlen 891.683 Stimmen, also 4,38 %.

1978 bei den Parlamentswahlen wurde eine Umfrage zum politischen „Profil" ihres Wählerpotentials durchgeführt: 40 % der „Ökologie-Sympathisanten" begreifen sich (laut Umfrage) als „links", 36 % als dem Zentrum nahestehend und 16 % als „rechts" („Le Monde", 18.12.80).

Brice Lalonde, Kandidat der Bewegung „Freunde der Erde", will seine Wahlkampagne auf fünf Punkte konzentrieren:

„*Erstens die Beziehungen zu den armen Ländern. Unserer Meinung nach ist dies eine der Hauptfragen heute... Zweitens die Frage des Verschwindens der Ressourcen, insbesondere der lebendigen Ressourcen, ob der tierischen oder pflanzlichen Ressourcen... Drittens die Frage, die die Parteien immer mit 'Arbeitslosigkeit' bezeichnen, und die wir als Verschwenden der Arbeit bezeichnen... Unsere Antwort darauf steht im Gegensatz zu derjenigen der großen Parteien, die immer mehr Industrie wollen. Wir wollen immer weniger Industrie... Viertens die Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen oder der sozialen Integration... Schließlich die Frage der technokratischen Machtstrukturen... Diese Macht drückt sich ... in den Massenmedien, im Waffenverkauf, in der Atomenergie aus... Die politische Szene beschränkt sich immer auf den Gegensatz Arbeitnehmer/Arbeitgeber, als ob es der einzige Gegensatz sei.*"

Dagegen meint B. Lalonde, ein Hauptgegensatz in unserer heutigen Gesellschaft sei der Widerspruch „Produzierende/Nicht-Produzierende" (?); daher müsse eine Bewegung der „Konsumenten" aufgebaut bzw. verbreitet werden („Tumultes" Nr. 3, Dez. 80). Einen ähnlichen Gedanken verteidigt Kontrahent Jean-Claude Delarue, selbsternannter Ökologie-Kandidat. Er will die Bedingungen schaffen für eine „*gemeinsame Front der Ökologisten und Verbraucher*" („Le Monde", 18.12.80).

Auch hier werden „die großen Fragen der Zeit" kaum angesprochen — eine Auseinandersetzung findet ebenfalls nicht statt, sei es mit den linken Kandidaturen oder mit den Parteien der Linksunion. Die Vorstellungen von Maurice Chorifer sind unbekannt.

Schließlich zur Kandidatur von Roger Garaudy und zu seiner Person: R. Garaudy, Philosophie-Professor, trat 1933 der KPF bei, 1945 wurde er Mitglied im ZK. Von 1945 bis 1951 und von 1956 bis 1958 war er Abgeordneter der KPF in der französischen Nationalversammlung. Von 1951 bis 1955 war er Korrespondent der „Humanité" in der Sowjetunion. Von 1956 bis 1970 gehörte er dem Politbüro der KPF an. 1970 wurde er aus der KPF ausgeschlossen.

„*Meine dringendste Empfehlung für die Zukunft besteht in der Infragestellung des Ziels, das heißt in der Infragestellung des Modells blinden Wachstums... Keinesfalls dürfen wir das prohpetische Moment in der Politik außer Acht lassen. Der Prophet ist das Gegenteil des Technokraten. Während der Technokrat immer nur die Frage des 'Wie' stellt, kommt es dem Propheten auf das 'Warum' an....*

*Der neue Ausgangspunkt ist nicht das ‚Ich', sondern das ‚Wir', und nicht der ‚Gedanke', sondern die ‚Liebe'. So müßte es richtig heißen: ‚Wir lieben und daher sind wir'*" (statt Descartes' These: „Ich denke, und daher bin ich"; Anm. Ak). Diese und ähnliche Gedanken (zum Beispiel seine Bewunderung für Mahatma Gandhi, zum Beispiel seine Überzeugung, daß transzendentale — grenzüberschreitende — Ausdehnung der Religion und ähnliches das Fundament für revolutionäre Handlungen bilde) teilte Garaudy seelenverwandten Journalisten der („alten") „Pardon" mit („Pardon", Nr. 4/80).

Garaudy hat nun einen „Aufruf an die Lebenden" zum Auftakt seiner Wahlkampagne veröffentlicht. „*Werden die heute geborenen Kinder, bis sie 50 Jahre alt sind, leben können? ... Bestimmt nicht, wenn wir unser heutiges System ökonomischen Wachstums und unser politisches Regime beibehalten*". Garaudy tritt nicht für Nullwachstum ein, sondern für ein „*menschliches Wachstum, ... wo jedes Kind, das in sich den Geist Mozarts trägt, auch ein Mozart werden kann*". Der Weg dazu führt laut Garaudy über die Entwicklung neuer Technologien, die Absage an die Atomenergie, die Rekonvertierung des Steuersystems, die Aufwertung der Löhne und die Dezentralisierung. Mit den „*maskulinen*" (männlichen) Werten, die sich in „*militärischen und ökonomischen Konkurrenzen*" ausdrückten, soll Schluß gemacht werden — stattdessen sollen alle lernen, „*feminin zu leben*" („Appel aux Vivants", veröffentlicht in „Le Monde" 21.1.81). Der Mann drückt sich ja noch klarer aus als Bahro!

Schließlich sei noch kurz die Position einer nicht kandidierenden Organisation erwähnt, die der OCT. „*Was sollen wir in dieser Situation tun? Uns enthalten? Die Beteiligung an diesem Zirkus verweigern? Mitspielen und den Clown Coluche wählen? Oder aufrufen, für die Linken abzustimmen, gegen den Strom des Dogmatismus und Sektierertums zu schwimmen und die Einheit zu verteidigen?*"

Die OCT-Genossen/innen haben sich mehrheitlich für die Devise entschieden: „*Links von der Linksunion wählen beim ersten Wahlgang. Beim zweiten Wahlgang: Alle gegen die Rechten*". Während der Wahlkampagne will die OCT folgende Schwerpunkte propagieren:

— Gegen die Krisen- und Sparpolitik;
— Gegen den Autoritarismus des Regimes, für die Verteidigung der freiheiten;
— Stop dem Atomenergieprogramm;
— Für die Selbstorganisierung der Frauen, Unterstützung des Kampfes der Frauen für ihre Befreiung;
— Totale Gleichberechtigung ausländischer und französischer Arbeiter, für die Selbstorganisierung der Ausländer/innen;
— Gegen Imperialismus und Militarisierung.

Erwähnt muß noch werden, daß die OCT die einzige Organisation gewesen ist, die versucht hat, sich für eine einheitliche Kandidatur der Linken einzusetzen.

**Frankreich-Kommission**

# »Bombardiert das Hauptquartier!«

**Verschiedentlich haben wir im AK über oppositionelle Stimmen innerhalb der KPF berichtet. Bislang gab es, alles in allem drei Hauptströmungen: diejenigen, die von innen heraus die KPF-Führung kritisieren; diejenigen, die aus der KPF austreten; diejenigen, die eine Einheitsstrategie mit anderen Kräften der Linken verfolgen („*Einheit im Kampf*"). Nun hat sich eine vierte Strömung konstituiert, die das Ziel verfolgt, die Führung der KPF zu stürzen und die Partei neu aufzubauen. Ca. 60 Menschen, unter denen sich zum Teil ex-KPF-Mitglieder befinden, haben am 26. Februar einen entsprechenden öffentlichen Aufruf verfaßt, den wir hier dokumentieren.**

## „Die Partei kann nicht länger von einer kleinen Führungsgruppe beschlagnahmt werden"

*„Die französische Arbeiterbewegung erfährt heute eine neue Krise. Die KPF, wesentlicher Bestandteil dieser Bewegung, ist von dieser Entwicklung voll betroffen.*

*Die Ablehnung ihrer Führung, eine Grundsatzdiskussion zu eröffnen, eine kritische Aufarbeitung der vergangenen Erfahrungen zu unternehmen, eine neue Politik zu initiieren, die eine Einheit wieder herstellen könnte, verstärkt nur die aktuelle Sackgassen-Situation.*

*Die relative Isolierung der Kommunistischen Partei innerhalb der französischen Gesellschaft, ihr ökonomistischer und sektiererischer Rückzug hindern sie daran, ihre Aktivistenrolle in der Massenbewegung wahrzunehmen.*

*In der jüngsten Vergangenheit führte es sie dazu, Positionen zu beziehen, die einen Bruch mit dem Internationalismus bedeuten, und eine Politik gegenüber den ausländischen Arbeitern zu praktizieren, die im totalen Widerspruch zu den Prinzipien der Arbeiterbewegung steht.*

*Dieser Entwicklung muß ein Ende gesetzt werden.*

*Die Unterzeichnenden dieses Aufrufs haben alle, in unterschiedlichen Funktionen, an den Aktivitäten der kommunistischen Bewegung teilgenommen bzw. nehmen weiterhin daran teil.*

*Einige unter ihnen waren, in entscheidenden Phasen ihrer Geschichte, Mitglieder ihrer Führungsorgane. Sie gehören allen Generationen an, die die Kommunistische Partei gemacht haben, und wenn ihre Positionen in den politischen Kämpfen der Vergangenheit unterschiedlich gewesen sein mögen, so drücken sie heute gemeinsam einige Grundpositionen aus.*

*Das Land ist heute mit wichtigen Wahlterminen konfrontiert. Dennoch, über den Wahlausgang hinaus, bleiben die Grundprobleme der Arbeiterbewegung bestehen. Die Unterzeichnenden dieses Aufrufs wollen alles tun, was in ihrer Kraft steht, um Giscard d'Estaing zu schlagen und den Sieg des Kandidaten der Linken zu garantieren, wie er durch das allgemeine Wahlrecht bestimmt sein wird.*

*Sie wissen aber auch, daß Hundertausende von Frauen und Männern, die sich mit dem kommunistischen Gerechtigkeits- und Freiheitsprojekt identifizieren, sich Fragen über die Zukunft unserer Bewegung stellen. Ohne irgendeine Ersatzstrategie irgendjemandem aufzwingen zu wollen, die sich ohnehin nur in der freien Auseinandersetzung und in der Massenaktion entwickeln kann, wollen die Unterzeichner für vier Hauptprinzipien eintreten.*

*In unserem Land ist nichts möglich ohne die Einheit der gesamten Arbeiterbewegung, ist nichts möglich ohne das Zusammenwirken der Kämpfe aller sozialen, antikapitalistischen Schichten und der Arbeiterbewegung. Fundamentale Änderungen Politik erfordern qualitativ höhere Einheitsformen als die Einheit der Parteien der Linken. Sie erfordern innerhalb der gesamten Gesellschaft die Konstituierung eines wirklichen Einheitsgewebes, das nicht bei der ersten Gelegenheit auseinanderreißt. Dazu muß in den täglichen Kämpfen der Werktätigen der Wunsch nach Einheit verankert werden, wie er sich auch bei jedem Wahltermin ausdrückt. Jede andere Politik würde der revolutionären Klassenbestimmung des französischen Kommunismus den Rücken kehren.*

*Mit der aktuellen Ablehnungspolitik, die im Widerspruch zu den gemeinsamen Aktionen an der Basis steht, muß Schluß gemacht werden. Sie verschärft das Abblocken der Situation und erlaubt nur ein Manövrieren auf Generalstabsebene.*

*Es sind die Massen, die die Geschichte machen, und nicht nur die Parteien, die sie vertreten wollen. Daher muß jeder autoritären Versuchung gegenüber den Organisationen, die sich in den täglichen Kämpfen herausbilden, aus dem Weg gegangen werden. Die französische Gewerkschaftsbewegung hat eine Unabhängigkeitstradition, die Kommunisten wie ihren Augapfel hüten sollten, um ihren Pluralismus und demzufolge ihre Schlagkräftigkeit zu garantieren.*

*Machtvolle Bewegungen haben sich seit 1968 entwickelt, zum großen Teil außerhalb der Initiative der Arbeiterbewegung, wie sie heute existiert: so z.B. die Jugend- und Studentenbewegung, so z.B. die Ökologiebewegungen und insbesondere heute die Bewegung zur Befreiung der Frauen, deren historische Tragweite für jedes revolutionäre und demokratische Umwälzungsprojekt der Gesellschaft fundamentale Bedeutung hat. Die Respektierung der Autonomie dieser Bewegungen ist eine wesentliche Bedingung. Die tiefgreifenden Restrukturierungen des kapitalistischen Weltsystems stellen die Gesamtheit der Gesellschaft in Frage, einschließlich der Klassenverhältnisse. Ohne eine seriöse Analyse und ohne eine entsprechende Strategie ist die Herausarbeitung einer tatsächlichen politischen Lösung, die als Bedingung die Intervention der konsequentesten Elemente innerhalb des sozialen Kampfes hat, unmöglich.*

*Die innere Krise der industriell entwickelten kapitalistsichen Welt, die Aktion der Völker der „3. Welt", die wachsenden Widersprüche innerhalb derjenigen Versuche, die sich auf den Sozialismus berufen, haben neue Möglichkeiten hervorgebracht. Die Konfrontation von Blöcken, die ideologisch, wirtschaftlich und politisch verbunden sind, wird tendenziell ersetzt durch eine Welt mit mehreren Polen, die den dauerhaften Erfolg origineller sozialistischer Experimente ermöglichen könnte.*

*Das polnische Volk ist auf dem Weg dieser Erforschung, die noch schwach und vielfach bedroht ist. Der Machtantritt von Reagan in den USA, der die Gefahren des Wettrüstens und des Kalten Krieges verschärft, macht den Aufbau eines blockunabhängigen Frankreichs nur noch dringlicher. Wenn die französische kommunistische Bewegung an der Organisierung der antiimperialistischen Solidarität und des Kampfes für den Frieden teilhaben will, muß sie jede wie immer geartete Unterwerfung unter die Politik des sowjetischen Staates abstreifen. Sonst wird sie unfähig sein, die wahren Interessen der Arbeiterklasse und des Volkel Frankreichs zu verteidigen. Sonst wird sie unfähig sein, die Wege eines neuen Internationalismus, ohne Unvereinbarkeiten, zu erforschen.*

*Schließlich betonen die Unterzeichnenden, daß keine einzige Strategie Erfolgschancen haben wird ohne die volle Wiederherstellung der Demokratie innerhalb der Arbeiterbewegung. Nur die zensurlose Debatte, nur die freie Meinungsäußerung, nur die Äußerung von Hypothesen, die notwendigerweise widersprüchlich sind, ermöglichen einen Ausweg aus der heutigen Sackgasse. Jedes andere Verhalten trägt zur Sterilisierung der wesentlichen Kräfte der Bewegung bei.*

*Von daher werden auch einige Schäden wiedergutgemacht werden müssen, die seit einem Dutzend Jahren durch Methoden verursacht wurden, die im Gegensatz zur Demokratie stehen, die im Gegensatz zur Freiheit jedes Kommunisten stehen.*

*Die Partei kann nicht länger Eigentum einer kleinen Führungsgruppe sein.*

*All denjenigen, die eine Umwälzung wollen, muß die Hoffnung wiedergegeben werden!"*

### Unterzeichner/innen

Alexandre Adler, Historiker; Georges Allombert, Psychologe, ex-Mitglied des nationalen Komitees der UEC (Vereinigung kommunistischer Studenten); Michel Barak, Historiker; Jean-François Botrel, Soziologe; Georges Boudarel, Antikolonialistischer Militant in Vietnam; Henri Boyer, Linguist; Robert Brecy, ex-Direktor des KPF-Verlags „Editions Sociales", ex-Mitglied des Büros der Pariser KPF-Föderation, ex-Mitglied der Ideologie-Sektion des ZK; Pierre Brocheux, Historiker; Jean Bruhat, Historiker, 50 Jahre KPF-Mitgliedschaft; Raymond Charpiot, Gewerkschaftsführer; Georges Cadiou, Journalist; Agnes Cattaneo, Lehrerin; Jean Chaintron, ex-Kämpfer der Internationalen Brigaden, unter dem Vichy-Regime zum Tode verurteilt, ex-Mitglied des ZK, ex-Präfekt bei der „Libération", heute Abgeordneter; Dr. Henri Chrétien, ex-Arzt bei den Internationalen Brigaden, 50 Jahre Parteimitgliedschaft; Cathérine Clément, Schriftstellerin, Journalistin; Jean-Louis Cohen, Städteplaner, ex-Mitglied des Redaktionskomitees von „Nouvelle Critique"; Cathérine Coquery-Vidrovitch, Historikerin; Cueco, Maler; Paul Delanoue, ex-Präsident der Internationalen Föderation der Lehrergewerkschaften; Jacques Debouzy, ex-Sekretär der Uni-Angestellten-Gewerkschaft SNE-Sup; Jacques Donato, Linguist; Roger Dosse, Journalist, Rechtsanwalt; Marcel Drach, Ökonom, ex-Mitglied der Ökonomie-Sektion des ZK; Yvon Dupré, Veteran der Partei, Antikolonialistischer Militant in Algerien; Yvon Duroux, Soziologe, ex-Mitglied des Redaktionskollektivs von „Nouvelle Critique"; René Gallissot, Historiker, ex-Mitglied der Leitung des CERM (Marxistisches Studien- und Forschungszentrum); Maurice Godelier, Soziologe, ex-Mitglied der Ökonomie-Sektion des ZK; Jan-Marc Gayman, Historiker, ex-Mitglied des Maurice-Thorez-Instituts; Eugène Guillevic, Poet, Ökonom, ex-Mitglied der Ökonomiesektion des ZK; Francis Halbwachs, Physiker; Daniel Hémery, Historiker; Raymond Jean, Schriftsteller; Christian Kérivel, Ökonom; ex-Mitglied der Ökonomie-Sektion des ZK; Maurice Kriegel-Valrimont, einer der drei Mitglieder der nationalen Befehlsgebung der FFI (Widerstandsarmee), ex-Generaldirektor von „Action Nouvelle", ex-Direktor des Pressebüros der KPF, Abgeordneter; Jean-Pierre Lecointre, Journalist, ex-Mitglied der Zeitschrift „Démocratie nouvelle"; Serge Lesou, Druckarbeiter; Serge Lewish, ex-Mitglied des Büros der UEC (s.o.), Sorbonne-Sektion, Mitarbeiter der Ökonomie-Sektion des ZK; Robert Lamblin, Philosoph; Pierre Li, ex-Korrespondent der „Humanité" in Warschau; Anne-Cathérine Lochard, feministische Militantin, Mitbegründerin von „Elle voient rouge"; Lise London, ex-Deportierte, 50 Jahre Parteimitgliedschaft; Béatrice

*Fortsetzung nächste Seite*

# Nach Coparnic nichts Neues ...

Am 3. Oktober vergangenen Jahres explodierte eine von Faschisten gelegte Bombe vor einer Pariser Synagoge in der Rue Copernic.

Vier Menschen wurden ermordet, zehn schwer verletzt.

Einige Tage später bekam die Verwaltung der Synagoge der Rue Copernic erneut Drohbriefe, unterzeichnet von einem „Kommando Mario Tuti". Die Serie der faschistischen Aggressionen hat seitdem nicht nachgelassen.

### Faschistische Aggressionen vom Oktober '80 bis Januar '81

5.10.80: Ein jüdischer Marokkaner wird im Zug Paris-Enghien angegriffen; die Synagoge von Saint-Dié (Vogesen) wird mit Hakenkreuzen beschmiert; der Laden eines jüdischen Händlers in Romilly-sur-Seine wird geplündert.

6.10.80: Die Wohnung eines Juden in Nizza wird verwüstet; Inbrandsetzung des Trigano-Büros in Paris; Granaten werden auf eine antirassistische Demonstration in Nizza geworfen; antisemitische Parolen auf dem Bahnhof in Nizza; Molotow-Cocktails gegen einen jüdischen Laden in Fontaines.

7.10.80: Eine Bombe wird vor dem Geschäft einer jüdischen Händlerin in Marseille gefunden.

8.10.80: Ein junger Jude wird in Lyon angegriffen.

8.-9.10.80: Versuch einer Inbrandzung des Autos des KPF-Bürgermeisters von Le Mans.

11.10.80: Ein Araber wird während eines Angriffs in Lyon verletzt.

12.10.80: Eine Bombe wird im Wagen eines Juden in Goussainville entdeckt.

15.10.80: Antisemitischer Angriff in der Pariser Universität Tolbiac.

16.10.80: Molotow-Cocktail gegen einen marokkanischen Laden in Paris; Mordversuch gegen J.-P. Bloch (Präsident der „LICRA").

17.10.80: Schändung der Synagoge und des jüdischen Friedhofs in Grosbliederstroff; rassistische Schmierereien in der Siedlung von Annemasse.

17.-18.10.80: Telefonische Drohungen gegenüber den Verantwortlichen der Bewegung „Informationen für die Rechte der Soldaten".

14.10.80: Schuß auf das Wohnheim afrikanischer Arbeiter in Puteaux.

21.-22.10.80: Antisemitische Schmierereien in Longwy.

27.-28.10.80: Neonazi-Schmierereien in einer Schule in Marseille; Bombenalarm.

29.10.80: In einer Pariser Metrostation wird eine junge Frau „semitischen Aussehens" angegriffen; zwei Schüler einer israelitischen Schule in Marseille werden verletzt.

30.10.80: Attentatversuch gegen einen jüdischen Arzt in Montrouge; ein jüdischer Student wird von Faschisten in Paris verletzt.

4.11.80: Schüsse auf eine jüdische Schule in Paris; Fallschirmjägeraktion beim Filmfestival in Marseille.

5.11.80: Überfall auf ein Schwulen-Kino in Paris durch eine Gruppe von 20 Neonazis.

11.11.80: Inbrandsetzung eines KPF-Büros in Paris.

12.11.80: Hakenkreuze auf den Wänden der Wohnung eines ehemaligen Widerstandskämpfers in Roanne.

13.11.80: Molotow-Cocktail gegen ein Ausländer-Wohnheim in Paris; FANE-Schmierereien an der ehemaligen Wohnung des prominenten Trotzkisten Alain Krivine.

14./16.11.80: Drohbriefe an Alain Krivine.

14.11.80: Attentat auf eine linke Buchhandlung in Paris.

15.11.80: Antisemitische Schmierereien der FANE in Clichy.

15.-16.11.80: Überfälle in Paris auf Linke, die Flugblätter verteilen.

21.11.80: 13 Männer in Kampfuniform, SS-Lieder singend, bedrohen das Publikum eines Lokals in Toulouse.

24.11.80: Ein Portugiese wird in Schiltigheim angegriffen. Das Auto eines Arbeiters von der Elfenbein-Küste explodiert in Lyon.

25.11.80: Zwei Menschen (Ehepaar Dowek) werden ermordet, ein Verletzter.

27.11.80: Eine Bombe explodiert vor einem afrikanischen Geschäft in Paris; 20 Faschisten greifen eine Pariser Uni (Tolbiac) an, 5 Verletzte.

29.11.80: Morddrohungen gegen den Präsidentschaftswahlkandidaten Coluche; vor einer islamischen Buchhandlung wird eine Bombe entdeckt (Paris).

1.12.80: Überfall auf einen Juden in der Pariser Assas-Uni.

4.12.80: 40 Menschen überfallen eine pro-palästinensische Veranstaltung in Paris.

Mitte Dezember: Drohungen gegen Parlamentarier des Departement der Haute Loire.

15.12.80: 40 Faschisten organisieren einen Überfall in der Uni von Nanterre, 20 Menschen werden verletzt.

25.12.80: Ein jüdischer Professor wird in Straßburg überfallen.

31.12.80: Ein Algerier wird in Belfort überfallen.

Ende Dezember: Antisemitische Schmierereien in Bordeaux.

3.1.81: Inbrandsetzung eines KPF-Büros in Paris.

4.1.81: Steine gegen die Scheiben der Zeitung „Nouvelles d' Orléans" in Orléans; Naziparolen in Chambéry.

10.1.81: Granate gegen ein Kino in Paris.

11.1.81: Schändungen von jüdischen Gräbern in Rosny-Sous-Bois; antisemitische Schmierereien in Clichy.

12.1.81: Eine Bombe explodiert neben Alain Krivine; Molotow-Cocktails gegen zwei Pariser Kinos, wo die „Schlacht von Algier" vorgeführt wird.

15.1.81: Antisemitische Schmierereien in einer Siedlung in Villeurbanne.

16.1.81: Hakenkreuze in Martigues; Hakenkreuze in Paris.

20.1.81: Versuch einer Inbrandsetzung eines KPF-Büros in Saint-Maur.

21.1.81: Überfall auf eine LCR-Veranstaltung, wo Krivine spricht, in Auxerre.

26.1.81: Ein faschistisches Kommando überfällt türkische Hungerstreikende in Straßburg.

27.1.81: Linke Plakatkleber werden in Paris überfallen.

### „Ermittlungen, sagten Sie?"

Marc Frederiksen, ex-Chef der faschistischen Terrorgruppe FANE, wurde, wie schon im AK berichtet, am 17.10.80 zu 18 Monaten Knast, davon 12 mit Bewährung, verurteilt. Er befindet sich allerdings nach wie vor in Freiheit; seit dem 16.12.80 ist er lediglich unter „polizeilicher Kontrolle". Das heißt, er muß sich bei den Kollegen regelmäßig blicken lassen.

Henri-Robert Petit, Chef der Nachfolgeorganisation der FANE, „FNE", hat einen Prozeß wegen „Provozierung zum rassischen Haß und zur Diffamierung bestimmter Personengruppen" — allerdings noch ergebnislos ...

Jean-Pierre Bataille, ein VS-Inspektor, der seine Informationen an die „FANE" weitergab, ist am 19.9.80 aus der Polizei entlassen und am 18.12.80 zu zwei Jahren Knast, davon neun Monate mit Bewährung, verurteilt worden, wegen „Verrat des Berufsgeheimnisses" ...

Paul-Louis Durand, ebenfalls Polizeiinspektor, ebenfalls Mitglied der FANE, Mitglied auch der „WACL" Antikommunistische Weltliga) und im Zusammenhang mit dem Bologna-Attentat bekannt geworden, ist im August '80 von seinen Funktionen suspendiert und im September aus der Polizei endgültig ausgeschlossen worden. Von einem Prozeß gegen ihn ist nichts bekannt.

Seit September 80 sieht die antifaschistische staatliche „Repression" so aus:

- Aufgrund der antisemitischen Attentate von Ende September 80 sind 19 Faschisten erstmal festgenommen worden; nur drei von ihnen wurden verurteilt wegen illegalen Waffenbesitzes (zwei zu Geldstrafen, der andere zu 6 Monaten Knast).
- Am 30.9.80 unternahm die Polizei eine sogenannte „Großfahndung" in Nizza gegen Faschisten aufgrund von vermehrten Drohbriefen gegen jüdische Bewohner der Stadt; sieben Mitglieder der ex-FANE wurden festgenommen, fünf wieder freigelassen.
- Ein Arbeiter in Longwy wurde am 23.10.80 festgenommen wegen Hakenkreuz-Schmierereien.
- Drei junge Faschisten wurden ebenfalls am 23.10.80 in Romilly-sur-Seine festgenommen wegen Plünderung eines jüdischen Ladens.
- Nach dem Überfall auf eine Solidaritätsveranstaltung mit dem palästinensischen Volk in Paris wurden vier Minderjährige in Untersuchungshaft gebracht.
- 27 Faschisten wurden nach dem Überfall auf die Uni von Nanterre festgenommen; nur drei blieben in Haft.
- Ein Faschist wurde verhaftet am 8.1.81 wegen Überfalls auf einen jüdischen Autofahrer in Paris.
- Sechs Faschisten wurden im Dezember 80 in Nizza zu Gefängnisstrafen zwischen 2 und 6 Monaten wegen antisemitischer Schmierereien verurteilt.

Was im übrigen der französische Staatsicherheitshof zu den Hintergründen des Attentates in der Rue Copernic ermittelt oder nichtermittelt hat, bleibt weiterhin sein süßes Geheimnis.

**Frankreich-Kommission**

## Die Linke und die Präsidentschaftswahlen

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

Longuenesse, Philosophin, ex-Mitglied des Redaktionskomitees von „Nouvelle Critique"; Christian Maes, Bürgermeister von Tourcoing; Nicole Maillard, ex-Mitarbeiterin bei „Democratie Nouvelle"; Pierre Mania-Teruel, ex-Deportierter in Buchenwald; Jean-Louis Mingalon, Journalist; Jean Menanteau, Journalist; Paul Noirot, Journalist, Ex-Deportierter in Buchenwald, Ex-Mitglied der Ideologie-, Außenpolitik- und Ökonomie-Sektionen des ZK, Chefredakteur von „Démocratie Nouvelle", Mitbegründer der Zeitschrift „Economie et Politique"; Claudine Normand, Linguistin; Roger Pannequin, ex-Mitglied des ZK, ex-Mitglied der Organisationskommision des ZK, ex-Verantwortlicher der FTP (französische Partisanen) für das Département Pas-de-Calais, ex-Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung von Lille, ex-Mitglied des ZK; Marc Peyrnet, ex-Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung von Lyon; Denis Peschansky, Historiker; Fréderic Ricol, 50 Jahre Parteimitgliedschaft; Yves Roucaute, Soziologe, ex-Mitglied der nationalen Leitung der UNEF (Kommunistische Studentenvereinigung), Sekretär der UEC(s.o.)-Sektion an der Sorbonne; Cécile Roudier, Journalistin bei der „Humanité", Kandidatin der KPF bei den Parlamentswahlen 1978; Jean-Pierre Sebort, Ökonom, ex-Verantwortlicher der UEC; Olivier Schwartz, ex-Mitglied des Redaktionskomitees der „Nouvelle Critique"; Gilbert Souchal, Journalist, ex-Leiter der Politik-Abteilung bei der „Humanité", ex-Chefredakteur der kommunistischen Tageszeitung „Les allobroges", ex-Chefredakteur der KPF-Presseagentur (UFI); Antoine Spire, Universitätsprofessor, Mitglied der Leitung der „Editions Sociales"; Peggy Ines Sultan, Mitbegründerin von „Elles volent rouge", feministische Militantin; Jacques Texier, Soziologe, ex-Leitungsmitglied des CERM (s.o.); Christian Topalov, ex-Mitglied der Sektion „Lebensqualität" des ZK; Nicole-Edith Thevenin, Philosophin, feministische Militantin, Mitbegründerin von „Elles volent rouge"; Didier Thibaut, Stadtrat in Lille; Monique Vial, Psychologin; J.-C. Vigato, Architekt, Professor an der Architektur-Schule von Nancy; Jean-Pierre Vigier, Physiker, ex-Mitglied des nationalen Generalstabs der FFI, Attaché im Kabinett von De Lattre de Tassigny, ex-Mitglied des ZK, Sekretär beim Vietnam-Russell-Tribunal; Robert Vion, Linguist.

# Einige Hintergründe zum Putschversuch in Spanien




Daß der (vorerst) gescheiterte Putsch vom 23. Februar massive Unterstützung nicht nur in Militärkreisen und der „Guardia Civil" (paramilitärische Polizei) hatte, sondern ebenso in zivilen Kreisen, und daß dieser Staatsstreich von langer Hand und offenbar recht detailliert geplant war, wird durch die Recherchen zahlreicher Presseorgane immer belegbarer. So veröffentlichte die Madrider Wochenzeitschrift „Sábado Gráfico" einen Artikel über die Vorgeschichte des bewaffneten Überfalls auf das Parlament: Demnach wurde schon im Oktober letzten Jahres auf einer Sitzung von 26 Personen (ausschließlich Nicht-Militärs) der Entschluß gefaßt, einen Putsch zu unterstützen.

In einer Wohnung in der Avenida Islas Filipinas in Madrid berieten diese Herrschaften am 17. Oktober über die Maßnahmen, die bei einem Putsch einzuleiten wären. Namen der Beteiligten an dieser Runde werden in dem Artikel leider nicht genannt. Jeder der Anwesenden sollte prüfen, mit welchen absolut vertrauenswürdigen Personen in den jeweiligen Provinzen im Falle eines Putsches zu rechnen wäre.

Zur Finanzierung des Putsch-Projekts wurde der Plan, die von der ETA erpreßten baskischen Industriellen Olarra und Alcorta anzusprechen, fallengelassen. Stattdessen sollten die Familien Urquijo und Oriol (zwei hohe Militärs dieser Familien wurden vor ca. zwei Jahren von der GRAPO entführt) zwecks Einrichtung eines Fonds für die ersten Ausgaben angesprochen werden. Es gab laut „Sábado Gráfico" auch Überlegungen, den Fonds für die Fußballweltmeisterschaft '82 in Spanien zu „beschlagnahmen" und die Weltmeisterschaft abzusagen.

Bei dem Treffen wurde auch besprochen, sechs Tageszeitungen (u.a. „El Pais", „Cambio 16", „Sábado Gráfico"...) vorübergehend zu schließen, sowie alle leitenden Chargen in Fernsehen und Rundfunk abzusetzen.

Nach dem Putsch sollte eine „Nationale Junta für Zivilverteidigung" gebildet werden (es werden sieben Namen von bekannten Faschisten genannt, u.a. Blas Pinar, Führer der Terrororganisation „Fuerza Nueva").

Außer dieser „zivilen" Junta sollte es eine gemischte aus Militärs und Nicht-Militärs geben. Diese gemischte Junta sollte sofort die Anerkennung im Ausland suchen und zwar in Portugal, den Philippinen, Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien, Paraguay und last not least beim Heiligen Papst.

Die Aufgaben der Junta wurden so beschrieben: Außer Bewachung bestimmter zentraler Einrichtungen gehe es um die „*Erleichterung der Festnahme von Mitgliedern und Sympathisanten von linken Organisationen*", „*die Reinigung Madrids von Drogenabhängigen und Krawallmachern*", „*nächtliche Bewachung der Straßen*", „*Verhaftung linker Studentenführer*", „*Razzien verschiedener Art in Lokalen und öffentlichen Gebäuden*", „*Bildung einer Kommission, die für die Verhafteten zuständig ist*" und einer weiteren, die das beschlagnahmte Material auswertet („Sábado Gráfico", zitiert nach „Diario 16", 5.3.).

Nach dem zitierten Artikel war der Putsch für den 2. Mai geplant. Er fand aus besonderen Anlässen und wegen falschen Berechnungen schon am 23. Februar statt, als die Koordinierung noch nicht ausreichend abgeschlossen war.

Ein zweites Putsch-Zentrum verbirgt sich hinter dem Decknamen „Almendros" (Mandelbäume — der Putsch sollte stattfinden, wenn die Mandelbäume blühen...). Die Identität der Faschisten, die sich hinter diesem Namen verbergen, ist bisher offensichtlich dem um Enthüllungen bemühten Teil der spanischen Presse nicht bekannt. Unter dem Pseudonym „Almendros" erschienen in der profaschistischen Tageszeitung „Alcázar" (ehemalige Zeitung des „Movimiento") drei Artikel, die zur Zeit von der Staatsanwaltschaft untersucht werden. Ihr Inhalt ist eindeutige Putschvorbereitung. Neben diesen Artikeln werden auch andere, evtl. verschlüsselte Nachrichten untersucht, denn es steht fest, daß die Zeitung ein, wenn nicht sogar das Verständigungsmittel zwischen den Putschisten war.

### Die „Almendros"-Artikel

Die Zeitung „Alcázar" erschien am Tag vor der Besetzung des Parlaments mit einem Titelbild, das nebenstehend abgedruckt ist. Zwei Drittel der Titelseite zeigen das leere Innere des Parlamentsgebäudes. Der seltsame Text innerhalb des oberen Pfeils bedeutet: „*Alles bereit für die Sitzung am Montag*". Der kleine Text am Fuß der Abbildung besagt: „*Wie es auch sei, der Sieg von Calvo Sotelo wird von kurzer Dauer sein*". Die Hauptüberschrift ist politisch völlig sinnlos: „*UCD intensiviert ihre Aktivitäten, um Stimmen zu bekommen*". An diesem Tag war bereits klar, daß die UCD genügend Stimmen erhalten würde, um ihren neuen tiefschwarzen Kandidaten Calvo Sotelo ins Amt des Regierungspräsidenten zu befördern.

Der erste Artikel der „Almendros"-Gruppe erschien am 17.12.80 unter der Überschrift „Analyse des militärischen Augenblicks". Er beschränkt sich fast ausschließlich auf die Abwertung der Regierung und betont die „*unbestreitbare Einheit der Kader der Streitkräfte, die sich täglich verstärkt*", denn „*anscheinend haben sie ihre anfängliche Verwirrtheit angesichts der politischen Reform überwunden*". Die Streitkräfte würden mit dem „Volksempfinden" übereinstimmen, während die Regierung mit den besagten Kadern der Streitkräfte keineswegs einer Meinung sei. „*Auf der Straße besteht kein Zweifel an der Dringlichkeit einer korrigierenden Lösung, durch die eine Erneuerung stattfinden kann.*"

Der zweite Artikel vom 22.1.81 ging in die Einzelheiten, worin diese „korrigierende Lösung" bestehen solle. Er hat den vielaussagenden Titel „Die Stunde der anderen Institutionen". Nach Beurteilungen, daß der Versuch der Demokratie gescheitert sei, und der Hoffnung, daß wenigstens einige der heute Regierenden nach einer „*diskreten Periode des Nachdenkens, in der sie sich von früheren Zugehörigkeiten und Verbindlichkeiten befreien können*", zu den Putschisten überlaufen würden, wird über diese Lösung gesagt: „*Eine neue und andere Regierung mit breiten Vollmachten, die die notwendige Unterstützung hat, um mit Entschiedenheit unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu verringern, den Terrorismus und seine Auswirkungen auf das tägliche Leben und auf die Sicherheit der Bürger zu bekämpfen, die Autonomiebestrebungen auf ein vernünftiges*

*Fortsetzung nächste Seite*

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

*Maß zu bringen und die Verfassung zu reformieren. Also gut: Da anscheinend niemand in diesem Staat diese Rolle spielen kann, ist vielleicht die Stunde gekommen, nicht mehr an Kongresse, Parteien und Regierung zu appellieren, von denen nichts Entscheidendes mehr zu erwarten ist, sondern an die übrigen Institutionen des Staates.''*

In dem dritten und letzten Artikel (1.2.81), ,,Die Entscheidung der obersten Führung'' — eine klare militärische Ausdrucksweise —, wird jede Art von Koalitionsregierung zurückgewiesen. (Nach Informationen von ,,Sábado Gráfico'' soll der in den Putsch vom 23.2. verwickelte und inzwischen verhaftete General Armada mit einer Lösung geliebäugelt haben, wonach eine Koalitionsregierung von UCD und Sozialistischer Partei [PSOE] mit einem General an der Spitze zu verwirklichen wäre.) Nach Meinung von ,,Almendros'' würde eine Koalitionsregierung ,,*innerhalb kurzer Zeit die Möglichkeit für eine rechtmäßige Intervention der Armee schaffen*''. ,,Almendros'' hingegen will eine Regierung, die ,,*unterstützt wird von denjenigen Institutionen, deren Macht aus ihnen selbst entspringt und die historisch aufgerufen sind, den Frieden und die nationale Existenz in besonders kritischen Augenblicken zu garantieren*''.

Im weiteren wird argumentiert, daß angesichts dieses Höhepunktes politischer Verantwortungslosigkeit, der erreicht sei, die Krone (also der König) eingreifen müsse (der spanische König ist oberster Befehlshaber der gesamten Streitkräfte). Im Schlußabsatz wird der König recht deutlich vor die Alternative gestellt, entweder samt dem demokratischen System gestürzt zu werden oder sich auf die Seite der ,,Erneuerer des Vaterlandes'' zu stellen (sämtliche Zitate nach ,,El Pais'', 1.3.81).

Eine weitere — verschlüsselte — Nachricht ist anscheinend über die Tourismus-Zeitung ,,Spic'', ein scheinbar ganz unpolitisches Blatt, das nur im Abonnement zu haben ist, übermittelt worden. In der Spalte ,,Notizen'' wenige Tage vor dem Putsch, erschien die Meldung ,,*Es ist nicht wahr, daß ich am Montagnachmittag, den 23. Februar, einen militärischen Staatsstreich machen will ... Außerdem ich weiß nicht!*'' Die letzten drei Worte lauten auf spanisch ,,Además no sé!''. Die Bedeutung wurde so rekonstruiert: Das erste Wort hat sechs Buchstaben und die anderen beiden zwei. Um 6.22 Uhr genau drang der Putschist Tejero mit seinen 200 bis 300 Guardia-Civil-Angehörigen ins Parlament ein. Exemplare der Tourismus-Zeitung ,,Spic'' wurden bei einigen Uniformierten von Parlamentsabgeordneten gesichert!



En cualquier caso, la victoria del señor Calvo Sotelo será inestable


**Ausnahmezustand. Panzer besetzten die Straßen von Valencia**

## Weitere Einzelheiten

Nach einer Information von MC (,,Movimiento Comunista'') wurden in der Nacht vom 23. auf den 24. im Büro von ,,Fuerza Nueva'' Waffen ausgeteilt. Zahlreiche Zivilisten wurden in der Nähe des Parlamentsgebäudes mit Pistolen in der Hand gesehen, ohne daß sie von der Nationalen Polizei daran gehindert worden wären.

Aus zahlreichen Gesprächen mit spanischen Demokraten geht hervor, daß die Guardia Civil selbst in den kleinsten Orten zu einer Zeit, bevor der Überfall aufs Parlament stattfand, zusammengeholt wurde. Es gibt keinen Zweifel, daß auch solch vertrauenswürdige Personen wie ein Priester hier und dort Bescheid gewußt haben.

Am Nachmittag des 23. wurde Pina Lopez Gay, ehemalige Vorsitzende der Jungen Roten Garde der PTE (heute nicht mehr organisiert), von Faschisten entführt. Pina befand sich in der Calle Goya in Madrid (sog. ,,nationale Zone'', wo die Faschisten die Kontrolle über den Stadtteil erklärt haben) und wurde plötzlich von vier jungen Männern in einen DKW-Transporter gezogen. Mit verbundenen Augen wurde sie in eine Wohnung geführt, wo sie zwei Stunden im Badezimmer festgehalten wurde. Zwar passierte ihr nichts, aber sie wurde beschimpft mit Sätze wie ,,Jetzt werdet ihr sehen, ihr Scheiß-Roten''. Um 22 Uhr wurde sie wieder freigelassen; da war klar, daß der Staatsstreich mißlungen war.

## Proteste

Die bürgerlichen Parteien haben den Putschversuch zu für die spanische Demokratie sehr schädlichen Manövern mißbraucht. Sie haben dem ganzen Land eingeredet, daß es jetzt das Wichtigste sei, ,,besonnen und ruhig'' zu sein. Der eigentliche Held war der König, der seinen Generalen den Befehl gab, die Verfassung zu verteidigen. Die spanischen Völker durften in diesem Zusammenhang nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Am 27.2. wurde von allen Parteien zu Massendemonstrationen in allen Städten Spaniens aufgerufen, bei denen die Führer von ,,Alianza Popular'' (rechtsradikale Parlamentspartei) in der ersten Reihe zusammen mit PCE und PSOE-Leuten marschierten. In Granada wurde vornweg die spanische Fahne getragen — die für fortschrittliche Menschen ein Symbol für den Frankismus ist. Nur eine einzige Parole wurde auf Vereinbarung sämtlicher Parteien und reformistischen Gewerkschaften zugelassen: ,,Für Freiheit, Demokratie und Verfassung''. In Granada verprügelten Ordner eine Gruppe von linken Demonstranten, die es gewagt hatten, ein eigenes Transparent mitzubringen, auf dem stand ,,Säuberung von faschistischen Militärs!'' Außerdem durften auf diesen Demonstrationen keine Parolen gerufen werden, es war ein Schweigemarsch — und die Millionen Spanier, die zu diesen Demonstrationen kamen, hielten sich an die Vereinbarungen, abgesehen von einigen ,,Linksradikalen'' natürlich. Die Demonstrationen waren zahlenmäßig sehr beeindruckend. In Madrid fand die größte Demo der Geschichte Madrids statt mit über einer Million Menschen.

Abgesehen von diesen Demonstrationen hat es in zahlreichen Betrieben in sämtlichen Regionen am Tag nach dem Putsch aus eigener Initiative der Kollegen Betriebsversammlungen gegeben sowie Streiks von unterschiedlicher Dauer. In Katalonien hatten die Comisiones Obreras (hier ist die kämpferischste Region dieser Gewerkschaft) zu einem zweitägigen Generalstreik aufgerufen, was aber von allen Seiten, speziell auch von PCE-Chef Carrillo, heftig kritisiert wurde.

**Spanien-Kommission**

# Euskadi vor dem Putschversuch — Ein Erfahrungsbericht —

Es ist Montag, der 23. Februar 1981, Militärputsch in Spanien.

Meine Gedanken wandern durch die Straßen von Bilbao und San Sebastian, wo Militär und Guardia Civil Straßensperren, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Folterungen durchführen. Ich höre die Angstschreie der Menschen und suche inmitten dieses schrecklichen Chaos meine Freunde. Was wird mit ihnen passieren, wie werden sie reagieren?

Keine 24 Stunden sind vergangen, da fühlte ich noch unmittelbar ihr Leben, ihren Kampf, spürte ihr Lachen, ihren Mut und ihre Zärtlichkeit.

Ich atme etwas auf, da die Telefonverbindungen nach Euskadi noch nicht unterbrochen sind. Arantxa meldet sich. Ich bin glücklich, jetzt ihre Stimme zu hören. Sie ist bestürzt, unsicher, abwartend. Die Informationen über den Putsch sind äußerst gering, die Unsicherheit entsprechend groß. Hastig teilt sie mir das wichtigste mit. Das Parlament wird seit einigen Stunden von der Guardia Civil besetzt, in Valencia kontrolliert bereits das Militär die Stadt, andere Militäreinheiten halten die Rundfunk- und Fernsehstationen besetzt. In Euskadi verläuft bisher alles sehr ruhig, nirgends ist Militär zu sehen. Nachrichten werden nicht gesendet, stattdessen wird ununterbrochen Militärmusik gespielt.

Arantxa hat Angst, Angst vor einer neuen blutigen Militärdiktatur, die alle vorsichtigen Hoffnungen auf ein menschlicheres Leben wieder zerstören würden. Einige ihrer Freunde verlassen bereits ihre Wohnungen, um möglichen Verhaftungen zu entgehen, andere denken daran, ins nahe Frankreich zu flüchten.

Alle sind überrascht worden von der Schnelligkeit der Entwicklung, sind gelähmt von den Ereignissen, obwohl jeder von der Gefahr wußte.

Vor einer Woche diskutierten wir noch zusammen über die letzten dramatischen Ereignisse in Euskadi. Über den ersten Besuch Juan Carlos in Euskadi, über die Entführung und Tötung des Ingenieurs Ryan vom Atomkraftwerk Lemoniz durch die ETA(militär) und über die brutale Folterung und Ermordung des angeblichen ETA-Mitgliedes Joseba Arregi durch die faschistische Polizei.

Ich sehe noch die politischen Parolen an den Häuserwänden von Bilbao, die all diese Ereignisse festhielten, als wenn sie zur Wachsamkeit aufrufen wollten. „König raus aus Euskadi", „Freiheit für Ryan", „Polizei = Mörder, Folter Nein – Amnestie ja" waren neben vielen Plakaten und Aufrufen zu Demonstrationen und Veranstaltungen überall zu lesen.

Juan Carlos hatte sich vor einigen Wochen mit einer sechstausendköpfigen Polizeieskorte nach Euskadi gewagt, einem Land, dessen Bevölkerung ihn haßt und verspottet als Marionette der Militärs, das er aber destotrotz zu seinem „Herrschaftsgebiet" zählt. Überall war er schon gewesen, in allen Kontinenten, in allen Regionen Spaniens, nur in Euskadi nicht. Wollte er nicht an Einfluß verlieren, mußte er es wagen, trotz aller sicherheitspolitischen Bedenken. Schließlich war selbst der frühere Regierungschef Suarez in Euskadi gewesen, wenn auch heimlich, still und leise, und selbst der Papst hatte sich in Euskadi angesagt. Außer Politikern der PNV, der konservativen baskischen Partei, gab es kaum jemand, der Juan Carlos willkommen hieß. Selbst in der PNV gab es anläßlich des Besuches große Auseinandersetzungen.

Die Bevölkerung reagierte mit Desinteresse oder Mißfallenskundgebungen, wobei der Protest der Abgeordneten der Organisation Herri Batasuna am wirkungsvollsten war. Die 17 Abgeordneten der einflußreichen linken Organisation, die der ETA(m) sehr nahe steht, ließen den König bei einem Empfang des Parlaments in Guernica nicht zu Wort kommen, sie riefen politische Parolen und sangen Freiheitslieder. Daraufhin gab es heftige Tumulte und Schlägereien zwischen ihnen und den anderen Abgeordneten und Ordnungskräften.

Wer sollte Juan Carlos auch freundlich empfangen wollen, wo er doch die Tradition Francos nur auf feinere, viel unsichtbarere Art und Weise fortführt.

12.000 spanische Polizisten, darunter viele Spezialeinheiten, sind Ausdruck einer Besatzermacht, die den 2,5 Millionen Basken nachwievor ihr Selbstbestimmungsrecht auf eine eigene Regierung, eigene Ökonomie, eigene Polizei, eigene Kultur etc. verwehren, zum Vorteil der spanischen Zentralregierung und der spanischen Kapitalisten.

Vielerorts sah ich sie am Rande der Ortschaften mit ihren Familien in Polizeihochhäusern leben, umgeben von hohen Mauern, Stacheldraht und schwerbewaffneten Wachen. Fast immer ließen sie die spanische Flagge, Symbol der Unterdrückung für die Basken, provozierend heraushängen. Hierher werden auch die Verhafteten verschleppt, die dort meistens geschlagen und gefoltert werden. Vor einigen Wochen wurde der Bruder von Arantxa im Rahmen der üblichen „ETA-Fahndung" für einige Tage verhaftet. Er wurde als ETA-Mitglied beschimpft, geschlagen und nachts in eine einsame Gegend gefahren, wo man ihm die Pistole in den Nacken setzte und mit Erschießung drohte, wenn er nicht ETA-Geheimnisse preisgebe.

Oft werden die Verhafteten auch in eine Wanne mit Scheiße bis kurz vor dem Ersticken eingetaucht, oder die Frauen werden mit Vergewaltigung bedroht. Ein tägliches Schicksal vieler baskischer Familien. Bis zu 10 Tagen können die Verhafteten nach dem spanischen Antiterrorgesetz festgehalten werden, ohne Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen aufnehmen zu können. Ein Gesetz, das den faschistischen Folterknechten in die Hände arbeitet.

Die Bevölkerung haßt diese spanischen Besatzerpolizei. Selbst mit ihren Frauen und Kindern spricht niemand, sodaß diese in totaler Isolation leben, was oft deren Haß auf die baskische Bevölkerung noch schürt. Die Guardia Civil fährt in jeep-ähnlichen Fahrzeugen durch die Städte und Dörfer – stets mit der MP im Anschlag –, um die Bevölkerung einzuschüchtern und zu schikanieren. Da sie häufig Opfer von ETA(m)-Aktionen sind, sind sie entsprechend nervös und daher schnell mit der Schußwaffe zur Hand, sodaß viele Basken schon aus vermeintlicher Notwehr erschossen wurden.

Immer wenn sie z.B. in einer Bar auftauchten, spürte ich die Angespanntheit und Nervosität der Gäste, die erst wieder wich, wenn die Guardia Civil die Bar verließ. Oft einzeln, hintereinander in einigem Abstand, um so bei entsprechenden ETA(m)-Anschlägen nicht alle erschossen zu werden.

Seit einem halben Jahr hat ETA (m) ihren militärischen Kampf erheblich ausweiten können. Kaum ein Tag vergeht, wo ETA(m) nicht irgendeinen Guardia Civil-Polizisten, einen Militär, einen reaktionären oder faschistischen Politiker erschießt.

Die Regierung steht diesen militärischen Aktionen bisher relativ hilflos gegenüber, gerade weil ETA(m) nachwievor breite Sympathien in der Bevölkerung besitzt. Diese Hilflosigkeit wird von den faschistischen Militärs zum Anlaß genommen, um hinter dem Deckmantel einer effektiveren „Terroristenbekämpfung" sämtliche noch so bescheidenen Liberalisierungstendenzen wieder zu zerschlagen.

Für mich war es stets verwirrend, festzustellen, wie verschieden die Menschen sind, die die Politik der ETA(m) mit Sympathie unterstützen. Ich habe Campesinos in den Bergen gesprochen, die trotz einer starken katholischen und konservativen Lebensweise, erfüllt von einem leidenschaftlichen Nationalismus und tiefen Haß gegen die Spanier, ETA (m) unterstützen. Sie können die grausame Unterdrückung und Erniedrigung unter Franco nicht vergessen und sehen in ETA(m) den konsequentesten Kämpfer gegen die spanische Fremdherrschaft.

Aus diesen ländlichen bergigen Gebieten rekrutiert ETA(m) auch einen großen Teil seines Nachwuchses. Hier kennt jeder jeden und die meisten Familien bieten seit Generationen die Gewähr, in irgendeiner Form für die Freiheit der Basken gekämpft zu haben. Aus diesem Grunde fällt es der spanischen Polizei auch so schwer, die Organisationsformen der ETA(m) von innen heraus zu zerschlagen, da es ihnen nur selten gelingt, Spitzel einzuschleusen.

Darüberhinaus hindert sie daran die baskische Sprache, das Euskerra, die für sie nur schwer zu lernen ist. Das Euskerra ist eine der ältesten Sprachen in Europa und unterscheidet sich vollständig vom spanischen. Unter Franco war es verboten, Euskerra zu sprechen, sodaß seine Verbreitung stark zurückging. Arantxa konnte sich einige Jahre lang nicht richtig mit ihrem Vater verständigen, da er nur Euskerra sprach, sie aber in der Schule Spanisch lernen mußte.

Heute schließen sich viele Jugendliche zusammen, um die Sprache ihrer Vorfahren wieder zu lernen. Euskerra ist für sie Ausdruck eines wiedererstarkenden nationalen Selbstbewußtseins, das unter Franco radikal unterdrückt wurde.

Dann wiederum traf ich andere, oft jüngere Basken, die mit ETA(m) sympathisieren, da für sie ETA(m) neben dem Unabhängigkeitskampf gegen Spanien auch einen konsequenten antikapitalistischen Kampf führt. ETA(m) besitzt große Sympathien unter den Arbeitern in den Industriegebieten, wie z.B. Bilbao, wo fast auf jeder Demonstration gegen kapitalistische Willkür ETA(m)-Parolen wie „Viva ETA" oder „ETA töte sie" gerufen werden.

Insgesamt spiegelt sich die Stärke der ETA(m) auch an dem hohen Wahlerfolg von Herri Batasuna wieder, die ETA(m) sehr nahe steht. Nach der konservativen baskischen Partei PNV ist Herri Batasuna die stärkste Kraft in Euskadi.

Allerdings gibt es auch starke Kritik an der ETA(m). ETA(politisch/militär), die ebenfalls im Untergrund arbeitet, wirft ETA(m) vor, den politischen Kampf total zu vernachlässigen und einen rein militärischen Kampf zu führen, der in der augenblicklichen Situation nur die Herausforderung der Militärs und den Bürgerkrieg provoziere. ETA(p/m) lehnt daher die Aktionen der ETA (m) gegen die Guardia Civil etc. ab und beschränkt sich ihrerseits in erster Linie auf einige gezielte Aktionen, wie die Entführung von Industriellen, Konsulen etc., für deren Freilassung sie politische Forderungen oder Lösegeld verlangt, mit dem sie dann z.B. baskische Schulen unterstützt. Im Moment hat ETA(p/m) sogar die Einstellung des bewaffneten Kampfes angekündigt. Die linke Organisation Euskadiko Ezkerra, die ETA(p/m) nahesteht, kritisiert aus ähnlichen Gründen ETA(m). Darüberhinaus verzichtet sie im Gegensatz zu Herri Batasuna nicht auf eine parlamentarische Arbeit im baskischen Parlament, ist dabei aber zunehmend bereit, Kompromisse mit der spanischen Zentralregierung einzugehen.

Die autonomen linken Gruppen, wie z.B. „Movimiento Comunista de Euskadi'', kritisieren ebenfalls ETA (m) in dem Punkt, daß ETA(m) im wesentlichen den militärischen und nicht den politischen Kampf führt, stehen der ETA(m) aber in einem solidarischen Kritikverhältnis gegenüber. Es fällt mir aber sehr schwer, diesen wichtigen Punkt in der Auseinandersetzung mit der ETA(m) zu beurteilen.

Die anderen Parteien, wie die Sozialisten und Kommunisten, die in Euskadi nur geringen Einfluß besitzen, sind längst dazu übergegangen, ETA(m) als Terroristen zu beschimpfen. Sie arbeiten damit objektiv der Regierung in die Hände, die versucht ETA(m) politisch zu isolieren.

Sie waren es auch, die die moralische Empörung über die Entführung und Erschießung des Chefingenieurs Ryan vom AKW Lemoniz ausgenutzt haben, um insgesamt die ETA(m) politisch zu isolieren, was ihnen auch durch den ersten Generalstreik gegen ETA(m) gelungen ist. Gelingen konnte ihnen das nur, da ETA(m) nicht gesehen hat, daß es politisch in Euskadi heute ein Unterschied ist, ob sie einen verhaßten Guardia Civil-Polizisten, der die spanische Fremdherrschaft repräsentiert, erschießen oder einen Handlanger der Kapitalisten, der irischer Nationalität und mit einer baskischen Frau verheiratet war.

Die tiefe Empörung über die Ermordung des Joseba Arregi löste ETA(m) ein wenig aus der Isolation (siehe AK 196). Geblieben ist aber ein tiefer Riß zwischen den politischen Organisationen in Euskadi an der Frage des militärischen Kampfes, der mittlerweile soweit ging, daß linke Organisationen wie Euskadiko Ezkerra und Herri Batasuna sich heftige Straßenschlachten lieferten und sich gegenseitig als Faschisten bezeichneten. Wie gefährlich diese Zersplitterung der Linken ist, zeigte der mißglückte Putschversuch.

Ich denke an Arantxa, an Euskadi und Spanien und ich habe Angst vor einer zweiten „Türkei" in Europa.

**Ein Genosse aus Hamburg**

# Nachrichten aus und über El Salvador

### Duarte kam nicht

Nach einigem Hin und Her verzichtete der Junta-Präsident Napoleon Duarte doch auf seinen Europa-Besuch. Die Informationsstelle El Salvador in München benutzte dies zu einer erneuten Aufforderung an die Bundesregierung, endlich die tatsächlichen Verhältnisse in El Salvador anzuerkennen:

*,,Die USA bereiten zur Zeit mit Hochdruck eine militärische Intervention größten Ausmaßes in El Salvador vor, heißt es in der Erklärung weiter. In Bonn sei dies bekannt. Das Kriegsgerät, das seit Wochen über eine US-Luftbrücke aus der Panama-Kanalzone täglich in El Salvador eingeflogen werde, könne allein von der Quantität her von der relativ kleinen Armee in El Salvador gar nicht bedient werden. Der Aufmarsch von Flottenverbänden im Pazifik und in der Karibik durch die USA seien weitere Indizien für die Vorbereitungen zu einer Militärintervention. Was fehle, sei eine eindeutige diplomatisch-politische Absicherung bei den Verbündeten für diese Intervention.*

*Die Koalitionsparteien in Bonn und die Bundesregierung wissen ..., daß ein Einmarsch der USA in El Salvador in der BRD zu einer innenpolitischen Krise führen muß. Die Bonner Koalition würde in eine Zerreißprobe kommen. Deshalb greife man in Bonn zu jeder Möglichkeit, um eine Verhandlungslösung in El Salvador herbeizuführen.*

*Dieses Anliegen sei grundsätzlich zu begrüßen. Es sei aber zwecklos, dabei vom Wunschdenken auszugehen. Es nütze auch nichts, das Bild von einer Tripolarität in El Salvador weiter zu pflegen, nachdem sich ein scheinbar demokratischer Präsident in El Salvador gegen Radikale von rechts und links zu wehren habe. Selbst die USA hätten dieses Propagandaschema, mit dem sie noch vor Monaten operierten, aufgegeben. Seit dem Mord an den Spitzenvertretern der Revolutionären Demokratischen Front, die sich nach El Salvador begeben hatten, um mit Duarte zu verhandeln, Ende letzten Jahres und der Ermordung der vier amerikanischen Sozialarbeiterinnen, weiß die USA, daß Napoleon Duarte keinerlei Macht besitzt und nur Feigenblattfunktion habe. Er könne über nichts verhandeln. Die USA haben deshalb ein neues Gespenst an die Wand gemalt, die kommunistische Weltverschwörung, die sich z. Zt. in El Salvador konkretisiert.*

*Obwohl in Bonn Dokumente vorlägen, u.a. eine Studie aus dem US-State-Department aus der Endphase der Carter-Ära, aus denen eindeutig hervorgeht, daß der Schlüssel für eine Lösung der Situation nur über die FDR gehen könne, habe man in Bonn das alte Dreierschema aus der politischen Mottenkiste geholt. Stattdessen sollten die Bundesregierung und auch die Bonner Parteien versuchen, endlich das zu realisieren, worum sie von einer Delegation der FDR vor wenigen Wochen gebeten worden sei, namentlich die Verhandlungen zwischen den USA und der FDR anzubahnen. Die FDR will, und das hat sie mehrfach betont, 'nicht mit Akrobaten, sondern mit der Zirkusdirektion sprechen'. Bonn solle es endlich aufgeben, von den Demokraten und Nicht-Demokraten in der FDR zu sprechen, jeder Spaltungsversuch der FDR sei zwecklos.*

*Abschließend fordert die Informationsstelle El Salvador die Bundesregierung auf, den Kampf des Volkes von El Salvador für die Errichtung der demokratischen revolutionären Regierung nach Kräften zu unterstützen''* (aus ,,IDES'', 6.3.81).

### Erklärung von FDR-Präsident Ungo

Inzwischen liegt die Erklärung des Präsidenten der Oppositionsfront FDR, Manuel Ungo, im Wortlaut vor (im letzten AK konnten wir nur nach mündlichen Berichten zitieren):

*,,Zeitungsmeldungen auf nichtoffizieller Basis besagen, es würde bald ein Treffen zwischen Ingenieur José Napoleón Duarte, Präsident der aus Militärs und Christdemokraten bestehenden Junta von El Salvador, und meiner Person als Präsident der FDR stattfinden. Ich möchte diese Meldungen kategorisch dementieren, da von meiner Seite kein Treffen mit Ing. Duarte vereinbart worden ist. Wir haben mehrmals von öffentlichen Erklärungen von Ingenieur Duarte und von Mitgliedern der Weltunion Christlicher Demokraten gehört, in denen das Interesse an einem Treffen zwischen ihm und mir ausgedrückt wurde. Die FDR hat Ing. Duarte und die wenigen verbleibenden christdemokratischen Führer gebeten, sich aus der Regierung zurückzuziehen und damit aufzuhören, Verantwortliche und Komparsen eines Völkermordregimes zu sein.*

*Mir ist nicht bekannt, ob das augenblickliche Interesse von Ing. Duarte, sich mit mir zu treffen, auf der Absicht beruht, aus der Junta zurückzutreten, um sich damit von Repressionen und gegen das Volk gerichteten Maßnahmen loszusagen. Wenn das nicht der Fall ist, so hat die FDR genügend Gründe zum Mißtrauen gegenüber dem Interesse von Ing. Duarte an einem Treffen,''* weil die Junta und Duarte schon viele Male zu einem Dialog aufgerufen haben, während ihre Repressionsorgane die Führung der FDR ermordeten, weil Duarte durch solche Einladungen lediglich Publicity und Legitimation seiner Regierung erreichen möchte und schließlich, weil Duarte selber über keinerlei Macht verfüge, *,,vielmehr erscheint er als das Sprachrohr der faschistischen Militärs, die die politische Macht in El Salvador kontrollieren''* (aus ,,IDES'', 26.2.81).

### Extreme Rechte in El Salvador gibt nicht auf

Anfang März gab der berüchtigte Major d'Abuisson, Repräsentant der rechtsradikalen Militärs und nach einem gescheiterten Putschversuch im Mai 1980 in den Ruhestand versetzt, eine Pressekonferenz. Dort forderte er, den augenblicklichen Präsidenten Duarte aus der Junta zu entfernen, da er den gemäßigten Flügel der Kommunisten in El Salvador vertrete. Kontakte zu einem Mitglied des nationalen Sicherheitsrates der USA hätten ihn davon überzeugt, daß die US-Regierung einer völligen Machtübernahme der Militärs in El Salvador zustimmen würde. Sprecher des Weißen Hauses und Außenminister Haig persönlich dementierten deutlich und betonten, daß sie an der Unterstützung der jetzigen Regierung festhalten wollten, daß sie aber nach wie vor die linke Opposition für die *,,unmittelbare Gefahr''* halten.

Entsprechend fließt die El Salvador-,,Hilfe'': Die Wirtschaftshilfe erreicht inzwischen 130 Mio Dollar, die Militärhilfe wurde von 10,4 auf 35,4 Mio Dollar erhöht und besteht aus: vier Hubschraubern, Mörsern, Maschinengewehren, Handfeuerwaffen und Munition, Lastwagen und modernem elektronischen Überwachungsgerät (,,IDES'', 6.3.81).

Nach einer Meldung der palästinensischen Nachrichtenagentur WAFA sollen sich 400 israelische Offiziere derzeit in El Salvador aufhalten und mit der Junta zusammenarbeiten (,,IDES'', 6.3.81).

### Prozeß gegen Besetzer der Konrad-Adenauer-Stiftung

Der Prozeß gegen die Besetzer der Konrad-Adenauer-Stiftung, die von Redaktionsmitgliedern des IDES und des El Salvador-Komitees Berlin im Juni 1980 durchgeführt wurde, um die Zusammenarbeit zwischen der CDU und dem Mörderregime in El Salvador öffentlich zu machen, wurde nach dem 4. Verhandlungstag eingestellt gegen die Auflage, eine Geldbuße von 500 DM an die Gerichtskasse pro Angeklagten zu leisten. Der Forderung der Angeklagten, diese Summe an Medico International oder ,,amnesty international'' gehen zu lassen, wurde nicht stattgegeben. Die Anwaltskosten für die sechs Anwälte belaufen sich auf ca. 6.000 DM.

Diese Summen können wir nicht alleine aufbringen. Bitte spendet einen Beitrag dazu auf das Konto: Postscheckkonto Nr. 373 356-109, PSchA Berlin-West, Johannes Eisenberg, Stichwort: Prozeß.
(aus ,,IDES'', 6.3.81).

## El Salvador — Solidaritätsaktionen

### 24.3. Schweigemarsch in Hamburg

Der 24. März ist der Todestag des ehemaligen Erzbischofs von San Salvador, der während einer Messe ermordet wurde.
Das El Salvador-Komitee ruft zu einem Schweigemarsch auf:
Dienstag, 24.3.81
17.00 Uhr Legien-Platz

**Freitag, 3.4.81**

### Großveranstaltung im Audi-Max

- Mit dem neuen Film ,,Das Volk wird siegen'', der von Revolutionären aus El Salvador gedreht wurde. Bei den Berliner Film-Festspielen wurde der Film aus dem Programm gestrichen, weil er ,,zu schlecht'' sei und eine ,,propagandistische Aufmachung'' habe.
- Mit Sprechern der Oppositionsfront FDR
- Mit Musik (die Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen laufen noch).

* * *

Am 14.3. fand in Hannover eine Demonstration zur Solidarität mit dem salvadoreanischen Widerstand mit ca. 2000 Teilnehmern statt. Aufgerufen hatten über 30 Gruppen der Hannoverschen Linken.

Nach ziemlich ruhigen Beginn wurde die Demo zunehmend kämpferischer. Am Amerikahaus kam es zu Rangeleien mit den Bullen. Im Anschluß an die Kundgebung, auf der ein Vertreter der FDR sprach, eskalierten die Auseinandersetzungen. In deren Verlauf ging eine Schaufensterscheibe zu Bruch, was die Bullen zum Vorwand nahmen, eine Hetzjagd auf die Demonstranten zu veranstalten. Dabei kam es zu 14 Festnahmen.

Am Abend fand ein großes Solidaritätsfest statt.

# »Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung«

## Kommunique der Regierung von Nicaragua

Botschaft von Nicaragua,
Bonn: 19. Februar 1981

Die Botschaft von Nicaragua gibt folgendes Kommunique der Regierung von Nicaragua bekannt:

*,,Die Regierung von Nicaragua*

*und Ungarn mit mir in meiner Eigenschaft als Generalsekretär der Kommunistischen Partei El Salvadors vereinbart hätten, für die revolutionäre Bewegung in meinem Land Waffen zu schicken.*
*Dazu möchte ich folgendes erklären:*

# »Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung«

## Kommunique der Regierung von Nicaragua

Botschaft von Nicaragua,
Bonn: 19. Februar 1981

Die Botschaft von Nicaragua gibt folgendes Kommunique der Regierung von Nicaragua bekannt:

*,,Die Regierung von Nicaragua*
*sieht mit Sorge die Anschuldigungen, daß nicaraguanisches Territorium für ein angebliches Einschleusen von Waffen aus der UdSSR und anderen Ländern für die salvadorianischen Guerillas benutzt wird.*

*Diese Beschuldigungen werden in einem Augenblick erhoben, in dem der Strom von Waffen von seiten der Regierung der Vereinigten Staaten für die Armee von El Salvador wächst und sich die Repression in dieser mittelamerikanischen Nation verschärft mit all seinen Folgeerscheinungen wie Morde, Gefangene und Gefolterte.*

*Andererseits unterstützt die Regierung von Nicaragua die Erklärungen von politischen Führern El Salvadors, die ihr Interesse bekundeten, eine politische Lösung zu suchen, die, ohne Einmischung irgendwelcher Art, der salvadorianischen Nation dabei hilft, eine Artwort auf die schwere Krise zu geben, in der sie gegenwärtig lebt.*

*Unter diesen Umständen bekräftigt die Regierung von Nicaragua ihr unveränderliches Festhalten am Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder.''*

(Aus: Nicaragua-Nachrichten, Febr. 81)

### KP-Chef Schafik Handal: Die Nordamerikaner bauen Lügen auf

Der Präsident der KP El Salvador spielt in der kommunistischen Verschwörungstheorie der US-Regierung eine wichtige Rolle. Laut ,,El Salvador-Weißbuch'' der US-Regierung ist er wesentlich an der Beschaffung von Waffen aus der UdSSR und anderen Ostblockstaaten beteiligt. Dies könne man anhand von Briefen, die in El Salvador bei Razzien gefunden wurden, beweisen (vgl. AK 196). Jorge Schafik Handal hat dazu folgende Erklärung abgegeben:

*"Es wird zur Zeit, unter Anspielung auf Dokumente, die von der salvadorianischen Guerilla beschlagnahmt worden sein sollen, breit veröffentlicht, daß die Regierungschefs der Länder Vietnam, Äthiopien, Sowjetunion, DDR, Bulgarien, Tschechoslowakei*
*und Ungarn mit mir in meiner Eigenschaft als Generalsekretär der Kommunistischen Partei El Salvadors vereinbart hätten, für die revolutionäre Bewegung in meinem Land Waffen zu schicken.*
*Dazu möchte ich folgendes erklären:*
*1. Ich weise diese Behauptungen, diese Abmachungen betreffend, kategorisch als falsch zurück. Ohne Zweifel dienen sie dazu, die ständig wachsenden Lieferungen von Waffen und Personal an die völkermordende Junta zu kaschieren und eine eventuelle militärische Intervention in Zentralamerika vorzubereiten.*
*2. Seit 50 Jahren kämpft das salvadorianische Volk für demokratische Freiheiten und Rechte, und immer wieder wurden alle Fortschritte durch die Diktaturen und die sie unterstützenden USA durch Massaker und Unterdrükkung zunichte gemacht. So wurde dem Volk von der Militärdiktatur und den Vereinigten Staaten der bewaffnete Kampf aufgezwungen. Niemand darf sich ehrlicherweise wundern, wenn das Volk sich nun mit Waffen die Selbstbestimmung erkämpfen will. Die Ursachen in Verschwörung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten zu suchen, ist absurd.*
*3. Ich frage die Regierung der Vereinigten Staaten, welche moralische Legitimation sie hat, über das Recht der Selbstbestimmung des salvadorianischen Volkes zu bestimmen, sie, von der jeder weiß, daß sie der größte Waffenlieferant an blutige Militärdiktaturen in Lateinamerika und allen anderen Kontinenten ist.*
*4. Aus vielen Erfahrungen müßte die Regierung der Vereinigten Staaten wissen, daß die Revolution nicht aufhaltbar ist, daß sie eine historische Notwendigkeit ist. Auch nach der Revolution werden wir geographisch Nachbarn bleiben. Wir müssen also auch an unsere zukünftigen Beziehungen zueinander denken. Von unserer Seite aus wünschen wir uns freundschaftliche und konstruktive Beziehungen, die auf gegenseitigem Respekt basieren. Die Vereinigten Staaten vergiften heute diese Aussicht.*
*5. Die Regierung der Vereinigten Staaten müßte erläutern, wie sie zu diesen 'Dokumenten' kommt, warum sie nicht in El Salvador, sondern nur im Ausland publiziert werden, und welche Funktion ihr Geheimdienst in El Salvador hat: Er agiert zugunsten der rabiaten Massakrierer und Unterdrücker des Volkswillens. Die ,,Nationale Sicherheit'' wird von außen verteidigt.*
*comin, San Salvador, 9.2.81''*

Der 24. März ist der Todestag des ehemaligen Erzbischofs von San Salvador, der während einer Messe ermordet wurde.
Das El Salvador-Komitee ruft zu einem Schweigemarsch auf:
Dienstag, 24.3.81
17.00 Uhr Legien-Platz

**Freitag, 3.4.81**

Großveranstaltung im Audi-Max

- Mit dem neuen Film ,,Das Volk wird siegen'', der von Revolu-

Programm gestrichen, weil er ,,zu schlecht'' sei und eine ,,propagandistische Aufmachung'' habe.
- Mit Sprechern der Oppositionsfront FDR
- Mit Musik (die Verhandlungen mit verschiedenen Gruppen laufen noch).

* * *

Am 14.3. fand in Hannover eine Demonstration zur Solidarität mit dem salvadoreanischen Widerstand mit ca. 2000 Teilnehmern statt. Aufgerufen hatten über 30

wurde die Demo zunehmend kämpferischer. Am Amerikahaus kam es zu Rangeleien mit den Bullen. Im Anschluß an die Kundgebung, auf der ein Vertreter der FDR sprach, eskalierten die Auseinandersetzungen. In deren Verlauf ging eine Schaufensterscheibe zu Bruch, was die Bullen zum Vorwand nahmen, eine Hetzjagd auf die Demonstranten zu veranstalten. Dabei kam es zu 14 Festnahmen.

Am Abend fand ein großes Solidaritätsfest statt.

# 11. März 1981: Pinochet »verfassungsmäßiger Präsident«

Am 11. März trat die sogenannte neue chilenische Verfassung in Kraft. Pinochet zog als nunmehr legaler Präsident Chiles in die Moneda ein, den Präsidentenpalast, der beim Putsch 1973 zerstört wurde und wo Allende ermordet wurde.

Am 11. September 1980 war nach nur vier Wochen Vorbereitungszeit über die Verfassung abgestimmt worden. Es herrschte der Ausnahmezustand, Pressezensur, Parteienverbot, teilweise geheime Auszählung der Stimmenergebnisse, leere Stimmzettel wurden als Zustimmung gewertet. Dadurch konnte Pinochet sich sein Verfassungsprojekt mit angeblichen 67 % Ja-Stimmen (30 % Nein) absegnen lassen. Die Verfassung war von einer geheimen Kommission entworfen und dann vom Staatsrat und der Junta selber — immer in geheimen Beratungen — bearbeitet worden. Nicht einmal die chilenische Christdemokratie wurde über die Beratungen informiert, geschweige denn, daß sie Einfluß hätte nehmen können. Dafür halfen die CSU-eigene Hanns-Seidel-Stiftung und Strauß' Hofwissenschaftler, der Würzburger Professor Bossle, bei der Erarbeitung des Projekts. Ergebnis dieser Bemühungen ist die uneingeschränkte und jetzt eben verfassungsmäßige Herrschaft Pinochets bis zum Jahre 1997. Zwar ist die Verfassung am 11.3. in Kraft getreten, d.h. aber zunächst nur, daß eine Übergangszeit eingerichtet wird, die bis 1990 dauern soll. Erst dann können die ersten Präsidentenwahlen stattfinden. Die beiden vorgesehenen Kammern werden auch dann nicht vollständig gewählt, sondern zu einem Drittel ernannt. Ebenso werden alle Spitzenpositionen im Staat, die Oberkommandierenden der Streitkräfte, das oberste Gericht, der Verfassungsgerichtshof bis hin zur Führung der Zentralbank durch Ernennung besetzt.




Gestützt auf die Verfassung kann Pinochet jetzt ohne Behinderung durch Gerichte politische Gegner verhaften, verbannen oder ausweisen. Das ist zwar nichts Neues in Chile, geschieht jetzt aber im Rahmen der neuen Rechtmäßigkeit. Die Parteien bleiben verboten, eine vierköpfige Militärjunta ist der Gesetzgeber, deren Generäle kann Pinochet jederzeit absetzen. Dies ist die *,,christlich-westliche Zivilisation''*, die *,,autoritäre Demokratie''*, die die gründliche Beseitigung des Marxismus und Kommunismus bewerkstelligen soll. Bei der neuen US-Regierung findet dieses Modell größte Anerkennung, Reagan hat nach der Aufhebung der Handelsbeschränkungen Chile nun auch erstmals wieder zur Beteiligung an Flottenmanövern eingeladen.
(,,Lateinamerikanachrichten'', September 1980; ,,SZ'', 11.3.81).

**Lateinamerika-Kommission**

# Pfaffen, Päpste, Demagogen

## — Zur Politik des Klerus in Polen —

**Bei den Streiks in Polen im Sommer 1980 prägten klerikale Symbole, Lieder und Gebete das Bild, während bei den Streiks an der polnischen Ostseeküste 1970 noch rote Fahnen und der Gesang der Internationale die Szene bestimmten. Die massenhafte Enttäuschung und Wut der Arbeiterklasse über die Politik des PVAP-Regimens schlug wesentlich zugunsten des katholische Klerus zu Buche (über 90 % der Polen sind Katholiken). Um diese Entwicklung zu erklären, ist zunächst ein kurzer Rückblick auf die polnische Geschichte notwendig.**

### Der Klerus und die polnische Nation

Etwa um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung herum begann sich der Katholizismus in Polen auszubreiten und spielte damals bei der Herausbildung der ersten Ansätze zu einem polnischen Staat eine entscheidende Rolle. Im Verlauf des Mittelalters verdrängte der Katholizismus den lange Zeit stark in Polen vertretenen griechisch-orthodoxen Glauben, zu dessen Zentrale sich Moskau entwickelt hatte.

1772 raubten Rußland und Preu-
1772 raubten Rußland und Preu-
ßen dem durch innere Klassenkämpfe geschwächten Polen große Gebiete. 1791 gelang es progressiven bürgerlichen Kräften, in Polen eine für damalige Verhältnisse relativ fortschrittliche Verfassung durchzusetzen, die die Rechte des Adels einschränkte. Der Adel antwortete mit einem „Hilferuf" an den russischen Zaren. Rußland marschierte in Polen ein und ließ es 1795 mit preußischer Hilfe gänzlich von der Landkarte verschwinden.

In der folgenden Zeit wurde die katholische Kirche die wichtigste und beständigste Verteidigerin der polnischen Nation (zur Zeit der ersten polnischen Teilung 1772 gab es in Polen bereits 1000 katholische Klöster). Im 19. Jahrhundert wehrte sich das polnische Volk mehrmals mit bewaffneten Aufständen gegen die zaristischen Besatzer. In all diesen Aufständen spielte die katholische Kirche als Rückgrat der nationalen Befreiungsbewegung eine erhebliche Rolle. Nach der Niederschlagung des dritten Aufstandes 1863 betrieb das Zarenregime im besetzten Polen eine brutale Russifizierungspolitik. Der Gebrauch der polnischen Sprache in der Öffentlichkeit wurde verboten, 14.000 polnische Beamte wurden entlassen, die Universität Warschau wurde aufgelöst, 400 katholische Geistliche wurden verb annt, 104 Klöster wurden aufgelöst und sämtliche Prozessionen (religiöse Umzüge) verboten.

Über die Auswirkungen der zaristischen Politik in Polen vor dem 1. Weltkrieg schrieb W.I. Lenin 1907: *„Die Bourgeoisie, die in Polen die nationale Unterdrückung aller Polen, die religiöse Unterdrückung aller Katholiken geschickt ausgenutzt – die Bourgeoisie sucht und findet eine gewisse Stütze in den Massen. Von der polnischen Bauernschaft braucht man gar nicht erst zu reden"* (1).

Die Richtigkeit dieser Einschätzung zeigte sich in drastischer Weise nach dem 1. Weltkrieg. Nach Kriegsende, im November 1918, wurde Polen wieder ein eigenständiger Staat. Josef Pilsudski, ein reaktionärer Nationalist, übernahm die Macht.

### Antikommunismus als Leitlinie

Wenige Monate später, im April 1919, begann Pilsudski einen Überfall auf Sowjetrußland. Finanziell und politisch großzügig unterstützt von den französischen Imperialisten, versuchte das Pilsudski-Regime, den alten Haß der polnischen Massen auf den Zarismus gegen die junge Sowjetmacht zu weden. Vor allem unter der Bauernschaft hatte es damit Erfolg, aber auch die Sozialdemokraten unterstützten den Aggressionskrieg. Im Gegenangriff stieß die Rote Armee im Sommer 1920 bis kurz vor Warschau vor, wo sie eine Schlacht verlor und den Rückzug antreten mußte. Als „Wunder an der Weichsel" wird dieses Ereignis bis heute von polnischen Nationalisten, mit dem Klerus an der Spitze, abgefeiert.

Im März 1921, kurz vor Abschluß des sowjetisch-polnischen Friedensvertrages, bezeichnete Lenin den raschen Vormarsch der Roten Armee auf Warschau als einen politischen Fehler (2), dessen Auswirkungen noch nicht einzuschätzen seien.

Beim Krieg gegen Sowjetrußland 1919-1921 mischte die katholische Kirche sehr engagiert mit. So bemühte sich der Italiener A. Ratti 1918 bis 1921 in seiner Eigenschaft als päpstlicher Gesandter um den Aufbau einer „antibolschewistischen Front" in Polen. Wenige Jahre später wurde
Ratti in Rom zum Papst (Pius XI) ge-
Ratti in Rom zum Papst (Pius XI) gewählt.

Während Pilsudski in Polen ab 1926 ein Regime mit starken faschistischen Zügen errichtete, gestalteten sich die Beziehungen zum Vatikan weiterhin problemlos. 1933 empfahl der Vatikan dem polnischen Militärregime eine enge Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland und dem faschistischen Italien auf der gemeinsamen Basis des Antikommunismus (3). 1934 schlossen Deutschland und Polen einen Nichtangriffsvertrag. Dies hinderte Deutschland nicht daran, im September 1939 Polen zu überfallen. Die Nazi-Aggression brachte jahrelanges, unermeßliches Leid über das polnische Volk. Sechs Millionen Polen (vor allem polnische Juden) wurden von den Nazis ermordet, das ganze Land verwüstet.

Der damalige Papst, Pius XII, Nachfolger des 1939 verstorbenen Pius XI, verurteilte den Überfall mit keinem Wort. Lautstarken Protest meldete der Vatikan allerdings an, als am 17. September 1939 sowjetische Truppen in die Westukraine und das westliche Weißrußland einmarschierten – in Gebiete also, die das Pilsudski-Regime Sowjetrußland 1921 geraubt hatte. Diese Gebiete waren größtenteils von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, im wesentlichen waren dort nur die Großgrundbesitzer Polen.

Auch in der Zeit der Nazi-Besatzung war die polnische Kirche Stütze und Symbol des polnischen Unabhängigkeitsstrebens; Die Kirche war einer brutalen Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt. 1939 bis 1945 kamen 3646 Priester in Konzentrationslager, 1283 wurden dort ermordet. 548 katholische Geistliche wurden erschossen. 18 Prozent des gesamten Klerus wurde von den Nazis umgebracht. Über 1000 polnische Kirchen wurden zerstört.

Die an der Sowjetunion orientierte polnische KP spielte erst ab 1942 eine Rolle im antifaschistischen Widerstandskampf. **1938 war die KP Polens von der Leitung der Kommunistischen Internationale, d. h. auf Betreiben der sowjetischen Führung, a u f g e l ö s t worden, „... auf Grund später als falsch erkannter Anschuldigungen" (4), wie es in einem DDR-Geschichtskexikon heißt. Eine Reihe leitender Genossen der KP Polens wurden in der UdSSR ermordet.**

Im Gefolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages von 1939 („Hitler-Stalin-Pakt") wurde am 28.9.1939 von der deutschen und der sowjetischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet, in dem es über die von beiden Staaten besetz-
über die von beiden Staaten besetz-
ten polnischen Gebiete hieß: *„Beide Teile werden auf ihren Gebieten keine polnische Agitation dulden, die auf Gebiete des anderen Teils zurückwirkt. Sie werden alle Ansätze zu einer solchen Agitation auf ihren Gebieten unterbinden und sich gegenseitig über die hierfür zweckmäßigen Maßnahmen unterrichten"* (5).

In der Zeitschrift „Kommunistische Internationale" schrieb der damalige Sowjetaußenminister Molotow: *„Von einer Wiederherstellung des alten Polen kann, wie jedermann begreift, überhaupt keine Rede sein ..."*. Die UdSSR wolle, daß *„von diesem mißgestalteten Geschöpf des Versailler Vertrages, das von der Unterjochung der nichtpolnischen Nationalitäten lebte, n i c h t s übrigbleibt"* (6 – Hervorheb. von uns – AK).

Derartige Äußerungen, die Zerschlagung der KP Polens und die erwähnte Abmachung mit den Nazis sind Ausdruck eines großrussischen Chauvinismus, der sich in der sowjetischen Politik unter sozialistischer Tünche wieder breitgemacht hatte. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Empörung der polnischen Volksmassen und sicher auch vieler Kommunisten angesichts dieser Politik vorzustellen. Das sowjetische Vorgehen war zudem Wasser auf die Mühlen polnischer Antikommunisten und Chauvinisten, die von der Zerschlagung Sowjetrußlands träumten.

Im Januar 1942, ein halbes Jahr nach dem deutschen Überfall auf die UdSSR, erblickte eine polnische KP von sowjetischen Gnaden, die Polnische Arbeiterpartei (PPR), das Licht der Welt. Die PPR stellte in der UdSSR polnische Armeeeinheiten auf und trat für ein breites antifaschistisches Bündnis ein.

### Störfaktor beim Aufbau der Volksrepublik

Die neue polnische Regierung, eine Koalition aus Stalinisten und bürgerlichen Demokraten, führte im November 1944 eine Bodenreform zur Enteignung des Großgrundbesitzes

*Fortsetzung nächste Seite*




„Mein Vater wollte, daß ich in sein Versicherungsgeschäft eintrete, ich wollte Schauspieler werden. Wie Sie sehen, haben wir einen Kompromiß geschlossen."
frei nach Punch




**„Maschinengewehr Gottes" wird Ehrendoktor in Polen**

Das „Maschinengewehr Gottes", US-Prediger **Billy Graham**, erhält am 6. Januar die Ehrendoktorwürde der theologischen Akademie von Warschau.

**Da schmunzelt Ronald Reagan ... (aus der Hamburger „Morgenpost")**

## Der Vatikan — ein Hort des Antikommunismus und der Reaktion

**Am 19. März 1937 verfaßte der damalige Papst Pius XI. ein Rundschreiben an alle katholischen Bischöfe der Welt mit dem Titel „Über den atheistischen Kommunismus". Drei Jahre zuvor hatte derselbe Papst ein „Konkordat" (Freundschaftsverträge) mit dem faschistischen Deutschland und anderen faschistischen Regimes abgeschlossen. Auf eine Anfrage des Internationalen Bundes der Konfessionslosen, ob das Rundschreiben vom 19.3.37 noch heute gültig ist, antwortete das bischöfliche Ordinariat Berlin im Auftrage des Vatikan am 17.9.1980, *„daß die Enzyklika von Papst Pius XI. über den atheistischen Kommunismus auch heute noch in dem Sinne gilt, den ihr Autor ihr damals gegeben hat und in dem sie von den damaligen Lesern verstanden werden konnte"*.**

**Das Rundschreiben, aus dem wir im folgenden ausführlich zitieren, gibt einen aufschlußreichen Einblick in den politischen Hintergrund des Auftretens des katholischen Reisekaders Karol Woityla.**

**RGW-Kommission**

„...Ganze Völker sind in Gefahr, in eine noch grauenvollere Unkultur zurückzusinken, als wir sie noch über dem größeren Teil des Erdenkreises lag, als der Erlöser erschien. Wir sprechen, wie ihr, ehrwürdige Brüder, schon erraten habt, vom bolschewistischen und atheistischen Kommunismus, der die Welt so furchtbar bedroht, und darauf ausgeht, die soziale Ordnung umzustürzen und die Fundamente der christlichen Kultur zu untergraben. Angesichts einer solchen Bedrohung konnte und kann die katholische Kirche nicht schweigen... Was insbesondere den Kommunismus betrifft, so hat schon im Jahre 1846 Unser ehrwürdiger Vorgänger Pius IX. seligen Angedenkens dessen feierliche Verurteilung ausgesprochen... Späterhin hat ein anderer Unserer Vorgänger, Leo XIII., unsterblichen Angedenkens in seinem Rundschreiben 'Quod Apostolici muneris' (1878 – Anm. AK) jenen Kommunismus bezeichnet als 'verheerende Seuche, die das Mark der menschlichen Gesellschaft anfrißt und sie völlig zersetzt'...

Der heutige Kommunismus birgt in einem höheren Maße, als es bei anderen, ähnlichen Bewegungen der Vergangenheit der Fall war, eine falsche Erlösungsidee in sich... Des weiteren beraubt der Kommunismus den Menschen seiner Freiheit, der geistigen Grundlage seiner moralischen Lebensführung; der Persönlichkeit des Menschen nimmt er jede Würde und jeden moralischen Halt im Aufruhr blinder Instinkte...

Insbesondere gibt es für den Kommunismus keinerlei Bindung der Frau an Familie und Heim. Er proklamiert das Prinzip der Emanzipation der Frau, entreißt sie dem häuslichen Leben und der Sorge für ihre Kinder, zieht sie vielmehr in die Öffentlichkeit und in die kollektive Produktion im gleichen Maße wie den Mann und wälzt die Sorge für das Hauswesen und das Kind auf die Gesellschaft ab...

Wenn man aber die Gottesidee selber aus den Herzen der Menschen reißt, dann werden sie notwendig von ihren Leidenschaften zur grausamsten Barbarei getrieben ...

Die Entrechtung und die Versklavung des Menschen, die Leugnung des letztlich überweltlichen Ursprungs des Staates und der Staatsgewalt, der erschreckende Mißbrauch der öffentlichen Gewalt im Dienste des kollektivistischen Terrorismus sind das Gegenteil von dem, was der natürlichen Sittenlehre und dem Willen des Schöpfers entspricht... Es gäbe keinen Sozialismus und keinen Kommunismus, wenn die Lenker der Völker die Lehren und die mütterlichen Mahnungen der Kirche nicht verachtet hätten...

'Selig sind die Armen im Geiste', das waren die ersten Worte unseres göttlichen Meisters in seiner Bergpredigt... Alle Christen, ob reich, ob arm, müssen immer ihren Blick auf den Himmel gerichtet halten... Man wird jedoch nicht sagen können, der sozialen Gerechtigkeit sei Genüge getan, wenn dem Arbeiter nicht der eigene Unterhalt und der seiner Familie gesichert ist durch einen Lohn, der diesem Zweck entspricht, ... wenn man es ihm nicht leicht macht, ein bescheidenes Vermögen zu erwerben ... .

Aber auch die Arbeiter mögen der Pflichten der Liebe und der Gerechtigkeit gegenüber ihren Arbeitgebern eingedenk bleiben und überzeugt sein, daß sie damit auch ihre eigenen Interessen besser schützen ...

Der Kommunismus ist in seinem innersten Kern schlecht, und es darf sich auf keinem Gebiet mit ihm auf Zusammenarbeit einlassen, wer immer die christliche Kultur retten will ... Mit besonderem Nachdruck rufen Wir den Priestern die so oft wiederholte Mahnung Unseres Vorgängers Leo XIII. ins Gedächtnis zurück, zum Arbeiter zu gehen...

Die Armen sind ja den Nachstellungen der Aufwiegler besonders ausgesetzt, die ihre Notlage ausnutzen um den Neid gegen die Reichen bei ihnen zu erregen und sie dahin zu bringen, daß sie sich mit Gewalt nehmen, was ihnen das Glück ungerechterweise versagt zu haben scheint. Wenn der Priester nicht zu den Arbeitern und zu den Armen geht, um sie vor Vorurteilen und falschen Theorien zu bewahren, so werden sie leicht eine Beute der Sendlinge des Kommunismus..."

(Dokumentiert in „Materialien und Informationen zur Zeit", Nr. 4/1980)

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

durch und schloß im April 1945 einen Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der UdSSR. Im September 1945 kündigte die polnische Regierung das 1925 mit dem Vatikan abgeschlossene „Konkordat", erklärte aber gleichzeitig, *„daß sie die Tätigkeit der katholischen Kirche so wie bisher nicht behindern wird, und sie versichert der katholischen Kirche weiterhin volle Freiheit ihrer Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze"* (7).

Der polnische Klerus blieb freilich auch nach 1945 stramm antikommunistisch ausgerichtet. In einem „Hirtenbrief" erklärte die polnische Bischofskonferenz (Episkopat) am 24. März 1946: *„Polen darf nicht kommunistisch werden, sondern einzig und allein christlich und katholisch"* (8). (Drei Wochen zuvor waren in Polen Industrie, Banken, Verkehrs- und Nachrichtenwesen verstaatlicht worden.)

Im Oktober 1948 wurde der Reaktionär Stefan Wyszynski vom Vatikan zum Kardinal von Polen und damit zum Chef des polnischen Klerus befördert. Dieses Amt hat Wyszynski bis heute inne.

Zwar wurde in Polen in den vierziger und fünfziger Jahren nicht der Sozialismus aufgebaut, sondern ein „realsozialistisches" System stalinistischer Prägung, doch ändert dies nichts am reaktionären, antikommunistischen und proimperialistischen Wesen des klerikalen Widerstandes gegen den Aufbau der Volksrepublik Polen. Die politisch-ideologische Grundhaltung des polnischen Klerus brachte Kardinal Wyszynski 1946 in einem Buch über den „Geist der menschlichen Arbeit" zum Ausdruck. Darin fordert er u.a. das „Recht auf Privateigentum", verbunden mit „sozialer Verpflichtung". In dieser Schrift heißt es u.a.: *„Der Schöpfer will die Bevölkerung und Überbevölkerung der Welt ... Und wozu? Oh, wir sind unersättlich! Denn wir möchten so viele Gotteskinder wie nur möglich sehen ..."* (9).

Nach dieser Devise setzen die polnischen Pfaffen bis heute Frauen, die von ihrem Recht auf Abtreibung Gebrauch machen wollen, einem massiven psychologischen Terror aus.

Im April 1950 unterzeichneten der polnische Klerus (Episkopat) und die Regierung ein Abkommen, das den Fortbestand des Religionsunterrichts an den Schulen und die Existenz einer katholischen Presse garantierte. Als Gegenleistung bekannte sich der Klerus zur „Achtung der Gesetze und der Staatsgewalt" der VR Polen. Das Abkommen von 1950 war für den Klerus nur ein taktischer Schritt; die antikommunistische Grundorientierung behielt er in vollem Umfang bei.

„Tygodik Powszechny", bis heute die wichtigste katholische Zeitung in Polen, schrieb im Dezember 1950: *„...Marxisten oder Sozialisten sind wir nicht. Wir sehen im Sozialismus viele positive Seiten. Dennoch ist das sozialistische Ideal nicht unser Ideal.*
*viele positive Seiten. Dennoch ist das sozialistische Ideal nicht unser Ideal.*
*Deshalb können und dürfen wir keine Verantwortung für die Verwirklichung dieses Ideals übernehmen..."* (10).

Anfang der fünfziger Jahre spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen dem Klerus und dem Regime unter Staatschef Boleslaw Bierut zu. Im Februar 1953 erzwang der Staat seine Mitwirkung bei der Besetzung kirchlicher Ämter. Am 25. September 1953 wurde Kardinal Wyszynski in seinem Warschauer Palast wegen „staatsfeindlicher Betätigung" unter Hausarrest gestellt. Er kam allerdings nie in Haft und konnte sich stattdessen in Klöstern seiner Wahl aufhalten.

Insgesamt wurden 1953 acht Bischöfe und 900 Priester unter Arrest gestellt. Im Januar 1955 wurde der Religionsunterricht an den staatlichen Schulen abgeschafft. Dieser Politik lag die These von Staatschef Bierut zugrunde, der Klerus in Polen sei eine „Vorhut des amerikanischen Imperialismus". Im Juni 1956 kam es in Poznan zu einem Aufstand, nachdem Forderungen streikender Arbeiter von der Bürokratie zurückgewiesen worden waren. Es kam zu Massendemonstrationen, bei denen sowohl religiöse als auch sozialistische Lieder das Bild bestimmten. Der Aufstand wurde von Armee und Miliz blutig niedergeschlagen; es gab über 50 Tote sowie hunderte von Verwundeten und Festgenommenen.

Auch wenn konterrevolutionäre Kräfte, wie Anhänger Wyszynskis, an dem Aufstand beteiligt waren, so war der Versuch der damaligen Parteiführung, den Aufstand als Machenschaft imperialistischer Agenten darzustellen, angesichts der Realität zum Scheitern verurteilt. Der Poznaner Aufstand leitete die „Entstalinisierung" in Polen ein. Ende Oktober 1956 wurde Wladyslaw Gomulka, der



**Solidarnosc-Chef Walesa und Kardinal Wyszynski (2. von rechts)**

schon in den 40er Jahren zeitweise an der Spitze Polens gestanden hatte, neuer Parteichef.

## „Beziehungen auf neuer Grundlage"?

Kardinal Wyszynski zog eine Woche nach Gomulkas Amtsantritt wieder in Warschau ein, andere Pfaffen wurden ebenfalls aus dem Arrest entlassen. Die unter Bierut zwangsweise eingestellten klerikalen Presseorgane durften wieder erscheinen und der Religionsunterricht wurde wieder eingeführt. Im Dezember 1956 verfaßten Vertreter von Regierung und Klerus ein Kommunique, das zwischen Kirche und Staat „Beziehungen auf neuer Grundlage" proklamierte. Die Regierung erklärte, sie wolle *„die Hindernisse aus dem Weg räumen, die in der Vergangenheit bei der Realisierung des Grundsatzes der völligen Freiheit des religiösen Lebens"* (11) im Wege gestanden hätten.

Dem Klerus ging es allerdings weniger um die Freiheit der Religionsausübung, die im Sozialismus zu respektieren ist, sondern um die Möglichkeit, ihren reaktionären Schrott möglichst wirksam unter die Leute zu bringen.

1958 zog die katholische Gruppe „Znak" mit acht Abgeordneten in das polnische Parlament, den Sejm, ein. Der Chef dieser Gruppe, ein Duzfreund Kardinal Wyszynskis, wurde Mitglied des 15-köpfigen Staatsrates, d. h. der Regierung.

Der polnische Klerus, mit dem berufsmäßigen Demagogen Wyszynski an der Spitze, haute weiterhin kräftig auf die antikommunistische Pauke. Am 2. Juni 1958 erklärte Wyszynski in einer Predikt in Warschau: *„Die Kirche ist gegen jede Form von Verstaatlichung von Eigentum in breitem Umfang. Dies ist ein*
*Form von Verstaatlichung von Eigentum in breitem Umfang. Dies ist ein*
*Mißbrauch und ein Unrecht ... Ich sehe keine humanistischen Elemente im Sozialismus ... Das Staatsgesetz muß bestätigen, was die christliche Moral vorschreibt"* (12).

Appelle der Parteiführung, der Klerus solle sich auf Glaubensfragen beschränken, verhallten wirkungslos. In den Jahren 1959/60 spitzten sich die Auseinandersetzungen erneut zu. Gegen die staatliche Aufklärung über den Schwangerschaftsabbruch setzte der Klerus eine Kampagne auch hierzulande bekannten Stils zum „Schutz des keimenden Lebens". Im Gegenzug versuchte der Staat den Religionsunterricht an den Schulen einzuschränken, gab dies aber angesichts massiver klerikaler Proteste auf.

Daß die Führer des Klerus selbst vor faschistoider Hetze nicht zurückschrecken, wenn es um die Verteidigung und den Ausbau ihrer Privilegien geht, bewies Wyszynski in einer Predigt am 15. April 1962: „**Aber Atheismus ist eine Sünde, und unter unseren Bedingungen eine der größten ... Atheismus ist Krebs der Seele. Wer nicht glaubt, wird verdammt**" (13).

Als die polnische Partei- und Staatsbürokratie dem Auftreten des Klerus in den sechziger Jahren kaum noch Widerstand entgegensetzte, zeigte sich der Klerus in gewissem Maße erkenntlich. So hielt sich der Klerus nach der blutigen Niederschlagung der Streiks an der Ostseeküste 1970 merklich zurück und verhielt sich gegenüber dem neuen Parteichef Edward Gierek zunächst abwartend. Die damalige Haltung des Klerus zeigt deutlich, daß er ein t a k t i s c h e s Verhältnis zur Arbeiterbewegung in Polen hat.

Am 3. März 1971 sprach die polnische Regierung Kardinal Wyszynski durch den damaligen Ministerpräsidenten Jaroszewicz ihre Anerkennung für seine „patriotische Haltung" aus und entschuldigte sich für die „verfehlte" Kirchenpolitik des gerade abgesägten alten Parteichefs Gomulka. Gierek gab in den folgenden Jahren ohne irgendwelche Vorverhandlungen „Kircheneigentum" zurück.

## Offensive des Klerus – Ohnmacht der Bürokratie

Getreu der alten Wyszynski-Parole „Wir sind unersättlich" ließ sich der Klerus von der Bürokratie auch durch erhebliche Zugeständnisse in der Gierek-Ära nicht besänftigen. Im Mai 1974 beschuldigte Erzbischof Woityla (mittlerweile Reisepapst), die Staatsorgane, die Jugend systematisch atheistisch zu erziehen und ihren Eltern zu entfremden. Im Jahre 1978 begann der polnische Klerus eine umfassende Offensive, die bis heute anhält und mit der er beachtliche Erfolge erzielte.

Am 6. Januar 1978 lobte Kardinal Wyszynski *„die durch die Behörden aufgegriffenen Initiativen* (des Klerus! – Anm. AK) *zum Wohl der Familie, zum Schutz der jungen Ehen und für eine geburtenfreundliche Politik, die eine höhere Geburtenzahl junger Polen begünstigt. Dazu gehören auch die Bemühungen zur Anhebung des moralischen Niveaus der Jugend"* (14). (Mit letzterem spielt Kardinal W. an auf die staatliche Propaganda gegen „Alkoholismus", „Bummelantentum", „sexuelle Ausschweifungen" und ähnliche Verderbtheiten.)

In derselben Predigt forderte der polnische Pfaffenchef verbesserte Möglichkeiten des Klerus, sich in Massenmedien zu produzieren. Miecyslaw Rakowski, Chefredakteur der Partei-Wochenzeitung „Polityka" und seit Februar 1981 stellvertretender Ministerpräsident unter General Jaruzelski, fand nach dieser Predigt außerordentlich lobende Worte für
Jaruzelski, fand nach dieser Predigt außerordentlich lobende Worte für
den Klerus im allgemeinen und Wyszynski im besonderen. – Nach dem Motto: „Der Kuckuck lobt den Hahn, dieweil der Hahn den Kuckuck lobt" (Lenin). – Auch Politiker „aus dem marxistischen Lager", so Rakowski, würden „in den Ausführungen des Kardinals viele interessante Ideen finden", die sie teilweise akzeptieren könnten (15). Rakowski hob die „positiven Veränderungen" hervor, „die in der gesellschaftspolitischen Doktrin der römisch-katholischen Kirche bereits eingetreten" seien. Zu diesen Veränderungen zählt der PVAP-Ideologe Rakowski „vor allem das Bestreben, die Entspannungsprozesse zu fördern und solide Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen" (15).

Wie die Haltung des Klerus in dieser Frage praktisch aussieht, erläuterte der stellvertretende Chef des staatlichen Kirchenamtes in Warschau unlängst vor Parteifunktionären. So war der polnische Klerus nicht einmal bereit, eine Stellungnahme gegen die NATO-Hochrüstung abzugeben (16).

Zur Frage von Abtreibungen und Ehescheidungen meint Rakowski: **„Niemand erschwert es den Geistlichen auch, den religiös gebundenen Menschen den Gebrauch solcher, von unserer Rechtsprechung geschaffener Möglichkeiten zu verbieten, weil sie der katholischen Moraldoktrin widersprechen"** (17). *„Die sozialistische Ideologie"*, meint der von westlichen Medien als „Reformkommunist" gepriesene Rakowski, *„ist längst von einem primitiven Atheismus abgegangen, der sein Ziel im Kampf gegen den 'Herrgott' sah"* (18).

Hierin drückt sich die Tatsache aus, daß die PVAP schon lange auf einen Kampf mit dem Klerus verzichtet hat zugunsten eines Arrangements, d.h. sie hat versucht, den Kampf mit der Kirche durch Zugeständnisse zu vermeiden. Dahinter steht der Versuch, den Einfluß der Kirche zur Stabilisierung des Systems zu nutzen.

Es kommt aber noch dicker. Rakowski schreibt: *„In Polen ist es niemandem gestattet, Glaubensbekenntnisse und religiöse Institutionen zu verspotten, kein Mensch tut das. Es gibt auch keine Zeitschriften, die 'Gottes-Feinde' um sich scharen..."* (19).

Dem Klerus ist dies alles noch längst nicht genug. Im Mai 1978 vertrat Wyszynski in einer Predigt die Auffassung, der Klerus trage nicht nur Verantwortung für die Kirche und das Vaterland, sondern auch für sämtliche Probleme des polnischen Alltagslebens. Am 17. September 1978 forderten die polnischen Bischöfe in einem „Hirtenbrief" das Recht der Kirche auf eigene Sendezeiten in Fernsehen und Rundfunk und auf eigene Presseorgane mit hoher Auflage.

Am 16. Oktober 1978 wurde der Krakauer Erzbischof und Wyszynski-Zögling Karol Woityla unter tätiger Mithilfe der NATO-Kardinäle Höffner, Ratzinger & Co. in Rom zum 1. Vorsitzenden des Vatikan gewählt. Die Wahl von Karol Woityla zum Papst gab dem reaktionären Klerus in Polen verstärkten Auftrieb.

Am 10. November 1978 wurde in einer Warschauer Kirche eine Gedenktafel für den Militärdiktator und Aggressor gegen Sowjetrußland, Josef Pilsudski, geweiht. In einem parallel dazu veröffentlichten „Hirtenbrief", der auch die Unterschrift Woitylas trägt, forderte der Klerus die „Rückgabe" der 1921 Sowjetrußland geraubten Gebiete, die seit 1939 wieder zur UdSSR gehören. Kirchenrechtlich sind diese Gebiete immer noch dem polnischen Episkopat unterstellt.

In demselben Hirtenbrief heißt es u.a.: *„Man muß solche Bedingungen in unserem Vaterland schaffen, daß die Nation sich voll als Herr im eigenen Vaterland fühlt"* (20). Was für Bedingungen das konkret sein sollen, deutete Wyszynski in einer Predigt am 21. Januar 1980 an. Es müsse *„Schluß gemacht werden mit den Überresten von Programmen, die von 'Gottesfressern' verkündet werden. Aber leider kommen sie immer noch zu Worte auch in unserem Vaterland"* (21).

Auf seine historisch gewachsene Stärke und die Erfahrung bauend, daß ein allzu schnelles politisches Driften nach Westen von der Sowjetunion rigoros verhindert wird (Ungarn 1956, CSSR 1968), ist der Klerus in seiner T a k t i k sehr flexibel. Im Juni 1979 besuchte Karol Woityla alias Johannes Paul II. als erster Papst ein Land des „ralen Sozialismus", Polen. Viele Millionen Polen waren auf den Beinen, um Woityla zuzujubeln. Der Besuch geriet zur größten Heerschau des Klerus seit der Gründung der Volksrepublik.

Der Partei-Ideologe M. Rakowski schloß sich auf seine Weise dem Reigen der Woityla-Fans an: Der Papst-Besuch sei *„ein historisches Ereignis für das ganze Volk"* und werde *„zweifellos die weitere Entwicklung*
*für das ganze Volk"* und werde *„zweifellos die weitere Entwicklung*
*der Beziehungen zwischen dem Vatikan und den sozialistischen Staaten beeinflussen"* (22). Die Äußerung Woitylas anläßlich seines Besuchs in Polen, man müsse den *„Mut aufbringen, um in eine Richtung zu gehen, in die bisher niemand gegangen ist"*, wurde nach Rakowski *„sowohl von den Staatsorganen als auch von der ganzen Bevölkerung sehr positiv aufgenommen"* (22). Angesichts der Realität kann man solche Versuche, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, nur noch als Zeugnisse unfreiwilligen Galgenhumors bezeichnen.

Der Klerus weiß, daß er eine so starke gesellschaftliche und politische Kraft in Polen ist, daß die Partei- und Staatsbürokratie sich mit ihm, zumal angesichts der möglichen Gefahr eines sowjetischen Einmarsches, arrangieren m u ß.

Er nutzt diese Situation aus, um seine Stellung gegenüber der Partei noch mehr zu stärken. Der Klerus kann es sich (unter Hinweis auf die Gefahr einer Intervention) sogar leisten, die Werktätigen zum „Maßhalten" aufzufordern, ohne dadurch seinen Kredit in der Arbeiterklasse zu verspielen. So erklärte eine gemeinsame Kommission aus Vertretern des Klerus und der Regierung im Dezember 1980, es müsse vermieden werden, *„Schritte zu unternehmen, die die Spannung verstärken"*, es sei vielmehr *„die Einheit aller Polen notwendig, ungeachtet ihrer weltanschaulichen oder politischen Unterschiede, um die Existenz des souveränen Staates zu gewährleisten und um aus der Krise herauszukommen"* (23). Als gemeinsamer Nenner von Klerus und Bürokratie kann dabei ein Nationalismus dienen, der auch den Parteiführern nicht ganz fremd ist. So schreibt Ryszard Wojna, Redakteur des Parteiorgans „Trybuna Ludu": *„Das oberste Gebot eines Staates ist es, die Sicherheit der Nation und die Voraussetzungen für deren friedliche Entwicklung zu gewährleisten"* (24).

## Der Klerus und die Solidarnosc

Die klerikalen Symbole und Lieder sowie die Gottesdienste auf dem Gelände der bestreikten Lenin-Werft in Gdansk zeigten die Verankerung des Klerus und der katholischen Religion in der polnischen Arbeiterklasse.

Es wäre verfehlt, aus der Tatsache, daß nicht mehr wie 1970 rote Fahnen und der Gesang der Internationale das Bild bestimmen, pauschal ein Abgleiten der Arbeiter in reaktionäre Ideologie und Chauvinismus zu schlußfolgern. Es zeigt sich darin vielmehr in erster Linie ein tiefgehender Vertrauensschwund gegenüber der Staatspartei PVAP, auf deren Veränderung 1970 noch viele Arbeiter gehofft hatten. Diese Enttäuschung k o n n t e in Polen von keiner anderen Kraft aufgefangen werden als von der Kirche, als der größten nicht vom Regime abhängigen oder korrumpierten gesellschaftlichen Kraft. Die zunehmenden Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bürokratie erkennend, unterstützte der Klerus schon 1976 Bemühungen, die Strafen für inhaftierte Streikende der damaligen Sommerstreiks zu senken.

Aufgrund ihrer Geschichte bot sich die Kirche zudem als Kämpferin für die Unabhängigkeit Polens an. In Ländern, in denen die Idee des Proletarischen Internationalismus zur Bemäntelung der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker mißbraucht wird, hat der Gesang der Nationalhymne bei Arbeiterstreiks zunächst einmal in erster Linie die Bedeutung, zu demonstrieren, daß man bereit ist, für die nationale Unabhängigkeit zu kämpfen. Das oft gezeigte Bild der „Heiligen Madonna von Tschenstochau" ist ebenso ein Symbol der polnischen Unabhängigkeit.

Die p o l i t i s c h e n Forderungen der Streikenden waren 1980 insgesamt nicht weniger radikal als 1970.

Eine Ausnahme bildete allerdings die Forderung nach Zugang des Klerus zu den Massenmedien und Übertragung eines Gottesdienstes (Messe) an jedem Sonntag im Rundfunk. Diese Forderung ist objektiv reaktionär, da sie die Verbreitung der rechten Propaganda des Klerus begünstigt und Ausdruck einer gewissen politischen Schwäche der polnischen Arbeiterbewegung ist.

Am 26. August hielt der Oberpfaffe und Erzreaktionär Wyszynski eine Predigt, in der er die Streikenden in unmißverständlicher Weise zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrief und erklärte, die an sich berechtigten Forderungen der Arbeiter müßten „in Etappen" durchgesetzt werden. Nachdem dieser Apell nichts fruchtete, verabschiedete der polnische Episkopat am drauffolgenden Tag eine
te, verabschiedete der polnische Episkopat am drauffolgenden Tag eine
Erklärung, in der er die streikenden Arbeiter für ihr diszipliniertes Verhalten lobte und die Forderung nach einer unabhängigen Gewerkschaft unterstützte. Dabei versäumte es der Klerus freilich nicht, seine eigenen sattsam bekannten Parolen (vom „Recht auf Gott" bis zum „Recht auf privaten Besitz und private Verfügung über Grund und Boden" in der Landwirtschaft) der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

**Der Einfluß klerikaler Kreise auf die neue unabhängige Gewerkschaft Solidarnosc war von Anfang an stark. 5 der 10 Berater des überbetrieblichen Streikkomitees auf der Lenin-Werft in Gdansk waren Mitglieder des „Klubs Intellektueller Katholiken" (KIK)** (25).

Diese (legale) Gruppe gibt die Zeitschrift „Wiez" heraus, in der unter Pseudonym schon während der Gierek-Ära Adam Michnik und Jacek Kuron vom oppositionellen „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung" (KOR) schreiben konnten.

Die oppositionelle Tendenz des KIK zeigte sich auch darin, daß es den Vizepremier Jerzy Oszodowski von seinem Ehrenvorsitz im KIK entfernte.

Das KOR wiederum, das durch Berater und Vorstandsposten ebenfalls über einen starken Einfluß auf die Solidarnosc verfügt, tritt für ein enges Bündnis der Oppositionellen mit dem Klerus ein.

Nach Auseinandersetzungen mit der Bürokratie ist der Solidarnosc im Februar die Herausgabe einer eigenen Zeitung mit 500.000 Auflage genehmigt worden. Chefredakteur wird Tadeusz Mazowiecki, bislang Chefredakteur der KIK-Zeitung „Wiez" ...

*Fortsetzung nächste Seite*

*Fortsetzung von der vorherigen Seite*

Die engen Beziehungen zwischen Klerus und Lech Walesa zeigten sich, als Walesa mehrmals vor Gesprächen mit Regierungsvertretern bei Wyszynski vorsprach. Am 5. Januar brachte Walesa zu einem solchen Vorbereitungsgespräch auf Verhandlungen auch seinen Berater Jacek Kuron vom KOR mit. Das Gdansker Abkommen unterzeichnete Walesa übrigens mit einem überdimensionalen Kugelschreiber, der ein Bild Karol Woitylas trug. Sein im wahrsten Sinne unterwürfiges Verhältnis zu diesem Herrn demonstrierte Walesa dann in peinlicher Weise bei seinem Besuch in Rom im Januar 1981.

Es ist unseres Erachtens nicht richtig, davon zu sprechen, wie wir es noch in AK 187 taten, daß sich die Streikführer lediglich mit dem Klerus „a r r a n g i e r t" hätten. Vielmehr besteht zumindest zwischen großen Teilen der Solidarnosc-Führung und dem Klerus eine gewisse Übereinstimmung in politischen Fragen.

Diese Übereinstimmung wurde u. a. am 16.12.1980, dem 10. Jahrestag des Blutbades an Gdansker Streikenden, deutlich, als Kardinal Marcharski anläßlich einer gemeinsamen Feierstunde von Regierung, Klerus und Solidarnosc die Fahne der Solidarnosc weihte.

Schritte hin auf ein wirklich sozialistisches Polen, ohne ausbeuterische Produktionsverhältnisse, wird die polnische Arbeiterklasse erst machen können, wenn sie in ihrer Mehrheit die reaktionären politischen Ziele des Klerus erkannt und sich von seinem politischen Einfluß gelöst hat.

**RGW-Kommission**

## Anmerkungen

1 W. I. Lenin, Werke, Band 12, S. 51
2 W. I. Lenin, Werke, Band 32, S. 171
3 Materialien und Informationen zur Zeit, Zeitschrift des Internationalen Bundes der Konfessionslosen, Nr. 1/1979, S. 8
4 Kleine Enzyklopädie Weltgeschichte, Band 2, Leipzig 1979, S. 161
5 Walter Hofer (Herausgeber): Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933 - 1945, Frankfurt 1976, S. 235
6 zitiert in: Udo Gentzsch: Polens Kommunisten zwischen Arbeiterklasse und ‚großem Bruder', in: „Z", Nr. 7, S. 12
7 Hans-Jakob Stehle: Die Ostpolitik des Vatikan 1917 - 1975, München 1975, S. 282 f
8 zitiert in: „rote blätter", Zeitschrift des MSB-Spartakus, Nr. 2 - 3/1981, S. 38
9 zitiert in: Materialien und Informationen zur Zeit, Nr. 2/1979, S. 6
10 „Tygodik Powszechny", Nr. 50/229, zitiert nach: siehe 9, S. 9
11 „Trybuna Ludu", Zentralorgan der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), 8.12.1956, zitiert in: siehe 9, S. 13
12 Hans-Jakob Stehle: Nachbar Polen, Frankfurt am Main 1963, S. 114
S. 13
12 Hans-Jakob Stehle: Nachbar Polen, Frankfurt am Main 1963, S. 114
13 Hans-Jakob Stehle: Nachbar Polen, S. 107
14 Stefan Wyszynski, Predigt vom 6.1. 1978 in Warschau, in: Armin Th. Dross (Herausgeber): Polen — Freie Gewerkschaften im Kommunismus?, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 109
15 Miecyslaw F. Rakowski: Grundlagen der Zusammenarbeit und des Dialogs, „Polityka", Nr. 12/1978, 25.3.78 in: Armin Th. Dross: Freie Gewerkschaften im Kommunismus?, S. 124
16 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9. 1980
17 siehe 15, S. 129
18 siehe 15, S. 133
19 siehe 15, S. 129
20 Frankfurter Rundschau, 31.5.1978
21 Stefan Wyszynski: Predigt am 21.1. 1980 in Warschau, in: Armin Th. Dross: „Freie Gewerkschaften ...", S. 140
22 Miecyslaw Rakowski: An der Schwelle eines neuen Jahrzehnts, in: J. Kossak, M. Rakowski u.a.: Fünf Essays über das zeitgenössische Polen, Warschau 1980, S. 272
23 Radio Warschau, 8.12.80, nach: Monitor Dienst, 9.12.1980
24 Ryszard Wojna: Die stürmischen, bedeutungsvollen Jahre 1918 - 1978, in: R. Wojna, A. Jezierski u.a.: Sechzig Jahre unabhängiges Polen, Warschau 1979, S. 20
25 Jendrzey Bukowski (Mitglied des KIK): Un mode de vie adapté à l'âme d'une nation, in: Le Monde, Paris, 6.11.1980




# Polen: Worüber die SED schimpft

*„Ein neues bezeichnendes Beispiel für das Vorgehen der ‚Solidarnosc'-Leute"* enthüllte das „Neue Deutschland", das Zentralorgan der SED, am 13.2.81. *„Massive Erpressung"* warf die Zeitung der Solidarnosc vor, die angeblich *„fremdes Eigentum zu erlangen sucht"*. Was war passiert?

Nach den Auguststreiks ist die alte polnische Staatsgewerkschaft durch mehrere Millionen Austritte stark zusammengeschrumpft. Die große Mehrheit ihrer Mitglieder trat in die neue unabhängige Gewerkschaft „Solidarnosc" ein.

Die Solidarnosc-Kollegen im Bezirk Lublin sahen nun nicht ein, weshalb sie das aus ihren Beiträgen finanzierte Gewerkschaftshaus in Lublin den abgewrackten Führern der Staatsgewerkschaft überlassen sollten. So forderten sie den Wojewoden (Chef der Verwaltung des Bezirks, der Wojewodschaft) auf, der Gewerkschaft Solidarnosc ab Ende Februar das Gewerkschaftshaus in Lublin zur Verfügung zu stellen.

Für den Fall, daß diese Forderung abgelehnt würde, kündigte Solidarnosc Streiks und die Besetzung des Gebäudes an. Der neue Wojewode, der erst zwei Monate zuvor im Rahmen der „sozialistischen Erneuerung" dies Amt erhalten hatte, akzeptierte die Forderungen der Solidarnosc.

Die örtlichen Chefs der Staatsgewerkschaft liefen Amok. In Schreiben an den Ministerpräsidenten und die Parteiführung forderten sie die Zurücknahme der angeblich „willkürlichen" und „ungesetzlichen" Entscheidung des Lubliner Wojewoden.

Zusätzlich wandten sie sich an die Korrespondenten des „Neuen Deutschland" und der Prager „Rude Pravo", die, ständig auf Achse in Sachen Storys über „Chaos und Anarchie" in Polen, die Sache umgehend groß herausbrachten.

Daß die Solidarnosc eine G e w e r k s c h a f t ist, die rund 10 Mio. Werktätige umfaßt, während der regimetreuen Staatsgewerkschaft scharenweise die Mitglieder davongelaufen sind, erfährt der Leser dieser Presse leider nicht. Dort wird die Solidarnosc nur als „Organisation" mit konterrevolutionärem Touch hingestellt.

**RGW-Kommission**

# Jugoslawien: Praxisgruppe unter Druck

1975 mußte die linkssozialdemokratische Philosophie-Zeitschrift „Praxis" in Jugoslawien auf Druck der Behörden ihr Erscheinen einstellen. Die Herausgeber, mehrere Professoren, erhielten Berufsverbot. Allerdings bekamen sie weiterhin noch 60 % ihres bisherigen Gehalts ausgezahlt, im Gegensatz zu Berufsverbote-Opfern in der BRD. Im Dezember 1980 wurden sieben „Praxis"-Professoren auch diese Bezüge gestrichen.

Mihailo Marcovic, einem ehemaligen „Praxis"-Herausgeber, der regelmäßig eine Gastprofessur in Philadelphia (USA) wahrnahm, wurde der jugoslawische Paß entzogen. Parallel dazu verhinderten die jugoslawischen Behörden, vorbereitet durch eine Pressekampagne, die Gründung einer kulturpolitischen Zeitschrift, an der sich auch einige ehemalige „Praxis"-Mitarbeiter beteiligen wollten.

Führende Parteifunktionäre hatten dem Herausgeberkreis „anarcholiberalistische" und „nationalistische" Absichten unterstellt und sich darüber beschwert, daß die Herausgeber sich gegen „angebliche" Zensur in Jugoslawien gewandt hatten.

Eine Reihe linkssozialdemokratischer Persönlichkeiten in der BRD hat sich einem Appell an die Präsidenten des serbischen und jugoslawischen Parlaments, der Skuptschina gewandt, und fordert die Rücknahme der Maßnahmen. Zu den Unterzeichnern des Appells gehören u.a. Jürgen Habermas, Hellmut Gollwitzer, Johano Strasser, Fritz Vilmar, Oskar Negt, Günther Grass, Siegfried Lenz, Heinz Brandt, Ingeborg Drewitz und Ossip K. Flechtheim.

**RGW-Kommission**

# „Das da" — Viel Scheiße für 6.80 DM

**Am 2.März konnte der Leser und die Leserin der „taz"-Auslandsseite eine erstaunliche Anzeige studieren: „Viel Erfolg für wenig Rubel! 20 Jahre erfolgreiche sowjetische Deutschlandpolitik in ‚konkret'". So hanebüchen dieser Aufreißer, so haarsträubend das Produkt, für das (mit augenzwinkerndem Apell an ‚Linke, die einen Dritten Weg zwischen Kapitalismus und ‚realem Sozialismus' ... gehen" wollen) geworben wird: Ein Politparanoikum aus der Schreibmaschine des „das da-extra dry"-Chefs Klaus Rainer Röhl.**

Über ihn, seine journalistisch-pornographischen Machwerke sowie seine Karriere vom Schein-Linken zum Leichenfledderer am Nachlaß seiner Ex-Frau Ulrike Meinhof braucht es wohl keine weiteren Ausführungen.

Immerhin mag es nicht uninteressant sein, einmal in das hineinzuhören, was der ehemalige „konkret" und „das da - avanti"-Herausgeber am heutigen Punkt seines Abstiegs in den Sumpf zum besten gibt. „konkret" – das heutige, von Gremlitza herausgegebene – ist ihm, Röhl, ein Blatt in *„tiefem Rot"*, soll heißen
litza herausgegebene – ist ihm, Röhl, ein Blatt in *„tiefem Rot"*, soll heißen
*„eine Zeitung der Freunde der DKP"*, oder noch besser, ein Blatt *„streng im Sinne der SED"*, was natürlich nichts andres heißt als: ein Instrument *„Moskaus"*. Aber was soll's, laut Röhl waren schließlich die Bewegung gegen Wiederbewaffnung und Wiedereinführung der Wehrpflicht (in den 50er Jahren), die Bewegung gegen Atomwaffen (in den 60ern), der Sozialistische Studentenbund (SDS), wie überhaupt j e d e Bewegung für Frieden und Abrüstung nichts anderes als Auftragsarbeiten der *„sowjetischen Deutschlandpolitik"*. Das geht bis hinein in die SPD, denn deren Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der Existenz zweier deutscher Staaten – worauf läßt das wohl schließen? Na?? . . . Richtig!

Das alles ist natürlich reinster CDU-Ton – und es erfordert schon viel Feingefühl, da noch einen Hauch linker Tünche zu spüren. Die Feinfühligkeit seiner Leser steht andererseits bei Röhl nicht hoch im Kurs, scheint's: Damit sich der Irrtum ja nicht festsetzt – sofern er je aufkommt – Röhl sei vielleicht nicht ganz bei Trost gewesen, als er seinen CDU-Artikel gegen „konkret" schrieb, gibt er, im gleichen „das da-extra dry"-Heft noch eine Lobpreisung des „Lili Marleen"-Films von Faßbinder drauf. Und zwar so: Das ist doch endlich mal ein ‚großartiger Kintopfilm", der sich „überall sehen lassen kann". Und warum das? Natürlich einmal wegen des „Deutschen Filmwunders" Hanna Schygulla, zweitens dann, weil der Film „nicht deutschfeindlich ist", drittens, weil dieser ‚großartige, populäre Kintop" – im Vergleich zu „Cabaret" mit Liza Minelli – ‚größere historische Authentizität" hat, soll heißen: keine ‚geradezu plumpe Deutschfeindlichkeit" predigt, viertens, weil „Lili Marleen", anders als „Cabaret", nicht „naiv deutschfeindlich" ist, sondern wunderhübsch „naiv menschenfreundlich".

Na schön, wird der Leser sagen, was soll man anderes von Röhl erwarten; und die Leserin wird sich weder über die Hochglanz-Nackten, die „Lolita im Himmelbett"-Story noch über den Aufgeil-„Report" „Kinder auf dem Strich" wundern können. Auch das ist Original-Röhl-Stil, wie gehabt.

Ärgerlich ist der Abdruck der Anzeige für diesen Mist in der „taz". *„Was hat die taz-Redaktion eigentlich dazu veranlaßt, dieses Machwerk*
zeige für diesen Mist in der „taz". *„Was hat die taz-Redaktion eigentlich dazu veranlaßt, dieses Machwerk*
*abzudrucken?"*, wurde in einem Leserbrief (9.3.) gefragt. Nun, bestimmt das Geld. Aber vielleicht auch geistige Gemeinsamkeiten irgendeines „taz"-Redakteurs mit dem Inhalt der Anzeige? In dieser Anzeige heißt es z.B.: *„Jedesmal, wenn die sowjetische Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik wieder einmal ein Stückchen an Boden gewonnen hat ... jedesmal, wenn die Außerparlamentarische Linke zu unbedachten Handlungen provoziert wird und eine Niederlage erleidet, dann spielt eine kleine Hamburger Monatszeitschrift dabei die Hauptrolle: ‚konkret' ... Die Sowjetunion sparte mit Hilfe einiger geschickter Journalisten Milliarden an Rubeln, die sie weniger für Rüstung, Lebensstandard und Hilfe für die Dritte Welt ausgeben mußte, weil immer einige Leute Kampagnen für ‚Frieden und Abrüstung' organisierten"*.

Daß ausgerechnet „das da"-Chef Röhl höchstpersönlich von den 50er Jahren bis in die 70er Jahre hinein Herausgeber der nun von ihm diffamierten Zeitschrift „konkret" war, bleibt in der Anzeige natürlich unerwähnt . . .

**Antifa-Kommission Hamburg**

# Bahros letzter Schrei: Wir sind alle Kriegstreiber

Man lernt nie aus. Tiefschürfende Erkenntnisse durften diejenigen mit nach Hause tragen, die am 6.3. das Haus der Jugend in Frankfurt aufgesucht hatten, um Bahros neuer Predigt zu lauschen. Eingeladen hatten DIE GRÜNEN zu einer Wahlkampfveranstaltung unter dem Motto *„Ökologie und Frieden"*.

Ach ja, Walter Mossmann war auch da. Der erzählte aber mehr vom Kaiserstuhl.

Also, mit den Raketen ist das so: Die sind genauso schlimm wie Autos. Beides sind nämlich Produkte der Industriegesellschaft. Diese aber trägt den Drang zur Vernichtung, zur Naturzerstörung wie zum Krieg, in sich. Wer in der Industriegesellschaft lebt und von dieser profitiert (Lebensstandard!), der macht sich folglich mitschuldig am Krieg. Kapiert?

Einige Zuhörer wollten es partout nicht checken. „Ich hab mit Atomraketen nichts zu tun", rief einer dazwischen. „Ich übernehm' doch nicht für die Wahnsinnspolitik von Apel die Verantwortung", erklärte ein anderer. Normalerweise hätte man die beiden rühmen müssen: „Seht her, es gibt auch bessere Deutsche, mindestens zwei davon haben wir hier im Saal". Doch Fehlanzeige!

*„Wir tragen alle Verantwortung"*, schrie eine grüne Dame, *„a l l e, versteht das doch endlich!"*. Ob sie wohl Rüstungsaktien besitzt?

Diskussionsbeiträge, die einer herrschenden Minderheit ein Kriegs- und der unterdrückten Mehrheit ein
herrschenden Minderheit ein Kriegs- und der unterdrückten Mehrheit ein
Friedensinteresse zusprachen, verhallten ins Leere. Das wollte die grüne Gemeinde nicht hören. Und wer heute noch vom Kapital spricht, kommt sowieso aus einer K-Gruppe.

Dafür stellte Bahro strategische Gemeinsamkeiten mit Cohn Bendit fest. Einig waren sich die beiden, daß die Industriegesellschaft das Hauptproblem und die Kriegsursache sei. CB steuerte noch einige originelle Untergangsvisionen bei. Wenn sich jeder Mensch mit Klopapier den Arsch abwischen wolle, wäre dies die ökologische Katastrophe. Genial, was?

Aber irgendwo gab es doch einen kleinen Unterschied in der jeweiligen Öko-Argumentation. CB meinte, die Menschen in den Industriegesellschaften wären letztlich sogar zum Krieg bereit, um ihre privilegierte Lebensweise auf Kosten der Völker der Dritten Welt aufrechtzuerhalten. Umfragen in Frankreich hätten ergeben, daß eine satte Mehrheit den Einsatz von Atomraketen am Golf befürworte, falls die eigenen Ölinteressen bedroht seien.

Bahro hingegen trug eine etwas andere Variante vor. „Wenn wir (?) Indonesien heute mit der Atomtechnologie ausrüsten, dürfen wir uns nicht wundern, falls die Indonesier – unseren hohen Lebensstandard vor Augen – uns in ein paar Jahren mit Atombomben angreifen". An einer anderen Stelle unterstrich Bahro diesen neuartigen Gedanken mit der Bemerkung, der „Wohlstand" der Industriegesellschaften müsse die armen Länder geradezu zum Krieg „p r o v o z i e r e n". Während CB also noch ganz in einer quasi ‚traditionellen' ökologischen Denkweise verharrt, ist Bahro längst zu neuen Tiefen weggetaucht. Auf der Veranstaltung selbst begriff das eigentlich kaum jemand, da man sich ja in der Hauptsache einig war: Die Industriegesellschaft muß weg.
Hauptsache einig war: Die Industriegesellschaft muß weg.

Doch für Bahro scheint sie eher eine i n d i r e k t e Kriegsursache darzustellen: Indem sie nämlich den „Neid der Armen" provoziert. Die erste Atombombe, so Bahros neueste Eingebung, schmeißt ein Land der Dritten Welt. Das wird uns sicher noch öfter beschäftigen.

Insgesamt ein erfüllter Abend, aber: Thema verfehlt!

# Kritik eines anarchistischen Genossen

Im AK 193 scheint euch der Druckfehlerteufel auf Seite 8 einen Streich gespielt zu haben. Ihr schreibt in der 4. Spalte oben als Überschrift eines Abschnittes:

**„Sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik baut auf Anarchie!"**

Das stimmt nun überhaupt nicht: Die sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik baut auf Hierarchie – und diese verursacht dann Chaos, Mißstände, Ungerechtigkeiten usw.! Oder sollte es etwa sein, daß ihr den Begriff „Anarchie" genauso wie die bürgerliche Presse benutzt? Oder wie Marx und Engels, die den Begriff „Anarchie" genauso wie die Bougeoisie benutzten?

Das wäre dann allerdings genauso schlimm, als ob man/frau DKPler, denen man ja materialistisch sehr leicht Verrat an wichtigen Bestandteilen des Marxismus-Leninismus nachweisen kann, als „Marxisten-Leninisten" oder als „Kommunisten" bezeichnen würde!

**Joachim, ein anarchistischer Genosse der FAU Hamburg**

# Italienisch — alternativ

auch in diesem Jahr wieder vierwöchige Sprachkurse unter Einbeziehung der politischen/kulturellen/sozialen Vergangenheit und Gegenwart Italiens in Florenz. Das schließt (neben täglich vierstündigem Sprachunterricht) Besuche bei Parteien, Organisationen, Interessengruppen ein. Beginn: 2.3.; 30.3.; 4.5.; 1.6.; 29.6.; 3.8.; 31.8.; 28.9.; 26.10.; 23.11.

Der Sprachkurs kostet 170.000 Lire, also etwa 35o DM. Für Unterkunft kann gesorgt werden, kostet zwischen 250 und 400 Mark je Kategorie.

Außerdem gibt es noch spezielle Seminare: Im April: Entwicklung des Kunsthandwerks in Florenz; Oktober: Die italienischen Gewerkschaften – ein Modell für Europa? November: Das italienische Nachkriegskino.

Anmeldung: CENTRO KOINE',
VIA DE' PANDOLFINI 27,
50122 FIRENZE, Tel. 0039/55/265 088
Prospekt und weitere Auskunft auch über ITALIEN-KOMMISSION des KB, Verlagsadresse.

**Italienkommission**

# Berichtigung

zum Interview mit Prof. Wertheim: „Das Mao-Modell – die schwierige Alternative" (AK 196, S. 46/47).

"Times": Pieter Broertjes („De Volkskrant")

Über diese etwas merkwürdigen Zeilen dürfte der (aufmerksame) AK-Leser im AK 196 gestolpert sein. Also: Der Autor des Artikels ist Pieter Broertjes und die Zeitung, für die er arbeitet „de Volkskrant". Bei der ebenfalls angegebenen „Times" handelt es sich nicht um die bekannte britische Zeitung, sondern um den Schrifttyp, in dem die Autorenangabe hätte gesetzt werden sollen. Der Sätzer resp. die Sätzerin hatte die technische Angabe (Times) für einen Bestandteil des Textes gehalten und in der Endkontrolle ist es durchgerutscht, weil die Genoss/inn/en dort unter immer schlimmerem „Personalmangel" zu leiden haben.

Gute Gelegenheit übrigens (für die Hamburger), mal wieder drüber nachzudenken, ob nicht einer oder auch zwanzig in die AK-Technik einsteigen wollen ...!

**Niederlande-Kommission**

# SPD- und FDP-Abgeordnete verteidigen Militärputsch

*Fortsetzung von Seite 1*

Terror beseitigt werden müsse. Der chilenische Faschismus wird damit gerechtfertigt, die Linke hätte ein Chaos angerichtet – wo bleibt da noch der Unterschied in der Rechtfertigung?

Vor dem Hintergrund dieser Haltung zur Militärdiktatur ist es dann auch nur logisch, daß alle Delegationsmitglieder die Weiterführung der „Türkeihilfe" empfehlen. Helga Schuchardt begründet dies damit, daß *„die innere Sicherheit wiederhergestellt"* und *„die Wirtschaft konsolidiert"* werden müsse, was natürlich heißt, die Militärdiktatur zu stabilisieren. Von keinem Delegationsmitglied wurde in Erwägung gezogen, die Finanz- und Wirtschaftshilfe als Druckmittel zur Wiedereinführung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse zu benutzen. Natürlich sprachen sie sich a u c h für einen „Demokratisierungsprozeß" aus, jedoch nur über die Stabilisierung der jetzigen Verhältnisse, also der D i k t a t u r. Wie verkommen in politischer Hinsicht auch die „linken" Sozialdemokraten in dieser entscheidenden Frage sind, macht Karsten Voigt an einem kleinen Beispiel deutlich: Im außenpolitischen Ausschuß der SPD wurde die Frage diskutiert, der türkischen Polizei 15 Mio. DM zufließen zu lassen. Begründet wurde dies von der Bundesregierung mit der Notwendigkeit der Verstärkung des Kampfes gegen den Rauschgifthandel. Alle Mitglieder des Ausschusses, selbst das Mitglied der „Alternativen Türkeihilfe", Hansen, stimmten unter diesen Bedingungen dem Antrag zu. Es sei natürlich möglich, daß diese „Polizeihilfe" *„auch für andere Zwecke benutzt wird als die ursprünglich vorgesehenen"*, fügt Voigt hinzu. Demnächst wird von diesen Sozialdemokraten die Militärhilfe sicherlich damit schmackhaft gemacht, daß sie ausschließlich der Beköstigung der Soldaten diene.

Nun war die Delegation ja überhaupt nur in die Türkei gereist, weil sich die Menschenrechtsverletzungen und die Folter in den Gefängnissen nicht mehr verschweigen ließen. Was ist nun von dieser Kritik übrig geblieben? Helga Schuchardt reduziert das Ganze wiederum allein auf das Problem des „Terrorismus". Der Kampf gegen diesen geschehe mit Gesetzen, *„die mit unseren rechtsstaatlichen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen sind"* („MoPo"). Dazu zählt für sie, daß Menschen 90 Tage lang ohne Begründung in Haft gehalten werden können. Nach Angaben von Helga Schuchardt sind gegenwärtig 20.000 Menschen inhaftiert (womit sie selbst die offiziellen Angaben halbiert). Aber nicht dies ist für sie problematisch, sondern daß dabei *„mit Sicherheit eine Reihe von Menschen erfaßt (ist), die mit Terrorismus nichts zu tun haben"* („MoPo"). Also auch hier wieder das gleiche Verhältnis wie zum Abbau der demokratischen Rechte in der BRD: kritisiert werden nur die Ü b e r s p i t z u n g e n der Verfolgung.

Völlig zynisch werden die Delegationsmitglieder in der Frage der Folter. D a ß gefoltert wird, ist nicht mehr zu vertuschen, nachdem es selbst die Junta zugegeben hat. Die Junta hat sich darauf verlegt zu behaupten, es gebe keine *„s y s t e m a t i s c h e Folter"* und die Verantwortlichen würden vor Gericht gestellt. Da genau setzt nun Karsten Voigt an: Es gebe in der Türkei *„keine staatliche Politik der Folterung"*. Bei den bekanntgewordenen Fällen handele es sich *„um vorhandene Übergriffe von z.T. wohl auch Militärs, besonders aber von Polizeikräften"* („taz"). Damit ist für ihn das Problem erledigt. Diese Schönfärberei bekommt noch dadurch einen besonderen Anstrich, wenn man weiß, daß die Delegation nicht einen einzigen Gefangenen sprechen durfte und nicht ein Gefängnis besuchte! Blanker Zynismus und Menschenverachtung ist es dann, wenn Mertes und Voigt *„auf das andere Verständnis von Folter und Menschenrechten in dem vom Islam geprägten Land"* hinweisen („FAZ", 10.3.).

Am 10.3. veröffentlichte die „taz" eine Liste mit 30 Namen von zu Tode Gefolterten seit dem Putsch. (Nicht bekannt ist, wieviel namenlose Opfer es gibt.) Wieviel Menschen müssen gefoltert werden, daß es 30 Todesopfer gibt? Egal, wie hoch man diese Zahl ansetzt, wird man immer zu dem Schluß kommen, daß systematisch gefoltert wird. Davon die Junta freizusprechen und die Verantwortung einzelnen Polizisten zuzuschieben, ist der reinste Hohn (obwohl es mit Sicherheit auch Racheakte von Faschisten an Linken im Knast gibt). Wer hat denn die Inhaftierung angeordnet? Wer hat die Inhaftierten als „Terroristen" abgestempelt? Wer hat die Gesetze geschaffen, die ermöglichen, daß die Gefangenen 90 Tage lang ohne Kontakt nach außen der Polizei ausgeliefert sind? Wer ordnet Verhöre an, um Verbindungen der Linken zu erfahren? Es ist natürlich eindeutig die gegenwärtige Staatsherrschaft, die dahinter steht.

Und schließlich kam die Delegation, die angeblich losgefahren war, um die Diktatur anzuklagen, mit dem Auftrag zurück, die türkische Linke auch in der BRD zu verfolgen. Auf eine Frage der „taz", ob die BRD *„künftig mithelfen wird, Türken, denen es gelungen ist, der Verfolgung durch die Militärjunta zu entkommen, in die Türkei zurückzuschaffen"*, antwortet Karsten Voigt: *„Es ist ja bekannt, daß politische Aktivitäten von Ausländern bereits heute einer besonderen Beobachtung unserer Sicherheitsorgane (!), besonders des Verfassungsschutzes, unterliegen. Wenn die türkischen Behörden uns nachweisen können, z. B. mit Unterlagen, daß Türken in der Türkei an Gewalttaten, z.B. an Morden, beteiligt gewesen sind, daß dann Strafverfahren eingeleitet werden, die auch zu Auslieferungen führen können..."* Nachdem er seine „Bedenken" für Auslieferungen von Menschen geäußert hat, denen die Todesstrafe droht, fährt er fort: *„Die Türken haben uns über die Gruppen informiert, die sie als linksextreme und rechtsextreme Gruppen in der BRD empfinden. Wir werden diese Informationen ... natürlich den deutschen Sicherheitsorganen zustellen"*. Und dieser Mensch firmiert immer noch als L i n k e r in der SPD!

**Auftraggeber: Die Bundesregierung**

Bis Mitte Februar hatten über 100 Türken, Kurden und Deutsche im Hungerstreik gestanden, um gegen die faschistische Diktatur zu protestieren. Ihre Forderung war: Die Bundesregierung solle einer unabhängigen Kommission diplomatischen Schutz gewähren, damit diese den Anklagen gegen die Junta nachgehen könne. Dieser Forderung wurde nicht entsprochen. Stattdessen warfen sich „linke" Parlamentarier (Duve, Schuchardt, Voigt) für eine parlamentarische Delegation in die Bresche. Duve und Schuchardt hatten auch auf verschiedenen Protestveranstaltungen gesprochen. Noch bei der Abfahrt der Delegation hieß es in der „FR", SPD und FDP wollten *„sich Klarheit darüber verschaffen, ... ob die Berichte über Folterungen in türkischen Gefängnissen ... zutreffen"* (3.3.). Die Reise wurde in der Presse sogar dahingehend hochstilisiert, daß von ihren Ergebnissen die Entscheidung über die Fortführung der „Türkeihilfe" abhänge. Diese Entscheidung war aber längst gefallen. Schon am 2.2. berichtete der „Spiegel", daß im neuen Haushalt 460 Mio. DM für die Türkei verplant seien, obwohl dies bisher öffentlich nicht ausgewiesen ist. Damit sollte offensichtlich vorgetäuscht werden, daß die Entscheidung erst nach der Reise fallen würde.

Da aber die Entscheidung über die „Türkeihilfe" schon feststand, waren gleichzeitig auch die Ergebnisse des Delegationsberichts festgelegt. Die Ergebnisse m u ß t e n auf die Reinwaschung der Junta hinauslaufen, um die weitere Unterstützung zu rechtfertigen. Daß dies das normale Geschäft solcher Kommissionen ist, ist bekannt. In diesem Fall ist es nur besonders erwähnenswert, weil zur Delegation SPD- und FDP-Mitglieder gehörten, die sich in der BRD als Gegner der Diktatur aufspielen. Sie galten als besondere Ansprechpartner des Hungerstreikkomitees. Mit dem Hingerstreik war das Schweigen über die Zuständein der Türkei durchbrochen worden. Des aufkeimenden Protestes nahmen sich in diesem Fall sofort „linke" SPDler und FDPler an. Vor dem Hintergrund der jetzigen Ergebnisse kann man nur vermuten, daß dies allein der Eindämmung des Protestes diente. In dieser Hinsicht hatte ja auch das Bundeskabinett diskutiert. Regierungssprecher Becker berichtete, daß im Kabinett überlegt worden sei, *„wie man die Demonstrationen eindämmen könne"* („Die Neue", 16.1.). Ein Ergebnis dieser Überlegungen ist mit Sicherheit die Delegation.

Die politischen Kräfte, die den Hungerstreik getragen haben, haben im wesentlichen auf die Gewinnung von bekannten SPDlern orientiert. Sie verzichteten zugunsten dieses Ziels in ihren Erklärungen vollständig auf eine Kritik an der Bundesregierung und an der SPD. Auf einer Protestdemonstration in Hamburg, zu der fast ausschließlich Mitglieder und Sympathisanten linker Organisationen gekommen waren, fuhr ein SPD-Wahlkampfbus vorneweg (siehe AK 193). Auf dem Aufruf der „Alternativen Türkeihilfe" zur Demonstration am 14. März wurden nur die Jungsozialisten und die VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) als Unterstützer aufgeführt. Linken Organisationen wurde dies verwehrt. Auch in diesem Aufruf fehlt völlig ein Hinweis auf die Verantwortung der SPD für die Entwicklung in der Türkei. Damit wird der Protest gerade an der Partei ausgerichtet, die zu den wesentlichen Drahtziehern des Putsches gehört. Konkret wird linksdrapierten SPDlern ermöglicht, Veranstaltungen und Demonstrationen zu bestimmen, während diese gleichzeitig der Regierung die Rechtfertigung für die Unterstützung der Junta liefern. In diesem Zusammenhang muß man einfach daran denken, was Lenin über die Sozialdemokratie schrieb: sie ist der bürgerliche Agent in der linken (Arbeiter)Bewegung!




**Die bisher größte Türkei-Solidaritätsdemonstration gab es am Wochenende in Frankfurt. 12.000 Menschen, davon 10.000 Türken und Kurden und 2.000 Deutsche, folgten einem Aufruf der „Alternativen Türkeihilfe". Unterstützt wurde die Demonstration von einer Reihe von linken türkischen und westdeutschen Organisationen. Die Demo war in den letzten Tagen noch zweimal von Oberbürgermeister Wallmann verboten worden, jedoch hob das Gericht die Verbote jeweils wieder auf. Trotz bürgerkriegsähnlicher Polizeibelagerung und dem Eindringen von zwei Hundertschaften Polizei mit Wasserwerfern i n die Demo, war die Demo ein großer Erfolg für die Türkei-Solidarität.**

# Türkische Junta organisiert eigene „Sympathie"-Kampagne im Ausland

Als im Zusammenhang mit dem zu Anfang des Jahres durchgeführten Hungerstreik die Mauer des Schweigens in den westdeutschen Medien über die Terrorherrschaft der faschistischen türkischen Militärjunta durchbrochen werden konnte, reagierte die Junta sofort. Über die gleichgeschaltete türkische Presse organisierten die Militärs eine Kampagne, um gegen die angeblich falsche Berichterstattung über die Türkei zu protestieren.

Die Zeitungen „Hurriyet" und „Tercüman" verbreiteten ins deutsche übersetzte Protestbriefe, die als Muster verwendet werden sollten. Als die Tageszeitung „Die Neue" in den Redaktionen dieser Blätter nachfragte, wer Initiator dieser Kampagne sei, stellte man sich unwissend, und auch die türkische Botschaft bestritt jede Verantwortung.

Inzwischen liegt aber ein Dokument vor, das eindeutig beweist, daß die Kampagne offiziell von der Junta initiiert ist. Ein Brief des Kölner Generalkonsuls vom Januar fordert die Besucher des Konsulats auf, durch Protestschreiben an westdeutsche Medien und Institutionen gegen das falsche Bild, das angeblich über die Lage in der Türkei in der Öffentlichkeit besteht, zu protestieren und das Vertrauen zur Junta auszudrücken. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

*„Generalkonsulat der Türkischen Republik — Köln, Januar 1981*

*Meine sehr geehrten Landsleute,*
*wie wir alle wissen, war die Situation vor dem 12. September 1980, in der sich unsere Türkei befand, sowohl für das türkische Volk, das nur den Fortschritt des Landes im Sinne hat, als auch für die in Deutschland lebenden Arbeiter, Lehrer und freiberuflich Tätigen, unsere ausländischen Freunde besorgniserregend.*

*Gottseidank gehören durch die von den türkischen Streitkräften getroffenen Maßnahmen unsere Sorgen der Vergangenheit an. Die Aktionen der Extremisten wurden unter Kontrolle gebracht, Eltern und Kinder und deren Geschwister erhielten wieder Lebenssicherheit und der Staatsapparat ist wieder in Gang gesetzt worden.*

*Obwohl die Lage so befriedigend ist, werden durch eine Gruppe Demonstrationen gegen unser Land organisiert, Folterbehauptungen aufgestellt und Hungerstreiks durchgeführt. Ein Teil der deutschen Medien und einige deutsche Politiker unterstützen bewußt oder unbewußt diese Aktionen, die von den in Deutschland lebenden Türken abstoßend beobachtet werden.*

*Diese eine Gruppe besitzt die Frechheit, im Namen der 1.5 Millionen in Deutschland arbeitenden und studierenden türkischen Staatsangehörigen zu sprechen. Jetzt ist die Zeit gekommen, diesen Leuten einen Denkzettel zu erteilen und zu zeigen, daß sie sich nicht frei austoben dürfen. Aber wir dürfen die Tatsachen nur in der dem türkischen Volk und Atatürk würdigen Art und Weise ans Licht bringen.*

*Anbei füge ich einige Musterbriefe bei. Diese werden wir entweder in deutsch oder türkisch vervielfältigen, einzeln oder durch Gruppen unterschreiben und in kürzester Zeit an die beigefügten Adressen zuschicken und damit beweisen, daß in Deutschland 'Türken' leben. Daß diese Texte vervielfältigt und den Landsleuten zugänglich gemacht werden, ist von großer Wichtigkeit. Ich vertraue Ihnen, meine werten Landsleute, und wünsche Ihnen viel Glück und Wohlbefinden.*

*Gez. Ilhan Kiciman*
*Generalkonsul"*

Die beigefügten Musterbriefe haben (auszugsweise) folgenden Wortlaut:

*„In meiner Heimat wurden in den letzten zwei Jahren über 5.000 Menschen durch Gewalttätigkeiten getötet. Eine Handvoll Armseliger, die sich mit diesen Gewalttätigen solidarisieren, verbreiten Lügen und bereiten uns Sorgen.*

*Unsere Besorgnis vergrößert sich noch, weil deutsche Politiker diesen Lügen glauben und von diesen Leuten als 'türkische Gastarbeiter' sprechen. Die Aktionen dieser Leute stellen nicht die Meinung des türkischen Volkes und auch nicht die der in Deutschland lebenden türkischen Arbeiter dar.*

*Wir erwarten, daß Sie dies in der deutschen Öffentlichkeit verbreiten.*

*Aus den deutschen Medien erfahren wir von Folterbeschuldigungen und daß eine externe Gruppe, die k e i n e T ü r k e n sind, Hungerstreiks durchführten. Das sind Bemühungen, um die deutsche Öffentlichkeit irrezuführen. Wir, 1,5 Millionen in Deutschland lebende Türken, möchten die Wahrheit darstellen:*

1. *Alle Türken vertrauen ihrem Militär.*
2. *Das türkische Heer und die Türken in Deutschland sind ein Ganzes.*
3. *Die Türkei ist auf dem richtigen Weg, nach dem sich das türkische Volk sehnte. Die Extremisten erhalten ihre gerechte Strafe.*
4. *Alle in Deutschland lebenden Türken bis auf eine Handvoll, die von Hintermännern aufgehetzt wurden, sind zufrieden über die Aktionen des Militärs.*
5. *Wir glauben, daß die Türkei zur Demokratie zurückkehren wird."*

Einige der Briefe stimmen wörtlich mit den in den türkischen Zeitungen abgedruckten Mustern überein.

Das Ziel dieser Kampagne ist deutlich: die Kritiker und Oppositionellen im Ausland sollen als lächerliche Minderheit, die mit dem türkischen Volk nichts zu tun hat, disqualifiziert und isoliert werden.

Türkei-Kommission

# Junta betreibt Versklavung der Frauen

Die Militärjunta der Türkei unternimmt zur Zeit Bestrebungen, das von Kemal Atatürk gesetzlich verbotene Brautgeld wieder offiziell einzuführen. Das Brautgeld ist der Preis für eine Frau, den der zukünftige Ehemann dem Vater der Frau zu zahlen hat. Der Vater der Frau setzt den Preis fest, zahlt der Zukünftige den verlangten Preis, ist seine Tochter Eigentum ihres Ehemannes. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Frau den Mann nun heiraten will oder nicht.

So schrieb die Zeitung „Milliyet" am 8.12.80: *„Eine vom Nationalen Sicherheitsrat eingerichtete Kommission hat eine lange Tradition der Türkei, die Frage des Brautgeldes, vom ökonomischen und psychosozialen Standpunkt her analysiert, und verschiedene Vorschläge juristischer Art gemacht. Als einige Vorteile dieser Tradition stellte die Kommission folgendes heraus:*

- *da das Brautgeld nur für jungfräuliche Frauen gezahlt wird, schützt diese Tradition die Jungfräulichkeit unserer Frauen;*
- *die ökonomischen Interessen der Familie der Frau werden gewahrt;*
- *die Frau gewinnt proportional zum gezahlten Brautgeld an Wert;*
- *die finanzielle Belastung verhindert weitere Eheschließungen, wenn man einmal von sehr begüterten Männern absieht;*
- *der Mann wird seine Frau stets gut behandeln, da er sich dessen bewußt ist, wie schwer es ist, den gezahlten Preis zurückzubekommen, wenn seine Ehefrau zu ihrer Familie zurückkehrt.*
- *das Brautgeld bindet die Frau an ihr Haus und an ihre Familie; die traditionelle, vaterrechtliche, türkische Familie wird beibehalten. Als Abschließendes Ergebnis kann man sagen, daß es heute Bestrebungen von außen gibt, eine soziologisch gewachsene Sache zu verändern. Tatsache jedoch ist, daß diese Tradition ein untrennbarer gewachsener Bestandteil unserer Kultur, insbesondere im Osten Anatoliens, ist. Dieses ist eine Tradition, die Nationen schafft."*

**Eine Genossin aus Westberlin**